L 70000
35
1918
1/IX. - 25/31
Appro. A
Allg. 32

Fremdenblatt
1./IX. 1918

1

Eine Abordnung des Deutschen Volksrates für Oesterreich beim Ernährungsminister.

In Ausführung eines in der letzten Sitzung gefaßten Beschlusses sprach am 26. v. M. eine Abordnung des Deutschen Volksrates unter Führung der Abgeordneten Neunteufel und Knirsch im Ministerium für Volksernährung vor, um den in weiten Kreisen der Bevölkerung gehegten Befürchtungen wegen ungenügender Erfassung der Ernte an der zuständigen Stelle Ausdruck zu verleihen. Die Herren hatten Gelegenheit, dem Minister selbst ihre Wahrnehmungen vorzutragen und verwiesen hiebei namentlich auf den in bedrohlicher Weise um sich greifenden Schleichhandel, durch den schon jetzt gewaltige Mengen der neuen Ernte dem Zugriff der Behörden entzogen werden.

An ihre Darlegungen schloß sich eine längere Aussprache, in deren Verlauf Exzellenz Dr. Paul über unsere Ernährungslage Aufschluß gab. Er teilte weiters mit, daß er über die bestehenden Mißstände und Schwierigkeiten bereits unterrichtet sei und auch schon strenge Weisungen habe ergehen lassen, um die Erfassung der Ernte nach Möglichkeit sicherzustellen. Das Bild, das Minister Paul entwarf, läßt keine optimistischen Erwartungen aufkommen, besonders da für eine durchgreifende, wirksame Erfassung der Ernte in Oesterreich-Ungarn weder behördlicherseits, noch im Volke die nötigen Voraussetzungen mehr vorhanden sind und jetzt, im fünften Kriegsjahre, auch nicht mehr befriedigend geschaffen werden können. Die Abordnung wies darauf hin, daß alle behördlichen Ordnungsmaßnahmen hinsichtlich der strengen Erfassung der Erntevorräte daran kranken, daß bisher und auch gegenwärtig der größte Teil der Bevölkerung von den offiziellen Zuweisungen nicht leben kann und daher auf Schleichwege und Hinterziehungen angewiesen ist. Mit aller Strenge muß aber jener Schleichhandel gefaßt werden, der professionsmäßig betrieben wird, lediglich der Bereicherung dient und die Preise ins Ungemessene emportreibt. Die Hauptvoraussetzung für eine Wandlung auf diesem Gebiete ist ein wirksames Abkommen mit Ungarn, da Oesterreich ohne ungarische Zuschübe schon im Frieden nicht leben konnte und andererseits von dort der beständige Anreiz zu Preistreibungen ausgeht. Der Deutsche Volksrat für Oesterreich wird die Entwicklung unserer Ernährungsverhältnisse auch fernerhin im Auge behalten, um auf etwa neu auftauchende Uebelstände rechtzeitig aufmerksam machen zu können.

Neues Pester Journal 2

1./IX. 1918

Erhöhung der Salzpreise.

In Budapest um 14 Heller per Kilogramm.

Von Anfang September an wird eines unserer unentbehrlichsten Nahrungsmittel teurer: das Salz. Das Aerar, das bisher die auf Friedensniveau stehenden Salzpreise nicht erhöht hatte, hat sich nunmehr gleich anderen Staaten gezwungen gesehen, teils um die rapid steigenden Produktionskosten zu decken, teils um die Einnahmen des Staates zu vermehren, die Salzpreise mäßig zu erhöhen, eine Verfügung, die, wie bekannt, auf legislativem Wege getroffen wurde und die in Gesetzesform nunmehr in Kraft tritt. Da die Eisenbahnfrachtsätze gestiegen sind, wird auch dies im Salzpreise zum Ausdruck gelangen. Es ist notwendig, daß das Publikum von diesem Umstande Kenntnis nehme, weil hiedurch Reibereien vermieden werden können, die dadurch entstehen mögen, daß die Kaufleute von nun an das Salz entsprechend teurer verkaufen. Wir teilen jedoch hier mit, welche Dimensionen die Preiserhöhung annehmen darf, damit nicht einzelne gewissenlose Verschleißer unter Ausnützung der Unorientiertheit des Publikums unberechtigte Preisforderungen stellen. Der Regiepreis des Kochsalzes steigt um 10 Heller per Kilogramm. Die Frachtspesen verteuern sich um 70 Perz., was z. B. in der Relation Budapest per Kilogramm etwa 3½ H. ausmacht, so daß also in Budapest der Preis des Kochsalzes heute höchstens um 14 H. per Kilogramm erhöht werden darf. Selbstverständlich sind die Frachtkosten im ganzen Lande nicht gleich, die Differenz kann aber höchstens ein, zwei Heller ausmachen, so viel kann nämlich die Salzerhöhung in den westlichen Gegenden des Landes, die von den Salzbergwerken entfernter liegen, betragen. Um ebensoviel geringer aber stellt sich der Salzpreis in den siebenbürgischen Teilen und in der Theißgegend.

Berliner Lokalanzeiger 1/IX. 1918.

staffellauf über 2000 Meter sollten Berliner Turngemeinde (Deutsche Turnerschaft) Gau Charl. und Verband Berl. Athletik-Vereine unter sich ausmachen.

Schokoladen-Fragen.

Es gibt ja im Deutschen Reiche eine Menge sehr viel wichtigerer Fragen als die, wo eigentlich die Schokolade bleibt, die immer noch ins Reich hereinkommt, und ob nicht eine etwas gerechtere und gleichmäßigere Verteilung erfolgen könnte als jetzt. Immerhin interessieren sich auch für die Schokolade viele Leute, denn neben den Kartoffeln und Kohlrüben ist manchem eine freundliche Abwechslung für den Gaumen erwünscht und auch zu gönnen. Unser schweizerischer Korrespondent hatte nun vor kurzem in unserem Blatte geschildert, wie die Verteilung der aus der Schweiz hereinkommenden Schokolade in Deutschland erfolgt: nämlich durch die „Kriegs-Kakao-Gesellschaft" in Hamburg. Zu diesen Mitteilungen sind uns mehrere Anfragen aus dem Leserkreis zugegangen, von denen wir einigen Ausführungen hier Raum geben. Ein Leser schreibt uns:

„Der Rest des aus der Schweiz kommenden kleinen Kontingents Schokolade, sagt der Verfasser Ihres Artikels, geht an die alten Vertreter der bekannten Firmen, die wiederum mit den Kleinverkäufern arbeiten. Nun gibt es wohl wenige Glückliche, denen solch ein Stück Kontingentsschokolade zu den von der Kriegs-Kakao-Gesellschaft bezahlten Preisen zuzüglich eines angemessenen Aufschlags beschieden war. Ich möchte daran zweifeln, daß überhaupt etwas unter diesen Voraussetzungen auf den Markt kommt, abgesehen von Verkäufen an Stadtverwaltungen. Welche Bürgschaft ist nun dagegen gegeben, daß die kontingentierte Ware zu gewissen Teilen dem Schleichhandel zufließt? Geschähe dies nicht, wie könnten Posten von 75 Zentner und noch mehr gelegentlich im Schleichhandel entdeckt werden? Derartig bedeutende Mengen lassen sich wohl kaum noch schmuggeln. Und weiter, warum wird nicht eine öffentliche, gerechte Verteilung der Kontingentsschokolade an die Bevölkerung erstrebt?"

Die Kriegs-Kakao-Gesellschaft,

der wir diese Anregungen vorgelegt haben, schreibt uns dazu u. a. folgendes:

„Die Menge Schokolade, die monatlich aus der Schweiz hereinkommt und für den Absatz an das Publikum frei ist, stellt im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nur eine kleine Ziffer dar. Sie beträgt nur etwa 1¼ Gramm monatlich oder 15 Gramm jährlich für jeden, so daß also nur etwa alle sieben Jahre eine Tafel von 100 Gramm auf jeden Deutschen entfällt. **Hieraus werden Sie ohne weiteres erkennen, daß eine völlig gleichmäßige Verteilung, d. h. also eine Rationierung von Schokolade, wirklich keinen Zweck hat. Wir suchen aber den Vertrieb der Schokolade, der unter unserer Aufsicht erfolgt, auf das genaueste durch die Preisprüfungsstellen, die regelmäßig Stichproben vornehmen, zu überwachen. Diese Ueberwachungsart arbeitet gut. Kommen einmal Unregelmäßigkeiten vor, so werden die Schuldigen durch Ausschluß bei weiteren Lieferungen sowie durch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft bestraft.** — Die im Schleichhandel erhältlichen Mengen Schokolade stellen nach unseren Erfahrungen ausschließlich Partien dar, welche durch Schmuggler vertrieben werden oder aus gestohlenen Mengen herstammen. — Bei der Verteilung der Schokolade stehen sich natürlich die großen Städte besser als das platte Land und als die kleinen Orte. Groß-Berlin hat z. B. vom 1. März bis etwa Mitte August d. J., also in 5½ Monaten, durch unsere Verteilungsart zugewiesen erhalten: an 1728 Geschäfte 89 703 Kilogramm. Nach dem Gesamtdurchschnitt, wie oben angegeben, kamen Groß-Berlin bei einer Einwohnerzahl von (hoch gerechnet) 4 Millionen, für die 5½ Monate nur etwa 27 500 Kilogramm zu. Es ist also nach Lage der Dinge reichlich bedacht worden. — Wir hoffen, durch vorstehende Darlegungen einen Beweis dafür erbracht zu haben, daß wir die Verteilung der Schweizer Schokolade in Deutschland nicht bloß gut organisiert haben, sondern ihre Durchführung auch genau überwachen, und daß somit tatsächlich unsererseits alles getan wird, um unter den obwaltenden Umständen allen berechtigten Ansprüchen zu genügen."

*

Nun, was die letztere Ansicht betrifft, so scheint uns doch manches ungeklärt. Besonders die Art der freihändigen Ueberweisung der Schokolade an Geschäfte, zu deren scheinbar beliebiger Verwendung, setzt etwas in Erstaunen. Wir können feststellen, daß zu einem einigermaßen normalen Preis hier in Berlin gar keine Schokolade an das Publikum gelangt, und daß für Schokoladeerzeugnisse ganz phantastische Summen gefordert werden. Ob dies schon in den Preisen des von der Hamburger Gesellschaft bezogenen Rohmaterials begründet ist, oder ob die Gesellschaft zu normalen Preisen gemäß den heutigen Verhältnissen liefert und dann die Geschäfte auf eigene Faust ihr phantasievolles Spiel mit den Preisen treiben — das scheint alles doch noch recht aufklärungsbedürftig. Eine ganz ins Belieben der Interessenten gestellte Schröpfung des Publikums dürfte doch eigentlich nicht unter dem Schutz einer staatlich genehmigten Kriegsgesellschaft erfolgen.

Neues Wiener Tagblatt
2./IX. 1918

5

* **(Den Bauern geht es gut!)** Wir wissen es ja, daß der Bauer jetzt Zeiten erlebt, von denen er sich niemals träumen ließ. Er ist nicht nur entschuldet; denn wer in den Bauernhäusern einen forschenden Blick in die Truhen und Kastenladen wirft, der findet neben einem hochaktiven Bankkonto vor allem Lebensmittel, dann Linnen, Kleider und Schuhe im Ueberfluß. Interessant ist es aber zu hören, wie die reich gewordenen Landwirte ihr junges Vermögen genießen oder mit vollen Händen ausstreuen. Ein Leser unsres Blattes schreibt uns, daß er in einer Station einer ungarischen Vizinalbahn zwei Bauernmädchen in reicher ländlicher Tracht einsteigen sah. Kaum daß sie Platz genommen hatten, entnahm die eine ihrem Beutel eine schwere silberne Tabatiere, brannte eine Zigarette an und verehrte ihrer Freundin von ihrem Vorrat. Dankend zündete die Zweite die angebotene Zigarette an, verzog aber schon nach dem ersten Zug halb mißmutig, halb spöttisch das Gesicht, und warf die Zigarette, um deren Besitz sie mancher Wiener beneidet hätte, aus dem offenen Coupéfenster hinaus. „Ich werde dir ein besseres Kraut geben," sagte sie, nahm ihrer Freundin die glimmende Zigarette ebenfalls aus dem Mund und ließ sie der ihren nachwandern. Hierauf holte sie eine der bekannten, mit farbigem Plakat versehenen blaugrünen Schachteln hervor. Es waren echte „Aegyptische". „Die hundert Stück," fügte sie hinzu, „kosteten mich in Budapest achzig Kronen." Und mit stolzem Blick maß sie ihre Mitreisenden. Andre Geschichten erzählt ein Geschäftsreisender in der Grazer „Tagespost". Er hatte oft Gelegenheit, in der Weizer Gegend zu beobachten, daß bäuerliche Leute auf einen Kegelschub tausend Kronen setzten. Vor kurzem war er anwesend, als in einem Gasthause zwei „kleine" Grundbesitzer — dem einen gehören vier, dem andern sechs Joch — um tausend Kronen wetteten, wer schneller von Graz nach Neudorf (bei Hausmannsstätten) fahre! Nun, geht es den Bauern schlecht? . . .

Die Zeit
3./IX. 1918

6

(Kukuruz am Schönbrunner Plateau.) Wer nach längerer Zeit jetzt wieder nach Schönbrunn kommt, findet, daß dieser konservativste Park sich auch — freilich nur in bescheidenem Maße — der Gegenwart angepaßt hat. Zwar sind die Becken noch immer abgezirkelt gerade geschnitten und die Beete überall noch im Figurenornament des Rokokogeschmackes angeordnet, aber auf den breiten Parkflächen zwischen dem kaiserlichen Schloß und der Neptungrotte sind die Beete nicht, wie einst, mit bunten Arrangements von exotischen Blumen und Palmenkübeln besetzt, sondern — zur Produktion nahrhafter Kukuruzstämme und rundlicher Kürbisköpfe verhalten worden. Seit Prinzessinnen als Krankenpflegerinnen und schlanke Hofpagen als Leutnants in Sturmtruppen Kriegsdienst tun, mußte auch diese gärtnerische Lieblichkeit hier dem Zwange der Zeit geopfert und statt der reinen Aesthetik der notwendigeren Küchenbotanik gewidmet werden. Freilich ist das breite Plateau trotzdem über und über in einen Gemüsegarten verwandelt worden, der Rahmen der Beete wurde streng beibehalten, aber ihr Inhalt hat sich geändert, wie wenn ein Gourmet, der sich Alltagsgedanken widmen muß, noch immer in Haltung und Erscheinung die Spuren seines feineren Geistes bekundet. Wirklich ist nicht zu leugnen, daß das Bild hier auf den Beschauer ganz anders wirkt wie einst. Was würden die galanten Herren und Damen sagen, die man auf den Bildern Canalettos sieht, der diese höfischen Anlagen mit soviel Sorgfalt abgepinselt hat, was würden diese feierlich gemessenen Spaziergänger von damals zu der Veränderung von heute sagen? Sie haben ja auch Krieg und Kriegsnot gekannt, aber Weißbrot, gebratene Hühner und andere gute Sachen haben trotzdem nicht gefehlt, die Politik, die großen Staatsaktionen mochten wie immer im Hin und Her der wechselvollen Ereignisse sich gestalten, auf die Küche hatten sie wenig oder doch nur sehr vorübergehenden Einfluß. Wer freilich heute an den Anlagen vorübergeht, denkt wenig an Rokoko und die galanten Pirutschaden von einst, sondern begutachtet verständnisvoll, wie der Kürbis steht, wie der Kukuruz sich hier auswächst, fragt sich, warum nicht auch Paradeiser und Bohnen angepflanzt wurden, die hier zweifellos nicht schlecht gedeihen würden, kurz, betrachtet alles sachgemäß und erfahren, denn irgendwie sind wir jetzt alle mit landwirtschaftlichen Kenntnissen vertraut geworden. Aber mag es uns auch gefallen, daß man selbst hier jetzt Zweckpflanzen gezogen hat, um zur Linderung der Lebensmittelnot beizutragen, so wäre es uns doch viel lieber, wenn hier wieder die seltenen Blumen aus den Glashäusern in den zierlichen Arabesken und Rondellen aufblühten, wenn jener Schimmer Watteauscher Lieblichkeit, der so sorgsam behütet wurde, in früherer Glorie erstünde und Kukuruz und Kürbis wieder zu den alltäglichen Gewächsen gehörten, die irgendwoher auf den Markt kommen, in Massen, ohne geräuschvolle Organisation, ohne amtliche Communiqués und ohne besondere Umstände überall leicht zu haben wären. Dann werden die zarten Blüten hier wieder nach Mustern und Farben angeordnet werden und in ihrer zierlichen Symmetrie den beschaulichen Spaziergänger erfreuen wie einst die Damen und Herren auf den Bildern Canalettos.

(Soldatenliederkonzert in Baden.) Am 29. August fand in Anwesenheit des FM. Erzherzog Friedrich, des Kriegsministers Generalobersten Freiherrn v. Stöger-Steiner, des Generaloberstey Freiherrn v. Arz und anderer Persönlichkeiten im Badener Stadttheater das von der musikhistorischen Zentrale des Kriegsministeriums zu Kriegswohltätigkeitszwecken veranstaltete Soldatenliederkonzert statt. Das zahlreich erschienene Publikum folgte aufmerksam den durchweg gelungenen Proben von Soldatenvolksliedern und historischer Musik in der Armee, die von den Mitwirkenden in musikalisch wie folkloristisch gleich wertvoller Form geboten wurden. Um den Abend hatten sich neben den Solisten besonders der Dirigent des Männergesangvereins Hofkapellmeister Karl Luze sowie die Dirigenten des Deutschmeisterorchesters Kapellmeister Wilhelm Wacek, Dr. Paumgartner, Dr. Heinz Knöll und Wilhelm Groß verdient gemacht.

Der Neue Abend
3./IX. 1918

4

Euer Exzellenz haben das Wort!

Ein heutiges Morgenblatt veröffentlicht einen „Originalbericht" über die Lebensmittelnot in unseren ersten Wiener Hotels. Das Mittagessen kostet dort bereits zweiundzwanzig Kronen, das Abendessen zwanzig Kronen, selbstverständlich ohne Getränke. Der Leiter eines solchen ersten Hotels erklärte dem Ausfrager zur Begründung dieser Preise, daß die Hotels ohne den Schleichhandel zusperren müßten und behauptete ferner, daß sich angesichts dieser maßlosen Teuerung selbst die Minister, die dort speisen, nicht über die Preise wundern und „eventuell ruhig" für ein Poulard zweihundert Kronen bezahlen.

Wir denken, daß die Herren Minister zu diesen Behauptungen Stellung nehmen sollten. Der Herr Ernährungsminister wird zu erklären haben, wie sich dieses offene Bekenntnis zum Schleichhandel mit dem gestern von ihm angekündigten rücksichtslosen Kampfe gegen den Schleichhandel vertrage und die Gesamtregierung dürfte wohl das Bedürfnis empfinden, sich über die Behauptung zu äußern, daß die im Hotel Sacher speisenden Minister für ein Poulard zweihundert Kronen bezahlen. Dabei wird die Bevölkerung sich nicht einmal darüber so sehr aufregen, ob sie es ruhig bezahlen, sondern daß sie es überhaupt bezahlen. Wenn es unwahr ist, so wünschen wir wegen des Ansehens unserer Minister darüber aufgeklärt zu werden, und wenn es wahr wäre, so wollen wir wissen, ob auch für Minister die Bestimmung gilt, daß auch der sich des Vergehens der Preistreiberei schuldig macht, der offenbar übermäßige Preise bezahlt.

Euer Exzellenz haben sohin das Wort.

Der Neue Abend
4./IX. 1918

8

Eine zeitgemäße Verordnung.

Die „K. k. Wiener Zeitung" enthält heute folgende Verordnung des Finanzministeriums vom 29. August:

„Auf Grund des § 2 der kaiserlichen Verordnung vom 6. Dezember 1914, R.-G.-Bl. Nr. 335, wird bestimmt: Die zeitweilige Befreiung der Gänse, Karpfen, Weißfische, Stockfische und Schellfische von der bei ihrer Einfuhr in das Wiener Verzehrungssteuergebiet auf Grund des Gesetzes vom 10. Mai 1890, R.-G.-Bl. Nr. 78, entfallenden Verzehrungssteuer wird aufgehoben. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft."

Es ist nicht viel, um was es sich hier handelt und es wird den Staat nicht erheblich reicher machen noch uns Verbraucher ärmer. Die Verzehrungssteuer beträgt für eine Gans 39 h, für Karpfen 16·5 h und für Weiß-, Stock- und Schellfische 2·6 h beim Kilogramm, was ja in der Tat nicht sehr ins Gewicht fällt, wenn ein Kilogramm Gänsefleisch rund 60 Kronen und ein Kilogramm Karpfen 28 Kronen kostet. Es wird auch nur der geschichtlichen Vollständigkeit halber hier mitgeteilt, nur damit man sehe, was für Sorgen die eifrigen Juristen unserer Finanzverwaltung jetzt haben. Anderswo bemüht man sich, der Bevölkerung das Leben soweit wie möglich leichter zu machen, bei uns erinnert sich irgend ein strebsamer Herr, daß im ersten Kriegsrummel eine kleine Erleichterung geschaffen wurde und macht sich um den Staat verdient, indem er sie wieder aufhebt.

Die Zeit Abendl
5./IX. 1918

9 a 5

Der Rucksackverkehr.

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben:

„Die sich stets mehr und mehr fühlbar machenden Schwierigkeiten, auf normalem Wege Lebensmittel erwerben zu können, haben es mit sich gebracht, daß viele Leute trotz aller amtlichen Verbote zur Selbsthilfe schreiten. Man hat zwar Mehl, Fett, Milch, Kartoffeln, Fleisch und anderes rationiert, doch versagen diese Maßnahmen vielfach. Ein Hinweis auf die sogenannten ‚brotlosen' Wochen, die durch die gleichzeitige Kartoffellosigkeit verschärft wurden, möge hier genügen. Viele Bezirke blieben auch nach Einsetzen der Frühkartoffelernte zwei bis drei Wochen hindurch ohne jede Beteilung mit Kartoffeln. Unter solchen Umständen war es daher immerhin verständlich, daß der Rucksackverkehr immer mehr überhandnahm.

Daß also bedeutende Kartoffelmengen doch aufzutreiben waren, ist absolut nicht zu bestreiten, nur wurde das Auftreiben nicht so durchgeführt, daß alle Anspruchsberechtigten gleichmäßig ihren Teil erhielten. Es liegt also das Versäumnis vor, die Kartoffelernte vor ihrem Beginn nicht erfaßt zu haben. Daß übergroße Mengen an Kartoffeln ihren Weg von den Produzenten zu Verbrauchern fanden, die neben den ungesetzmäßig erworbenen, noch jene an sich brachten, die ihnen aus verschiedenen Abschnitten der ‚Kartoffelkarte' zuwuchsen, ist nicht abzuleugnen. Man sah entweder das massenhafte Einbringen von Kartoffeln von außenher nicht oder wollte es nicht sehen. Der Ausdruck m a s s e n h a f t ist ganz gewiß nicht übertrieben, wie aus nachfolgender Schilderung hervorgehen mag.

Donauabwärts von Linz verkehren täglich zwei große Dampfer: das Eilschiff und das Postschiff. Jedes von ihnen faßt rund 1200 Personen, von denen etwa die eine Hälfte in Nußdorf, die andere Hälfte auf dem Praterkai das Schiff verläßt. Eine kürzlich, und zwar unmittelbar vor dem bekannten Aufruf des Ernährungsministers, in Nußdorf von einem glaubwürdigen Beobachter vorgenommene Zählung der in Nußdorf ans Land gebrachten Rucksäcke ergab beiläufig die Ziffer 500. Meistens enthielten diese Rucksäcke nur Kartoffeln. Angenommen, es enthielt hiervon jeder Rucksack nur zehn Kilogramm, so ergibt dies eine Menge von 5000, beide Stationen (Nußdorf und Praterkai) zusammen, demnach 10.000 Kilogramm Kartoffeln, das ist eine volle Waggonladung! Hierzu kommen täglich noch die Einfuhren im Nord-, Aspang-, Ostbahn-, Südbahn- und Nordwestbahnhof, der Badener und Preßburger Elektrischen sowie der Dampftramway von Groß-Enzersdorf und Mödling. Der Westbahnhof bleibt, da er den Endpunkt einer Strecke bildet, die zumeist durch Waldgebiet führt, ausgeschaltet. Rechnet man die täglich nur an neun Kopfstationen eingeführten Kartoffelmengen mit je einem Waggon dazu, so ergibt sich immerhin die stattliche Zahl von täglich zehn Waggons; umgerechnet auf die Kopfquote von einem halben Kilogramm pro Woche, wurden täglich also 200.000 Wochenrationen, in einer Woche daher rund anderthalb Millionen Wochenrationen nach Wien hereingebracht. Diese Ziffer ist aber entschieden viel zu niedrig gegriffen, denn in den Rucksäcken wurden meist viel mehr als zehn Kilogramm Kartoffeln hereingeschleppt.

Ob nun, seitdem das Volksernährungsamt neuerdings den Rucksackverkehr mit strengsten Maßnahmen einzudämmen sich entschlossen hat, in dieser Hinsicht Wandel geschah, muß erst abgewartet werden. Wohl aber steht außer Zweifel: So ging es nicht weiter. Denn diese Kartoffelschlepperei währte seit Wochen, und eben darin bestand die Gefahr, daß die heurige Kartoffelernte in der Umgebung Wiens so verzettelt werden könnte, daß schließlich jede Möglichkeit fehle, auch nur eine annähernde Uebersicht nach der Richtung zu bekommen, wo eigentlich die Beteilung mit Kartoffeln am dringendsten erscheine.

Wenn man sich die Menschen betrachtet, die sich auch jetzt noch immer Tag für Tag trotz aller Verbote mit schwer bepackten Rucksäcken aus den zum Bersten überfüllten Eisenbahnwagen hinauswurstein, so kann man sich der sonderbarsten Gedanken nicht erwehren. Die Bauern geben für Geld allein nichts her; sie fordern ungeachtet der jüngsten Verwarnung noch immer allerlei „Ware" dafür: Zucker, Seife, Kerzen, Wäsche, Kleider, Schmuck, Bettzeug — kurz Dinge, die teilweise nach der mehr als vierjährigen Dauer des Krieges schon sehr selten geworden sind, da ihrer Nachschaffung der Materialmangel unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellt. Das bißchen Zucker, Seife und dergleichen, das uns zurationiert ist, kann man sich ja absparen, aber mit diesen geringen Quantitäten lassen sich nicht wochenlang Tauschgeschäfte abwickeln.

Außer den Kartoffeln werden auch noch andere rationierte Dinge in die Stadt gebracht, wie beispielsweise die Milch für Kinder und Kranke. Ueber jene Mengen, die wirklich Kindern und Kranken zugute kommen, sei stillschweigend der Mantel christlicher Liebe gebreitet; was aber anderen Zwecken zugeführt wird, ist nicht gering und wird den Kindern und Kranken entzogen. — R. G."

Soweit die Zuschrift. Dem Ueberhandnehmen des Rucksackverkehrs haben die Behörden, wie ja schon erwähnt, in der letzten Zeit bekanntlich ohnehin scharfe Maßnahmen entgegengestellt. Bezüglich der Herbstkartoffeln dürfte man heuer aber jenen Haushalten, die auf die Kartoffelkarte verzichten, die beschränkte Eigenbevorratigung ähnlich wie im Vorjahr gestatten.

Fremdenblatt Abend 5/IX.1918

10

* (Das Einheitsmenü.) Für den Junggesellen scheint nun bald der Zeitpunkt zu kommen, wo es ihm auch für teuerstes Geld kaum mehr möglich sein wird, eine Mahlzeit zu erhalten. Von den schwindelnd hohen Preisen, die es nur den Bessersituierten des zivilen Junggesellenstandes ermöglichen, im Restaurant zu speisen, soll gar nicht gesprochen werden. Verschiedene Anzeichen weisen darauf hin, daß es mit der Verpflegung in den Gastwirtschaften wenn auch nicht schnell und gleichmäßig, so doch sicher zu Ende geht. Das Ausschalten der Küche in verschiedenen Gasthausbetrieben der Inneren Stadt, vor allem aber in den äußeren Bezirken, das im Laufe des letzten Jahres nach und nach einsetzte, war bloß eine einleitende Erscheinung. Nun hört man, daß selbst die größten und vornehmsten Restaurationsbetriebe in die ärgsten Verlegenheiten geraten und zu einem vorläufigen Aushilfsmittel greifen, das von den Verpflegsbehörden wohl schon wiederholt angekündigt, bis heute aber nicht durchgeführt wurde. So haben seit 1. September zwei der größten Ringstraßenhotels die Mahlzeiten à la carte gestrichen und setzen ihren Gästen nur mehr Einheitsmenüs vor. Wenn Unternehmungen, die gewiß nicht mit einem Mittelstandspublikum zu rechnen haben und sich lange mit der einzigen Verpflegsmöglichkeit, dem Schleichhandel, abzufinden verstanden, wenn Betriebe wie das Hotel Bristol und das Grand Hotel notgedrungen zum Einheitsmenü greifen und sich mit der Absicht tragen, früher oder später nur mehr an Hotelgäste Speisen abzugeben, kann man ermessen, wie schwer es heute den gastronomischen Etablissements, die sich beruflich und ständig mit der Lösung der lieben Magenfrage beschäftigen, gemacht ist, ihrer Aufgabe auch nur halbwegs gerecht zu werden. Die Verteuerung der Lebensmittel, die infolge der verschärften Notlage und verschärften Kontrolle immer unverschämter werdenden Schleichhandelspreise, die Schwierigkeiten, die großen Unternehmungen dadurch erwachsen, daß oft mehrere hundert Angestellte verpflegt werden müssen, all dies bewirkt, daß man in den Hotels und Gasthausbetrieben vorläufig an eine radikale Kürzung der Speisekarte und Vereinfachung der Küche denkt. Vorläufig .... Denn man kann es sich leicht vorstellen, was noch folgen wird: die Uniformierung sämtlicher Gasthausbetriebe. Natürlich nur dann, wenn unsere Verpflegsbehörden dieses schwierige Problem rasch in Angriff nehmen. Sonst müßte in vielen Unternehmungen, besonders in solchen, die nicht mit dem zahlungskräftigsten Publikum rechnen können, auf das Einheitsmenü der letzte und folgenschwerste Schritt nach abwärts folgen: die Einstellung der Restaurations- und Hotelküchen. Was dann der Junggeselle, der als „Zimmerherr" nur in den seltensten Fällen Gelegenheit hat, von der Quartiersfrau Verpflegung zu erhalten, was die vielen alleinstehenden Witwer und Pensionisten anfangen sollen, wird sich wohl schwer beantworten lassen. Der Mangel einer Fleischkarte für die Restaurant- und Hotelverpflegung, die schweren Fehler, die dadurch angehäuft wurden, daß man lange Zeit die reichhaltigsten und üppigsten Speisekarten gelten ließ, so lange gelten ließ, bis sie trotz aller Schleichhändlerei abmagern und verschwinden mußten, könnten durch die obligatorische Einführung des Einheitsmenüs wenigstens zur Not wettgemacht werden. Rasches Handeln tut dringend not, denn die freiwilligen Beschränkungen, zu denen die ersten und vornehmsten Unternehmungen greifen müssen, sprechen eine zu beredte und warnende Sprache.

Reichspost
5./IX. 1918

11

Die Ablieferung in den tschechischen Bezirken.

Olmütz, 4. September. (Privat.)

In dem Wochenblatte „Rozhledy" macht Dr. Frusek ein Anhänger der tschechischen staatsrechtlich-demokratischen Partei die tschechischen Landwirte — der Vorwurf trifft politisch die Partei Staneks — für allzu geringe Ablieferung verantwortlich und sagt: Auch bei den gegenwärtigen Stand der Dinge könnten die tschechischen Bauern mehr abführen, wenn sie nur wollten. Die Statistik führt darüber eine zu beredte Sprache. Die tschechischen Bezirke führen nicht einmal ein Viertel von dem ab, was die Deutschen abliefern. Es droht daraus, ein nationaler Skandal zu werden. Auch wenn wir gerne zugeben, daß in den tschechischen Bezirken mehr Vieh requiriert wurde, und daß die deutschen Bezirke bessere Weideplätze aufweisen als die tschechischen, auch wenn wir zugeben, daß das deutsche Molkereiwesen intensiver genossenschaftlich organisiert sei als das tschechische, ließen sich die lächerlich geringen Mengen, welche die tschechischen Bezirke abführen, damit allein nicht begründen. Wenn die tschechischen Bezirke wenigstens ein Drittel von dem ablieferten, was die Deutschen geben, wäre ich schon zufrieden. Aber nicht einmal das! Und dabei weiß die tschechische Agrarpartei ganz gut, daß nicht ein Gramm Fett aus den tschechischen Bezirken zur Ausfuhr gelangt, sondern daß es zur Gänze an die tschechischen Städte abgegeben wird.

Ostdeutsche Rundschau
5./IX. 1918

12

Der Aufruf des Ernährungsministers.

Von Gemeinderat **Rudolf Virbaumer** (Wr.-Neustadt).

Der österreichische Ernährungsminister Dr. Paul erließ einen Aufruf, in dem er angesichts der heurigen Ernteergebnisse Städter und Landwirte die Rückkehr zur Staatsmoral, die Bekämpfung des Schleichhandels und der Verschleppung der Brotfrucht ans Herz legt, damit jeder auf seine gerechte Brot- und Mehlquote komme. Der Aufruf kündigt auch die schärfsten Maßregeln gegen jene an, die unbefugt staatlich bewirtschaftete Artikel veräußern oder kaufen.

Schön. Bei dem redlichen Willen, den wir an Doktor Paul kennen und schätzen, zweifeln wir nicht, daß er versuchen wird, seinen Worten Nachdruck zu verleihen; die aus seinem Plane, der theoretisch gewiß einwandfrei ist, sprechenden Hoffnungen können wir leider nicht teilen.

Hat der Ernährungsminister übersehen, daß seine Maßregeln zu spät kommen? Unsere Schleichhändler und Profitiger sind gar rührige Leute und dürften ihr Säckelchen bereits wieder im Trockenen haben.

Hat der Ernährungsminister die Getreideablieferungen in tschechischen Bezirken Böhmens aufmerksam verfolgt und sie mit den deutschen Bezirken verglichen? Nehmen wir beispielsweise die Bezirke Saaz und Rakonitz, die mancherlei Gleichartigkeit zeigen: Saaz lieferte vom Hektar 5,22, Rakonitz 0,83 Meterzentner ab. Das spricht Bände, Herr Minister! Werden Sie die Kraft aufbringen, Ihre „volle Schärfe des Gesetzes" in das tschechische Gebiet zu tragen?

Wenn der Aufruf nur bezweckt, die deutschen Gebiete „kurzerhand mit strengster Strafe zu belegen", so wird er sicherlich den Erfolg zeitigen, daß die Verbitterung der Deutschen, die einer Steigerung kaum mehr fähig ist, ein gefährliches Stadium erreicht. Um diesen Erfolg braucht sich Se. Exzellenz nicht zu bemühen. Wir werden uns erlauben, die Regierungsmaßnahmen in Tschechischböhmen genau zu beobachten.

Die Erfahrungen der letzten Zeit lassen auch Zweifel auftauchen, daß die behördlichen Sicherungsmaßnahmen klappen werden — etwa so wie die, allerdings bis zur Roheit gediehenen ungarischen Grenzsicherungen. Wir fürchten, daß man wieder tausende von armen Teufeln, die wegen bitterster Not unsere zahlreichen Verordnungen übertreten, fassen und die schlauen Großgauner laufen lassen wird. Letztere sind doch jetzt schon in der Lage, dem Herrn Minister Mehl zu 25 K. anzubieten, soviel er haben will.

Noch ein anderer Umstand nimmt die gutgemeinten Bemühungen des Ministers von vornherein die Aussicht auf einen nennenswerten Erfolg: Solange aus dem glücklichen Land jenseits der Leitha auf geheimen Wegen Mehl zu 20 K. in die Hände jüdischer Wucherer herüberfließt, solange überhaupt ein gemeinsames Ernährungsgebiet mit Ungarn nicht geschaffen ist, bleibt jede auf Gesundung unserer Ernährungszustände hinzielende Arbeit Flickwerk. Daran ändert sich nichts, wenn die „Regierung auch noch so fest entschlossen" ist. Worte, Worte... Auch der Vorgänger Sr. Exzellenz hat damit nicht gespart und ist schließlich an den unüberwindlichen Schwierigkeiten gescheitert, die entstehen mußten, weil unsere mit viel Aufwand von Zeit und Mühe erdachten „Maßregeln" alle auf unsicherer Basis aufgebaut werden. Obendrein haftet den meisten das verhängnisvolle „Zu spät" an. Auf diesem Wege können wir zu keinem gedeihlichen Ende kommen.

Ostdeutsche Rundschau

5./IX. 1918

13

Der Aufruf des Ernährungsministers. In Salzburg wird der Aufruf des Ernährungsministers Paul wohl ohne besondere Wirkung bleiben. Am 4. d. M. fand bei der Landesregierung in dieser Angelegenheit eine Besprechung statt, in der festgestellt wurde, daß zu der in dem Aufruf angekündigten strengen Kontrolle mindestens hundertdreißig Mann notwendig sind. Das Platzkommando erklärte, hiefür keine Mannschaften entbehren zu können. Der Vertreter der Landesgendarmerie teilte mit, daß er infolge anderweitiger Ueberlastung des reduzierten Mannschaftsstandes diese Agenden nicht mehr übernehmen könne. Der Vertreter der Stadtgemeinde protestierte mit aller Entschiedenheit gegen die Einschränkung des Rucksackverkehres. Die vom Bürgermeister Ott beantragte Entschließung wurde einstimmig angenommen. In derselben wurde darauf hingewiesen, daß die volle Mehlquote auf ein Viertelkilogramm herabgesetzt wurde, daß in Salzburg seit Wochen kein Fleisch und Fett zur Ausgabe gelangt sei, so daß durch die Einstellung des Rucksackverkehres Salzburg dem Verhungern ausgesetzt wäre. Unter diesen Umständen sei es nur ein Selbsterhaltungstrieb, wenn die Bevölkerung aufs Land hinaus gehe, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen. Darum muß gegen die Aktion des Ernährungsministers mit aller Schärfe Stellung genommen werden.

Reichspost
5./IX. 1918

14

Die Verhandlungen des ungarischen Ernährungsministers in Wien.

Der ungarische Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz setzte in Wien heute seine Besprechungen über Ernährungsfragen fort und pflegte hier mit den maßgebenden Persönlichkeiten die Verständigung. Er reiste abends nach Budapest zurück.

Die Beratungen galten vornehmlich dem Austauschverkehr für Edelmehl. — Ungarn ist bereit, 5 Millionen Meterzentner Mais, Hülsenfrüchte usw. an Oesterreich zu liefern; jedoch kein Edelmehl; dieses ist dem besonderen Tauschverkehre mit von Ungarn dringend benötigten Industrieprodukten vorbehalten, in denen Ungarn sich bisher benachteiligt fühlte. Als Tauschwaren kommen namentlich Petroleum, Kohle und Papier in Betracht

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
6./IX. 1918

15 u 6

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Teuerung schreitet fort.

Heute werden zwei Verordnungen veröffentlicht, welche den Verbrauchern abermals höhere Preise bescheren. Eine dieser Verordnungen ist in der Praxis bedeutungslos, denn sie betrifft inländische Fische und die gibt es seit Monaten in Wien nicht. Daß diese Erscheinung nur auf den Umstand zurückzuführen ist, daß für ungarische Fische, auch wenn sie nur angeblich ungarische wären, keine Höchstpreise bestehen, bezweifelt niemand. Vielleicht wird die in der neuen Verordnung enthaltene Bestimmung, daß das Ernährungsamt die Fischereiberechtigten verhalten kann, einen Teil des Ertrages ihrer Fischwässer an bestimmte Gemeinden zu liefern, nach Wien wieder inländische Flußfische bringen. Dann allerdings würden wir die Preiserhöhung sogar als Preisermäßigung empfinden, denn gegenwärtig kennen wir nur ungarische Fische, und die Karpfen kosten schon 18 bis 20 K. Selbst zu diesem Preise sind sie kaum zu haben. Es ist zu befürchten, daß die akademische Erhöhung der Preise für inländische Fische eine Erhöhung der Preise der ungarischen Fische nach sich ziehen wird.

Die zweite Verordnung betrifft die Zuckerpreise. Diese werden infolge der am ersten dieses Monates eingetretenen Erhöhung der Bahntarife erhöht. Allerdings macht die Differenz nicht ganz 3½ H. pro Kilogramm aus und könnte daher die Verbraucher ziemlich gleichgültig lassen, wenn sie nicht ein, wenn auch nur kleiner Teil der allgemein im Flusse befindlichen Preissteigerung wäre. In der heutigen Verordnung werden nur die Preise für Großbrote vorgeschrieben, nicht aber die Preise für den Kleinhandel. Da die Kleinhandelspreise bisher nicht bekanntgegeben wurden, können die Kaufleute vorläufig keinen Zucker verkaufen und die Verbraucher, die infolge der knappen Rationen schon sehnsüchtig auf den Septemberzucker warten, müssen sich in Geduld fassen, bis die zuständigen Behörden die Kleinhandelspreise festgesetzt haben werden. Notwendig war es nicht, den Verbrauchern diese Geduldprobe aufzuerlegen, denn die Erhöhung der Frachtsätze war amtlich lange schon bekannt und somit wäre es bei einigem guten Willen möglich gewesen, sowohl die Großhandels- als auch die Kleinhandelspreise rechtzeitig festzustellen, so daß die Bevölkerung den Zucker, den sie notwendig braucht, ohne Verzug hätte beziehen können.

Noch eine dritte Verteuerung ist zu melden. Der Wunsch des Finanzministeriums, die Fleischpreise zu erhöhen, ist für den Monat September glücklich abgeschlagen worden. Um sich aber einigermaßen schadlos zu halten, hat die Regierung den Preis des Wurstfleisches erhöht und infolgedessen kosten Wiener Wurstwaren seit dem 3. d. nicht mehr 24 H., sondern 28 H. für das Dekagramm im Kleinhandel. Und selbst bei diesen Preisen sind die Verbraucher glücklich, wenn sie Wurstwaren bekommen. In den Automatenbüfetts kosten gegenwärtig dürftige Würstel pro Paar 3 K. 20 H. und ein hartes Ei 2 K.

Wie vertragen sich mit diesen Preisen die Bezüge der Festbesoldeten?

m. h.

Die Zeit
6./IX. 1918

16

(Freiwillige Feldwehren in Wien.) Da Diebstähle und Beschädigungen in Wien in den letzten Wochen stark überhand genommen haben, ist, wie wir bereits kurz berichtet haben, auf Verlangen der Landwirte und Weinhauer der Wiener Magistrat an die Aufstellung von freiwilligen Feldwehren geschritten. Die einzelnen Feldwehrmänner, die vom zuständigen magistratischen Bezirksamt in dieser Eigenschaft vereidigt werden, besitzen alle Rechte und Pflichten öffentlicher Wachen und werden zur wirksamen Versehung ihres Dienstes mit Seitengewehr und Repetierpistole ausgerüstet; als sichtbares Zeichen ihrer Diensteigenschaft tragen sie weißrote Armbinden. Zunächst werden solche Feldwehren in den Bezirken 10, 18 und 19 aufgestellt; sie treten bereits am kommenden Sonntag ihren Dienst an. Der Bevölkerung wird eindringlichst nahegelegt, allen auf den Schutz des Feldgutes bezüglichen Weisungen dieser Feldwehrmänner unbedingt Folge zu leisten und jede Widersetzlichkeit zu unterlassen, da sie wie die Sicherheitswache zum Gebrauch ihrer Waffen berechtigt sind.

Tägliche Rundschau 6./IX. 1918. 14

* **Zur Ausnützung der Buchmast** wird uns geschrieben: Es müssen vor allem möglichst viele Abnahmestellen errichtet werden, da nicht alle Buchecker mit der Achse angefahren werden können. Weiter ist zu bestimmen, daß die Abnahmestellen so eingerichtet sein müssen, daß sie die Pflege und Wartung der Bucheckern bis zur völligen Trocknung derselben übernehmen können. Erst völlig getrocknet dürfen sie dem Kriegsausschuß übergeben werden, da sonst die Gefahr besteht, daß die Anhäufung in sehr großen Mengen, die nicht mehr ordentlich durchgearbeitet werden können, die Früchte durch Erhitzung und Verdunstung unbrauchbar macht. Da die Bucheckern vom Zeitpunkte der Anlieferung an die Abnahmestellen bis zur Uebergabe an den Kriegsausschuß ein Drittel des Gewichtes verlieren und die Abnahmestellen durch Lagerung und Umwerfen usw. viele Ausgaben haben, ist die Vergütung an die Anlieferer in einem dem entsprechenden Verhältnis zu dem vom Kriegsausschuß an die Abnahmestelle zu zahlenden Preise zu halten. Wenn es auch gerechtfertigt erscheint, daß alle dem Kriegsausschuß übergebenen Bucheckern nur in den von ihm zugelassenen Oelmühlen geschlagen werden, so würde es doch billig erscheinen, wenn die auf Schlagscheine den Anlieferern überlassenen Bucheckern in eigens dazu bestimmten heimischen Oelmühlen geschlagen werden dürften. Durch Abnahmestelle und Schlagschein ist eine Ueberwachung leicht durchführbar. Die Verfütterung der zurückgebliebenen Oelkuchen wäre wegen des darin enthaltenen Giftes zu untersagen. Bei Beobachtung dieser Richtlinien ist zu hoffen, daß die reiche Buchekernernte imstande sein wird, uns auf lange Zeit über die Fettarmut hinwegzuhelfen.

Neue Freie Presse Abend
6/IX. 1918

Die Approvisionierungsverhältnisse in Böhmen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Prag, 5. September.

Gestern sprach Abg. Dr. Baxa über Wunsch von Prager Gewerbetreibenden bei der Statthalterei bezüglich des Verbotes des Rucksackverkehres vor. Der Statthaltereivizepräsident Kosina erklärte, das Verbot wurde hauptsächlich aus zwei Gründen erlassen: Um die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Böhmen im Schleichhandel einzuschränken und den Masseneinkauf auf dem Lande durch Spekulanten zu verhindern, die dann die Lebensmittel zu unerhörten Wucherpreisen weiterverkaufen. In der Sache selbst sei noch nicht das letzte Wort gesprochen. Auf der Statthalterei halte eine besondere Kommission dieser Tage Beratungen ab. Entschieden denke man aber daran, die Zuweisungen allgemein zu erhöhen.

Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, Zweigstelle Prag, teilt der Direktion der Prager städtischen Approvisionierungsanstalt mit, daß zu hoffen ist, daß bereits in allernächster Zeit die Mehlquote auf ein halbes Kilogramm per Kopf und Woche erhöht werden wird.

Neue Freie Presse Abendbl. 7./IX. 1918 19

Vertreter westschlesischer Städte beim Minister des Innern und Ernährungsminister.

Am 28. August fand in Jägerndorf eine Versammlung von Vertretern der schlesischen Städte statt, in welcher über die Mißstände im Ernährungswesen Klage geführt und über Mittel der Abhilfe beraten wurde. Diese Versammlung beschloß eine Entschließung und deren Ueberreichung an die Regierung. In der Entschließung wird unter anderm gefordert: Ausscheidung des mährisch-schlesischen Industriegebietes aus der Belieferung durch Westschlesien mit Brotgetreide; restlose Aufbringung aller Ueberschüsse der Ernte 1918 hauptsächlich im czechischen und galizischen Gebiete; einheitlicher Wirtschaftsplan für Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich.

Gestern führte Abgeordneter K. H. Wolf eine Abordnung der westschlesischen Städte beim Minister des Innern R. v. Gayer vor, der gemeinsam mit dem Ernährungsminister Paul namens der Regierung die Abordnung empfing. Sie bestand aus folgenden Vertretern: für Jägerndorf kaiserlicher Rat Gießmann und Professor Schuster, für Troppau Gemeinderat Hinner, für Weidenau Professor Karner, für Freudenthal die Gemeinderäte Riedl und Bretschädl und für Freiwaldau Gemeinderat Jung. Es wurden alle Punkte dieser Entschließung von den Mitgliedern der Abordnung und dem Abgeordneten Wolf durchbesprochen, worauf Minister Paul Aufschlüsse gab und einen Einblick in den Ernährungsplan der Regierung gewährte. Die Abordnung zeigte sich von den entgegenkommenden Erklärungen des Ministers, die eine teilweise Erfüllung der vorgebrachten Wünsche erwarten lassen, befriedigt.

Der Neue Abend 21

7./IX. 1918

Grenzsperre!

Jeder Tag zeigt, wie sehr sich unser Verhältnis zu Ungarn zuspitzt. Heute erhalten wir eine Mitteilung, die so ziemlich alles übertrifft, was man bisher von dem Grenzverkehr mit Ungarn gehört hat. Der selige Kossuth mag bedauern, daß er es nicht mehr erlebt hat: das Ideal der 48er Unabhängigkeitspartei ist erreicht, die Grenze ist gesperrt! Wenigstens bei Bruck a. d. Leitha für Nahrungsmittel, die für Kranke und arme Kinder in Wien bestimmt sind.

Die Militär-Konservenfabrik Bernhard Wetzler versorgt seit längerer Zeit menschenfreundlich eine Anzahl hiesiger Krankenanstalten und Kinderheime vollkommen kostenlos zwei- bis dreimal wöchentlich mit Blutwürsten, die selbstverständlich eine außerordentlich wertvolle Ergänzung der jetzt so kärglichen Nahrung bilden. Gestern blieb diese Sendung — es handelt sich um einige Tausend Stück — aus, und das Speditionsgeschäft, das die Würste auf Rechnung des Herrn Wetzler zustellt, berichtete, daß die Sendung aus Kiralyhida, dem jenseits der Leitha liegenden Teil von Bruck nicht eingetroffen ist; die Grenze sei gesperrt worden.

Es werden selbstverständlich alle Schritte unternommen werden, um die Regierung zu bewegen, daß sie in diesem ganz besonders aufreizenden Falle dem Rechte zur Geltung verhelfe. Die betreffenden gemeinnützigen Anstalten werden es sich nicht ohneweiters gefallen lassen, unter Umständen den Betrieb schließen zu müssen, weil es den Ungarn jetzt sogar schon auf die Blutwürste der Kranken und armen Kinder ankommt. Das eine aber wird man wohl sagen dürfen, daß es viel ärger nicht mehr kommen kann; ein Hoffnung, die allerdings bis jetzt immer wieder enttäuscht worden ist.

Fremdenblatt 7./IX. 1918

22 7

Für den Rucksackverkehr.

Ein offenes Schreiben an den Ernährungsminister.

Abgeordneter Denk hat an den Ernährungsminister Dr. Paul einen offenen Brief gerichtet, in dem gegen die Unterbindung des kleinen Rucksackverkehres Verwahrung eingelegt wird. In dem Briefe heißt es:

„Euer Exzellenz haben am 1. September einen Aufruf erlassen, welcher sich wohl gegen den Schleichhandel richtet, aber in Wirklichkeit den Rucksackverkehr auf das empfindlichste trifft. Ich muß Eurer Exzellenz mitteilen, daß nach der Stimmung in meinen Wählerkreisen sowie überhaupt in der ganzen Wiener Bevölkerung dieser Erlaß keineswegs Zustimmung, sondern tiefstes Empören ausgelöst hat. Die Bevölkerung hat sich vorgestellt, daß ein Ernährungsminister dazu da ist, um der Bevölkerung die notwendigsten Nahrungsmittel zu beschaffen, um sie vor dem Verhungern zu schützen. In meinen Wählerkreisen ist man der Anschauung, daß die erste Aufgabe eines Ernährungsministers darin bestehen soll, daß er die Zufuhren aus Ungarn, welche vor dem Kriege zum größten Teile dazu gedient haben, die Wiener Bevölkerung zu ernähren, und welche während der Kriegszeit nahezu gänzlich eingestellt wurden, wieder in Fluß bringe. Der Ernährungsminister soll seinen Einfluß bei der ungarischen Regierung dahin geltend machen, daß Ungarn nicht ruhig zusehe, wie die Bewohner der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien tatsächlich der notwendigsten Nahrungsmittel entbehren müssen.

Wenn nun durch die politischen Verhältnisse die Macht des Ernährungsministers an der Leithagrenze ihr Ende gefunden, so glaubte man, daß der Ernährungsminister doch in der Lage sein werde, seine Macht in Oesterreich geltend zu machen und dafür zu sorgen, daß so wie in den deutschen auch in den czechischen Bezirken die Ueberschüsse der agrarischen Produktion abgeliefert und zur Ernährung der städtischen Bevölkerung verwendet werden. Eure Exzellenz haben diesem dringenden Wunsche der darbenden Bevölkerung bisher nicht entsprochen! Eure Exzellenz waren bisher nicht imstande, auch nur die kargen Brosamen, welche die Bevölkerung auf Grund der Brot-, Mehl-, Fett-, Zucker-, Kartoffel-, Eier-, Milch-, Fleisch-, Seife-, Petroleum- und dgl. Karten erhalten sollte, zu beschaffen. Die Bevölkerung von Wien erhält eine Unzahl von Bezugskarten, doch werden sie nicht honoriert. Um ein Stückchen stinkendes Fleisch (auch Pferdefleisch) zu erhalten, müssen sich die Menschen nächtelang anstellen, um dann unter Umständen, nach durchwachter Nacht, am nächsten Morgen ohne dieses Stückchen Fleisch mit hungerndem Magen nach Hause zu gehen. Eure Exzellenz sind nicht imstande, der Bevölkerung von Wien das zugesicherte ganz geringe Quantum Milch zu beschaffen. Eure Exzellenz waren gezwungen, sogar die Brotration zu reduzieren, und als nunmehr die zwei Millionen Menschen, welche in Wien leben, hinaus fuhren auf das flache Land, auf welchem allein noch Nahrungsmittel reichlich und gut vorhanden sind, um einige Kilo Erdäpfel um teures Geld zu kaufen und sie auf ihrem Rücken nach Hause zu schleppen, so wurden sie ihnen durch die Organe des Ernährungsministers geraubt! Die Wiener Bevölkerung ist geduldig und hat Leid und Not über sich ergehen lassen, aber nun ist sie gezwungen, zur Selbsthilfe zu schreiten und sich Nahrungsmittel dort zu holen, wo sie beschafft werden können.

Ich glaube, Euer Exzellenz werden den Vorwurf zu tragen haben, daß Sie durch Ihren Erlaß diese Ernährungsbeihilfe verhindern. Infolge Ihrer drakonischen Verfügungen wurde beispielsweise an den Gemeindeämtern und Kirchentüren des flachen Landes ein strenges Edikt angeschlagen, in welchem der Verkauf von Frühkartoffeln mit Geldstrafen bis zu 20.000 Kronen bedroht wurde. Die hungernden Menschen, welche aufs Land hinausgekommen waren, um einige Kilo Kartoffel zu kaufen, konnten keine erlangen, weil die Bauern fürchteten, große Geldstrafen bezahlen zu müssen, und nun verfütterten die Bauern die Erdäpfel an die Schweine!

Ich bitte Eure Exzellenz, diese harten Bestimmungen bezüglich des Rucksackverkehres zurückzuziehen, strenge Requisitionen in den czechischen Bezirken vorzunehmen und die beschlagnahmten Nahrungsmittel an die städtische Bevölkerung zur Verteilung zu bringen. Geschieht dies, dann hört der Rucksackverkehr von selbst auf!

* * *

Wie uns mitgeteilt wird, wird die Angelegenheit des Rucksackverkehres auch Gegenstand einer Aktion im Parlamente sein, falls bis zur Tagung desselben die Rucksackfrage nicht entsprechend geordnet ist.

Österr. Volkszeitung
8./IX. 1918

23

Die Vorkommnisse in Villach.

Ausschreitungen in den Straßen und Plünderungen von Geschäften.

In Villach spielten sich, wie schon berichtet, Donnerstag und Freitag lebhafte Auftritte ab, die auf Stockungen in der Zufuhr preiswerter Lebensmittel zurückzuführen waren. Es sollte nämlich bei den Fleischhauern Fleisch zur Abgabe gelangen. Als nun die Käuferinnen erschienen, wurde ihnen mitgeteilt, daß nur kroatisches Fleisch, zu 28 K. per Kilogramm, vorhanden sei. Nachdem dieser Preis für die überwiegende Mehrzahl der Konsumenten unerschwinglich war, ereigneten sich Exzesse, an denen mehrere tausend Personen teilnahmen.

Ein Abordnung mit Bürgermeister Astmann begab sich gleich nach den ersten Straßenkundgebungen zur Bezirkshauptmannschaft, wo sie mit deren Leiter Hofrat Paulowsky beriet. Hierauf wurde an den Ernährungsminister Paul ein Telegramm gerichtet. Die Mitglieder der Abordnung fuhren nachmittags nach Klagenfurt zum Landespräsidium, schilderten dort die Notlage der ärmeren Schichten der Bevölkerung und baten um schnelle und bessere Versorgung mit Lebensmitteln. Im Laufe des Nachmittags erließ die Bezirkshauptmannschaft ein Verbot des Ansammelns auf den Straßen, ordnete die Sperre der Haustore um 6 Uhr und die der Gasthäuser um 7 Uhr abends an und verbot die Theater- und Lichtspielvorstellungen.

Bei der Plünderung der Vorräte wurden auch — den von der Zensur teilweise gestrichenen Berichten der Klagenfurter Blätter zufolge — die Räume des städtischen Schlachthauses unter der Führung von ortskundigen Personen erbrochen und die dort lagernden Vorräte an Fett, Speck und Selchfleisch geraubt. An diesen Gewaltakten waren auch Leute aus besseren Kreisen beteiligt. In der Marmeladefabrik Kunz wurde der diensthabende Leutnant, der die Menge vergeblich aufforderte, die Fabrik zu verlassen, von einem Mauerziegel ins Auge getroffen; er sank blutüberströmt zusammen. Das Auge soll verloren sein.

Im Laufe des Tages und des Abends wurden viele Verhaftungen vorgenommen. Freitag vormittags forderte vor dem Rathause eine große Zahl Demonstranten die Freilassung der Verhafteten. Es währte ziemlich lange, bis sich die Menge wieder verlief. Erst gegen mittags wagten es die Geschäftsleute wieder, ihre Läden zu öffnen.

Der Neue Abend

9./IX. 1918

25

Die Aufreizer.

Es ist ein Spruch von altersher:
Wer Sorgen hat, hat auch Likör.

Unerschöpflich ist Unternehmerscharfsinn, neue Kniffe zu finden, um uns das Geld aus der Tasche zu ziehen. Luxusschnäpse sind scheinbar etwas, dessen Verbraucher man nicht in Schutz zu nehmen hat. Bedenkt man jedoch, wie sehr die hohen Preise solcher Liköre dazu beitragen, Spiritus selten und unerschwinglich zu machen, indem sie die Erwerbsinstinkte der Spiritusfabrikanten zur Weißglut anfachen, so wird man erkennen, wie innig alles zusammenhängt: Vom Arbeitstisch der Näherin und dem Schnellsieder des Arbeitsweibes bis zum Verdauungsschnaps des Millionärs zieht sich die fürchterliche Kette.

Ein Leser sendet uns ein Rundschreiben einer „Ersten Ungarischen Frucht- und Obst-Destillation", hinter welcher harmlosen Bezeichnung sich eine Schnapsfabrik verbirgt. Sie bietet sechsundzwanzig Sorten Likör, vom Royal Triple Sec bis zum Boonecamp an, die Literflasche zu achtzig Kronen! Kann es da wundernehmen, daß der Schleichhandel von Tag zu Tag üppiger gedeiht? Für einen Hektoliter versteuerten raffinierten Spiritus (94 v. H. Alkohol) ist der amtliche Höchstpreis 780 Kronen. Mit etwas Obst- oder sonstigem Zusatz bringt das Hektoliter dem Fabrikanten 8000 Kronen Profit, an tausend Flaschen sohin 72.200 Kronen, wovon allerdings noch die Kosten des Fruchtsaftes, etwas Zucker und des teuersten Zusatzes, Flasche und Aufklebezettel, abzurechnen sind.

Vossische Zeitung
9./IX. 1918

26

3

Wirkung der Kriegsernährung. In der „Berliner Klinischen Wochenschrift" wird die Wirkung der Kriegsernährung auf Grund einer Statistik zahlenmäßig festgestellt. Danach ist das Körpergewicht der Selbstversorger, deren Nahrung 100 Gramm Eiweis bei 3194 Kalorien täglich enthielt, bei 80 Männern und bei 70 Frauen während der Jahre 1913-14 bis 1917 ungefähr gleich geblieben. Demgegenüber sank das Körpergewicht bei den Verbrauchern von 72,2 auf 65,2 Kilogramm im Mittel der 250 männlichen Personen. Bei den 170 Frauen trat eine Körpergewichtsabnahme von 57,3 auf 53,3 Kilogramm ein. Dabei stellt sich die Nahrungsaufnahme in diesen statistischen Erhebungen für das Eiweis um 62 Prozent, für die Kalorien um 70 Prozent höher, als der rationierten Nahrung entspricht. Prof. Dr. Loewy und Dr. Brahm, die Versuche an neun älteren Frauen aus der Berliner Armenpraxis, ferner an Kranken aus zwei Berliner Krankenhäusern und endlich an einer Anzahl auf einem Gut beschäftigten Landarbeitern gemacht haben, kommen zu folgenden Schlüssen: Eine Person, die auch bei körperlich [illegible] und beruflich gar nicht tätigen Menschen weniger als 2000 Kalorien für den Tag in der Nahrung enthält bei einem Eiweißgehalt, der an sich noch nicht als absolut unzureichend zu bezeichnen ist, genügt nicht, um das Nahrungsbedürfnis des Körpers zu decken. Es kommt dabei zu Fett- und gleichzeitig auch zu oft beträchtlicher Eiweißabgabe vom Körper.

Pester Lloyd
9./IX. 1918

24

Unbegründete Beschuldigungen gegen Beamte des Volksernährungsamtes.

Budapest, 9. September.

Im Laufe der letzten Woche sind in zwei Zeitungen Mitteilungen erschienen, in denen behauptet wurde, daß im Landes-Volksernährungsamt einzelne Beamte für gutes Geld Transportzertifikate ausstellen, mit denen dann Lieferanten Mißbrauch treiben. Minister Prinz Windisch-Graetz betraute den Staatssekretär Dr. Franz Nagy und den Sektionsrat Dr. Rudolf Temple, diese Zeitungsnachrichten auf ihre Richtigkeit zu prüfen und die beiden Genannten untersuchten mit Zuhilfenahme eines großen Apparats die Sache aufs genaueste. Es wurde festgestellt, daß ein Teil dieser Gerüchte, die sich auf den Leiter der Präsidialsektion bezogen, verleumderische Unwahrheiten sind und der Minister sah sich veranlaßt, dem verleumdeten Staatsbeamten die Ermächtigung zu geben, gegen die Verbreiter dieser Gerüchte die Strafanzeige zu erstatten. In einem zweiten Fall, in dem es sich um die in der Tat erfolgte Beschaffung von Transportzertifikaten handelte, sind die Erhebungen noch nicht beendet. In diesem Falle soll ein Oberleutnant der Reserve um die Ausfolgung von Transportzertifikaten angesucht und sich von seinen Auftraggebern eine Provision bedungen haben. In dieser Sache ist die Untersuchung noch nicht beendigt, aber so viel steht fest, daß gegen einen Beamten, der sich etwa eine derartige Pflichtverletzung zuschulden kommen ließ, unverzüglich die energischesten Schritte eingeleitet werden.

Halbamtlich wird folgende Erklärung des Volksernährungsamtes veröffentlicht:

> Mit dem Titel „Mißbräuche im Volksernährungsamt" ist in der Nummer vom 8. September des Pesti Hirlap eine Mitteilung erschienen, die davon handelt, im Volksernährungsamt sei man strafrechtlich zu ahndenden Mißbräuchen auf die Spur gekommen und mehrere Beamte des Volksernährungsamtes seien in die Affäre verwickelt. Diese Nachricht entspricht der Wirklichkeit nicht und ihr Einsender hat die Zeitung gewissenlos irregeführt. Der Tatbestand ist demgegenüber folgender:
>
> Neuestens wurde in weitesten Kreisen davon gemunkelt, ja in dem Leitaufsatz eines Abendblattes gelangte der Verdacht auch zum Ausdruck, im Volksernährungsamt könne man sich Transportzertifikate beschaffen, und man flüsterte sich sogar den Namen des Beamten zu, der an diesem Mißbrauch beteiligt sei. Demzufolge hat der Minister verfügt, es möge die Herkunft dieser Ausstreuungen erforscht werden und ob sie überhaupt irgendeine Grundlage haben, beziehungsweise, es möge gegen die Verbreiter die Anzeige erstattet werden. Es wurde im Laufe des Verfahrens festgestellt, daß die Verdächtigungen jeder Grundlage entbehren. Ueber einen selbstlosen, hervorragend tüchtigen und korrekten Beamten sind ohne die geringste Grundlage auf unverantwortliches Gerede hin diese gewissenlosen Verdächtigungen meuchlerisch ausgestreut worden, über einen Funktionär, der hiezu durch keine einzige Tat, durch keinerlei Versäumnis Grund oder Ursache gegeben hat.
>
> Die Erhebungen der Polizeisektion haben in einigen Fällen zur Ermittlung des Verbreiters dieser Nachricht geführt, und der Minister hat den tief gekränkten Beamten sofort ermächtigt, gegen seine Verleumder die Anzeige zu erstatten.
>
> Unabhängig von dem erwähnten Fall und von der Person des betreffenden Beamten hat die Polizeisektion des Ernährungsamtes gegen einen, nicht dem Amte angehörenden Oberleutnant die Strafanzeige erstattet, der verdächtigt ist, auf eine mit dem Offiziersrang unvereinbare Weise gegen Provision nach Oesterreich lautende Transportzertifikate erwirkt zu haben. Dafür, daß in dieser zweiten Sache irgendein Beamter des Ernährungsamtes sich eines Mißbrauches schuldig gemacht hätte, liegen bisher keine Daten oder Beweise vor. Sollte aber bei der Feststellung der Tatsachen gegen irgendeinen Beamten des Amtes etwas Gravierendes zutage gefördert werden, so wird gegen den Betreffenden das Verfahren ohne Verzug und mit der größten Energie eingeleitet werden.
>
> Bedauerlich ist aber bei alldem die unwürdige Verunglimpfung der Beamten des Ernährungsamtes. Es ist doch im Interesse des ganzen Landes gelegen, daß der Glaube des Publikums an die Ehrenhaftigkeit der Funktionäre dieser Amtsstelle nicht erschüttert werde. Die führenden Beamten des Amtes legten und legen heute noch im Bewußtsein ihrer großen Verantwortlichkeit stets großes Gewicht darauf, durch ihre Führung und durch ihr Vorgehen keine Ursache zu derlei Voraussetzungen zu geben.

Fremdenblatt
10./IX. 1918

28

Bauernkost und Volksspeisen.

Von Friedrich Hampel, Hofkoch i. P. *)

Bei oberflächlicher Betrachtung möchte es scheinen, als hätte das Gebiet der „Küche und Kochkunst" im Kriege und im Ernste der Zeit kein Recht auf Beachtung. Wie wir jedoch wissen — und besonders heute fühlen — ist unser Magen, bezw. unsere Ernährung das Hochwichtigste, nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für den kriegführenden Staat, der um seinen Bestand im Kriege kämpft, da auch der deutsche Kaiser nach einem bekannten Ausspruche seinerzeit darauf hinwies, daß nur die Nation siegen wird, die die besten Nerven hat! Die Nervenkraft wird aber hauptsächlichst von unserer Lebensweise und unserer Ernährung abhängen, ein physiologischer Lehrsatz, auf den ich bereits in meiner letzten Denkschrift hingewiesen habe. Merkwürdig genug sprechen wir heute immer nur vom „Nähren", nie aber vom „Essen", obwohl wir wissen, daß sich schließlich alles „nährt", das lebt — die Pflanze beispielsweise ebenso wie das Tier, der Wurm oder das Raubtier, und daß nur der edle Mensch „ißt". Daraus ist schon zu ersehen, was das „Essen" für die Beurteilung der zeitweiligen Kultur bedeutet!

Ueber das „Essen" haben sich von jeher nicht nur hervorragende Aerzte und Physiologen, sondern auch andere Denker und Philosophen geäußert, wie Feuerbach, der in einem seiner Werke kurz behauptet: „Der Mensch ist, was er ißt", ein Gleichnis, das Brillat-Savarin ähnlich ausdrückt, wenn er in seinem viel zu wenig gewürdigten Werke „Die Physiologie des Geschmackes" schreibt: „Der Magen ist das Zentrum des Lebens" oder: „Sage mir, was du ißt, und ich sage dir, wer du bist!" Aus bekannten Gründen können wir jedoch nicht — wie im goldenen Paradiese — Rohkost allein, Wurzeln und Früchte, geschweige die heute mit Unrecht so angepriesenen künstlichen Nahrungsmittel, sogenannte „Surrogate", essen, weil es für natürliche Nährwerte überhaupt keinen Ersatz gibt. Wir müssen daher die meisten Nahrungsmittel vorerst fachgemäß herrichten, nach feststehenden Gesetzen zubereiten und verkochen, damit sie erst die vollwertige Nahrung, die richtig schmeckende, bekömmliche und gesunde „Kost" werden. Die Regeln und Vorschriften hiezu danken wir nun der edlen „Kochkunst", einem Teil der Lehre vom Schönen (Aesthetik), die aber heute leider so stiefmütterlich behandelt wird. Aus der Geschichte ist bekannt, daß die „Kochkunst" ihre Entstehung der Zeit dankt, als die Menschen die Erfahrung besaßen, das Feuer willkürlich hervorzubringen, zu erhalten und zu beherrschen. Wie man das Feuer für diese nützlich zu machen verstand, darüber bestehen kaum sichere Ueberlieferungen. Man glaubt, daß man vorher schon die Erfahrung besaß, wie die Früchte von den heißen Sonnenstrahlen weicher und genießbarer wurden, wodurch man zu dem Versuch angeregt wurde, durch künstliche Hitze die Früchte ebenso zu erhalten. Diese mußten natürlich öfter gewendet werden, und so dürfte vielleicht auch der Spießbraten gefunden worden sein. Denn Kochgeschirre hatte man anfangs noch keine; es mußten hiezu noch viele Schwierigkeiten überwunden werden. Man will wissen, daß man z. B. ursprünglich das Wasser in Tierhäuten erwärmte oder solches in Behälter goß, in welche man dann glühende Steine warf, bis man die ersten Tongefäße erzeugen lernte. Diese primitivste Kochkunst finden wir in ähnlicher Weise noch gegenwärtig bei jenen Völkern, die durch die Armseligkeit der Natur in ihrer kulturellen Entwicklung zurückbleiben mußten, wie beispielsweise im hohen Norden bei den Polarvölkern, Ostjacken, Jakuten und Eskimos.

Das kalte Klima erfordert bei diesen Völkern außer einer starken Körperbedeckung auch eine ausgiebige, wärmeerzeugende Kost. Trotz aller Schwierigkeiten verstehen sie in ihrer Art, die uns vielleicht sonderbar anmutenden Nahrungsmittel durch geeignete Zubereitung zu verbessern, sei es durch Reiben, Klopfen oder Umformung, Zersetzung mit Hilfe des Feuers oder durch Gärung. Die Ostjacken zerstoßen z. B. getrocknete Fische im Mörser zu Brei (französisch: farce), die Jakuten machen aus Baumrinde Mehl und Grütze. Birken- und Weidenrinde werden oft mit Kaviar, Kiefern- oder Lärchenrinde mit Milch und Fett, Faulbaumbeeren mit Butter vermischt. Als feiner Leckerbissen gilt der mit Zedernüssen gefüllte Magen der Eichhörnchen, bei verschiedenen Eskimos der Inhalt des Renntiermagens.

Sehr interessant ist die Sitte dieser Völker, beispielsweise der Jakuten, die oft von maßloser Eßgier befallen werden, wobei sie sich dem Genusse unglaublicher Butterquantitäten hingeben, von welchen ein einziger allein bei einer Mahlzeit bis zu 30 Pfund zu verschlingen imstande ist. Dies wäre eine Riesenmenge, von welcher heute, bei der geringen Ration von 4 Dekagramm pro Kopf und Woche, eine Familie von 6 Personen ungefähr 15 Monate lang auskommen müßte!

Gegenüber dieser übereinfachen, so armseligen Kost der Bewohner des hohen Nordens ist die Kost der mitteleuropäischen Völker, besonders der österreichischen Bauern, auch heute, im Kriege, noch immer „fürstlich" zu nennen. Die Tiroler Bergbauern im Zillertal bereiten sich heute noch eine beliebte Nationalspeise, die „Zillertaler Krapfen". Es sind Eierfladen aus Buchweizenmehl, in welche eine Fülle aus Topfen, Magermilch, Kartoffelmus und grauem Käse bestehend, eingeschlagen und in schwimmendem Fett gebacken wird. In jedem Hause werden diese „Krapfen" nur nach einem ganz bestimmten, uralten Rezept zubereitet und alle Samstage abends genossen. Kommt ein seltener Gast, gibt's eine Taufe oder sonst ein Familienfest, darf diese Speise auf dem Tisch der Zillertaler ebenfalls nicht fehlen. Eine weitere kräftige und originelle Bauernkost sind die gebackenen „Leberknödel" der Ischler Holzknechte. Diese werden stets im Rucksack für eine ganze Woche mitgenommen, wenn die Holzknechte im „Schlag" zu arbeiten haben. Denn die Hütte ist oft zu entfernt und die Holzknechte sind dann gezwungen, am offenen Feuer diese Leberknödeln fertig zu kochen und sich ihre Kost selbst zu bereiten. Unsere Grünröcke verstehen ebenfalls im gegebenen Falle geschickt mit den Kochtöpfen zu hantieren. Abgesehen von ihrer beliebten „Jägersuppe", ist auch ihr „Mehlsterz" eine sehr nahrhafte und gesunde Speise, und ihre wunderlichen Nocken, Rangen genannt, genießen in ihren Kreisen großes Ansehen. Man weiß, daß auch hohe Herrenjäger des Hofes diese gelegentlich nicht verschmähen. Der Jagdgehilfe oder der Holzknecht besitzen hiezu verschiedene besondere Gerätschaften: die Rangenschüssel zur Bereitung des Teiges, das Rangenpfandl, in welchem die Rangen gebacken werden, den „Muaser" (abgeleitet von Mus), d. i. ein spezieller Löffel, und die Schmalzbüchse.

Feiner ist die Kost dieser Bauern, wenn ihnen nach schwerer Arbeit die Freuden des häuslichen Herdes winken. Dann erhalten sie nicht selten den viel zu wenig bekannten „Steegschmarren" — ihre Sonntagsspeise, die so benannt ist, weil diese die Erfindung einer angesehenen Wirtin in Steeg, der weitgerühmten Nockentoni, ist, bei welcher die verstorbene Kaiserin Elisabeth oftmals zu Gaste weilte. Wie man sieht, nährt sich das Bauernvolk auch heute noch kräftig und nicht ohne gesunden Sinn für gewisse Geschmacksrichtungen. Freilich, ihre Grundkost, die Knödeln, sind zurzeit wie so vieles andere Nützliche und Notwendige seltener geworden oder ganz verschwunden, weil oftmals die notwendigen Bestandteile nicht zu haben sind. Aber vergessen kann sie der Bauer nicht! Er hofft mit Recht, daß in absehbarer Zeit die verschiedenen Speck-, Grieß-, Germ-, Kartoffel- und Reisknödel — abgesehen von den süßen Kirschen- und Zwetschkenknödeln — wieder kommen werden müssen, denn — wie er richtig meint — „muaß der Mensch, der arbeit, nöt nur essen, daß er satt wird, sondern auch, daß 's ihm schmeckt!" Diese auffallende Vorliebe für Mehlspeisen scheint ein Kennzeichen des spezifisch österreichischen Geschmackes zu sein; in Bayern ist der Fleischgenuß richtunggebend. Denken wir beispielsweise an die üppigen Rinds-, Kalbs- und Brustbraten, an die kannibalischen Stelzen und Haxen, an die vielerlei Schweinsohren und Rüssel, an die fetten, saftigen Würste u. a. m., die in diesem glücklichen Lande kurz vor dem Kriege noch so allgemein genossen wurden, so muß zugegeben werden, daß sich in Bayern das Volk verhältnismäßig am kräftigsten nährt, daß besonders die süddeutsche Küche die meisten Nährwerte besitzt und für die Volks-

*) Nach Hofkoch Friedrich Hampels gleichnamigem Originalmanuskript. (Erscheint nicht im Druck.) Verfasser des gastronomischen Werkchens „Lukullus", Verlag R. Lechner (Wilh. Müller), k. u. k. Hof- und Universitätsbuchhandlung, Wien, I. Bezirk.

Auf die Frage, ob sie leide, versetzte sie: „Ich weiß es nicht, ich glaube, die Brust ist getroffen." Auf dem Dampfschiff angelangt, fiel sie jedoch in Ohnmacht und blieb einige Minuten bewußtlos. Da niemand ahnte, was geschehen, setzte sich der Dampfer in Bewegung. Als die Kaiserin wieder zu sich kam, sagte sie: „Was ist mir geschehen?" Dann sank sie wiederum zurück, Leichenblässe bedeckte ihr Gesicht, ihr Atem wurde schwer und ging bald in Röcheln über. Gräfin Sztaray sagte dem Kapitän, wer die Insassin sei, und bat, daß er das Schiff, das eben den Hafen verlassen hatte, umkehren lasse. Das geschah; man landete bei der Station Pâquis nahe dem Hotel Beaurivage, in das man die Kaiserin hineintrug. Hier starb

Fremdenblatt
10./IX. 1918

29

Der kleine Rucksackverkehr wird wieder gestattet.

Wie schon aus der letzten amtlichen Verlautbarung des Ernährungsamtes zu ersehen ist, werden Milderungen der Rucksackverordnung geschaffen und in diesem Sinne der kleine Rucksackverkehr wieder gestattet werden. Wie von Seiten des Ernährungsamtes erklärt wird, sollten durch die Rucksackverkehrsverordnung nur die hamsternden Schleichhändler getroffen werden und nicht die kleinen Leute, die sich einige wenige Lebensmittel direkt vom Lande beschaffen. Wie wir erfahren, wird für diesen kleinen Rucksackverkehr vor allem die Beförderung von Kartoffeln im Ausmaße bis zu 20 Kilo, von Eiern, Butter 2c. in kleinen Quanten gestattet sein. Der Transport von Mehl dürfte aber nicht erlaubt werden. In diesem Sinne werden demnächst schon entsprechende Weisungen des Ernährungsamtes hinausgegeben. Es wird aber gleichzeitig auch in Erwägung gezogen, wie man bei Gestattung des kleinen Rucksackverkehres für die Selbstverbraucher dem auf diesem Wege schwunghaft betriebenen Schleichhandel auch fernerhin wirksam begegnen könnte.

Neue Freie Presse

10./IX. 1918

30

Bevorstehende Erleichterungen des Rucksackverkehrs.

Eine parlamentarische Korrespondenz meldet: Wie schon aus der letzten amtlichen Verlautbarung des Ernährungsamtes, dahin lautend, daß unter gewissen Voraussetzungen und aus gewissen Gründen der direkte Bezug von Kartoffeln ermöglicht und die eheste ausreichende Eigenversorgung der Bevölkerung auf legalem Wege gesichert werde, zu ersehen ist, werden Milderungen der Rucksackverordnung geschaffen und in diesem Sinne der kleine Rucksackverkehr wieder gestattet werden. Wie von seiten des Ernährungsamtes erklärt wird, sollten durch die Rucksackverkehrsverordnung nur die hamsternden Schleichhändler getroffen werden und nicht die kleinen Leute, die sich einige wenige Lebensmittel direkt vom Lande beschaffen. Wie wir erfahren, wird für diesen kleinen Rucksackverkehr vor allem die Beförderung von Kartoffeln im Ausmaße bis zu 20 Kilogramm, von Eiern, Butter usw. in kleinen Quanten gestattet sein. Der Transport von Mehl dürfte aber nicht erlaubt werden. In diesem Sinne werden demnächst schon entsprechende Weisungen des Ernährungsamtes hinausgegeben. Es wird aber gleichzeitig auch in Erwägung gezogen, wie man bei Gestattung des kleinen Rucksackverkehrs für die Selbstverbraucher dem auf diesem Wege schwunghaft betriebenen Schleichhandel auch fernerhin wirksam begegnen könnte.

Österr. Volkszeitung
10./IX. 1918

31

Der „kleine" Rucksackverkehr.

Die Milderung der bisherigen Vorschriften.

Aus der letzten amtlichen Verlautbarung des Ernährungsamtes, dahin lautend, daß unter gewissen Voraussetzungen und aus gewissen Gründen der direkte Bezug von Kartoffeln ermöglicht und die eheste ausreichende Eigenversorgung der Bevölkerung auf legalem Wege gesichert werde, war zu ersehen, daß Milderungen der Rucksackverordnung geschaffen und in diesem Sinne der kleine Rucksackverkehr wieder gestattet werde. Wie von seiten des Ernährungsamtes erklärt wird, sollten durch die Rucksackverkehrsverordnung nur die hamsternden Schleichhändler getroffen werden und nicht die kleinen Leute, die sich einige Lebensmittel direkt vom Lande beschaffen.

Für diesen kleinen Rucksackverkehr wird, wie man uns weiter mitteilt, vor allem die Beförderung von Kartoffeln im Ausmaße bis zu 20 Kilogramm, von Mehl, Butter usw. in kleinen Quanten gestattet sein. Der Transport von Mehl dürfte aber nicht erlaubt werden. In diesem Sinne werden demnächst schon entsprechende Weisungen des Ernährungsamtes hinausgegeben. Es wird aber gleichzeitig auch in Erwägung gezogen, wie man bei Gestattung des „kleinen" Rucksackverkehrs für die Selbstverbraucher dem auf diesem Wege schwunghaft betriebenen Schleichhandel auch fernerhin wirksam begegnen könnte.

Vossische Zeitung
10./IX. 1918

32 10

Eine sozialdemokratische Denkschrift.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben an den Reichskanzler in der Frage des Ernährungswesens eine Denkschrift gerichtet, in der es u. a. heißt:

„Die steigende Unzufriedenheit, die aus allen Teilen des Reiches und den verschiedensten Volksschichten wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung in bitteren Klagen und Forderungen an uns zum Ausdruck kommt, veranlaßt uns nochmals, die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf die höchst bedenklichen Zustände zu lenken, unter denen die breiten Massen des Volkes gegenwärtig zu leben gezwungen sind. Leider fanden unsere Vorschläge in den meisten Fällen nicht genügend Beachtung, unsere ernsten Warnungen, die wachsende Erbitterung durch ungeeignete Maßnahmen nicht noch zu steigern, wurden in den Wind geschlagen.

So sind die Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes ständig schlechter geworden. Jede Erhöhung des Lohnes, jede Teuerungszulage war längst durch die gesunkene Kaufkraft des Geldes wirkungslos gemacht. Die Politik des Kriegsernährungsamts, die lediglich durch Preisanreiz eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuchte, führte gleich einer Schraube ohne Ende zu einer Verteuerung aller Lebensmittel."

Schamloser Wucher mit Lebensmitteln, Kleidung, Schuhen, Wäsche, Haushalts- und Wirtschaftsgegenständen, verursachen den Arbeitern, Angestellten, Beamten und Angehörigen des Mittelstandes unerträgliche Leiden. Die durch die öffentliche Bewirtschaftung erreichbaren Lebensmittel sind in ihrer Menge zu gering, um das Leben zu erhalten; so könne sich niemand dem Schleichhandel entziehen. Mit dem Wirtschaftsniedergang gehe der körperliche Kräfteverfall Hand in Hand. Die lange andauernde Unterernährung bringe nicht nur eine erhöhte Sterblichkeit der Kinder und der alten Leute. Eine Besserung der Ernährungsverhältnisse müssen unter allen Umständen Platz greifen, wenn die Volksgesundheit dauernd nicht noch schwereren Schaden erleiden solle.

„Leider hat gerade die letzte Zeit, so fährt die Druckschrift fort, mehrfache Verschlechterungen gebracht. Die Getreidepreise wurden erhöht, und die Regierung bezeichnete die Erhöhung als eine solche, die sich auch für die Minderbemittelten „in erträglichen Grenzen" bewege. Neben der Brotpreiserhöhung stieg der Preis der so unentbehrlichen Nährmittel, z. B. der für Grieß von 32 auf 48 Pf., für Graupen von 36 auf 44 Pf pro Pfund; das ist eine Steigerung von 50 bzw. 25 v. H. Zu der Herabsetzung der Brotration, die dauernd bleiben soll, kam die Kürzung der Fleischration und die Einführung fleischloser Wocher. So sind dem Volke neue Entbehrungen auferlegt. Wohlhabende können sich im Schleichhandel Ersatz schaffen. Die Armen und Minderbemittelten müßten einen halben Monat ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die zugesagten Ersatzmittel seien ungenügend und könnten die entgangene Fleischnahrung nicht ersetzen.

Die Denkschrift wendet sich dann gegen die zu geringe Kartoffelversorgung; wieder sollen nur 7 Pfund pro Kopf und Woche gegeben werden, weil angeblich Transportschwierigkeiten die Mehrbelieferung unmöglich machen. Auch im Vorjahr habe man diesen Vorwand gebraucht. „Die Transportschwierigkeiten des Kriegsernährungsamtes schufen eine glänzende Konjunktur für den Schleichhandel, der die Schwierigkeiten spielend überwand. So zwangen organisatorische Unfähigkeit oder mangelnder Willen das darbende Volk, 20—30 M. für den Zentner Kartoffeln zu zahlen. Die Eisenbahnen beförderten Tag für Tag Hunderttausende, die Kartoffeln in geringen Mengen in die Städte brachten. Die Folge war also gesteigerte Belastung der öffentlichen Transportmittel und unwirtschaftliche Art der Zuführung von Lebensmitteln. Eine reichlichere Belieferung mit Kartoffeln wirkt dem Schleichhandel erfolgreich entgegen. Was drakonische Strafbestimmungen niemals erzielen können, würde durch sie erreicht. Die Beibehaltung der Kartoffelration von sieben Pfund muß die Bevölkerung als Begünstigung des Schleichhandels empfinden."

Die Denkschrift fordert eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund, was auch schon nicht mehr ausreichend sei, um den Ausgleich für die verkürzte Fleischration zu bringen und schließt: „Wir müssen daher Eure Exzellenz aufs dringendste ersuchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelernte von der öffentlichen Bewirtschaftung erfaßt, durch geeignete Maßnahmen die vorhandene Transportschwierigkeiten bewältigt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldigst durchgeführt wird. Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einem Zustand entgegentreiben, der verhängnisvoll werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen."

•

Eine Entscheidung über die Erhöhung der Kartoffelration kann in der gegenwärtigen Zeitlage nicht getroffen werden, da sich der Ernteausfall noch nicht übersehen läßt. Die Festsetzung der Ration für das neue Wirtschaftsjahr wird etwa Mitte Oktober erfolgen. Sodann besteht, wie wir hören, die Absicht, vom 1. Oktober ab die Ration von 200 Gramm Mehl, die heute den Kommunalverbänden geliefert wird, um 10 Prozent Streckungsmittel zu erhöhen, so daß die Verbände in die Möglichkeit versetzt werden, die alte Ration von 1950 Gramm Brot wöchentlich wieder zu verteilen.

Neues Pester Journal
10./IX. 1918
33

Ernährung und Versorgung.

Skandal mit Transportzertifikaten.

Allerlei Gerüchte. — Das Landes-Ernährungsamt und die Ausfolgung der Zertifikate. — Beschuldigung eines leitenden Beamten. — Strafanzeige gegen die Verbreiter der Gerüchte.

In der letzten Zeit tauchten allerlei Gerüchte auf, wonach im Landes-Ernährungsamte Transportzertifikate für die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich gegen Provision erwirkt werden können. Die ungarische Grenze ist für den Export von Nahrungsmitteln nach Oesterreich gesperrt; das Landes-Ernährungsamt stellt von Fall zu Fall Bescheinigungen aus, daß die Waren die Grenze frei passieren können. Diese Bescheinigungen werden Transportzertifikate genannt. Da in Oesterreich eine Mißwirtschaft auf dem Gebiete der Approvisionierung herrscht und die dortige Regierung gar nicht bestrebt ist, den Ernährungsdienst zu zentralisieren, wurde einzelnen Stadtverwaltungen und Industriebetrieben erlaubt, in Ungarn Lebensmittel frei einzukaufen. Dies erfolgt im Wege von Mittelspersonen und Agenten, die hohe Provisionen für die Lebensmittellieferungen erhalten. Aus diesen Ursachen ist es verständlich, welch hohen Wert die Transportzertifikate für ihren Besitzer haben, da sie die Vorbedingung des Ausfuhrgeschäftes sind.

Die vielen Gerüchte, die ausgestreut wurden und sich rasch verbreiteten, fanden gläubige Ohren. In zahlreichen Fällen wurden in der letzten Zeit dunkle Existenzen verhaftet, die unter der Vorspiegelung der Beschaffungsmöglichkeit von Transportzertifikaten hohe Vorschüsse von österreichischen Stadtverwaltungen und Industriebetrieben herauslockten. Die Ausstreuungen verdichteten sich um die Person des Chefs der Präsidialabteilung des Landes-Ernährungsamtes Ministerialrat Dr. Eugen v. Marich. Auf Ansuchen des Ministerialrates Dr. Eugen v. Marich ordnete Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz sofort eine Untersuchung an. Mit der Leitung der Untersuchung, die gestern vor sich ging, wurde der Leiter der Polizeiabteilung des Landes-Ernährungsamtes Ministerialrat Rudolf Temple betraut.

Ueber das Ergebnis der Untersuchung hat das Landes-Ernährungsamt heute ein Communiqué ausgegeben, in dem es heißt: „In den weitesten Kreisen wurde davon genunkelt, daß man im Landes-Ernährungsamt sich Transportzertifikate beschaffen könne und man flüsterte sich sogar den Namen des Beamten zu, der an diesem Mißbrauch beteiligt sei. Demzufolge hat der Minister verfügt, es möge die Herkunft dieser Ausstreuungen erforscht werden und ob sie überhaupt irgendeine Grundlage haben, beziehungsweise, es möge gegen die Verbreiter die Anzeige erstattet werden. Es wurde im Laufe des Verfahrens festgestellt, daß die Verdächtigungen jeder Grundlage entbehren. Ueber einen selbstlosen, hervorragend tüchtigen und korrekten Beamten sind ohne die geringste Grundlage auf unverantwortliches Gerede hin diese gewissenlosen Verdächtigungen meuchlerisch ausgestreut worden, über einen Funktionär, der hiezu durch keine einzige Tat, durch keinerlei Versäumnis Grund und Ursache gegeben hat."

Ministerialrat Dr. Eugen v. Marich erklärte heute von unserem Berichterstatter, daß er von dem Ernährungsminister Prinzen Ludwig Windischgrätz die Ermächtigung erhalten habe, gegen die Verbreiter der Gerüchte die Strafanzeige wegen Verleumdung zu erstatten. Die Anzeige wurde heute nachmittag bei der Budapester kön. Staatsanwaltschaft erstattet und wurde unter Nr. 78512/1918 registriert. Die Regierung hat auch von Amts wegen die Einleitung des Verfahrens angeordnet. Dr. Marich teilte uns auch mit, daß er Schritte zur Beschleunigung der Verhandlung unternommen habe, damit bereits in einigen Tagen der Tatbestand vollständig geklärt sei.

*

Unabhängig von dem erwähnten Fall und von der Person hat die Polizeisektion des Ernährungsamtes gegen einen, nicht dem Amte angehörenden Oberleutnant die Strafanzeige erstattet, der verdächtigt ist, auf eine mit dem Offiziersrang unvereinbare Weise gegen Provision nach Oesterreich lautende Transportzertifikate erwirkt zu haben. Dafür, daß in dieser zweiten Sache irgendein Beamter des Ernährungsamtes sich eines Mißbrauches schuldig gemacht hätte, liegen bisher keine Daten oder Beweise vor. Sollte aber bei der Feststellung der Tatsachen gegen irgendein Beamten des Amtes etwas Gravierendes zutage gefördert werden, so wird gegen den Betreffenden das Verfahren ohne Verzug und mit der größten Energie eingeleitet werden. Es handelt sich hier um Salami und Schweinefleisch, das für die Oesterreichische Viehverwertung-Gesellschaft geliefert worden ist.

*

Den Transportzertifikate-Skandal fordert gebieterisch, daß das Landes-Ernahrungsamt die Ausgabe von Transportzertifikaten an Private unter allen Umständen einstellt. Der Warenverkehr und Austausch zwischen Ungarn und Oesterreich ist in der Kriegszeit eine reine zwischenstaatliche Angelegenheit, von der vermittelnde Personen, Advokaten und Agenten fernzuhalten sind. Ungarn hat sein Pflichtkontingent an Lebensmitteln für Oesterreich abzuliefern, dafür sind von amtswegen Transportzertifikate auszustellen. Viel staatsgefährlicher als die armen Leute, die im Rucksack ein paar Kilogramm Kartoffeln über die Grenze nach Oesterreich bringen und dafür niedergeschossen werden, sind die Hintermänner, die Lebensmittel waggonweise hinüberschaffen. Man muß allen Gerüchten von vorneherein durch Präventivmaßnahmen den Boden entziehen!

Neue Freie Presse

10./IX. 1918

34

Verschärfte Grenzkontrolle in Ungarn.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 9. September.

Mit Rücksicht auf die zunehmenden Grenzschmuggeleien hat sich die Regierung veranlaßt gesehen, weitere Maßnahmen zur Kontrolle des Grenzverkehrs, beziehungsweise des Grenzschmuggels einzuführen. Es werden an den Grenzstationen besondere Organisationen tätig sein, die in erster Reihe die beschlagnahmten Waren einlagern, leicht verderbliche Waren aber sofort in der Umgebung verwerten sollen. Ferner wird überall ein Polizeirichter zugeteilt werden, der sofort in jedem aufgedeckten Uebertretungsfalle das Urteil zu fällen und durchzuführen haben wird. Einstweilen sollen in Bruck, in Preßburg und in Marmaros-Sziget solche Kontrollorganisationen geschaffen werden. In Bruck wurden im verflossenen Jahre Waren und Lebensmittel im Werte von etwa zehn Millionen Kronen konfisziert.

Neues Pester Journal
11./IX. 1918
85

Die weitere Entwicklung der Affäre im Ernährungsamte.

Die Affäre im Landes-Ernährungsamte, die aus den verschiedenartigen Ausstreuungen entstanden ist, wonach man sich Transportzertifikate für Lebensmittel um Geld beschaffen kann, ist noch in Entwicklung begriffen. In Ergänzung unseres gestrigen Berichtes sei erwähnt, daß Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz die Budapester kön. Staatsanwaltschaft in einer Zuschrift aufgefordert hat, gegen den Direktor Rudolf Szegö, den Präsidenten der Zentral-Preisprüfungskommission Dr. Ernst Friedmann und gegen einen gewissen Julius Perl die Verleumdungsklage von amtswegen zu überreichen. Die Veröffentlichung dieser Tatsache wurde gestern von einer amtlichen Stelle unterdrückt, weshalb wir sie erst heute bringen können.

Rudolf Szegö ist Direktor der im Kriege gegründeten Exportgesellschaft „Planta", Dr. Ernst Friedmann ist Professor am Polytechnikum, er wurde der Rechtsabteilung des Landes-Ernährungsamtes zugeteilt und hierauf als Präsident der Preisprüfungskommission dem Handelsministerium unterstellt. Julius Perl ist gegenwärtig Oberleutnant und Sohn eines reichen Budapester Kaufmanns. Der Name der in der zweiten Transportzertifikataffäre verwickelten Militärperson lautet Dr. Árpád Füzessery. Er hat als Advokat bei der Ausgabe von Transportzertifikaten für die Oesterreichische Viehverwertungsgesellschaft interveniert.

Die Zeit 11./IX. 1918

Die ungarische Ernte.

Authentische Mitteilungen über die Ergebnisse.

Aus Budapest, 10. d., wird uns telegraphiert: Es ist begreiflich, daß man in Oesterreich seit Wochen die Ergebnisse der ungarischen Ernte mit großem Interesse verfolgt und lieber den optimistischen als den pessimistischen Berichten Gehör schenkt. Hat doch Ungarn in den Friedensjahren oft bis zu 10 Millionen Meterzentner Getreide oder Mehl nach Oesterreich ausgeführt und durch seine Landwirtschaft wesentlich zur Approvisionierung Oesterreichs beigetragen. Jetzt im Krieg, wo einzelne Teile Oesterreichs mehr als je auf die Einfuhr von Lebensmitteln, insbesondere Mehl, angewiesen sind, wäre eine gute ungarische Ernte von der größten Wichtigkeit für Oesterreich, und deshalb wollte man nicht an die Richtigkeit ungünstiger ungarischer Ernteschätzungen glauben und hat diesbezügliche Informationen nur zu häufig als wirtschaftliches Manöver oder als politische Stimmungsmache bezeichnet. Allerdings konnten Wochen hindurch sowohl gute wie minder gute Nachrichten ihre Anhänger finden, denn es handelte sich bloß um Kombinationen, während heute bereits authentische Mitteilungen über die Ergebnisse der Ernte vorliegen, mit denen man ernstlich rechnen muß, wenn man nicht peinliche Ueberraschungen erfahren will.

Eine der kompetenten amtlichen Persönlichkeiten hat unserem Korrespondenten Einblick in die offiziellen Berichte, beziehungsweise Schätzungen gewährt, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

Die ungarische Ernte des Jahres 1918 hat leider in ihren Resultaten nicht jenen Erwartungen entsprochen, die man zu Beginn der Frühjahrsarbeiten hegte und angesichts des damaligen Saatenstandes hegen durfte. Die wichtigste Edelfrucht, Weizen, ist 1918 schlechter geraten als 1917. Die Druschergebnisse blieben weit hinter den Erwartungen zurück. So wurden in den fruchtbarsten Gegenden des Banats (Temeser und Torontaler Komitat) fast überall nicht mehr als 3 bis 5 Meterzentner Weizen pro Joch gedroschen, während in Normaljahren dort 8 bis 10 Meterzentner sicher waren. In der Backa allerdings ist die heurige Ernte nach jeder Hinsicht ausgezeichnet, und auch Weizen wurde dort bis zu 10, ja 12 Meterzentner pro Joch erzielt. Doch das Unerfreuliche ist, daß ebenso wie in Südungarn die nebeneinander liegenden Komitate zum Teil glänzende, zum Teil ungünstige Ernten haben, auch im ganzen Lande derart divergierende Resultate vorliegen, daß letzten Endes das diesjährige Ergebnis in Weizen um etwa 5 Millionen Meterzentner geringer sein wird, als es im Vorjahr gewesen. Dieses Minus wird nicht ganz durch den Mehrertrag ausgeglichen, den andere Zerealien aufweisen, wenngleich Roggen und Gerste besser sind als im Vorjahr, Hafer sogar wesentlich besser.

Die Hoffnung der Landwirte blieb nach diesen hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Ernteresultaten in Edelgetreide auf Mais gerichtet, der geradezu prächtig stand, so daß bereits Schätzungen von 40 bis 45 Millionen Meterzentner (im Vorjahr etwa 25) gang und gäbe waren. Besonders enthusiastisch lauteten die Berichte aus Südungarn. Und nun sind wieder eben aus diesen fruchtbaren Gegenden Schätzungen eingelaufen, die in das entgegengesetzte Extrem fallen. Sicherlich hat die Witterung geschadet und die Entwicklung der Kolben beeinträchtigt, doch ist nicht anzunehmen, daß in Mais eine schwache Ernte sein wird. Stellt man das Ergebnis noch so pessimistisch in Rechnung, so werden doch alle Getreidesorten zusammen einen reicheren Ertrag erzielen als im Vorjahr, wobei aber dem Mais bei der Broterzeugung wieder eine große Rolle zufallen muß.

Diese authentischen Mitteilungen sind noch durch erfreuliche Details zu ergänzen. Die Kartoffelernte in Ungarn wird 1918 weit besser sein, als sie seit Jahren gewesen. Hier wäre die Ziffer 40 Millionen Meterzentner eher zu tief als zu hoch eingestellt. Ueberdies hat Ungarn außerordentliche Resultate in Gemüsen aufzuweisen. Die Obsternte ist glänzend; der Wein wird heuer noch den vorjährigen brillanten Ertrag übertreffen; auch die Hülsenfrüchte lassen nichts zu wünschen übrig.

Wenn also auch Edelgetreide in diesem Jahre nicht so gut gedieh, wie man allgemein erwartete, ist doch bei kluger und strenger Einteilung und Austeilung die Lebensmittelversorgung gesichert, zumal für den Ausfall an Weizen reichlicher Ersatz an anderen Bodenprodukten vorliegt. Freilich mahnen die authentischen Berichte über die Ernteergebnisse zur gewissenhaftesten Sparsamkeit.

Arbeiterzeitung
11/IX. 1918

37

Lebensmittelvergeudung. Auf den Gründen des Pottenbrunner Gutes, das dem Petroleumindustriellen David Fanto gehört, kann man eine Wirtschaft wahrnehmen, die so recht bezeichnend ist für die Art und Weise, wie bei uns in einer Zeit der schärfsten Lebensmittelnot bei der Ausnützung der Anbauflächen vorgegangen wird. Vor allem wird dieses Gut nur von Kriegsgefangenen bewirtschaftet, mit denen man umspringt wie mit Leibeigenen. Die Ergebnisse dieser Art von Gutsbewirtschaftung liegen jetzt vor. Im Frühjahr schon hat man acht Joch mit Mohn bebaute Ackerfläche und acht Joch jungen Raps umgeackert und dann einfach brachliegen lassen. Eine etwa dreißig Joch umfassende Fläche, die mit etwa 20 Zentimeter hohem Jungklee bebaut war, wurde ebenfalls umgeackert, ohne daß es der Herr Gutsdirektor mit Rücksicht auf die bestehende Futternot für notwendig erachtet hätte, den Klee vorher mähen zu lassen. Man hat einfach das Futter für 50 bis 60 Milchkühe vernichtet, was einem täglichen Milchertrag von ungefähr 180 bis 200 Liter gleichkommt! Noch schöner kam es zur Erntezeit. Der Herr Gutsdirektor ließ den Weizen von etwa 40 Joch schneiden und mitten auf dem Felde auf einen großen Haufen zusammenlegen. Er wollte den Drusch auf dem Felde vornehmen, obwohl für die Unterbringung der Ernte am Gut reichlich Räumlichkeiten vorhanden gewesen wären. Bevor sich aber die neue Methode des Herrn Direktors bewähren konnte, setzte der Regen ein. Nach vierzehn Tagen hatte der Weizen zu keimen begonnen und war so verfitzt, daß das Stroh nur mit Mühe wieder auseinandergebracht werden konnte. Die Methode des Herrn Direktors hatte zur Folge, daß, gering gerechnet, zwei Waggons Weizen vollständig vernichtet wurden und es von dem übrigen fraglich ist, ob er nach dem Trocknen noch brauchbar sein wird. Vollwertig ist er sicherlich nicht mehr. Den Hafer im Ausmaß von 30 bis 35 Joch hat man geschnitten und einfach auf dem Felde liegen gelassen. Der Regen hat dann bewirkt, daß der geschnittene Hafer nicht nur gekeimt, sondern auch bereits wieder in der Erde Wurzeln zu schlagen begonnen hat. Mindestens vierzig Prozent der Haferernte sind auf diese Weise vernichtet. Wundern muß man sich nur, wie die Behörden auf diese großzügige Vergeudung von Lebensmitteln noch nicht gekommen sind, so daß eine derartige Verwüstung stattfinden konnte. Wenn die Ueberwachung der Ernährungswirtschaft so aussieht, dann darf man sich allerdings nicht wundern, wenn unsere Lebensmittelversorgung bei dem katastrophalen Zusammenbruch anlangt.

Tägliche Rundschau
11./IX. 1918

Sozialdemokratie und Ernährungsfrage. Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Denkschrift, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften in der Frage des Ernährungswesens an den Reichskanzler gerichtet haben. Es wird darin gegen die Absicht des Kriegsernährungsamtes, der Kartoffelversorgung des kommenden Jahres wieder das unzureichende Quantum von 7 Pfund pro Kopf und Woche zugrunde zu legen, mit der Begründung protestiert, daß durch die eingetretenen sonstigen Verschlechterungen der Ernährungsverhältnisse, wie namentlich die Kürzung der Fleischration und die fleischlosen Wochen Kartoffeln und Brot in steigendem Maße das Rückgrat der Volksernährung geworden seien. Es wird auf die Forderung Prof. Dr. Kutners am 25. Januar d. J. im Parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamtes hingewiesen, die als das damalige Gebot der Stunde 10 Pfund-Kartoffel-Ration als Minimum aufstellt. Dann heißt es:

Seit jener Zeit ist die Brotration herabgemindert, die Fleischration verkürzt, sind fleischlose Wochen eingeführt worden und durch steigende Teuerung der Einkauf erschwert. Deshalb ist eine Erhöhung der Kartoffelration selbst auf 10 Pfund heute nicht mehr ausreichend, um den notwendigen Ausgleich herbeizuführen. Wir müssen daher Eure Exzellenz aufs dringendste ersuchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelernte von der öffentlichen Bewirtschaftung erfaßt, durch geeignete Maßnahmen die vorhandenen Transportschwierigkeiten bewältigt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldigst durchgeführt wird.

Zum Schluß malt die Denkschrift unliebsame Möglichkeiten infolge der Ernährungsschwierigkeiten an die Wand und bemerkt dabei vielsagend: „Sollte die Erbitterung sich in Formen entladen, die wir nicht wünschen, so trifft die ganze Schwere der Schuld allein die verantwortlichen Stellen des Reichs."

Die Forderung nach einer Mindestration von zehn Pfund ist gewiß sehr populär; aber der „Vorwärts" übersieht, „daß eine solche nach zwanzig Pfund noch populärer wäre. Aber ein Schelm gibt mehr als er hat. Wir sind ganz gewiß für die Verteilung des nur irgendwie Möglichen; aber auch in der Lindenstraße sollte man so viel von Landwirtschaft verstehen, daß man sich sagen müßte, es sei bei dem unbarmherzigen Regenwetter, das seit Wochen herrscht, jedenfalls zuerst einmal notwendig, einen annähernden Ueberblick über das Ergebnis der Kartoffelernte zu gewinnen. Verspricht man jetzt, was man nachher nicht halten kann, so ist niemand in seiner Kritik des gebrochenen Versprechens unbarmherziger als der „Vorwärts". Aber freilich: Jetzt ist die Forderung nach einer ohne Grundlage möglichst hochgeschraubten Zusage populär und nachher die bittere Kritik über die gebrochene Zusage. Und darauf kommt's an.

Fremdenblatt Abendbl
11./IX. 1918

39 a 11

Wo ist die Seife?

In der letzten Zeit hat sich der Mangel an Seife zu einer schweren, besonders die weniger kaufkräftigen Schichten drückenden Kalamität ausgereift. Die Seife, welche seit ungefähr eineinhalb Jahren staatlich bewirtschaftet wird und von einer Zentralstelle, der „Oel- und Fettzentrale", an die Verbraucher zur Verteilung gelangt, kann bekanntlich nur gegen Abgabe eines Abschnittes der Seifenkarte erhalten werden, die aber in den meisten Fällen ebenso selten eingelöst wird, wie die Milchkarte.

Die „Oel- und Fettzentrale" ist der Ansicht, daß neben der naturgemäß geringeren Produktion als im Frieden, deren Ursachen in der knappen Zuweisung an Fettstoffen, aber auch an anderen, zur Seifenerzeugung notwendigen Produkten liegt, vor allem der jetzt überall und auf jedem Wirtschaftsgebiet immer unverschämter werdende Schleichhandel ein die Seifenknappheit bedingendes Hauptmoment bildet. Die Seife, die in zwei Gattungen, als Kriegsverbandstoilette- und Wirtschaftsseife an die Verschleißstellen, Konsumentenorganisationen, Kaufleute usw. abgegeben wird, geht teilweise dem Schleichhandel zu. Unter dem Vorwand, es wäre keine Seife vorhanden, wird die Seifenkarte nicht eingelöst und die Ware zu bedeutend erhöhten Preisen weitergegeben. Nur dadurch, daß seitens einzelner Verschleißstellen und Verkaufspersonen unlautere Manipulationen begangen werden, ist es möglich, daß die beiden Sorten der Kriegsverbandsseife, die wohl in knapper, aber doch zur Not ausreichender Menge erzeugt werden, auf legalem Wege nicht erhältlich sind und in bedeutenden Quanten, aber zu außerordentlich erhöhtem Preise bei Friseuren, Agenten, in Gasthäusern, bei Kellnern, Portiers usw. auftauchen. Die Preissteigerung ist dabei eine ganz enorme, denn der ursprüngliche Preis von 44 Hellern erhöht sich auf 3 bis 4 Kronen.

Nach Ansicht der Firma Schicht A.-G. liegen die Hauptursachen des immer drückender werdenden Seifenmangels zum Teil in der herrschenden Knappheit an Rohstoffen, wie Aetznatron, Soda und Kohle, teils in den schlechten Verkehrsverhältnissen. Die unter großen Schwierigkeiten hergestellten Mengen der erzeugten Seife können infolge des Waggonmangels nur unregelmäßig an die Kronländer abgegeben werden, wodurch natürlich vorübergehend auch völlige Stockungen in der Versorgung eintreten. Besonders ist es der Mangel an Kohle, der die Großfabrikation sehr beeinträchtigt.

Die Wäschereien, besonders die großen Dampfwäschereien, arbeiten fast nur mit Seifenersatz. Die Wäschergenossenschaft gibt an ihre Mitglieder Waschpulver ab, wer damit nicht sein Auslangen findet, muß eben die Schleichhandelpreise bezahlen. Von einer Wäschereiinhaberin in einer westlichen Vorstadt wurde unserem Berichterstatter erklärt, daß sie auf den Schleichhandel mit Seife, Waschpulver usw. direkt angewiesen ist. Die Versorgung der Wäschereien geschieht nur in bescheidenstem Umfange und unregelmäßig, so daß sich eben jedes Geschäft nach besten Kräften behelfen muß. Daß deshalb heute die Preise nach wiederholt allgemein durchgeführter Steigerung eine Höhe erfahren haben, die fast den Friedensmaterialpreis der Wäsche (zum Beispiel Stehkragen) erreichen, darf weiter nicht wundernehmen.

Am traurigsten ist es mit der Rasierseife bestellt. Wie der Inhaber eines großen Rasseur- und Friseurgeschäftes unserem Mitarbeiter mitteilt, kann sich die Rasseurbranche nur so behelfen, daß sie die im Schleichhandel geforderten Phantasiepreise für Seife, die nur in den seltensten Fällen Rasierseife nach Friedensbegriffen ist, bezahlt oder aber Rasiercreme verwendet. Die Genossenschaft der Friseure bringt wohl an ihre Mitglieder Seife zur Verteilung, die zugewiesenen Mengen sind aber so geringfügig, daß auch nicht annähernd das Auslangen gefunden werden kann. Eine Stange echter Rasierseife kostet heute 15 bis 20 Kronen und ist selbst zu diesen Preisen nicht leicht erhältlich.

Wie überall, ist auch auf dem Gebiet der Seifenversorgung der Schleichhändler „helfend" am Werk. Er zieht von der ohnehin recht schmal und primitiv gewordenen Produktion soviel an sich, als es eben geht, findet immer gewissenlose Geschäftsleute, Selbsterzeuger und Vermittler, die ihn mit Ware versorgen, und entzieht so den breiten Volksmassen, den Mittelstand inbegriffen, die wichtigste Voraussetzung der Gesundheit und des Wohlbefindens. Wieso es aber möglich ist, daß ein staatlich bewirtschafteter, nicht gerade an Kleinfabrikation gebundener Artikel, dessen Verteilung an die Abgabe einer Karte gebunden ist, also eine Kontrolle ermöglicht, zum großen Teil dem Schleichhandel verfallen kann, ist jedenfalls ein Kapitel für sich. Daß man für Wucherpreise immer erstklassige Toiletteseifen bekommt, die den Produkten der Zentralstelle auch nicht im entferntesten ähneln, stimmt bedenklich. Man verkauft alte Vorräte, Ware aus Ungarn, der Ukraine usw. und Produkte der geheimen Fabrikanten. Wenn aber Artikel, deren Verkauf an die Kartenabgabe gebunden ist, nicht erhältlich sind und im — Schleichhandel zu Phantasiepreisen auftauchen, so ist das wohl eines der traurigsten Zeichen unserer Zeit.

Kölnische Zeitung
12./IX. 1918

40 12

Frankreich.

Die Teurung in Frankreich.

Wenn der Herrgott noch in Frankreich lebte — er soll sich ja dort nach dem Volkswort früher einmal besonders wohl gefühlt haben —, so würde auch er sich jetzt nach der knappen Decke strecken müssen. Dahin ist die Zeit, wo insbesondere Paris als eine der billigsten Großstädte gepriesen werden konnte, wo auf dem linken Seineufer Studenten und Nähmädchen sich für 1,25 Franken eine ausreichende Mahlzeit (Wein inbegriffen) beschaffen konnten, wo die Früchte, die Gemüse in den Hallen durch ihre Billigkeit alle Fremden entzückten. Das ist gewesen, und kommt vermutlich nicht wieder. Die Schwierigkeit der Transporte, unser U-Krieg und die allgemeine Entwertung des Geldes haben eine Änderung herbeigeführt, über die die Wochenschrift Le Monde Illustré in ihrer Nummer vom 31. August bewegliche Klage führt. Auch in Frankreich herrscht Wucher und das sprunghafte Hinaufschnellen aller Preise, das wir ja zur Genüge kennen, und wenn wir die Zusammenstellung von Friedens- und von jetzigen Preisen, die jenes Blatt in seinem Artikel gibt, überfliegen, so sehen wir, daß die französischen Teurungspreise den deutschen vielfach um nichts nachgeben besonders in Lebensmitteldingen. Aller Reichtum seines Bodens, alle Freiheit der Schiffahrt haben also Frankreich nicht davor gerettet, von der Woge der Knappheit und der Teurung erfaßt zu werden wie alle Länder des Festlandes. Nach der Liste des Monde Illustré, die durch photographische Abbildungen der Verkaufsstände bekräftigt wird, kostete vor dem Kriege das Pfund Suppenfleisch 1 Franken, jetzt 3 Franken, Bratenfleisch 1,50 Franken, jetzt 5 Franken, Wurst 90 Centimes, jetzt 3,50 Franken, ein Huhn 5 Franken, jetzt 12—15 Franken, Seemuscheln das Liter 20 Centimes, jetzt 60 Centimes, grüne Bohnen sonst 40 Centimes, jetzt 1,50 Franken, Kartoffeln 20 Centimes, jetzt 80 Centimes (das Pfund), Melonen (das Stück) 2,50 Franken, jetzt 7—8 Franken, Pflaumen (das Pfund) 30 Centimes, jetzt 2,50 Franken, eine Apfelsine 10 Centimes, jetzt 60 Centimes, eine Zitrone 5 Centimes, jetzt 40 Centimes, Pfirsiche (das Pfund) 50 Centimes, jetzt 2,50 Franken, Zucker (das Kilogramm) 65 Zentimes, jetzt 2,10 Franken, das Stück Seife 50 Centimes, jetzt 1,75 Franken, ein Paar Stiefel 25 Franken, jetzt 60—70 Franken, Jackenanzug für Herren 110 Franken, jetzt 200—240 Franken, Handschuhe 1,95 Franken, jetzt 9 Franken, wollene Gewebe 4 Franken, jetzt 22—25 Franken, für Besohlen zahlte man einst (Herrenstiefel) 4,50 Franken, jetzt 13,50 Franken. Auch die Preise für Wäsche sind gewaltig gestiegen, so bei Taschentüchern und Kragen auf das Dreifache. Wie wir aus dieser Liste sehen und schließen können, kämpft das Bürgertum und der Mittelstand auch dort einen unerbittlichen und aussichtslosen Kampf gegen die Teurung, und Schleichhandel und Wucher spielen dort eine noch viel größere Rolle als bei uns. Die Teurung tritt besonders bei Garnen und baumwollenen Geweben nicht so stark hervor wie bei uns; man weiß aber nicht, wie sich das noch entwickelt. Zu beachten ist das starke Hinaufschnellen aller Preise für eingeführte Südfrüchte; das sind die unmittelbaren Folgen des U-Bootkrieges. Aber auch die einheimischen Erzeugnisse, Wein und Öl, sind um das Doppelte und Dreifache gestiegen, und die Französin, die mit einem bescheidenen Haushaltsgeld arbeiten muß, stößt heute jeden Morgen denselben Stoßseufzer aus, der durch ganz Europa, vom Manzanares bis zur Newa hallt: „Ich weiß nicht mehr, wie ich's machen soll."

Neues Pester Journal 41 P 12
12./IX. 1918

Ernährung und Versorgung.

Die verschwundenen Paradeis.

Marktentziehung der Ware. — Ausspielung der Maximalpreise. — Requirierung für Budapest. — Die Verspätung der Zwangsbeschlagnahme.

Der Budapester Markt steht fast ohne Paradeis da, sie sind einfach verschwunden. Die Paradeis spielen in unserer Küche eine große Rolle, sie bilden eine beliebte Zutat zu allen Speisen. Der Ertrag an Paradeis ist heuer glänzend, eine reiche Ernte ist den Produktionsgebieten beschieden. Und doch erreicht sie nicht den Budapester Verbraucher. Für Paradeis wurde ein Maximalpreis festgesetzt, er beträgt derzeit im Kleinhandel eine Krone pro Kilogramm. Das Verschwinden der Paradeisproduktion wird hiedurch zu einem einfachen altbekannten Vorgang der Kriegswirtschaft: Warenmaximierung ohne Requirierung der Vorräte begünstigt den Schleichhandel. Die Konservenfabriken sind daran gegangen, alle nur greifbaren Vorräte an Paradeis aufzukaufen, um sie in eingekochtem Zustande recht teuer abzugeben. Gelegenheitskonservenerzeuger haben sich über Nacht etabliert, die die Paradeisbestände, noch bevor sie auf den Markt gelangen, über dem Maximalpreis erstehen. Ein Ringen von Spekulanten und Kriegsverdienern hat sich um die Paradeis entfaltet, bei der die Verbraucher zu kurz kommen müssen. Die Hausfrauen können nur nach langem Anstellen bei den wenigen Paradeiswagen, die hier eintreffen, zu Ware gelangen und müssen oft unverrichteter Sache heimkehren.

Das Landes-Ernährungsamt hat dem kommunalen Gemüsebetrieb der Hauptstadt Budapest im Vorjahre das Requirierungsrecht erteilt. Durch die zwangsweise Beschlagnahme der Paradeisernte in den Hauptproduktionsorten konnten genügende Mengen Paradeis nach Budapest gebracht werden, so daß jeder Haushaltung die Möglichkeit gegeben war, Paradeis selbst einzukochen. In diesem Jahre hat das Landes-Ernährungsamt in ganz unbegreiflicher Weise sich nicht darein schicken wollen, daß die glatte Versorgung Budapests nur durch eine zwangsweise Beschlagnahme durchgeführt werden kann. Man hegte Bedenken, im fünften Kriegsjahre der Bauernschaft die Ware unter Gendarmerieassistenz abzutrotzen. Diese Schwäche und Voreingenommenheit unseres Ernährungsdienstes für die Produzenten hatten zur Folge, daß diese die Maximalpreise des Landes-Ernährungsamtes nicht respektierten und darauf los waren, die Paradeisernte möglichst teuer an den Mann zu bringen.

Das Landes-Ernährungsamt hat, da der bisherige Zustand nicht mehr zu halten war, endlich heute der Hauptstadt Budapest wieder das Requirierungsrecht erteilt. Hierüber wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

Da die Paradeisversorgung der Hauptstadt Budapest sich als unzureichend erwiesen hat und die Maßnahmen, die bisher zu ihrer Besserung getroffen wurden, zu keinem Resultat geführt haben, hat sich Magistratsrat Dr. Eugen Berczel an das Landes-Ernährungsamt gewendet, daß diesem Mißstande abgeholfen werde. Das Landes-Ernährungsamt hat die vorgebrachten Motive des Magistratsrats Dr. Eugen Berczel gewürdigt und binnen 24 Stunden angeordnet, daß wie in dem Vorjahre, auch heuer in 18 Gemeinden des Váczer und Gödöllöer Bezirks die Paradeisernte für Budapest requiriert werde. Die Verordnung über die Zwangsbeschlagnahme wurde heute den Oberstuhlrichtern der beiden Bezirke ausgehändigt, sie wird binnen ein—zwei Tagen auch in den Gemeinden kundgemacht werden. Die Requirierungsverordnung wird zur Folge haben, daß bis Ende dieser Woche, spätestens Anfangs nächster Woche genügende Mengen Paradeis in Budapest eintreffen werden. Der kommunale Gemüsebetrieb der Hauptstadt wird sein im Vorjahre bewährtes System der Paradeisverteilung auch heuer durchführen, wonach die Paradeiswagen an den Mauten angehalten und zu den einzelnen Märkten dirigiert werden.

Die verspätet ausgegebene Verordnung über die Zwangsbeschlagnahme wurde gerade zu unrechter Zeit ausgegeben, da derzeit Regenwetter herrscht. Die Paradeiszufuhr kann nur bei vollkommen klarem Wetter durchgeführt werden. Dieser Umstand wird die Paradeisanbringung etwas verzögern.

Neues Pester Journal

12./IX. 1918

42

Die „U"-Züge.

Verhinderung des Schmuggels.

Das Landes-Ernährungsamt gibt bekannt, daß Maßnahmen getroffen wurden, daß der Schmuggel von Lebensmitteln auf den sogenannten „U"-(Urlauber-)Zügen unterbunden werde.

Die Polizeiabteilung des Amtes ist bereits im Oktober 1917 mit dem k. u. k. Kriegsministerium in Berührung getreten, um Maßnahmen zur Verhinderung des Schmuggels auf den „U"-Zügen zu ergreifen, die Verhandlungen brachten damals kein Resultat, da die Heeresverwaltung gegen die Durchsuchung der Urlauberzüge Einspruch erhob. Im April d. J. drang das Ernährungsamt wieder darauf, daß die Kontrolle gestattet werde, da bereits ganz unhaltbare Zustände auf dem Gebiet des Schmuggelwesens bestehen. Das Kriegsministerium berief hierauf eine Enquete ein, in der die Vertreter der österreichisch-ungarischen und der deutschen Heeresleitungen die Erklärung abgaben, daß die illegitimen Lebensmitteltransporte auf den „U"-Zügen verhindert werden sollen. Es wurde beschlossen, daß die „U"-Züge fortab in Budapest und in Zsolna, im Notfalle auch auf den Zwischenstationen, untersucht werden. Bei der Kontrolle haben Organe der österreichisch-ungarischen und der deutschen Armee mitzuwirken. Die Zentral-Transportleitung machte auch die Zusicherung, daß sie die Militärkommanden dahin instruieren werde, daß die Kontrollorgane im Notfalle durch Brachialgewalt unterstützt werden. Am 20. August d. J. erhielt das Landes-Ernährungsamt eine Zuschrift, wonach diese Beschlüsse genehmigt wurden. Seit diesem Zeitpunkte besorgen Organe der Polizeiabteilung des Landes-Ernährungsamtes, sowie der kön. ung. Grenzpolizei die Durchsuchung der „U"-Züge. In mehreren Fällen wurden bedeutende Mengen von Lebensmitteln in dem Gepäck von Urlaubern vorgefunden, die Schmuggelware wurde stets beschlagnahmt.

Das Landes-Ernährungsamt, heißt es zum Schluß des Communiqués, ist nach einjähriger Urgenz erst seit drei Wochen in der Lage, die Kontrolle der „U"-Züge durchzuführen. Es sind bereits Maßnahmen in die Wege geleitet worden, damit dem Schmuggelunwesen, das seit längerer Zeit herrscht, ein Ende bereitet werde.

Neue Freie Presse

12./IX. 1918

43

Feldschutz und Stadtschutz.

Obersanitätsrat Dr. Josef List (Rax) schreibt uns: „Der in Ihrem geschätzten Blatte vom 6. d. unter der Aufschrift „Feldschutz und Stadtschutz" enthaltene Artikel ist, obwohl er nur die Verhältnisse in Wien und Umgebung berücksichtigt, auch für das Land Niederösterreich und auch für andere Kronländer zutreffend. Die Notwendigkeit der Organisierung eines entsprechenden Schutzdienstes habe ich in einem am 10. Juli 1918 an eine maßgebende Stelle gerichteten Antrage nebst anderen Anträgen betont. Da mir über das Schicksal meines Antrages keine Nachricht zukam und anderseits die Angelegenheit eine dringende ist, beehre ich mich, der Oeffentlichkeit den bezüglichen Passus meines Antrages bekanntzugeben. Vielleicht kommt man doch in weiteren Kreisen der Angelegenheit näher. Der Schutzdienst der Fluren und Gemeinden läßt bei der zunehmenden Unsicherheit eine bessere Organisierung äußerst dringend erscheinen. Ich schrieb am 10. Juli 1918: ‚Bei der im Gange befindlichen Obsternte hat sich gezeigt, daß die Baumbesitzer wegen der zahlreichen Diebstähle und sonstigen Schädigungen der Anlagen das Obst auf dem Baume nicht ausreifen lassen können. Meist begehen diese Diebstähle und Schädigungen schulpflichtige oder der Schule kaum entwachsene Knaben. Auch an anderen Feldfrüchten werden solche Schädigungen in großer Ausdehnung ausgeübt. Statt vieler Beispiele möge die beiliegende Zeitungsnotiz genügen. (Beilage A. In dieser Notiz werden ausgedehnte Diebstähle in und Verwüstungen von Kartoffelfeldern geschildert.) Durch entsprechende Vermehrung der Flurwächter und Zuerkennung einer wirksamen Justiz an die Gemeinden könnte dem Uebel einigermaßen gesteuert werden. Tatsächlich haben einzelne Gemeinden durch Vermehrung der Flurwächter auf die dreifache Zahl einige Besserung erzielt. Die politischen Behörden mögen daher den Gemeinden bei Organisierung eines entsprechend verstärkten Flurwächterdienstes unterstützend an die Hand gehen, respektive auf Vermehrung geeigneter Flurwächter dringen."

Der Neue Abend
13./IX. 1918

45 A 13

Die Aufreizer.

Wir erhalten heute die nachstehende, am 9. d. M. aufgegebene Zuschrift eines hervorragenden Kenners der Verhältnisse in der Spiritusindustrie. Sie zeigt, daß der Profit der Likörerzeuger und sohin das Verschulden der Spirituszentrale und der Behörden noch viel größer ist als in unserer ersten Einsendung berechnet wurde. Die Zuschrift lautet:

Im „Neuen Abend" von heute finde ich in der Notiz „Die Aufreizer" die Berechnung des Gewinnes einer Likörfabrik, die ihre Ware mit K 80 für den Liter anbietet. In dieser Rechnung ist nicht berücksichtigt worden, daß der K 7·80 kostende Liter Spiritus 94 v. H. Alkohol enthält, während die Liköre nicht mehr als 30 bis 40 v. H. Alkohol enthalten können. Der Alkohol in einem Liter Likör kostet somit K 2·16 bis K 2·80. Den Zucker erhalten die Likörfabriken zu Höchstpreisen zugewiesen. An dem Hektoliter Spiritus erlöst somit der Likörfabrikant K 20.000 bis K 26.640, während ihn der hiezu verwendete Spiritus K 780 kostete, mit Zucker, Fruchtsaft und Erzeugungskosten gegen K 1000, gewiß nicht viel mehr, es hängt von der Beschaffenheit des Likörs ab.

Voraussetzung dieser Berechnung ist die Belieferung des Likörfabrikanten mit Spiritus durch die Spirituszentrale. Diese Voraussetzung trifft nicht immer zu. Neben der Spirituszentrale besteht die „Svega", eine Fruchtspiritus-Handelsgesellschaft. Für den Fruchtspiritus zahlt der Likörfabrikant der „Svega" ungefähr K 9000 für den Hektoliter. Wie dieser Preis entstanden ist, das ist ein Geheimnis der „Svega" und des Ernährungsamtes, das die „Svega" geschaffen hat und zu beaufsichtigen die Pflicht hat. Aber auch bei Verwendung von „Edelbranntwein" rechnet der Likörfabrikant zwei- bis dreimal soviel für den Likör, als der zu seiner Erzeugung notwendige Alkohol kostete. Auf den Preis des Brennspiritus hat der Preis dieser Liköre keinen unmittelbaren Einfluß."

Neue Freie Presse Abendbl. 47
13./IX. 1918

Die Bedeutung des Wirtschaftsübereinkommens mit der Ukraine für die Ernährung.

Wien, 13. September.

Im Morgenblatte wurde der Inhalt des neuen Wirtschaftsabkommens mit der Ukraine mitgeteilt. Aus demselben geht hervor, daß sich die Ukraine zur Lieferung bedeutender Mengen von Lebensmitteln an Oesterreich-Ungarn und Deutschland verpflichtet hat. Wenn nicht wieder wie bisher Stockungen in der Zufuhr eintreten sollten und es gelingen würde, diese Mengen der versorgungsbedürftigen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, würden sie eine wesentliche Erleichterung der Ernährungsverhältnisse bewirken. Greifen wir zwei besonders wichtige Artikel, Getreide und Rinder, heraus. Die Ukraine wird bis zum Juli 1919 rund 18·7 Millionen Meterzentner Getreide an die Mittelmächte zu liefern haben. Nehmen wir an, daß der Verteilungsschlüssel zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland für Getreide 50 zu 50 betragen würde. Nun hat Deutschland der Monarchie bei der Belieferung von Getreide, Futtermitteln und Hülsenfrüchten zur Zeit der schwierigsten Versorgung den Vorrang gelassen, so daß zunächst diese Rückstände aus den ukrainischen Bezügen zu bestreiten sein werden, ehe das schlüsselmäßige Verhältnis wieder hergestellt wird. Wenn nun Ungarn die vereinbarten Getreidemengen an Oesterreich liefert und der diesseitigen Reichshälfte noch die Zuschübe aus der Ukraine zugute kommen sollten, so würde die Sorge um Brot und Mehl verschwinden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es jedoch besser, in den Hoffnungen nicht zu weit zu gehen und solange an dem Sparsystem festzuhalten, bis die Erfolge greifbare sind. Denn zuerst müssen die Getreidemengen aus der Ukraine überhaupt hereingebracht, dann Deutschlands Rückstände beglichen werden und die Belieferungen aus Ungarn entsprechende sein. Da man in der Monarchie die Beobachtung gemacht hat, daß die Aktion der Deutschen in der Ukraine bessere Ergebnisse hatte, will man jetzt für Oesterreich-Ungarn die Organisation der Aufbringung verbessern. Die Kaufmannschaft soll ein angemessenes Feld der Betätigung finden und hiebei von den Regierungsstellen tatkräftigst unterstützt werden.

An Rindern wird die Ukraine 1·79 Millionen Meterzentner zu liefern haben. Das wären bei einem Durchschnittsgewichte von 300 Kilogramm für ein Rind ungefähr 600.000 Stück. Die ukrainischen Rinder sind bisher für die Ernährung der Armee zur Verfügung gestellt worden; in dem Maße, als dies geschieht, werden natürlich die anderen Bestände entlastet. Wenn selbst auf Deutschland drei Viertel, auf die Monarchie nur ein Viertel der Rinder käme, würde dies für ungefähr zehn Monate 150.000 Stück oder zirka 15.000 Stück für einen Monat ausmachen. Selbst den Fall angenommen, daß für Oesterreich davon nur sieben Zwölftel übrig bleiben würden, wären dies 9000 Stück im Monate oder rund 2300 Stück in der Woche. Für Wien stehen gegenwärtig ungefähr 2500 Stück Rinder von einem geringen Gewichte in der Woche zur Verfügung. Der jetzige Rinderpreis in der Ukraine stellte sich für ausländische Einkäufer auf fünf bis sieben Kronen per Kilogramm Lebendgewicht. Die Rindereinkäufe besorgt die Militärverwaltung und die „Dezeg" gemeinsam mit einem Syndikat von Vieh- und Fetthändlern. Gegenwärtig sind Besprechungen im Zuge, um eine vollständige kaufmännische Organisation des Rindereinkaufes zu sichern.

Ferner hat die Ukraine 300.000 Schafe zu liefern. Auch dies ist ein ansehnliches Quantum, zumal im Herbst in der Ukraine infolge der dortigen trefflichen Weiden, sehr gute Schafe vorhanden sind. Einkäufer des Syndikats haben sich jetzt nach der Ukraine begeben.

An Speck hat die Ukraine 65.000 Meterzentner zu liefern. Dies ist ein gleichfalls ansehnliches Quantum, von dem etwa drei Fünftel auf Deutschland, zwei Fünftel auf die Monarchie entfallen.

Bei den Fleischkonserven kann es sich nur um gepökeltes, gesalzenes oder geräuchertes Fleisch handeln. Eigentliche Fleischkonservenfabriken sind in der Ukraine nicht vorhanden, doch bestehen Pläne, daß Deutsche, Oesterreicher und Ungarn unter Mitwirkung von Instituten dort solche Fabriken errichten.

Nach einer Vereinbarung mit der Ukraine haben die Mittelmächte das Recht, im Falle von Minderlieferungen an Getreide, ukrainischen Alkohol bis zu einem Fünftel der dortigen Produktion anzukaufen.

Die Mittelmächte verpflichteten sich, bestimmte Kontingente an Kohle und Rohöl zu liefern. Bei der Kohle kommt insbesondere Deutschland in Betracht. Die Monarchie hat seinerzeit für den Bahnbetrieb der Hauptlinie nach Kiew eine allerdings nicht sehr wesentliche Kohlenmenge geliefert. Dagegen wird Oesterreich-Ungarn bedeutende Mengen Rohöl, welche teils aus den inländischen, teils aus den rumänischen Beständen abzugeben sein werden, nach der Ukraine zu liefern haben.

Neue Freie Presse
13./IX. 1918

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über Approvisionierungsfragen.

Errichtung von Wärmestuben für den allgemeinen Gebrauch.

Wien, 12. September.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner äußerte sich heute einem Mitarbeiter des „Az Ujsag" gegenüber in nachstehender Weise:

Wenn es uns gelingt, die volle Brotquote aufrechtzuerhalten, die bisher noch reduzierte Kochmehlquote auf die volle Höhe zu bringen und eine Ration von 2½ Kilogramm Kartoffeln per Kopf und Woche sicherzustellen, ist das Durchhalten außer Frage. Hiezu kommt noch die Ausgabe von Fett in solcher Menge, daß den Verbrauchern zur Zubereitung von Gemüse und Kartoffeln ein gewisses, wenn auch bescheidenes Quantum zur Verfügung steht. Wenn also dieses Existenzminimum gesichert ist, dann sind die notwendigen und unentbehrlichen Voraussetzungen gegeben, um den fünften Kriegswinter, falls es wirklich zu einem solchen kommen sollte, zu überstehen. Allerdings ist weiter notwendig, daß auch Milch wenigstens in jenen Quantitäten zugeführt werde, daß der Verbrauch der Kinder und Kranken gedeckt erscheine. Als Fleischration würde ein Quantum von 15 Deka pro Kopf und Woche zur Not genügen. Ich nehme hiebei natürlich an, daß die Produktion von Spätgemüse, insbesondere von Kraut, Kohl usw., auf der bisherigen Höhe bleibt. Die Fleisch- und Fettfrage kann ohne ungarische Mithilfe kaum gelöst werden. Ungarn müßte uns hier beistehen.

Was die Mehlversorgung anbelangt, so finden bereits seit 14 Tagen zwischen beiden Regierungen Verhandlungen statt, deren Zweck es ist, Oesterreich eine ausreichende Menge von Mehl- und Maiszuschüben aus Ungarn zu sichern. Vor Schluß dieser Verhandlungen erklärte der Bürgermeister, sich über das voraussichtliche Ergebnis nicht äußern zu können.

Wir sind, sagte Dr. Weiskirchner weiter, auch auf einen strengen Winter vorbereitet und beabsichtigen eine Wärmestubenaktion großen Stils ins Leben zu rufen. Den Schulkindern sollen beheizte und beleuchtete Aufenthaltsräume in den Schulen zur Verfügung gestellt werden, in die sie tagsüber mit ihren jüngeren Geschwistern kommen können und wo sie von Lehrpersonen entsprechend beaufsichtigt und beschäftigt werden. In ähnlicher Weise werden auch Mittel- und Hochschülern in ihren Anstalten warme Räume zur Verfügung gestellt werden. Für Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen sollen gleichfalls geheizte Aufenthaltsräume bereitstehen. Und schließlich sollen im Weichbild von Wien im Anschluß an die bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen Wärmestuben für den allgemeinen Gebrauch errichtet werden. Es ist dies nicht nur eine soziale Wohlfahrtsaktion, sondern bedeutet auch eine Kohlenersparnis, da die Beheizung von tausenden Einzelhaushaltungen auf eine weit geringere Zahl von Wärmestuben konzentriert wird. Es wird vorläufig die Errichtung von 20 bis 30 solcher Wärmestuben beabsichtigt.

Die Schuh-, Wäsche- und Kleidernot, schloß der Bürgermeister seine Ausführungen, erfordert gleichfalls rasche Abhilfe. In dieser Richtung habe er mit den zuständigen Ministerien und mit dem Volksbekleidungsamte Verhandlungen eingeleitet, deren Ergebnis noch aussteht.

Neues Pester Journal
13./IX. 1918
49

Ernährung und Versorgung.

Die Lebensmittel der Frontsoldaten.

Eine Erklärung des Landes-Ernährungsamtes. — Eine Kontrollkommission für die Armeeverpflegung. — Wo bleiben die Rekompensationen Oesterreichs an Industrieartikeln.

Vor kurzem haben wir zur Sprache gebracht, daß ein Teil der Lebensmittel, die Ungarn den Frontsoldaten zur Verfügung stellt, der Zivilbevölkerung Oesterreichs überlassen werden. Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz weilt nun seit Dienstag in Wien, wo er in Angelegenheit der Versorgung der Armee Verhandlungen pflegt. Das Landes-Ernährungsamt veröffentlicht im „Magy Tud." ein Communiqué, wonach der „Hauptzweck der Verhandlungen ist, festzustellen, ob und in welchem Maße die in jüngster Zeit in einigen Zeitungen erschienenen Gerüchte der Wahrheit entsprechen, in denen behauptet wurde, daß ein Teil der von Ungarn der Armee zur Verfügung gestellten Lebensmittel der österreichischen Zivilbevölkerung zugute komme." „Im Laufe der mehrtägigen Verhandlungen", heißt es in dem Communiqué weiter, „wurde ermittelt, daß an diesen Behauptungen kein wahres Wort sei. Das Kriegsministerium und das Armeeoberkommando verwenden die aus Ungarn gelieferten Lebensmittel ihrer Bestimmung gemäß und mit der größten Gewissenhaftigkeit für die Versorgung der Armee. Der österreichischen Zivilbevölkerung wurden ganz ausnahmsweise und mit Wissen des ungarischen Ernährungsministers nur einige Waggons Lebensmittel überlassen. Hierüber hat sich übrigens der Minister bereits in der Presse geäußert."

Ernährungsminister Windischgrätz gab seinerzeit die Erklärung ab, daß er bloß in zwei Fällen seine Zustimmung zur anderweitigen Verwendung des Mehls der Frontsoldaten gegeben habe. In einem Falle wurden für das im Kriegsoperationsgebiet befindliche Triest sechs Waggons Mehl freigegeben, im zweiten Falle für eine Munitionsfabrik, deren Betrieb im Interesse der Kriegführung von Wichtigkeit war, vier Waggons Mehl. Daß die Sache der Klärung der Verwendungsweise der für die Frontsoldaten bestimmten Lebensmittel nicht so einfach ist, beweist der Umstand, daß hiezu, wie in dem Communiqué angegeben wird, Tage verwendet wurden. Andererseits ist es unbegreiflich, wie in dem Communiqué nur von einigen Waggons Lebensmitteln die Rede sein kann, da Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz am 8. August d. J. im Abgeordnetenhause die Information erteilt hat, daß von den Beständen der Armee 3000 Waggons Getreide an Oesterreich überlassen wurden, allerdings vorschußweise, über deren Rückerstattung wir aus dem Communiqué aber nichts erfahren.

Ueber die Ursachen der schlechten Versorgung der Frontsoldaten wird in dem Communiqué angeführt:

„Die an der Front eingetretenen vorübergehenden Ernährungsschwierigkeiten sind, wie dies bei der genauen Untersuchung festgestellt wurde, auf Transportschwierigkeiten und Verkehrsstörungen bei den Bahnen zurückzuführen. Ueberdies hat die Armeeleitung infolge der schlechten Ernteresultate des Vorjahrs über keine Vorräte verfügt. Natürlich hat jede Transportschwierigkeit an der Front sofort Stockungen in der Versorgung verursacht, da eben dort keine Vorräte angehäuft waren. Diese Mängel wurden jetzt gründlich behoben, und zwar dadurch, daß im Laufe der nächsten Woche der Armee bedeutende Reservevorräte zugeführt werden, die es ermöglichen, daß in Zukunft auch bei eventuellen Transportschwierigkeiten die Kontinuität der Versorgung nicht gestört werde. Unter diesen Umständen kann das Vorgehen einiger Zeitungen, die in schweren Zeiten die öffentliche Meinung durch unbegründete Gerüchte alarmieren, nicht scharf genug verurteilt werden."

Daß die aufklärende Wirksamkeit der Presse in dieser Angelegenheit doch einen Wert gehabt hat, beweist nachstehender Schlußpassus des Communiqués:

„Auf Anregung des Ministers Prinzen Windischgrätz, der in seinen Reden am 6. und 8. August im ungarischen Parlament bereits auf solche Notwendigkeit hingewiesen hat, beschloß nun die Regierung die Aufstellung einer Kontrollkommission, die nun auch vom Armeeoberkommando und von der österreichischen Regierung gutgeheißen wurde. Mitglieder dieser Kommission sind: die österreichischen und ungarischen Ernährungsminister, der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses und je ein Bevollmächtigter des Armeeoberkommandos und des Kriegsministeriums. Die Kommission beginnt ihre Tätigkeit mit einer Konferenz, die am 13. d. in Wien stattfindet. Prinz Windischgrätz kehrt deshalb erst Sonntag nach Budapest zurück."

Daß sich die Notwendigkeit erwiesen hat, die Versorgung der Frontsoldaten mit Lebensmitteln zu überwachen, bildet den schlagendsten Beweis dafür, daß die Presse auf die Vorgänge um die Verwendung der ungarischen Lebensmitteltransporte für die Front hinweisen mußte. Im übrigen sei im Anschluß an die im Communiqué erwähnte Reichstagsrede des Ernährungsministers Prinzen Windischgrätz vom 6. August d. J. daran erinnert, daß bei diesem Anlasse der Minister die Zusage gemacht hat, daß als Gegenleistung der wirtschaftlichen Versorgung Oesterreichs und als Rekompensation Rohstoffe und Industrieartikel überlassen werde. Im die zu rekompensierende Getreidemenge ist, nach Ausspruch des Ministers, auch das Quantum einzurechnen, das Ungarn zur Versorgung des österreichischen Teiles der Armee beisteuert. Wir erwarten die österreichischen Industrieartikel zum Maximalpreise, vornehmlich möchten wir schon die erste Sendung von billigen Bekleidungsartikeln aus Oesterreich sehen. Die ungarischen Getreidewaggons rollen bereits nach Oesterreich!

Neues Wiener Tagblatt
13./IX. 1918

50

Regelung des Verkehres mit Schrotmühlen.

Durch eine zur Verlautbarung gelangende Verordnung des Handelsministeriums in Einvernehmen mit dem Ackerbauminister und dem Amte für Volksernährung wird der Verkehr mit Schrotmühlen geregelt. Als Schrotmühle gilt ohne Rücksicht auf die Bezeichnung (Hausmühle, Handmühle, Universalmühle u. dgl.) jede nicht gewerblich betriebene Mühle oder sonstige Vorrichtung, die zum Mahlen, Schroten oder Quetschen von Getreide und Hülsenfrüchten geeignet ist, mag sie für Hand- oder Kraftbetrieb eingerichtet, beweglich oder fest eingebaut sein. Es bleibt hinfighin nur die Benützung von Schrotmühlen zur Zubereitung von Viehfutter erlaubt, hingegen wird die Verwendung von Mahlvorrichtungen aller Art zur Zerkleinerung von Getreide und Hülsenfrüchten zu Speisezwecken in einem nichtgewerblichen Betriebe grundsätzlich verboten, abgesehen von Ausnahmen, welche die politischen Landesbehörden mit Ermächtigung des Amtes für Volksernährung für bestimmte Gegenden aus besonderen Gründen gestatten können. Durch dieses Verbot ist eine Reihe von Verkehrsbeschränkungen bedingt. Die wichtigste Bestimmung geht dahin, daß der Ankauf oder die sonstige Erwerbung von Mahlvorrichtungen (Schrotmühlen) nur mit einem Bezugschein der politischen Bezirksbehörde nach entsprechender Prüfung des Bedarfes gestattet ist. Es wird unter anderm untersagt, Bestellungen auf Schrotmühlen durch Handelsreisende aufzusuchen und Schrotmühlen auf Märkten feilzubieten.

Reichspost 13./IX. 1918

51

Ungarn und die Versorgung der Armee.

Aufstellung einer Kontrollkommission.

Budapest, 12. September.

Das Ung. Tel.-Korr.-Bureau ist von kompetenter Stelle ermächtigt, folgendes zu erklären:

Ernährungsminister Prinz Windischgrätz weilt seit Dienstag in Wien, wo er in Angelegenheit der Versorgung der Armee Verhandlungen pflegt. Der Hauptzweck dieser Verhandlungen ist, festzustellen, ob und in welchem Maße die in jüngster Zeit in einigen Zeitungen erschienenen Gerüchte der Wahrheit entsprechen, in denen behauptet wurde, daß ein Teil der von Ungarn der Armee zur Verfügung gestellten Lebensmittel der österreichischen Zivilbevölkerung zugute komme. Im Laufe der mehrtägigen Verhandlungen wurde ermittelt, daß an diesen Behauptungen kein wahres Wort ist. Das Kriegsministerium und das Armee-Oberkommando verwenden die aus Ungarn gelieferten Lebensmittel ihrer Bestimmung gemäß und mit der größten Gewissenhaftigkeit für die Versorgung der Armee. Der österreichischen Zivilbevölkerung wurden ganz ausnahmsweise und mit Wissen des ungarischen Ernährungsministers nur einige Waggons Lebensmittel überlassen. Hierüber hat sich übrigens der Minister bereits in der Presse geäußert.

Die an der Front eingetretenen vorübergehenden Ernährungsschwierigkeiten sind, wie dies bei der genauen Untersuchung festgestellt wurde, auf Transportschwierigkeiten und Verkehrsstörungen bei den Bahnen zurückzuführen. Ueberdies hat die Armeeleitung infolge der schlechten Ernteresultate des Vorjahres über keine Vorräte verfügt. Natürlich hat jede Transportschwierigkeit an der Front sofort Stockungen in der Versorgung verursacht, da eben dort keine Vorräte angehäuft waren. Diese Mängel wurden jetzt gründlich behoben, und zwar dadurch, daß im Laufe der nächsten Woche der Armee bedeutende Reservevorräte zugeführt werden, die es ermöglichen, daß in Zukunft auch bei eventuellen Transportschwierigkeiten die Kontinuität der Versorgung nicht gestört werde. Unter diesen Umständen kann das Vorgehen einiger Zeitungen, die in schweren Zeiten die öffentliche Meinung durch unbegründete Gerüchte alarmieren und die Militärbehörden und Kommandos verdächtigen, die ihrer Pflicht gewissenhaft nachkommen und solchen Angriffen gegenüber wehrlos sind, nicht scharf genug verurteilt werden.

Reichspost
13./IX. 1918

52

Die Wochenquote in der kommenden Ernährungsperiode Deutschlands.

Wie Berliner Blätter melden, wird im Deutschen Reiche ab 1. Oktober pro Kopf und Woche wieder eine Brotmenge von 1950 Gramm (in Oesterreich obere Grenze 1260 Gramm) ausgegeben werden. Zur Mehlration (von 200 Gramm) sollen verschiedene Zubußen (Kartoffelmehl u. a.) gewährt werden, so daß insgesamt wieder die gleiche Mehlmenge wie 1917 abgegeben werden kann. Mitte Oktober wird über die Kartoffelquote entschieden werden. Er ist bezeichnend für die großen Hoffnungen, die man sich diesbezüglich macht, daß in einer Denkschrift der sozialdemokratischen Gewerkschaften an den Reichskanzler eine Kartoffelmenge von 10 Pfund (5 Kilogramm) pro Kopf und Woche gefordert und als möglich erklärt wird. Im abgelaufenen Jahre schwankte die Kartoffelquote in Deutschland zwischen 7 und 5 Pfund (in Wien zwischen 1 und $1^1/_2$ Kilogramm).

Österr. Volkszeitung
14./IX. 1918

53

Kriegsspeisezettel für die Woche.

Vom 15. bis 21. September 1918.

Sonntag: Paradeissuppe, Schöpsernes mit warmem Krautsalat. — Abends: Schwäbische Suppe.

Montag: Kohlsuppe, Kohlrüben mit Pilzen. — Abends: Kümmelsuppe, Kukuruz.

Dienstag: Karottensuppe, Fleischlaibchen mit Häuptelsalat. — Abends: Rotkraut.

Mittwoch: Grünzeugsuppe, Erdäpfelstierz mit Zwetschkenröster. — Abends: Kürbisgulyas.

Donnerstag: Rindsuppe, Rindfleisch mit Kohl. — Abends: Karotten.

Freitag: Selleriesuppe, gefülltes Kraut. — Abends: Spinat.

Samstag: Würfelsuppe, Nockerl mit Paradeissoße. — Abends: Weiße Rüben mit Schwämmen.

Weiße Rüben mit Schwämmen. Geschälte Rüben werden in Salzwasser und Kümmel gekocht. Schwämme werden gedünstet. Die Rüben gibt man dazu, vergießt mit Wasser, fügt gehackte Petersilie dazu und etwas saure Milch. Dann darf die Speise nicht mehr kochen.

Fleischlaibchen. Gekochte geschälte Erdäpfel werden mit faschierter Wurst vermengt. Man formt Laibchen und brät in Mehl gestaubt mit etwas Fett aus.

Kürbisgulyas. Geschälte Kürbisse schneidet man blättrig, salzt ein, streut Kümmel darauf und läßt sie eine Stunde stehen. Geröstete Zwiebel stäubt man, gibt die ausgedünsteten Kürbisse dazu, dünstet sie mit Essig und Suppe (Würfel) und streut, wenn sie weich sind, Paprika darauf. Vor dem Anrichten kann man sauren Rahm daraufgeben.

Kohlrüben mit Pilzen. Geschälte, würfelig geschnittene Kohlrüben kocht man weich. Dann dünstet man die Schwämme, fügt Zwiebel dazu. Man gießt das Kohlrübenwasser ab, mischt alles zusammen und läßt weich dünsten.

Neue Freie Presse
14./IX. 1918

54

Minister Prinz Ludwig Windisch-Graetz über die Ernährung der Armee.

Ein Gespräch mit dem ungarischen Ernährungsminister.

Wien, 13. September.

Der ungarische Ernährungsminister Prinz Windisch-Graetz hatte heute die Liebenswürdigkeit, einen Mitarbeiter unseres Blattes zu empfangen und ihm eingehende Mitteilungen über die augenblicklich in Wien stattfindenden Verhandlungen, betreffend die Versorgung der Armee, zu machen. Prinz Windisch-Graetz sagte:

„Wie noch erinnerlich, wurde kürzlich in einigen ungarischen Blättern die Behauptung aufgestellt, daß ein Teil der von ungarischer Seite für die Armee gelieferten Nahrungsmittel für die Versorgung der Zivilbevölkerung in Oesterreich verwendet wurde. Bei den seit einigen Tagen in Wien stattfindenden Verhandlungen ist nun einwandfrei die völlige Unrichtigkeit dieser Behauptung festgestellt worden. Sowohl das Kriegsministerium als auch das Armeeoberkommando verwalten die von ungarischer Seite für die Armee zur Verfügung gestellten Lebensmittel mit der größten Gewissenhaftigkeit und entsprechen den getroffenen Vereinbarungen. Nur in einem einzigen Falle sind für die Zivilbevölkerung einige Waggons Lebensmittel aus den für die Armee bestimmten Vorräten zur Verfügung gestellt worden, aber auch dies nur mit Kenntnis und im Einverständnis des ungarischen Ernährungsministeriums. Diese Ueberlassung von Lebensmitteln vom Armeeoberkommando an die Zivilbevölkerung erfolgte übrigens nur leihweise. Es kann nicht scharf genug verurteilt werden, wenn in dieser ohnehin leicht erregbaren Zeit die Oeffentlichkeit durch solche falsche Mitteilungen, die jeder Begründung entbehren, noch mehr erregt wird. Anderseits geht es aber auch nicht an, militärische Kommanden und Anstalten zu beschuldigen, die solchen Anklagen ganz machtlos gegenüberstehen und nicht in der Lage sind, sich in Zeitungspolemiken einzulassen.

Um nun allen Einwendungen in Zukunft von vornherein die Spitze abzubrechen, erklärte Prinz Windisch-Graetz weiter, wird jetzt eine eigene Kontrollkommission eingeführt, deren Aufgabe es sein wird, die Verwendung der für die Armeeversorgung zur Verfügung gestellten Lebensmittel genau zu überwachen. Die Aufstellung dieser Kontrollkommission wurde von mir selbst angeregt und ich habe über diesen Plan dem ungarischen Abgeordnetenhause bereits Anfang Juli Mitteilung gemacht. Jetzt hat das Projekt bei den Wiener Verhandlungen auch die Zustimmung aller in Betracht kommenden militärischen und politischen Faktoren gefunden. Dieser Kontrollkommission, die ihre Tätigkeit heute bereits aufgenommen hat, gehören der Vorsitzende im gemeinsamen Ernährungsamte Exzellenz Landwehr v. Pragenau, der österreichische und der ungarische Ernährungsminister und je ein Vertreter des Kriegsministeriums und des Armeeoberkommandos an.

Was nun die Verpflegsverhältnisse an der Front betrifft, so läßt sich nicht leugnen, daß während der Uebergangsperiode gewisse Schwierigkeiten bestanden haben, die auch noch zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres zum Teile fühlbar waren. Die Schuld lag daran, daß die Armee sozusagen von Tag zu Tag versorgt wurde und über keine Reserven verfügte, so daß bei jeder einzelnen Verkehrsstockung ein gewisses Vakuum auftreten mußte. Um dem für die Zukunft ein für allemal abzuhelfen, wird jetzt aus den Nahrungsmitteln, die Ungarn für die Armee liefert, eine Reserve gebildet, die auch bei eventuellen Verkehrsstockungen die Kontinuität der Versorgung gewährleisten wird. Diese Nahrungsmittelreserve ist zum Großteile schon bereitgestellt und es darf heute gesagt werden, daß sich nach menschlicher Voraussicht im laufenden Wirtschaftsjahre keinerlei Schwierigkeiten in der Versorgung der Armee mehr ergeben werden.

Die Zeit
14./IX. 1918

55

(Das Wunder von Innsbruck.) Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: „Vor kurzem hat ein Ungar in der ‚Zeit' sein Befremden darüber zum Ausdruck gebracht, daß in Innsbruck die Gasthauspreise unvergleichlich billiger sind als sonst in der Monarchie und besonders wohlfeiler als in dem angeblich in Ueberfluß schwelgenden Ungarn. Darauf bekam er eine Antwort von seiten eines Tirolers, der die Angaben des Magyaren bestritt. Nun aber bin ich in der Lage, der geehrten Redaktion die Original-Mittagskarte der Südbahngastwirtschaft am Hauptbahnhof Innsbruck vorzulegen, aus der ersichtlich ist, daß es noch Wunder gibt, zum mindesten in Innsbruck. Eine Suppe kostet nämlich in Innsbruck 30 Heller! Rindfleisch ‚verziert' 3 Kronen! Der Saftbraten, der haschierte Lungenbraten, die gedünstete Rindsbrust je 3 Kronen! Spinat 60 Heller! Eine Mehlspeise (mit Saft') 80 Heller! Walderdbeeren 2 Kronen! So zu lesen auf der beifolgenden Speisekarte vom 31. August 1918. Zu bemerken wäre noch, daß die Speisen vorzüglich sind und der Gastwirt das höchste Lob verdient. Hoch klinge deshalb das Lied vom braven Mann! Ich sende der geehrten Redaktion der ‚Zeit' die Original-Mittagskarte nicht bloß, um die jüngst in den Spalten dieses Blattes entbrannte Kontroverse zu entscheiden, sondern hauptsächlich deshalb, um zu fragen, ob dieses Dokument nicht in Wien zur allgemeinen Erbauung öffentlich ausgestellt werden könnte? Und dann: Vielleicht nehmen sich auch die Wiener Gastwirte eine Abschrift davon. Gute Beispiele usw." — Zu dieser Zuschrift wäre unsererseits nur zu bemerken: Der Herr Einsender hat uns tatsächlich die Originalspeisekarte der Innsbrucker Südbahngastwirtschaft übermittelt, auf der die erwähnten märchenhaft billigen Preise zu lesen sind. Die Speisekarte stammt nicht etwa aus der guten alten Friedenszeit, sondern trägt, wie schon erwähnt, das Datum: 31. August 1918.

Neues Pester Journal
14. IX. 1918
D 56 14

Ernährung und Versorgung.

Die Zehnerkommission für die Approvisionierung Budapests.

Kartoffelausgabe auf sechs Monate. — Der Stand der Gemüse- und Obstbelieferung. — Erhöhung der Brotpreise. — Schwarzbrot 80 Heller, Weißbrot 2 K. 78 H. per Kilogramm.

Die Zehnerkommission der Hauptstadt Budapest für Approvisionierung hielt heute eine Sitzung, in der verschiedene Ernährungsfragen zur Sprache kamen. Zunächst referierte Magistratsrat Dr. Eugen Berczell über die Versorgung mit Kartoffeln, Grünzeug, Gemüse und Obst. Er kündigte an, daß vom 1. Oktober an Herbstkartoffeln in Verkehr gelangen werden, für die, wie wir bereits gemeldet haben, Ende dieses Monats Karten auf sechs Monate ausgegeben werden. Die Kopfquote wird für die Zeit von Oktober d. J. bis Ende Juni 1919 100 Kilogramm betragen, für Schwerarbeiter 140 Kilogramm. Das Landes-Ernährungsamt hat die Belieferung Budapests mit Kartoffeln übernommen und die Herschaffung von 6000 Waggons zugesagt, die der kommunale Gemüsebetrieb noch vor Eintritt der Frostperiode sichern müßte. Die Kartoffelanlieferung dürfte aber infolge der Verkehrsschwierigkeiten nur schwer vor sich gehen. Wenn genügende Mengen Kartoffeln in Budapest eintreffen, wird es der Hauptstadt möglich sein, die Ration für sechs Monate im vorhinein auf einmal auszufolgen. Bei der Abwicklung der Kartoffelabgabe ist es nötig, daß auf den Budapester Frachtbahnhöfen Lagerräume zur Verfügung gestellt werden; nach dieser Richtung hin sind Verhandlungen im Zuge. Insoferne ein günstiges Resultat erzielt wird, können die Kartoffeln aus diesen Lagerräumen übernommen werden, was besonders vom Gesichtspunkte der Versorgung der Industrieanlagen von Bedeutung ist. Die Industrieanlagen und Konsumgenossenschaften werden unmittelbar und auf einmal gegen Ablieferung der Kartoffelkarten versorgt werden. Auch der Handel wird in die Kartoffelverteilung einbezogen werden. Die Einkaufsgruppen der Staatsbeamten werden nicht von der Hauptstadt versorgt werden. Einkaufsbewilligungen werden, wie bekannt, nicht ausgefolgt werden, da dieses System zum Ueberschreiten der Maximalpreise und zu anderen Mißbräuchen geführt hat.

Die Aufbringung von Grünzeug und Gemüse weist eine Besserung auf, eine Ausnahme bilden bloß Butterbohnen und Maiskolben, welch letztere zu Futterzwecken verwendet werden. Die Requirierung von Paradeis ist im Zuge; heute sind bereits 120 Wagen Paradeis in Budapest eingetroffen, die unter Polizeiaufsicht auf den verschiedenen Märkten zum Verkauf gebracht wurden. Auch im Winter wird sich die Gemüseversorgung günstig gestalten. In Zwiebeln herrscht ein großes Angebot; der kommunale Gemüsebetrieb hat bisher 100 Waggons Zwiebeln angekauft. Die Zwetschkenzufuhr ist trotz der reichen Ernte und der hohen Preise unzureichend, die Ursache hiefür bildeten die schlechten Transportverhältnisse. Damit Budapest dennoch versorgt werde, erhalten nur jene Produzenten eine Ausfuhrbewilligung, die ein gewisses Kontingent für Budapest zur Verfügung stellen. Bisher hat der kommunale Gemüsebetrieb 150 Waggons Aepfel angekauft. Zum Schlusse meldete Magistratsrat Dr. Eugen Berczell, daß der kommunale Gemüsebetrieb im Monat August einen Verkehr von 7.986,222 Kronen erzielt hat. Der Bericht wurde von der Kommission mit Beifall aufgenommen.

Hierauf referierte Magistratsrat Aladár Marher über die neue Ordnung des Mehlverschleißes, die Erhöhung der Brotpreise und die Fettversorgung. Auf dem Gebiete des Mehlverschleißes ist die Aenderung eingetreten, daß die Spezereiwarenhändler, die sich mit dem Mehlverschleiß befassen, fortab nur Kochmehl, Brotmehl und Gries verkaufen dürfen, während der Verkauf von Backmehl nur jenen Kaufleuten überlassen wird, die kein anderes Mehl in Verkehr bringen.

Die Brotpreise hat die Kommission auf Vorschlag der Approvisionierungssektion in folgender Weise erhöht: Weißbrot von 2 K. 66 H. per Kilogramm um 12 H. auf 2 K. 78 H., Schwarzbrot von 74 H. per Kilogramm um 6 H. auf 80 H., die Gebühr für das Backen von Hausbrot von 16 H. per Kilogramm um 6 H. auf 22 H. Die Kommission ließ sich bei der Erhöhung der Bratpreise davon leiten, daß die Bäckergehilfen eine Lohnerhöhung um 40 Perzent gefordert haben, daß die Sackzentrale die Abnützungsgebühr für Säcke von 1 K. auf 2 K. 50 H. erhöht hat und daß der Preis für Brennholz von 13 K. 90 H. auf 17 K. per Meterzentner erhöht worden ist. Trotz der Erhöhung ist der Preis für Schwarzbrot in Budapest billiger als in Wien, wo ein fünfviertel Kilogramm-Laib 1 K. 56 H. kostet.

Die Zeit
15./IX. 1918

(Der Mohn.) Ueberall in den Kriegsgemüsegärten, inmitten der Krauthappeln und Kohlköpfe, zwischen Bohnen und Paradeisstauden, blühten in diesem Sommer weiß, rot, violett und bunt lange Streifen des sorgsam gebauten Mohns. Was war er einst? Eine Kleinigkeit, eine Zutat, die man für einige Kreuzer kaufte, wenn man sie gerade benötigte. Mohnnudeln, Mohnstrudeln oder Mohnkipferln waren ja gewiß auch in den schönen Tagen des Friedens eine sehr geschätzte Sache, aber kein Mensch wußte etwas von dem Nährwert des Mohns, und auch die sparsamste Hausfrau achtete kaum darauf, daß sie bei der Zubereitung von Mohnspeisen verhältnismäßig wenig Fett benötigte. Mein Gott, wegen der paar Deka Fett, wo man doch den ganzen Topf voll hatte! Das ist mit einem Schlage anders geworden, seit die hohe Regierung den Mohn beschlagnahmt hat und seit man erfuhr, daß diese obrigkeitliche Verfügung durch den Fettgehalt des Mohns verschuldet worden sei. Seit man dies wußte, wollte natürlich jeder Mohn kaufen; aber jetzt gab es selbstverständlich keinen mehr. Er war verschwunden wie alle die anderen beschlagnahmten Dinge. Deshalb haben es jetzt viele versucht, sich nicht nur den eigenen Kohl, sondern auch den eigenen Mohn zu bauen. Allzu viel Freude werden sie damit nicht erleben, denn es ist ein ansehnliches Mohnfeld nötig, wenn man einige Kilogramm ernten will. In unseren Ländern ist der Mohn nur als Gewürz oder zur Herstellung eines Speiseöls geschätzt. Anders in der Türkei, in Persien und in Indien, wo der Mohn wegen seines Opiumsgehaltes gebaut wird; das offizinelle Opium ist der eingetrocknete Milchsaft, der durch das Aufschneiden der noch grünen Kapsel gewonnen wird. Obwohl auch der bei uns gezogene Mohn Opium bester Art geben würde, kann von einer derartigen Ausnützung der Mohnpflanze doch nicht die Rede sein, da Ackerland und Arbeitskräfte für solche Zwecke viel zu teuer sind. Daß der Genuß des Mohns schlaffördernd wirkt, ist allgemein bekannt und keine Erkenntnis der neuesten Zeit, denn schon bei den Griechen und Römern war der Mohnkopf ein Attribut des Schlafes und des Todes. Für uns ist der Mohn heute nichts anderes als ein fetthaltiges Nahrungsmittel, dessen Höchstpreis mit 8 Kronen für das Kilogramm angesetzt ist, das man aber auch um das fünffache Geld nicht kaufen kann.

Neues Wiener Tagblatt
15./IX 1918

58

Die Lebensmittelpakete aus der Ukraine.

Wichtige Mitteilungen von maßgebender Stelle.

Ueber Zweck und Leistungsfähigkeit der Heimatpaketabschubstellen in der Ukraine bestehen im Hinterlande vielfach irrige Anschauungen. Diese Abschubstellen sind von dem Oberquartiermeister unsrer Ostarmee im Mai d. J. geschaffen worden, um den Angehörigen der Armee die Absendung von Lebensmittelpaketen in die Heimat zu erleichtern und durch deren Beförderung in besonderen, geschlossenen Transporten die Feldpost zu entlasten. Diesen Heimatpaketabschubstellen obliegt die Besorgung der erforderlichen Kosten, die Verpackung der Sendungen und der Abschub an die Sammelstelle, so daß der Soldat, dem der schwierige Dienst wenig Zeit zu allen diesen Besorgungen ließ, lediglich die Wahl des Paketinhaltes zu treffen und die Adresse des Empfängers anzugeben hatte.

Im Hinterlande, wo die Einrichtung sehr rasch populär geworden ist, machte man sich jedoch falsche Vorstellungen von ihrem Wesen und den Vorräten, die ihr zur Verfügung standen. Immer häufiger kamen, begleitet von Geldsendungen, Ansuchen von Privatpersonen um die Zusendung von Lebensmittelpaketen. Diesen Bitten ist, soweit es möglich war, entsprochen worden, wenn es sich um zweifellos Bedürftige handelte. Es kam auch vor, daß die Heimatpaketabschubstellen, die in gewissem Sinne eine Wohlfahrtsinstitution ist, für ein auf Gewinn berechnetes Geschäftsunternehmen gehalten wurden und daß im strengen kaufmännischen Stile gehaltene Bestellungen einliefen, in denen der sicheren Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß die großmütige Bestellung „prompt und genau effektuiert" werden würde. Weit bedeutender noch war die Inanspruchnahme der Heimatpaketabschubstellen durch Gemeindeverwaltungen und gemeinnützige Institutionen. Um zur Steuerung der Not in der Residenzstadt und in Deutschböhmen nach Möglichkeit beizutragen, hat die Heimatpaketabschubstelle diese Ersuchen berücksichtigt, soweit es ihr überhaupt möglich war. Tausende und aber Tausende von Paketen mit Mehl, Hülsenfrüchten, Zucker, Speck sind an die Gemeinden und Hilfsorganisationen abgegangen. Im ganzen Monat Mai wurden aus dem Bereiche der Ostarmee rund 35,400 Pakete abgesendet, im Juni bereits das Doppelte, in Juli wieder das Doppelte vom Juni und im August das Doppelte vom Juli, dabei häufen sich die Bestellungen immer mehr und drohen, einen außerordentlichen Umfang anzunehmen.

Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Heimatpaketabschubstellen in der nächsten Zeit beim besten Willen nicht in der Lage sein werden, allen an sie herantretenden Wünschen gerecht zu werden. Ganz abgesehen davon, daß dazu ein Riesenapparat erforderlich wäre, auch abgesehen davon, daß es in der holzarmen Gegend schon an dem Material für die Massenherstellung von Kisten fehlt, stehen den Heimatpaketabschubstellen auch die Vorräte gar nicht zur Verfügung. Der Monarchie ist für die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine ein bestimmtes Kontingent zugesprochen, dessen Einhaltung kontrolliert wird. Die Pakete werden lediglich aus den eigenen Vorräten der Armee und ihren Ersparnissen bestritten und vielfach verzichten ganze Divisionen und Korps auf einen Teil ihrer Verpflegung zugunsten des Hinterlandes. Die Beschränktheit der Vorräte, über welche die Armee verfügt, ergibt sich daraus von selbst, sie kann nicht aus dem vollen schöpfen und nicht allen an sie herantretenden Wünschen gerecht werden, so sehr sie auch mitfühlendes Verständnis für die Knappheit hat, die in großen Teilen der Monarchie herrscht.

Neues Wiener Tagblatt 15./IX. 1918

58

Die Approvisionierung im Kriege.

Eine Approvisionierungsdebatte im Stadtrat.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner wurde im Stadtrat gestern eine Approvisionierungsdebatte abgeführt, welche vom Magistratsrat Dr. Roßkopf mit einem Bericht über den gegenwärtigen Stand der Mehlversorgung eingeleitet wurde. Der Redner besprach zunächst die Sicherstellung der Inlandsernte, wobei er mitteilen konnte, daß die Anmeldung und Aufbringung der Getreidevorräte sich bis Ende August im Verhältnis zum Vorjahr günstiger gestaltet habe. Nichtsdestoweniger könne selbstverständlich mit der Inlandsernte das Auslangen für das ganze Wirtschaftsjahr nicht gefunden werden. Es müsse daher rechtzeitig Vorsorge getroffen werden, daß die fehlende Menge durch Sicherstellung von Getreidebezügen aus Ungarn, der Ukraine und Rumänien gedeckt werde. Im Anschluß daran erörterte Dr. Roßkopf auch alle andern Gebiete der Volksernährung, insbesondere die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kartoffeln, Gemüse, Eiern, Milch, Brot, Fett, Fleisch und Zucker, und besprach dann die Vertragsverhandlungen mit Ungarn sowie das wirtschaftliche Uebereinkommen mit der Ukraine. Er stellte folgenden Antrag: Die Regierung wird aufgefordert, die Inlandsernte mit aller Beschleunigung und restlos zu erfassen und die Getreidelieferungen aus Ungarn, der Ukraine, Rumänien ꝛc. derart sicherzustellen, daß dem ebenso dringenden als berechtigten Wunsche der Wiener Verbraucher nach Wiederherstellung der früheren Ration an Kochmehl sofort entsprochen werden kann.

Stadtrat v. Steiner führte aus, daß eine im Frühjahr 1917 erschienene Erklärung der Regierung als wichtigste Aufgabe des zusammentretenden Reichstages die Schaffung von Voraussetzungen bezeichnete, welche geeignet sind, der Bevölkerung die Ernährungsverhältnisse leichter erträglich zu machen. Trotz der großen Debatten im Abgeordneten- und Herrenhause wurde praktisch nichts erreicht, im Gegenteil, es mußte zu einer empfindlichen Kürzung der Mehl- und Brotquote geschritten werden. Die letzten Sommerferien des Parlaments benützte die Regierung zu einer schier unerträglichen Verteuerung der Brot- und Mehlpreise. Der Mehraufwand beträgt bei einem Haushalt von 4 Personen bei der jetzigen gekürzten Kochmehlquote 228 K., bei der vollen Kochmehlquote 288 K. jährlich. Der Gemeinderat habe in einer Resolution dagegen Stellung genommen, und auch eine Reihe andrer Städte- und Gemeindeverwaltungenn sowie verschiedene Konsumentenvereinigungen haben sich gegen die Erhöhungen gewendet. Man hätte nun glauben sollen, daß der Zusammentritt des Finanzausschusses benützt werden wird, um von der Regierung Aufklärungen über diese empfindlichen Preiserhöhungen zu fordern. Dies sei leider nicht geschehen. Der Redner stellte schließlich den Antrag, die Regierung zu ersuchen, mit aller Beschleunigung jene Umstände authentisch bekanntzugeben, die zu einer so empfindlichen Steigerung der Preise der notwendigsten Nahrungsmittel geführt haben, wie überhaupt eine erschöpfende Darstellung der gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse und der beabsichtigten Maßnahmen der Regierung zu geben.

Stadtrat Spalowsky wendet sich gegen das Verbot des Rucksackverkehres. Es sei richtig, daß dem Schleichhandel entgegengetreten werden müsse, aber es gehe nicht an, den Rucksackverkehr so zu drosseln, wie dies in der letzten Zeit geschehen sei; er müsse solange gestattet bleiben, als die Regierung nicht in der Lage sei, eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, mindestens aber solange, bis die quotenmäßige Zuteilung der Lebensmittel gesichert sei. Auswüchse des Rucksackverkehres könnten ja wirksam bekämpft werden. Der Redner sprach sich ferner gegen die Einführung von fleischlosen Wochen aus, solange nicht andere Lebensmittel vorhanden sind und solange in den Gasthäusern Fleisch nach beliebiger Auswahl zu bekommen sei. Die Einlagerung von Kartoffeln in den Haushalten sei zu fördern.

Stadtrat Dr. Hein bezeichnet die Gesamtlage der Ernährungsverhältnisse derzeit als nicht günstig. Da die Ernte in Rumänien den Erwartungen nicht voll entsprochen habe, werden alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um diesen Ausfall wettzumachen. Der Redner bespricht sodann die Kartoffelversorgung und meint, daß getrachtet werden müsse, den Bedarf der Stadt Wien soweit als möglich in Niederösterreich zu decken.

Stadtrat Wippel protestiert gleichfalls gegen die Erschwerung des Rucksackverkehres und wünscht auch weiterhin die nachdrücklichste Förderung der Schrebergärten.

Stadtrat Höbel erklärt, daß die gegenwärtigen Verhältnisse unbedingt eine Erhöhung der Mehlquote erfordern.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Magistratsrates Dr. Roßkopf und der Zusatzantrag des Stadtrates v. Steiner einhellig genehmigt.

Fremdenblatt
15./IX. 1918

60

Rezepte der Saison.

Kürbis wird heuer in so verschwenderischer Fülle auf den Markt gebracht, daß eine vielfache Verwendung, bei der herrschenden Knappheit umso nötiger, ermöglicht ist.

Suppe mit Kürbis ist ein sehr gutes Abendbrot, zu derselben wird der geputzte, gesäuberte Kürbis sehr weich gekocht und passiert. Nun rührt man etwas Mehl mit Milch oder dem Kochwasser ab, fügt es dem Passierten zu, verdünnt nach Notwendigkeit, salzt und würzt mit Pfeffer, Muskat, Ingwer, oder süßsauer mit Zucker und Essig. Reis, Haferreis oder Gerstein mit dem Wasser gekocht, ersparen das Mehl und machen die Suppe sehr ausgiebig.

Püree stellt man her, wenn der mit wenig Wasser gekochte Kürbis passiert wird, womöglich gleich in eine zweite Kasserolle, wo man ihn dann auf dem Feuer ein wenig abdämpft, dann auf der Schüssel mit Salz und Pfeffer würzt, fette Bröfel darüber streut und gleich anrichtet.

Gebraten (ungarische Nationalspeise) ersetzt ein wenig das Brot. Er wird in nicht gar starke Scheiben geschnitten und auf ganz wenig Fett in der Pfanne rasch abgebraten, noch heiß mit Salz oder auch noch mit Pfeffer bestreut. Natürlich schmeckt er noch besser in Ei und Bröfel paniert.

Mit Parabeis. Dazu richtet man sich eine gewöhnliche Parabeissauce vor. Der Kürbis wird geschnitten, am Hobel gehachelt oder fein geschnitten, eingesalzen, ausgedrückt, in die Sauce gegeben, weich gedünstet und dann nach persönlichem Geschmack mit Essig, Zucker, Salz oder Pfeffer verzehrt.

Auch in einer Zwiebel-, Dillen- oder Petersilien-Sauce gäng die gleiche praktische Verwertung, nur mache ich aufmerksam, daß Kürbis wasserhältig ist, die Sauce also dick gehalten werden muß, um nicht leicht zu dünn zu sein.

Kürbis mit Aepfel oder Birnen ergibt eine sehr fein schmeckende Marmelade, die nur etwas Zucker oder Honig, Ingwer oder Zitronensäure zur Hebung des Geschmackes bedarf. Auch Fallobst ist dazu brauchbar, nur muß das zusammengekochte Püree passiert werden. Auch mit Preisel- oder Brombeeren gemengt schmeckt sehr gut.

Pikanter Kürbis ist sehr praktisch statt der heuer so teuren Gurken. Der länglich geschnittene Kürbis wird mit Salz bestreut, über Nacht stehen gelassen, dann abtropfen. Essig mit Wasser, Zwiebeln, Nengewürz, Pfeffer, Lorbeerblatt kochen, den Kürbis hinein, gut aufkochen lassen, die Stücke ins Glas, den Essig weiter paarmal sieden und kalt darüber. Nach paar Tagen abseihen, den Essig wieder aufsieden, kalt darüber. Das dritte Mal den Kürbis mit dem heißen Essig bedecken, paar Scheiben Kren, Dillenkraut und ein paar Gewürznelken obenauf und nach gänzlichem Erkalten erst verbinden. Der Essig muß den Kürbis decken.

Kürbis in Essig und Zucker. Zucker mit Essig, Gewürz, Ingwer, Zitronensäure aufkochen, die schön dressierten Kürbisstücke hinein, so lange kochen, bis sie glasig sind. Dann ins Glas, den Saft weiter kochen, kühl darüber gießen. Nach paar Tagen — der Saft wird immer dünn — ihn abgießen, fest kochen, wieder darüber geben und dies noch dreimal wiederholen, dann eine Cozetpille dazu und — er ist fertig! Man kann ihn auch nur mit Zucker, Gewürz, etwas Wasser, ohne Essig zubereiten; wird er sehr lange gekocht, ergibt sich daraus eine sehr gute Marmelade und ganz dick weiter gekocht, wie Quittenkäse, füllt man das Püree in mit Wasser ausgespülte Formerln, läßt dies paar Tage trocknen und stürzt den Obstkäse dann heraus.

Als Gemüse wird er geputzt, gehachelt, über Nacht in Essigwasser gelegt. Des anderen Tages fest in die Gläser gepreßt, Essig darauf, sowie etwas gehacktes Dillenkraut und eine Dosierung der Cozetpillen. Fest verbinden, mit Pergament oder Schraubverschluß, und 10 bis 15 Minuten in Dunst kochen, dann im Topf überkühlen.

Wein-Marmelade. Türingen! Man nimmt Zwetschken oder die blauen Pflaumen und zu ungefähr gleichen Teilen Birnen. Kann auch Fallobst sein. Die Zwetschken entfernen, die Birnen schälen, in Stücke schneiden, das Kernhaus entfernen. Zu ungefähr 5 Kilogramm Früchte gießt man einen halben Liter Apfel-, Birnen- oder anderen Obstwein, streut Gewürz oder etwas Zitronensäure dazu und kocht alles unter fleißigem Rühren zu Marmelade. Heiß in Gläser füllen, heiß werden lassen, in der Röhre übertrocknen und kühl aufbewahren.

Getrocknete feine Pflaumen, sogenannte Prünellen. Schöne ausgesuchte Zwetschken mit kochendem Wasser übergießen, damit man ihnen die Haut abziehen kann, entfernt sie und drückt die beiden Hälften fest ineinander. Nun kommen sie auf Papier oder auf Trockenbretter und müssen an der Sonne so lange trocknen, bis beim Eindrücken kein Saft ausfließt.

Obstkäse mit wenig Zucker. Kernobst wird mit Schalen im ganzen, bei Steinobst nur die Steine entfernen, im Papinschen Topfe oder in der Kochkiste mit sehr wenig Wasser ganz weich gekocht. Nun schöpft man Saft ab, welchen man mit oder ohne Zucker in Gläser füllt und in Dunst kocht. Der Obstbrei wird passiert und zu je einem Kilogramm Frucht 10 Dekagramm Zucker gerechnet. Dies kocht man sehr fest ein, bis es beim Rühren rauscht. Nun nimmt man Backbleche mit Rand, belegt sie mit Pergament und gießt die Masse zirka 2 Zentimeter hoch darauf. In der warmen Küche oder an der Sonne so lange trocknen bis sich die Masse selbst vom Papier löst. Man kann sie rollen und aufheben oder in Stücke schneiden, wie jedes andere Konfekt verwenden oder mit warmem Wasser auflösen und als Marmelade verbrauchen.

Sidonie Rosenberg.

Reichspost
15./IX. 1918

61

Die Versorgungsfragen.

Der Stadtrat über die Nahrungssorgen.

Die Stadtvertretung fordert die frühere Kochmehlquote.

Unter dem Vorsitze des Bgm. Dr. Weiskirchner wurde im Stadtrate gestern eine Approvisionierungsdebatte abgeführt, welche vom Magistratsrat Dr. Roßkopf mit einem Berichte über den Stand der Mehlversorgung eingeleitet wurde. Der Magistratsreferent besprach zunächst die Inlandsernte, wobei er mitteilen konnte, daß die Anmeldung und Aufbringung der Getreidevorräte sich bis Ende August im Verhältnis zum Vorjahre günstiger gestaltet habe. Nichtsdestoweniger könne selbstverständlich mit der Inlandsernte das Auslangen nicht gefunden werden. Es müsse daher rechtzeitig Vorsorge getroffen werden, daß die fehlende Menge durch Sicherstellung von Getreidebezügen aus Ungarn, der Ukraina und Rumänien gedeckt werde. Dr. Roßkopf stellte in diesem Sinne einen Antrag, Aufforderung an die Regierung, Vorsorge zu treffen, in dem er auch die sofortige Wiederherstellung der früheren Ration an Kochmehl verlangte.

StR. v. Steiner sagte: Trotz der großen Debatten im Abgeordneten- und Herrenhause wurde praktisch nichts erreicht, im Gegenteil: Eine empfindliche Kürzung der Mehl- und Brotquote ist uns beschert worden. Die letzten Sommerferien des Parlaments benützte die Regierung zu einer schier unerträglichen Verteuerung der Brot- und Mehlpreise. Der Mehraufwand beträgt bei einem Haushalte von vier Personen bei der jetzigen gekürzten Kochmehlquote 228 Kronen, bei der vollen Kochmehlquote 288 Kronen jährlich. Man hätte meinen können, daß der Zusammentritt des Finanzausschusses benützt werden würde, um von der Regierung Aufklärungen über diese empfindlichen Preiserhöhungen zu fordern. Dies sei leider nicht geschehen. Der Redner stelle den Antrag: Die Regierung zu ersuchen, mit aller Beschleunigung jene Umstände authentisch bekanntzugeben, die zu einer so empfindlichen Steigerung der Preise der notwendigsten Nahrungsmittel geführt haben, wie überhaupt eine erschöpfende Darstellung der gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse und der beabsichtigten Maßnahmen zu geben.

StR. Spalowsky sagte: Der Rucksackverkehr müsse unbedingt so lange gestattet bleiben, als die Regierung nicht in der Lage sei, eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmittel sicherzustellen, mindestens aber so lange, bis die quotenmäßige Zuteilung der Lebensmittel gesichert sei. Der Redner sprach gegen die Einführung von fleischlosen Wochen und für die Einlagerung von Kartoffeln in den Haushalten.

StR. Dr. Hein bezeichnete die Gesamtlage der Ernährungsverhältnisse derzeit als nicht günstig. Da die Ernten in Rumänien den Erwartungen nicht voll entsprochen haben, würden alle Anstrengungen gemacht werden, um diesen Ausfall wettzumachen.

StR. Wippel protestierte gegen die Erschwerung des Rucksackverkehres und wünschte auch weiterhin die nachdrücklichste Förderung der Schrebergärten.

StR. Hötzel sagte, daß die gegenwärtigen Verhältnisse unbedingt eine Erhöhung der Mehlquote erfordern.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Magistratsrates Dr. Roßkopf und der Zusatzantrag des StR. v. Steiner einhellig genehmigt.

Fremdenblatt
15./IX. 1918

62

* (Die Lebensmittelpakete aus der Ukraine.) Bekanntlich wurden vom Oberquartiermeister unserer Ostarmee im Mai d. J. Heimatpaket-Abschubstellen geschaffen, um den Angehörigen der Armee die Absendung von Lebensmittelpaketen in die Heimat zu erleichtern und dadurch zur besseren Versorgung des Hinterlandes so weit beizutragen, als in diesem begrenzten Rahmen überhaupt möglich war. Im Hinterlande, wo die Einrichtung sehr rasch populär geworden ist, machte man sich jedoch falsche Vorstellungen von ihrem Wesen und den Vorräten, die ihr zur Verfügung standen. Immer häufiger kamen, begleitet von Geldsendungen, Ansuchen von Privatpersonen um die Zusendung von Lebensmittelpaketen. Diesen Bitten ist soweit es möglich war, entsprochen worden, wenn es sich um zweifellos Bedürftige handelte. Es liefen auch im strengen kaufmännischen Stile gehaltene Bestellungen ein, in denen der sicheren Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß die großmütige Bestellung „prompt und genau effektuiert" werden würde. Um zur Steuerung der Not nach Möglichkeit beizutragen, hat die Heimatpaket-Abschubstelle diese Ersuchen berücksichtigt, so weit es ihr überhaupt möglich war. Tausende und Abertausende von Paketen mit Mehl, Hülsenfrüchten, Zucker, Speck sind an die Gemeinden und Hilfsorganisationen abgegangen. Wie sprunghaft dadurch die Zahl der Sendungen in die Höhe gegangen ist, veranschaulichen folgende Ziffern: Im ganzen Monat Mai wurden aus dem Bereiche der Ostarmee rund 35.400 Pakete abgesendet, im Juni bereits das Doppelte, im Juli wieder das Doppelte vom Juni und im August das Doppelte vom Juli, dabei häufen sich die Bestellungen immer mehr und drohen einen außerordentlichen Umfang anzunehmen. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Heimatpaket-Abschubstellen in der nächsten Zeit beim besten Willen nicht in der Lage sein werden, allen an sie herantretenden Wünschen gerecht zu werden. Ganz abgesehen davon, daß dazu ein Riesenapparat erforderlich wäre; auch abgesehen davon, daß es in der holzarmen Gegend schon an dem Material für die Massenherstellung von Kisten fehlt, stehen den Heimatpaket-Abschubstellen auch die Vorräte gar nicht zur Verfügung. Der Monarchie ist für die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine ein bestimmtes Kontingent zugesprochen, dessen Einhaltung kontrolliert wird. Aus diesem für die Allgemeinheit bestimmten Kontingente werden die Pakete (abgesehen von nicht kontingentierten Verpflegsartikeln wie Speck u. dgl.) nicht bestritten, sondern lediglich aus den eigenen Vorräten der Armee und ihren Ersparnissen. Vielfach verzichteten ganze Divisionen und Korps auf einen Teil ihrer Verpflegung zugunsten des Hinterlandes. Es sei nur als Beispiel an den Dank erinnert, den Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor kurzem in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates einem in der Ukraine stehenden Korps abgestattet hat, dessen Regimenter zugunsten der notleidenden Bewohner von Wien und Budapest durch mehrere Wochen auf einen erheblichen Teil ihrer Brot- und Fleischquote verzichtet hatten. Die Beschränktheit der Vorräte, über welche die Armee verfügt, ergibt sich daraus von selbst, sie kann nicht aus dem Vollen schöpfen und nicht allen an sie herantretenden Wünschen gerecht werden, so sehr sie auch mitfühlendes Verständnis für die Knappheit hat, die in großen Teilen der Monarchie herrscht.

Neues Pester Journal 63

17. IX. 1918

Ernährung und Versorgung.

Untersuchung gegen die Kartoffelzentrale.

Kein Resultat.

Von den Kriegswirtschaftsstellen läßt die Wirksamkeit der Kartoffelzentrale die meisten Klagen aufkommen. Unseren Zentralen, die keine staatlichen Organisationen wie in Deutschland sind, haftet ein Grundfehler an, daß sich in ihnen eine handelsfremde Bureaukratie mit einem protektionierten Teil des Handels vereint und zusammen ein Kartell mit Monopolrechten bildet. Die Bureaukratie kann den Handel nicht mit gehöriger Sachkenntnis überwachen, der Handel hinwieder wird in das künstliche Treibhaus der Zentrale verpflanzt, in der es kein freies Wachstum gibt: die Konkurrenz als Allbeleber der Wirtschaft fehlt. Bei der Kartoffelzentrale gesellt sich eine unrichtige Leitung der Geschäftsgebarung zu diesen Uebeln.

Im September vorigen Jahres haben wir einen ganz sonderbaren Fakturierungsvorgang enthüllt, der den Tatbestand zu Grunde hatte, daß die Kartoffelzentrale der Hauptstadt Budapest 53 Waggons Kartoffeln in Rechnung stellte, die erst viel später, zu einer Zeit, da der Preis der Kartoffeln bereits zurückgegangen war, abgeliefert wurden. Das Landes-Ernährungsamt leitete damals eine Untersuchung ein, deren Resultat nicht bekannt gegeben wurde. Soviel wurde offenkundig, daß die Zentrale in einen engeren Konnex zum Ernährungsamt gelangte, der durch den Oberstaatsanwalt Dr. Theodor Guthy als neuernannten Chef der Kartoffelsektion des Landes-Ernährungsamtes hergestellt wurde.

Die Klagen gegen die Kartoffelzentrale haben sich seither im Kreise der Produzenten und der Verbraucher vermehrt. Die Produzenten beschweren sich darüber, daß die Zentrale bei der Erfassung der Kartoffelbestände ganz verfehlte Maßnahmen trifft. Die Verbraucher sind verstimmt, weil durch die Bewirtschaftung der Zentrale die Kartoffelrationen ganz unzureichend sind. Vor kurzem hat wieder eine Skandalaffäre die Aufmerksamkeit des Landes-Ernährungsamtes auf die Kartoffelzentrale gelenkt. Ein Beamter der Zentrale geriet mit deren Generaldirektor Elemér Miklós in Streit, in dessen Verlauf er erklärte, daß in der Zentrale Unregelmäßigkeiten herrschen. Das Landes-Ernährungsamt hat hierauf eine Untersuchung einleiten lassen, bei der ein Bücherrevisor die Geschäftsgebarung der Zentrale überprüfte. Wie wir von Seite des Landes-Ernährungsamtes erfahren, hat diese Untersuchung nichts gegen die Zentrale erbracht; es wurde sogar eine musterhafte Ordnung konstatiert, die keinen Verdacht von Unregelmäßigkeit aufkommen läßt.

Unseres Erachtens ist bei einer Kontrolle der Amtswaltung der Kartoffelzentrale nicht darauf das Hauptgewicht zu legen, ob Bücher angelegt sind und ob sie richtig geführt werden. Die Beschwerden gegen die Zentrale gipfeln darin, daß es ihrer Tätigkeit an kaufmännischem Sinn mangelt. Ein Bücherrevisor ist nicht die geeignete Person, um festzustellen, ob die Zentrale bei einer richtigen Leitung die Kartoffelbestände nicht besser als bisher erfassen könnte, so daß den Verbrauchern höhere Rationen bewilligt werden könnten. Das Gutachten des Bücherrevisors wird das Mißtrauen der Oeffentlichkeit gegen die Kartoffelzentrale nicht abschwächen.

Vossische Zeitung
17./IX. 1918

Die „Preisspanne".

Erklärungen des Kriegsernährungsamtes.

Ueber die in letzter Zeit vielfach erörterte Frage der zulässigen Preisspannung äußert sich jetzt der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts in einem Erlaß an die Bundesregierungen, dem wir folgendes entnehmen: „In letzter Zeit häuft sich die Zahl der Fälle, in denen begründete Beschwerden der Kleinhändler an das Kriegsernährungsamt darüber gelangen, daß einerseits die Preisspannen für den Kleinhandel, insoweit sie von den Gemeinden festgesetzt werden, zu niedrig seien, andererseits, daß die Höchstpreise für die Abgabe an den Kleinhandel überschritten werden. Es kann unter keinen Umständen zugelassen werden, daß Gemeinden aus dieser nicht übermäßig bemessenen Zuschlagsquote des Kleinhandels Deckung für irgend welche ihnen anderweitig erwachsende Kosten oder aber Ueberschüsse zu gewinnen suchen. Ich bitte, die Gemeinden und sonstige mit der Lebensmittelverteilung beteiligten Stellen darauf hinweisen zu wollen, daß in Zukunft bei solchen Ueberschreitungen nachdrücklich eingeschritten werden muß. Zur Aufklärung dürfte es sich empfehlen, den Gemeinden und sonstigen amtlichen Verteilungsstellen mitzuteilen, daß neuerdings für den Kleinhandel durchschnittlich eine Preisspanne von 25 v. H. seines Einkaufspreises berechnet wird. Für den Großhandel werden berechnet: 2,30 M. für 100 Kilo für Rollgeld usw., 7 v. H. des Einkaufspreises für Handlungsunkosten und 1½ v. H. Reingewinn. Für die Großverteilung werden etwa 1 v. H. Unkosten zu Grunde gelegt. Die genannten Sätze gelten für Waren in mittlerer Preislage. Bei billigen Waren sind die Aufschläge durchschnittlich etwas geringer, bei teueren Waren etwas höher."

Der Neue Abend 66 A 18

18./IX. 1918

Der Krieg und die Lebensmittel

Heute kamen zum ersten Male auf dem Naschmarkt auch große Mengen hiesiger Zwetschken an, für die ein Preis von K 1·22 für das Kilogramm — ebensoviel oder oft noch mehr wird in Bezirksläden oft für ein Viertelkilogramm verlangt — gilt. Die Nachfrage war selbstverständlich außerordentlich stürmisch. Auch die bosnischen und ungarischen Zwetschken, für welche laut Höchstpreisverordnung K 3·40 für das Kilogramm bezahlt werden müssen, gingen reißend ab. Um so bedauerlicher ist es, daß nach wie vor große Mengen der Marktzufuhren in den Bezirksläden verschwinden. So kam es, daß auch bei den heutigen, als günstig zu bezeichnenden Zufuhren der Bedarf auf dem Naschmarkte nicht gedeckt werden konnte. Auf dem Markte selbst läßt sich die Überwachung, ob wirklich nur das ungarische Obst zu den weit höheren Preisen verkauft wird, noch ziemlich gut durchführen, da es dem Marktamte bekannt ist, wie die Zuteilung erfolgte, bei den zahlreichen Bezirksverschleißern ist natürlich eine solche Beaufsichtigung ganz unmöglich, abgesehen davon, daß sich viele auch nicht mit den hohen ungarischen Preisen begnügen. An billigem Obst gab es heute noch über 20.000 Kilogramm hiesige Äpfel. Die Zufuhren an Weintrauben und Melonen waren gering, die Nachfrage nach diesen Obstsorten ist aber infolge der höheren Preise so gering, daß noch Ware unverkauft blieb.

In der Großmarkthalle gab es heute keinen Kleinverkauf, nur die Fischabteilung war geöffnet, doch fanden die ungarischen Karpfen, die in totem Zustande ankamen, zu K 26 das Kilogramm, wenig Liebhaber. Die Zufuhren hiesiger Karpfen lassen noch immer vergebens auf sich warten, wahrscheinlich haben es den Eigentümern der Karpfenteiche die höheren ungarischen Preise angetan, die womöglich zu erreichen ihr einziger Ehrgeiz zu sein scheint.

Vossische Zeitung 19./IX. 1918.

64

Der Reichskanzler über die Ernährungsfrage.

Antwort auf die Eingabe der Gewerkschaften.

Auf die Eingabe des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften wegen der Fragen der Lebensmittelversorgung hat der Reichskanzler, wie halbamtlich mitgeteilt wird, folgende Antwort erteilt:

Die Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln, von denen die Eingabe vom 9. September 1918 handelt, werden von mir lebhaft mitempfunden. Seit die Absicht der Feinde, Deutschand durch Hunger zu besiegen, hervortrat, bilden sie den Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und Fürsorge der verantwortlichen Stellen. Mit den Unterzeichnern der Eingabe und allen anderen Bevölkerungskreisen bin ich der Ansicht, daß alles geschehen muß, um die vorhandenen Nahrungsmittel möglichst gleichmäßig zu verteilen und die aus dem Steigen der Preise erwachsenden Lasten zu mildern. Die mit der Versorgung betrauten Aemter sind, unterstützt durch einen aus Mitgliedern der Parteien des Reichstags gebildeten Beirat, unablässig in dieser Richtung bemüht.

Als Grund für die Teuerung der Lebensmittel führt die Eingabe die Politik des Kriegsernährungsamtes an, die lediglich durch Preisanreiz eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuche. Diese Auffassung beruht auf irrigen Voraussetzungen. Die durch das Abschneiden der Zufuhr bewirkte Knappheit an Lebensmitteln und sonstigem Lebensbedarf wirkt im Zusammenhang mit dem Mangel an Arbeitskräften, von denen ein erheblicher Teil durch die Kriegführung unmittelbar in Anspruch genommen ist, naturnotwendig auf eine Steigerung aller Preise hin. Die durch hohe Einnahmen und Löhne erhöhte Kaufkraft weiter Kreise und die Vermehrung der Geldumlaufmittel wirken in der gleichen Richtung. Demgegenüber ist die Politik der Regierung von Anfang an darauf gerichtet gewesen, die Preise für die hauptsächlichsten Lebensmittel auf erträglicher Höhe zu halten, mit dem Erfolg, daß die inländischen Preise, insbesondere für Getreide und Kartoffeln, durchweg wesentlich niedriger sind als die des Auslandes, und daß bei einem der wichtigsten Nahrungsmittel, der Kartoffel, der inländische Preis des Vorjahres in diesem Jahre in der Hauptsache hat beibehalten werden können.

Bei Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß aber auf die Erschwernisse Rücksicht genommen werden, mit denen die Landwirtschaft während des Krieges zu kämpfen hat. Durch Einziehung der Arbeitskräfte, Aushebung der Pferde, Verringerung des Viehstandes, Mangel an Dünger und sonstige Umstände sind ihre Betriebsmittel geschwächt. In der Leitung des Betriebes müssen die im Felde stehenden Männer vielfach von Frauen oder anderen ungeübten Kräften vertreten werden. Die Beschaffung von Arbeitskräften, die Ergänzung und Instandhaltung des Inventars ist, wenn überhaupt, nur mit sehr erheblichen Kosten möglich. Ohne die Leistungen der Landwirtschaft wäre der Krieg längst verloren; die Erhaltung ihrer Leistungskraft ist ein Lebensinteresse des deutschen Volkes, das, wenn auch auf eine Hebung der Einfuhr aus dem Osten gehofft werden kann, in der Hauptsache auf die eigene Erzeugung angewiesen bleibt. Es ist daher nicht einseitige Berücksichtigung der Produzenteninteressen, wenn die verantwortlichen Stellen bei Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse diesen Mehrkosten und Erschwerungen Rechnung tragen, sondern eine durch die Lage der Dinge gebotene, ebenso im Interesse der Verbraucher wie der Erzeuger liegende Maßnahme.

Dem Umstand, daß die Preise auch bei sachgemäßem Ausgleich der entgegenstehenden Interessen eine schwere Belastung weiter Kreise, insbesondere der nicht zur Rüstungsindustrie zählenden Arbeiter, des Mittelstandes und der Festbesoldeten, bedeuten, wird durch Beihilfen und Zulagen aus öffentlichen Mitteln, nach Möglichkeit Rechnung getragen; die Aufwendungen hierfür haben bereits den Betrag vieler Milliarden erreicht. Der Wucher und der Schleichhandel, die häßlichen Begleiterscheinungen der Kriegswirtschaft, werden mit allem Nachdruck bekämpft. Einen vollen Erfolg können die behördlichen Maßnahmen aber nur dann erzielen, wenn sie von allen Volkskreisen in ihrer Bedeutung verstanden und unterstützt werden.

Die Ernährungslage ist im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im ganzen genommen unzweifelhaft besser gewesen als im vorhergehenden. Auch im neuen Wirtschaftsjahr wird sie sich nicht ungünstiger stellen. Die Annahme, daß die Herabsetzung der Brotration eine dauernde sein soll, trifft nicht zu. Durch Anordnung der Brotstreckung vom 1. Oktober ab wird die Möglichkeit gewährt, wiederum die vorjährige Brotmenge auszugeben. Dagegen kann dem Wunsche, die Kartoffelration zu erhöhen, zu meinem großen Bedauern jedenfalls zurzeit nicht entsprochen werden. Die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen zur Erfassung des gesamten Ernteüberschusses sind getroffen. Bevor sich aber die Ernte, für deren Ausfall die Witterung dieser Wochen von nachhaltigem Einfluß ist, nicht genügend übersehen läßt, kann die Inaussichtstellung einer höheren Wochenmenge nicht verantwortet werden. Ermöglicht es die Ernte, mehr als sieben Pfund zu geben, und gestattet die Transportlage das Abrollen der dadurch bedingten Mehrmengen, so wird nicht gezögert werden, eine Erhöhung vorzunehmen. Der Hinweis der Eingabe, daß es im vergangenen Jahre vielerorts möglich gewesen sei, im Schleichhandel Kartoffeln über die öffentlich gegebene Menge hinaus zu erwerben, beweist nicht, daß die Ernte und die Transportlage die allgemeine Zuteilung von mehr als sieben Pfund erlaubt hätten. Der Rührigkeit des einzelnen, unterstützt durch Bieten unerlaubt hoher Preise, wird es vielfach gelingen, Mengen zu erfassen und zu befördern, die der öffentlichen Wirtschaft entgehen; es geschieht dies aber auf Kosten der anderen, wie sich auch im vergangenen Jahre gezeigt hat, indem gerade in den Gegenden, aus denen im Schleichhandel Kartoffeln herausgezogen waren, das Lieferungssoll nicht erfüllt werden konnte.

Schwierigkeiten in der Ernährung werden auch im kommenden Jahr nicht ganz vermieden werden können; sie werden aber, wie bisher, überwunden werden. Gegenüber allen Unzulänglichkeiten und Entbehrungen darf die gewaltige Tatsache nicht vergessen werden, daß die Aushungerungspläne der Feinde dank der ergriffenen Maßnahmen gescheitert sind. gez. v. Hertling.

*

* **Köln, 18. September.**

Das Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes Stegerwald hat bei den einzelnen Kreisämtern genaueres Material über den Verteilungsplan unserer Ernte eingesammelt, worüber die „Köln. Volksztg." Einzelheiten veröffentlicht: Danach lieferte das Brotgetreide gegen das Vorjahr einen Mehrbetrag von 15—17 v. H. Es kann deshalb ab 1. Oktober die Mehlmenge hinaufgesetzt und nahezu 4 Pfund wöchentlich verabfolgt werden. Die Kartoffelernte ist zwar noch nicht übersehbar, doch dürfte eine größere Wochenmenge als bisher an die Kommunalverbände abgegeben werden. Die Fleischversorgung bleibt weiteren Einschränkungen unterworfen. Die Fettmenge braucht nicht herabgesetzt zu werden. Die Gemüseernte ist überaus reichlich. Bei diesen Angaben sind die Zufuhren aus der Ukraine außer Ansatz geblieben.

Neue Freie Presse
20./IX. 1918

Exzesse und Ruhestörungen in Salzburg.

Eintägiger Demonstrationsstreik infolge der Ernährungslage.

Salzburg, 19. September.

Die Arbeiterschaft von Stadt und Land Salzburg ist heute als Demonstration gegen die Ernährungsverhältnisse, insbesondere in der Landeshauptstadt, in einen eintägigen Demonstrationsstreik eingetreten. In der Stadt ruhten vormittags alle Betriebe. Die Geschäftsläden waren geschlossen.

Die feiernde Arbeiterschaft, der sich zahlreiche halbwüchsige Burschen sowie Frauen und Mädchen angeschlossen hatten, zog vor das Landesregierungsgebäude. Zum Landespräsidenten Dr. Schmitt-Gasteiger wurde eine Deputation entsendet. Der Landespräsident sicherte bezüglich der Behebung der Schwierigkeiten in der Versorgung nach Möglichkeit Abhilfe zu.

Die erregte Menge ließ sich bedauerlicherweise zu Exzessen hinreißen. Behördlicherseits wurden für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung die erforderlichen Maßregeln getroffen.

Fremdenblatt
20. IX. 1918

64

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

K. Berlin, 19. September. Auf die Eingabe des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften wegen der Fragen der Lebensmittelversorgung antwortete der Reichskanzler folgendermaßen:

Als Grund für die Teuerung der Lebensmittel führt die Eingabe die Politik des Kriegsernährungsamtes an, die lediglich durch Anreiz eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versucht. Diese Auffassung beruht auf irrigen Voraussetzungen. Die durch das Abschneiden der Zufuhr bewirkte Knappheit an Lebensmitteln und sonstigem Lebensbedarf wirkt im Zusammenhang mit dem Mangel an Arbeitskräften naturnotwendig auf die Steigerung aller Preise hin. Die durch hohe Einnahmen und Löhne erhöhte Kaufkraft weiter Kreise sowie die Vermehrung der Geldumlaufmittel wirken in der gleichen Richtung. Demgegenüber war die Politik der Regierung von Anfang an darauf gerichtet, die Preise für die hauptsächlichsten Lebensmittel auf erträglicher Höhe zu halten, mit dem Erfolg, daß bei einem der wichtigsten Lebensmittel, der Kartoffel, der inländische Preis des Vorjahres in diesem Jahre in der Hauptsache hat beibehalten werden können.

Bei Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß aber auf die Erschwernisse Rücksicht genommen werden, mit denen die Landwirtschaft während des Krieges zu kämpfen hat. Ohne die Leistungen der Landwirtschaft wäre der Krieg längst verloren. Die Erhaltung ihrer Leistungskraft ist ein Lebensinteresse des deutschen Volkes. Es ist daher nicht eine einseitige Berücksichtigung der Produzenteninteressen, wenn die verantwortlichen Stellen bei der Bemessung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse diesen Mehrkosten und Erschwerungen Rechnung tragen, sondern eine durch die Lage der Dinge gebotene, ebenso im Interesse der Verbraucher wie der Erzeuger liegende Maßnahme.

Dem Umstand, daß die Preise auch bei einem sachgemäßen Ausgleich der entgegenstehenden Interessen eine schwere Belastung weiter Kreise, insbesondere der nicht zur Rüstungsindustrie zählenden Arbeiter, des Mittelstandes und der Festbesoldeten bedeuten, wird durch Beihilfen und Zulagen aus öffentlichen Mitteln nach Möglichkeit Rechnung getragen. Die Aufwendungen hierfür erreichten bereits den Betrag vieler Milliarden.

Wucher und Schleichhandel, die häßlichen Begleiterscheinungen der Kriegswirtschaft, werden mit allem Nachdruck bekämpft. Einen vollen Erfolg können die behördlichen Maßnahmen aber nur dann erzielen, wenn sie von allen Volkskreisen in ihrer Bedeutung verstanden und unterstützt werden.

Die Ernährungslage war im abgelaufenen Wirtschaftsjahr im ganzen genommen unzweifelhaft besser als im vorhergehenden. Auch im neuen Wirtschaftsjahr wird sie sich nicht ungünstiger stellen. Die Annahme, daß die Herabsetzung der Brotration eine dauernde sein soll, trifft nicht zu. Durch die Anordnung der Brotstreckung ab 17. Oktober wird die Möglichkeit gewährt, wiederum die vorjährige Brotmenge auszugeben.

Dagegen kann dem Wunsche, die Kartoffelration zu erhöhen, zu meinem großen Bedauern jedenfalls zurzeit nicht entsprochen werden. Ermöglicht die Ernte, mehr als sieben Pfund zu geben, gestattet die Transportlage das Abrollen der dadurch bedingten Mehrmengen, so wird nicht gezögert werden, eine Erhöhung vorzunehmen. Die Schwierigkeiten in der Ernährung werden auch im kommenden Jahr nicht ganz vermieden werden können, sie werden aber wie bisher überwunden werden. Gegenüber allen Unzulänglichkeiten und Entbehrungen darf die gewaltige Tatsache nicht vergessen werden, daß die Aushungerungspläne der Feinde dank den ergriffenen Maßnahmen gescheitert sind.

Gez. v. Hertling.

Arbeiterzeitung
20./IX. 1918

Die Lebensmittelmärkte. Gestern war der erste Tag der neuen Rindfleischrayonierung, die nach den amtlichen Versicherungen das bisherige „Anstellen" überflüssig machen soll. Da jedoch das Vertrauen der Bevölkerung zu den amtlichen Maßnahmen schon sehr stark erschüttert ist, hatten sich auch gestern früh überall die Leute angestellt und in der Großmarkthalle dürften es gut an die 7000 Personen gewesen sein, die sich bei der Hallenöffnung angesammelt hatten. Der Fleischverkauf vollzog sich ziemlich glatt, nur bei einzelnen Fleischhauern kam es vor, daß nicht alle Kunden Fleisch erhielten, während andere wieder mehr Fleisch zugewiesen hatten, als sie benötigten. In der Fleischhalle standen neben 14.000 Kilogramm Rindfleisch kleinere Mengen an Schaffleisch und 400 Kilogramm Wurstwaren zur Verfügung. Daneben war aber auch immer noch die Nachfrage nach Fischen, vor allem Seefischen, sehr stark, während nur die teuren ungarischen Karpfen zu haben waren. Auf dem Geflügelmarkt sind die Preise abermals um 1 bis 1·50 Kronen für das Kilogramm gestiegen, so daß heute ein Kilogramm Fettgans schon mit 58·50 Kronen bezahlt werden muß. Der Naschmarkt war wieder mit Gemüse ausreichend beschickt. Kraut, Rüben und Wurzelwerk waren weit über Bedarf angeboten. An Gärtnerwaren waren 20.000 Kilogramm zugeführt. An Obst waren größere Mengen an ungarischen und bosnischen Zwetschken eingelangt, dagegen mangelt es an den böhmischen Zufuhren. Im allgemeinen hatte sich die Beschickung des Obstmarktes wieder verschlechtert.

Neues Wiener Tagblatt Abendl
20./IX. 1918

Die Straßenausschreitungen in Salzburg.

Eine polizeiliche Verfügung des Bürgermeisters.

Salzburg, 20. September. (Privattelegramm.) Das „Salzburger Volksblatt" veröffentlicht folgende Kundmachung betreffend das Verbot von Ansammlungen jeder Art auf Straßen und öffentlichen Plätzen: „Mit Rücksicht auf die vorgekommenen schweren Ausschreitungen wird auf Grund des § 30 des Gemeindestatutes der Landeshauptstadt Salzburg angeordnet: Jede Art von Ansammlungen auf den Straßen und Plätzen des Stadtgebietes ist bis auf weiteres bei Verhängung der schwersten Strafen untersagt."

Außerdem ist jugendlichen Personen beiderlei Geschlechtes der Aufenthalt auf den Straßen nach 6 Uhr abends verboten.

Diese Anordnung wird mit dem Beifügen verlautbart, daß im Sinne des § 281 StG. jedermann verpflichtet ist, sich und seine Hausgenossen von öffentlichen Unruhen fernzuhalten und daß sich jeder Haushaltungsvorstand sowie jede sonstige für Minderjährige verantwortliche Person des Vergehens des Auflaufes schuldig macht, wenn sie entgegen dieser Anordnung Jugendliche nicht überwachen, beziehungsweise zu Hause halten.

Stadtmagistrat der Landeshauptstadt Salzburg, am 19. September 1918.

Der erste Bürgermeisterstellvertreter:
Dr. G. Toldt.

Neues Pester Journal

20./IX. 1918

Ernährung und Versorgung.

Zwetschkennot.

Große Ausfuhr nach Oesterreich.

Mit den Saisonartikeln auf dem Grün- und Obstmarkte haben wir in Budapest entschieden kein Glück. Die Kirschenernte wurde uns von der Nase weg nach Oesterreich exportiert, und erst als es zu spät war, ging das Landes-Ernährungsamt daran, die Ausfuhr zu überwachen und die Belieferung von Budapest in die Wege zu leiten. Auch die Primaware der sonstigen Obstsorten war verschwunden. Das schöne Dessertobst nimmt seinen Weg nach Oesterreich, da dort keine Maximalpreise festgesetzt sind und demzufolge die Händler die Ware besser als hier verwerten können. Mit den Paradeis war es gleichfalls ein Jammer; unsichtbare Hände hatten sie den Märkten entzogen. Erst seit das Landes-Ernährungsamt vor kurzem der Hauptstadt Budapest das Requirierungsrecht erteilt hat, ist Budapest mit genügend Paradeis versorgt. Nun hat mit Beginn der Zwetschkensaison die Not an diesem Obst, das zur Herstellung des beliebten Lequars verwendet wird, eingesetzt. Nirgends auf den Budapester Märkten sind Zwetschken zu sehen. Dagegen lesen wir in Wiener Blättern über die dortige Marktsituation: „An Obst war der Markt mit Zwetschken reichlich versorgt, da 40,278 Kilogramm ungarische, 54,620 Kilogramm bosnische und 45,000 Kilogramm inländische eingelangt waren." Diese Mengen, über 13 Waggons, standen, an einem Tage allein, gestern, der Wiener Bevölkerung zur Verfügung. Am staunenswertesten ist es, daß Wien waggonweise mit ungarischen Zwetschken versorgt wird, während nach Budapest nicht ein Korb inländische Ware gebracht wird. Wir würden gar keine Zwetschken sehen, wenn nicht der kommunale Lebensmittelbetrieb sogenannte serbische Pflaumen zum Preise von K. 1.10 pro Kilogramm in Verkehr brächte. Vor den wenigen Verkaufsstellen des Betriebes herrscht stürmische Nachfrage nach den Zwetschken, zu denen man nur nach langem Anstellen gelangen kann.

Erst heute haben wir vom Magistrat der Hauptstadt Budapest die wenig erfreuliche Mitteilung erhalten — wir veröffentlichen sie nachstehend —, daß auch weiter keine Butter auf die Butterkarten abgegeben wird. Was soll das Publikum als Brotaufstrich verwenden? Keine Butter und keine Zwetschken zur Powidlerzeugung: das ist doch zuviel! Es hat schier den Anschein, als ob man die Leute veranlassen möchte, die Produkte der Obstkonservenfabriken zu konsumieren.

Aus allen Teilen Ungarns laufen Nachrichten ein, daß es in diesem Jahre eine Rekordernte an Zwetschken gibt; besonders viel sind in Oberungarn und in Kroatien-Slavonien vorhanden. Die Ware verdirbt bei den Obstzüchtern, die nicht recht wissen, was sie mit dem Obstsegen beginnen sollen. Man beruft sich an den zuständigen Budapester Ernährungsstellen darauf, daß Transportkalamitäten die Zufuhr der Pflaumen nicht gestatten. Wenn aber genügend Waggons zur Verfügung stehen, um ungarische Zwetschken nach Wien zu bringen, so kann Budapest mit Recht und Fug fordern, daß es gleichfalls mit Pflaumen beliefert wird, zumal es sich um heimische Ware handelt, die doch in erster Reihe dazu dienen müßte, um den inländischen Bedarf zu decken.

An das Landes-Ernährungsamt und an den Magistrat der Hauptstadt Budapest ergeht die Aufforderung, raschest Sorge zu tragen, daß Budapest mit genügend Zwetschken versorgt wird. Nicht nur die Wiener, sondern auch die Budapester sollen von einer reichen Belieferung berichten können.

Wieder Schweinefett.

Die Approvisionierungssektion der Hauptstadt Budapest teilt mit, daß auf Grund einer Verfügung des Volksernährungsamtes gegen den vom 21. bis 30. September gültigen Fettkupon Nr. 9 Schweinefett, beziehungsweise Speck ausgefolgt wird. Der Kupon kann aber auch, solange der Vorrat reicht, nach Belieben gegen 15 Deka Butter oder 20 Deka künstliches Speisefett eingelöst werden. Auf die Butterkupons wird vorläufig weder Butter noch Fett oder künstliches Speisefett ausgefolgt.

Kein Fleischverkauf an Sonntagen.

Die Approvisionierungssektion der Hauptstadt Budapest teilt folgendes mit: Die Verfügung des Handelsministers, durch die den Fleischhauern und Selchern mit Rücksicht auf den Eismangel gestattet wurde, auch an Sonntagen Fleisch zu verkaufen, ist jetzt außer Kraft gesetzt worden. Die Sektion macht daher das Publikum darauf aufmerksam, daß das für Sonntag nötige Fleisch schon Samstag beschafft werden muß.

Kölnische Zeitung 20/IX. 1918.

Die Stadt Köln zur Ernährungsfrage.

In den letzten Wochen haben sich die Stimmen besonders im Westen des Vaterlandes und hier namentlich aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft gemehrt, die eine ausreichendere Lebensmittelversorgung für das neue Wirtschaftsjahr fordern und erhöhte Rationen an Brot und Kartoffeln in Vorschlag bringen. Die fordernden Kreise sind der Überzeugung, daß die Vorbedingung zu einer bessern Allgemeinverpflegung vorhanden ist, wenn Erzeugung, Erfassung und Verteilung in richtiger Form erfolgen. Als Beweis dafür, daß mehr vorhanden ist, als durch die öffentliche Bewirtschaftung erfaßt und verteilt wird, wird die Tatsache angeführt, daß es in Deutschland wohl kaum jemand gibt, der nicht auf dem Schleichwege teils mehr oder weniger an Nahrungs- und Genußmitteln zur bessern Versorgung erhält. Dieser Nebenversorgung haften zudem allerlei Ungehörigkeiten an, gar nicht zu reden von dem Gift der Wucherpflanze und ihren Begleiterscheinungen. Diesen Standpunkt vertreten auch die städtischen Körperschaften Kölns, die aus Anlaß einiger Anträge aus sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftskreisen auf Erhöhung der Kartoffelration in ihrer gestrigen Sitzung zu einer einheitlichen Kundgebung gelangten, in der den Reichsstellen eine bessere Ergreifung der Erzeugung und ein Einreihen von sozial geschulten Vertretern aus den Kreisen der städtischen Verbraucherschaft in alle Ernährungsinstanzen vorgeschlagen wird. Im einzelnen kam man zu folgenden Forderungen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: „Die Arbeitskraft der städtischen Bevölkerung leidet unter der ungenügenden Ernährung; darin liegt eine dringende und immer steigende Gefahr. Deshalb muß die Erzeugung der Lebensmittel noch mehr gesteigert und die Erfassung der öffentlich bewirtschafteten gründlich verbessert werden. Die Erzeugung ist insbesondere dadurch zu fördern, daß die Zuweisung und Verteilung der tatsächlich vorhandenen Hilfsmittel an die Landwirtschaft deren Bedürfnissen besser angepaßt werden als bisher. Die Erfassung der Nahrungsmittel ist zurzeit ungenügend; die ungezählten erfolgreichen Notversorgungsfahrten der städtischen Bevölkerung, die eine maßlose Verschwendung an Zeit, Arbeitskraft und Material darstellen, und der ausgezeichnet organisierte umfassende Schleichhandel liefern hierfür vollen Beweis. Durch den Schleichhandel werden das öffentliche Rechtsbewußtsein und die öffentliche Moral in bedauerlicher Weise untergraben und die lebensnotwendige Ernährung der Bevölkerung in maßloser und aufreizender Weise verteuert. Um durch bessere Organisation die Ernährung des Volkes zu heben und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen zu bringen, halten wir vor allem für erforderlich, daß sozialgeschulte Vertreter der städtischen Verbraucher in entscheidende Stellen der staatlichen und kommunalen Verwaltung unsrer Ernährungsorganisation, auch in die Kreisinstanz, berufen werden. Die ländliche Bevölkerung muß ebenfalls mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Unabhängige Männer und Frauen, Geistliche, Lehrer, Landwirte, Gewerbetreibende und Arbeiter müssen in jedem Orte zu einem Ausschuß zusammentreten zur Aufklärung der Bevölkerung, zur Erfassung und Ablieferung der Lebensmittel. Das Erwecken aller dieser bis jetzt schlummernden Kräfte unsers tüchtigen Volkes würde auch zum Besten der Allgemeinheit den bitter empfundenen schikanösen Maßnahmen vorbeugen, zu denen häufig die behördlichen Anordnungen geführt haben. Als Mindestforderungen sind für das laufende Wirtschaftsjahr aufzustellen: Eine Wochenkopfmenge von 4 Pfund gutem Brot, 10 Pfund Kartoffeln und ½ Pfund Nährmittel oder Teigwaren. Während der fleischlosen Wochen sind eiweißhaltige Nahrungsmittel (Hülsenfrüchte, Mehl oder Teigwaren) als Ersatz zu geben, da Kartoffeln allein den Nährwert des Fleisches nicht ersetzen können. In den fleischlosen Wochen ist auch die Abgabe von markenfreiem Wild, Geflügel, Kaninchen usw. zu verbieten. Um dem mit Bestimmtheit zu erwartenden, das Leben der städtischen Kinder bedrohenden Milchmangel wirksam zu begegnen, ist die sofortige Festsetzung von Höchstpreisen für Milch- und Zuchtvieh unbedingt erforderlich. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Herrn Oberbürgermeister, diesen Beschluß als einmütige Forderung der Stadtverwaltung und Stadtverordneten dem Herrn Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten, dem Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, dem Herrn Staatskommissar für Volksernährung und dem Herrn Minister des Innern zu übermitteln."

Wir wünschen dieser Aktion der Kölner städtischen Körperschaften den besten Erfolg; mögen ihre Anregungen dazu beitragen das gewaltige Doppelproblem zu lösen: die Erzeugung zu fördern und jedem seinen Teil an den vorhandenen Lebensmitteln zu sichern. Möge das Vorgehen Kölns bewirken, daß ein neuer frischer Zug in die gesamte Lebensmittelwirtschaft kommt, daß ein das ganze Reich umfassender Ernährungshilfsdienst die heutigen Mißstände des Hamsterns, Preistreibens, der Ausbeutung und der Geldentwertung beseitigt und so unser ganzes Kriegswirtschaftssystem auf eine vernünftige Grundlage stellt. Es ist noch manches zu erreichen, wenn die Sache mit neuem Ernst und ehrlichem Mute auf dem von den städtischen Körperschaften Kölns angedeuteten Wege angefaßt wird!

Amtsblatt der Stadt Wien
20./IX. 1918

Magistratsrat Dr. Roßkopf erstattet einen umfassenden Bericht über die Versorgung der Stadt Wien mit Lebensmitteln.

St.-R. Spalowsky beantragt, folgende Resolution zum Beschlusse zu erheben:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, die Inlandsernte mit aller Beschleunigung und restlos zu erfassen und die Getreidelieferungen aus Ungarn, der Ukraine, Rumänien ꝛc. derart sicherzustellen, daß dem ebenso dringenden als berechtigten Wunsche der Wiener Verbraucher nach Wiederherstellung der früheren Ration an Kochmehl sofort entsprochen werden kann."

St.-R. v. Steiner stellt folgenden Zusatz-Antrag:

„Die k. k. Regierung ist zu ersuchen, mit aller Beschleunigung jene Umstände authentisch bekanntzugeben, die zu einer so empfindlichen Steigerung der Preise der notwendigsten Nahrungsmittel geführt haben, wie überhaupt eine erschöpfende Darstellung der gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse und der beabsichtigten Maßnahmen der Regierung zu geben."

Der Antrag Spalowsky und der Zusatz-Antrag v. Steiner werden einstimmig angenommen.

Vossische Zeitung 20/IX. 1918.

75

Die Not der Deutschböhmen.

Angedrohter Streik der Gemeindevorsteher.

Die großen Ernährungsschwierigkeiten in Deutschböhmen, die auf unzulängliche Anordnungen und die Nichtablieferung der Lebensmittel durch Tschechen zurückzuführen sind, scheinen sich auch nach der neuen Ernte noch nicht wesentlich gebessert zu haben. In Töplitz erschienen alle Gemeindevorsteher des Bezirks in der Bezirkshauptmannschaft und überreichten eine Eingabe, in der es u. a. heißt:

„Während in tschechischen Gegenden der Bevölkerung bis zur neuen Ernte Lebensmittel in Hülle und Fülle zur Verfügung standen, und dort von einer Not nichts zu sehen war, mußte unsere opferwillige Bevölkerung seit Monaten die furchtbarsten Entbehrungen durchmachen und sich fast durchweg nur von Dörrgemüse ernähren, so daß Massenerkrankungen an Hungerödem, Magen- und Darmkatarrhen auftraten und auch die Kindersterblichkeit durch die Unterernährung eine erschreckende Höhe erreichte. Unsere kaisertreue Bevölkerung hat diese unsäglich schwere Hungerszeit in der Hoffnung ertragen, daß mit Eintritt der neuen Ernte bessere Zeiten kommen und insbesondere die Leidenszeit der Kinder dann vorüber sein werde. Leider war auch diese Hoffnung wieder eine trügerische. Die neue Ernte hat fast gar keine Aenderung gebracht. Wir Gemeindevorsteher haben in unzähligen Eingaben und Telegrammen die unhaltbaren Zustände unserer Lebensmittelversorgung klargelegt und Abhilfe gefordert, leider ohne allen Erfolg. Nachdem wir trotz aller Mühe eine Besserung in der Lebensmittelversorgung nicht erreichen konnten, andererseits aber weder Lust noch Veranlassung haben, für die Unfähigkeit oder den mangelhaften Willen der maßgebenden Stellen die Verantwortung zu tragen, sind wir nicht mehr in der Lage, unsere Aemter zu bekleiden und lehnen jede weitere Verantwortung und Durchführung ab."

Auf dringendes Zureden des Statthalterrats Baron Heßlowa erklärten sich schließlich die Gemeindevorsteher bereit vorläufig ihr Amt weiterzuführen, aber nur unter der Bedingung, daß nochmals sofortige Zuschübe von Nahrungsmitteln erfolgen. An den Statthalter in Prag und an den Ernährungsminister in Wien wurden dementsprechende Telegramme gesandt.

Österr. Volkszeitung
21./IX. 1918

Kriegsspeisezettel für die Woche.

Vom 22. bis 28. September 1918.

Sonntag: Einmachsuppe, Fleischkaibchen aus faschierter Wurst mit Spinat, Kukurutz. — Abends: Kartoffelgulyas.

Montag: Petersilliensuppe, Kohlwürstchen mit Blutwurstfülle. — Abends: Gelbe Rüben.

Dienstag: Lebersuppe. Kohlrübenauflauf. — Abends: Grüne Fisolen.

Mittwoch: Kürbissuppe, Waldviertler Knödel mit Paradeissoße. — Abends: Kürbis.

Donnerstag: Rindsuppe, Rindfleisch mit roten Rübengemüse. — Abends: Gebünstete Pfifferlinge.

Freitag: Paradeissuppe, Zimtnudeln. — Abends: Rotkraut.

Samstag: Würfelsuppe, gemischtes Gemüse. — Abends: Bregenzer Suppe mit Wurst.

Kohlrübenauflauf. Würfig geschnittenes Schöpsenfleisch wird angebraten und gesalzen. Gewaschene Kohlrübenscheiben kocht man in Salzwasser weich, nimmt sie dann heraus, legt sie in einen Topf, nachdem man zuerst eine Schichte Fleisch gelegt. Bestreut mit Zwiebelringen und Kümmel, gibt dann wieder eine Schichte Fleisch und dann eine Lage Kohlrüben. Man läßt eine halbe Stunde dünsten.

Waldviertler Knödel. Rohe, geschälte Kartoffeln reibt man und drückt sie durch. Geröstetes Kriegsbrot salzt man und vermengt man mit Mehl und Kartoffeln. Man formt Knödel, kocht sie in Salzwasser und bestreut sie mit Honigkuchen.

Bregenzer Suppe. Sellerie, Petersilie werden in Wasser gekocht. Wenn man nudlig geschnittene Schweinsohren oder Innerei hat, läßt man mitkochen. Man gibt dann Wurstschnitten und Einbrenne hinein und läßt noch kochen.

Rotes Rübengemüse. Nudlig geschnittene, weich gekochte rote Rüben gibt man in Einbrenne, vergießt mit Suppe (Würfel), gibt Zucker dazu und läßt verkochen.

Tägliche Rundschau 21./IX.1918.

* **Zur Verbesserung einer Ernährungsorganisation fordert die** Kölner Stadtverordnetenversammlung, wie uns unser dortiger Mitarbeiter drahtet, in einer einmütig angenommenen Entschließung, daß sozial geschulte Vertreter der städtischen Verbraucher in entscheidende Stellen der staatlichen und kommunalen Verwaltung unserer Ernährungsorganisation berufen werden. Die ländliche Bevölkerung müsse ebenfalls mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen und unabhängige Männer und Frauen müßten in jedem Orte zur Aufklärung der Bevölkerung zur Erfassung und Ablieferung der Lebensmittel zu einem Ausschuß zusammengerufen werden. Weiterhin wird die sofortige Festsetzung von Höchstpreisen für Milch- und Zuchtvieh gefordert. Diese Entschließung soll als einmütige Forderung der Stadtverwaltung und Stadtverordneten dem Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten, dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, dem Staatskommissar für Volksernährung und dem Minister des Innern überreicht werden.

Tägliche Rundschau 21./IX. 1918.

* **Gegen kleinliche Maßnahmen bei der Lebensmittelselbstbeschaffung** wendet sich das stellvertretende Generalkommando des 11. Armeekorps in einer Verordnung, die allerorts Nachahmung finden sollte. Es heißt darin u. a.: „Es muß vermieden werden, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt. Es sollen nicht Leute angezeigt werden, die von Verwandten und Bekannten sich unbedeutende Mengen Eßwaren usw. holen, während Aufkäufer mit Körben voll Eier und Butter ungehindert davonkommen. — Da, wo es sich um gewerbsmäßigen Wucher handelt, greife man zu, aber die, die Zeit und Geld daran setzen, um etwas auf den Mittagstisch zu bekommen oder etwas zur Hebung des gesunkenen Gesundheitszustandes der Familien zu tun, die lasse man ungeschoren. Zum Spaß werden solche Fahrten sicher nicht unternommen."

Zu der Durchsuchung des Gepäckes auch unverdächtiger Reisender bei der Ankunft in Berlin wird uns geschrieben: Wie ich höre, sind auf den Bahnhöfen wieder Kriminalbeamte aufgestellt, die die ankommenden Reisenden unter Vorzeigen ihrer Erkennungsmarke auffordern, die Koffer zu öffnen und diese nach verbotenen Lebensmitteln durchsuchen. So ging es vor wenigen Tagen einem Bekannten von mir, der aus dem Osten zurückkam. In dieser Weise wird die Kriminalpolizei benutzt zu einer Zeit, wo fortgesetzt über die Abnahme der Sicherheit in Groß-Berlin geklagt wird und wo ein schweres Verbrechen auf das andere folgt. Sollte es da nicht richtiger sein, die Kriminalpolizei zum Schutze des Publikums verwenden und derartige Maßnahmen zu unterlassen, die der Gesamtheit doch kaum Wesentliches nutzen können, die aber von den Betroffenen als lästige Quälerei empfunden werden und sicher nicht dazu beitragen, die allgemeine Stimmung zu verbessern? Das gleiche gilt von der Tätigkeit der Kriminalpolizei in den Vorräumen der Postämter.

Der Neue Abend
21/IX. 1918

A
21
79

An zweiter Stelle.

Das holländische „Hufvudstadsbladet" veröffentlicht auf Grund der Indexzahlen eine Vergleichstabelle der Lebensmittelpreise in den Hauptländern von Europa und Amerika. Danach sind die Preise seit Kriegsbeginn auf folgende Weise gestiegen:

in Schweden	um	80 v. H.
„ Norwegen	„	113 „
„ Dänemark	„	66 „
„ Großbritannien . .	„	102 „
„ Frankreich (Paris) .	„	83 „
„ Holland	„	42 „
in Österreich (Wien) .	um	215 v. H.
„ Kanada	„	58 „
„ den Ver. Staaten .	„	46 „
„ Australien	„	29 „
„ Finnland (Helsingfors)	„	255 „

In dieser Aufstellung, in der merkwürdigerweise u. a. Deutschland und Italien fehlen, sind ganz offenkundig die sogenannten „amtlichen Höchstpreise" in Rücksicht gezogen. Denn eine Steigerung um „nur" 215 v. H. erschiene uns heute wahrhaftig als paradiesischer Zustand gegenüber der traurigen Feststellung, daß Preissteigerungen um 1000 und 1500 v. H. auf unserem Lebensmittelmarkt durchaus nicht zu den Seltenheiten gehören.

Immerhin haben wir auch auf amtlicher Grundlage die Ehre, an zweiter Stelle zu stehen. m. m.

Neue Freie Presse
21/IX. 1918

80

[Strenge Maßnahmen gegen den „bedingten" Lebensmittelverkauf.] Durch Beschwerden aus dem Publikum sind dem Magistrat und der Polizeidirektion zur Kenntnis gelangt, daß Geschäftsleute häufig die Abgabe schwer erhältlicher Artikel an die Bedingung zum Bezuge minder begehrter Artikel knüpfen. So wurde Obst nur bei gleichzeitigem Bezuge von Kraut und Kürbissen, an denen jetzt gerade Ueberfluß besteht, Brennspiritus nur bei gleichzeitigem Kauf eines fragwürdigen Tee- oder Rumersatzes, in Gasthäusern eine Speise nur bei gleichzeitigem Bezug einer anderen abgegeben usw. Der Magistrat hat nun in einem an die beteiligten Gewerbegenossenschaften gerichteten Erlasse darauf hingewiesen, daß diese Vorgänge den Unwillen der Verbraucher erregen und geeignet sind, durch Verursachung von Straßenauflauf usw. die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören. Die bedingte Abgabe von Lebensmitteln, wie auch die Einrichtung der „Bestellvormerkungen", bei denen nur bevorzugte Kunden berücksichtigt werden, ist aber, wie in dem Erlasse betont wird, eine strafbare Gesetzübertretung. So stellt sich die bedingte Abgabe von Lebensmitteln als eine Verkaufsverweigerung dar, die nach § 482 des Strafgesetzes strafgerichtlich geahndet wird und bei der unter den heutigen Verhältnissen leicht der Erschwerungsgrund nach § 483 des Strafgesetzes (strengere Bestrafung der Verkaufsverweigerung bei Veranlassung von Unruhen) gegeben sein kann, in welchem Falle schon mit der ersten Bestrafung der Gewerbeverlust verbunden ist. Das städtische Marktamt wurde beauftragt, dem Gegenstande besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, ihm bekannt werdende Fälle genau zu untersuchen und Schuldtragende unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen. Zugleich wurde die Polizeidirektion zur weiteren Veranlassung im polizeilichen Wirkungskreise verständigt.

Ostdeutsche Rundschau
24./IX. 1918
83

Versammlung der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei gegen die tschechischnationalen Getreiderequisitionen.

Freitag den 20. d. M. fand im großen Dreherſaale auf der Landstraße eine vom Deutschen nationalsozialistischen Vereine für Oesterreich einberufene Versammlung statt, bei der zum ersten Punkte Landtagsabgeordneter Ing. Rud. Jung den bekannten Standpunkt in der Verfassungsfrage vertrat, der dahin geht, **die Kronlandsgrenzen entsprechend den nationalen Siedelungsgebieten und wirtschaftlichen Bedürfnissen in den Sudetenländern neu abzugrenzen.** Ein ergreifendes Bild der Not der Reservistenfrauen und -Familien entwarf die nordböhmische Arbeiterfrau Frieda Horky, deren Forderungen in einer bedeutenden Erhöhung der Unterhaltsbeiträge entsprechend den heutigen Lebensverhältnissen gipfelten.

Der Vorsitzende des Vereins Dr. W. Riehl kennzeichnete den Standpunkt der Deutschen nationalistischen Arbeiterpartei zum Friedensschritte des Grafen Burian u. a. in folgenden Sätzen: „Der Friedensschritt unseres Außenministers hat den unbestrittenen Vorteil, daß nunmehr vor aller Welt, auch vor unseren eigenen Republikschwärmern, geoffenbart erscheint, auf welcher Seite der Vernichtungswille, die Einmischungslust und autokratische Ueberhebung zu suchen sind. Der selbstherrliche Dünkel eines Wilson übertrifft den Despotismus des größten Absolutisten früherer Zeiten. Es gibt nur weiteres Durchhalten und Kampf gegen unsere inneren Feinde, die dieses Durchhalten erschweren. In außerordentlich fesselnder Weise machte Reichsratsabgeordneter Fahrner auf die **große Gefahr der tschechisch-agrarischen Quertreibereien in der Ernährungsfrage** aufmerksam. Sowohl in Böhmen als in Mähren, in **letzterem Kronlande vor aller Oeffentlichkeit**, haben sich die tschechischen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu eigenen, sozusagen **nationalen Kriegsgetreideverkehrsanstalten** ausgebildet, fordern die Landwirte auf, **der staatlichen Getreidezentrale nur ein Minimum abzuliefern und versprechen dafür, für den Gesamtrest den tschechischen Landwirten einen Uebernahmspreis von 100 K.** Die Absicht ist offenkundig! Es soll auf diese Weise **möglichst viel Brotfrucht der staatlichen Bewirtschaftung entzogen werden und im nächsten Frühjahre womöglich das aufgespeicherte Getreide im äußersten Falle sogar vernichtet werden, um dadurch Oesterreich zu einer bedingungslosen Waffenstreckung zu zwingen!**

Hand in Hand mit dieser Aktion geht eine **intensive Werbearbeit durch Wanderredner im tschechischen Agrargebiete**, welche die Bauern auffordern, **den Deutschen unter keinen Umständen Lebensmittel zu verkaufen.** Die tschechischen Blätter und Aufrufe weisen mit Ingrimm darauf hin, **daß schon im heurigen Frühjahre der Zusammenbruch Oesterreichs hätte erfolgen können, wenn nicht die tschechischen Bauern durch Verkauf im Schleichhandel das Verhungern der Deutschen verhindert hätten!**

Nun soll durch die tschechischnationalen Getreidekommissionen die gesamte Brotfrucht noch vor der im Frühjahre zu erwartenden allgemeinen Not beiseitegeschafft werden!

Der Neue Abend
24./IX. 1918

Kein Eis.

Die Vereinigten Eisfabriken der Lebensmittelgewerbe Wiens veröffentlichen heute eine Mitteilung, in der sie ankündigen, daß sie durch vollständigen Mangel an Betriebsmitteln und Arbeitern sowie durch den schlechten Zustand der Maschinen vor der Gefahr stehen, in den nächsten Tagen ihren Betrieb einzustellen.

Das würde eine böse Verschlechterung unserer ohnedies so traurigen Ernährungslage bedeuten. Nicht nur Gast- und Kaffeehausbetriebe wären durch den Mangel an Eis gefährdet, sondern, und das ist das Bedrohlichste, auch die Krankenanstalten und viele gemeinnützige Unternehmungen, wie Gemeinschaftsküchen, Lebensmittellager, Konsumvereine und ähnliche hätten schwer darunter zu leiden. Die Vereinigten Eisfabriken erzeugen den größten Teil des Eisbedarfes der Stadt Wien, der ungefähr 60 Waggon täglich ausmacht. Sie haben in Voraussicht der jetzt eingetretenen schwierigen Verhältnisse bereits im Frühjahr darum angesucht, daß ihre Betriebe unter Kriegsdienstleistung gestellt werden, um auf diese Weise dem Arbeitermangel abzuhelfen. Länger als ein halbes Jahr hat es gedauert, bis dieses Ansuchen erledigt wurde. Die Bewilligung ist erst in den allerletzten Tagen erflossen. Es ist einfach unbegreiflich, warum ein für die Verpflegung Wiens so wichtiges Unternehmen, an dessen Betrieb so vielfache Interessen geknüpft sind, diese Begünstigung, die ja jedem Heereslieferanten ohneweiters zugestanden wird, so lange vorenthalten wurde. Nun wird man wieder in überstürzter Eile in wenigen Tagen gutzumachen versuchen, was in Monaten versäumt wurde.

Reichspost
24./IX. 1918

Betriebseinstellung von Eisfabriken.

Eine neue Erschwerung der Versorgung Wiens.

Die Lahmlegung der vereinigten Eisfabriken der Approvisionierungsgewerbe Wiens infolge gänzlichen Mangels aller Betriebsmittel ist nun zur Tat geworden. Von der Generaldirektion der vereinigten Eisfabriken der Approvisionierungsgewerbe kommt uns heute folgende Mitteilung zu:

„In den nächsten Tagen ist eine vollständige Betriebseinstellung der vereinigten Eisfabriken der Approvisionierungsgewerbe zu gewärtigen. Ursache dieser in die gesamte Approvisionierung Wiens tiefeinscheidenden Maßnahme ist teils der vollständige Mangel und teils die ganz unzureichenden Quantitäten wie Qualitäten der meisten Betriebsmaterialien, der große Mangel an Arbeitern und nicht in letzter Linie der schlechte Zustand der zur Eiserzeugung vorhandenen Maschinen, die trotz der größten Bemühungen um ihre Instandhaltung den Dienst versagten."

Die Folgen dieser Betriebseinstellung sind kaum auszudenken, nachdem die vereinigten Eisfabriken der Approvisionierungsgewerbe Wiens heute nahezu den gesamten Bedarf an Eis für die Millionenstadt Wien und deren weitere Umgebung zu decken hat. Die vereinigten Eisfabriken versorgen heute so ziemlich alle Approvisionierungsgewerbe Wiens und dazu auch noch die öffentlichen Spitäler und Sanatorien. Alle diese Unternehmungen werden von den nächsten Tagen an des Eises entbehren müssen, wenn nicht in letzter Stunde von zustehender Seite die notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der für die Lebensmittelversorgung Wiens so wichtigen Eiswerke ergriffen werden.

Neues Pester Journal
24./IX. 1918
D 24
86

Ernährung und Versorgung.

Die Sozialdemokratie und die Approvisionierung.

Eine Konferenz der Vertrauensmänner. — Höhere Lebensmittelrationen! — Herabsetzung der Preise durch staatliche Zuwendungen.

Die ungarländische sozialdemokratische Partei und der Gewerkschaftskongreß haben für heute abend in das alte Abgeordnetenhaus eine Vertrauensmännerkonferenz einberufen, die sich mit dem Ernährungsdienst beschäftigte. Die Konferenz, der die Vertrauensmänner fast aller größeren Betriebe beiwohnten, nahm gegen die Verschlechterung der Approvisionierung und die Ausbreitung des Kriegswuchers Stellung.

Berichterstatter Wilhelm Böhm führte zunächst an, daß die Regierungen Oesterreichs und Deutschlands viele tausend Millionen für die Verbesserung des Ernährungsdienstes aufwenden und durch geeignete Maßnahmen das Hinaufschnellen der Preise verhindern. Es wurde nach eingehender Debatte eine Resolution angenommen, die folgende Richtlinien für die Verbesserung unseres Ernährungsdienstes aufstellt:

1. Die Regierung möge für die Sicherung der nötigen Lebensmittelmengen Sorge tragen und die Rationen erhöhen.

2. Sämtliche Vorräte an Bedarfsartikeln, Lebensmitteln, Kohle, Kleider und Wäsche sind in erster Reihe für die Arbeiterschaft und die ärmeren Volksklassen zu reservieren und zu einem billigen Preise abzugeben.

Der Preis des Fleisches ist herabzusetzen, ferner Mehl, Kartoffel, Fett, Kohle und sonstige wichtige Lebensmittel den Arbeitern zu einem Vorzugspreise zur Verfügung zu stellen.

3. Die Regierung wird aufgefordert, Preistreibereien der Produzenten in der Industrie und in der Landwirtschaft, sowie des Handels mit der größten Strenge zu verfolgen und mit Geldbußen über die Summe des Preistreibereidelikts, sowie mit einer Freiheitsstrafe zu ahnden.

Der weitere Teil der Resolution befaßt sich mit Lohnfragen der Arbeiterschaft. Es wird gewünscht, daß die Arbeiter der Betriebe, die infolge Kohlennot feiern müssen, in einem höheren Maße als bisher entschädigt werden. Bei einem Tageslohn bis 15 Kronen soll der Staat in voller Gänze, darüber hinaus bis 75 Perzent des Lohnes aufkommen. Ferner wird gefordert, daß in Anbetracht der schlechten Ernährungsverhältnisse die Arbeitszeit in allen Betrieben herabgesetzt werde.

Die Konferenz beauftragte die Parteileitung und den Gewerkschaftsrat, eine Landesaktion im Interesse der sozialen Reform des Ernährungs- und Versorgungsdienstes einzuleiten.

Da sich die Sozialdemokraten bei ihren Forderungen auf das Beispiel Deutschlands berufen, sei in bezug hierauf auf die Worte des Reichskanzlers Hertling hingewiesen, der vor kurzem auf eine Eingabe der sozialdemokratischen Partei wegen der kargen Lebensmittelversorgung folgendes erwiderte: „Dem Umstande, daß die Preise eine schwere Belastung weiterer Kreise, insbesonders der nicht zur Rüstungsindustrie gehörenden Arbeiter, des Mittelstandes und der Festbesoldeten bilden, gedenken wir durch Beihilfe aus öffentlichen Mitteln nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Die Zuwendungen hiefür bilden bereits einen Betrag von vielen Milliarden.“ Das Hauptgewicht bei der dringenden Sanierung der Ernährungs- und Versorgungsnot ist daher — entgegen der Resolution — in erster Reihe darauf zu legen, daß der Mittelstand, die kleinbürgerlichen Elemente und die Fixbesoldeten Lebensmittel und Bedarfsartikel in einem größeren Maße als bisher und zu billigeren Preisen erhalten. Die Arbeiterschaft der Rüstungsindustrie und vieler anderer Betriebe sind weit besser als die Fixbesoldeten und Staatsbediensteten gestellt. Ueberdies ist es auch von großer Wichtigkeit, daß die Verbraucher sich irgend einen Einfluß auf die Leitung des Ernährungsdienstes sichern, was durch einen an das Landes-Ernährungsamt angegliederten Beirat der Verbraucher erzielt werden kann. So wie es heute um das Versorgungswesen bestellt ist, darf es nicht weiter bleiben.

Arbeiterzeitung
25./IX. 1918

87

Die Lebensmittelmärkte. Wir sind im Verlauf unseres Lebensmitteljammers furchtbar bescheiden geworden, und so sind wir vorläufig auch wieder froh, daß die Rindfleischrayonierung wenigstens soweit klappt, daß jeder in die Kundenliste eingetragene Verbraucher seine fünfzehn Dekagramm Fleisch ohne „Anstellen" erhält. So konnte gestern auch jeder Fleischeinkäufer in der Großmarkthalle glatt befriedigt werden, obwohl nur eine Gesamtmenge von 1100 Kilogramm Rindfleisch zur Verfügung stand. Jedenfalls beweist diese Zahl, wie es um die Fleischversorgung dieser Millionenstadt bestellt ist. Dazu kommen nur noch sechzehn Stück Schafe und 300 Kilogramm Würste, so daß sich eine Verbrauchszahl ergibt, die mit Rücksicht auf den Riesenbedarf einer Großstadt schon einfach jammervoll genannt werden muß. Die Zufuhren an Fischen hatten sich gestern wohl etwas gebessert, doch handelte es sich zumeist um teure ungarische Karpfen, die auf den Markt kamen, so daß der Absatz nur ein geringer war. Auch ungarisches Mastgeflügel war wieder reichlicher auf dem Markt, für das die Preise so hoch sind, daß der Verkauf nur auf einen sehr kleinen Kreis beschränkt bleibt. Gut versorgt war der Naschmarkt mit Gemüse, das sowohl aus Ungarn als aus Niederösterreich reichlich zugeführt worden war. Freilich bestanden die großen Zufuhren wieder aus Kraut, Möhren, Gurken und Zwiebeln. Damit ist natürlich sehr wenig anzufangen, und so lange es an Mehl, Kartoffeln und Fett mangelt, ist mit allen diesen „Nahrungsersätzen" sehr wenig geholfen. Ganz kläglich und armselig war wieder die Obstversorgung ausgefallen. Aepfel und Birnen, die sonst um diese Zeit schon längst da waren, sieht man nur in den besseren Geschäftsläden zu unerhörten Preisen. An Zwetschken gab es gestern nur 17.000 Kilogramm bosnische, so daß sich auch in dieser Obstsorte der Mangel sehr fühlbar machte. Nur teure Weintrauben gab es auch gestern in ausreichenden Mengen.

Die Zeit Abendbl
25./IX. 1918

Kriegswirtschaftliche Kommission.

* Wien, 25. September. Die kriegswirtschaftliche Kommission setzte heute unter Vorsitz des Abg. Seitz die Verhandlung über die Oezeg fort.

Vorsitzender Seitz bezeichnet es als sonderbar, daß sich die Kreditanstalt an den Geschäften der Oezeg engagiert habe, aus denen sie eventuell schwere Verluste befürchten mußte, ohne durch irgendwelche Kompensationen gedeckt zu sein, und wünscht Aufklärungen hierüber.

Präsident der Oezeg Dr. Brosche bemerkt dazu, daß die Kreditanstalt ursprünglich weder den Riesenumfang des Geschäftes noch den Umfang des Kredits gekannt habe, den sie später zu erteilen bemüßigt gewesen sei. Ihr Risiko werde einerseits durch die Millionengarantie und durch die von der Miles übernommenen Reserven gedeckt. Daß die Kreditanstalt von dem Geschäft nicht begeistert gewesen sei, gehe aus ihren wiederholten Anträgen auf Verstaatlichung des Unternehmens hervor.

Hofrat Mateusche führt aus, die Kreditanstalt habe eine Verstaatlichung angeregt, die Anregung müsse vom Ministerium erwogen werden, doch befürchte man, daß durch die Verstaatlichung die Elastizität des Unternehmens behindert werde.

Bezirksvorsteher Vieröckl beschäftigt sich mit der Regierungsverordnung betreffend den Höchstpreis für Schweinefleisch und Fettprodukte. Diese haben zur Folge gehabt, daß Ungarn überhaupt kein Schwein und kein Fett mehr schickt.

Verwaltungsrat Pilzer führt aus, die Oezeg habe die österreichische Reichshälfte mit dem von Ungarn zugebilligten Kontingent bis auf das letzte Schwein und das letzte Kilogramm Fett versorgt. Infolge des Mißverhältnisses zwischen Schweinefleisch und Fettpreisen war es auf die Dauer unmöglich, Fleisch und Fett aufzubringen, und in der zweiten Hälfte 1917 wurde die österreichische Vieh- und Fleischverwertungsgesellschaft mit der Durchführung der Aufbringung von Schweinefleisch und Fettprodukten betraut, aber auch sie steht dem Verhältnis mit Ungarn machtlos gegenüber.

Vorsteher des Reichsverbandes der österreichischen Sauerkrauterzeuger Kaperl und Verwaltungsrat Lemberger besprechen die Versorgung mit Sauerkraut.

Neue Freie Presse Abendbl
26./IX. 1918

Die drohende Betriebseinstellung der Kunsteisfabriken.

Der Eisbedarf der Krankenhäuser.

Ueber den Eisbedarf der Krankenhäuser geht uns nachstehende Information zu: Die Krankenanstalten müssen ausnahmslos sowohl im Sommer wie im Winter sehr viel Eis haben. Selbstverständlich wächst der Bedarf nach Ablauf des ersten Jahresquartals von Tag zu Tag, und es ist vollständig undenkbar, daß wir auch nur einen einzigen Tag ohne Eis wirtschaften. Denn abgesehen von der Konservierung der Lebensmittel, bedürfen wir des Eises auch zu medizinischen Zwecken, und selbstverständlich des reinsten Kunsteises, das auf einwandfreiem Weg hergestellt wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die großen Krankenhäuser und jene Sanatorien, die ganze Komplexe umfassen, Kunsteis in eigener Regie herstellen müßten, während sich die anderen Krankenhäuser organisieren, eventuell Kunsteisfabriken errichten werden.

Der Standpunkt der Restaurateure.

Frau Gilly (Restauration „zum silbernen Brunnen", Berggasse) gab einem Mitarbeiter unseres Blattes über die Folgen einer eventuellen Betriebseinstellung der Kunsteisfabriken folgende Auskunft: Die Restaurateure hatten schon im abgelaufenen Sommer schwer mit der Kalamität des Eismangels zu kämpfen. Es kam vor, daß sechs bis acht Tage lang ohne Eis gewirtschaftet werden mußte. Aber wir hatten immer im letzten Moment größere Zufuhren, so daß uns nichts verdorben wurde. Wir richten uns auch immer so ein, daß wir durch kluge Wirtschaft die Folgen der mehrtägigen Eisknappheit wettmachen konnten und sie nicht allzu schwer empfanden. Auch sind unsere Kellereien derart günstig gelegen, daß wir in drei Eisgruben, die wir in unserem zwei-Stockwerke tiefen Keller haben — unser Haus liegt ja auf dem Berg, deshalb sind die Kellereien so tief unter dem Straßenniveau — in größeren Massen Eis einlagern können, aus denen wir dann unsere Kühlräume speisen. Das Glück, Kellereien zu besitzen, die sich zur Anlage von Eisgruben eignen, haben aber sehr wenig Wirte, und wenn daher die Kunsteisfabriken ihren Betrieb wirklich vollständig einstellen, so bleibt den Wirten nichts anderes übrig, als sich zusammenzuschließen und die Eisfabrikation selbst in die Hand zu nehmen. Die Zeit drängt allerdings noch nicht dazu, denn die kalten Monate stehen vor der Tür und vor April rauchen wir kein Eis. Es kommt vor, daß nach einem kühlen Vorfrühling erst im Mai der Bedarf nach Eis entsteht. Dann allerdings muß solches bereit sein, denn der Gastwirt kann ohne Eis nicht arbeiten.

Neues Wiener Tagblatt
26./IX. 1918

91

Ernährungsamtsfilialen an den ungarischen Grenzstationen.

Aus Budapest, 26. d., wird uns berichtet: Ernährungsminister Prinz Windischgrätz erließ eine Verordnung über die Errichtung von Expposituren des Landesernährungsamtes in den Grenzstationen. Diesen Expposituren erwächst die Aufgabe, die beschlagnahmten Lebensmittel einzulagern und entsprechend zu verwerten. Der Minister weist darauf hin, daß die in den einzelnen Grenzstationen beschlagnahmten Lebensmittel sich auf so große Mengen belaufen, daß die Gemeindevorstehungen diese Artikel nicht verwerten können, weil sie weder über entsprechende Magazine noch über das notwendige Personal verfügen. Infolgedessen verdirbt ein großer Teil der beschlagnahmten Lebensmittel. Die Verwertung erfolgt nicht mit genügender Sorgfalt, und das hiefür eingenommene Geld wird nicht so verwaltet, wie öffentliche Gelder verwaltet werden müssen. Die Expposituren werden regelrechte kaufmännische Bücher führen und in der vorgeschriebenen Weise Rechnung legen müssen.

Die Zeit
26./IX. 1918

92

Kriegswirtschaftliche Kommission.

* Wien, 25. September. Die Kriegswirtschaftliche Kommission setzte gestern nachmittags ihre Beratungen fort, in deren Verlauf einzelne allgemeine interessante Angelegenheiten zur Sprache kamen. Nachstehend der Bericht:

Experte Handelskammerrat Vabst führt aus: Der vom Ernährungsamt festgelegte Schlüssel bedeute eine außerordentliche Härte gegenüber der nichtorganisierten Bevölkerung und den mit ihr in Beziehung stehenden kleinen Geschäftsleuten. Bei den rationierten Waren, wie Zucker oder Butter, geht die Verteilung klaglos bis zur letzten Hand. Bei Käse, Kondensmilch, Fischkonserven, Salami und dergleichen aber erfolgt die Verteilung nach einem förmlichen Rangsklassenschema. Die oberste Rangsklasse bilden die Angestellten der Zentralen selbst. Redner fordert eine intensivere Kontrolle der Verteilung.

Experte Edersch bemerkt, gegen die Tätigkeit der „Oezeg" ließen sich gewiß manche Bedenken erheben, doch habe diese Gesellschaft unter so schwierigen Verhältnissen zu arbeiten, daß man sich wundern müsse, daß so viele Lebensmittel hereingebracht wurden, wie es der Fall sei.

Expertin Frau Freund-Marcus erörtert die Notwendigkeit der Schaffung einer Einkaufszentrale. Rednerin kritisiert hierauf die Devisenpolitik. In keinem Fall dürfe Kondensmilch als Luxusware angesehen und von der Einfuhr aus Gründen der Devisenpolitik ausgeschlossen werden.

Abg. Dr. Ellenbogen wünscht Aufklärung über die Eieraktion der „Miles".

Sektionschef Ritter v. Simonelli berichtet über die Klagen, die hinsichtlich der Eiernot vorgebracht wurden. Nachdem die Direktoren der „Miles" eine Liste vorgelegt hatten, durch die bewiesen werden sollte, daß in der Zeit von Ende März bis anfangs Mai ungefähr 46.000 Kisten Eier an die in der Liste verzeichneten Händler zur weiteren Abgabe geliefert worden waren, habe er das Verlangen gestellt, daß eine Untersuchung eingeleitet werde, durch die festgestellt werden sollte, wer an der in Wien zutage getretenen Eiernot schuld sei. Am selben Tage sei Redner von der Führung der Approvisionierungsagenden enthoben worden und habe daher nicht die Möglichkeit gehabt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Magistratsrat Dr. Wanschura berichtet über die mehrfachen, über die „Miles" erhobenen Beschwerden. Er verweist insbesondere auf die beim Magistrat zahlreich eingelaufenen Klagen über die wahllose Ausgabe von Transportscheinen an Personen, die sogar den als Beratungsorgane fungierenden sachverständigen Eierhändlern unbekannt waren.

Vorsitzender Seitz faßt sein Resumee dahin zusammen: Die Kommission hat die Organisation und die Tätigkeit der Oezeg einer eingehenden Prüfung untergogen, Vertreter der Konsumenten und des Handels gehört und ihre Beschwerden eingehend geprüft. Seitens der Konsumentenvertreter wurde eine wesentliche Beschwerde eigentlich nicht erhoben. Die Beschwerden der Händler gehen zunächst dahin, daß die Konsumentenorganisationen weitaus besser beliefert werden als die Händler. Dagegen wenden die Vertreter der Konsumentenorganisationen ein, daß sie durchaus nicht bevorzugt werden, sondern bloß einen besseren Verteilungsmodus anwenden, durch den ihre Mitglieder gerechter beliefert werden als diejenigen Personen, die zur Deckung ihres Konsums auf den freien Handel angewiesen sind. Besonders beleuchtet wurde das Verhältnis, in dem wir uns in bezug auf die Einfuhr und Aufteilung wichtiger Bedarfsartikel zu Ungarn befinden, indem gemäß einem Vertrag zwischen den beiderseitigen Regierungen von jeder angeführten Ware, auch bei solchen Lebensmitteln, an denen Ungarn genug hat, die andere Reichshälfte mit fünf Zwölfteln partizipiert. Das ist gegen Oesterreich um so ungerechter, als die Kompensationsartikel für diese Einfuhren, insbesondere Zucker und Petroleum, ausschließlich von Oesterreich beigestellt werden. Die Kommission fordert daher die Regierung auf, alle Kraft aufzubieten, um diesem Zustande ein Ende zu machen und einen günstigeren Verteilungsschlüssel zu erzielen. Der Vorsitzende stellt schließlich fest, daß berechtigte Beschwerden gegen die Gebarung der Oezeg nicht erhoben wurden, im Gegenteil, alle vernommenen Experten sowie die Kommissionsmitglieder ihr Einverständnis mit der Geschäftsgebarung der Oezeg bekundet haben.

Nächste Sitzung Donnerstag, 10 Uhr vormittags. Tagesordnung: Petroleum.

* * *

Neue Freie Presse
26./IX. 1918

93

Die Ernährungspolitik der Monarchie und ihre Mängel.

Aus einem Gespräche mit Geheimrat Professor Karl v. Noorden.

Wien, 25. September.

Geheimrat Professor v. Noorden, der berühmte Kliniker und Ernährungsphysiologe, hat während eines kurzen Wiener Aufenthaltes einen unserer Mitarbeiter empfangen und sich über die Nahrungsmittelnot in Oesterreich und die Mittel zu deren Bekämpfung in nachstehender Weise ausgesprochen:

Es steht für mich fest, daß die Nahrungsmittelnot sich nicht so sehr auf Fleisch, Milch und Fett, als vielmehr in der Hauptsache auf Brotgetreide und auf Kartoffeln bezieht. Nach dem, was ich erfahren habe, fehlt es in Oesterreich an diesen Hauptnahrungsmitteln, das heißt, es wurde für ihre Erfassung nicht rechtzeitig in entsprechender Weise vorgesorgt. Bei uns in Deutschland ist es nicht so weit gekommen, denn Deutschland liefert pro Tag und Kopf 500 Gramm Kartoffeln und 250 Gramm Brotgetreide. Ich halte die Rationierung gerade dieser beiden Nährstoffe für sehr wichtig. Der Unterschied ist nur der, daß in Deutschland jeder für seine Karte die entsprechende Menge an Nahrungsmitteln erhält, während in Oesterreich vieles nur auf dem Papier steht. Ich trete noch immer für die Rationierung der Nahrungsmitel ein, aber diese Rationierung müßte mit der allergrößten Energie unter Androhung der schwersten Strafen für jene, die sich gegen die Rationierungsvorschriften vergehen, geschützt werden. Damit meine ich hauptsächlichst die czechischen Bauern.

Ich bin ja überzeugt, daß auch in Deutschland etwa eine Million Tonnen, das sind 10 Millionen Doppelzentner Kartoffeln nebenbei gehen und auf Schleichwegen in den Verkehr kommen. Aber das ist doch im Verhältnis zur Gesamtmenge sehr wenig. Bei Mehl ist die Prozentzahl dessen, was daneben geht, noch viel geringer.

Die großstädtischen Bewohner Oesterreichs beklagen sich mit vollem Recht, daß die Regierung nicht die Kraft hat, aus dem Ueberschusse Oesterreich-Ungarns diese Nahrungsmittel voll, respektive mit geringen Verlustziffern herauszubekommen. Als ich hörte, daß in Oesterreich das Kartensystem nach deutschem Beispiel eingeführt und die Rationierung systemisiert werden soll, bin ich auf Grund meiner in Oesterreich gewonnenen Erfahrungen sehr skeptisch gewesen. Ich zweifelte nicht daran, daß überall Hintertürchen offen gelassen würden, wodurch das ganze Gesetz durchlöchert würde. Es steht eben in Oesterreich vieles nur auf dem Papier. Die Energie des Willens, das, was man als Recht erkannt hat, auch durchzuführen, ist leider heute noch ebenso oft zu vermissen, wie in jener Zeit, als ich mich mit ganzer Kraft und ganzer Persönlichkeit für die Einhaltung der mir gegebenen Versprechen eingesetzt habe. Ich halte es für einen staatsrechtlichen Skandal, daß die Macht der Zentralgewalt nicht so weit gehen soll, aus den Ueberschußkronländern das Notwendige den Bedarfskronländern zuzuführen. Das führt ja dahin, daß ein Kronland sich anmaßt, Transitgüter nicht durchzulassen, sondern zu beschlagnahmen.

Ein gewisser Vorteil wäre zu erzielen, wenn es zumindest gelänge, noch jetzt die obengenannten Nahrungsmittel, Brotgetreide und Kartoffeln (zum Brotgetreide gehört auch Mais) zu erfassen. Sehr bedauerlich ist es, daß noch immer soviel Getreide und auch Kartoffeln zur Schweine- und Gänsemast benützt werden. Es trifft dies in erster Linie für Ungarn zu, aber soweit ich feststellen konnte, auch für Böhmen und Mähren. Diese überaus wichtige Angelegenheit hat das österreichische und das ungarische Ernährungsamt viel zu wenig aufmerksam verfolgt. So angenehm und küchentechnisch wichtig es auch ist, das durch Mästung erzielte Fett zur Verfügung zu haben, so bedenke man doch, daß vom Nahrungswert, den wir an Schweine verfüttern, maximal nur 40 Prozent, in der Regel sogar nur 25 bis 30 Prozent in Form von Fett in die menschliche Nahrung zurückkehren. In Zeiten wie jetzt bedeutet es also eine grenzenlose Verschwendung, auf die Gewinnung tierischen Fettes hinzuarbeiten. Es ist dies nur ein Gewinn an Leckerbissen, dem gewaltige Nahrungsquantitäten zum Opfer fallen. Schweinemast ist nur dort berechtigt, wo aus Abfällen, die für die menschliche Ernährung nicht mehr unmittelbar in Betracht kommen, die Mästung stattfindet. Ob dies für die 15.000 Schweine zutrifft, die der Wiener Magistrat angeblich bis zum Gewicht von 130 Kilogramm per Stück auffüttern will, weiß ich nicht, aber ich bezweifle es sehr.

Bei richtiger Wirtschaft besteht nicht die geringste Gefahr, daß Oesterreich-Ungarn wegen Mangels an Nahrungsmitteln nicht beliebig lange durchhalten könnte. Denn in ihrer Gesamtheit produziert die Monarchie eine vollständig ausreichende Summe von Nahrungsmitteln.

Bei den jetzigen Verhältnissen muß wegen des völligen Versagens der pflichtgemäßen offiziellen Lieferungen das meiste im Schleichhandel erworben werden. Wir nennen solchen Handel in Deutschland den Lohengrinhandel, denn es gilt von ihm das Wort: „Nie sollst du mich befragen ... woher ich kam der Fahrt". Es gibt aber verschiedene Arten des Schleichhandels, die verschieden zu bewerten sind. Zunächst den, bei dem die Ware von Hand zu Hand geht und dadurch im Preise außerordentlich steigt. Bei der zweiten Form geht die Ware direkt vom Erzeuger in die Hand des kleinen Verbrauchers über. In Deutschland spielt dies eine recht große Rolle und täglich kommen auf diesem Wege ansehnliche Mengen von Nahrungsmitteln verschiedener Art vom Lande in die Stadt, immerhin doch nicht so viele, daß dadurch die Gesamtsumme der zu rationierenden Nahrungsmittel wesentlich beeinträchtigt würde. Diese Form des Schleichhandels bezieht sich auf Fleisch, Bier, Butter, Obst, während die beiden obengenannten Hauptnahrungsmittel, Brotgetreide und Kartoffeln, nur in verschwindendem Grade davon betroffen sind. Im Hinblicke auf die unvermeidlichen Härten des Rationierungssystems kann man gegen die zweite Art des Schleichhandels nicht allzuviel einwenden, und zwar um so weniger, als dabei die gesetzlichen Höchstpreise wenig oder gar nicht überschritten werden. Die Landbevölkerung bei uns in Deutschland gibt gern zu den Höchstpreisen an die Verbraucher ab, und es fällt ihr dabei nur der ansehnliche Uebergewinn in den Schoß, der sonst für die Verwaltung und andere Nebenkosten verausgabt wurde. Und diese Nebenkosten sind oft, zum Beispiel bei der Kartoffel, höher als der Gestehungswert.

Oesterreich könnte mit einem Schlage aus der ganzen Misere herauskommen. Es bietet sich jetzt eine Gelegenheit, wie sie nie war und nie wieder kommen wird. Ungarn beansprucht Bosnien und die Herzegowina. Indem Oesterreich aus eigenem Interesse den Wünschen Ungarns zustimmt und dieses mit dem großen Geschenke Bosniens und der Herzegowina bereichert, hat es die Gelegenheit, sich durch einen ewigen Vertrag entsprechenden Anteil aus dem unermeßlichen Nahrungsüberschusse Alt- und Neuungarns zu verschaffen, dessen es dringend bedarf.

Tägliche Rundschau 27./IX. 1918.

95

Die Ernährungsaussichten für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr.

Generalsekretär Stegerwald gab in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes heute den Vertretern der Presse eine Uebersicht über die Ernährungsverhältnisse im neuen Wirtschaftsjahre. Das Bild, das er malte, und zwar ohne Schönfärberei, ließ erkennen, daß die Aussichten für unsere Ernährung sich nicht, wie unsere Feinde hoffen, verschlechtert haben, sondern daß sie für Brotgetreide und Futtermittel besser als im vorigen Wirtschaftsjahre, für Zucker und Herbstgemüse die gleichen und für Fleisch und Obst schlechter sein werden. Für Kartoffeln und Fett sind die Schätzungen noch nicht abgeschlossen. Im einzelnen machte Generalsekretär Stegerwald folgende Angaben, nachdem er vorausgeschickt hatte, daß eine völlig genaue Uebersicht zu geben, heute noch nicht möglich sei, weil z. B. das Brotgetreide und die Kartoffeln noch nicht abgeliefert seien:

Brotgetreide. Die Vorschätzung hat ungefähr 15 v. H. mehr ergeben als im vorigen Jahre. Deshalb konnte mit gutem Gewissen die Brotration von 1950 Gr. wieder hergestellt werden. Darüber hinaus konnte aber nicht gegangen werden, weil Vorschüsse, die in der letzten Zeit aus den Reserven entnommen wurden, wieder eingebracht werden müssen. Auf nennenswerte Zufuhren aus Rumänien ist nicht zu rechnen. Für die fleischlosen Wochen erlaubt das günstigere Ergebnis eine Zuweisung von Mehl.

Kartoffeln. Ueber eine später zu verteilende erhöhte Kartoffelmenge wird noch verhandelt. Vorläufig bleibt es bei 7 Pfund in der Woche. Erst in der zweiten Oktoberhälfte wird die Kartoffelernte beendet sein und dann wird die neue Wochenmenge endgültig festgesetzt sein.

Fleisch. Mit der Fleischversorgung stehen wir schlechter da als im vorigen Jahre. Deshalb werden die fleischlosen Wochen zunächst noch weiter beibehalten werden. In den Rindviehbestand kann nicht tiefer eingegriffen werden, weil eine feste Grenze durch den Bedarf für die Milch- und Fettversorgung und für die Aufzucht gezogen ist. Der Nutzen der fleischlosen Wochen geht auch daraus hervor, daß jede Woche 50 000 Milchkühe vor der Abschlachtung bewahrt. — Den „Schwarzschlachtungen", die in großer Menge vorkommen, hofft man durch Einführung der Viehkataster besser entgegentreten zu können. Auch durch weitere Aufklärung der Landwirte über ihre Pflichten und durch schärfere Kontrolle der Gastwirte hofft man mehr Fleisch für die allgemeine Versorgung heranzuschaffen.

Fett. Die Fettmenge bleibt die alte, jedoch mit einer Verschiebung zuungunsten der Butter. Dafür soll es im Verhältnis mehr Margarine geben, die besser als früher sein wird, weil man überwiegend Pflanzenöle zur Herstellung verwendet.

Nährmittel werden in reichlicherer Menge ausgegeben werden, weil die Hafer- und Gerstenernte besser ausgefallen ist. — Brotaufstrichmittel werden trotz der schlechteren Obsternte durch geeignete Streckungsmittel in der alten Menge hergestellt werden können. Die Zuckermenge bleibt dieselbe.

Der Neue Abend
27/IX. 1918

a 27

Dichtung und Wahrheit.

Von einem Staatsbeamten erhalten wir folgende kleine, aber wertvolle Arbeit, die der Aufmerksamkeit aller empfohlen sei, denen der Banknotenumlauf mehr als das Dasein — anderer selbstverständlich — bedeutet. Übrigens sei bei diesem Anlasse wieder an die Forderung der Erhöhung des Unterhaltsbeitrages erinnert, deren Nichterfüllung ein von Tag zu Tag schwereres Unrecht gegen die Allerärmsten wird.

„In Ihrem geschätzten Blatte vom 21. d. M. wurde eine Zusammenstellung wiedergegeben, in welcher Österreich als das Land dargestellt ist, dessen Teuerung die zweitgrößte ist. Ich habe folgende Tabelle verfaßt, nach welcher man eines anderen belehrt wird:

	Höchstpreis	Steigerung	wirklicher Schleichhandelspreis	Steigerung	Friedenspreis
Fleisch . .	K 8·60	425 %	K 30·—	1500 %	K 2·—
Butter	„ 25·60	640 %	„ 70·—	1800 %	„ 4·—
Mehl . . .	„ 2·50	700 %	„ 25·—	6250 %	„ —·40
Eier, 1 St.	„ 1·12	1100 %	„ 1·50	1500 %	„ —·10
Milch, 1 l	„ 1·—	330 %	„ 3·—	1000 %	„ —·30
Zucker . .	„ 1·58	250 %	„ 20·—	1500 %	„ —·60
Erdäpfel .	„ —·72	720 %	„ 3·—	3000 %	„ —·10
Pflaumen	„ 3·30	1650 %	„ 6·—	3000 %	„ —·20
Schuhe .	„ 100·—	500 %	„ 400·—	2000 %	„ 20·—
Anzug . .	„ 180·—	300 %	„ 1800·—	3000 %	„ 60·—
Mantel .	„ 180·—	300 %	„ 1800·—	3000 %	„ 60·—
Hemd . . .	„ 24·—	400 %	„ 120·—	2000 %	„ 6·—
Socken, 1 P.	„ 5·—	1000 %	„ 20·—	4000 %	„ —·50

Und so weiter. Es ergibt sich somit eine Durchschnittssteigerung von 640 v. H. für den auf Papier geltenden Höchstpreis und 2580 v. H. für den Schleichhandelspreis, welcher die Wirklichkeit darstellt und eher zu tief als zu hoch gegriffen ist. Den Statsbeamten wurde ab 1. Oktober eine Teuerungszulage gewährt, die bald 100 v. H. des Friedenseinkommens erreicht. Damit soll der Beamte auskommen und verlangt er mehr, so antwortet ihm Herr Wimmer, daß der Beamte die Banknotenpresse in Bewegung setzt. Damit die Beamten ihren Patriotismus bezeugen, sollen sie verhungern, weil sie an der Geldentwertung und dem Riesenumlauf der Banknoten die Hauptschuldigen sein sollen. Hochachtungsvoll Siegmund W."

Der Neue Abend
27./IX. 1918
97

Ritter von Schonka von der Leitung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zurückgetreten.

Ein neues Statut der Anstalt.

Der bisherige Präsident der Kriegsgetreideverkehrsanstalt Geheimer Rat Sektionschef Dr. Franz Ritter von Schonka ist von dieser Stelle zurückgetreten. Dr. v. Schonka übernahm den Vorsitz bei Gründung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, ohne daß er damit gerechnet hätte, daß ihn dieses Amt so lange in Anspruch nehmen werde. Seine anderweitigen Verpflichtungen machen es ihm nun, wie uns mitgeteilt wird, nicht mehr möglich, diese Stelle weiter beizubehalten.

Der Rücktritt Dr. v. Schonkas hat zur Folge gehabt, daß ein neues Statut für die Kriegsgetreideverkehrsanstalt erlassen wurde. Dieses Statut wird heute in der „Wiener Zeitung" veröffentlicht. Nach den Bestimmungen des neuen Statuts ist die Kriegsgetreideverkehrsanstalt von nun an dem Ernährungsministerium unterstellt. Zur obersten Leitung der Anstalt wird im Amte für Volksernährung eine Ministerialkommission errichtet, die dem Ernährungsminister unmittelbar untersteht. Diese Kommission hat zwar bisher bereits bestanden, war jedoch im Statut der Kriegsgetreideverkehrsanstalt nicht vorgesehen. Zur Leitung der laufenden Geschäfte ist das Präsidium berufen, der Ernährungsminister bestimmt zwei Mitglieder des Präsidiums, die für Angelegenheiten der Verwaltung einerseits und solche des kaufmännischen Dienstes anderseits zur allgemeinen Vertretung der Anstalt nach außen berufen sind. Die Leitung der Verwaltungsangelegenheiten wird der bisherige zweite Vizepräsident Hofrat Gärtner übernehmen, während an die Spitze des kaufmännischen Dienstes der erste Vizepräsident Herr Hermann Reif, der Inhaber des Zentralbureaus landwirtschaftlicher Großbetriebe, tritt. Die Geschäftsführung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt selbst erfährt durch das neue Statut keine Änderung.

Die Unterstellung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt unter das Ernährungsamt bedeutet eine erfreuliche Zusammenfassung unseres Ernährungsdienstes, wie sie in anderen Staaten bereits lange durchgeführt ist.

Fremdenblatt
28. IX. 1918

98

Kriegswirtschaftliche Kommission.

Die Kriegswirtschaftliche Kommission setzte gestern unter Vorsitz des Abg. Seitz die Verhandlung über die Petroleumzentrale fort.

Vorsitzender Seitz eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Wir müssen trotz der Ereignisse, die sich auf dem Schauplatze der großen Politik vollziehen und die unser ganzes Denken und Sinnen in Anspruch nimmt, uns doch auch mit unserer Tagesarbeit befassen.

Die Kommission setzte sodann die Verhandlung über die Petroleumzentrale fort.

Direktor Zwillinger gibt eingehende Aufklärungen über die Belieferung Dalmatiens und der Inseln des Adriatischen Meeres mit Petroleum.

Direktor Itzner gibt ausführliche Aufklärungen über das Petroleumtauschgeschäft der Vacuum-Oil-Company in Graz.

Vorsitzender Seitz gibt der Ansicht Ausdruck, daß auch die staatliche Fabrik in Drohobycz und die Heeresfabrik in Limanowa der Petroleumorganisation in ihrem ganzen Umfange hätten unterstellt werden sollen.

Auf eine Reihe von Fragen des Vorsitzenden erwidert Ministerialvizesekretär Dimitz: Die Erdölbergbaue in Galizien sind größtenteils auf den Betrieb mit Rohöl eingerichtet, dort, wo sie auf Kohle eingerichtet sind, sind sie, weil der Kohlenzuschub größtenteils ausbläßt, gegenwärtig notgedrungenermaßen ebenfalls auf Rohöl angewiesen.

Vorsitzender Seitz hält es für notwendig, daß die Regierung erwäge, ob es nicht möglich wäre, daß die Militärverwaltung gerade so wie jeder andere Konsument ihren Bedarf beim Handelsministerium anspricht, im Wege der Zentrale wie jeder andere Konsument beliefert wird und man auf diese Art genau weiß, was und welche Mengen geliefert und wozu sie verwendet werden.

Der Präsident der Petroleumzentrale Priester unterstützt diesen Wunsch des Vorsitzenden, macht jedoch darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit dadurch erschwert wird, daß der Heeresverwaltung selbst eine Fabrik zur Verfügung steht, deren Erzeugungsmengen allerdings nicht genügen.

Ministerialsekretär Dr. Wolny gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, eine Regelung der Situation zugunsten der Zivilverwaltung in die Wege zu leiten.

Die Frage des Abg. Friedmann, ob bestimmte Normen für die Zuerkennung von Petroleum an bevorzugte Haushaltungen bestehen, beantwortet

Direktor Zwillinger dahin, daß im Programm als bevorzugte Kategorie in erster Linie die Landwirte, dann Gewerbetreibende, wenn sie Petroleum tatsächlich zur Ausübung ihres Gewerbes am Abend brauchen, ferner Schichtarbeiter und schließlich Heimarbeiter bezeichnet sind. Die Zuweisung von Petroleum für Stiegenhäuser erfolgt nur in Wien und in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern.

Experte Kommerzialrat Kainz bemerkt, der Handel habe sich bei der Verteilung verläßlicher erwiesen als manche politische Behörde und manche Organisation. Von einer ministeriellen Lebensmittelstelle seien monatlich etwa neun Waggons Zucker verlangt worden und sie sei auch regelmäßig in dieser Weise bevorzugt beliefert worden. Als die Kontrolle einsetzte, wurden nur für 3½ Waggons Marken abgegeben. Ebenso sei es zum Beispiel einer Frauenorganisation nicht möglich gewesen, Marken in der Zahl aufzubringen, wie sie Zucker bezogen hatte.

Expertin Frau Freund-Marcus hebt hervor, daß die Konsumenten durch die Verhandlungen der Kommission Aufklärung darüber zu finden hofften, wieso trotz der genauen Rationierung der wichtigsten Artikel dieselben im Schleichhandel oft in fast unbeschränkten Mengen zu haben sind. Diese Aufklärung habe man bisher in zureichendem Maße nicht erhalten. Alle Bemühungen, die Oeffentlichkeit von der Notwendigkeit der zentralen Bewirtschaftung zu überzeugen, werden erfolglos bleiben, so lange es nicht gelingt, von der Kriegsverwaltung erschöpfende Mitteilung über die Verarbeitung der Rohstoffe und den Modus der Ablieferung zu erlangen.

Eine Frage der Expertin, ob seit der Inbetriebsetzung der rumänischen Gruben die an Deutschland abgegebenen Quantitäten Gasöl gesunken seien, wird von Direktor Zwillinger dahin beantwortet, daß dies in bedeutendem Maße geschehen sei. Die Expertin bespricht sodann den Petroleumbedarf der geistigen Arbeiter, speziell auch der Studenten und Lehrer, und wünscht Garantien dafür, daß die Qualität des Petroleums zumindest nicht noch eine weitere Verschlechterung erfahre und daß eine straffere Bewirtschaftung bei der Kerzenbeteilung platzgreife.

Vorsitzender Seitz stellt die Frage, ob es möglich sei, daß innerhalb eines Konsumgebietes, z. B. der Stadt Wien, die Petroleumqualitäten große Verschiedenheiten aufweisen. Von der Bevölkerung werde darüber sehr geklagt. Weiter fragt er, ob irgend welche Vorschläge für Maßregeln gegen den Schleichhandel in Petroleum gemacht werden könnten.

Präsident der Petroleumzentrale Priester erklärt, es stehe außer Zweifel, daß die Qualität des Petroleums eine wesentlich bessere geworden sei, weil die Ausbeute an Petroleum wesentlich reduziert worden sei, daher für den Petroleumkonsum ausschließlich die Kernprodukte entfallen. Was jetzt als Petroleum in den Verkauf kommt, sei das, was in Friedenszeiten unter dem Titel „Kaiseröl" verkauft worden sei.

Ministerialvizesekretär Dimitz bezeichnet als eine der Hauptursachen des Schleichhandels die Verschlechterung der Sicherheitsverhältnisse. Diebstähle an den Petroleumtransporten seien auf der Tagesordnung.

Vorsitzender Seitz bemerkt in seinem Resumé am Schlusse der Sitzung, daß zwischen den Verfügungen der Regierung, die den Verkehr mit Petroleum regeln, und zwischen der Verteilung, die von der Petroleumverteilungsstelle auf Grund der behördlichen Verfügungen getroffen werden, genau zu unterscheiden sei. Die meisten der erhobenen Klagen richten sich nicht gegen die Regierungsverfügungen. Mit allem Nachdrucke müsse festgestellt werden, daß die behördlichen Verfügungen von vornherein nicht die Sicherstellung der gesamten Produktion ermöglichen.

Mit der Verhandlung über die Petroleumzentrale habe die Kommission ihre Beratungen über die Zentralenwirtschaft überhaupt beendet.

Die Verhandlungen der Kommission haben in vielen Belangen schon heute Abhilfe bewirkt, es werde aber doch notwendig sein, auch durch formelle Beschlüsse der beiden Häuser an die Regierung Weisungen über die öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Bedarfsartikel ergehen zu lassen.

Österr. Volkszeitung
28/IX. 1918

99

Kriegsspeisezettel für die Woche.

Vom 29. September bis 5. Oktober 1918.

Sonntag: Mitzbreisuppe, gesottenes Schöpsernes. — Abends: Erdäpfelsuppe mit Schwämmen.
Montag: Karottensuppe, Blutwurst mit Rotkraut. — Abends: Kochsalat mit Rahm.
Dienstag: Krautsuppe, Jägerkohl mit Wurst. — Abends: Karotten.
Mittwoch: Porreesuppe, Schwammerlgulyas von Eierschwämmen. — Abends: Kürbis mit Paradeis.
Donnerstag: Rindsuppe, Rindfleisch mit Spinat. — Abends: Gurkengemüse.
Freitag: Kohlsuppe, Nockerln mit geriebenem Honigbrot. — Abends: Grüne Fisolen.
Samstag: Würfelsuppe, Salat mit Wurst. — Abends: Kohl (fettfrei).

Gesottenes Schöpsernes. Geschnittenes Fleisch wird mit gelber Rübe, Sellerie, Petersilie, Essig, Salzwasser und Pfeffer gekocht und läßt weich dünsten. Ueber das Fleisch gießt man den durchgeseihten Saft und streut geriebenen Kren darauf.

Kochsalat mit Rahm. Gekochter Kochsalat (in Salzwasser) wird geschnitten und in einer Einbrenne mit saurer Milch verrührt. Man fügt Salz und Pfeffer hinzu und läßt aufkochen.

Schwammerlgulyas wird bereitet wie Fleischgulyas. Nachdem die Schwämme zirka ¾ Stunden gedünstet haben, gibt man die Erdäpfel daran und läßt weich kochen.

Jägerkohl (geschnittenes Kraut). Man bereitet eine dickliche Soße mit Essig und Pfeffer. Geschnittenes Kraut und geschälte Erdäpfel kocht man in Salzwasser und gießt die Soße darüber und läßt weich kochen.

Frankfurter Zeitung 29./IX.1918.

100

Ernährungsfragen.

Ein Protest der Gewerkschaften.

N Berlin, 28. Septbr. (Priv.-Tel.) Die örtlichen Vorstände der freien und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben sich in einer Versammlung am Donnerstag mit der Lebensmittelversorgung befaßt und nach längerer Aussprache folgende Entschließung angenommen:

„Die am 26. September versammelten Vertreter der freien Gewerkschaften und der Gewerkvereine Hirsch-Duncker erklären nach Anhören ihrer Vertreter im Ernährungsausschuß ihren Protest gegen die weitere Verkürzung der bestehenden Ernährungsraktionen, die darin bestehen, daß vom Oktober an nur noch einmal im Monat Butter in Höhe von 70 Gramm gegeben wird und daß die fleischlosen Wochen auch fernerhin bestehen bleiben sollen. Obwohl von den Vertretern der Arbeiter häufig die Unterbindung des Schleichhandels verlangt wurde, ist vom Kriegsernährungsamt nichts Nennenswertes dagegen unternommen worden, sodaß derselbe in diesem Jahre noch einen größeren Umfang angenommen hat. Auch der Schleichhandel mit Kartoffeln, der in diesem Jahre einen ungeheuren Umfang angenommen hat, beweist, daß bei einigermaßen gutem Willen der Bevölkerung mehr als 7 Pfund pro Woche gegeben werden können. Die Versammelten erkennen darin eine Rücksichtnahme auf die bevorzugten Kreise in der Landwirtschaft und haben nicht das Vertrauen zum Kriegsernährungsamt, daß es ernstlich gewillt ist, die Maßnahmen zu treffen, die nötig sind, um die ärmere Bevölkerung vor Auswucherung zu schützen. Die Versammelten fordern als zur Ernährung durchaus notwendig mindestens 10 Pfund Kartoffeln pro Kopf in der Woche, Beseitigung der fleischlosen Wochen, Aufrechterhaltung der bis zum 1. Oktober 1918 geltenden Fettmengen, entschiedene Bekämpfung jeglichen Schleichhandels, Unterlassen jeglicher Verordnungen, die eine Konzession an den sogenannten Antrag Röstke darstellen."

Im Anschluß daran erklärt es die Resolution für zwecklos, daß der Ernährungsausschuß noch weiter mit den staatlichen Behörden verhandelt, wenn diesen Forderungen nicht entsprochen wird.

Fremdenblatt
29./IX. 1918

101

Rezepte, die noch auszuführen sind.

(Paradeissalat.) Sehr erfrischend. Die festen Früchte mit einem scharfen Messer fein schneiden — Sellerie darunter — mit Salz, Essig, Zucker und feingehackter Zwiebel ein paar Stunden marinieren, dann auf die Salatschüssel zierlich halb übereinander legen, auf derselben mit Kartoffel-, Gurken-, Fisolensalat abwechselnd mit den Farben garnieren.

(Gefüllte Paradeis.) Schönen, noch festen Früchten schneidet man ein Kapperl ab und nimmt das Innere mit einem Löffel heraus. Zur Fülle verwendet man Haferreis gekocht, mit Zwiebel (feingehackt), Salz und Petersilie gemengt. Etwas gehacktes Fleisch oder Wurst beigemengt, verfeinert den Geschmack. Statt Haferreis tut's auch Hirse. Man füllt die Höhlung voll, legt die Käppchen wieder auf und stellt sie nebeneinander in eine Kasserolle, worin sich schon fertige Paradeissauce befindet. Langsam, zugedeckt, weich dünsten (Kochkiste), dann nebeneinander auf die Schüssel geben, den Saft darübergießen und mit Salzkartoffeln garnieren. Hirse zur Fülle wird genau so vorgerichtet.

Sehr ausgiebig; viele füllen auch mit Kartoffelpüree, aber dies schmeckt leicht süßlich, was nicht nach jedermanns Geschmack ist.

(Gelatinespeisen) sind nahrhaft, rasch hergestellt, erfordern weder Eier noch Mehl oder Fett.

Apfelgelee: Eine Portion Aepfeln mit der Schale braten, heiß passieren; Zucker und Würze nach Lust und Können beimengen sowie in heißem Wasser gelöste Gelatine und eventuell etwas Marmelade oder etwas geriebene Nüsse rühren, bis alles zu stocken anfängt, dann in der Glasschüssel erstarren lassen.

Aus Apfelwein bereitet man einen Pudding, indem man einen halben Liter Wein zu 6 Blatt roter oder weißer Gelatine rechnet; etwas davon läßt man zum Auflösen der Gelatine warm werden. Den Wein mit Zucker und Gewürz nach Geschmack aufkochen, die warme Gelatine dazu geben und schlagen, bis es anfängt zu stocken und schaumig zu werden. In einer Glasschüssel sulzen und mit falschem Schlagobers — 1 Klar Schnee, 1 Löffel Zucker, 1 Löffel Marmelade fest geschlagen — garnieren.

Aspik zu Kartoffeln oder Eiern. Einen halben Liter schwache Rindsuppe — es kann auch Würfelsuppe sein — 5 Blatt Gelatine, Essig nach Geschmack, 1 Eiklar mit der Schale gut aufkochen, bis es recht milchig wird; währenddessen mit der Schneerute schlagen, durch ein Filtriersackel oder durch ein mit einem Tuch überlegtes Sieb langsam tropfen lassen, damit das Aspik klar wird. Vorzüglich! Billig! Nahrhaft!

(Kürbiskuchen.) Man macht einen ganz gewöhnlichen Germteig; ungefähr die Hälfte Gewicht Kürbis wie Mehl, also zu 1 Kilogramm Mehl ½ Kilogramm Kürbis, mischt man bei, nachdem er gekocht und passiert ist; der Kürbis macht saftig, der Teig kann also fest angemacht sein. Etwas Fett, Zucker, eventuell ein Ei, gibt man wie sonst bei. Man kann Buchteln oder einen Kuchen machen; Backzeit etwas länger, damit er innen ausgebacken ist, und heiß mit Zucker bestreuen.

(Honig für Milchbesitzer) ist leicht herzustellen, wenn man 1 Liter Buttermilch, ½ Kilogramm Fallobst — am besten Aepfel — dazu reibt und mit ½ Kilogramm Zucker langsam, auch in mehreren Kochzeiten, kochen läßt, bis die Masse Honigfarbe und Geschmack angenommen hat.

(Bayrische Zwetschkenknödeln.) Unser lieber, ehrlicher Erdäpfelteig erhält noch etwas Backpulver beigemengt. Die Zwetschken werden entsteint, ein Stückchen Zucker hineingesteckt, dann Knödeln geformt, die nicht wie bei uns in Wasser gekocht, sondern entweder in Schmalz ausgebacken oder auf einem befetteten Blech in der Röhre gebacken werden. Zucker und Zimmt soll beigegeben werden, auch etwas warmes Fett!

(Zwetschkenpfannbln.) Harte, übrig gebliebene Brotreste reiben, mit Zucker, Honig oder Honigersatz sowie Gewürz gut mischen, ein steifes Zwetschkenkompott, Röster aus Aepfeln oder Zwetschken kochen. In die Stielpfanne kommt etwas Fett, man gibt Brot hinein, das man mit dem Löffel rund formt, dann Kompott darauf und zuletzt mit Brot wieder decken. Wenn das Untere Farbe hat, dreht man den Kuchen eventuell mit Hilfe einer zweiten Pfanne oder eines Tellers um, bäckt ihn ebenso und stellt ihn heiß, bis alle Kuchen fertig sind. Gut und billig.

(Feinster Obstauflauf,) für Kranke sehr geeignet. Ein steifes Kompott aus Zwetschken, Aepfeln u. dgl. kochen, nicht viel Saft. Man schüttet es in die Backschüssel, die man gleich zu Tische bringt, und deckt es mit einer Haube aus z. B. 2 Dotter mit 2 Löffel Zucker, 2 Löffel Mehl, 2 Klar Schnee. Dies wird in die Röhre geschoben, licht gebacken, sofort serviert. Natürlich kann die Haube dicker oder dünner über das Kompott gehäuft sein.

(Gemüse im Netz.) Man bäckt sich einige ganz einfache Palatschinken; die unterste kommt auf eine Schüssel, wird mit fertigen grünen Fisolen gefüllt, eine zweite darauf, die eine dicke Paradeissauce erhält; die dritte darauf gelegt mit Erdäpfelpüree oder Haferreis. Schluß Palatschinke. Einen Moment in die Röhre zugedeckt stellen, damit sie heiß wird, dann beim Anrichten quer durchschneiden, damit die verschiedenen Farben zur Geltung kommen. Etwas Reibkäse darüber verbessert sehr.

(Krauttascherln.) Man bereitet einen mürben Teig von 8 Dekagramm Margarine, 12 bis 14 Dekagramm Mehl, auch schwarzes genügt dazu, 1 Löffel Zucker, 1 gute Messerspitze Backpulver. Der Teig wir am Brett zuerst mit Mehl und Fett gut abgebröselt, dann rasch zusammengeknetet. Vorher hat man Häuptlkraut fein geschnitten, eingesalzen und fest ausgedrückt; Zucker braun anlaufen lassen, das ausgedrückte Kraut hinein und so lange dünsten, bis es weich und braun geworden, dann kaltgestellt. Der Teig wird aufgerollt, viereckige Stücke geschnitten, in die Mitte eines jeden Stückes etwas Kraut gelegt, die Enden kreuzweise oder im Dreieck übereinandergeschlagen und nicht dunkel backen. Sind vorzüglich, hier ganz unbekannt.

S. R.

Der Neue Abend

30./X. 1918

Der Hochverrat des Preistreibens.

Die nachstehende Zuschrift wird selbst auf abgehärtete Nerven Eindruck machen. Sogar jetzt ist eine Staatsanstalt, die Mehl zu 24 Kronen abgibt, nichts alltägliches. Beachtenswert sind übrigens auch die Einkommensverhältnisse der Arbeiter, denen dieses Mehl zugedacht ist. Wer nur halbwegs sozial zu denken gelernt hat, der kann selbe aus den paar Angaben, die den Unterschriften des Klagerufes beigefügt sind, Schlüsse auf das Elend ziehen, in dem zu leben brave Arbeiter verurteilt sind. Hilfe in beiden Richtungen tut hier auf das Dringendste not.

Das Schreiben lautet:

Die Unterfertigten erlauben sich die geehrte Schriftleitung auf nachstehendes aufmerksam zu machen: Gestern wurde die Arbeiterschaft der k. k. Hof- und Staatsdruckerei mit der Verlautbarung überrascht, daß in nächster Zeit Mehl bis zum Höchstausmaß von drei Kilogramm für den Kopf zum Preise von 24 Kronen für ein Kilogramm an die Abnehmer der Arbeiterlebensmittelabteilung, bzw. den hier Beschäftigten abgegeben wird. Also Mehl zum Höchstpreis ist nur ¼ Kilogramm für den Kopf vorhanden, zu Wucherpreisen verkauft es jetzt sogar eine k. u. k. Anstalt.

Da ein großer Teil der Arbeiterschaft im Wochenlohne steht, und zwar: Setzer 38 K, Buchdrucker 38 K, Buchbinder 29 K, Hilfsarbeiter 21 K und Arbeiterinnen 15 K, Professionisten nur 24 K die Woche erhalten, so bleibt die Frage offen, mit welchen Mitteln sich diese Leute Mehl um 24 Kronen kaufen sollen. Die Teuerungszulagen von 18 bis 30 Kronen wöchentlich reichen selbst den Ledigen nicht zum Ankauf der täglichen, ohnedies knapp bemessenen Nahrungsmittel, viel weniger jenen mit Familie von 3 bis 4 Köpfen.

Die Gefertigten wenden sich an die geehrte Schriftleitung mit der Bitte, um Veröffentlichung dieser krassen Zustände. Die Gefertigten wären gerne selbst in ihrer Sprechstunde erschienen, doch ist es ihnen nicht möglich gleichzeitig abzukommen.

Wien, 27. September 1918.

Mit aller Hochachtung:

A. Buchbinder, Gewisses Geld 33 K wöchentlich, Familienstand 3 Personen; B. Lohn 36 K, Familienstand 3 Personen; C. Witwe mit einem Kind, Hilfsarbeiterin, Wochenlohn 15 K; D. und 8 Familienmitglieder; E. Buchbinder, Lohn 33 K, Familienstand 3 Personen; F. Hilfsarbeiterin.

Ostdeutsche — Rundschau 103

1./X. 1918

Der Amtsschimmel im staatlichen Ernährungswesen.

Aus Reichenberg, 26. d., wird gemeldet: Während auf den Märkten der Städte fast gar keine Pflaumen zu haben sind — außer „ungarischen", die keinem Höchstpreis unterliegen — verfaulen die Früchte auf den Bäumen und in großen Haufen. In Vsetat-Privor liegen Zwetschken haufenweise herum und harren des Abtransportes. Die „Obst- und Gemüsestelle" hat alles Obst in den „Ueberschußbezirken" beschlagnahmt und wacht sorgsam darüber mit Bütteln und Spitzeln, daß ja nichts durch vernünftige Menschen wirklich der hungernden Menschheit zugeführt werde, woraus nicht der nötige amtlich-zentralisierte Profit fließt. Die Folge ist, daß diese der „ordnungsgemäßen" Abfuhr harrenden Pflaumenmengen verfaulen und damit verloren gehen. Damit nicht genug. Die Bäume hängen zum Brechen voll des schönsten Obstes, aber die Beschlagnahme hat es fertig gebracht, daß kein Mensch daran denkt, die hohen Pflückerlöhne zu bezahlen — weil das ja hinausgeworfenes Geld wäre. Die regenreiche Zeit kommt der „Geos" zu Hilfe, indem sie auch das Faulen auf dem Baume beschleunigt. So kann man ruhig annehmen, daß ein gutes Drittel der heurigen Obst-, besonders der Pflaumenernte, zugrunde geht dank der „Fürsorge" des Staates. (Ein Kilo Nahrungsmittel in dieser Zeit verderben lassen, ist unserer Ansicht nach ein ruchloses, fluchwürdiges Verbrechen!)

Die Zeit
2./X. 1918

205

Die unzufriedenen Bäcker.

Erklärungen eines Fachmannes.

Die Eröffnung von Bäckereien seitens der Wirtschaftsvereinigungen einzelner Riesenbetriebe haben lebhaften Unwillen unter den Bäckermeistern Wiens ausgelöst. Die Bäcker sehen sich, wenn die Eigenproduktionen weiteren Umfang annehmen, vom Untergang bedroht.

Einer unserer Mitarbeiter hatte nun Gelegenheit, mit einem Bäckereifachmann über diese Angelegenheit zu sprechen, wobei er folgende bemerkenswerte Mitteilungen erhielt:

„Wer die Lage des Handwerkerstandes in Oesterreich nach den jeweiligen Berichten einzelner Blätter beurteilt, muß zu der Anschauung kommen, daß die Handwerker überall nur Freunde und Gönner besitzen und allenthalben geschätzt und gefördert werden. Versäumen doch Behörden, Politiker, Parteiführer keine Gelegenheit, den Gewerbestand ihres werktätigen Wohlwollens zu versichern. Theorie und Praxis gehen aber auch hier sehr weit auseinander. Wird ja doch gerade gegenwärtig die Errichtung staatlicher Warenhäuser und die parteiische Förderung gewisser Organisationen auf Kosten des Gewerbes und des Kleinhandels zum Schaden der Allgemeinheit lebhaft betrieben.

Wir Bäcker aber können besonders viel davon erzählen. Seit neuestem bemüht man sich eifrigst um die Errichtung von Bäckereibetrieben, die an Stelle von Bäckermeistern das Brot für Anstalten und Institute liefern sollen. Große Etablissements sind in diesem Bestreben schon lange vorausgegangen. In den großen Fabriksbetrieben der Provinz wurden schon vielfach Bäckereien errichtet, die das Brot für die dort beschäftigten Angestellten erzeugen. Dieser Prozeß war bisher vielfach durch die Unrentabilität der Broterzeugung aufgehalten. Der Brotpreis stand schon seit längerer Zeit in einem solchen Mißverhältnis zu den Erzeugungskosten, daß man es vorzog, das Brot bei den Bäckern zu kaufen oder dort gegen einen Minimallohn backen zu lassen.

Jetzt ist endlich der Brotpreis den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen entsprechend geregelt worden. Der Bäcker kann zwar auch heute nicht sagen, daß er besonders günstig gestellt sei, aber er vermag bei einiger Sorgsamkeit doch sein Auslangen zu finden. Jetzt hält man es wieder für hoch an der Zeit, überall, wo es nur angeht, zur Eigenproduktion zu schreiten. Solange der Brotpreis ein niedriger gewesen ist, war der Bäcker gut genug, das Brot zu liefern, jetzt ignoriert man ihn und errichtet große Bäckereien.

Die Direktion der Staatsbahnen," so fährt der Fachmann in seinen Darlegungen fort, „ist mit der Errichtung der eigenen Bäckerei beispielgebend vorangegangen. Durch besonderes Entgegenkommen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt konnte sie die eigene Bäckerei errichten, für die sie sogar andere Lebensmittelmagazine als Kunden zu gewinnen sucht. Dieses Beispiel hat sofort Nachahmung gefunden. Die niederösterreichische Statthalterei sucht eine Großbäckerei anzukaufen, in der sie täglich 8000 Laib Brot erzeugen will. Diese Broterzeugung beabsichtigt die Statthalterei in eigener Regie durchzuführen. Neuerdings hat sich auch der niederösterreichische Landesausschuß mit dem Projekt befaßt, an die Errichtung einer eigenen Brotfabrik für die Landesanstalt am Steinhof zu schreiten.

In diesen Absichten sehen die Bäcker eine arge Gefahr für ihre Existenz, und sie erheben gegen die fortschreitende Eigenproduktion entschiedenen Einspruch."

Arbeiterzeitung
3./X. 1918

106

Protest der Sozialdemokraten im Ernährungsausschuß.

Zu dem Bericht über die Sitzung des Ernährungsausschusses am Dienstag wird uns noch berichtet: Nach dem Sektionschef Löwenfeld-Ruß führte der Vertreter des Finanzministeriums Sektionschef Joas aus, das Finanzministerium sei nicht in der Lage, die Kosten des Garantiebetrages auf die Staatskasse zu übernehmen. Es wäre vielleicht auch notwendig zu erwägen, ob nicht schon jetzt in den neu zu erstellenden Zuckerabgabepreis die Zuckersteuererhöhung einzukalkulieren wäre, die auf Grund der Anträge des Finanzausschusses vom Hause beschlossen werden soll. An den Bericht der beiden Regierungsvertreter schloß sich eine lebhafte Debatte, in der die Abgeordneten Czech und Friedmann den Standpunkt vertraten, daß die Regierung in einer Zwangslage sei, aus der ihr kein Ausweg bleibe, als die Zuckerpreise zu erhöhen. Friedmann übte scharfe Kritik daran, daß die ungarischen Zuckerfabriken bei der Kohle bevorzugt werden.

Seliger wendete sich sehr scharf gegen die beabsichtigte Erhöhung des Zuckerpreises. Die Zwangslage, auf die sich die Regierung beruft, sei zweifellos gegeben, aber sie sei die Folge der Fehlerhaftigkeit unserer ganzen Ernährungspolitik, die die Sozialdemokraten stets bekämpft haben. Wir lehnen daher diese Verteuerung auf das entschiedenste ab, die nur dazu führen würde, die Unerträglichkeit der Ernährungsverhältnisse für die nicht vermögenden Schichten noch zu verschärfen. Nach dem Bericht des Sektionschefs liege die entscheidende Ursache der Zwangslage in der Kohlennot, die aber auf die schlechte Ernährung und auf die Behandlung der Bergarbeiter zurückzuführen ist. Obwohl die Kohlenproduktion zurückgeht, werden Hunderte hochqualifizierte Bergarbeiter aus politischen Gründen oder nur deshalb, weil sie als Vertrauensmänner der Bergarbeiter in Lohn- oder Ernährungsfragen intervenierten, einrückend gemacht; dann aber kommt die Regierung und fordert nun unter dem Titel der Zwangslage die Erhöhung der Zuckerpreise! Ganz entschieden muß auch dagegen Stellung genommen werden, daß die Verbraucher für etwaige Verluste der Zuckerindustriellen in der Form eines Aufschlages auf den Zuckerpreis aufkommen sollen. Die Zuckerindustriellen müssen auch im Frieden das geschäftliche Risiko tragen und ihre Profite waren bisher auch im Kriege so hoch, um dieses Risiko ohneweiters übernehmen zu können. Ueberdies muß die Frage aufgeworfen werden, was mit den durch den Aufschlag erzielten Millionen geschieht, wenn die befürchteten Verluste nicht eintreten. Ebenso entschieden müsse die vom Finanzministerium angeregte Einkalkulierung der Zuckersteuererhöhung schon in den jetzt zu erstellenden Preis abgelehnt werden. Der Ernährungsausschuß habe überhaupt kein Recht, dazu seine Zustimmung zu geben, und wir Sozialdemokraten legen entschiedenst Verwahrung dagegen ein, daß die Bevölkerung für den schlechten Rohzucker noch höhere Preise bezahlen soll, als sie bisher für den besseren Weißzucker bezahlt hat, die auch schon genug hoch waren.

Neues Wiener Tagblatt
3/X. 1918

108

Die Ernährungsvorsorge für die Staatsbediensteten.

Der Staatsangestelltenausschuß trat gestern zur Fortsetzung seiner Beratungen zusammen. Zunächst stellte der Berichterstatter Abg. Heine folgenden Antrag: „Im Hinblick auf die Nichtbeachtung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in der Julitagung in Angelegenheit der materiellen Maßnahmen für die Staatsangestellten und Staatsarbeiter seitens der Regierung ist der Unterausschuß des Staatsangestelltenausschusses sofort einzuberufen, um mit der Regierung wegen der restlosen Durchführung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zu verhandeln. Der Unterausschuß des Staatsangestelltenausschusses hat innerhalb drei Tagen an den Vollausschuß zu berichten."

Abg. Glöckel spricht sich gegen eine weitere Verhandlung mit der Regierung aus, solange sich nicht die betreffenden Minister darüber gerechtfertigt haben, wie sie eine Verordnung erlassen konnten, die auf die Beschlüsse des Ausschusses und des Hauses in keiner Weise Rücksicht genommen hat. Er beantragt daher, zur nächsten Sitzung den Ministerpräsidenten, den Finanzminister, den Minister des Innern und den Ernährungsminister einzuladen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Generalpostdirektor Hohelsl gibt hierauf eingehende Aufklärungen über die im Bereiche des Postressorts geschaffenen Einrichtungen, und zwar über die zur Einrichtung gelangten Lebensmittellager, Gemeinschaftsküchen, Hausküchen sowie über die Belieferung der Postbediensteten mit Kleidern, Schuhen und Kohle.

Der Vertreter des Finanzministeriums Ministerialrat Dr. v. Schneider und Ministerialsekretär Dr. Gurtner machen Mitteilungen über die vom Amt für Volksernährung ins Leben gerufene Aktion zur Versorgung der Zivilstaatsbediensteten, die durch eine Verordnung der genannten Stelle vom 28. Juli ihre endgültige Regelung erfahren hat.

Sektionsrat Dr. Wilfling verweist darauf, daß der Ministerrat vor längerer Zeit die Einsetzung einer Ministerialkommission zur Beschaffung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen beschlossen hat. Die Tätigkeit dieser Kommission und die bisher gemachten Erfahrungen lassen die Möglichkeit eines günstigen Erfolges erwarten.

Abg. Dr. v. Hofmann verlangt die Einbeziehung der Lehrerschaft in die seitens des Volksernährungsamtes geplante Ernährungsvorsorge für die Staatsbediensteten, wobei er insbesondere darauf verweist, daß die Lehrerschaft ungünstiger gestellt sei als die Staatsbediensteten und nicht einmal Anschaffungsbeiträge erhalten habe.

Nächste Sitzung heute, 5 Uhr nachmittags.

Der Neue Abend

3./X. 1918

Der Krieg und die Lebensmittel

Preiserhöhungen sind so ziemlich die einzigen Neuigkeiten, die sich von der Lebensmittelversorgung melden lassen. Auf den Märkten wird die Lage immer ungünstiger und sie kommen daher immer weniger für die Deckung des täglichen Bedarfes in Betracht. Die Fleischversorgung Wiens besteht zeit ausschließlich in der regelmäßigen Abgabe von Dekagramm Rindfleisch für die Person und Woche. Andere Fleischgattungen fehlen gänzlich, wenn man von den geringen Mengen Schaffleisch, die hie und da zu hohem Preise erhältlich sind, und von den Schweinefleischverkäufen in der Großmarkthalle, die auch immer seltener werden und nicht einmal für den Bedarf eines einzigen Bezirkes ausreichen, absieht.

Geflügel ist trotz der neugegründeten Übernahmsstelle noch immer so unerschwinglich teuer, daß es nach wie vor nur für einen ganz kleinen Teil der Bevölkerung als Nahrungsmittel in Betracht kommt. Trotz der geringen Mengen, die auf den Märkten zum Verkaufe ausgeboten sind, bleibt täglich ein großer Teil, namentlich das teure Fettgeflügel, unverkauft. Auch die russisch-polnischen Gänse, welche im ganzen zu K 27, geteilt zu K 28 das Kilogramm verkauft werden, kommen nicht als Fleischersatz für die große Menge in Betracht.

Die Grünwarenmärkte waren nicht durchweg ausreichend beschickt. Der Naschmarkt war wieder mehr als ausreichend versorgt, dafür aber einzelne andere Märkte recht schlecht. In den Preisen ist keine Änderung eingetreten, bloß der Kilogrammpreis für Hallänasch, welche heute stärker als sonst zugeführt waren, wurde auf K 2·40 ermäßigt.

Die Eierabgaben auf den Märkten werden auch immer seltener, heute verfügte fast kein Markt über Eierankünfte.

Reichspost

3/X. 1918

110

Einberufung des Ernährungsrates.

Der Ernährungsrat ist für Mittwoch, den 9., und Donnerstag, den 10. d., zu seiner XIII. Tagung einberufen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Mitteilungen des Ministers für Volksernährung, ferner des Amtes für Volksernährung über: 1. die Aenderung des Statuts der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, 2. die Maßnahmen auf dem Gebiete der Getreidebeschaffung, Kartoffel-, Gemüse- und Obstbewirtschaftung. Weiters wird man sich mit dem Antrage Jantsch, betreffend die staatliche Bewirtschaftung des Weines, und mit den Maßnahmen auf dem Gebiete der Bewirtschaftung industriell erzeugter Nahrungsmittel und der Versorgung mit Fleisch und Fett beschäftigen.

Der Neue Abend
4./X. 1918

A 4
III

Krankenkost und Schleichhandel.

Man schreibt uns aus Salzburg: Am 27. September erließ der Stadtmagistrat Salzburg folgende sehr vernünftige und nachahmenswerte Verordnung: „Die Tatsache, daß es gegenwärtig wiederum unmöglich ist, das zur Versorgung der Kranken erforderliche Kalbfleisch aufzubringen, während im Schleichhandel erworbenes Kalbfleisch in den Gastwirtschaften regelmäßig verabreicht wird, veranlaßt den Stadtmagistrat, die Verabreichung von Kalbfleisch sowie von Speisen, in denen Kalbfleisch enthalten ist . . ., strengstens zu untersagen. Diese Verordnung tritt am 1. Oktober l. J. in Kraft." Folgt Strafandrohung. Am 1. Oktober lautete die Speisenfolge im Gasthof „Zum Stein" folgendermaßen (in anderen Gasthäusern ist es natürlich ebenso): Gefüllte Kalbsbrust K 8.—, Wiener Reisfleisch K 8.—, Ragout mit Reis K 8.—, Kalbskarree K 8.—.

(Dieser Gasthof scheint also eine Art Salzburger Sacher zu sein. D. Schriftl.)

Neue Freie Presse Abendl 4./X. 1918

112

Minister Prinz Windisch Graetz über die Aushilfen an Oesterreich.

Mais im Kompensationsverkehr.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 4. Oktober.

Ernährungsminister Pristz Windisch Graetz äußerte sich gegenüber Ihrem Korrespondenten über die Ernährungsverhältnisse folgendermaßen: Der Bedarf des Landes und Heeres ist für das ganze Wirtschaftsjahr gesichert. Es ist keine Verfügung getroffen worden, die eine Aenderung meines im Abgeordnetenhause dargelegten Standpunktes bedingen würde. Ob wir über Ueberschüsse verfügen und wie groß diese sein werden, läßt sich jetzt nicht bestimmen. Sofern solche Ueberschüsse vorhanden sein sollten, wird eine Aushilfe an Oesterreich auf Grund des Kompensationsverkehres erfolgen. Als Kompensationsmittel sind in erster Reihe Kohle, Petroleum und Textilwaren gedacht. Hoffen wir, daß die Erfassung der Maisernte rasch gelingt. Die Aushilfe an Oesterreich ist nur in Mais möglich.

Wir haben mit der österreichischen Regierung lange Verhandlungen gepflogen, in welchen wir den Kompensationsverkehr vorbereitet haben. Wir haben festgestellt, daß in Oesterreich große Mengen von Waren vorhanden sind, deren Lieferung wir aus unseren Ueberschüssen decken würden. Deutschland kann sich aus seiner eigenen Ernte versorgen. Es ist nicht auf unsere Ueberschüsse angewiesen.

Bezüglich der Kontrolle der von Ungarn an die Armee gelieferten Lebensmittel kann aus den hier eingelangten Berichten festgestellt werden, daß an der Front an den von Ungarn gelieferten Lebensmitteln kein Mangel geherrscht hat und nicht herrscht und daß seit Beginn des Wirtschaftsjahres sich die Versorgung an der Front entschieden gebessert hat.

Reichspost
4./X. 1918

113

Die Versorgungsfragen.

Die Gemeinde verlangt mehr Lebensmittel für die Wiener Bevölkerung.

Der Stadtrat trat heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zu einer Sitzung zusammen, um über die gegenwärtigen Versorgungsverhältnisse Wiens zu beraten. Nach einem Berichte des VB. Rain und nach Vorträgen der Magistratsreferenten Obermagistratsrates Dr. Ehrenberg, Magistratsräte Dr. Roßkopf und Wanschura und Magistratssekretärs Dr. Hubmayer entspann sich eine die ganze Sitzung ausfüllende, stellenweise erregte Debatte, an welcher sich sämtliche Mitglieder des Stadtrates beteiligten.

Von allen Rednern wurden die derzeitigen Uebelstände auf allen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Lebensmitteln hervorgehoben und mit allem Nachdrucke auf die Pflicht der Regierung hingewiesen, alles vorzusorgen, um eine ehest mögliche Besserung herbeizuführen. Es wurden einstimmig nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Die Regierung wird neuerlich aufgefordert, dem wiederholten Ersuchen der Wiener Gemeindeverwaltung um Wiederherstellung der vollen Kochmehlquote mit der durch die überaus ungünstige Ernährungslage der Wiener Bevölkerung gebotenen Beschleunigung zu entsprechen. Die Regierung wird weiters aufgefordert, durch möglichst restlose Erfassung der Inlandernte und rascheste Sicherstellung von auswärtigen, insbesondere ungarischen Bezügen entsprechend große Reserven an Brotgetreide anzulegen, um anläßlich der zu gewärtigenden Maiszuschübe über die entsprechenden Mengen von Edelgetreide zur Herstellung einer geeigneten Brotmehlmischung zu verfügen. Die Regierung wird ersucht, anläßlich der in Schwebe befindlichen Kompensationsverhandlungen mit der ungarischen Regierung zu bewirken, daß aus den ungarischen Zuschüben ein Sonderkontingent ausschließlich für die Verforgung der Stadt Wien bereitgestellt werde. Die Regierung wird aufgefordert, mit allem Nachdrucke das sofortige Einsetzen derart reichlicher Kartoffelzuschübe zu veranlassen, daß rechtzeitig vor Eintritt der schlechten Jahreszeit die für die Versorgung der Wiener Bevölkerung unter Zugrundelegung einer Quote von mindestens drei Kilogramm Kartoffeln pro Kopf und Woche erforderlichen Vorräte sichergestellt werden können. Die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich alle Maßnahmen in die Wege zu leiten, welche geeignet sind, eine durchgreifende Beschickung des Wiener Obstmarktes herbeizuführen.

Die Gemeindeverwaltung protestiert gegen die von der Regierung beabsichtigte Abgabe von Rohzucker und die gleichzeitig verfügte enorme Preiserhöhung und verlangt, daß die Regierung durch beschleunigte Belieferung von Kohlen den Betrieb der Raffinerien behufs Erzeugung von Weißzucker und restloser Verarbeitung der heuer überaus reichlichen Rübenernte sicherstellt.

Die unzulängliche Kopfquote an Zucker muß mindestens auf das alte Ausmaß erhöht werden. Die nicht der Zuckerverwertung zugeführten Rübenmengen sind entsprechend zu konservieren und im gegebenen Zeitpunkte für Speisezwecke abzugeben.

Behufs Sicherstellung des Mindestbedarfes an Rindfleisch wird die Regierung aufgefordert, die Aufbringung der den Kronländern für Wien vorgeschriebenen Kontingente tatsächlich durchzuführen und auf der restlosen Lieferung der mit Ungarn und Kroatien vereinbarten Kontingente ohne Rücksicht auf etwa anhängige Kompensationsverhandlungen zu beharren.

Die Regierung wird aufgefordert, durch Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und durch Zuschübe aus den okkupierten Gebieten die Sicherstellung von Fettstoffen zu bewirken, um wenigstens die Aufrechterhaltuug der ohnedies unzulänglichen Fettquote zu ermöglichen. Hiedurch erledigt sich der am 26. vorigen Monates im Wiener Stadtrat eingebrachte Antrag der Stadträte Dr. Hein und Hohensinner.

Ferner wurde ein Zusatzantrag des StR. Dechant auf genügende Beistellung von Futtermitteln und ein Antrag des StR. Dr. Haas, nach welchem bei der Schlachtung der Rinder trächtige und milchergiebige Kühe ausgenommen werden sollen, angenommen. Schließlich wurde nachstehendem Antrage des StR. Breuer zugestimmt: Die Gemeindeverwaltung überreicht diese Forderungen an die Regierung, verweist auf ihre wiederholten, leider zumeist fruchtlosen Petitionen in den drängendsten Approvisionierungsfragen und lehnt jede Verantwortung ab, wenn die Regierung sich abermals den unabwendbaren Forderungen der schwer bedrängten Verhältnisse verschließen sollte.

Der Gemeinderat wird in seiner nächsten Sitzung zur ungenügenden Versorgung der Wiener mit Lebensmitteln Stellung nehmen.

Österr. Volkszeitung

5./X. 1918

114

Kriegsspeisezettel für die Woche.

Vom 6. bis 12. Oktober 1918.

Sonntag: Paradeissuppe, Schöpsernes mit Schwämmen. — **Abends:** Karfiol mit Einmachsoße.

Montag: Rübensuppe, gefüllte Kohlrüben. — **Abends:** Häuptelsalat mit Preßwurst.

Dienstag: Zellersuppe, Kochsalat mit Blutwurst. — **Abends:** Eingebrannter Kohl.

Mittwoch: Kohlsuppe, gedünstete Eierschwämme. — **Abends:** Karotten.

Donnerstag: Gemüsesuppe, Debreczinerfleisch. — **Abends:** Holländische Suppe.

Freitag: Kürbissuppe, Mehlnudeln mit Paradeissoße. — **Abends:** Kürbisgulyas.

Samstag: Würfelsuppe, fettfreier Leberauflauf mit Spinat. — **Abends:** Dillerdäpfel.

Schöpsernes mit Schwämmen. Man dünstet das Fleisch mit etwas Fett, grüner Petersilie und Schwämmen, klaubt, wenn es weich geworden, etwas Mehl daran und läßt verkochen.

Gefüllte Kohlrüben. Geschälte Kohlrüben höhlt man aus und dünstet das Herausgestochene mit Zwiebel, etwas geweichtem Brot und Salz. Ausgekühlt, rührt man eventuell ein Ei dazu und füllt damit die Kohlrüben, läßt sie mit etwas Fett anbräunen und bei schwachem Feuer dünsten. Dann nimmt man die Kohlrüben heraus, stellt sie warm, macht die Brühe mit Einbrenne sämig, gibt noch Wasser und Salz dazu und gießt sie durch ein Sieb auf die Kohlrüben.

Debreczinerfleisch. Gekochtes, würflig geschnittenes Rindfleisch wird mit gehackter Zwiebel, Paprika, Salz gedünstet. Geschnittene in Salzwasser gekochte grüne Fisolen gibt man dazu, gießt etwas warmes Wasser und Essig zu. Dann läßt man noch etwas dünsten.

Die Zeit
6./X. 1918

115

Konsumentenkammern.

Von **Helene Granitsch.**

Eine Forderung, für die einzutreten insbesondere der Mittelstand ein brennendes Interesse hat, ist die Errichtung von Konsumentenkammern als legitime Vertretungskörper für alle Verbraucherinteressen. Warum ist diese Forderung hauptsächlich vom Mittelstand zu erheben? Darüber sind interessante Darlegungen anläßlich des zehnten Genossenschaftstages des Reichsvereins deutscher Konsumvereine gemacht worden.

Der Mittelstand umfaßt jene Kreise, die wir als Verbraucher im engeren Sinne bezeichnen müssen. Gewiß ist der Einwurf der am Nutzen der Produktion und des Handels beteiligten Kreise, daß schließlich jeder Mensch Konsument sei, richtig. Doch muß klar auseinandergehalten werden, daß in den Kreisen der Produktion und des Handels entschiedene Interessengegensätze obwalten gegenüber den reinen Verbraucherinteressen. Derjenige, für den der Nutzen, den er mit der Abgabe der seinen eigenen Bedarf übersteigenden Vorräte erzielt, für seine wirtschaftliche und politische Stellungnahme ausschlaggebend ist, ist kein Verbraucher im ureigensten Sinne. Denn er hat kein Interesse, solchen Nutzen zu beschränken, und er wird diesen Nutzen immer einstellen nach den Kosten seiner allgemeinen Lebenshaltung. Teuerungen, die ihn treffen, wird er ausgleichen durch Verteuerung seiner Erzeugnisse oder seiner Handelsware. Der Großkapitalist, der Industrielle, auch wenn er keine eigentlichen Bedarfsgüter erzeugt, ist gleichfalls nicht zu den Verbrauchern in unserem Sinne zu zählen, weil die Erträgnisse seines Kapitals oder seines Werkes im Verhältnis zu den Kosten seiner persönlichen Ernährung so große sind, daß er an der Gestaltung der Preise für die Güter seines persönlichen täglichen Bedarfes kein nennenswertes Interesse haben kann. Die wirklichen Verbraucher, die Nur-Konsumenten in unserem Sinne, sind jene, die sich des Leibes Nahrung nur durch das Tauschmittel Geld verschaffen können und müssen und die ihrerseits nur das eine wirtschaftliche Bestreben zum Ausdruck bringen können, daß die Verbrauchsgüter möglichst billig, in möglichst richtigem Verhältnis zu ihrem Einkommen und Verdienst bleiben. Diese Kreise der Verbraucherschaft, die Arbeiter, Beamten, Lehrer und Aerzte beiderlei Geschlechtes, die Advokaten, Künstler, Schriftsteller und anderen Angehörigen der freien Berufe, können in dem Wirtschaftskampf nur ihre Arbeitskraft einsetzen; sie helfen die Bedarfsgüter des Volkes durch ihre Arbeit schaffen, ohne durch deren Erzeugung oder durch deren Weitervertrieb unmittelbar einen anderen Nutzen zu haben, als den der Entlohnung der von ihnen geleisteten Arbeit.

Wenn wir an die Forderung nach Errichtung von Konsumentenkammern näher herantreten, so ist es notwendig, jene Volksschichten zu charakterisieren, zu deren unmittelbarem Nutzen jene Kammern gebildet werden müssen und aus deren Reihen die Vertretung in diese neue Körperschaft zu holen sein wird. Die selbständigen Angehörigen der Landwirtschaft, des Handels, des Handwerks und der Industrie und die Vertreter der Banken haben hier keine Ansprüche zu erheben. Es war ein schwerer Fehler unserer Friedenswirtschaft, daß diese zunächst aufgebaut schien auf dem Gedeihen dieser Stände und daß hierbei das allgemeine Verbraucherinteresse lediglich auf ein Nebengleis geschoben schien, unter der nichtzutreffenden Voraussetzung, daß es den Angestellten dieser Stände und den Beamten des Staates gut gehen würde, wenn nur das Unternehmerinteresse sich schrankenlos entwickeln könnte. Die Früchte solcher Wirtschaftspolitik sind einseitig der Unternehmerschaft in Stadt und Land zugute gekommen. Die große Schichte der Verbraucher im ureigentlichen Sinn ist schwer geschädigt worden durch die daraus resultierende, im Kriege geradezu verhängnisvolle Formen annehmende Verschiebung der Vermögen. Die Schraube ohne Ende setzte ein, das Unternehmerinteresse an hohen Preisen der Bedarfsgüter hatte Lohnkämpfe der Arbeiter und Besoldungskämpfe in der Beamtenschaft und in den Angestelltenkreisen ausgelöst. Die Erfolge, die da für den einzelnen erzielt wurden, wurden sofort wettgemacht durch die darauf folgenden Preiserhöhungen der Bedarfsgüter, die die allgemeine Lebensführung fortgesetzt erheblich verteuerten. Das Realeinkommen der Arbeiter und der Beamten und schließlich aller Angehörigen des intellektuellen Mittelstandes sank immer mehr. Die Arbeiterschaft, die zunächst die Macht der Organisation erfaßt hatte, war früher in der Lage als der Mittelstand, dem sinkenden Einkommen mit entsprechenden Gegenforderungen wirksam entgegenzutreten. Die Arbeitslöhne haben eine geradezu exorbitante Höhe auf manchen Gebieten erreicht. Trotzdem ist in der Lohnfrage das Heilmittel gegen die fortschreitende Teuerung und Erschwernis der Lebenshaltung nicht zu finden. Es muß sich alles Interesse auf neue Richtlinien unserer Wirtschaftsform konzentrieren. Diese muß auf den Interessen der allgemeinen Verbraucherschaft aufgebaut sein, statt einseitig die Vorteile der Produktion und des Handels zu fördern.

(Schluß folgt.)

Ein Tag aus dem Leben einer Festangestellten.

Der erste blasse Morgenschimmer dringt durch das Fenster und ich erhebe mich von meinem Lager, auf dem ich den größten Teil der Nacht wachend verbracht habe, um die Stunde des Einkaufes nicht zu verschlafen. Hastig kleide ich mich an, schütte das ungezuckerte schwarze Wasser hinunter, das uns jetzt den Kaffee vortäuschen soll, lasse mir von dem schlaftrunkenen Hausbesorger das Tor aufsperren und begebe mich zum Fleischhauerladen, vor dem bereits eine große Schar Gleichgesinnter versammelt steht. Es ist vier Uhr morgens, um sieben Uhr wird der Verkauf eröffnet. Die Zeit dehnt sich mir endlos, zumal ich seit gestern mittags keinen Bissen Brot mehr hatte, und wehmütig denke ich daran, was ich in diesen Stunden des Wartens alles leisten könnte: zwölf Maschinseiten schreiben oder sechs Paar Strümpfe stopfen oder eine Bluse und zehn Taschentücher waschen. Namentlich der letzte Gedanke verdrießt mich. Seitdem in der Putzerei drei schöne, funkelnagelneue Hemden, die ich blutenden Herzens und mit Gewissensbissen ob meiner Verschwendung zu je 60 Kronen auf Bezugsschein gekauft hatte, abhanden gekommen sind und ich nur 15 Kronen Entschädigung erhielt, habe ich bei jedem Stück Wäsche, das ich außer Haus gebe, die schwersten Seelenkämpfe durchzumachen. Andererseits aber komme ich nicht dazu, selbst zu waschen. Um die kostbare Zeit nicht ganz ungenützt verstreichen zu lassen, entwerfe ich im Geist für die nächsten Monate einen Voranschlag mit möglichst genauer Berechnung aller Ausgaben und Einnahmen. Ob es mir gelingen wird, bei einem Einkommen von monatlich 400 Kronen ein neues Seidenfutter für meine alte Jacke zum Preis von 100 Kronen pro Meter herauszubekommen, nachdem das jetzige Futter schon einfach unmöglich ist?

Endlich habe ich die 40 Dekagramm Fleisch für meine Schwester und mich erstanden und eile mit meiner Ration triumphierend nach Hause. Es ist halb acht Uhr und ich könnte jetzt schon ins Bureau gehen, aber im Konsumverein gibt es heute Erdäpfel! Diese Gelegenheit darf ich nicht versäumen. Das Aufräumen des Zimmers muß ich unterlassen. Ich reiße nur das Bettzeug auseinander und hänge es zum Lüften hinaus. Wir besorgen nämlich die häuslichen Arbeiten eigenhändig in der wenigen freien Zeit, die unser Beruf übrig läßt. Eine Bedienerin halten wir nicht, weil wir von Früh an außer Haus sind und es nicht riskieren wollen, einmal vollständig ausgeplündert zu werden. Im Verkaufslokal des Konsumvereins drängt sich eine wartende Menge. Marternd langsam erscheint mir die Abfertigung der Kunden, unaufhaltsam, unerbittlich sehe ich den Uhrzeiger vorrücken. Ich schiebe mein Einkaufsbuch vor die Verkäuferin hin und flöte mit meiner süßesten Stimme: „Fräul'n Mizi!" Aber ich bin ihr nicht sympathisch. Sie runzelt unwillig die Stirn und weist mich wegen meines Vordrängens mit strengen Worten zurecht. Gedemütigt ziehe ich mich zurück, beladen mit der allgemeinen Verachtung. Heute wird Milch verkauft werden, wie ich höre. Aber erst gegen Mittag, folglich muß ich darauf verzichten. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, geht es mir durch den Kopf. So sagt das Sprichwort — aber ist es jetzt nicht schon bald umgekehrt?

Nachdem zwei überfüllte Tramwayzüge an uns vorbeigefahren sind, beschließe ich resigniert, den Weg im strömenden Regen zu Fuß zurückzulegen. Im Laufschritt strebe ich meinem Ziel zu, wobei ich mit Entsetzen bemerke, daß mir das Wasser in die Schuhe dringt. Ich werde mir also wieder ein Paar Doppler um dreißig Kronen machen lassen müssen! Das stolze Gebäude meines Voranschlages beginnt zu wanken. Keuchend, atemlos komme ich gerade noch zu spät ins Bureau, wo mich mein Chef bereits zum Diktat verlangt hat. Schamerfüllt und zaghaft nähere ich mich ihm und murmle — zum 125. Mal, ich bin mir schon selber zuwider, wenn ich sie vorbringe — die immer wiederkehrende Entschuldigung wegen des Anstellens. Zerknirscht schleiche ich an meinen Platz und versinke in trübe Gedanken hinsichtlich meines Avancements. In meiner Stellung muß man pünktlich sein wie eine Uhr und immer zu Diensten. Und dabei arbeite ich heute schlecht, ich fühle es. Die Briefe, die ich schreibe, sind mangelhaft stilisiert, auch die äußere Form läßt zu wünschen übrig. Drei habe ich schon zerrissen und weggeworfen. Ich bin übernächtig, von einem wütenden Hunger gepeinigt und versehe meinen Dienst wie im Traum. Wenn ich mich nur nicht verrechne oder sonst einen Fehler mache... Endlich, endlich schlägt die Mittagsstunde und ich begebe mich in die Mittelstandsküche, wo ich eine Mahlzeit verzehre, die mir wie ein Tropfen auf einem heißen Stein erscheint. Ich würde diesen Tag für einen verlorenen ansehen, wenn ich nicht noch ein Gespräch in Approvisionierungsangelegenheiten mit einem Bureaudiener führen würde, der mich schon seit Monaten trotz meiner zahlreichen Händedrücke mit Zusagen und Versprechungen zum Besten hält.

Außerdem habe ich meiner Schwester telephoniert, daß heute Eier bei der Rohö zu haben sind, und sie sehr dezidiert aufgefordert, sich darum anzustellen, nachdem ich schon zu spät ins Bureau gekommen sei und mich nicht auch noch unter der Arbeitszeit entfernen könne. Ob sie es tun wird, weiß ich nicht.

Es ist sechs Uhr, aber mein Tagewerk ist noch lange nicht zu Ende. Ich habe noch eine Nebenbeschäftigung als Sekretärin bei einem Herrn, der an einem wissenschaftlichen Werk arbeitet. Im letzten Augenblick, als ich zum Fortgehen bereit bin, ruft mich der Chef, und es wird halb sieben, bevor ich wegkomme. Ich stürze zur Tramway, und jetzt bin ich energischer als am Morgen. Mit den Ellbogen schaffe ich mir Raum und erobere mir trotz der Entrüstung der Verdrängten einen Platz auf dem Trittbrett. Atemlos, aufgelöst lange ich an meinem Bestimmungsort an.

Mein Dienstgeber macht mir eine niederschmetternde Eröffnung. Ende des Monats wird er mit seiner Arbeit fertig sein und dann meiner Arbeit nicht mehr bedürfen. Mein Budget, Voranschlag mit Erfordernis und Bedeckung bricht zusammen. Auf dem Nachhauseweg denke ich angestrengt nach, was ich unternehmen könnte, um gleich wieder zu einem so einträglichen Nebenverdienst zu gelangen. Aber wo findet man so schnell einen Arbeitgeber, der gerade zwischen sieben und neun Uhr abends eine Stenographin braucht?

Um halb zehn Uhr abends komme ich nach Hause. Meine Schwester bereitet gerade das Nachtmahl und empfängt mich mit den bittersten Vorwürfen, weil sie so viel Zeit mit dem Anstellen um Eier verbracht und im Geschäft deswegen Verdruß gehabt habe. Aus Gründen der Zeitersparnis verzehren wir unsere Mahlzeit am ungedeckten Küchentisch und aus dem Reindel. Ich denke schon mit Grauen an mein unaufgeräumtes Zimmer, mein aufgerissenes Bett. Die Tätigkeit des Essens und Geschirrwaschens wird mit reizvollen Gesprächen begleitet. Wo wir die Kohlen im Winter herbekommen sollen, und wer sie, da doch den ganzen Tag niemand zu Hause ist, in Empfang nehmen könnte.

Noch vor vier Jahren erwartete mich, wenn ich von des Tages Arbeit nach Hause kam, ein sauberes, behagliches, durchwärmtes Zimmer. Ein freundliches Dienstmädchen, netter gekleidet als ich es heute bin, servierte uns das Abendessen auf einem blütenweißen Tischtuch in appetitlichen Porzellanschüsseln. Nach der Mahlzeit saßen wir friedlich beisammen und lasen Zeitungen oder Bücher oder wir sprachen von der Sommerreise, die der Traum des ganzen Jahres war. Ich kannte kein Kriechen vor Fleischhauern, Verkäuferinnen und Viktualienverschleißern. Ich ging aufrecht und stolz. Ich hatte es nicht notwendig, einem Bureaudiener den Hof zu machen, damit er mir Lebensmittel verschaffe. Ich kam früh zur geschlagenen Stunde ins Bureau und hatte es mit dem Fortgehen nicht eilig. Man schätzte und achtete mich. Meine Wäsche schickte ich ohne die geringste Angst in die Putzerei, und wenn sie Löcher bekam, kaufte ich neue. — Holde Visionen! Vorbei, vorbei?

S. M.

Die Zeit
6./X. 1918

Die Zeit
6./X. 1918

118

Tagung des Ernährungsrates.

Der Ernährungsrat tritt, wie bereits kurz gemeldet, am 10. d. zu seiner 13. Tagung zusammen. In dieser werden der Präsident des Ernährungsrates Graf Heinrich Larisch und der Minister und Leiter des Volksernährungsamtes Paul über die Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet Bericht erstatten. Ferner gelangen die Verhandlungen, die den Fachausschuß I für Getreide- und Kartoffelbewirtschaftung in seiner letzten Sitzung beschäftigt haben, zur Diskussion. Es werden die Aenderungen des Statuts der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, ferner die neue Getreide- und Kartoffelbewirtschaftung sowie die Bewirtschaftung von Gemüse, Obst und Marmelade beraten werden. Ein Antrag betreffs der staatlichen Bewirtschaftung des Weines steht gleichfalls auf der Tagesordnung der Plenarsitzung. Der Fachausschuß V für Lebensmittelindustrien tritt am 9. d. zusammen, um über die Zuckerbewirtschaftung, die Maßnahmen auf dem Gebiete der Biererzeugung und des Vertriebes sowie über die Bedingungen der Kriegskaffee-Erzeugung (Kriegskaffeemischungen und Kaffeesurrogate) zu verhandeln. In derselben Sitzung gelangen auch die Mitteilungen des Amtes für Volksernährung über die Maßnahmen auf dem Gebiete der Spiritus- und Preßhefeerzeugung und der Kartoffeltrocknung zur Verhandlung. Einen breiten Raum der Tagesordnung des Fachausschusses III, der am 10. d. tagt, nimmt die Mitteilung des Amtes für Volksernährung über die Maßnahmen auf dem Gebiete der Versorgung mit Fleisch und Fett in Anspruch.

Die Ernährungsfrage, die für den Mittelstand heute zur brennendsten Lebensfrage geworden ist, muß die volle Aufmerksamkeit aller zur Vertretung der mittelständischen Konsumenteninteressen in den Ernährungsrat entsendeten Delegierten in Anspruch nehmen. Wir werden im nächsten Blatt ausführlich über die Tagung berichten.

Neues Wiener Tagblatt
6/X. 1918

119

Mit Blindheit geschlagen.

Mit wachsendem Befremden und Unwillen verfolgt man den Feldzug, den einzelne ungarische Blätter zur Stunde gegen Oesterreich führen. Es ist dies jener Teil der Budapester Publizistik, der alle politischen Erwägungen und Gewissensregungen hinter den Gesichtspunkten des Abonnentenfanges zurücktreten läßt und in der Spekulation auf häßliche Instinkte tatsächlich seine fette Rechnung findet. Neuestens nimmt ein Blatt dieser Richtung die Kunde, daß wir von Ungarn eine Aushilfe in Mais erlangen sollen, zum Anlaß eines wüsten Haßgesanges gegen Oesterreich. Auch der wärmste Freund der Preßfreiheit könnte angesichts derartiger unverantwortlicher Ausschreitungen an seinen Ueberzeugungen irre werden und fast wünschen, daß es Mittel gäbe, um solche Brunnenvergiftungen unmöglich zu machen. Die Roheiten und Gehässigkeiten, die bei solchem Anlaß gegen Oesterreich geschleudert werden, sind nicht nur verwerflich, weil sie das menschliche Fühlen und den politischen Anstand verletzen, sie sind auch ein Verbrechen aus dem Gesichtspunkte der eigensten Interessen des Ungartums.

Wenn Ungarn uns in unsrer Bedrängnis mit Getreide aushilft — wem kommt die Hilfe in erster Linie zustatten? Die Tschechen brauchen sie nicht, sie sind zumeist beneidenswerte Selbstversorger, leben herrlich und in Fülle von den Ueberschüssen ihrer Bodenproduktion. Und unter den Südslawen sind gleichfalls die notleidenden Städter gewiß in der verschwindenden Minderheit, die erdrückende Majorität besteht aus Kleinbauern. Die Hilfe soll somit in erster Linie dem deutschen Stadtbürgertum und Industrievolk zugute kommen, mit andern Worten, den einzigen und letzten politischen Freunden des Magyarentums in Oesterreich.

Haben die Herren, die ihre Gehässigkeiten gegen Oesterreich schleudern, jeden Blick für die politischen Wirklichkeiten verloren? Die Ungarn galten seit jeher nicht nur als ritterliche, sondern als politisch hochbegabte Nation, aber weder von dem einen noch von dem andern ist in jenen geifernden Ausfällen etwas zu merken. Sehen die Herren, die alle bösen Leidenschaften gegen Oesterreich entfachen — sehen sie denn nicht, was rings um sie vorgeht? Wer soll ihr Freund in der Not sein? Unter den Slowaken ist eine wüste Agitation zur Losreißung von Ungarn, die Rumänen und Serben stehen unter dem Einfluß irredentistischer Umtriebe, die Kroaten sind durch eine verfehlte Politik dem Magyarentum entfremdet, nur die deutschen Bürger Ungarns halten treu zum Staate. Und eben dieselben Verhältnisse spiegeln sich in der Stellung der österreichischen Nationalitäten zum Ungartum wider. Jedes politische Kind weiß, daß in Oesterreich nur die Deutschen vermöge der gemeinsamen Not und der gleichen Bedrängnis die natürlichen Freunde der Ungarn sind, und diese Erkenntnis hat bereits zu dem Beschlusse unsrer deutschbürgerlichen Parteien geführt, ein Einvernehmen mit den ungarischen Parlamentariern zu suchen. Auf wen soll Ungarn rechnen, wenn nicht auf die Deutschen Oesterreichs? Wenn also einzelne ungarische Blätter das Stück Maisbrot, das dem deutschen Stadtvolk gereicht werden soll, mit dem Geifer eines kurzsichtigen Hasses bespritzen, so begehen sie eine politische Missetat, die sich in erster Linie nicht gegen Oesterreich und nicht gegen das österreichische Deutschtum kehrt, sondern gegen die ureigensten Lebensinteressen des Magyarentums. Wir zweifeln nicht, daß die politisch denkenden Ungarn diese Zusammenhänge erkennen und das schmähliche Treiben der Hetzpresse verurteilen. Es wäre aber an der Zeit, daß aus ihrem Kreise auch ein ernstes Wort der Mahnung und Warnung gesprochen würde.

Fremdenblatt
6./X. 1918

120

Rezepte, die noch auszuführen sind

Die vielseitigen, rationellen Verwendungsmöglichkeiten der Kürbisse in der zeitgemäßen Kriegsküche.

Von Melanie Zack.

Der krasse Kontrast zwischen dem Mangel an vielen Gemüsearten gegenüber den Kürbispyramiden am Markte hat das Aergernis der Hausfrauen in so hohem Maße erregt, daß sie sie schöde verachtend boykottierten.

Die Kürbisse — hätten sie Geist und Seele wie manches verkannte Menschenkind — sie hätten an dieser Mißachtung schwer gelitten. So aber liegen sie in glücklicher Apathie behaglich auf ihren dicken oder dünnen Schalen — zu leiden hat weiter die Hausfrau, die den Wert dieses zwischen Obst und Gemüse liegenden, prächtigen, so vielseitig verwendbaren Gewächses nicht kennt und mit ihm nichts anzufangen weiß.

Gute Rezepte aus Kürbis.

1. Kürbisfleisch als Mahlproduktstrecker. — 2. Kürbismehl, -Flocke, -Grieß aus hartgedörrtem Kürbisfleisch als Reservevorrat für den Winter. — 3. Fleischersatzgerichte in richtigen Kompositionsarten. — 4. Kürbiskerne als Mandelersatz, Schrott, Mehl, Flocke, Käse, Oel. — 5. Kartoffelstrecker. — 6. Marmeladen, Kompotte, Pasten mit Rübensirup. — 7. Als Strecker aller Gemüse.

Dies sind nur grobe Umrisse der Verwendungsmöglichkeiten. Eine große Volksnotwendigkeit wäre es, die Kürbisse nach dem Verfahren Dr. Heinles (Ettische Fabrik) für den Winter als Mehl, Schrotk usw. zu vermahlen.

Vollständige Mahlzeitzusammenstellungen aus Kürbissen.

Kürbissuppe. 3 bis 6 Deka Dotterschwämme und 10 Deka Kürbisse roh faschieren, mit 3 Deka gelb gerösteter Zwiebel, Petersilie, 1 bis 2 Kartoffeln und 10 Deka Kürbis kleinwürfelig geschnitten, einige Minuten verdunsten, mit ¾ bis 1 Lt. Wasser aufgießen und eine Viertelstunde langsam kochen oder in die Kochkiste stellen.

Kürbisschnitzel. 6 Deka Zwiebel gelb rösten (kann auch ohne Fett auf schwachem Feuer unter stetem Rühren geschehen), Petersilie, 6 Deka faschierte Wurst beifügen und leicht verrösten.

¾ Kilogramm Kürbis in der Röhre braten, das gebratene Kürbisfleisch mit dem Fasch vermengen, mit 2 Eßlöffel gemahlener Hirse (in der Kaffeemühle), Graupe oder dgl. stauben, runde Laibchen formen, auf ein etwas befettes Backblech legen und langsam hellbraun backen.

Kürbisgemüsepüree. 1 Kilogramm Kürbisse roh faschieren, mit gutem Essig oder Zitronenersatz spritzen, mit etwas Gewürznelkenpulver durchmischen und bedeckt 1 Stunde stehen lassen.

Zwiebel, 3 Deka Mehl und 3 bis 5 Deka Zucker einige Sekunden anrösten lassen, mit dem Kürbisbrei gut abrühren, salzen und 1 Viertelstunde langsam verkochen. — Zu den Schnitzeln servieren.

Kürbisbeuschel. 1 Kilogramm Kürbisse nudelig hobeln, mit Zitronenersatz oder gutem Essig bespritzen und eine halbe Stunde oder über Nacht abstehen lassen.

6 Deka Zwiebel goldgelb anrösten, ein Büschel feingehackte Petersilie, 9 Deka faschierte Dotterschwämme, Lorbeerlaub, Thymian, Gundelrebe, eventuell Paprika dazugeben, stauben, oder mit 2 bis 3 gekochten Kartoffeln eindicken, mit etwas gebranntem Zucker oder — wenn nötig — noch mit Zitronenersatz pikant machen und in die Kochkiste stellen oder am Herd langsam fertigdünsten.

Kartoffelschmarren (mit Kürbis gestreckt). 25 Deka gekochte Kartoffeln, 21 Deka Kürbisbrei mit gerösteter Zwiebel wie Kartoffelschmarren behandeln.

Kürbisstrudel (Germteig). In eine Teigschüssel oder auf das Brett nimmt man 9 Deka Mehl, 10 Deka gekochten oder gebratenen Kürbisbrei, 1 bis 2 Deka Fett (im Notfall fettlos), Zucker nach Geschmack, 1½ Deka Hefe (mit 1 Kaffeelöffel voll Wasser zu einem dicken Brei rühren), Salz, etwas Vanillin, und arbeitet diesen Teig ohne jede weitere Zugabe einer Flüssigkeit glatt ab.

Aufgegangen, dünn ausgerollt, mit etwas Fett oder Zuckerwasser bepinselt und langsam hellbraun gebacken.

Kürbismus. Gebratene Kürbisse faschieren und mit wenig Zucker, Zitronenersatz (auch echtem Obstessig), Nelken- und Zimtgeschmack vermengt, verwendet.

Zwetschkenknödeln. Der Teig wird wie der vorhergehende gemacht, jedoch fett- und eilos, nur leicht gesalzen, mit einer Zwetschke zu beliebig großem Knödel geformt und, ohne dies zu bedecken, sehr langsam — je nach Größe — 6 bis 10 Min. gekocht. — Mit Zimtzucker bestreut serviert.

Ungarischer Kürbis (gebraten). Schnell bereitet, vorzüglich und sättigend, auch kalt sehr gut. Nur die runden, ausgereiften, gelbfleischigen Bratkürbisse eignen sich dazu.

Diese werden in große Stücke geschnitten, oben nur mit etwas Puderzucker bestreut und mit der Schale auf unbefettetem Backblech zirka 20 Min. gebraten.

Kürbis im Mantel I. Kürbisse werden am Vortage geschält, in halbhandgroße Stücke geschnitten, mit Wasser, Zitronenersatz, etwas Zucker, Gewürznelken und Zimt leicht überkocht, herausgenommen und auf einem Sieb oder Tuch abgetrocknet.

Nun bereitet man einen einfachen Kriegsgermteig wie zu Strudel, wickelt die Kürbisschnitten ein, legt sie auf ein etwas befettetes Blech und backt sie hellbraun.

Sehr geeignet auch für Großküchenbetriebe!

Kürbis im Mantel II. Gelbe, gebratene Kürbisschnitten in dickem Germtropfteig drehen und auf befettetem Backblech wie alle anderen Arten in der Röhre hellbraun backen.

Kürbis- und Gurkenkompott und Kompott aus grünen oder halbreifen Paradeisern. Kürbisse oder Gurken werden in Würfel geschnitten, mit Wasser, Zitronenersatz (Nelken, Zimt bei Kompotten immer in ein sauberes Fleckchen binden, da sonst das Kompott schwarz wird), Zucker nach Geschmack so lange kochen, bis die Würfel glasig sind.

Grüne Paradeiser werden gewaschen, in beliebig große Stücke geschnitten und ebenso bereitet.

Am besten schmecken die Gemüsekompotte nach einem bis zwei Tagen.

Österr. Volkszeitung
7/X. 1918

121

Diebstähle in Schulen.

Die gestohlenen Lebensmittelbezugskarten.

Durch eine Zuschrift des Magistrats werden die Leitungen der städtischen Volks- und Bürgerschulen vor den zahlreichen Diebstählen gewarnt, welche in der letzten Zeit in den Schulgebäuden zu verzeichnen sind. Die Diebstähle erstrecken sich nicht bloß auf Schulgeräte und Kleidungsstücke der Lehrer und Schüler, sondern auch auf die in den Brotkommissionslokalen befindlichen Lebensmittelkarten. So wurde auch in diesen Tagen, wie schon früher wiederholt, das Lokal einer solchen Brotkommission erbrochen und seiner Lebensmittelkarten beraubt.

Leider ist gerade infolge der in den Schulen untergebrachten Brotkommissionen die Beaufsichtigung der Schulräume sehr erschwert, da täglich mehrere hunderte schulfremder Personen darin verkehren. Es wäre deshalb — wie uns ein Wiener Schulleiter schreibt — angezeigt, die Brotkommissionen gänzlich aus den Schulen zu verlegen, was auch im Interesse des Unterrichtes und der Schulhygiene läge. Jedenfalls sollten ihre Lokale sich nicht in den Stockwerken der Schulen, sondern nur im Erdgeschoß, vor allem in den geräumigen Turnsälen untergebracht werden.

Arbeiterzeitung
8/X. 1918

122

Verkehrte Preispolitik.

Um eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln zu erreichen, hat man bei uns wiederholt versucht, Produzenten und Händler durch höhere Preise an der Produktion und an der Marktbeschickung zu interessieren. Mit welchem Erfolg das geschehen ist, beweist am besten, daß die während des Krieges ganz bedeutend erhöhten Getreidepreise keineswegs den Getreideanbau gefördert haben, sondern daß, wie einzeln bekanntgewordene Tatsachen gerade aus der letzten Zeit beweisen, der Anbau viel eher vernachlässigt worden ist. In dem niederösterreichischen Orte Günselsdorf allein sind im letzten Jahre nicht weniger als 15.500 Kilogramm Saatgut verschwunden und in Leobersdorf sind von den für siebzehn der größten Landwirte zugewiesenen Mengen gleichfalls 6060 Kilogramm nicht für den Anbau verwendet worden, so daß, wenn man in Betracht zieht, daß sich ähnliche Ergebnisse des mangelhaften Anbaues wohl im ganzen Reiche zusammenstellen ließen, wohl behauptet werden kann, daß der höhere Nutzen, den heute der Landwirt an der Getreideproduktion hat, keineswegs die Getreidewirtschaft günstig beeinflußt hat. Auch bei der Rübenproduktion haben die höheren Rübenpreise, die man den Landwirten bewilligt hat, keineswegs dazu geführt, daß mehr Rüben angebaut worden sind, und die gute Rübenernte, die heuer zu verzeichnen ist, ist lediglich auf die Gunst der Witterung und des natürlichen Wachstums zurückzuführen, da, wie kürzlich der Sektionschef Dr. Löwenfeld-Ruß mitteilte, der Rübenanbau heuer selbst geringer war als in früheren Jahren. Obwohl also die Methode, mit höheren Preisen, die man den Landwirten gewährt hat, die Produktion zu fördern und eine bessere Marktversorgung herbeizuführen, fast überall versagt hat, ist man heute noch immer nicht davon abgekommen, auf diese Art den Mangel an bestimmten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln beseitigen zu wollen. So ist man jetzt eben wieder damit beschäftigt, die Höchstpreise für Obst zu erhöhen, weil man meint, damit den Zustand, daß unsere Märkte leer bleiben, beseitigen und eine bessere Obstversorgung herbeiführen zu können. Nun sind unsere bisher geltenden Höchstpreise weit höher, als wie sie in Deutschland üblich sind, wo zum Beispiel in Hamburg ein Pfund Wirtschaftsäpfel und Wirtschaftsbirnen 30 Pfennig, ein Pfund Pflaumen 50 Pfennig kostet und Tafeläpfel und Tafelbirnen das Pfund schon um 50 Pfennig zu haben ist. Aber der Unterschied ist der, daß, wie man sich aus den Marktberichten der deutschen Hauptstädte überzeugen kann, in Deutschland Obst auf den Märkten ist, während bei uns die Märkte leer bleiben, weil die Obstversorgung vollständig versagt hat. Dabei war heuer im allgemeinen eine gute Obsternte, und aus Böhmen wird berichtet, daß schon lange nicht so viel Obst gewachsen ist wie heuer. Aber es kommt von dort nicht nur nach Wien kein Obst, auch die böhmischen Industriestädte selbst verfügen über kein solches. Wohin kommt nun das Obst? Das „Prager Tagblatt" hat auf diese Frage dieser Tage geantwortet: In die Marmeladefabriken! Warum? Weil diese jeden Preis zahlen. Warum können sie das? Weil sie aus Obst, vom Staate reichlich beigestelltem billigen Zucker und vor allem einem Riesenzusatz von Rüben ein Fabrikat herstellen, das sie später in der Zeit der Not dem hungernden Volke als Brotaufstrich um jeden Preis verkaufen können. Die Marmeladefabriken könnten aber unmöglich das ganze Obst an sich reißen, wenn das Aussiger Syndikat sie bei diesem Beginnen nicht unterstützen würde, die Obst- und Gemüsezentrale diesem Syndikat gegenüber nicht vollständig machtlos wäre, so daß dieses faktisch ohne jede Aufsicht und Kontrolle machen könnte, was es will. Der staatliche Eingriff zwingt jeden, der auf sein bißchen Obst nicht verzichten will, seinen Rucksack zu nehmen, in die Obstgegenden zu fahren und dort vom Bauer gegen teures Geld und gute Worte, Tabak und Hausrat seine paar Zwetschken zu erbetteln.

Glaubt man nun wirklich, wenn wir die Höchstpreise erhöhen, daß dann die Marktbeschickung eine bessere sein wird? Der Zustand, daß der Landwirt weit höhere Preise erhält, wenn er das Obst auf die geschilderte Art dem Schleichhandel zuführt, wird noch immer fortbestehen. Die paar Leute, die nach langem mühevollen Anstellen auf den Wiener Märkten ein paar Aepfel oder Birnen eroberten, werden dann wohl noch höhere Preise bezahlen, aber wir werden nicht mehr Obst haben. Der Obstmangel läßt sich eben nicht durch die bisher übliche falsche und verkehrte Preispolitik beheben, sondern es müßte vor allem durch eine straffe Erfassung des Spätobstes und durch einen strengen Marktzwang getrachtet werden, die Marktversorgung zu bessern. Mit den höheren Höchstpreisen allein wird man beim Obst genau so ein Fiasko erleben, wie man es bei andern Artikeln erlebt hat.

Neues Pester Journal

8/X. 1918

123

* **„Mit Blindheit geschlagen."** Ein hochangesehenes Wiener Tagblatt, welches Jahrzehnte hindurch ein aufrichtig warmer Freund Ungarns war, führt in seiner letzten Sonntagsnummer bittere Klage darüber, daß ein Teil der Budapester Publizistik einen Feldzug gegen Oesterreich führt und begründet dies damit, daß einzelne ungarische Blätter gegen die Zuweisung von ungarischem Mais an Oesterreich Protest erheben. Das Blatt behauptet, die Ungarn seien mit Blindheit geschlagen, wenn sie gegen eine Aushilfe der Deutschösterreicher mit Mais Stellung nehmen, denn durch die Verweigerung der angesuchten Maiszufuhren verscherze man sich die Sympathien der Deutschösterreicher, die den ungarischen Mais notwendig brauchen. Dieses Eingeständnis erhärtet unsere Wiener Kollegin mit dem Bekenntnis, daß die Tschechen und Südslaven die ungarische Hilfe nicht brauchen, denn dieser Teil der österreichischen Bevölkerung ist hinreichend versorgt, läßt aber an die Deutschen Oesterreichs nichts ab. Endlich haben wir einmal dieses Bekenntnis schwarz auf weiß. In Ungarn weiß man schon lange, daß teils durch eine nicht weiter zu kritisierende Regierungsweisheit ganze österreichische Provinzen das bestorganisierte Hamstertum gegen die Deutschen Oesterreichs währen der Kriegsjahre durchgeführt und im letzten Wirtschaftsjahre sogar das Kunststück zustande gebracht habe, riesige Areale überhaupt nicht mit Brotfrüchten zu bebauen. Sie haben vielmehr die vom Standpunkte der Verwertung weit vorteilhafteren Futterstoffe und Industriepflanzen produziert, hauptsächlich darum, um gute Geschäfte zu machen, wobei die Rücksichten der allgemeinen Verpflegung der ganzen Monarchie vollständig unbeachtet blieben. Das können die Herren in Wien: den Ungarn den Vorwurf machen, es sei mit Blindheit geschlagen, wenn es dem Deutschtum nicht zu Hilfe eilt. Sie sehen nur, und zwar nicht ganz ohne Selbstsucht, daß Ungarn in der letzten Zeit etwas strenger darauf achtet, daß die ungarische Bevölkerung nicht in dieselbe unangenehme Lage komme, wie dies infolge der Kurzsichtigkeit österreichischer Regierungsstellen in Transleithanien der Fall ist. Politische Momente spielen dabei, daß die ungarische Regierung endlich mit größerer Strenge darauf bedacht ist, daß die Zuweisungen an Oesterreich in der zwischen den beiden Staaten vereinbarten Quote und nicht darüber hinaus verabfolgt werden sollen, absolut nicht mit. Man sollte in Oesterreich nicht vergessen, daß Ungarn während der vier Kriegsjahre die ganze Armee, also auch die österreichische, ganz allein versorgt hat. Ungarn tat dies reichlich, immer von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das Heer in allererster Reihe gut, kräftig und hinreichend versorgt sei. Außerdem hat Ungarn, ebenfalls während der vier Kriegsjahre, an oft notleidende österreichische Provinzen vieles an Getreide, Fett und sonstigen Nahrungsmitteln abgetreten. Kann Oesterreich dasselbe in bezug der Industrieartikel behaupten? Hat Oesterreich dieselbe Reziprozität an den Tag gelegt, wenn es sich darum gehandelt hat, der ungarischen Bevölkerung Stoffe, Leinen, Schuhe, Zwirn usw. abzutreten? Da haben uns die Tschechen, Südslaven geradeso im Stich gelassen, wie die Deutschen Oesterreichs. Wir stimmen gewiß nicht in den Chor ein, der jetzt Tag für Tag mit immer steigendem Lärm die Lostrennung von Oesterreich und die Herstellung der Personalunion fordert, wir möchten aber aus Anlaß der bitteren Beschwerde des österreichischen Blattes, das der ungarischen Publizistik den Vorwurf macht, daß sie mit Blindheit geschlagen sei, daran erinnern, daß die Deutschösterreicher in den letzten Jahren durchaus nichts getan haben, der in Transleithanien herrschenden antiungarischen Stimmung entgegenzutreten. Man braucht nur über die Straßen Wiens zu gehen, um die liebenswürdigen Ausfälle gegen das Ungartum zu vernehmen. Man braucht nur einen Teil der Wiener Presse zu durchblättern, um zu erkennen, daß die Deutschösterreicher an der Schürung des Magyarenhasses nicht ganz unbeteiligt sind. Die Reden der Vertreter der deutschnationalen Parteien im Reichsrat sind auch nicht ganz unschuldig daran, und manche Verfügung der hochweisen österreichischen Regierung scheint ganz darauf abgezielt zu sein, der drüben populären antiungarischen Stimmung Nahrung zu geben. Mit Blindheit sind also nicht die ungarischen politischen und publizistischen Kreise geschlagen, sondern unsere angeblichen deutschösterreichischen Freunde, die seit Jahren alles unterlassen haben, um das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn herzlicher und inniger zu gestalten. Wir begrüßen es als ein Zeichen der Besserung, wenn man einmal in Wien zur Einsicht kommt, daß an diesem Verhältnis geändert werden muß, daß die guten Beziehungen wieder aufgefrischt werden sollen. Damit dies geschehe, soll man erst einen gründlichen Starstich in Oesterreich vornehmen, dann wird man endlich sehen, daß man nicht in Ungarn mit Blindheit geschlagen war. Im übrigen nichts für ungut. Wir sind gewiß gerne dabei, gute, aufrichtige und treue Freundschaft mit den Deutschösterreichern zu wahren, möchten aber dasselbe auch jenseits der Leitha sehen.

Neue Freie Presse
9/X. 1918

124

[Die Friedensahnungen des Schleichhandels.] Die Schleich- und Kettenhändler sind, wie allerdings unkontrollierbare Nachrichten von den Winkelbörsen besagen, nach wie vor pessimistisch gestimmt, das heißt, sie fürchten, daß ihre große Zeit vorüber sei und wittern Friedensluft. So sollen heute namentlich Textilwaren zu weit niedrigeren Preisen ausgeboten worden sein als dies bisher der Fall war. Leintücher sind von 250 K. auf 200 K., gestrickte Wollhandschuhe von 50 K. das Paar auf 30 bis 35 K. gesunken. Der Dutzendpreis für Herrentaschentücher betrug heute 200 bis 240 K., immerhin um 40 bis 60 K. weniger als in der vergangenen Woche. Auch wurde heute viel Zwirn ausgeboten, aber nur von Schneidern gekauft, die ihn nicht entbehren können. Die Händler hingegen verhielten sich diesem Artikel gegenüber sehr zurückhaltend. Auf dem Lebensmittelmarkt sind Erbsen von 12 bis 14 K. auf 9 bis 10 K., Fisolen von 12 K. auf 7 und 8 K. gefallen. Reis wurde um 60 K. per Kilo ausgeboten. Sein Preis soll vor Monatsfrist etwa 100 K. betragen haben. Sehr stark hat heute Toiletteseife nachgelassen. Sie soll „schon" um 32 bis 35 K. per Kilo erhältlich gewesen sein, was einen Rückgang von 15 bis 20 K. bedeutet. Auch Kerzen wurden um 16 bis 18 K., statt mit 30 K. per Kilo angeboten.

Ostdeutsche Rundschau
9/X. 1918
125

Politik und Volkstum.

Wien, 8. Oktober.

Die Rückwirkung des Friedensschrittes auf Tirol.

Vertreter Deutschtirols beim Grafen Burian, dem Ministerpräsidenten und Freiherrn v. Spitzmüller.

Landeshauptmann Schraffl und die Abgeordneten Unterkirchner und Kienzl sprachen beim Minister des Aeußern Grafen Burian, beim Gemeinsamen Finanzminister Freiherrn v. Spitzmüller und beim Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek vor, um Aufklärungen über die Rückwirkung der Friedensaktion auf Tirol zu erbitten. Daselbst habe insbesondere jene deutschen Landesteile Beunruhigung ergriffen, die an der italienischen Sprachgrenze liegen, eine klare Stellungnahme zur Zukunft Tirols wäre im Interesse der Bevölkerung erwünscht.

Die befragten Staatsmänner wiesen einmütig darauf hin, daß **zu einer Beunruhigung kein Anlaß** vorliege. Mit besonderer Betonung hob Graf Burian hervor, daß der Friedensantrag der Monarchie an den Präsidenten Wilson sich ausdrücklich auf Punkt 9 seines Friedensprogrammes vom Jänner d. J. berufe, in welchem nur von einer **Berichtigung der Grenzen Italiens nach klar erkennbaren nationalen Linien** die Rede ist. Aus anderen Aeußerungen des Präsidenten Wilson sei zu entnehmen, daß er auf dem Standpunkte steht, **Völker und Provinzen dürften nicht von einer Staatsoberhoheit zu einer anderen herumgeschoben werden**, insbesondere dann nicht, wenn deren Bewohner ganz oder zum Teil damit nicht einverstanden sind. Die Tiroler Bevölkerung kann daher **auch für sich den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in Anspruch nehmen und es könne daher auch in Tirol nichts geschehen, was gegen den Willen der großen Mehrheit des einen oder des anderen Teiles des Landes gerichtet ist.**

Die Abgeordneten baten um Erlaubnis, diese Ausführungen zur Beruhigung der Tiroler Bevölkerung veröffentlichen zu dürfen, was gewährt wurde. Die Abordnung erbat schließlich Gelegenheit, sich jeweilig über den Stand der Verhandlungen unterrichten zu können, um zu den das Wohl des Landes tief berührenden Fragen rechtzeitig Stellung nehmen zu können. Auch die Erfüllung dieser Bitte wurde gewährt.

Aehnlich wie Graf Burian äußerte sich auch Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek, der gleichfalls eine **Abtretung eines Teiles des Landes ohne Zustimmung und gegen den Willen des Großteiles der Bevölkerung als unmöglich erklärte.**

Fremdenblatt
11./X. 1918

827

Die Ernährungslage.

Erklärungen des Ministers Paul.

In der 13. Tagung des Ernährungsrates beleuchtete der Leiter des Volksernährungsamtes Minister Paul die derzeitigen Versorgungsschwierigkeiten im Ernährungswesen. Der Minister sagte:

Im neuen Wirtschaftsjahre habe die Frühdruschaktion im allgemeinen ein günstiges Ergebnis gezeitigt und in den meisten Kronländern größere Ablieferungen als in der gleichen Zeit des Vorjahres bewirkt. Nichtsdestoweniger könne derzeit so lange nicht an die Ausgabe der vollen Mehlquote gedacht werden, als nicht die Deckung des Abganges aus der inländischen Ernte durch auswärtige Zuschübe vollständig gesichert erscheine. Auf Rumänien und die Ukraine könne derzeit nicht mit Sicherheit gerechnet werden. Ungarn habe aus seinem Frühdrusch in den Monaten August und September Oesterreich einige tausend Wagen Mehl zur Verfügung gestellt. Die Hauptverhandlungen mit Ungarn auf Lieferung von Getreide für das ganze Wirtschaftsjahr seien jedoch noch nicht abgeschlossen; Ungarn habe hiebei den Wunsch ausgesprochen, daß es für die von ihm zu liefernden Lebensmittel, insbesondere Getreide, Vieh und Fett, von Oesterreich Industrieartikel erhalte. Selbstverständlich sei Oesterreich bereit, auch weiterhin die benötigten Industrieartikel zu liefern; diese Möglichkeit unterliege jedoch durch den Rückgang der eigenen Produktion begreiflichen Beschränkungen, umso mehr, als unsere Bevölkerung selbst an Kohle und Petroleum kaum erträglichen Mangel leide. Der Minister erörtert die immer zunehmenden Schwierigkeiten der staatlichen Aufbringung, die Wirkungen, welche eine Reihe von Nebenaktionen auf die Aufbringungsergebnisse habe, und den fortwährend steigenden Schleichhandel. Wenn der Minister auch zugebe, daß die Bevölkerung durch die geringe Lebensmittelzuweisung dazu gedrängt werde, sich außerhalb der staatlichen Versorgung Nahrungsmittel zu beschaffen, so müsse der Staat doch darauf dringen, daß er die Ernte in die Hände bekomme. Nehme ihm die Bevölkerung diese Möglichkeit und verschwinde die Ernte im Schleichhandel zugunsten einzelner, so könne eben der Staat zureichende Rationen nicht ausgeben. Der Minister macht dann Mitteilung von den besonderen Maßnahmen für die Ernährung der kleinen Kinder und bespricht in ausführlicher Weise die Kartoffelbewirtschaftung. Des weiteren berührt er die zunehmenden Schwierigkeiten in der Fleischversorgung. Allerdings stehe er auf dem Standpunkte, daß fleischlose Wochen solange nicht eingeführt werden, als nicht Zubußen an anderen Nahrungsmitteln gegeben werden können.

Der Minister verwies darauf, daß die Mittelstandsaktion in den einzelnen Kronländern bereits durchgeführt sei, indem die verfügbaren Geldmittel den in Betracht kommenden Organisationen überwiesen worden wären. In den übrigen Kronländern stehe die Flüssigmachung der Geldbeträge unmittelbar bevor. Abschließend bemerkte der Minister, daß die Versorgungslage schwierig zu werden drohe, wenn die ungarischen Zuschübe nicht bald einsetzen. Die größte Schwierigkeit bilde jedoch der fast geschlossene Widerstand der Bevölkerung gegen die Anordnungen des Amtes. Das Gefühl des Verbotenen sei leider verloren gegangen, so daß die bestausgedachten Maßregeln auf dem Papiere blieben. Lasse auch die politische Entwicklung der letzten Tage einen baldigen Frieden erhoffen, so sei damit noch keine Erleichterung der Versorgung zu gewärtigen. Die Behebung der derzeitigen Ernährungsschwierigkeiten werde nicht mit wünschenswerter Raschheit vor sich gehen können. Umso mehr müßten alle an den Maßnahmen mitwirken, die eine Verbesserung der Lage zum Zwecke hätten. Dazu bedürfe es aber der unterschiedslosen Unterstützung aller Kreise der Bevölkerung.

Reichspost
11./X. 1918

128

Erzeugung von Kindernährmitteln.

Um die Versorgung der Kinder der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre, deren Anzahl mit etwa 600.000 angenommen werden kann, zu erleichtern, hat das Amt für Volksernährung die politischen Landesbehörden beauftragt, daß diesen Kindern auf eine neu auszugebende „Kleinkindermehlkarte“ wöchentlich je 200 Gramm fein ausgemahlenes Weizenmehl und überdies im Laufe von vier Wochen 500 Gramm Haferflocken und Weizengries, und zwar von ersterem höchstens 250 Gramm, verabfolgt werde. Den Personen, die bisher für das Kind Brot und Mehl bezogen haben, wird zwar der Bezug des Verschleißmehles eingestellt, die Brotmenge jedoch auch weiterhin im Ausmaße von 900 Gramm wöchentlich ausgegeben. Für kranke Kinder werden spezifische bewährte Kindernährpräparate erzeugt werden. Die Kriegsgetreideverkehrsanstalt wurde beauftragt, die Herstellung der Qualitätsprodukte anzuordnen und die notwendigen Mengen sicherzustellen.

Neues Pester Journal
11./X. 1918
129

Lokal-Anzeiger.

Ernährung und Versorgung.

Bürgerliches Speisehaus im 6. Bezirk.

Am 15. d. (Dienstag) eröffnet die hauptstädtische Expositur für Volksernährung auch am Hunyadiplatz Nr. 3 ein bürgerliches Speisehaus. Das Mittagmahl kann sowohl mitgenommen, als auch dort verzehrt werden und besteht aus Suppe, Fleisch und Gemüse oder Garnierung oder Mehlspeise und kostet 3 K. Karten werden täglich ausgegeben. Serviert wird von 12 bis 3 Uhr. Das Speisehaus kann jedermann in Anspruch nehmen.

Die Beschwerden der Kleinselcher.

Die Gewerbekorporation der Budapester Selcher hielt gestern nachmittag im Sitzungssaale des alten Abgeordnetenhauses eine Versammlung. Der Vorsitzende Julius Brezina führte aus, daß die Lage der Kleinselcher eine unhaltsame geworden sei und daß sie gezwungen sind, ihre Geschäfte zu schließen, da sie außerstande sind, Ware zu erhalten. Der Handelsminister und der Ernährungsminister haben zwar versprochen, Abhilfe zu schaffen, allein von Versprechungen könne man nicht leben. Alexander Kerecsényi wies darauf hin, daß der größte Teil des Publikums infolge der geschilderten Zustände und der stiefmütterlichen Behandlung des Kleingewerbes nur höchst selten zu Selchwaren gelange. Der Vertreter des Handelsministeriums, Professor Nikolaus Bolgár, versicherte die Kleinselcher des Wohlwollens des Handelsministers Baron Josef Szterényi, während Karl Szilágyi im eigenen und im Namen des Reichstagsabgeordneten Johann Benedek versprach, diese Frage in der Generalversammlung, beziehungsweise im Abgeordnetenhause zur Sprache zu bringen. Nachdem noch mehrere Redner im Interesse der Kleinselcher gesprochen hatten, wurde ein Beschlußantrag angenommen, in dem die Vorstehung der Korporation ersucht wird, die maßgebenden Faktoren neuerlich auf die gravaminöse Lage der Kleinselcher aufmerksam zu machen und dahin zu wirken, daß die Gelegenheitsunternehmer aus dem Selchergewerbe ausgeschieden werden.

Untersuchung gegen das Schweineverkehrsbureau.

Ein Abendblatt kolportiert die Nachricht, daß der Ernährungsminister wegen der beim Schweineverkehrsbureau wahrgenommenen Mißbräuche den Hauptmann Alexander Halász zu diesem Bureau ernannt hätte, und knüpft verschiedene Kombinationen daran. Wie „Magy. Tud." von maßgebender Seite erfährt, entspricht nur so viel der Wahrheit, daß beim Schweineverkehrsbureau auf Anordnung des Ernährungsministers tatsächlich eine Untersuchung im Zuge ist, die aber noch nicht abgeschlossen ist und mit der Person des leitenden Direktors Franz Bessenyei in keinerlei Zusammenhang steht.

Die Volksernährung Oesterreichs.

Aus Wien wird telegraphiert: In der heutigen Sitzung des Volksernährungsamtes erklärte der Leiter des Amtes für Volksernährung, was die Verhältnisse im neuen Wirtschaftsjahr anbelangt, so habe die Frühdruschaktion im allgemeinen ein günstiges Ergebnis gezeitigt, und in den meisten Kronländern größere Ablieferungen als in der gleichen Zeit des Vorjahres bewirkt. Nichtdestoweniger könne derzeit so lange nicht an die Ausgabe der vollen Mehlquote gedacht werden, als nicht die Deckung des Abganges aus der inländischen Ernte durch auswärtige Zuschübe, vollständig gesichert erscheint. Auf Rumänien und die Ukraina könne derzeit nicht mit Sicherheit gerechnet werden. Ungarn habe aus seinem Frühdrusch in den Monaten August und September Oesterreich einige tausend Waggon Mehl zur Verfügung gestellt. Die Hauptverhandlungen mit Ungarn auf Lieferung von Getreide für das ganze Wirtschaftsjahr seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Ungarn habe hiebei den Wunsch ausgesprochen, daß es für die von ihm zu liefernden Lebensmittel, insbesondere Getreide, Vieh und Fett, von Oesterreich Industrieartikel erhalte. Selbstverständlich sei Oesterreich geneigt, auch weiterhin die benötigten Industrieartikel zu liefern, diese Möglichkeit unterliegt jedoch durch den Rückgang der eigenen Produktion begreiflichen Einschränkungen, umsomehr, als unsere Bevölkerung selbst an Kohle und Petroleum kaum erträglichen Mangel leidet. Anschließend bemerkte der Minister, daß die Versorgungslage schwierig zu werden drohe, wenn die ungarischen Zuschübe nicht bald einsetzen.

Die Zeit
12./X. 1918

131

Ernährungsfragen.

Tiroler beim Ernährungsminister.

Gestern sprachen die tirolischen Abgeordneten Dr. Erler, Krafi, Prof. Schöpfer, Stumpf und Abram und der Vorarlberger Abgeordnete Fink im Verein mit dem Lagerhausdirektor kais. Rat Kanders beim Ernährungsminister Paul in Angelegenheit der Wein- und Kartoffelfrage in Tirol vor. Die Abordnung verlangte, daß die Tiroler Weinernte in größeren Quantitäten beschlagnahmt werde, damit sie für die konsumierende Bevölkerung des Landes sichergestellt werde. Bezüglich der Weinpreise sprach sich die Abordnungn gegen eine etwa geplante Erhöhung aus. Der Minister teilte den erschienenen Abgeordneten die geplanten Grundlinien für die Inanspruchnahme der Weinernte mit, wobei er erwähnte, daß die Uebernahmsstelle auch im heurigen Jahre weiterbestehen solle, um den Wünschen der Konsumenten zu entsprechen. Die Richtpreise für Wein selbst werden demnächst festgelegt werden. Die Abordnung verwies weiter darauf, daß Innsbruck und andere Tiroler Städte unter größtem Kartoffelmangel leiden und daß die Zuweisungen aus den böhmischen Bezirken nicht eingetroffen seien. Der Minister teilte der Abordnung mit, daß mit der bayerischen Regierung, beziehungsweise mit der deutschen Reichsregierung Verhandlungen wegen Zuweisung von Kartoffeln aus Deutschland im Zuge seien.

Österr. Volkszeitung
12./X. 1918

132

Kriegsspeisezettel für die Woche.

Vom 13. bis 19. Oktober 1918.

Sonntag: Schwammerlsuppe, Schöpsenpörkelt mit Kartoffeln. — Abends: Paradeissalat mit Wurstauflage.
Montag: Karottensuppe, Leberwurst mit roten Rübengemüse. — Abends: Schwäbische Suppe.
Dienstag: Gemischte Gemüsesuppe, gefüllte Paprika mit Paradeissoße. — Abends: Hallimasch als Gulyas.
Mittwoch: Markknödelsuppe, Erdäpfelschnitzel mit Häuptelsalat. — Abends: Weichgedünstete weiße Rüben.
Donnerstag: Rindsuppe, Rindfleisch mit Spinat. — Abends: Karotten.
Freitag: Kohlsuppe, gefüllter Kohl — Abends: Fischbeuschelsuppe.
Samstag: Würfelsuppe, Nockerln mit Dillsoße. — Abends: Eingebranntes Kraut mit Blutwurstauflage.

Schwäbische Suppe. Feingeschnittene Zwiebel röstet man gelblich, gibt würfelig geschnittene Kartoffeln, gehackte Petersilie, blätterigg geschnittenes Brot und Wasser dazu und kocht die Kartoffel weich. Man würzt die Suppe mit Pfeffer und Salz.

Gefüllte Paprika. Von großen grünen Schoten schneidet man beim Stengel einen Deckel ab, füllt sie und dünstet sie in der Paradeissoße weich. Die Fülle bereitet man folgendermaßen: Faschierte Wurst mit feingewiegter Zwiebel, grüner Petersilie, etwas Paradeissaft, Salz und Pfeffer am Feuer abdämpfen und dann einfüllen.

Weichgedünstete weiße Rüben. Abgeschälte Rüben werden in Scheiben geschnitten, mit heißem Wasser abgebrüht und abgeseiht und in einer Kasserolle mit etwas Fett, etwas Kunsthonig oder Sacharin und heißem Wasser weich gedünstet. Mit einer dünnen, lichten Einmachsuppe übergossen.

Gefüllter Kohl. Die Kohlblätter in Salzwasser überkochen. Etwas Fett wird mit gehackten Schwämmen, einem Ei, gehackter Petersilie, Salz und eventuell mit heiß durchgepreßten Kartoffeln gut vermengt. Die Masse auf die Kohlblätter streichen, diese zusammengerollt in einer eingefetteten Kasserolle im Rohr dünsten. Aus dem Abfall von Kohl die Suppe bereiten.

Der Neue Abend
12/X 1918

133 A 12

Der Krieg und die Lebensmittel

Die Märkte tragen immer weniger zur Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln bei. Der Gemüsereichtum, der noch bis vor einigen Wochen zu verzeichnen war, geht rasch zu Ende. Die Märkte sind wohl noch ausreichend mit Gemüse beschickt, aber nur dadurch, daß man auch heuer verschiedene Rübenarten, die früher nur an Vieh verfüttert wurden, als Nahrungsmittel für die Wiener Bevölkerung auf die Märkte wirft. Je mehr die Knappheit an Friedensgemüsen zunimmt, desto größer ist auch die Möglichkeit, diese Rübenarten abzusetzen. Mehr als ausreichend waren heute nur Paradeiser zugeführt, die infolgedessen auf den Märkten auch unter dem Höchstpreise erhältlich sind.

Die Besserung der Obstzufuhren war anscheinend nur eine ganz vorübergehende. Heute gab es auf dem Naschmarkte außer Weintrauben wieder nur 6700 Kilogramm böhmische Weintrauben und 1240 Kilogramm ungarische Äpfel.

In der Großmarkthalle gab es heute außer Rindfleisch, wie gestern angekündigt, etwas frisches Schweinefleisch, Kalbfleisch, Schaffleisch und der Hauptsache nach das geräucherte Schöpsenfleisch, das aber nur sehr ungern gekauft wird. Das frische Schweinefleisch wurde noch immer gegen Abtrennung des Abschnittes 6 der Fleischkarte verabfolgt. Alle Fleischgattungen mit Ausnahme des geräucherten Schaffleisches waren bald nach Verkaufsbeginn zu Ende, es konnten nicht einmal alle die bei Beginn des Verkaufes bereits in der Halle anwesend waren, außer dem rayonierten Rindfleisch etwas erhalten.

Morgen dürfte es außer Rindfleisch nur gefrorenes Schweinefleisch und das heute unverkauft gebliebene geräucherte Schöpsenfleisch geben. Die Rindfleischzuweisungen an die Fleischhauer waren bisher sehr knapp, hoffentlich erhalten sie noch für die nächsten Fleischtage entsprechend größere Mengen, sonst würde ein Teil der Bevölkerung trotz der neuerlich verringerten Menge leer ausgehen.

Die Geflügelmärkte zeigen das gewohnte Bild; gute Ware ist wohl genügend vorhanden, der größte Teil der Bevölkerung ist aber verurteilt, vom Sehen dieser herrlichen Dinge satt zu werden, denn die Preise sind unerschwinglich hoch.

Der Neue Abend
12./X. 1918

134

Die Arbeitseinstellung der Käufer.

Unsere Anregung, nun die Bank der Preiswucherer zur vollständigen Niederlegung der Waffen zu steigern, möge man sich entschließen, durch acht oder vierzehn Tage nur die unbedingt notwendigen Lebensmittel, sonst aber gar nichts zu kaufen, scheint schon am ersten Tage Wirkung zu haben. Wir schließen das sowohl aus vielen zustimmenden Briefen, wie namentlich aus dem Wutgeheul der in ihrem Profit Bedrohten. Sie spüren, wie sehr die Einigung verbrauchender Kreise das Abstoßen der Waren zu Hochpreisen erschweren würde und daß ihnen die Gefahr droht, nur zu angemessenen Preisen verkaufen zu können.

Wir hoffen deshalb, daß unser Aufruf guten Erfolg haben werde. Das hängt natürlich von der Zahl der einsichtigen Verbraucher ab. Ihre Masse läßt sich durch Anwendung des Schneeballensystems sehr rasch ungeheuer steigern. Wenn sich nur tausend für den Gedanken begeisterte Leser — was ist das? — entschließen, jeder täglich zwei Gleichgesinnte anzuwerben und diese täglich jeder wieder zwei, was sicherlich nicht unmöglich und des Versuches wert ist, so sind das am

1. Tage	. . . . .			1.000
2. „	1.000	+	2.000	. . . 3.000
3. „	3.000	+	6.000	. . . 9.000
4. „	9.000	+	18.000	. . . 27.000
5. „	27.000	+	54.000	. . . 81.000
6. „	81.000	+	162.000	. . . 243.000

also fast eine Viertelmillion Menschen, die sich von allen Einkäufen enthalten. Man darf wohl annehmen, daß das einen gehörigen Druck auf die Preise ausüben wird. Sie wanken schon! Noch ein solcher Schlag und die Zwingburgen des Warenwuchers werden fallen müssen.

Bisher haben wir es nicht ausgehalten. Jetzt werden sie es nicht aushalten. Die Zeit der Abrechnung ist gekommen; mögen sich die gequälten, ausgeplünderten, verarmten Verbraucher doch endlich einmal zu einer Tat aufraffen, statt des ewigen zwecklosen Jammers eine Tat der planvollen Gegenwehr!

Frankfurter Zeitung
13/X 1918.

13
B6

Zur Sicherung der Ernährung.

Der Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft in Berlin, dem die großen landwirtschaftlichen Organisationen angehören, wendet sich in einem Aufruf an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands, worin auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht wird, die der Ernährung des deutschen Volkes drohen, wenn nicht volle Ruhe und Ordnung gewährleistet wird. Die Sicherung der Betriebe müsse in erster Linie durch die Behörden erfolgen, aber unter Mitwirkung der Landwirtschaft selbst, durch sofortige Bildung von Orts- oder Gemeindeausschüssen für den nötigen Schutz ihrer Betriebe und der geregelten Lieferung. „Diese Ausschüsse müssen gebildet werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie müssen getragen sein von dem Vertrauen aller ländlichen Kreise. Auch die Zuziehung von Vertretern der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung ist dringend erwünscht. Die Orts- oder Gemeindeausschüsse haben bei der ausgiebigen Erfassung der für die Gesamtheit erforderlichen Lebensmittel, wie besonders auch bei der nachdrücklichen Bekämpfung des unheilvollen Schleichhandels mitzuwirken... Sie sollen auch nach der Rückkehr der Truppen bei Lohnstreitigkeiten und bei Fragen des Arbeitsverhältnisses eine ausgleichende Tätigkeit entfalten." Für diese Ausschüsse werden als Vertreter der Arbeitgeber in erster Linie die Männer in Frage kommen, die jetzt schon in den bestehenden Organisationen, insbesondere in den Genossenschaften und landwirtschaftlichen Vereinen führend tätig sind. Die Heranziehung der Vertreter aus den Arbeitnehmerkreisen wird am besten diesen selbst überlassen. Der Aufruf fordert größte Beschleunigung.

Die Zeit 13./X. 1918

137

Die dreizehnte Tagung des Ernährungsrates.

Die Aussichten, die sich nach den Mitteilungen der Regierung den österreichischen Konsumenten für die nächste Zeit eröffnen, sind außerordentlich unbefriedigend. Auf allen Gebieten der Lebensmittelversorgung ist die Menge der ergreifbaren Vorräte auf ein Mindestmaß zusammengeschmolzen. Die Regierung fühlt die Verpflichtung, genau zu rechnen, und getraut sich nur jene Kopfquoten offiziell zu verlautbaren, die ihr durch die Berechnung der vorhandenen Vorräte, dividiert durch die zu versorgende Kopfzahl, als sicher vorhanden erscheinen. Leider muß auch bei dieser Rechnung immer noch mit großen Unbekannten gearbeitet werden, da die Regierung gegenüber den verschiedenen entgegenwirkenden Mächten ohnmächtig erscheint.

Wir halten dieses System nicht für unbedingt richtig. Wir würden der Regierung in diesem katastrophalen Zeitpunkt mehr Mut wünschen. Wir glauben, daß, wenn die Regierung von vornherein größere Kopfquoten, zum Beispiel auf dem Gebiet der Erdäpfelversorgung, festlegen würde, auf die Gefahr hin, daß sie diese Kopfquote nur eine kurze Zeit hindurch aufrechterhalten könnte, dadurch ein großer Teil gerade der minderbemittelten mittelständischen Konsumentenschaft auf den Schleichhandel verzichten könnte, und es würden größere Mengen für die offizielle Verteilung frei bleiben als es bei Bemessung der ganz ungenügenden Kopfquote tatsächlich der Fall ist. Wenn zu einer Zeit, wo in Deutschland neun Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche offiziell verteilt werden, in Oesterreich trotz des furchtbarsten Fleischmangels und der gekürzten Mehlquote nur ein halbes Kilogramm Kartoffeln pro Kopf und Woche offiziell zur Verteilung gelangt, so ist es ganz klar, daß sich die Gesamtbevölkerung für den anderen Teil der Kartoffelnahrung, dessen sie dringend bedarf, auf den Schleichhandel stürzt. Dadurch wachsen die Chancen des Schleichhandels, er ist sich des Absatzes zu hohen Preisen sicher, und es ist ganz klar, daß immer größere Mengen der amtlichen Erfassung entzogen und dem Schleichhandel, auf den bei solcher Bemessung die Gesamtbevölkerung angewiesen ist, zugeführt wird.

Nicht nur auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung, auch was die Getreideaufbringung anlangt, stehen wir vor einer höchst ernsten Situation. Der Mittelstand und seine Selbsthilfeeinrichtungen, wie die Gemeinschaftsküchen, sehen sich zur Aufbringung des Mehles zu exorbitant hohen Preisen genötigt, weil die offiziellen Kopfquoten viel zu niedrig sind, um dem allerdringendsten Bedarf zu genügen und weil nicht einmal diese Kopfquoten auf die Dauer gesichert erscheinen. Die Gesamtbevölkerung unserer Stadt muß wissen, daß sie zur Befriedigung ihrer dringendsten Lebensbedürfnisse heute auf Gnade und Ungnade unseren ungarischen Freunden ausgeliefert ist. Wie es die Stimmung im Abgeordnetenhaus und auch im Ernährungsrat als sicher voraussetzen läßt, werden wir auf die Zuschübe aus Böhmen, auf die wir als größtes Konsumzentrum angewiesen sind, nicht mit Sicherheit rechnen können, die auswärtigen Zuschübe aus Rumänien und der Ukraina sind angesichts der allgemeinen Verwirrung auch kein absolut sicherer Posten, und die deutschen Provinzen sind selbstverständlich außerstande, das größte Konsumzentrum des Reiches allein zu erhalten. Die Situation ist daher für die hauptstädtische Bevölkerung eine geradezu verhängnisvolle. Ein inniger Zusammenschluß aller Kreise zu gegenseitiger Unterstützung und Aushilfe erscheint dringend geboten, und eine starke Regierung wird für die Lebensinteressen der Wiener Bevölkerung eintreten; es werden alle Kräfte aufgeboten werden müssen, um den gefährlichen Zusammenbruch abzuwenden.

Neben den Hauptnahrungsmitteln, Kartoffeln, Mehl und Brot, wurde im Ernährungsrat auch die Situation auf dem Gebiete der Zucker- und der Obst- und Gemüseversorgung besprochen, sowie sämtlicher industriell erzeugter Lebensmittel durchberaten. Ueber die traurigen Mängel unserer diesjährigen Zuckerversorgung haben wir in diesen Spalten bereits ausführlich berichtet. Die Konsumentenvertreter im Ernährungsrat protestieren energisch gegen das Ausmaß der von der Regierung vorgeschlagenen Preiserhöhung des Zuckers; sie lehnen den Aufschlag von 20 Kronen für den Garantiefonds ab und erklären sich auch nicht einverstanden mit der Hinzufügung der neuen Zuckersteuer zu dem Oktoberpreis des Zuckers, da diese vom Parlament noch nicht bewilligt ist. Bezüglich der Quotenbemessung verlangen die Konsumenten die Ausgabe von 1 Kilogramm Rohzucker statt drei Viertelkilogramm Weißzucker, was keine Erhöhung der Kopfquote, sondern nur einen Schutz vor Verminderung dieser in Anbetracht der weit schlechteren Qualität des Rohzuckers gegenüber dem Weißzucker bedeutet.

Schließlich sei noch hingewiesen auf den Wunsch der Konsumentenvertreter nach staatlicher Bewirtschaftung des Weines zur Verhütung der auf diesem Gebiete besonders auffallend in die Erscheinung tretenden Wucherpolitik. Der gesunde Preissturz, der sich nicht nur in Ungarn, sondern auch im österreichischen Weingebiet vollzogen hat, ist ein erfreulicher Schritt zur Besserung der unhaltbaren Verhältnisse. Diese werden aber nur dann sich dauernd erträglich gestalten, wenn eine strenge staatliche Bewirtschaftung einsetzen wird.

Bei Besprechung der dreizehnten Tagung des Ernährungsrates sei schließlich noch des Ministerwortes gedacht, daß die Auszahlungen der zur Mittelstandsfürsorge bestimmten Subventionen an die einzelnen Organisationen „demnächst" erfolgen sollen. Die Angehörigen des Mittelstandes sind schon müde dieses ewigen Hinziehens. Wann denn, wenn nicht jetzt, soll dem Mittelstand geholfen werden? Auf Grund der Zubilligung von seiten der berufenen Verwaltungsstellen haben die Organisationen Fürsorgeeinrichtungen geschaffen und diese unter Ausnützung ihres Bankkredits bis heute erhalten. Die Organisationen sind am Rande ihrer Leistungsfähigkeit und verlangen mit aller Entschiedenheit, daß endlich die Auszahlung dieser Beträge erfolge, bevor das Geld völlig entwertet und die Selbsthilfeeinrichtungen der Organisationen mangels jeglicher Stütze zusammengebrochen sind!

Fremdenblatt
13./X. 1918

138

Rezepte, die noch auszuführen sind.

(Vegetarierbraten.) Eine Portion Bohnen waschen und in der Kochkiste sehr weich kochen, dann abseihen und passieren. Zu dem Brei kommt etwas fein gehackter gerösteter Zwiebel, Petersilie, Salz, Pfeffer, Gewürz — wenn man hat, ein Ei — und etwas geriebene gekochte Kartoffeln. Ist die Masse zu fest, einen aufgelösten Suppenwürfel oder ein paar Löffel Suppe oder Milch beimengen, eine Wurst formen und backen oder als Pudding in Dunst kochen. Als Beigabe dient Paradeis-, Senf-, Dillen-, Zwiebelsauce oder Salat von Kraut, Erdäpfeln, roten Rüben usw. Will man eine Vegetarierwurst haben, mischt man reichlich Pastetengewürz oder noch Majoran und Knoblauch, fein gehackt, dazu, füllt sie in Därme oder in Mullsackerln, dünstet sie eine Stunde sehr langsam und gibt sie zum Selcher zum Selchen für 2 bis 3 Tage. Ist ein Rezept aus Kassel in Deutschland.

(Vegetarisches gefülltes Kraut,) sogenannte „Dolmadi". Große Krautblätter in nicht sehr viel Wasser weich kochen, dann die dicke Mittelrippe herausschneiden und sie so flach nebeneinander, d. h. etwas übereinander legen, daß eine glatte, gerade Platte entsteht. In dem Krautwasser wird Hafer[illegible] (natürlich wäre echter noch viel besser) weich gekocht, mit ge[illegible]steter, feingeschnittener Zwiebel, Paradeis, Salz und ein paar gekochten, feingehackten Schwämmen gemischt. Man kann die Schwämme auch roh, geschnitten in den rohen Reis geben und zusammen dünsten. Man gibt die Reismasse, welche nach Geschmack gewürzt wird, auf die Krautblätter, rollt sie leicht ein, wie eine faschierte Wurst, und gibt sie in eine fette Rein. Zuletzt macht man ein leichtes Beschamel — bissel Mehl mit Fett leicht anrösten und mit Krautwasser aufgießen, Salz und Muskat oder gehackte Petersilie mitrösten. Die Masse muß so dick sein, daß das Kraut mit ihr bestrichen werden kann, und bäckt man dies wie einen faschierten Braten. Hat man bissel Semmelbröseln, streut man sie auf die halb gebratene Wurst, die dadurch eine schöne Farbe und eine resche Rinde erhält.

(Essigparadeiser.) Noch ganz feste Paradeiser, die reif, aber deren Schalen ganz unverletzt sein müssen, werden dicht in ein großes Glas oder in ein Fäßchen gelegt. Vorher Essig mit Pfeffer und Wasser kochen, wenn er ganz kalt ist, über die Paradeiser gießen, eine Cozetpille eventuell zur Sicherheit zuletzt mit aufkochen, gut verbinden und kühlstellen. Nach Bedarf kann man daraus Früchte nehmen und die anderen wieder, gut verbunden, stehen lassen.

(Gefülltes Brot.) Altes Familienrezept, jetzt natürlich modifiziert. Man bereitet sich einen Brotteig mit oder ohne Kartoffeln, fein oder gewöhnlich, je nach Wunsch und Möglichkeit, mit oder ohne Kümmel usw., läßt ihn ruhig gehen. (Nicht weich halten.) Inzwischen bereitet man sich die Fülle. Entweder eine ganz gewöhnliche aus gehacktem Fleisch oder aus gehackten, hartgekochten Eiern dazu, mit Zwiebel fein gehackt und gemischt, Salz, Paprika und ein bissel Fett, damit es zusammenhält, oder wenn diese Füllung pikant sein soll, mit bissel Essig zum Zusammenhalten. Auch Wurst oder Fleisch kann mitgehackt sein. Wenn am Land Würste zu Hause gemacht werden, läßt sich ein bissel Wurstmasse prächtig dazu verwenden. Nun nimmt man den Teig, drückt ihn am Brett auseinander und legt die Fülle in die Mitte, der Länge des Teiges entsprechend. Der Teig wird nun über die Fülle zusammengeschlagen, auf das bemehlte Blech gelegt, eine halbe Stunde noch gehen lassen, dann vor dem Einschieben ins Rohr mit Ei oder Wasser bestreichen und langsam, wie jedes andere Brot, gebacken. Das Brot ist erst nach zwei Tagen gut, aber dann delikat, und sehen die aufgeschnittenen, gefüllten Brotscheiben wirklich sehr appetitreizend aus.

S. R.

Die Zeit
13./X. 1918

139

Konsumentenkammern.

Von Helene Granitsch.

II.

Der Krieg hat das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen in den Verbraucherschichten zum Durchbruch gebracht. Der „erwachende Konsument" ist ein Kind des Krieges. Die Kriegszeit hat dem Verbraucherstand den unbedingten Nachweis erbracht, daß die breiten Kreise der Nur-Konsumenten zur Wahrung ihrer Interessen, eine weitausgreifende, auf staatliche Einrichtung gestützte Vertretung brauchen. Die Agitation einzelner, die mit klarem Blick die wirtschaftliche Entwicklung vorhersahen, hat wertvolle Dienste geleistet für die Zusammenfassung der Kräfte. Heute, da der Gedanke der Organisation bereits in den breiten Schichten des Mittelstandes Fuß gefaßt hat, ist der Moment gekommen, wo die Forderung nach staatlicher Anerkennung des Rechtes der vereinigten Konsumentenschaft erhoben werden muß. Hier drängt sich immer wieder die Forderung der Errichtung von Konsumentenkammern auf, wie sie, in der von Robert Schlösser verfaßten Denkschrift wissenschaftlich behandelt, im Deutschen Reiche im Vordergrund der wirtschaftlichen Diskussion erscheint. Im württembergischen Landtag wurde ein diesbezüglicher Antrag — ob durch Zusammenfassung der bestehenden Verbraucherorganisationen in Konsumentenkammern oder durch ihre Angliederung an die Handelskammern eine gesetzliche Vertretung der Verbraucher geschaffen werden solle — eingehend behandelt. Die Stellungnahme der Handelskammern zu dieser Frage hat die Konsumentenschaft nicht befriedigt. Die Interessenvertretung der Konsumentenschaft als Anhängsel der den Interessen des Handels in so hervorragendem Maße gewidmeten Handelskammern kann keineswegs den so berechtigten Forderungen der Konsumentenschaft genügen. Es ist auch bezeichnend für die Unmöglichkeit dieses Anschlusses, daß bereits einzelne Handelskammern in heftigster Weise Stellung nehmen gegen die Errichtung von Konsumentenkammern und damit das Gegensätzliche der in ihnen vertretenen Interessen und der allgemeinen Verbraucherschaft hervorheben.

Nach der Wahlmethode der Handwerkerkammern verlangen die organisierten Konsumenten Deutschlands die Errichtung von Konsumentenkammern. Die Beamten- und Angestelltenverbände und -Vereine, die Gewerkschaften und vor allem die Konsumvereine und Hausfrauenvereine müssen die Wahlkörper sein, die ihre Vertreter in die Verbraucherkammern oder Verbraucherausschüsse entsenden. Dieses indirekte Wahlrecht wäre abzustufen nach der Kopfzahl der den einzelnen Verbänden angehörigen Verbraucher. Welche Organisation als wahlberechtigt zu gelten hat, hätte erstmalig die Verwaltungsbehörde, nach Bildung der Konsumentenkammern, diese zu entscheiden. Eine solche, durch die bestehenden Organisationen der Verbraucher geschaffene Kammer kann voll und ganz als die berufene Vertretung der Verbraucher angesprochen werden, denn sie vertritt die überwiegende Masse der Verbraucher. Die nichtorganisierten Verbraucher, die Angehörigen der frei schaffenden Berufe, wie Gelehrte, Künstler, Schriftsteller, bei denen das Verbraucherinteresse überwiegt, haben Gelegenheit, sich selbst in die Wählerliste aufnehmen zu lassen, indem sie ihren Verbraucherstandpunkt dadurch wahren, daß sie Anschluß an eine Konsumentenorganisation suchen. Die Finanzierung der Konsumentenkammern werden die wahlberechtigten Organisationen zu leisten haben unter Zuwendung staatlicher Zuschüsse. Selbstverständlich werden im selben Maße wie bei der Erhaltung anderer Interessenvertretungskörper die allgemeinen staatlichen Mittel heranzuziehen sein. Das Arbeitsfeld der Konsumentenkammern kann sich zunächst erstrecken auf die Interessenvertretung der Verbraucherschaft, auf Förderung von Technik und Wirtschaft, Erziehung der vertretenen Interessenten, Beratung der Behörden und Ausübung von Verwaltungsaufgaben. Der Verbraucher bedarf dringend der Belehrung und Erziehung. Die große Mehrzahl der Verbraucher, insbesondere der mittelständischen Kreise, ist völlig unorganisiert, ohne jede Disziplin und bar jeder wirtschaftlichen Kenntnis und jeder Warenkunde, den Wirtschaftsnöten der Kriegszeit ausgeliefert worden. Das hat viel dazu beigetragen, daß die wirtschaftliche Anarchie so unheilbringend sich bei uns ausdehnen konnte. Wo soll der Verbraucher vertrauensvoll seine Belehrung suchen, wenn nicht in jenen Vertretungskörpern, die aus seinen eigenen Kreisen gebildet erscheinen? Der Autoritätsglaube ist stark erschüttert. Die Ueberflutung mit Gesetzen und Verordnungen und amtlichen Mahnungen hat die Verbraucherschaft völlig irre gemacht, und die Achtung vor dem Gesetz ist auf einen traurigen Tiefstand gesunken. Die halbamtliche eigene Vertretung, die die Konsumentenkammern sowohl zum Schutz der Verbraucherinteressen als auch zur Beratung und Hilfe für die Regierung darstellen sollen, ist eine dringende Notwendigkeit für den Aufbau der künftigen Wirtschaftsordnung.

Wir haben in Oesterreich den Weg zur Erlangung von Konsumentenkammern bereits beschritten durch die am 14. März 1918 vom Handelsminister erfolgte Berufung des konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsausschusses. Denselben auszubauen zu Konsumentenkammern wird die nächste Notwendigkeit zum Schutz der allgemeinen Verbraucherschaft und zur Erziehung halbwegs geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse darstellen.

Reichspost
15./X. 1918

140

Der Preissturz.

Die Preise fallen, nicht nur für Wein, die Stoffe und Kleider werden billiger, Ferkel notieren 220 Kr., Zwirn ist wieder im offenen Laden für jedermann zu haben, sogar Kaffee und Schokolade kommt zum Vorschein. Was sagen die Gelehrten dazu, die uns die Teuerung mit Rätselworten wie Devisenkurse, Geldentwertung, Zettelinflation erklären wollen und uns sogar zumuteten, uns der Teuerung zu freuen, weil sie das Volk zur Sparsamkeit zwinge und Ware auf dem Markt bringe. Es ist keine einzige Banknote eingezogen worden und in der Lage der Monarchie nach innen und außen hat sich nicht ein Moment gezeigt, das ihren Kredit zu heben geeignet wäre, und dennoch fallen die Preise und die fallenden Preise bringen die Ware auf den Markt, die früher bei hohen Preisen versteckt gehalten wurde. Bedarf es noch eines Nachweises, daß es Spekulation oder Wucher war, was die Waren verschwinden und die Preise in so schwindelhafte Höhe steigen ließ? Spekulation und Wucher — mit diesen Worten sind alle die strengen Strafdrohungen und sonstigen Maßregeln gerechtfertigt, die in den Kriegsgesetzen enthalten sind. Man kann nur noch fragen, ob sie genützt haben. Ihr Erfolg war, wie die Tatsachen lehren, kein durchschlagender, weil die Kampforganisation fehlte und die Durchführung mattherzig und zaghaft war, es wäre aber ohne diese Maßregeln vielleicht noch schlimmer geworden.

Blicken wir aber in die Zukunft! Wir sind noch lange nicht bei normalen Preisverhältnissen angelangt und für den Abbau der Preise sei die heutige Erfahrung eine Lehre. Nicht alle haben sich durch die erste Friedenstaube zur Lösung ihrer „Engagements" bringen lassen, und die neue Konjunktur des hereinbrechenden Friedens schafft neue Spekulationsmöglichkeiten. Darum darf dieser Kampf nicht eingestellt werden. Für das Kriegswucheramt, dem jüngst erst der gute Fang des ehrenwerten Herrn Hofrates Breycha gelungen ist, gibt es noch manche Hirsche und Wölfe zu erlegen und die Gerichte werden nach der Lehre, die aus diesem Preissturze zu ziehen ist, wohl etwas schneidiger zupacken, wenn sie über Kriegswucher zu urteilen haben.

Neues Wiener Tagblatt Abendl
17/X. 1918

a 17

Selbstmord von Mutter und Sohn.

Eine Hungertragödie.

Wir berichteten in heutigen Morgenblatte, daß letzten Samstag nächst dem Freibade die Leiche des Schriftsetzers Hugo Fünfer aus der Donau gezogen wurde. Fünfer, der in Ottakring, Nauseagasse Nr. 22, mit seiner Mutter wohnte, war gleichzeitig mit dieser schon seit 23. September abgängig. Vor ihrem Verschwinden hatten beide ihre Wohnungseinrichtung verkauft. Nachforschungen ergaben, daß die Mutter Fünfers bereits am 6. d. an derselben Stelle nächst dem Freibade als Leiche aus dem Wasser gezogen wurde, und es war nun zweifellos festgestellt, daß Mutter und Sohn gemeinsam Selbstmord verübt hatten. Als Ursache dieser Tat wurde angenommen, daß Fünfer seinem Leben ein Ende machte, weil er schwindsüchtig war und seine Mutter nicht allein zurückbleiben wollte.

Wie man nunmehr von Hausgenossen Fünfers und seiner Mutter erfährt, liegt diesem Doppelselbstmorde ein erschütterndes Motiv zugrunde, wie es leider in unsrer schweren Zeit nicht zu den Seltenheiten gehört. Es ist eine Tragödie des Hungers, die da in den Wellen der Donau ihren Abschluß gefunden hat. Fünfer war infolge seiner Krankheit erwerbslos und litt mit seiner Mutter bitterste Not. Die Entbehrungen, die die beiden ertrugen, trieb sie endlich zu dem Entschlusse, ihre armselige Einrichtung rasch loszuschlagen, um für den Erlös sich einmal satt essen zu können. Einige Tage lang nur war ihnen dies ermöglicht, und als sie dann die letzte Mahlzeit verzehrt hatten, verließen sie die leere Wohnung, begaben sich zur Donau und sprangen in die Fluten, in denen sie unterginngen. Wenn später einmal eine Chronik unsrer Stadt während des Krieges geschrieben werden wird, mag diese kleine Episode nicht vergessen werden.

Arbeiterzeitung
18./X. 1918

143

Die Zwangseinkäufe. Die Klagen der Marktbesucher über die bereits wiederholt geschilderte Vorgangsweise der Händler, die bestimmte Waren nur dann abgeben, wenn man auch einen anderen, weniger beliebten Artikel noch dazu nimmt, mehren sich unausgesetzt. So mußte gestern auf dem Naschmarkt beim Stande Nr. 547 der Händlerin Wallisch eine Frau, die zwölf Kilogramm Kraut kaufte, sechs Kilogramm Zwiebeln, noch dazu um den Preis von 2·56 Kronen, dazunehmen, da sie anders das Kraut nicht bekommen hätte. Diese Zwangseinkäufe sind jetzt auf allen Märkten an der Tagesordnung und die Händler, die mit Artikeln, die niemand kauft, überschwemmt sind, helfen sich einfach, um diese loszuwerden, damit, daß sie andere Waren nur hergeben, wenn die Einkäufer gegen ihren Willen den für sie wertlosen Schund mit in den Kauf nehmen. Auf diese Art wird den Leuten einfach das Geld aus der Tasche gezogen oder sie müssen auf Artikel, die sie brauchen, einfach verzichten. Derartige Pressionen, die einfach ein unerhörter Marktskandal sind, werden vor den Augen der Marktorgane geübt und der Magistrat findet offenbar nicht die Kraft, seiner Anordnung, mit der diese Vorgangsweise als unstatthaft bezeichnet wurde, genügend Respekt zu verschaffen. Wir raten den Verbrauchern, wenn man ihnen, weil sie sich zu keinen anderen Einkäufen zwingen lassen, keine Waren verabfolgt, einfach in kurzem Wege die Anzeige wegen Verkaufsverweigerung an das zuständige Bezirksgericht zu erstatten, damit diesem Skandal endlich einmal ein Ende gemacht werde.

Hamburger Fremdenblatt

18./X.1918.

144

Bekanntmachung
über
die Abgabe von Lebensmitteln.

I. Kartoffeln.

§ 1.

In der Woche vom 19. bis 25. Oktober 1918 einschließlich dürfen auf die allgemeine Kartoffelkarte und auf die Kartoffelkarte für Militärurlauber 7 Pfund Kartoffeln, und zwar auf jeden Abschnitt 1 Pfund, abgegeben und entnommen werden. Von Sonnabend bis Dienstag einschließlich dürfen auf jede Karte höchstens 4 Pfund abgegeben und entnommen werden, und zwar auf die Abschnitte a bis d. Die Abgabe des Restes auf die Abschnitte e bis g ist erst ab Mittwoch, den 23. Oktober, zulässig.

II. Fleischersatz.

§ 2.

Als Ersatz für Fleisch dürfen auf jede Fleischmarke der in der Stadt Hamburg für die Zeit vom 21. bis 27. Oktober 1918 ausgegebenen Reichs-Fleischkarten je 32 Gramm Brot oder 20 Gramm Roggenfeinmehl oder Kartoffelstärkemehl, letzteres jedoch nur, soweit bei den Mehlhändlern aus früheren Lieferungen noch vorhanden, bei den Brot- bzw. Mehlhandlungen abgegeben und entnommen werden. Die Abgabe darf erst von Dienstag, den 22. Oktober 1918, an erfolgen.

Auf jeden mit dem Aufdruck „Ersatz für Fleisch" versehenen Fleischabschnitt der Lebensmittelkarte für Binnenschiffer dürfen von Dienstag, den 22. Oktober 1918, an 160 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden. Die Lebensmittelkarten sind den zuständigen Hafenämtern zur Abstempelung vorzulegen.

§ 3.

Anstalten, die Fleisch auf Bezugsschein beziehen, können Ersatz für das fortfallende Fleisch durch Lieferung von Brot oder Mehl bei der Abteilung Mehl, Großer Burstah 31, 3. Obergeschoß, beantragen. Gast-, Schank- und Speisewirtschaften haben den entsprechenden Antrag an die Kontrollstelle Kohlhöfen 22, zu richten.

III. Zuckerhaltige Aufstrichmittel.

§ 4.

Auf den Marmeladen-Abschnitt der für die Woche vom 19. bis 25. Oktober 1918 gültigen Warenbezugskarte (Nr. 76) dürfen 125 Gramm Marmelade abgegeben und entnommen werden. Die Abgabe an die Verbraucher kann bei einigen Händlern erst ab Dienstag, den 22. Oktober, erfolgen.

Der Kleinverkaufspreis beträgt:
30 Pf. für je 125 Gramm Reingewicht.

IV. Mühlenerzeugnisse.

§ 5.

Auf die Abschnitte 76a, 76b, 76c der für die Woche vom 19. bis 25. Oktober 1918 gültigen allgemeinen Warenbezugskarte und Warenbezugskarte für Kinder (Nr. 76) gelangen insgesamt 60 Gramm Mühlenerzeugnisse, und zwar 30 Gramm auf Abschnitt 76a und je 15 Gramm auf die Abschnitte 76b und 76c zur Verteilung.

Bei Verzicht auf Essenentnahme in den Kriegsküchen sind bei Entnahme von 60 Gramm Mühlenerzeugnisse die mit 76a, 76b und 76c bezeichneten Abschnitte der allgemeinen Warenbezugskarte bzw. Kinder-Warenbezugskarte abzugeben und abzutrennen.

Diejenigen, welche Essen in den Kriegsküchen erhalten, können auf den Abschnitt 76a 30 Gramm Mühlenerzeugnisse beziehen. Die mit 76b und 76c bezeichneten Abschnitte berechtigen jeder entweder zur Entnahme von 1 Liter (Portion) Kriegsküchenessen für drei Tage oder ½ Liter (Portion) Kriegsküchenessen für eine Woche — beides unter gleichzeitiger Abgabe der vorgeschriebenen Kartoffelkartenabschnitte — oder zur Empfangnahme von je 15 Gramm Mühlenerzeugnisse in den Kleinverkaufsstellen.

Die Mühlenerzeugnisse sind ausschließlich bei dem Kleinhändler, bei dem die Eintragung in die Kundenliste für Mühlenerzeugnisse erfolgt ist, zu beziehen.

§ 6.

Auf jeden der beiden Abschnitte der Nährmittel-Zusatzkarten für Rüstungsarbeiter dürfen 15 Gramm Mühlenerzeugnisse abgegeben werden. Sie können in den Kriegsküchen in der gleichen Weise wie die Abschnitte 76b und 76c der allgemeinen Warenbezugskarte zur Entnahme von Essen verwandt werden.

§ 7.

Verteilt wird in dieser Woche vorwiegend Hülsenfruchtmehl, doch sind die Kleinhändler berechtigt und verpflichtet, soweit noch Restbestände aus den Vorwochen vorhanden sind, diese zunächst abzugeben.

Der Preis für das Hülsenfruchtmehl beträgt:
8 Pf. für je 60 Gramm.

§ 8.

Auf den Abschnitt 76c der für die Woche vom 19. bis 25. Oktober 1918 gültigen Warenbezugskarte für Kinder dürfen in den bekanntgegebenen Kleinverkaufsstellen 250 Gramm Nährmittel (im allgemeinen in Packung) abgegeben und entnommen werden.

V. Butter und Margarine.

§ 9.

Für die Woche vom 19. bis 25. Oktober 1918 wird die Abgabe von 40 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine auf den Kopf der Bevölkerung zugelassen.

Der Preis beträgt:
für 40 Gramm Butter . . 45 Pfg.
für 30 Gramm Margarine. 14 Pfg.

VI. Kaffee-Ersatzmittel.

§ 10.

In der Zeit vom 19. Oktober bis 1. November einschließlich dürfen auf den Kaffeeabschnitt der allgemeinen, für die Woche vom 19. bis 25. Oktober gültigen Warenbezugskarte (Nr. 76) ¾ Pfund Kaffee-Ersatz abgegeben und entnommen werden.

Nach dem 1. November verliert der Kaffeeabschnitt Nr. 76 seine Gültigkeit.

Auf die jeweils gültigen Schiffer- und Urlauberkarten darf bis auf weiteres wöchentlich ¼ Pfund Kaffee-Ersatz abgegeben und entnommen werden.

§ 11.

Die Kleinhändler haben die von ihnen abgetrennten Kaffeeabschnitte der allgemeinen Warenbezugskarte Nr. 76 nach Ablauf des 1. November bis spätestens zum 6. November d. J., auf gummierte Bogen aufgeklebt, in der Kaffeeabteilung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts zusammen mit der Bestandsaufnahme gegen Empfangsbestätigung einzuliefern.

Die Kaffeeabschnitte der Schiffer- und Urlauberkarten sind bei dieser Gelegenheit mit einzuliefern.

VII. Eier.

§ 12.

Auf den Eierabschnitt der für die Woche vom 19. bis 25. Oktober 1918 gültigen Warenbezugskarte für Kinder (Nr. 76) darf ein Ei abgegeben und entnommen werden.

VIII. Strafbestimmungen.

§ 13.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der außerhalb der für die Abgabe der Waren festgesetzten Zeit Waren abgibt oder entnimmt.

Hamburg, den 17. Oktober 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Berner Bund 19./X. 1918.

145

Weltkrieg und agrarische Umwälzung in England

Der Ausgleich zwischen Großgrundbesitzer und Kleinbauer

(Von unserem Korrespondenten)

C. C. S. London, Oktober 1918.

In aller Stille, so daß nur diejenigen, welche durch lange Uebung gewohnt sind, zwischen den Zeilen der englischen Tagesblätter zu lesen, vollzieht sich im Vereinigten Königreich, genauer in Großbritannien — denn Irland ist darin dem ältern Geschäftsteilhaber um ein Menschenalter vorausgeeilt — eine agrarische Revolution, die zwar unblutig, aber deshalb nicht weniger durchgreifend und bedeutsam ist. Natürlich ist es eine Begleiterscheinung des Weltkrieges, der sich den Großgrundbesitzern ganz besonders unliebsam macht, da sie zur Steuerzahlung umso strammer herangezogen werden, je größer die Einkünfte sind, die sie aus ihrem Grund und Boden ziehen, den für sie die Pächter bebauen. Ja, die Pächter! Die reiben sich vergnügt die Hände. Gleich nach Anfang des Weltkrieges hat die Regierung sorgsam die Brotpreise in einer Weise festgelegt, daß die Bürger nie so billiges Weißbrot gegessen haben, wie jetzt. Natürlich hat man dies den vierzig oder mehr Millionen Sterling zu verdanken, welche die Regierung den Müllern als Unterstützung zahlt, ungeachtet der Einrede des Unterhaus-Ausschusses, der herausgefunden hat, daß dem Staat eine viel zu große Last aufgebürdet worden ist. Da es sich jetzt zahlt, Getreide zu bauen, ist im Frühjahr ein außerordentlich großes Gebiet mit Korn, Hafer und dergleichen besät worden, und da die Ernte gut ausgefallen ist, schmunzelt der Farmer, der augenscheinlich Knechte zur Genüge hat auftreiben können, trotz dem Krieg. Und auch die Kartoffeln sind gut ausgefallen. Zu guter Letzt hat auch hier der Staat das Pünktchen aufs i gesetzt und, um den Profitjägern das Handwerk zu legen, kurzerhand durch den Ernährungsminister Clynes — bekanntlich ein Arbeiter — die ganze Kartoffelernte des Landes ankaufen lassen. Natürlich wird sich auch Irland, wo Kartoffeln in ausgiebigerem Maß als je zuvor gepflanzt worden sind, nach den in England und Schottland durch die Regierung festgesetzten Preisen richten müssen. Dabei fährt „Pat" gar nicht so schlimm.

Die agrarische Revolution ist aber mit Kartoffeln und Getreide zu Staatspreisen nicht erschöpft. Sie kommt zum deutlichsten Ausdruck in der Weigerung eines Auktionators, der jüngst erklärte, vor Neujahr keine Aufträge zum Landverkauf mehr annehmen zu können, seien die Bedingungen noch so verlockend. Die Tatsache ist, daß die Großgrundbesitzer massenhaft sich ihres Landes zu entäußern suchen, vermutlich, um den Erlös in der Kriegsanleihe anzulegen, die allerdings mehr einträgt als ein Landgut. Die Einwirkung des Weltkrieges auf die agrarischen Zustände läßt sich am besten an einigen Beispielen erkennen. Da ist der Seifenfabrikant Lord Leverhulme, der vor einigen Monaten die an der schottischen Küste gelegene Insel Lewis der Familie abgekauft hat, die sie seit langem besaß und im Jahre 1888 die Regierung um Truppen bat, um die widerhaarigen Bauern zu Paaren zu treiben. Der reiche Fabrikant von Port Sunlight hat keine Regierung nötig, um die Pachtzinse einzutreiben, und ist jüngst von seinen neuen Pächtern mit Begeisterung empfangen worden.

Nicht weniger typisch ist der Verkauf der Stadt Shaftesbury im Norden der Grafschaft Dorset in Südengland. Diese etwa 750 Fuß über dem Meeresspiegel gelegene alte Ortschaft mit ihren etwa 2000 Einwohnern gehörte bis vor wenigen Tagen dem Lord Stalbridge, der seit Monaten einen Käufer suchte. Ein Londoner Spekulant namens White las den Maueranschlag, der eine Stadt zum Verkauf ausbot, kriegte Lust, auf das Geschäft einzugehen, und bot dem Lord Stalbridge 1,875,000 Franken, die angenommen wurden. Da erwachten der Bürgermeister und Stadtrat aus ihrem langen Schlummer und rafften sich auf, ebenfalls ein Angebot zu machen. Aber es war zu spät; wenn sie Herren in ihrem eigenen Haus sein wollen, so müssen sie sich dazu bequemen, dem Londoner Spekulanten 5000 Pfund Sterling mehr zu bezahlen. Von einer Dame, die jüngst diese eine halbe Stunde von der nächsten Station gelegene Stadt auf dem Fahrrad besucht hat, erfahre ich, daß sie auf einem aus der Ebene aufragenden Bergrücken liegt und ein äußerst gesundes Klima besitzt.

Nummer drei ist der Fall des Herzogs von Southerland, bekanntlich der größte Grundeigentümer im Vereinigten Königreich. Kann er doch auf seinem eigenen Grund und Boden von einem Ende Schottlands zum andern gehen oder fahren, denn Ihro Gnaden geht nie zu Fuß. Vor dem Kriege, als der jetzige Premier Lloyd George Schatzkanzler war, bot der Herzog dem Staate einige hunderttausend Acres zum Kauf an. Aber der Preis war so gepfeffert, daß der wallisische Staatsmann, der sich in den Kniffen der Landlords aus langer Erfahrung auskannte, das Anerbieten ausschlug. Die Nation hätte das doppelte bezahlen müssen, als das Land wert war! Jetzt ist Ihro Gnaden zur Einsicht gekommen, daß der Zeitpunkt günstig ist, einen Teil seines schottischen Grundbesitzes zu veräußern. Er hat sich nämlich in Südengland einen Landsitz gekauft und einen Auktionator damit beauftragt, den schottischen Grundbesitz an den Meistbietenden zu verkaufen.

Daß die Konjunktur auch mitten im Weltkrieg nicht ungünstig ist, läßt sich leicht erklären. Der Krieg, der die Kosten der Lebensführung mehr als verdoppelt hat, füllt vielen Leuten die Taschen, die vor Zeiten leer waren. Diese kaufen Landgüter zur Anlage ihres Kriegsgewinns oder als Wohnsitze. Unter den Käufern findet man eine große Zahl Farmer oder Pächter, die in den letzten Jahren riesig Geld verdient haben und jetzt imstande sind, ihre Pachtgüter anzukaufen und bar zu bezahlen. Auf diese Weise kommen die Grundbesitzer, denen die Kriegsauflagen über den Kopf wachsen, auf ihre Rechnung. Und die frühern Pächter werden Freibauern und werden als Landwirte ihrem eigenen Grund und Boden mehr abgewinnen als dem früheren Pachtgut. So vollzieht sich die agrarische Revolution, die Herr Lloyd George vor Jahren mühevoll einleitete, dank dem Weltkrieg in aller Stille u. Ruhe zum Vorteil der Allgemeinheit.

Der Neue Abend
19./X. 1918

a 19

146

Der tschechische Lebensmittelboykott und die Stadt Wien.

Die Tschechen haben eine Proklamation erlassen, in der jedem bewußten Tschechen die Lieferung von Lebensmitteln an Nicht-Tschechen unter Drohungen zur Pflicht gemacht wird. Nun wissen wir, daß die Zurückhaltung von Lebensmitteln durch die Tschechen unsere Verpflegung bereits seit Monaten schwer geschädigt hat, wenn aber der Boykott jetzt organisiert wird, so drohen besonders der Stadt Wien Folgen, die wir lieber nicht beschreiben wollen.

Vorgestern hat im Abgeordnetenhause eine Beratung stattgefunden, die sich mit dieser Frage beschäftigte. An der Besprechung nahmen der Vorstand des Tschechenklubs, von der Regierung der Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca und einige tschechische Herrenhausmitglieder teil. Graf Silva-Tarouca hat versucht, die Tschechen von ihrem Vorhaben abzubringen. Was er erreicht hat, wissen wir nicht.

Wir haben mit unserer Meinung über das Vorgehen der Tschechen nicht zurückgehalten. Wir wiederholen heute, daß wir sie für eine der größten Niederträchtigkeiten des Weltkrieges halten. Daran ändert die Tatsache nichts, daß sich die tschechischen Nationalsozialen und die Sozialdemokraten an die Spitze der Bewegung gestellt haben. Sie wissen ganz genau, daß nur die arme Bevölkerung getroffen wird, wenn die amtliche Versorgung ins Stocken geraten sollte, denn die Wohlhabenden haben eingehamstert und unter denjenigen, die ihnen dies ermöglichten, waren tschechische Agrarier. Es ist auch der Zweck des Boykotts nicht einzusehen. Die Tschechen können jetzt ihren Staat errichten und über die Frage, ob Deutschböhmen und die Slowakei zum tschechischen Staate gehören sollen, haben nicht die zwei Millionen Wiener zu entscheiden, die am meisten bedroht sind. Man hat es einzig und allein mit einem Ausbruche des wildesten nationalen Chauvinismus zu tun, der, blind wie immer, nicht das Ziel und die Wege sieht.

Die Lage kann kritisch werden. Aus Galizien kommt immer weniger, auf Ungarn haben wir uns nie verlassen können und die Tschechen organisieren den Boykott. Wo ist der Mann, der überlegene politische Kopf, der in diesem Chaos der Stimme der Vernunft und Menschlichkeit Gehör verschafft?

z.

Die Zeit Abend
19/X. 1918

147

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Wie gewöhnlich an Samstagen, so herrschte auch heute ein überaus lebhafter Marktverkehr, der in erster Linie nach Fleisch griff. Die Anbote hierin waren größtenteils unzulänglich. In der Großmarkthalle, vor der sich heute vor Marktbeginn gegen 3500 Personen angestellt hatten, standen für die Großabnehmer und für die rationierten Kunden 3290 Kilogramm Rindfleisch zur Verfügung. Dann wurden 123 Schafe detailliert. Dieses Fleisch fand ebenso begehrte Abnahme wie das Angebot von 1900 Kilogramm frischen Schweinefleisches, das um 9 Uhr früh vollständig vergriffen war. Sehr begehrt waren heute die von der Gemeinde Wien auf den Markt gebrachten Blutwürste. Auch die übrigen diversen Wurstsorten gingen sehr gut ab.

Die heutigen Bahnzufuhren nach dem Wiener Zentralfleischmarkt stellten sich auf 41·5 Tonnen, darunter 21·5 Tonnen Rindfleisch und 13·5 Tonnen Schafe. Letztere stammten aus Ungarn.

Vom Fisch- und Geflügelmarkt ist nichts Neues zu berichten.

Auf den Gemüsemärkten macht sich der kommende Winter langsam bemerkbar. Auch die Krautzufuhren reichen nicht mehr aus, den Bedarf zu decken. Heute sind sie sogar größtenteils ausgeblieben. Gärtnerwaren sind frühzeitig vergriffen; nur Rüben und Wruken bleiben liegen. Paradeiser gehen schleppend. Schwämme wurden gern gekauft.

Die Obstmärkte werden sich heuer kaum mehr erholen. Aus Ungarn kamen wieder kleinere Aepfelsendungen. Eier gab es heute nur vereinzelt.

Neues Wiener Tagblatt
19./X. 1918

148

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Bezugsbegünstigungen der Mindestbemittelten.

Die zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten haben die Aufrechterhaltung der den Mindestbemittelten gewährten Begünstigungen unmöglich gemacht, nicht weil es an Geld, sondern weil es an den erforderlichen Nahrungsmitteln gebricht. Heute geschah es vorläufig zum letztenmal, daß den Mindestbemittelten ihre besondere Fettration verabreicht wurde, und es läßt sich nicht vorhersagen, wann ihnen wieder dieses, übrigens viel beneidete, Bezugsrecht zuteil werden wird. Begreiflicherweise ist es unzulässig, an die Mindestbemittelten eine Zubuße von 25 Gramm auszugeben, wenn die übrige Bevölkerung auf eine Ration von 20 Gramm, an der die Mindestbemittelten mit teilhaben, gesetzt wird. So mußte denn die sehr bedauerliche Einstellung der Zubuße infolge der allgemeinen Verschlechterung der Fettversorgung erfolgen. An einem Ersatz hiefür gebricht es vorläufig.

Auch die Verabreichung von Pferdefleisch an die Mindestbemittelten findet von morgen an nicht mehr statt, doch tritt hiefür ein Ersatz ein. Von morgen an bekommen die Mindestbemittelten bei den Ständen der Großschlächterei, bei denen sie bisher rayoniert waren, auf jeden Kopf ihres Haushaltes 100 Gramm Pferdewurst zum Preise von 90 Heller. Diese Ration gilt für eine Woche, und ob nach Ablauf dieses Zeitraumes die Ausgabe von Pferdewurst fortgesetzt werden wird, hängt von der Aufnahme ab, die dieser Versuch bei den Mindestbemittelten finden wird.

Bekanntlich beträgt die normale Rindfleischration, auf deren Bezug Mindestbemittelte, die auf das verbilligte Pferdefleisch Anspruch machten, verzichten mußten, 125 Gramm, doch entfällt ein Teil hievon auf die Zuwage und überdies gibt es im Fleisch eingewachsene Knochen und ungenießbare Flechsen. Die Pferdewurst, die an die Stelle des verbilligten Pferdefleisches tritt, soll aus reinem Fleisch erzeugt werden, so daß den Käufern — die Haut abgerechnet — volle 100 Gramm genießbarer Wurst zufallen werden. Insofern sind sie den Käufern des Rindfleisches gegenüber nicht ungünstiger gestellt, aber während sie für das Pferdefleisch 3 K. 60 H. bezahlten, werden sie für die Wurst 9 K. bezahlen müssen, also mehr, als selbst hinteres Rindfleisch — wenn es nicht Extremfleisch ist — kostet. Unter diesen Umständen läßt sich kaum vorhersagen, wie der Versuch, die Pferdewurst einzuführen, ausfallen wird. Unrationiert wäre Pferdewurst zu 9 K. gewiß sehr willkommen, aber es handelt sich um einen rationierten Kauf, für den die Käufer das Bezugsrecht auf Rindfleisch aufgeben müssen. m. h.

Ostdeutsche Rundschau
19./X. 1918

Die tschechische Aushungerung.

Die heutige Lage der Mittelmächte ist in letzter Linie eine Folge des Umstandes, daß bei uns nicht alle Kräfte zur Erreichung des einen Zieles, stark zu sein, zusammengefaßt werden konnten. Nur das verschuldete den Mangel, der den Glauben an siegreiches Durchhalten ins Wanken brachte.

Ein Beweis hierfür ist überflüssig. Jeder weiß, daß es anders gekommen wäre, wenn unsere gewaltigen Kräfte an Heeren und Gütern in Ordnung zusammengefaßt worden wären und wir, an Stärke ein zweites Deutsches Reich, an der Seite unserer Bundesgenossen gekämpft hätten. Es muß mindestens als offene Frage gelten, ob nicht Bulgarien treu geblieben wäre, wenn es nicht schließlich an den Erfolg des englischen Aushungerungsplanes glauben gelernt hätte.

Bei dem Deutschen Reiche ist es feststehend, daß dieses mit Nahrung und Waffen auskommen wird, um auch seinen letzten Mann damit zu versorgen, während wir nach den aufrüttelnden Darlegungen Hilmers vor dem Zusammenbruche stehen, falls wir nicht in letzter Stunde die Kraft zu entschiedener Umkehr finden.

Es wäre lächerlich zu glauben, daß unsere Gegner hierüber nicht ebenso unterrichtet sind, wie sie es während des ganzen Krieges über ihre stets steigenden Aussichten auf Oesterreichs Aushungerung, der auch die tschechischen Politiker mit Ruhe glaubten entgegensehen zu können, waren.

Nach den Ziffern Hilmers („Ostdeutsche Rundschau" vom 6. Oktober d. J.) ergibt sich, daß in ganz Mähren die Fettquote fast auf ihr Zweieinhalbfaches hätte erhöht werden können, wenn die Tschechen den gleichen Verhältnissatz ihrer Erzeugung abgeliefert hätten wie die Deutschen. Eben dort zeigt die Gegenüberstellung der Erträge und Ablieferungen in Böhmen (Antwort der Regierung an Graf Schönborn), daß die Deutschen des Landes 76,5 v. H., die Tschechen 33 v. H. der angenommenen Erträge geliefert hatten, d. h. gewiß überall hätte das tschechische Gebiet das Zwei- bis Dreifache des Gelieferten aufbringen können und müssen.

Gegen dieses Durchbrechen gleichmäßiger Verteilung ist aber noch kein Sozialdemokrat aufgetreten.

Für uns Deutsche hat dieses tschechische Zurückhalten Folgen, die uns ans Leben gehen. Der Staat teilt alles, das er bekommt, fast nur gleichmäßig auf, fragt nicht, was der schon gab, jener zurückhielt. Was die Tschechen zu wenig lieferten, stellte nicht nur für sie einen Zuschuß dar, durch den sie auf ein mehrfaches der deutschen Quote kamen, sondern drückte diese so herab, daß wir hungern und ihnen mit Wucherpreisen Tribut leisten mußten, bis wir auch verarmten. Es ist da kein Wunder, daß die amtliche Statistik von 22.842 Fällen der Hungerwassersucht 86 v. H. aller Erkrankungen — und 98 v. H. alle Todesfälle — in Deutschböhmen feststellte.

Die veröffentlichten Beschlüsse tschechischer Körperschaften zur Selbstaufteilung von Nahrungsüberschüssen innerhalb des tschechischen Volkes lassen uns annehmen, daß die Nichtlieferung an den Staat, der nach Dr. Stransky, als Sprecher der Tschechen, zertrümmert werden soll und die für Deutsche unfaßbare Scheußlichkeit planmäßiger Aushungerung der Nachbarn, denen laut ebenfalls veröffentlichten Aufrufen auch um höchste Preise nichts verkauft werden soll, **damit sie hungern müssen**, heuer noch vollkommener betrieben werden wird als selbst 1917—18.

Das Regierungsverbot dagegen wird — nach unseren bisherigen Erfahrungen — nicht störend wirken und der größte Teil der Ernte ist anscheinend schon heute verschleppt.

Für all dies machen wir das tschechische Volk verantwortlich. Dessen gewählte Vertreter predigten diese Politik seit 1914. Mindestens neun Zehntel seiner Körperschaften erklärten sich ausdrücklich für diese und **noch nicht eine Stimme, wenn auch nur eine der Menschlichkeit, sprach gegen die Aushungerung der deutschen Nachbarn. Nie wird dies vergessen werden und daraus müssen wir schließen, wie unser Los wäre, wenn wir — im tschechischen Staat auf den Gerechtigkeitssinn angewiesen wären.**

Wenn da nicht ein Wille in das Rad greift, so werden wir noch im Winter 1918—19 dort sein, wo wir heuer im Mai standen und den Sieg der Zertrümmerungs- und Aushungerungspolitik wird ein uns vernichtender sein.

Dies um des Staates willen zu verhüten, ist Pflicht der Regierung. Sein Lebensrecht rechtfertigt nicht nur, sondern befiehlt die Anwendung der letzten Mittel.

In noch höherem Maße gilt dies für uns Deutsche. Es geht um die Grundlagen unseres Daseins für alle Zukunft. Alle Entbehrungen, die wir auf uns nahmen, konnten es nicht abwenden, daß schon jetzt die Lebenskraft all unserer Kinder, der Eltern künftiger Geschlechter, in nie mehr gut zu machendem Umfange geschwächt wurde. Dazu ist unser Mittelstand, auf den vor allem die Widerstandsfähigkeit der Städte ruht, wirtschaftlich fast vernichtet. Man bedenke, was es heißt, jetzt noch ärgere Ernährungsverhältnisse erdulden müssen!

Andere stürzen die Welt in Blut, um Macht zu erringen und Haß zu kühlen und wir wissen nur Moral zu predigen, wenn man uns ans Leben greift?

Mit einer Entschlossenheit, gegen die es keinen Widerstand gibt, müssen wir die Regierung **zwingen**, die Machenschaften zu unserer Aushungerung zu brechen. **Die Sprache, die bisher geführt wurde, taugt nicht! Wir fragen nicht danach, ob die Regierung uns gern oder ungern preisgibt! Eisern ist die Zeit und der Sturm heult verflucht scharf um unsere Ohren. Da bedarf es harter Melodien, wenn man gehört werden will.** Man sage uns nicht, die Regierung könne nicht helfen. Heute, Mitte Oktober, können die tschechischen Vorräte weder schon gegessen noch verfüttert worden sein. Wenn die Zivilbehörden nicht wissen, wie man solche erfaßt, Soldaten werden sich zu helfen wissen, wenn unsere nicht genügen, so sind die Opfer Deutschösterreichs an Gut und Blut es wahrlich wert, daß man sich oben zu dem schweren Schritte entschließt und reichsdeutsche Hilfe in Anspruch nimmt — solange es noch Zeit ist.

Die an Zahl und Hilfsmitteln uns so überlegenen Gegner haben gemeinsamen Oberbefehl und gemeinsame Ernährungsfront. Auch für den letzten Akt, der sich noch abspielen soll, bedarf es mindestens letzterer, denn niemand kann uns dafür Gewähr leisten, daß der wilde Tanz auf den Schlachtfeldern vorbei ist. Und wie, wenn die Gegner auch den elendesten Verzichtfrieden nicht haben und uns hinziehen wollen, bis unsere Ernährung 1919 völlig versagen wird? **Heute oder nie kann dies durchkreuzt werden.** Das Recht der Regierung, von ihren Staatsbürgern die Erfüllung gleicher Pflichten zu fordern, tastet auch Wilson nicht an, noch weniger fordert er, daß sie tatenlos zusehen, wie ein Volk das andere aushungert und Stehenbleiben bei unwirksamen Maßregeln ist das Gleiche, wie tatenlos zusehen. **Sie darf, sie muß Ordnung erzwingen! Wo stünden wir, wenn sie dies früher getan hätte!**

Ihr und jedem Deutschen soll man es ins Hirn hämmern, daß mehr als in irgendeinem anderen Augenblicke seit 100 Jahren weltgeschichtliche Entwicklungen von sofortigem Handeln abhängen.

Nie wird gutgemacht werden, was Mangel an Entschlossenheit heute versäumen. Darum:

Landgraf und deutsche Landboten, werdet hart!

Österr. Volkszeitung
20./X. 1918

151

Boykottierung Wiens.

Keine Lebensmittellieferung durch die Tschechen.

Die Tschechen haben, wie es heißt, eine Proklamation erlassen, wonach es jedem Tschechen zur Pflicht gemacht wird, Nichttschechen keine Lebensmittel zu liefern. Dieser Boykott richtet sich in erster Linie gegen Wien, das, da aus Galizien und Ungarn immer weniger kommt, jetzt besonders empfindlich getroffen wird. Die Gemeinde Wien hat in Böhmen und in Mähren große Abschlüsse in Kartoffeln gemacht, und diese würden, falls der Boykott anhält, ebenso ausbleiben, wie das Getreide, das aus tschechischen Landstrichen der Kriegsgetreideverkehrsgesellschaft zuzufließen hätte.

Vorgestern fand im Abgeordnetenhaus eine Beratung statt, die sich mit der Frage der Nichtbelieferung durch die Tschechen beschäftigte. An der Beratung nahmen der Vorstand des Tschechenklubs, von der Regierung der Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca und einige tschechische Herrenhausmitglieder teil. Graf Silva-Tarouca versuchte, die Tschechen von ihrem Vorhaben abzubringen. Der bisherige Verlauf der Dinge hat nicht gezeigt, daß diese Bemühungen Erfolg gehabt hätten. Es wird also zweifellos ehestens etwas geschehen müssen, um wenigstens Klarheit zu erlangen. Wien hat ein Recht, authentisch zu erfahren, wie sich die Versorgung der Millionenstadt — soweit die genannten Aufbringungsgebiete in Betracht kommen — gestalten wird!

Die Zeit
20./X. 1918

153

Die Approvisionierung Wiens.

Ein Ernährungsausschuß der Stadt Wien.

Im Volksernährungsamt erschienen gestern Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den drei Vizebürgermeistern; Minister Paul empfing das Gemeinderatspräsidium in Gegenwart des Sektionschefs Dr. Löwenfeld-Ruß.

Ueber die Besprechung gibt die Rathauskorrespondenz folgenden Bericht aus:

In einer mehr als zweistündigen Konferenz wurde die Ernährungslage im Hinblick auf die außerpolitischen und innerpolitischen Verhältnisse eingehend erörtert. Mit Rücksicht auf das Ergebnis dieser Unterredung hielt sich der Bürgermeister verpflichtet, noch für heute abends 6 Uhr die Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

In dieser Konferenz berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner eingehend über die Vorsprache des Gemeinderatspräsidiums beim Ernährungsminister. An den Bericht knüpfte sich eine das ganze Gebiet der hiesigen Ernährungslage umfassende Aussprache, an der sich sämtliche Mitglieder der Obmännerkonferenz beteiligten. Schließlich wurden mit Stimmeneinhelligkeit folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Obmännerkonferenz konstituiert sich heute als provisorischer Ernährungsausschuß der Stadt Wien und richtet unter eingehender Darstellung der Lage an den am Montag zusammentretenden deutschen Nationalrat die Bitte, sich in erster Linie mit der Ernährungsfrage zu befassen.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, in der nächsten Gemeinderatssitzung den Antrag auf Wahl eines dreißiggliedrigen aus allen Parteien bestehenden Ernährungsausschusses zu stellen, bei welcher Gelegenheit sich die Mitglieder der Obmännerkonferenz der Wahl in diesen Ausschuß zu unterziehen haben. Der gewählte Ernährungsausschuß wird beauftragt, unverweilt die Verbindung mit dem Ernährungsausschuß des deutschen Nationalrates in die Wege zu leiten.

3. Dem Gemeinderat ist über die Wärmestubenaktion zu berichten und ein gemeinderätlicher Ausschuß zu wählen, der die erforderlichen Maßnahmen durchführt.

Fremdenblatt
20./X. 1918

154

Rezepte, die noch auszuführen sind.

(Pilota) nennt sich eine vorzügliche, billige Marmelade, die in der Znaimer Gegend sehr beliebt ist. 3 Kg. Birnen schälen und entkernen; 2 Kg. Karotten waschen, putzen und halbweich kochen. Die rohen Birnen und die halbweichen Rüben passieren oder durch die Maschine treiben. 1 Kg. Zucker dazu sowie 1 Liter Obstsaft — Aepfel, Ribisel, Birnen oder Most — alles unter fleißigem Rühren gut einkochen, eventuell in mehreren Kochzeiten, heiß einfüllen, nach dem Abkochen in der lauen Röhre unverbunden nachtrocknen lassen.

(Pfannkuchen.) In einen dünnen Palatschinkenteig aus Mehl, Sodawasser, etwas Salz und einer Prise Zucker schneidet man ein paar dünne Aepfelschnitten und bäckt sie wie gewöhnliche Fridatten. Nicht mit Marmelade füllen, sondern nur mit Zimmtzucker innen bestreuen, raschzusammenrollen und sofort zu Tische geben.

(Erdäpfelkoteletten.) Zu ½ Kg. gekochten, passierten Erdäpfeln mischt man etwas Salz, ein ganzes Ei und soviel Mehl, daß es möglich ist, kleine Koteletten zu formen, die man in ein bißchen Mehl oder Bröfel eindreht und dann auf wenig Fett in der unglasierten Schnitzelpfanne wie Schnitzel ausbratet. Man bestreut sie mit Schnittlauch oder grüner Petersilie, kann aber diese Würzen oder gehackte Zwiebeln in den Teig selbst hineingeben.

(Marettanudeln.) Einen gewöhnlichen Erdäpfelteig anmachen, aber recht fest, Kraut recht fein hacken, salzen, fest ausdrücken, zum Erdäpfelteig mischen und miteinander verarbeiten. In einer breiten Kasserolle oder im Backblech fingerhoch Wasser, mit etwas Fett gemischt, aufsieden. Aus dem Teig fingerlange Würsteln rollen, nebeneinander in die Pfanne, zudecken und so lange sieden lassen — aber nur sehr leise — bis das Wasser verdunstet ist und die Würsteln anfangen, „Farbe zu bekennen". Man dreht sie dann, wenn nötig, um und gibt etwas heißes Fett und Zucker oder geriebenen Mohn beim Anrichten extra dazu.

(Schwammstrudel.) Man bereitet sich einen ganz einfachen Strudelteig ohne Ei, läßt ihn rasten. Inzwischen hackt man Schwämme mit Petersilie und etwas Zwiebel fein, streicht oder streut sie auf den ausgezogenen Teig, rollt leicht ein und bäckt ihn. Dazu wird eine Schwammsauce gegeben. Sehr gut, aber wenig bekannt; es können ganz billige Sorten Verwendung finden.

(Pikante Zwiebeln.) Ganz kleine, junge Zwiebeln waschen, salzen, über Nacht zugedeckt stehen lassen. Essig mit allerlei Gewürz kochen und kaltstellen. Von den Zwiebeln entfernt man die oberste Schale, legt sie in kleine Gläser, schüttet den Essig darüber, legt in jedes Glas ein Stückchen Kren, verbindet sie gut und hebt sie kühl und dunkel auf.

(Neue Gurkeneinlegeart.) Die kleinen Gurken gut waschen und einsalzen; nach ein paar Stunden aus dem Salz heben, in einen Weidling geben und mit kochendem Essig übergießen. Man wiederholt diese Prozedur noch zweimal, indem man an jedem Tag den Essig abgießt und kochend darüberschüttet. Das dritte Mal kocht man sie mit dem Essig auf, läßt sie abtropfen, packt sie in Gläser, gibt frischen, mit allerlei Gewürz gekochten Essig kalt darauf und verbindet sie gut. So zubereitete Gurken schimmeln nie!

(Melangemarmelade,) die wirklich gut ist! 2 Kg. Aepfel oder Birnen oder beides gemengt, schälen, vom Kornhaus befreien, in Spalteln schneiden; ebenso kleine, dunkelgelbe Zuckerkarotten etwa 1 Kg., Preiselbeeren zirka 5 Liter ausklauben, waschen, dazu geben und ebenso 2 Kg. Zucker. Alles zusammen dick kochen, zuletzt 3 Cozetpillen dazu, heiß einfüllen und aufheben wie jede andere Marmelade.

Fremdenblatt
20./X. 1918

155

Die Ernährungslage in Wien.

Einsetzung eines städtischen Ernährungsausschusses.

Gemäß einem Beschlusse hat die Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien sich als zeitweiligen Ernährungsausschuß erklärt. In der nächsten Gemeinderatssitzung wird ein aus allen Parteien zusammengesetzter dauernder Ernährungsausschuß gewählt. Er soll mit dem Deutschen Nationalrate sich verbinden, um die Lebensmittelversorgung der Stadt Wien zu bessern.

Diesen Beschlüssen ging eine zweistündige Konferenz des Bürgermeisters und der Vizebürgermeister bei Minister Paul voran. In dieser Konferenz wurde die Ernährungslage im Hinblicke auf die außerpolitischen und innerpolitischen Verhältnisse eingehend erörtert. Mit Rücksicht auf das Ergebnis dieser Unterredung hielt sich der Bürgermeister verpflichtet, noch für gestern abends 6 Uhr die Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

Der Bürgermeister berichtete über die Vorsprache beim Ernährungsminister. Nach längerer Beratung wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Obmännerkonferenz konstituiert sich als provisorischer Ernährungsausschuß der Stadt Wien und richtet unter eingehender Darstellung der Lage an den Deutschen Nationalrat die Bitte, sich in erster Linie mit der Ernährungsfrage zu befassen.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, in der nächsten Gemeinderatssitzung den Antrag auf Wahl eines dreißiggliedrigen, aus allen Parteien bestehenden Ernährungsausschusses zu stellen, bei welcher Gelegenheit sich die Mitglieder der Obmännerkonferenz der Wahl in diesen Ausschuß zu unterziehen haben. Der gewählte Ernährungsausschuß wird beauftragt, unverweilt die Verbindung mit dem Ernährungsausschusse des Deutschen Nationalrates in die Wege zu leiten.

3. Dem Gemeinderate ist über die Wärmestuben-Aktion zu berichten und ein gemeinderätlicher Ausschuß zu wählen, der die erforderlichen Maßnahmen durchführt.

Der Neue Abend
21./X. 1918

157

Die Ernährungssorgen Wiens.

Eine Eingabe an den deutschen Nationalrat.

Wie die Rathauskorrespondenz meldet, hat die Obmännerkonferenz der Wiener Gemeinderatsparteien sich als provisorischer Ernährungsausschuß der Stadt Wien konstituiert. Die von dieser Körperschaft beschlossene Petition wurde heute dem Deutschen Nationalrate übermittelt. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Nach dem kaiserlichen Manifest vom 16. d. M., welches die Umwandlung Österreichs in einen Bundesstaat ankündigt, sollen zwar bis zur Vollendung dieser Umgestaltung die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht bleiben, tatsächlich aber ist die Zentralregierung bereits jetzt außerstande, wirksame Anordnungen zu treffen. Und da anderseits die auf dem Selbstbestimmungsrechte der einzelnen Volksstämme beruhenden nationalen Staaten noch nicht entstanden sind und keinerlei Regierungsgewalt besitzen, ist augenblicklich eine Desorganisation eingetreten, die zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt und insbesondere auf dem Gebiete der Volksernährung verhängnisvoll zu werden droht.

Am schwersten betroffen wird durch diesen anarchischen Zustand die bisherige Reichshauptstadt Wien, deren Lebensmittelversorgung durch Niederösterreich allein nicht sichergestellt werden kann und daher von Zuschüben aus den übrigen Kronländern und aus Ungarn angewiesen ist. Diese Zuschübe drohen nun während des staatsrechtlichen Umgestaltungsprozesses der Monarchie ins Stocken zu geraten und da alle Bemühungen der Wiener Gemeindevertretung um eine Sicherung gegen die Zufälligkeiten des Krieges durch Anlegung größerer Vorräte erfolglos geblieben sind, steht die Zweimillionenstadt, falls jener Zustand staatlicher Ohnmacht auch nur einige Wochen anhält, vor der entsetzlichen Gefahr einer Hungersnot. Mehl und Kartoffeln sind nur mehr für ganz kurze Zeit vorhanden, ebenso Futtermittel für die in der Großstadt unentbehrlichen Frächterpferde, Fett und Fleisch mangelt fast gänzlich und die Kohlen- und Petroleumvorräte sind so gering, daß die Belieferung der Haushalte nur mehr in völlig unzulänglichem Ausmaße möglich ist.

In dieser furchtbaren Lage wendet sich die Wiener Gemeindevertretung an den deutschen Nationalrat mit der dringenden Bitte um rascheste Hilfe. Der deutsche Nationalrat möge es als seine erste und dringendste Aufgabe erkennen, die Stadt Wien vor einer Ernährungskatastrophe samt ihren unabsehbaren Folgewirkungen für das deutsche Österreich und für das ganze Reich zu bewahren! Die Bevölkerung der Zweimillionenstadt, die in diesem Kriege schon so schwere Entbehrungen ertragen mußte, erwartet, daß durch einsichtsvolle Entschließungen des deutschen Nationalrates wenigstens das Äußerste von ihr abgewendet wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat für heute 8 Uhr abends die Mitglieder der Obmännerkonferenz zu einer Sitzung einberufen, in welcher über die Entschließungen des deutschen Nationalrates hinsichtlich der Ernährungsfrage Bericht erstattet werden soll.

Ostdeutsche Rundschau
22./X. 1918
158

Notwehr.

Der neue tschecho-slowakische Staat schließt seine Grenzen. Er duldet nicht, daß Lebensmittel ausgeführt werden. Aus Galizien sollen wir ebenfalls nichts mehr erhalten. Die neue Staatengründung aus den Trümmern Oesterreichs beginnt mit einer Aushungerung der deutschen Gebiete. Wir sind nicht in der Lage, die für uns notwendigen Nahrungsmittel selbst zu schaffen. Wir waren früher auf Zufuhr angewiesen und sind es jetzt mehr denn je. Wenn es nicht gelingt, mit Ungarn ein endgültiges und festes Uebereinkommen zu treffen, so steht Deutschösterreich vor der Gefahr ärgster Hungersnot. Die Lage für uns ist überaus ernst. Zunächst kommt Wien in Betracht. Um die mehr als zwei Millionen Einwohner dieser Stadt zu ernähren, bedarf es großer Zuschübe. Das Land Niederösterreich könnte im Falle günstigster Ernte Wien nicht versorgen. Auch Oberösterreich kann es nicht. Die übrigen Alpenländer haben selbst zu wenig, als daß sie etwas abgeben könnten. So war bis jetzt Wien auf Nahrungsmittel aus den Sudetenländern, aus Ungarn sowie auch Galizien angewiesen. Wie kann nun dem Beschlusse der Tschechen, aus dem nicht eigene Notlage, sondern nur der Haß gegen Wien spricht, entgegengetreten werden? Wien hat ein wirksames Mittel! Die Tschechen behaupten, daß über 300.000 ihres Stammes in Wien wohnen. Diese 300.000 festzustellen, wird schwer fallen. Aber jene kennt man, die sich im Jahre 1910 als Tschechen bekannt haben. Die Gemeinde Wien besitzt die Volkszählungsbogen. Wenn nun die Tschechen keine Nahrungsmittel nach Wien lassen, so kann die Gemeinde Wien nicht verhalten werden, Nahrungsmittel für die Tschechen, die hier wohnen, abzugeben. Darum schlagen wir allen Ernstes vor: **Es sind sofort die in Wien wohnenden Tschechen festzustellen. Allen diesen werden die Nahrungsmittelkarten unverzüglich entzogen. In den Häusern, in denen Tschechen wohnen, ist gründliche Nachschau nach Nahrungsmitteln zu halten. Alles, was sich findet, wird beschlagnahmt.** Aehnlich ist mit allen Galizianern, jüdischen und nicht jüdischen, zu verfahren, wenn die Machthaber dort ebenfalls keine Nahrungsmittel nach Wien abgeben wollen. Man erwidere uns nicht, daß dann die Tschechen an den Deutschen in Prag Vergeltung üben werden. Was an den Tschechen lag, haben sie bis jetzt alles getan, um Deutschböhmen auszuhungern. Andrerseits haben die deutsch verwalteten Städte tschechische Minderheiten, die als Geiseln für die Deutschen Prags herhalten können.

Es geht Aug' um Aug', Zahn um Zahn! Sofort aber wäre die Lieferung von Kohlen aus den deutschen Gebieten nach tschechischen einzustellen. Was wir hier vorschlagen, ist nicht Roheit, das ist Notwehr. Zu dieser Notwehr sind wir gezwungen. Man will uns dem Hungertode ausliefern, da sind wir denn doch berechtigt, uns mit allen Mitteln zu wehren. Man mache nur einmal ernst und handle nach unserem Vorschlage. Wir werden sofort sehen, welch günstige Wirkung für uns es hat, wenn die Deutschen einmal etwas mehr tun als bloß reden und Entschließungen fassen. Der Deutsche Nationalrat aber ist allen Ernstes aufgefordert, sich mit unserem Vorschlage zu befassen. Die Stadt Wien, welcher der Aushungerungsplan zunächst gilt, wird unbedingt zur Notwehr schreiten müssen. Sie hat es in der Hand, zu handeln, wie wir vorschlugen, sie braucht auch auf andere keine Rücksicht nehmen.

—k.

Fremdenblatt.
22./X. 1918

159

Die Ernährungssorgen Wiens.

Ein Hilferuf an den Deutschen Nationalrat.

Der provisorische städtische Ernährungsausschuß, der aus den Obmännern sämtlicher Gemeinderatsparteien gebildet ist, hat an den Deutschen Nationalrat einen dringenden Hilferuf ergehen lassen, der Stadt Wien in ihren Ernährungsschwierigkeiten schleunigst zu helfen. Die Eingabe schildert unsere Lage in düsteren Farben. Wien ist von einer Hungersnot bedroht, wenn nicht eine starke Hand Ordnung schafft. Voll Vertrauen erwarten die Obmänner des Gemeinderates, daß die neue Vertretung des deutschen Volkes durch kraftvolle Entschließungen die Wiener Bevölkerung vor der äußersten Not bewahrt.

Die Eingabe an den Nationalrat lautet: Nach dem kaiserlichen Manifest sollen bis zur Vollendung der Umgestaltung Oesterreichs in einen Bundesstaat die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht bleiben. Tatsächlich ist aber die Zentralregierung bereits jetzt außerstande, wirksame Anordnungen zu treffen. Da andererseits die auf dem Selbstbestimmungsrechte der Volksstämme beruhenden nationalen Staaten noch nicht entstanden sind und keine Regierungsgewalt besitzen, ist augenblicklich eine Desorganisation eingetreten, die zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt und insbesondere auf dem Gebiete der Volksernährung verhängnisvoll zu werden droht.

Am schwersten betroffen wird durch diesen anarchischen Zustand die bisherige Reichshauptstadt Wien, deren Lebensmittelversorgung durch Niederösterreich allein nicht sichergestellt werden kann und daher von Zuschüben aus den übrigen Kronländern und aus Ungarn angewiesen ist. Diese Zuschübe drohen nun während des staatsrechtlichen Umgestaltungsprozesses der Monarchie ins Stocken zu geraten. Da alle Bemühungen der Wiener Gemeindevertretung zur Sicherung gegen die Zufälligkeiten des Krieges durch Aufstapeln größerer Vorräte erfolglos geblieben sind, steht die Zweimillionenstadt, falls jener Zustand staatlicher Ohnmacht auch nur einige Wochen anhält, vor der entsetzlichen Gefahr einer Hungersnot. Mehl und Kartoffeln sind nur mehr für ganz kurze Zeit vorhanden, ebenso Futtermittel für die in der Großstadt unentbehrlichen Frächterpferde, Fett und Fleisch mangelt fast gänzlich und die Kohlen- und Petroleumvorräte sind so gering, daß die Versorgung der Haushalte nur mehr in völlig unzulänglichem Ausmaße möglich ist.

In dieser furchtbaren Lage wendet sich die Wiener Gemeindevertretung an den deutschen Nationalrat mit der dringenden Bitte um rascheste Hilfe. Der deutsche Nationalrat möge es als seine erste und dringendste Aufgabe erkennen, die Stadt Wien vor einer Ernährungskatastrophe samt ihren unabsehbaren Folgewirkungen für das deutsche Oesterreich und für das ganze Reich zu bewahren! Die Bevölkerung der Zweimillionenstadt, die in diesem Kriege schon so schwere Entbehrungen ertragen mußte, erwartet, daß durch einsichtsvolle Entschließungen des deutschen Nationalrates wenigstens das Aeußerste von ihr abgewendet wird.

Die Obmännerkonferenz im Rathause.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berief für gestern abends die Mitglieder der Obmännerkonferenz zu einer Sitzung, in welcher über die Entschließungen des deutschen Nationalrates wegen der Ernährungskrise berichtet wurde.

Die Obmännerkonferenz beriet die Forderungen, welche im Interesse der Versorgung der Wiener mit Lebensmitteln an den neugebildeten Ernährungsausschuß des deutschen Nationalrates zu stellen sind. In eingehender Beratung wurden die Ansprüche der Wiener Bevölkerung auf Brotfrucht, Kartoffel, Fett, Zucker, Fleisch und Salz festgelegt und von den anwesenden Mitgliedern des neuen Ausschusses, den Abgeordneten Dr. Mataja und Reumann zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird übrigens selbst Gelegenheit haben, in der heute 2 Uhr stattfindendne Sitzung dieses Ausschusses, zu der er eingeladen wurde, die Approvisionierungsinteressen der Stadt Wien zu vertreten.

Der Neue Abend
22./X. 1918

160

Der tschechische Lebensmittelboykott.

Wie heutige Morgenblätter berichteten, haben sich die Tschechen bereit erklärt, über die Lebensmittellieferung nach Deutsch-Österreich zu verhandeln. Sie lehnen es aber ab, mit dem Wiener Ernährungsamt in Verbindung zu treten und stehen auf dem Standpunkt, die Verhandlungen über diese wie alle anderen Fragen könnten nur von Volk zu Volk vor sich gehen. Man hat jedoch den Eindruck, daß die Tschechen jetzt ein ganz bestimmtes Ziel erreichen wollen: nämlich nationale Zugeständnisse für die in Wien lebenden Tschechen. Es gibt deren etwa 200.000. Den Wiener Tschechen wurde bekanntlich vor dem Krieg das Recht genommen, hier tschechische Privatschulen zu unterhalten. Ob die Tschechen nur diese Schulen oder weitergehende Zugeständnisse erreichen wollen, haben sie noch nicht gesagt. Wie immer dem sei, die Verbindung von Lebensmittellieferungen mit nationalen Zugeständnissen hat einen üblen erpresserischen Beigeschmack. Kein vernünftiger Mensch darf den Tschechen das Recht absprechen, in Wien eine tschechische Schule zu führen, aber jedes menschliche Gefühl empört sich bei dem Gedanken, die Stillung des Hungers von einem nationalen Zugeständnis abhängig zu machen.

Neue Freie Presse
22./X. 1918

161

Die Eingabe der Stadt Wien an den deutschen Nationalrat.

Drohende Katastrophe in der Versorgung Wiens mit Lebensmitteln.

Wie gemeldet, hat die Obmännerkonferenz der Wiener Gemeinderatsparteien sich als provisorischer Ernährungsausschuß der Stadt Wien konstituiert. Die von dieser Körperschaft beschlossene Petition wurde heute dem deutschen Nationalrat übermittelt. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Nach dem kaiserlichen Manifest vom 16. d., welches die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat ankündigt, sollen zwar bis zur Vollendung dieser Umgestaltung die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht bleiben, tatsächlich aber ist die Zentralregierung bereits jetzt außerstande, wirksame Anordnungen zu treffen. Und da anderseits die auf dem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Volksstämme beruhenden nationalen Staaten noch nicht entstanden sind und keinerlei Regierungsgewalt besitzen, ist augenblicklich eine Desorganisation eingetreten, die zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt und insbesondere auf dem Gebiete der Volksernährung verhängnisvoll zu werden droht.

Am schwersten betroffen wird durch diesen anarchischen Zustand die bisherige Reichshauptstadt Wien, deren Lebensmittelversorgung durch Niederösterreich allein nicht sichergestellt werden kann und daher auf Zuschübe aus den übrigen Kronländern und aus Ungarn angewiesen ist. Diese Zuschübe drohen nun während des staatsrechtlichen Umgestaltungsprozesses der Monarchie ins Stocken zu geraten, und da alle Bemühungen der Wiener Gemeindevertretung um eine Sicherung gegen die Zufälligkeiten des Krieges durch Anlegung größerer Vorräte erfolglos geblieben sind, steht die Zweimillionenstadt, falls jener Zustand staatlicher Ohnmacht auch nur einige Wochen anhält, vor der entsetzlichen Gefahr einer Hungersnot. Mehl und Kartoffeln sind nur mehr für ganz kurze Zeit vorhanden, ebenso Futtermittel für die in der Großstadt unentbehrlichen Frächterpferde, Fett und Fleisch mangelt fast gänzlich und die Kohlen- und Petroleumvorräte sind so gering, daß die Belieferung der Haushalte nur mehr in völlig unzulänglichem Ausmaße möglich ist.

In dieser furchtbaren Lage wendet sich die Wiener Gemeindevertretung an den deutschen Nationalrat mit der dringenden Bitte um rascheste Hilfe. Der deutsche Nationalrat möge es als seine erste und dringendste Aufgabe erkennen, die Stadt Wien vor einer Ernährungskatastrophe samt ihren unabsehbaren Folgewirkungen für das deutsche Oesterreich und für das ganze Reich zu bewahren! Die Bevölkerung der Zweimillionenstadt, die in diesem Kriege schon so schwere Entbehrungen ertragen mußte, erwartet, daß durch einsichtsvolle Entschließungen des deutschen Nationalrates wenigstens das Aeußerste von ihr abgewendet wird."

Neuerliche Obmännerkonferenz.

Heute 8 Uhr abends versammelten sich unter Vorsitz des Bürgermeisters und in Anwesenheit der drei Vizebürgermeister die Obmänner des Wiener Gemeinderates, um mit Rücksicht auf die heute erfolgte Konstituierung des Ernährungsausschusses in der provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs über die Forderungen zu beraten, welche im Interesse der Versorgung der Wiener Bevölkerung an diesen Ausschuß zu stellen sind.

In eingehender Beratung wurden die Ansprüche der Wiener Bevölkerung auf Brotfrucht, Kartoffeln, Fett, Zucker, Fleisch und Salz festgelegt und von den anwesenden Mitgliedern des neuen Ausschusses, den Abgeordneten Dr. Mataja und Neumann, zur Kenntnis genommen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner wird übrigens selbst Gelegenheit haben, in der morgen um 2 Uhr nachmittags stattfindenden Sitzung dieses Ausschusses, zu der er eingeladen wurde, die Approvisionierungsinteressen der Stadt Wien zu vertreten.

Neues Pester Journal 163

22./X. 1918

Ernährung und Versorgung.

Ernährungskrise in Oesterreich.

Not an Kohle und Industrieartikeln in Ungarn.

Deutschösterreichs Lande, in erster Reihe Wien als Massenzentrum von Verbrauchern, stehen, wie von dort gemeldet wird, vor einer ernsten Ernährungskrise. Die schlecht funktionierende Staatsmaschinerie, fast ganz zertrümmert vom Nationalitätenhader, versagt auch in wirtschaftlicher Beziehung. Die Millionenstadt Wien und die deutschösterreichischen Städte können aus den deutschen Agrargebieten beiweitem nicht so viel Lebensmittel heranziehen, als zur Ernährung der Verbraucher nötig wäre; sie sind auch im Frieden auf die Zufuhren aus Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Ungarn angewiesen. Ungarn hat weit über seine Leistungsfähigkeit, die eben durch die Engherzigkeit Oesterreichs bei der Ueberlassung von Industrieartikeln, wie landwirtschaftliche Maschinen, Kohle, Petroleum, Benzin für die Agrikultur, im Kriege stark beeinträchtigt worden ist, Oesterreich mit Lebensmitteln ausgeholfen. Wir haben die Nahrungsartikel nicht unmittelbar den Deutschen zur Verfügung gestellt, sondern dem k. u. k. Ministerium für Volksernährung, dessen Aufgabe es gewesen wäre, Deutschösterreich bei der Zuweisung zu bevorzugen.

Ganz anders haben sich die Kronländer Oesterreichs verhalten. Ein Wiener Blatt, die „A.-Z.", muß selbst eingestehen, daß die Tschechen sich des Boykotts der Lebensmittellieferung Deutschösterreichs als eines politischen Kampfmittels bedienen. Die tschechischen Landwirte führen kein Getreide mehr ab, die Prager Filiale der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt liefert nichts mehr nach Wien und die tschechischen Eisenbahnbediensteten kontrollieren die Transporte, um jeder Durchbrechung des von der tschechischen nationalen Organisation beschlossenen Boykotts entgegenzuwirken. Das sind österreichische Staatsbahnbedienstete, die gegen den Staat Stellung nehmen! Auch Galizien weigert sich, Lebensmittel nach Deutschösterreich abzugeben, dessen Landwirte selbst zur Aushungerung der Stadtbevölkerung beitragen, indem sie ihre Vorräte verstecken. Der staatliche Ernährungsdienst bricht zusammen und geht aus den Fugen. Es ist eine sehr harte Lehre dafür, daß man dem Treiben der Kronländer, das seit geraumer Zeit währt, Einhalt hätte gebieten sollen durch Zentralisierung des Ernährungsdienstes. Die Hungerblockade der Slaven Oesterreichs gegen die Deutschen ist nun in vollem Gange: eine rein österreichische Angelegenheit, die den Verfall der Staatsautorität zur Ursache hat. Auch die südlichen Kronländer Istrien, Dalmatien, Görz, sowie Triest, wo das Südslaventum ansässig ist, sind auf Lebensmittelzuschübe angewiesen; ihre politischen Bundesgenossen in Böhmen scheinen aber in dieser Beziehung keine gemeinsame Sache machen zu wollen, da sie ihnen keine Aushilfen zukommen lassen.

Diese Zustände haben besonders in Wien ganz unerträgliche Verhältnisse gezeitigt. Die Bevölkerung bezieht dort eine Mehlquote von einem Viertelkilo per Woche, eine Fettquote von zwei Dekagramm, ein Rindfleischquantum von einem Achtelkilo per Woche; Milch und Butter sind ganz selten geworden und auch an Zucker mangelt es. Die schwierige Ernährungsfrage Wiens hat den Bürgermeister Dr. Weiskirchner veranlaßt, eine Obmännerkonferenz einzuberufen; in dieser wurde beschlossen, einen provisorischen Ernährungsausschuß der Stadt Wien zu errichten und den heute zusammentretenden deutschen Nationalrat zu ersuchen, sich in erster Linie mit der Ernährungsfrage zu befassen.

Die mißliche wirtschaftliche Lage in Oesterreich hat übrigens recht unangenehme Rückwirkungen auf Ungarn. In der letzten Zeit sind die Kohlen- und Petroleumlieferungen ganz unzureichend. Es zeigt sich, wie verfehlt es war, Oesterreich Getreide zur Verfügung zu stellen, ehe wir die entsprechenden Rekompensationen bezogen haben. In den Monaten August und September hat Ungarn einige hunderttausend Meterzentner Weizen und Mehl an Oesterreich geliefert, für die wir Kohle und Petroleum als Rekompensation erhalten sollten. Da nun Oesterreich fast sein ganzes Kontingent an Weizen und Mehl bezogen hat, kommt es seiner Lieferungspflicht nicht nach und läßt uns ohne Kohle und Petroleum. Es ist höchste Zeit, daß in dem Warenverkehr zwischen Oesterreich und Ungarn endlich Wandel geschaffen wird, indem, wie wir bereits zu wiederholten Malen gefordert haben, die Lebensmittelausfuhr unter Parlamentskontrolle gestellt wird. Der Ministerrat hat, wie verlautet, bereits beschlossen, daß Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz nur mit vorheriger Zustimmung des Reichstages Lebensmittel Oesterreich zur Verfügung stellen darf. Man wird strenge darauf zu achten haben, daß mit dem bisherigen System des Ausfuhrwesens gebrochen wird, das vollständig auf die Basis des Rekompensationsverkehrs gestellt werden muß: Korn für Kohle und Industrieartikel.

Österr. Volkszeitung
23./X. 1918

164

Die Ernährung Wiens.

Sitzung des Ernährungsausschusses der Nationalversammlung.

Der Ernährungsausschuß der deutschen Nationalversammlung hat gestern über Mittel und Wege beraten, um die Ernährung des deutschen Volkes in Oesterreich sicherzustellen. An der Sitzung nahmen auch Ernährungsminister Dr. Paul und Bürgermeister Dr. Weiskirchner teil. Dr. Weiskirchner überreichte eine Denkschrift und stellte gleichzeitig Forderungen bezüglich der Ernährung Wiens auf. Im einzelnen berichtete der Bürgermeister über die Ernährungsverhältnisse der Stadt Wien folgendes:

Die Gemeinde Wien, erklärte der Bürgermeister, hat 11.000 Waggons Kartoffeln vertragsmäßig geschlossen. Der Rest auf 18.000 Waggons sollte vom Ernährungsamt im Wege der Kriegsgetreideverkehrsanstalt beschafft werden. Letzteres sei inzwischen unmöglich geworden. Der Bürgermeister müsse daher vom Ausschuß verlangen, daß die gesamte Menge der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werde. Die Gemeinde Wien benötige bei voller Brotquote und der halben Verschleißmehlquote monatlich 1220 Waggons, bei voller Mehlquote 1600 Waggons. Der Bürgermeister gibt der Meinung Ausdruck, daß aus Niederösterreich bei zweckmäßiger Aufbringung noch 10.000 Waggons Brotfrucht ausgeschöpft werden können und er bitte den Ausschuß, das Land Niederösterreich ausschließlich zur Mehlversorgung der Stadt heranzuziehen und den Rest, der noch benötigt wird, durch Verhandlungen mit den neuen Staaten, insbesondere auch dann mit Deutschland zu sichern. In der Fettfrage fordert der Bürgermeister eine Ration von 12 Dekagramm per Kopf und Woche, was per Woche einen Bedarf von 24 Waggons, per Monat zirka 100 Waggons erheischt. In dieser Beziehung hätte insbesondere jene Abordnung, die berufen ist, in Agram Verhandlungen zu pflegen, den Bedarf sicherzustellen.

Der Ausschuß beschloß, sich durch Abordnungen mit Ungarn, Kroatien und dem Deutschen Reich in Verbindung zu setzen. Mit den Tschechen wird mit Hilfe der deutschen Sozialdemokraten in der Ernährungsfrage Fühlung genommen werden. Auch hegt man die Zuversicht, daß es gelingen werde, einen großen Teil der Ernährung von Deutschösterreich durch Unterstützung der deutschen Landwirte sicherzustellen.

Arbeiterzeitung
23./X. 1918

165

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beim Abgeordneten Tusar. Die „Delnicke Listy", dessen Leitung der Abgeordnete Tusar innehat, berichten: Montag begab sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner zum Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Abgeordneten Tusar und ersuchte, mit Hinweis auf die in Wien drohende Ernährungskatastrophe, daß die tschechische Regierung mit Wien in Verhandlung über einen Handelsvertrag über die Lieferung von Lebensmitteln eintrete. Der Bürgermeister verwies auf die Hunderttausende Tschechen in Wien, gab zu, daß jeder fünfte Mensch hier ein Tscheche sei und daß die Tschechen unter der Ernährungskatastrophe ebenso leiden würden wie die übrigen Einwohner der Reichshauptstadt. Tusar erwiderte, daß die Tschechen bereit seien, solche Verhandlungen einzuleiten, aber nur direkt mit dem Bürgermeister, jedoch keineswegs mit der österreichischen Regierung. — Der Bürgermeister entfernte sich mit dem Trost, daß sein Ersuchen nicht abgewiesen wurde und daß zur ehrlichen Verhandlung bei den Tschechen genug guter Wille ist. Abgeordneter Tusar wird die Verhandlungen zwischen dem Wiener Bürgermeister und den zuständigen tschechischen Korporationen vermitteln, allerdings muß auch Wien den Tschechen Kompensationen gewähren.

Arbeiterzeitung

23./X. 1918

166.

Die Ernährungsfragen.

Wiens Ernährungssorgen. Der Ernährungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung hielt Dienstag eine Sitzung, in der auch der Wiener Bürgermeister erschien. Er berichtete: Die Gemeinde Wien hat die Lieferung von 11.000 Waggons Kartoffeln vertragsmäßig abgeschlossen. Der Rest von 18.000 Waggons sollte vom Volksernährungsamt im Wege der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt beschafft werden. Das sei inzwischen unmöglich geworden. Der Bürgermeister müsse daher vom Ausschuß verlangen (der Herr Bürgermeister entledigt sich seiner Pflichten sehr bequem!), daß die gesamte Menge der Stadt zur Verfügung gestellt werde. Die Gemeinde benötige bei voller Brotquote und der halben Verschleißmehlquote monatlich 12.030 Waggons, bei voller Mehlquote 16.000 Waggons. Bei zweckmäßiger Aufbringung können in Niederösterreich noch 10.000 Waggons Brotfrucht ausgeschöpft werden; den Rest, der noch benötigt wird, möge der Ausschuß durch Verhandlungen mit den neuen Staaten, insbesondere auch mit Deutschland, sichern. Dann „fordert" der Bürgermeister eine Ration Fett von zwölf Dekagramm für Kopf und Woche, was für die Woche einen Bedarf von 24 Waggons erheischt. In dieser Beziehung hätte insbesondere jene Abordnung, die berufen ist, in Agram Verhandlungen zu pflegen, den Bedarf sicherzustellen.

Neue Freie Presse Abendbl.
23./X. 1918
167

Die kritische Ernährungslage Wiens für die nächste Zeit.

Wien, 23. Oktober.

Aus dem Memorandum des Wiener Gemeinderates an den Ernährungsausschuß der deutschen Nationalversammlung ist bekannt, wie kritisch die Aussichten der Approvisionierung Wiens für den kommenden Winter durch die Gestaltung der politischen Verhältnisse geworden sind. Die Kartoffelversorgung beruht fast ausschließlich auf Lieferungsverträgen, welche die Gemeinde mit Produzenten in Böhmen, Mähren und Galizien abgeschlossen hat. Jetzt wäre natürlich die Hauptzeit für die Anlegung des Wintervorrates. Das Herbstwetter ist ungewöhnlich günstig, der gute Zustand der Straßen infolge der Trockenheit würde den Transport und die Verladung von den Produktionsorten zu den Eisenbahnstationen wesentlich unterstützen. Auch ist es nicht unwahrscheinlich, daß die schöne Spätherbstzeit im November unmittelbar vom Einsetzen der Frostperiode abgelöst werden wird. Die Kartoffelzuschübe aus den genannten Ländern ruhen aber infolge der politischen Verhältnisse vollständig. Gerade auf diesem Ernährungsgebiete ist aber rascheste Klärung doppelt notwendig, denn wenn einmal die Fröste begonnen haben, würden Kartoffeltransporte nur zum Verderben der Frucht führen.

Man hatte sich bei Herbstbeginn mit der Hoffnung begnügt, infolge der bereits zweimal notwendig gewordenen Kürzung der Fleischquote die Kartoffelration als Ersatz erhöhen zu können, um so mehr, als es nicht möglich geworden war, die Mehlquote auf ihre alte Höhe zu bringen. Von einer Erhöhung der Kartoffelquote gegenüber dem Vorjahre wird wohl kaum die Rede sein können, und es wird schon wesentlich zur Beruhigung beitragen, wenn es gelingen wird, rechtzeitig die wöchentliche Einkiloquote für die Wintermonate einzulagern.

In den Monaten August und September waren die Getreidelieferungen infolge der Frühdruschprämie ziemlich wülstig und während früher die Versorgung mit Brotmehl nur von Woche zu Woche gedeckt war, gelang es gewisse Reserven anzulegen. Auch hier haben die politischen Verhältnisse zu einem fast vollständigen Stocken des Nachschubes geführt und die in den beiden vorangegangenen Monaten geschaffenen Reserven mußten bereits zum Teil zur Deckung des Bedarfes herangezogen werden. Irgendwelche formelle Entscheidungen über das Ausmaß der Brotversorgung im Monat November konnten bisher nicht getroffen werden und haben auch noch nicht den Gegenstand amtlicher Beratungen an zuständiger Stelle gebildet. Bis Ende Oktober ist jedenfalls für die klaglose Abwicklung der Brotversorgung Mehl vorhanden.

Was der November bringen wird, hängt ganz von den Vereinbarungen ab, die sowohl mit Ungarn als mit den Sudetenländern und Galizien getroffen werden. Niederösterreich verfügt über ganz bedeutende Mengen von Brotfrucht, die aber für das Land selbst und für Wien nur dann in Betracht kämen, wenn auch hier das Selbstbestimmungsrecht in die Tat umgesetzt und die Vorräte zum Verbrauch für die Bewohner des Kronlandes selbst reserviert werden würden.

Verhandlungen deutscher Abgeordneter in Berlin über die Ernährungsfrage.

Im Auftrage des Verwaltungsausschusses der deutschösterreichischen Nationalversammlung begeben sich heute die Abgeordneten Dr. Renner, Dr. v. Langenhan, Freiherr v. Pantz, Schreiter, Fink und Friedmann nach Berlin, um bei den dortigen maßgebenden Stellen wegen der Ernährungsverhältnisse in Deutschösterreich vorzusprechen. Die Abordnung, der sich möglicherweise auch einige Herrenhausmitglieder anschließen werden, wird auf der Rückkehr von Berlin auch in Dresden Aufenthalt nehmen.

Fremdenblatt Abend
23./X. 1918

168

Die Maßnahmen für die Ernährung Wiens.

Was wir brauchen.

Der in der vorgestrigen Nationalversammlung der Deutschen eingesetzte Ernährungsausschuß hielt gestern nachmittgs unter dem Vorsitze seines Obmannes Teltschik eine Sitzung ab, in der eine Reihe von Vorschlägen betreffend das Ernährungswesen erörtert wurden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreichte dem Ausschuß ein Memorandum, in dem die Ernährungslage Wiens eingehend geschildert wird, und eine Reihe von Forderungen zur Befriedigung des Konsums der Bevölkerung aufgestellt wird.

In längeren Ausführungen erläuterte der Bürgermeister dieses Memorandum. Die Gemeinde Wien hat 11.000 Waggons Kartoffel vertragsmäßig geschlossen. Der Rest auf 18.000 Waggons sollte vom Volksernährungsamt im Wege der Kriegsgetreideverkehrsanstalt beschafft werden. Letzteres sei inzwischen unmöglich geworden. Der Bürgermeister müsse daher vom Ausschuß verlangen, daß die gesamte Menge der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werde. Die Gemeinde Wien benötige bei voller Brotquote und der halben Verschleißmehlquote monatlich 12.080 Waggon, bei voller Mehlquote 16.004 Waggon. Der Bürgermeister gibt der Meinung Ausdruck, daß aus Niederösterreich bei zweckmäßiger Aufbringung noch 10.000 Waggon Brotfrucht ausgeschöpft werden können und er bitte den Ausschuß, das Land Niederösterreich ausschließlich zur Mehlversorgung der Stadt heranzuziehen und den Rest, der noch benötigt wird, durch Verhandlungen mit den neuen Staaten, insbesondere auch dann mit Deutschland, zu sichern.

In der Fettfrage fordert der Bürgermeister eine Ration von 12 Dekagramm pro Kopf und Woche, was pro Woche einen Bedarf von 24 Waggons, pro Monat 100 Waggon, erheischt. In dieser Beziehung hätte insbesondere jene Abordnung, die berufen ist, in Agram Verhandlungen zu pflegen, den Bedarf sicherzustellen.

Der Bürgermeister erörtert sodann noch die anderen Konsumbedürfnisse der Gemeinde Wien und regt an, daß ebenso wie Wien seinen Bedarf ziffernmäßig beim Ausschuß angemeldet hat, auch die übrigen Teile Deutsch-Oesterreichs ihre Bedarfsmengen bekanntgeben und daß dann vom Ausschuß über die Erfassung und Verteilung dieser Mengen geeignete Beschlüsse gefaßt werden.

Reise von Vertretern der Deutschen Nationalversammlung nach Berlin.

Die Abgeordneten Dr. Renner, Schreitter, Friedmann, Fink, Dr. v. Langenhan und Baron Pantz begeben sich heute abends im Auftrage des Vollzugsausschusses der Deutschen Nationalversammlung nach Berlin, um dort bei den maßgebenden Stellen in den Ernährungsfragen vorzusprechen. Auf der Rückfahrt dürften sie auch Dresden berühren.

Reichspost

23./X. 1918

169

Die Ernährungssorgen Wiens.

Der von der deutschen Nationalversammlung eingesetzte Ernährungsausschuß hat heute bereits eine Reihe von Vorschlägen beraten. In der Debatte überreichte Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Denkschrift über die Ernährungssorgen Wiens. Die Gemeinde Wien hat 11.000 Waggons Kartoffeln vertragsmäßig geschlossen. Der Rest von 18.000 Waggons sollte vom Volksernährungsamt im Wege der Kriegsgetreideverkehrsanstalt beschafft werden. Das ist inzwischen unmöglich geworden. Der Ausschuß müsse daher diese Menge der Stadt Wien zur Verfügung stellen. Die Gemeinde Wien benötige bei voller Brotquote und der halben Mehlquote monatlich 1230 Waggons, bei voller Mehlquote 1600 Waggons Mehl. Der Bürgermeister glaubt, daß aus Niederösterreich bei zweckmäßiger Aufbringung noch 10.000 Waggons Brotfrucht ausgeschöpft werden können, bittet den Ausschuß, das Land Niederösterreich ausschließlich zur Mehlversorgung der Stadt heranzuziehen und den Rest, der noch benötigt wird, durch Verhandlungen mit den neuen Staaten, insbesondere auch dann mit Deutschland zu sichern. An Fett müsse eine Ration von 12 Dekagramm pro Kopf und Woche wieder ausgegeben werden, was pro Woche einen Bedarf von 24 Waggons, pro Monat etwa 100 Waggons erheische. In dieser Beziehung wäre insbesondere in Agram der Bedarf sicherzustellen. — Der Bürgermeister erörtert sodann noch die anderen Konsumbedürfnisse der Gemeinde Wien und regt an, daß ebenso wie Wien seinen Bedarf ziffernmäßig beim Ausschuß angemeldet hat, auch die übrigen Teile Deutschösterreichs ihre Bedarfsmengen bekanntgeben und daß dann vom Ausschusse über die Erfassung und Verteilung dieser Mengen geeignete Beschlüsse gefaßt werden. — Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt werden.

Der Ausschuß für Krieg und Aeußeres hielt eine Beratung über die Wilson-Note ab.

Die Vertreter der Landesausschüsse haben auch an den Ernährungsausschuß sich gewendet und gebeten, er möge sich raschestens der verzweifelten Ernährungslage der deutschen Kronländer annehmen; sie stellten hiebei die Mitwirkung ihrer autonomen Verwaltung zur Verfügung.

Die Entschließung der Deutschböhmen.

Morgen, Mittwoch, findet im Parlament die Nationalversammlung Deutschböhmens statt, in der die Selbständigkeit Deutschböhmens vom Tschecho-slovakischen Staate erklärt werden wird.

Der Abend
23./XI. 1918
190

Blockade.

Längst haben wir darauf verzichtet, von den Nutznießern dieser schweren Zeit Besserung zu erwarten, aber unverantwortlich wäre es, wenn die neue Regierung glaubte, daß eine so ungeheure Umwälzung, die nur das allgemeine Elend, den Hunger der Armen beibehält, auf jene Eindruck machen könnte, deren Treiben die Zustände immer unerträglicher macht. Nicht die drängen zum Abgrund, die die Schäden aufzeigen, sondern deren Urheber und Nutznießer.

Die Zustände in den Gasthäusern Wiens können nicht mehr überboten werden. Auf jeder Speisekarte sind Übertretungen der Lebensmittelvorschriften und Preistreibereiverordnungen in seltener Vollzähligkeit zu sehen. Die Behörden sind kaum imstande, die knappe Mehl-, Kartoffel- und Fettmenge sicher zu stellen, aber die Gast- und Kaffeehäuser bieten Mehlspeisen aus Edelmehl, Kakes und alle möglichen Speisen an, aus Nahrungsmitteln hergestellt, die für die minderbemittelte Bevölkerung unerreichbar sind. Ebenso steht es mit Fleisch, Eiern, ja, es ist so weit gekommen, daß einzelne Kaffeehäuser Milchkaffee verabreichen, und das in einer Zeit, wo man Kindern nicht einmal die Pflichtmilch geben kann. Sie haben alle darauf gerechnet, daß die neue Regierung mit Dingen überlastet ist, die ihr begreiflicherweise näher gehen und daß sie die Exekutive noch nicht so genau in der Hand haben kann.

Wir fordern vom Staatsrat, daß er die schärfsten Maßnahmen gegen die Blockade der Preistreiber und Schleichhändler ergreife, die das Volk ebenso hart trifft, als die Absperrung durch unsere früheren Feinde. Die Regierung kann unmöglich den Vorwurf auf sich sitzen lassen, sie habe, ohne sich dagegen zu wehren, den Schlendrian einer Zeit übernommen, deren Wesen wir alle begraben hofften.

e. c.

Österr. Volkszeitung
24./X. 1918

171

Die Ernährung Wiens.

Der Bedarf der Stadt und die Deckung.

Die Obmännerkonferenz der Wiener Gemeinderatsparteien hat, in ihrer Eigenschaft als provisorischer Ernährungsausschuß der Stadt Wien, wie berichtet, am 21. d. M. eine Eingabe an den Deutschen Nationalrat gerichtet. In dieser Eingabe wurde auf die ganz unzulänglichen Ernährungsverhältnisse und auf die Gefahr einer unhaltbaren Verschärfung dieser Verhältnisse hingewiesen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat, wie gleichfalls berichtet, vorgestern bei der Ueberreichung der Denkschrift Erklärungen abgegeben, die ins einzelne gingen. In Ergänzung dieser Mitteilungen liegen nun noch folgende Angaben vor:

Eine Erhöhung der Kartoffelration kann wohl nicht in Aussicht genommen werden, und es wird schon wesentlich zur Beruhigung beitragen, wenn es gelingen wird, rechtzeitig die wöchentliche Einkiloquote für die Wintermonate einzulagern. Irgendwelche formelle Entscheidungen über das Ausmaß der Brotversorgung im November konnten bisher nicht getroffen werden und haben auch noch nicht den Gegenstand amtlicher Beratungen an zuständiger Stelle gebildet. Bis Ende Oktober ist jedenfalls für die klaglose Abwicklung der Brotversorgung Mehl vorhanden. Was der November bringen wird, hängt ganz von den Vereinbarungen ab, die sowohl mit Ungarn als mit den Sudetenländern und Galizien getroffen werden. Niederösterreich verfügt über ganz bedeutende Mengen von Brotfrucht, die aber für das Land selbst und für Wien nur dann in Betracht kämen, wenn die Vorräte zum Verbrauch für die Bewohner des Kronlandes selbst reserviert würden.

Deutsche Abgeordnete in Berlin.

Im Auftrage des Verwaltungsausschusses der deutschösterreichischen Nationalversammlung begaben sich gestern die Abgeordneten Dr. Renner, Dr. v. Langenhan, Freiherr v. Pantz, Schreiter, Fink und Friedmann nach Berlin, um bei den dortigen maßgebenden Stellen wegen der Ernährungsverhältnisse in Deutschösterreich vorzusprechen. Die Abordnung, der sich möglicherweise auch einige Herrenhausmitglieder anschließen werden, wird auf der Rückkehr von Berlin auch in Dresden Aufenthalt nehmen.

Neue Freie Presse
24./X. 1918

172

Besserung der Ernährungslage Wiens.

Die bisherigen Lebensmittelquoten für mehrere Wochen gesichert.

Wien, 23. Oktober.

Die Ernährungssituation unserer Stadt, die in den letzten Tagen angesichts der politischen Vorgänge im düstersten Licht erschien, kann heute insoferne als gebessert bezeichnet werden, als, wie wir vernehmen, eine Reihe bindender Zusagen in einem solchen Umfange erfolgt ist, daß das Ausmaß der gegenwärtigen Quoten in den wichtigsten Lebensmitteln unbedingt für eine Reihe von Wochen gesichert erscheint. Voraussetzung ist natürlich, daß diese Zusagen auch restlos erfüllt werden.

Die Abgeordneten Stanek und Klofac haben heute erklärt, daß es ihnen ferne liege, Wien auszuhungern und etwa am Ausbruch von Hungerkrawallen mitschuldig zu werden. Die czechischen Abgeordneten betonten auch, daß es die Czechen als eine ihrer Hauptsorgen betrachten, zur Versorgung Deutschböhmens beizutragen.

An maßgebender Stelle wird die bestimmte Zuversicht ausgesprochen, daß Ungarn den von ihm übernommenen Verpflichtungen sowohl bezüglich der Versorgung der Armee als auch der Zuschüsse, die eine Aushilfe für die österreichische Zivilbevölkerung bedeuten, in Zukunft desgleichen nachkommen wird. In deutschen Abgeordnetenkreisen wurde übrigens heute der Gedanke einer Reise nach Ungarn erwogen, um bei den dortigen kompetenten Stellen vorzusprechen, um womöglich eine Erhöhung dieser Aushilfen durchzusetzen. Die erhöhten Aushilfen würden für die Anlage einer Reserve in Wien, anderseits für die Belieferung einzelner noch schlechter gestellter Städte in den deutschen Kronländern dienen.

Besonders schwierig hat sich beispielsweise die Lage in Graz gestaltet, wo ein Ernährungsausschuß gebildet wurde, der heute in Wien Verhandlungen pflog. Auch eine Deputation aus Agram hat heute mit Wiener maßgebenden Stellen in Ernährungsangelegenheiten konferiert.

Die Ernährungsfrage im gemeinsamen Ministerrat.

Die deutschen Abgeordneten haben heute mit dem Minister des Aeußern Grafen Burian und dem Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr Unterhandlungen gepflogen. In diesen Besprechungen wurde das Verlangen ausgesprochen, daß sich der bevorstehende gemeinsame Ministerrat in Budapest auch mit der Frage stärkerer Aushilfe aus Ungarn für die deutschösterreichische Bevölkerung beschäftigen solle.

In deutschen Abgeordnetenkreisen wurde der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß die deutsche Bevölkerung in Ungarn, namentlich im Banat, sich bereit erklären würde, größere Mengen an Lebensmitteln nach Deutschösterreich zuzuschieben.

Vossische Zeitung 24. X. 1918

143

Der Nahrungsmittelmangel in Deutsch-Oesterreich.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

kl Wien, 23. Oktober.

Heute begibt sich im Namen der deutsch-österreichischen Nationalversammlung eine Abordnung nach Berlin, bestehend aus den Herren Fink (Abgeordneter für Vorarlberg), Dr. Renner (Sozialdemokrat), Schreiter (Deutsch-Radikal), von Pantz (Deutsche Unabhängigkeitspartei) und Dr. von Langenhan (Deutsch-national), um mit den maßgebenden Stellen in Deutschland über die für Wien und Deutsch-Oesterreich höchst kritisch gewordenen Ernährungsfragen zu beraten und dringlich Hilfe zu erbitten. Von Berlin begibt sich die Abordnung nach Dresden.

Es steht fest, daß die Stadt Wien höchstens noch bis Mitte November die Ernährungsration an die Bevölkerung verteilen kann, da die Zufuhren gesperrt sind und einzelne Bahnen, z. B. die galizischen Staatsbahnen, nicht mehr funktionieren, da sie nicht mehr den Weisungen des Wiener Eisenbahnministeriums folgen wollen. Weitere Abordnungen der deutsch-nationalen Versammlung begeben sich nach Agram, Prag und Budapest, um dringend bei den Nationalvertretungen Hilfe zu erbitten.

Wie ich höre, sind in den letzten Tagen bedeutende Betriebseinstellungen in größeren österreichischen Industriewerken erfolgt. So sollen von den Skoda-Werken 12000 Mann entlassen worden sein, und zwar wegen Mangel an Zufuhr von Rohmaterial. Diese Arbeiterscharen, die sehr hohe Löhne hatten und die sich jetzt nicht mehr zu den teuren Preisen Nahrungsmittel beschaffen können, müssen schließlich, falls die Stadt Wien nicht mehr in der Lage ist, die Rationierung aufrechtzuerhalten, die unzufriedenen Elemente verstärken. Man hofft jedoch, daß in Anbetracht der öffentlichen Gefahr und auch aus rein wirtschaftlichen Gründen die slawischen Nationen, die die Zufuhr von Nahrungsmitteln aufhalten, sich entschließen werden, wenigstens einiges durchzulassen, so daß, wenn aus Ungarn und vor allem aus Deutschland zunächst keine Zuschübe kommen sollten, das drohende Unheil abgewandt werden kann.

Die „Arbeiterzeitung" schreibt: „Wer regiert Österreich? Angeblich der Herr Baron Hussarek. Aber ist das noch wahr? Der tschechische „Narodni Vibor", der Vollzugsausschuß der tschechischen Nationalrates, hat beschlossen, daß das tschechische Sprachgebiet keine Lebensmittel mehr nach Wien liefern soll. Was geschieht? Die tschechischen Landwirte liefern nichts mehr ab. Die Prager Zentralstelle der Kriegsgetreideverkehrs-Anstalt — eine staatliche Anstalt! — hat den Transport eingestellt! Die tschechischen Bediensteten der Eisenbahnen — der Staatsbahnen! — lassen Lebensmittel nach Wien nicht mehr durch. Wir können gar nichts dagegen tun, und ebenso können wir es nicht hindern, daß sich die Beamten in Galizien nicht mehr als österreichische, sondern als polnische Beamte benehmen. Wo regiert also der Herr Hussarek noch? Nur Deutsch-Oesterreich wird noch von ihm regiert. Was bedeutet diese Tatsache für uns? Die anderen Nationen haben über uns die Hungerblockade verhängt, um die österreichische Bürokratie zum gänzlichen Verzicht auf die Verwaltung ihrer Gebiete zu zwingen. So droht uns die Gefahr, daß wir jetzt sehr bald gar nichts mehr zu essen bekommen werden. Hätten wir eine deutsch-österreichische Regierung, so könnten wir mit den Tschechen und Polen verhandeln, denn wie wir ihre Agrarprodukte brauchen, so brauchen sie schließlich unsere Industrieprodukte. Wir könnten dann sagen: Gebt ihr uns kein Getreide, so bekommt ihr kein Papier, kein Leder. Gebt ihr uns keine Kartoffeln, so bekommt ihr kein Glas usw. Die deutsch-österreichische Regierung könnte mit der tschechischen genau so verhandeln, wie ein selbständiger Staat mit dem andern. Was verlangen die Tschechen? Daß man ihnen die Verwaltung des tschechischen Sprachgebietes übergibt. Wäre es nicht gescheiter, ihnen die Verwaltung in aller Ordnung planmäßig und systematisch zu übergeben, statt sie sich schrittweise entwinden zu lassen? Beim heutigen Zustand kommen wir dem Zusammenbruch immer näher. Man gebe jeder Nation ihre eigene Regierung und vereinige Bevollmächtigte dieser Regierungen zu einer Delegation, die das, was vorläufig noch gemeinsam ist, verwaltet und es allmählich den nationalen Regierungen übergibt. Nur dann werden wir Regierungen haben, die wenigstens einigermaßen imstande sein werden, den Uebergang zum Friedenszustand zu leiten."

Vossische Zeitung 24./X. 1918.

Böhmen als Lebensmittellieferant.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

kl **Wien**, 23. Oktober.

Die tschechischen Abgeordneten sind mit den Vertretern des deutschen Nationalrates über die Ernährungsfrage in Verhandlungen eingetreten. Von tschechischer Seite wird hierzu erklärt, so von den Abgeordneten Stranski und Tuzar, daß sie zwar nicht mit der österreichischen Regierung, wohl aber mit der Wiener Stadtvertretung verhandeln könne. Das schwierigste für den tschechischen Nationalrat sei, daß er nicht die Macht besitze, selbst die Vorräte in Böhmen zu erfassen. Es wäre vor allem notwendig, daß man dem tschechischen Nationalrat alle Verwaltungszweige in die Hände geben würde. Wie ich hierzu erfahre, ist am heutigen Tage bereits das Verteilungs- und Erfassungswesen den tschechischen Behörden übergeben worden. Als erstes Ergebnis wird angekündigt, daß 100 Waggons Kartoffeln nach Wien abgehen sollen.

Neue Freie Presse
24./X. 1918

775.

Die österreichischen Ernährungsverhandlungen in Berlin.

Im Abendblatt wurde mitgeteilt, daß sich heute im Auftrage des Ernährungsausschusses der deutschösterreichischen Nationalversammlung die Abgeordneten Dr. Renner, Doktor v. Langenhan, Freiherr v. Pantz, Schreiter, Fink und Friedmann nach Berlin begeben, um dort wegen einer Nahrungsaushilfe für die deutschösterreichischen Gebiete Verhandlungen zu führen. Von dort dürften die genannten Abgeordneten nach München und Dresden reisen. Nach Berlin reisen ferner die Sektionschefs Geheimer Rat Riedl des Handelsministeriums und Löwenfeld-Ruß des Amtes für Volksernährung. Voraussichtlich dürfte sich auch Oberkurator Steiner als Vertreter der Stadt Wien nach Berlin begeben. Die genannten Sektionschefs werden in Berlin wegen einer Forcierung des Exportes nach der Ukraine Rücksprache nehmen und mit den Mitgliedern des Ernährungsausschusses anläßlich der Berliner Verhandlungen in Fühlung bleiben. Bei den Konferenzen des Ernährungsausschusses in Berlin kommt hauptsächlich eine Aushilfe in Mehl und Getreide und in zweiter Linie in Kartoffeln in Betracht. Hiebei wird naturgemäß die schwierige Lage dargestellt werden, in welcher die deutschösterreichischen Gebiete durch die teilweise Absperrung Böhmens und Ungarns gekommen sind. Darunter leiden hauptsächlich Wien und die südlichen Alpenländer, soweit die letzteren eine deutsche Bevölkerung haben. Die Ernährungslage ist kürzlich dargestellt worden. Es ist höchste Zeit, daß nunmehr Verhandlungen wegen einer Aushilfe eingeleitet werden, da von den Besprechungen bis zum Momente der Ankünfte von Getreide oder Mehl erfahrungsgemäß längere Zeit vergeht und Wien nur für die allernächsten Wochen mit Mehl versorgt ist. Der tägliche Mehlbedarf von Wien beträgt 42 Wagen.

Neue Freie Presse

24./X. 1918

176

Die Entsendung von Vertretern der deutschen Nationalversammlung nach Berlin.

Wien, 23. Oktober.

Der Vollzugsausschuß der Nationalversammlung Deutsch-Oesterreichs hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, Vertreter nach Berlin zu entsenden, die dort die Vertreter der österreichischen Regierung bei den Verhandlungen über die Lebensmittelzufuhren zu unterstützen haben. Sie werden heute abend abreisen. Die Präsidenten der Nationalversammlung (die Abgeordneten Dr. Dinghofer, Fink und Seitz) statteten heute nachmittag dem deutschen Botschafter in Wien einen Besuch ab, um sich ihm vorzustellen und ihm von der Aktion Mitteilung zu machen.

Der Bericht des Obmannes des Ernährungsausschusses über die Mitteilungen des Bürgermeisters von Wien, betreffend die Lebensmittelversorgung der Stadt, wurde vom Vollzugsausschusse zur Kenntnis genommen. Der Vollzugsausschuß würdigt voll und ganz die schwere Lage, in der sich die Verwaltung der Stadt Wien befindet, und wird, insolange dem Ernährungsamte noch die Aufgabe der Versorgung und die Verantwortung dafür obliegt, alle Schritte, die die Stadtverwaltung bei der Regierung und beim Volksernährungsamt zur Linderung ihrer Not unternimmt, auf das tatkräftigste unterstützen.

Botschafter Graf Wedel über die Nahrungshilfe für Deutschösterreich.

Zu deutschösterreichischen Parlamentariern, die bei ihm erschienen, um über die Ernährungslage zu sprechen, äußerte der Botschafter des Deutschen Reiches Graf Wedel, daß die Konstituierung Deutschösterreichs in ganz Deutschland begeisterten Widerhall findet und von allen reichsdeutschen Parteien wärmstens begrüßt wird. Deutschland werde auch gewiß sein möglichstes aufbieten, um Deutschösterreich in seiner Ernährungsnotlage zu unterstützen und ihm Getreide, Kartoffeln usw. zur Verfügung zu stellen.

Der Neue Abend
24/X. 1918

177 A 24

Die Ernährungslage Wiens.

In der Ernährungslage Wiens ist, wie im Ernährungsamte versichert wird, keine Wendung eingetreten, die unmittelbar bedrohliche Folgen und gar die Kürzungen der wichtigsten eingeteilten Lebensmittelmengen u. dgl. erwarten ließe. Anderseits ist die Nachricht einzelner Blätter unbestätigt, wonach „Verhandlungen" bereits greifbare Ergebnisse gezeitigt hätten.

Von diesen neuen Verhandlungen wird mitgeteilt, daß sie nicht nur mit Ungarn und den Tschechen, sondern auch mit der neuen Regierung in Kroatien eingeleitet wurden. Einstweilen wird die weitere Aufbringung von Getreide aus Niederösterreich weiter betrieben. Mit diesen Vorräten, ferner mit den in den anderen deutschösterreichischen Gebieten vorhandenen Lebensmitteln hofft man in der nächsten Zeit die Stadt Wien erhalten zu können. Dann müßten die anderen Lebensmittel eintreffen.

(Man vergleiche mit diesen halbamtlichen Hoffnungen die nachstehenden Äußerungen des reichsdeutschen Staatssekretärs Gen. Dr. Müller zu unserem Mitarbeiter P. L.!)

Eine Unterredung mit Staatssekretär Dr. Müller.

Berlin. (Drahtbericht des „Neuen Abend".)

Heute trifft die Abordnung der deutschösterreichischen Nationalversammlung in Berlin ein, um mit den hiesigen Stellen über die für Deutschösterreich und für Wien so kritisch gewordene Ernährungslage zu beraten und Hilfe zu erbitten. Ich suchte heute hier verschiedene Persönlichkeiten auf, um sie zu fragen, ob und in welchem Umfange Deutschland in der Lage sei, Hilfe zu leisten. Staatssekretär Dr. Müller, der bis vor wenigen Tagen Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt war und einen besseren Überblick haben dürfte als sein Nachfolger, der sich erst einarbeiten muß, erklärte mir: „Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir irgend etwas werden tun können. Selbstverständlich werden die Deutschösterreicher von vornherein keine Abweisung erfahren, aber ich sehe keine Möglichkeit, ihnen zu helfen. Unsere eigenen Vorräte sind so außerordentlich knapp, daß wir beim besten Willen gar nichts entbehren können. Ich bin durchaus kein prinzipieller Gegner des Vorschlages gewesen, Deutschland und Österreich als gemeinsames Versorgungsgebiet zu betrachten. Aber eine gemeinsame Versorgung hätte auch eine gemeinsame, nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführte Erfassung aller Vorräte zur Voraussetzung gehabt. Es ist mir ganz unverständlich, daß die Erntevorräte der deutschösterreichischen Gebiete schon jetzt aufgezehrt sein sollten."

Auf meine wiederholte Frage, ob sich die Möglichkeit einer beschränkten oder nur einer vorübergehenden Aushilfe nicht durchführen läßt, erwiderte der Staatssekretär nochmals: „Ich sehe vorläufig trotz unseres guten Willens keine Möglichkeit."

Andere maßgebende Persönlichkeiten äußern sich durchaus gleichlautend. Sie weisen darauf hin, daß durch die Räumung der besetzten Gebiete acht Millionen Mann deutscher Truppen ins Land zurückkehren, die bisher aus dem ertragreichen fremden Boden ernährt wurden. Schon dieser Zuwachs bedeutet eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unsere Versorgung und schließt es einfach aus, daß man noch für weitere zehn Millionen Menschen zu sorgen imstande wäre, besonders solange die Möglichkeit und Gefahr einer Durchführung einer nationalen Verteidigung gegeben sei, die unter allen Umständen und in allererster Linie sichergestellt werden müsse. P. L.

Die Versorgung Wiens mit Brot.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hatte heute eine längere Besprechung mit den Landesausschüssen Mayer und Höckler, um die Brotmehlversorgung Wiens für die nächsten Monate aus Niederösterreich sicherzustellen. Bekanntlich hat der Bürgermeister bereits im Ernährungsausschusse der deutschen Nationalversammlung die Bitte gestellt, Niederösterreich ausschließlich für die Versorgung Wiens mit Brotfrucht zu bestimmen. Über das Ergebnis seiner Verhandlungen wird der Bürgermeister in der ersten Sitzung des in der Freitagsitzung des Gemeinderates zu wählenden Ernährungsausschusses der Stadt Wien berichten.

Fremdenblatt
25./X. 1918

178

Die Ernährungssorgen Wiens.

Für die Versorgung Wiens mit Mehl und Brotmehl kommen augenblicklich die Getreidevorräte aus Niederösterreich in Betracht. Mit diesen Vorräten, dann mit den in anderen Gebieten Deutschösterreichs vorhandenen Lebensmitteln kann vorläufig die Stadt Wien zur Not versorgt werden. Späterhin allerdings sind Zuschübe aus auswärtigen Produktionsländern erforderlich. Der Ernährungsausschuß des deutschösterreichischen Nationalrates hat nach Berlin Vertreter entsendet, die von den reichsdeutschen Approvisionierungsstellen Aushilfen für Wien erwirken sollen. Leider scheint wenig Aussicht auf eine selbst beschränkte oder auch nur vorübergehende Lebensmittelzubuße aus Deutschland zu bestehen. Staatssekretär Dr. Müller hat sich darüber zu den Wiener Delegierten ganz offen geäußert, er sehe trotz des guten Willens der deutschen Behörden keine Möglichkeit, uns zu helfen. Denn die eigenen Vorräte Deutschlands sind so außerordentlich knapp, daß man im Reiche gar nichts entbehren könne. Andere maßgebende Persönlichkeiten urteilten durchaus gleichlautend.

Inzwischen erwägen maßgebende Regierungsstellen Schritte, um ausländische Getreideimporte für Oesterreich zu sichern. Im Auftrage der österreichischen Regierung begibt sich ein leitender Funktionär des Warenverkehrs mit außerordentlichen Vollmachten nach der Ukraine, wo er Getreide für unsere Bevölkerung einkaufen wird. Diese Aktion ist wohl sehr begrüßenswert, doch stehen der praktischen Durchführung mannigfache Schwierigkeiten entgegen. Man braucht nur an die kurz nach dem Brester Frieden angestellten Bemühungen zu denken, das vertragsmäßig zugesicherte Quantum nach Oesterreich zu schaffen und die Tatsache festzustellen, daß schließlich nur ein geringer Teil dieser Getreidemengen wirklich eingeführt werden konnte, und man wird den neuerlichen Schritt mit berechtigten Zweifeln begleiten. Die Hoffnungen auf die ukrainischen Zuschübe erwiesen sich damals als eitel, sollen sie jetzt unter wesentlich ungünstigeren Umständen begründet sein? Die Bevölkerung wird sich jedenfalls freuen, wenn Wünsche und Erwartungen in dieser Richtung wenigstens teilweise in Erfüllung gehen.

Schließlich wird von Verhandlungen berichtet, die mit Ungarn und den Tschechen sowie den Südslawen eingeleitet worden sind, doch haben sich bisher keine greifbaren Resultate ergeben.

Die Versorgung Wiens mit Brotfrucht.

Der Bürgermeister sprach gestern mit den Landesausschüssen Mayer und Höckler, um die Brotmehlversorgung Wiens für die nächsten Monate aus Niederösterreich sicherzustellen. Im Ernährungsausschusse der deutschen Nationalversammlung stellte der Bürgermeister die Bitte, Niederösterreich ausschließlich für die Versorgung Wiens mit Brotfrucht zu bestimmen. Ueber das Ergebnis seiner Verhandlungen wird der Bürgermeister in der ersten Sitzung des städtischen Ernährungsausschusses, den der Gemeinderat am Freitag zu wählen hat, berichten.

Neue Freie Presse

25./X. 1918

Generalmajor v. Landwehr über die Ernährungslage Wiens.

Wien, 24. Oktober.

Ein Mitarbeiter unseres Blattes nahm im Hinblicke auf die Meldung, daß die Vertreter der Nationalräte mit dem Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses, General v. Landwehr, Beratungen gepflogen haben, Gelegenheit, den letzteren über seine Ansichten, betreffend die Ernährungsaussichten Wiens in der nächsten Zukunft, zu befragen.

General v. Landwehr äußerte sich folgendermaßen: „Die Mitteilung der „Neuen Freien Presse", daß für die allernächste Zeit für Wien vorgesorgt sei, ist richtig.

Alle maßgebenden Faktoren, voran der Bürgermeister von Wien Dr. Weiskirchner, haben ihre ganze Aufmerksamkeit der Lebensmittelversorgung gewidmet und nichts außer acht gelassen, um die Ernährung sicherzustellen. Es wurde mit allen Faktoren, deren Mithilfe im Ernährungswesen von Bedeutung ist, beraten, und die Ansichten, die die Vertreter der Nationalräte in den bei mir stattgehabten Besprechungen zum Ausdrucke brachten, zeigten in Erwartung auf einen baldigen Friedensschluß bei allen das wertvolle Bestreben, die Uebergangszeit im Ernährungswesen zu überbrücken."

Die Versorgung Wiens mit Brotfrucht aus Niederösterreich.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hatte heute eine längere Besprechung mit den Landesausschüssen Mayer und Hödler, um die Brotmehlversorgung Wiens für die nächsten Monate aus Niederösterreich sicherzustellen. Bekanntlich hat der Bürgermeister bereits im Ernährungsausschusse der deutschen Nationalversammlung die Bitte gestellt, Niederösterreich ausschließlich für die Versorgung Wiens mit Brotfrucht zu bestimmen. Ueber das Ergebnis seiner Verhandlungen wird der Bürgermeister in der ersten Sitzung des in der Freitagsitzung des Gemeinderates zu wählenden Ernährungsausschusses der Stadt Wien berichten.

Besprechung des Generals v. Landwehr mit czechischen Abgeordneten.

Der Präsident des gemeinsamen Ernährungsausschusses General Landwehr v. Pragenau hatte gestern längere Beratungen mit den Abgeordneten Stanek, Klofac und Dr. Koroschec, welche sich mit der Lebensmittelversorgung dieser Reichshälfte für die nächste Zukunft befaßten.

Die Zeit Abendt
25./X. 1918

1780

(Mehl, Linsen und Reis im Herrenmodegeschäft.) Am 13. d. wurde das Kriegswucheramt verständigt, daß im Herrenmodegeschäft des Otto Salinger, 1. Bezirk, Opernring Nr. 21, Linsen zu 32 Kronen und Reis zu 60 Kronen für das Kilogramm zu haben seien. Bei einer Nachschau im Geschäft wurden 150 Kilogramm Mehl, 15 Kilogramm Linsen und 40 Kilogramm Zucker gefunden und beschlagnahmt. Otto Salinger wurde einvernommen und gab an, daß er diese Lebensmittel im Tauschverkehr von seinen Kunden erhalten habe. Er verwendete sie teils im eigenen Haushalt, teils gebe er sie an Verwandte, Bekannte und Angestellte zu den Preisen ab, die ihm berechnet worden seien. Er behauptete weiter, daß ihm das Mehl mit 24 bis 28 Kronen, das Fett mit 90 Kronen der Reis mit 60 Kronen, die Linsen mit 32 Kronen und der Zucker mit 22 bis 24 Kronen für das Kilogramm berechnet worden seien. Otto Salinger wurde wegen Mitschuld an der Preistreiberei dem Bezirksgericht Josefstadt und wegen Nichteinhaltung der Vorschriften über die Lebensmittelkarten dem magistratischen Bezirksamt Innere Stadt angezeigt.

Vossische Zeitung 20/X. 1918.

181

Abgesandte Deutsch-Oesterreichs in Berlin.

Gespräch mit Dr. v. Langenhan.

Fünf Mitglieder des neukonstituierten Nationalausschusses der Deutschen Oesterreichs, der zwar nicht die Regierung, jedoch immerhin die Mitregierung für die deutschen Gebiete im Kaisertum Oesterreich übernommen hat, sind gestern hier angekommen. Es sind dies die österreichischen Reichstagsabgeordneten Fink, Friedmann, Dr. v. Langenhan, Freiherr v. Pantz und Dr. Renner. Ihnen haben sich als Vertreter der Stadt Wien Oberkurator v. Steiner, als Vertreter des böhmischen Landesausschusses Dr. Stumpf und als besonderer Vertreter Deutschböhmens Abgeordneter Schreiter angeschlossen. Ich hatte Gelegenheit, mich mit dem Mitgliede der Abordnung, Dr. v. Langenhan, über den Zweck der Reise der genannten Herren zu unterhalten. Dr. v. Langenhan gab mir folgende Erklärung:

Wir haben die Aufgabe, der deutschen Regierung und den parlamentarischen Parteien über die Tatsache der Errrichtung des Nationalausschusses und über seine Wirkungsweise und seine Wirkungsmöglichkeiten zu berichten. Wir haben auch einige Angelegenheiten wirtschaftlicher Natur mit maßgebenden Stellen zu besprechen. Wir vertreten alle im Nationalrat der Deutschen Oesterreichs vereinigten Parteien. Abgeordneter Fink ist der Vertreter der christlichsozialen, Abgeordneter Friedmann Vertreter der Wiener deutschfreiheitlichen Partei, Herr v. Pantz der deutschen Unabhängigkeitspartei, Dr. Renner der deutschen Sozialdemokraten und ich selbst des deutsch-nationalen Verbandes. Diese Parteien haben im einzelnen folgende Stärke: Der Verband der deutschnationalen Abgeordneten zählt 96, der christlich-sozialen 67, der Sozialdemokraten 42, der deutschen Unabhängigen 7 und der Wiener deutschfreiheitlichen ebenfalls 7 Mitglieder.

Um die Deutsch-Oesterreicher ihren politischen Wünschen gefügig zu machen, insbesondere aber die Deutschen Böhmens unter das Joch des tschecho-slowakischen Staates zu beugen, haben die österreichischen Slawen, insbesondere die Tschechen, im Bunde mit ihnen aber auch die Polen, seit einigen Tagen einen Hungerkrieg gegen die Deutsch-Oesterreicher begonnen. Man kann ihn als eine Ergänzung der Aushungerungspolitik bezeichnen, den die Entente gegen uns führt. Es ist bekannt, daß Deutsch-Oesterreich sich nicht genügend aus seinem eigenen Boden mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen versorgen kann sondern auf die Nahrungszufuhr aus den slawischen Gebieten angewiesen ist. Man muß bedenken, daß gerade Deutsch-Oesterreich schon durch den Krieg an sich am meisten gelitten hat. Wenn nun noch von den Slawen der Hungerkrieg gegen dieses Gebiet begonnen wird, so stehen die Deutsch-Oesterreicher vor der Wahl, entweder sich den Bedingungen der Slawen zu unterwerfen oder zu verhungern. Dazu kommt, daß auch Ungarn seit einigen Tagen aufgehört hat, überhaupt Nahrungsmittel nach Oesterreich zu schicken. Auch politische Gründe haben zu diesem Verhalten Ungarns beigetragen. So bedrücken uns die schwersten wirtschaftlichen Sorgen und Nöte, und wir unterbreiten sie unseren Brüdern im Reiche. Sie werden in unseren Besprechungen mit den maßgebenden Stellen, wie ich bereits sagte, einen breiten Raum einnehmen. Wir beabsichtigen übrigens, auch nach Dresden und nach München zu reisen, um auch dort mit den leitenden Kreisen über alle von mir erwähnten Fragen uns auszusprechen.

Dr. E. Leimdörfer.

Der Neue Abend 182
26/X. 1918

Ungarn sperrt die ganze Lebensmittelzufuhr.

Tausend Waggons zurückbehalten. — „Aufklärungen" der Magyaren.

Budapest. (Drahtbericht des „Neuen Abend".)

„Deli Hirlap" schreibt: Mit Rücksicht auf die unsichere politische Lage des in Auflösung begriffenen Österreich, hat die gestürzte Regierung Wekerle sich im letzten Augenblick zu einem energischen Schritt entschlossen und hat auf der ganzen Linie die Lebensmittelausfuhr aus Österreich verboten. Auf den Budapester Bahnhöfen stehen zahlreiche Eisenbahnlastwagen, die bereits seit drei Tagen vollbeladen auf die Ausfuhrbewilligung warten. Zum größten Erstaunen der Österreicher konnten diese Waggons nicht abgefertigt werden, denn die maßgebenden Behörden haben für keinen einzigen Artikel die Ausfuhrbewilligung erteilt. In den letzten drei Tagen allein wurden 3000 Waggons für Österreich bestimmtes Gemüse und Obst zurückbehalten, das aller Wahrscheinlichkeit nach der ungarischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird. Das vollständige Verbot erstreckt sich gleichzeitg auch auf die Eierausfuhr nach Deutschland. Der Staatssekretär im Ernährungsministerium Dr. Franz Nagy erklärte in dieser Angelegenheit: Alle Maßnahmen, die im Interesse des Verbotes der Lebensmittelausfuhr nach Österreich getroffen worden sind, können durch den Waggonmangel erklärt werden. Zurzeit nämlich findet der Transport von Mais, Weizen und anderen Getreidearten statt und außerdem werden jetzt die Wintervorräte für die hauptstädtische Bevölkerung nach Budapest gebracht. Unter solchen Umständen konnten tausend Waggons Lebensmittel nicht nach Österreich gesandt werden. Prinz Ludwig Windischgrätz, der dieser Tage das Ernährungsministerium infolge seiner Ernennung zum ersten Sektionschef im Ministerium des Äußern verlassen hatte, hatte, wie „Uj Hirek" meldet, nur das eine Bestreben, nach Österreich, namentlich aber nach Wien soviel Lebensmittel als möglich zu senden, über diesem Bestreben hat er jedesmal die Interessen der ungarischen Ernährung außeracht gelassen. Deswegen sammelte schon seit langem die Karolyi-Partei und eine andere politische Partei Beweismaterial gegen Windischgrätz. Er soll auch, wie „Uj Hirek" weiter zu melden weiß, unter Anklage gestellt werden.

Der Neue Abend
26./X. 1918

183

Die Ernährungslage Wiens.

Der Schwerpunkt der Ernährungsfragen lastet nun größtenteils auf dem Rathause und auf den noch nicht gefestigten Ausschüssen des Nationalausschusses. Sitzungen und Besprechungen galten auch heute der Lösung der dringendsten Aufgaben: Mehl und Brot für die allernächsten Wochen zu beschaffen.

Es bestätigt sich, daß Magistratsrat Dr. Roßkopf die Berufung in den Rat der deutschösterreichischen Ernährungsdirektoren abgelehnt hat. Als Ursache ist Überbürdung mit anderweitigen ähnlichen Aufgaben anzunehmen. Eine Ersatzwahl für die Stelle eines dritten Ernährungsdirektors ist noch nicht erfolgt.

Der neugewählte Ernährungsausschuß der Gemeinde wird von jetzt ab dauernd im Rathause tagen.

Im allgemeinen wird in Rathauskreisen mit Rücksicht darauf, daß jetzt mehr freie Hand zu Verhandlungen gegeben ist, und im Hinblick auf gewisse Teilerfolge die Lage zumindest nicht ungünstiger beurteilt als vor der neuen Regelung der Kompetenzen.

Die Fleischankünfte haben sich gebessert, so daß auch in der nächsten Woche mit Verkürzungen nicht gerechnet wird.

Hinsichtlich der Kartoffeln hat der Bürgermeister besondere Schritte eingeleitet. Doch wird nebenher noch für den Fall ungenügender Einlieferungen eine Aktion durchgeführt, um Wrucken als Ersatz für den etwaigen Abgang an Kartoffeln sicherzustellen.

Über die zu erwartenden Ankünfte an Brotgetreide läßt sich Bestimmtes noch immer nicht sagen. Der niederösterreichische Landesausschuß hat zugesagt, seine Macht aufzubieten, um die Anlieferungen im Fluß zu erhalten.

Die Auflassung der Einschränkungen des Handels mit Spätobst — Äpfeln und Birnen — ist heute amtlich bekanntgegeben worden. Die Freigabe erfolgt mit Rücksicht auf die schlecht ausgefallene Ernte.

Der Zucker darf nicht zurückgehalten werden!

Aus mehreren Bezirken kommen Nachrichten, daß bereits in den Verkaufsstellen eingelangter Rohzucker an die bedürftigen Parteien nicht ausgefolgt wird, trotzdem mit Rücksicht auf die Grippeerkrankungen Zucker außerordentlich dringend benötigt wird. Als Ursache wird angegeben, daß die neuen Preise noch nicht bestimmt seien.

Heute ist nun eine magistratische Kundmachung erschienen, in der die neuen Kleinhandelspreise für Zucker endgültig festgesetzt werden. Diese Preise betragen für das Kilogramm Rohzucker K 2·68, für das Kilogramm Weißzucker K 3. Die Preise für das 1/8, 1/4 und 1/2 Kilogramm dürfen nur bei Abgabe dieser Gewichtsmengen angerechnet werden.

Somit entfällt von heute ab jeder Grund, Zucker zurückzuhalten. Sollten solche Fälle vorkommen, ist sofort die Anzeige zu erstatten.

Hamburger Fremdenblatt
26./10. 1918.

784

Ernährungsfragen.

In der letzten Versammlung des Christlichen Gewerkschaftskartells nahm unter anderen Sachen die Ernährungsfrage einen breiten Spielraum ein. Nach eingehender Aussprache hierüber wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Die am 24. Oktober im Vereinslokal Haß, Große Allee 45, tagende Vertreterversammlung der dem Hamburger Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände nimmt Kenntnis von der in Hamburg beabsichtigten Kürzung der Kartoffelration von 7 auf 5 Pfund die Woche. Die Versammlung beauftragt die Kartellleitung, Schritte zu unternehmen, damit die im Herbste bestimmt in Aussicht gestellten 7 Pfund wöchentliche Ration bis zur neuen Ernte auch wirklich an die Bevölkerung geliefert werden. Der Ernährungs- und Gesundheitszustand der Bevölkerung läßt eine weitere Kürzung der Lebensmittelrationen keineswegs zu.

Die für die weiteren Monate festgelegten fleischlosen Wochen sind aufzuheben, da diese nur Anlaß zu den sogenannten „Schwarzschlachtungen" geben, und so der beabsichtigte Zweck der vermehrten Milch- und Fettversorgung aufgehoben wird. Die Berechnungen der Behörden über die Milch- und Fettversorgung, in Verbindung mit den fleischlosen Wochen, sind durch die Tatsachen der verminderten Versorgung widerlegt und rechtfertigen keineswegs die Beibehaltung der fleischlosen Wochen."

*

Von einer Absicht, die Kartoffelration in Hamburg zu kürzen, konnte nur insofern die Rede sein, als es in Erwägung gezogen war, bei anhaltenden Transportschwierigkeiten die Kartoffelration vorübergehend auf 5 Pfund herabzusetzen. Wenn auch aller Voraussicht nach genug Kartoffeln vorhanden sind, um bis zur neuen Ernte ununterbrochen 7 Pfund liefern zu können, so handelt es sich hierbei lediglich um die Möglichkeit, die Kartoffeln in

erforderlichen Mengen heranzuholen. Auch dazu kann jeder helfen, wenn er unnötige Reisen vermeidet und den Eisenbahnverkehr nicht durch Kartoffelhamsterfahrten belastet. Jedenfalls ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, vorläufig nicht beabsichtigt, die Menge von 7 Pfund herabzusetzen.

Neues Wiener Tagblatt
26./X. 1918

185

Deutschösterreichischer Städtetag.

Ein selbständiges Ernährungsamt für Deutschösterreich.

Um zu den Umwälzungen der letzten Tage Stellung zu nehmen, hatten sich die Vertreter deutschösterreichischer Städte zu einer außerordentlichen Tagung im Wiener Rathaus zusammengefunden. Der Obmann des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnete die Versammlung und gab bekannt, daß sich in seinem Auftrag Oberkurator v. Steiner der Abordnung der deutschen Nationalversammlung angeschlossen habe, welche in Berlin die Fäden des Deutschen Reiches bezüglich der Ernährung der Stadt Wien und des deutschösterreichischen Gebietes angesprochen habe. In Besprechung der Ernährungsfragen führte der Bürgermeister aus: Die bestehende Regierung habe tatsächlich zu funktionieren aufgehört, die Nationalversammlung habe noch keine Exekutive. Der Ernährungsminister habe ihm erklärt, er sei nicht mehr in der Lage, einzugreifen, die Regierung habe keine Gewalt mehr, der Bürgermeister möge sich selbst helfen. Dies sei schwer möglich, da ihm doch der ganze staatliche Apparat nicht zur Verfügung stehe. Wenn die Regierung erkläre, sie habe keine Macht mehr, dann sei es Pflicht der Nationalversammlung, sich selbst diese Macht zu geben und jenen Apparat zu schaffen, der imstande sei, die Lebensbedürfnisse der städtischen Bevölkerung sicherzustellen. Als Grundlage der Beratung legte Dr. Weiskirchner eine Entschließung vor, in der es unter anderm heißt:

Der deutschösterreichische Städtetag begrüßt die Errichtung der vorläufigen Nationalversammlung für Deutschösterreich und deren Leitsätze, das unbedingte Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zur Geltung zu bringen und einen selbständigen Staat zu gründen, der das gesamte deutsche Siedlungsgebiet umfaßt. Der Städtetag erklärt, daß unter dem deutschen Siedlungsgebiet auch die deutschen Sprachinseln zu begreifen sind. Um den großen Gefahren einer inneren Auflösung vorzubeugen, wird verlangt, daß die Nationalversammlung möglichst rasch die gesamte Verwaltung des neuen deutschen Staates übernehme. Am dringendsten ist dies auf dem Gebiet der Volksernährung, wo die staatliche Gewalt längst versagt hat. Es wird deshalb für die deutschen Gebiete die sofortige Errichtung eines selbständigen Volksernährungsamtes und dessen Unterstellung unter die Nationalversammlung verlangt.

Bei der bevorstehenden Abrüstung und Heimkehr der im Felde stehenden Truppen wird es eine besonders wichtige Aufgabe der Nationalversammlung sein, die Ordnung aufrechtzuhalten und durch rechtzeitige Vorbeugungsmaßregeln Ausschreitungen und Unruhen zu vermeiden. Der Städtetag spricht schließlich seine Zuversicht aus, daß durch zielbewußtes und einmütiges Zusammenwirken die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage überwunden, ein baldiger, dauerndem Bestand verheißender Friede erreicht und einer glücklicheren Zukunft der Weg geebnet werde. Auf uns selbst gestellt werden wir in unentwegter Bündnistreue zum Deutschen Reiche halten und in engster Verbindung mit diesem an der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten deutschen Volkes arbeiten.

Anregung zur Bildung einer Bürgerwehr.

Direktor Pietsch (Bielitz) schildert die Verhältnisse in Ostschlesien, wo drei Nationen (Deutsche, Tschechen und Polen) nebeneinander leben. Er regt die Bildung einer Bürgerwehr an, welcher alle wehrfähigen Männer vom 18. bis zum 40. Lebensjahre anzugehören hätten, und beantragt eine Entschließung, in welcher jede Eingliederung schlesischer Gebietsteile in ein zukünftiges tschechoslowakisches oder polnisches Staatswesen mit aller Entschiedenheit abgelehnt wird.

Bei der Abstimmung wird die von Dr. Weiskirchner vorgelegte Resolution einstimmig angenommen.

Fremdenblatt 26./X. 1918

Selbsthilfe im Ernährungswesen.

Einsetzung eines Wiener Ernährungsausschusses.

Die harte Not der Zeit drängt zur Selbsthilfe. Wir haben vier Jahre lang alle Unbilden und Kümmernisse standhaft ertragen. Wir haben mit beispielloser Langmut und Geduld den vielfachen Wandlungen in unserem Ernährungsdienste zugesehen. Alle Vorschläge und Mahnungen auf eine großzügige Reform, die im richtigen Erfassen und Verteilen der vorhandenen Lebensmittel gipfelt, blieben wirkungslos. Die staatlichen Ernährungsbehörden verfolgten den durch einen Wust von Verordnungen und Erlässen verlegten bureaukratischen Weg und schließlich erfolgte der unvermeidliche Zusammenbruch. Die Neuordnung der Verhältnisse zwingt zu raschen Entschlüssen. Wollen wir in der Stunde höchster wirtschaftlicher Bedrängnis den letzten Rest von Existenz behaupten, dann muß zielbewußtes Handeln einsetzen. Der deutsche Nationalrat hat die Organisation des Ernährungsdienstes für Deutschösterreich in die Hand genommen und die Stadt Wien bietet ihren Verwaltungsapparat auf, der nun ungehemmt von störenden Einflüssen selbsttätig die Ernährung der Wiener Bevölkerung sichern soll und muß. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Wiener Gemeinderat gestern auf Antrag des Bürgermeisters einen städtischen Ernährungsausschuß eingesetzt. Seine vornehmste Aufgabe wird es sein, die wichtigsten Nahrungsstoffe zu beschaffen: Mehl, Kartoffeln und Fett. Der Bürgermeister bekannte offen, daß er zum Aufbringen dieser Lebensmittel bereits Schritte eingeleitet und entsprechende Verfügungen getroffen habe. Vertreter der Stadt Wien wurden in die Ukraine entsendet, dort um 100 Millionen einzukaufen, andere Vertreter reisen nach Budapest, Agram und Prag. Der Bürgermeister verhandelte auch mit den Vertretern des tschecho-slowakischen Staates und begründete diese Aktion mit den Worten: „Die Versorgung der Wiener Bevölkerung ist jetzt das Allerwichtigste, da gibt es keine verfassungsmäßigen Bedenken." In der trostlosen Gestaltung unserer Ernährungsverhältnisse zeigt sich ein schwacher Hoffnungsschimmer der Besserung. Alle Schichten der darbenden Wiener Bevölkerung werden mit neuer Zuversicht den kommenden Tagen und Wochen entgegensehen und den Zusammenschluß aller Vertreter des Gemeinderates zur Selbsthilfe hoffnungsvoll begrüßen. Wenn die Aktion zielbewußt und entschlossen einsetzt und handelt, kann der Erfolg trotz aller Hemmnisse und Schwierigkeiten nicht ausbleiben.

Die Aktion der Gemeinde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte in seinem Referat, das er dem Gemeinderate gestern erstattete, daß der städtische Ernährungsausschuß mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet werde, um auf diese Art die Bevölkerung zu versorgen. „Wir müssen die Bevölkerung ernähren, sonst sind wir nicht in der Lage, die kommende schwere Zeit durchzuhalten. Mit Sorge sehe ich den nächsten Wochen entgegen." Der Bürgermeister erwähnt dann, daß die Vertreter der Stadt Wien zur Verhandlung in Ernährungsfragen entsendet werden. Stadtrat v. Steiner habe sich der Abordnung des deutschen Nationalrates angeschlossen, Dr. v. Dorn werde nach Budapest und Agram reisen und Gemeinderat Neumann werde die Interessen der Stadt Wien in Prag vertreten. Der Bürgermeister stellt schließlich den Antrag, einen dreißiggliedrigen Ausschuß zu wählen, welcher alles aufbieten soll, um die Ernährung der Stadt Wien sicherzustellen.

Fischer sagte: Wir geben uns der Hoffnung hin, daß endlich die Not aufhört, die heute einen unglaublichen Höhepunkt erreicht hat. Wien ist aller Lebensmittel bar, insbesondere ohne Kartoffeln. Ich glaube, wenn man in Böhmen den Hebel ansetzen würde, daß man dort sicher Kartoffeln bekäme. Auch in der Ukraine könnte man Verbindungen anknüpfen.

Dr. v. Dorn: Jedenfalls befinden wir uns in einem hochwichtigen Moment und ich glaube, daß die ganze Bevölkerung Wiens aufatmet in diesem Augenblicke, wo sie weiß, daß sich ihrer Leute annehmen, die für sie besser arbeiten werden, als die bisherigen Ernährungsämter. Wir hegen zu dem neuen Ernährungsausschusse die größte Zuversicht und hoffen nun, daß etwas geschieht.

Herold: Die erste Pflicht des Ernährungsausschusses ist Brot und Kartoffeln, das ist der Ruf der Bevölkerung. Es ist unfaßbar, daß die Regierung in Böhmen und Ungarn es zuläßt, daß Schweine und Gänse mit Kartoffeln gemästet werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich erkläre es als die wichtigste Pflicht des Ausschusses, Mehl, Kartoffeln und Fett zu besorgen. Haben wir diese drei Dinge, dann wird es möglich sein, durchzuhalten. Es sind viele Vorwürfe gegen die Ernährungsämter, viele mit Recht erhoben worden, aber ich glaube, daß, da die österreichische Regierung nur mehr theoretisch funktioniert, auch die Zentralen ihre Wirkung verloren haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es besteht seit heute der deutschösterreichische Staat, und nach meiner Meinung ist es Pflicht, ein deutschösterreichisches Ernährungsamt zu schaffen, welches für uns sorgt. In der Ukraine und in Bessarabien sind noch reichlich Lebensmittel vorhanden. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß Rumänien über Bessarabien die Herrschaft hat und in der Ukraine Zustände herrschen, die einen Handel nicht ermöglichen. Ich erwähne, daß in der Ukraine eine Kommission sich befindet, die gegen Kompensationen um hundert Millionen Kronen einkaufen kann. Aber wie bringe ich das heraus. Ich bringe nicht einmal die Kartoffeln aus Ostgalizien her. Die Sache des Einkaufes ist daher, abgesehen von der Valutaschwierigkeit, angesichts des Hereinschaffens sehr fraglich. Wir müssen uns im Anschlusse an die deutschösterreichische Regierung halten, aber auch unsere eigenen Wege gehen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Ich habe sofort mit den niederösterreichischen Landesausschüssen Mayer und Stöckler mich ins Einvernehmen gesetzt, um die Mehlversorgung Wiens durch Zuschübe aus Niederösterreich sicherzustellen, und ich habe die volle Gewähr, daß der Apparat des niederösterreichischen Landesausschusses meinen Intentionen entsprechen wird. Um eine K. G. V. kümmere ich mich nicht. (Bravo! Sehr richtig!) Auch die abgeschlossenen Lieferungsverträge mit Kartoffeln bestehen heute nicht mehr. Ich habe vollkommen legal 11.000 Waggons Kartoffeln vertragsmäßig geschlossen und teilweise bevorschußt. Davon 6832 aus Böhmen. Die restlichen 7000 Waggons sollte die Kriegsgetreideverkehrsanstalt behufs Verteilung einer Wochenquote von drei Kilogramm beistellen. Aber auch diese Menge ist in der Luft. Ich hoffe, daß ich in Bälde die Zweidekagramm-Fettquote umstoßen kann und mit der doppelten Fettquote einsetzen werde. (Bravo!) Den Antrag Fischer bitte ich dem Stadtrate zuzuweisen, um Gelegenheit zu nehmen, mit den Vertretern der vier Gemeinderatsparteien zu sprechen.

Die Debatte hat gezeigt, daß der Gemeinderat einig ist, der Bevölkerung zu helfen, und einig ist, die Verantwortung in dieser harten Zeit auf sich zu nehmen. Die Lebensmittelämter haben versagt und wir schreiten nun zur Selbsthilfe, und in diesem Sinne möge der Ernährungsrat seine Arbeit beginnen.

Es erfolgt die einstimmige Annahme des Antrages, der Antrag Fischer wird unterstützt an den Stadtrat geleitet.

Die Mitglieder des Ernährungsausschusses.

In den Ernährungsausschuß wurden gewählt: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Gemeinderäte David, Dechant, Doktor v. Dorn, Elis, Emmerling, Dr. Hein, Huber, Dr. Klotzberg, Knoll, Kunschak, Leitner, Moisl, Müller, Nagler, Partik, Penz, Pichler, Neumann, Rummerhardt, Schäfer, Schelz, Schmid, Dr. v. Schwarz-Hiller, Skaret, Spalowsky, v. Steiner.

Nach Erledigung der übrigen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände wurde die Sitzung geschlossen.

Nach Schluß der Sitzung konstituierte sich der Ausschuß. Den Vorsitz werden der Bürgermeister und die drei Vizebürgermeister führen. Der Ausschuß nahm einen Bericht des Magistratsrates Dr. Roßkopf über die Fettversorgung der Stadt Wien entgegen und stimmte diesem Antrag einmütig zu. Ueber den Beschluß werden wir heute berichten.

Neue Freie Presse
26./X. 1918

185

Einsetzung eines dreißiggliedrigen Ernährungsausschusses.

Dr. Weiskirchner berichtet sodann über die Einsetzung eines dreißiggliedrigen Ernährungsausschusses der Stadt Wien. Ich bekenne es offen, erklärt der Redner, daß ich mit den Vertretern des czecho-slowakischen Staates verhandelt habe. Die Versorgung der Wiener Bevölkerung ist jetzt das Allerwichtigste (lebhafte Zustimmung), und da gibt es keine verfassungsmäßigen Bedenken. Wir müssen die Bevölkerung ernähren, sonst sind wir nicht in der Lage, die kommende schwere Zeit durchzuhalten. Mit Sorge sehe ich den nächsten Wochen entgegen. Der Bürgermeister erwähnt dann, daß die Vertreter der Stadt Wien zur Verhandlung in Ernährungsfragen entsendet werden. Stadtrat v. Steiner habe sich der Abordnung des deutschen Nationalrates angeschlossen, Dr. v. Dorn werde nach Budapest und Agram reisen und Gemeinderat Neumann werde die Interessen der Stadt Wien in Prag vertreten. Ich erkläre es als die wichtigste Pflicht des Ausschusses, Mehl, Kartoffeln und Fett zu besorgen. Haben wir diese drei Dinge, dann wird es möglich sein, durchzuhalten. Es sind viele Vorwürfe gegen die Ernährungsämter, viele mit Recht, erhoben worden, aber ich glaube, daß, da die österreichische Regierung nur mehr theoretisch funktioniert, auch die Zentralen ihre Wirkung verloren haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es besteht seit heute der deutschösterreichische Staat, und nach meiner Meinung ist es Pflicht, ein deutschösterreichisches Ernährungsamt zu schaffen, welches für uns sorgt. Wir müssen uns im Anschlusse an die deutschösterreichische Regierung halten, aber auch unsere eigenen Wege gehen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Um eine Kriegsgetreideverkehrsanstalt kümmere ich mich nicht. (Bravo! Sehr richtig!) Auch die abgeschlossenen Lieferungsverträge mit Kartoffeln bestehen heute nicht mehr. Ich habe vollkommen legal 11.000 Waggons Kartoffeln vertragsmäßig geschlossen und teilweise bevorschußt. Davon 6832 aus Böhmen. Die restlichen 7000 Waggons sollte die Kriegsgetreideverkehrsanstalt behufs Verteilung einer Wochenquote von 3 Kilogramm beistellen. Aber auch diese Menge ist in der Luft. Ich hoffe, daß ich in Bälde die 2 Deka Fettquote umstoßen kann und mit der doppelten Fettquote einsetzen werde. Die Lebensmittelämter haben versagt und wir schreiten nun zur Selbsthilfe.

In den Ernährungsausschuß wurden gewählt: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Gemeinderäte David, Dechant, Dr. v. Dorn, Elis, Emmerling, Dr. Hein, Huber, Dr. Klotzberg, Knoll, Kunschak, Leitner, Meisl, Müller, Nagler, Partik, Penz, Pichler, Neumann, Rummelhardt, Schäfer, Scholz, Schmid, Dr. v. Schwarz-Hiller, Skaret, Spalowsky, v. Steiner.

Nach Erledigung der übrigen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände wurde die Sitzung geschlossen.

Die Zeit
26./X. 1918

188

Wiener Ernährungssorgen.

Bemerkenswerte Erklärungen des Bürgermeisters.

In der gestrigen Gemeinderatssitzung, über die wir an anderer Stelle berichten, wurden von einzelnen Gemeinderäten die Wiener Ernährungssorgen zur Sprache gebracht, worauf Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende bemerkenswerte Erklärungen abgab:

„In dieser Zeit ist es die Aufgabe der Gemeindevertretung, in erster Linie mit dem Ernährungsausschuß der deutschen Nationalversammlung in innigste Beziehungen zu treten. Es ist aber ferner notwendig, daß die Gemeinde Wien selbst einen Ernährungsausschuß bildet, der vom Gemeinderat die nötigen Vollmachten erhält, ständig funktioniert und auf diese Art für die Bevölkerung vorsorgt. Ich bekenne es offen, erklärt Bürgermeister Dr. Weiskirchner, daß ich mit den Vertretern des tschechisch-slowakischen Staates verhandelt habe. Die Versorgung der Wiener Bevölkerung ist jetzt das allerwichtigste (lebhafte Zustimmung), und da gibt es keine verfassungsmäßigen Bedenken. Wir müssen die Bevölkerung ernähren, sonst sind wir nicht in der Lage, die kommende schwere Zeit durchzuhalten. Mit Sorge sehe ich den nächsten Wochen entgegen."

Der Bürgermeister erwähnt dann, daß Vertreter der Stadt Wien zur Verhandlung in Ernährungsfragen entsendet werden. Stadtrat v. Steiner habe sich der Abordnung des Deutschen Nationalrates angeschlossen, Dr. von Dorn werde nach Budapest und Agram reisen, und Gemeinderat Neumann werde die Interessen der Stadt Wien in Prag vertreten.

„Ich erkläre es," fährt der Bürgermeister fort, „als die wichtigste Pflicht des Ausschusses, Mehl, Kartoffeln und Fett zu besorgen. Haben wir diese drei Dinge, dann wird es möglich sein, durchzuhalten. Es sind viele Vorwürfe gegen die Ernährungsämter, viele mit Recht, erhoben worden, aber ich glaube, daß, da die österreichische Regierung nur mehr theoretisch funktioniert, auch die Zentralen ihre Wirkung verloren haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es besteht seit heute der Deutschösterreichische Staat, und nach meiner Meinung ist es Pflicht, ein deutschösterreichisches Ernährungsamt zu schaffen, das für uns sorgt. Die bisherigen Direktoren des Ernährungsamtes haben die Aemter zurückzulegen und neue Männer an die Spitze zu treten.

Ich muß auf einen Umstand aufmerksam machen, daß es mir wohl bewußt ist, daß in der Ukraina und in Bessarabien noch reichlich Lebensmittel vorhanden sind. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß Rumänien über Bessarabien die Herrschaft hat, und in der Ukraina Zustände herrschen, die einen Handel nicht ermöglichen. Ich erwähne, daß in der Ukraina in meinem Auftrag eine Kommission sich befindet, die gegen Kompensationen um 100 Millionen Kronen einkaufen kann. Aber wie bringe ich das heraus. Ich bringe nicht einmal die Kartoffeln aus Ostgalizien her. Die Sache des Einkaufes ist daher, abgesehen von der Valutaschwierigkeit, angesichts des Hereinschaffens sehr fraglich. Wir müssen uns im Anschluß an die deutschösterreichische Regierung halten, aber auch unsere eigenen Wege gehen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Ich habe sofort mit den niederösterreichischen Landesausschüssen Mayer und Stöckler mich ins Einvernehmen gesetzt, um die Mehlversorgung Wiens durch Zuschübe aus Niederösterreich sicherzustellen, und ich habe die volle Gewähr, daß der Apparat des niederösterreichischen Landesausschusses meinen Intentionen entsprechen wird. Um eine K. G. V. kümmere ich mich nicht. (Bravo! Sehr richtig!) Auch die abgeschlossenen Lieferungsverträge mit Kartoffeln bestehen heute nicht mehr. Ich habe vollkommen legal 11.000 Waggons Kartoffeln vertragsmäßig geschlossen und teilweise bevorschußt. Davon 6832 aus Böhmen. Die restlichen Waggons sollte die Kriegsgetreideverkehrsanstalt behufs Verteilung einer Wochenquote von drei Kilogramm beistellen. Aber auch diese Menge ist in der Luft. Ich hoffe," schloß Dr. Weiskirchner, „daß ich in Bälde die zwei Deka Fettquote umstoßen kann und mit der doppelten Fettquote einsetzen werde." (Bravo!)

Der Bürgermeister stellt schließlich den Antrag, einen 30gliedrigen Ausschuß zu wählen.

Mitglieder des Ernährungsausschusses.

In den Ernährungsausschuß wurden gewählt: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Gemeinderäte David, Dechant, Dr. v. Dorn, Elis, Emmerling, Dr. Hein, Huber, Dr. Klotzberg, Knoll, Kunschak, Leitner, Moisl, Müller, Nagler, Partik, Penz, Pichler, Bräumann, Rummelhardt, Schäfer, Schelz, Schmid, Dr. von Schwarz-Hiller, Skaret, Spalowsky, v. Steiner.

Der Ernährungsausschuß der Gemeinde Wien trat nach Schluß der Sitzung zu seiner Konstituierung zusammen.

Neues Wiener Tagblatt
26./X. 1918

180

Der Ernährungsausschuß der Gemeinde.

Schließlich berichtete der Bürgermeister über die Wahl eines dreißiggliedrigen Ernährungsausschusses der Gemeinde Wien. Er besprach die Unmöglichkeit, daß die österreichische Regierung mit den Vertretern der nichtdeutschen Nationen in Oesterreich in Verkehr trete. Ich bekenne es offen, erklärte Bürgermeister Dr. Weiskirchner, daß ich mit den Vertretern des tschechisch-slowakischen Staates verhandelt habe. Die Versorgung der Wiener Bevölkerung ist jetzt das allerwichtigste (Lebhafte Zustimmung) und da gibt es keine verfassungsmäßigen Bedenken. Wir müssen die Bevölkerung ernähren, sonst sind wir nicht in der Lage, die kommende schwere Zeit durchzuhalten. Mit Sorge sehe ich den nächsten Wochen entgegen. Der Bürgermeister erwähnte dann, daß Vertreter der Stadt Wien zur Verhandlung in Ernährungsfragen entsendet werden. Stadtrat v. Steiner habe sich der Abordnung des Deutschen Nationalrates angeschlossen, Dr. v. Dorn werde nach Budapest und Agram reisen und Gemeinderat Neumann werde die Interessen der Stadt Wien in Prag vertreten.

Der Bürgermeister stellte schließlich den Antrag, einen dreißiggliedrigen Ausschuß zu wählen, welcher alles aufbieten soll, um die Ernährung der Stadt Wien sicherzustellen.

Nach zustimmenden Erklärungen der Gemeinderäte Fischer, Dr. v. Dorn und Herold sagte der Bürgermeister in seinem Schlußworte, daß die deutschösterreichische Regierung in der Ernährungsfrage ihre eigenen Wege gehen müsse. Er selbst habe die Mehlzuschübe nach Wien durch Vermittlung der Landesausschüsse Mayer und Stöckler sichergestellt und kümmere sich hiebei nicht um die Kriegsgetreideverkehrsanstalt. Aehnlich verhalte es sich mit Kartoffeln, und der Bürgermeister hofft, die Zwei-Deka-Fettquote aufrechterhalten und auf das Doppelte zu erhöhen.

In den Ernährungsausschuß wurden gewählt: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Gemeinderäte David, Dechant, Dr. v. Dorn, Elis, Emmerling, Dr. Hein, Huber, Dr. Kotzberg, Knoll, Kunschak, Leitner, Moisl, Müller, Nagler, Partik, Penz, Pichler, Neumann, Rimmelhardt, Schäfer, Schelz, Schneid, Dr. v. Schwarz-Hiller, Skaret, Spalowsky, v. Steiner.

Nach Erledigung der übrigen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände wurde die Sitzung geschlossen.

* * *

Die erste Sitzung des Ernährungsausschusses.

Nach Schluß der Gemeinderatssitzung trat der neugewählte Ernährungsausschuß zu seiner Konstituierung zusammen. Den Vorsitz werden Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die drei Vizebürgermeister führen. Der Ausschuß nahm einen Bericht des Magistratsrates Dr. Roßkopf über die Fettversorgung der Stadt Wien entgegen und stimmte dessen Antrag einhellig zu.

Neue Freie Presse
27./X. 1918

190

Besprechung deutscher und südslawischer Abgeordneter über die Ernährungsfragen.

Die Vertreter des steirischen Wohlfahrtsausschusses haben sowohl mit dem deutschen Nationalrate, als auch mit den südslawischen Abgeordneten über die Ernährungsfrage konferiert. An der letzteren Beratung im Südslawischen Klub beteiligten sich die Abgeordneten Markhl und Malik für Untersteiermark, für Kärnten Dr. Steinwender und Nagele, seitens der Südslawen Dr. Koroschec, Benkovic und Jankovic. Von den Südslawen wird an ihren Nationalrat in Laibach ein Aufruf ergehen, die Lebensmittelvorräte festzustellen und sie zur Verteilung bereitzustellen.

Reichspost
27./X. 1918

181

Waren für Lebensmittel!

Ein Vorschlag zur Beseitigung des drohenden Lebensmittelmangels.

Den von der Deutschen Nationalversammlung eingesetzten Ernährungsdirektoren erstattete heute Direktor Albert Geßmann jun. einen interessanten Vorschlag, der sehr sympathische Aufnahme fand.

Die Denkschrift, die Direktor Geßmann überreichte, führt aus, daß das bisherige Requisitionsverfahren sicherlich nicht ausreiche, um die städtische Bevölkerung für die nächste Zeit mit genügend Lebensmitteln zu versehen. Dagegen wird der Bauer, was er an Getreide und Lebensmitteln entbehren kann, in die Stadt liefern, wenn ihm für seine Erzeugnisse das geboten wird, was er selbst gegenwärtig dringend braucht: Druschkohle, Benzin für den landwirtschaftlichen Motor, landwirtschaftliche Maschinen, die notwendigen Handgeräte, Petroleum, Geschirre für die Milchwirtschaft und Viehfütterung, Kleider usw. Könnten wir ihm das zur Verfügung stellen, so würden wir in den nächsten Wochen gewiß große Anlieferungen von Lebensmitteln zu erwarten haben.

Wir müssen für diese Aktion für kurze Zeit eine Abänderung unseres Güterverkehrsystems eintreten lassen. Der Kreislauf: „Ware, Geld und wieder Ware" muß abgekürzt werden, wir müssen Waren gegen Waren bieten. Unsere Zentralen, die über Beamte verfügen, die von heute auf morgen nicht auf die Straße gesetzt werden können, sollen — gründlich umgestaltet — zur Durchführung dieser großen Aktion bestehen bleiben. Sie allein genügen nicht. Zur Durchführung der Aktion sind jene Männer notwendig, denen der Bauer noch traut, die er als die Tüchtigsten anerkannt und durch die Wahl zu seinen Abgeordneten bestellt hat. Diese Männer müssen sich mit ihren Organisationen — ich nenne hier nur die Bauernbünde in den einzelnen Kronländern — in den Dienst der Aktion stellen. Nicht durch einen Ukas des Bezirkshauptmannes an den Bürgermeister, nicht durch eine Verlautbarung auf der Amtstafel der Gemeindekanzlei kann diese letzte, größte Leistung in dieser Kriegsmisere erreicht werden. Die Bauernvertreter müssen in ihren politischen und wirtschaftlichen Organisationen raschest Vorträge über diese Aktion abhalten. Da sie ja Mitglieder der konstituierenden Nationalversammlung und der Verwaltungsausschüsse sind, können sie, wenn nur die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, sich mit voller Ruhe den Bauern gegenüber dafür verbürgen, daß diesmal die Aktion auch ehrlich durchgeführt wird. Die Bauernbundorganisationen sollen ihren Einfluß, der sich bis in die letzte Katastralgemeinde, bis in die entlegenste Rotte, bis in den einsamsten Hof erstreckt, in den Dienst dieser Aktion stellen.

Dies wäre der vorbereitende Schritt. Dann aber wird es intensivster und unerhört rasch zu leistender organisatorischer Arbeit bedürfen, um die Aktion in die Wege zu leiten. In erster Linie muß festgestellt werden, welche Tauschobjekte notwendig sind und zur Verfügung stehen. Es wäre also sofort im Wege der berufenen industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Organisationen zu erheben, welche für den Bauernstand geeigneten Tauschobjekte sofort greifbar sind. So sehr wir auch durch die jahrelange Kriegswirtschaft von allem entblößt erscheinen, so gibt es doch noch eine Unsumme von Gegenständen, die vorhanden sind und als Tauschobjekte für den Bauer in Betracht kommen.

Direktor Geßmann, welcher als Vorstandsmitglied der „Planta", österreichische Samenzucht- und Gemüsebaugesellschaft, Einblick in die vorhandenen Vorräte von Gemüsesamen besitzt, führt zum Beispiel an, daß wir

zerrütteten Valutaverhältnissen eine neue Störung hervorgerufen. Im Gegenteil. Es wird die Notwendigkeit aufhören, für Lebensmittelbeschaffung, wie bisher, die Notenpresse zu beanspruchen und dadurch noch eine weitere Verminderung des Geldwertes herbeizuführen.

Wenn wir die gegenwärtige Krise überwinden wollen, muß der Bauernstand wissen, daß er die städtische Bevölkerung zu unterstützen hat und die städtische Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterstand, muß die Bedürfnisse des Bauernstandes begreifen lernen. Es darf nicht vorkommen, betont sehr nachdrücklich der Verfasser der Denkschrift, daß kurzsichtige Skribenten, die von der Landwirtschaft und den Verhältnissen des Bauernstandes auch nicht die entfernteste Ahnung haben, den Bauer als Kriegsgewinner bezeichnen. Tatsächlich ist der Bauer, wenn man alles in allem nimmt, durch den Krieg nicht reicher, sondern gewiß ärmer geworden. Er hat zwar Bargeld im Kasten, aber in viel höherem Maße, als er auf der einen Seite Werte gewonnen hat, mit denen er bis auf weiteres nichts anzufangen weiß, hat er sich gegenüber dem von seinen Vorfahren überkommenen Boden verschuldet. Die Aecker sind infolge des Mangels an Dünger in ihrem Ertrage mehr und mehr zurückgegangen. Dieser ausgesogene Boden liefert im Verhältnis zu den vergangenen Ernten nur mehr Bruchteile des früheren Ertrages. Der Viehstand ist devastiert, die mangelhafte Ernährung der Rinder haben die Rasse degeneriert, so daß sie an Fleisch- und Milchertrag ständig zurückgeht. Das Maschinen- und Geräteinventar ist, da Nachschaffungen unmöglich waren, verwahrlost, die Neuschaffungen werden horrende Beträge erfordern. Mag diese Situation dem einzelnen Landwirt, der heute vielleicht protzig auf seine Geldschatulle klopft, noch nicht zum Bewußtsein gekommen sein, so ändert dies doch nichs daran, daß der Bauer schließlich und endlich auch nur ein „Kriegsverlierer" geworden ist.

Dies alles möge die städtische Bevölkerung und die industrielle Arbeiterschaft bedenken, für welche der verlästerte Bauer Lebensmittel liefern muß und wohl auch gerne liefern wird, wenn es ihm nur nicht allzu hart gemacht wird.

Österr. Volkszeitung
27./X. 1918

182

Der Magen Wiens.

Mitteilungen des städtischen Marktamtsdirektors. — Der Nahrungsbedarf der Zweieinhalbmillionenstadt. — Was Wien jährlich verzehrt und was es im Kriege entbehrt. — Statt 23 Dekagramm Fleisch per Tag 12½ Deka per Woche. — Milch, Gemüse, Fett, Brot und Mehl.

Wien wird sich größtenteils selbst mit Lebensmitteln versorgen müssen. Das ist die neue Botschaft des Bürgermeisters. Die bisher mit der Sicherstellung der Ernährung betrauten Regierungsfaktoren erklären, nicht mehr die Macht zu haben, die Aufbringung durchzuführen. Die neuen Ernährungsräte Deutschösterreichs und der vorgestern gewählte Ernährungsausschuß der Gemeinde Wien haben bereits mit anerkennenswerter Raschheit ihre schwere Aufgabe erfaßt und übernommen. Wird sie ihnen gelingen? Jedenfalls sind schon einige Erfolge erzielt worden. Mehl und Kartoffeln sollen wenigstens für die nächste Zeit sichergestellt sein und die mit den Nationen des alten Oesterreich und mit Ungarn direkt geführten Verhandlungen sollen nicht schlecht stehen.

In dem ernsten Moment, da Wien selbst die Antäuslast seiner eigenen Ernährung auf die schmal gewordenen Schultern gelegt wird, erscheint die Frage als wichtigste: Was braucht Wien an Lebensmitteln? Werden die Gemeinde und Deutschösterreich imstande sein, selbst für den Riesenmagen der Zweieinhalbmillionenstadt zu sorgen?

Einer der berufensten Fachleute, der alterprobte städtische Marktamtsdirektor Herr Kommerzialrat Adolf Bauer, an den sich ein Mitarbeiter der „Oesterreichischen Volks-Zeitung" mit der Frage wandte, wie groß der Nahrungsbedarf Wiens sei, teilte hierüber mit: Ein halbwegs annäherndes Bild des wirklichen Bedarfes könnten wohl nur die letzten Daten aus Friedenszeiten bieten. Doch auch im Frieden hat ein großer Teil der einlangenden Transporte die Märkte nicht berührt. Immerhin sind folgende Ziffern für die Klarstellung der Frage von Belang:

Da sind zunächst die Marktzufuhren an Fleisch, die im Jahre 1914 noch 1,760.000 Zentner betrugen. In diesem Riesenquantum sind Rinder, Kälber, Schweine, Geflügel, Wild und selbst Fische (über 21.000 Zentner) inbegriffen. In demselben Jahre betrug der Verbrauch per Kopf 84·10 Kg., auf den Tag berechnet 0·23 Kg. Auf Rindfleisch allein entfielen 434.000 Zentner. 1914 also wies der Verbrauchsdurchschnitt an Fleisch für den einzelnen Bewohner Wiens noch eine Höhe von mehr als 23 Dkg. per Tag auf, was im Vergleich zu der heutigen Wochenmenge von 12½ Dkg. gewiß ins Gewicht fällt. In Friedenszeiten kamen ferner, um nur ein Beispiel zu erwähnen, wöchentlich 16.000 bis 20.000 Schweine auf den Viehmarkt, zudem 4000 bis 5000 Rinder.

Anschaulich wirkt die Darstellung des Milchverbrauches, der noch 1915 270 Millionen Liter betrug. 1916 waren es nur mehr 195 Millionen und 1917 114 Millionen Liter. Seitdem ist die Anlieferung noch mehr zurückgegangen. Die Marktzufuhren an Gemüse, Kartoffeln, Obst, Südfrüchten, Schwämmen, Butter sind seit Kriegsausbruch Jahr um Jahr zurückgegangen. Sie betrugen noch im Jahre 1914: An Gemüse 1,190.000 Meterzentner, an Kartoffeln 580.000 Zentner, Obst 492.000 Zentner, Südfrüchten 190.000 Zentner, Schwämmen 1330 Zentner und Butter 17.590 Zentner. Im Jahre 1917 dagegen wurden an Einfuhr in Zentnern verzeichnet: Gemüse 554.000, Kartoffeln 484.000, Obst 484.000, Südfrüchte 2070, Pilze 4 und Butter 1540. Heute ist die Butter auf den Märkten nahezu vollständig verschwunden und nur mehr ein Schleichhandelsartikel geworden. Im Frieden war der Verbrauch an Naturfetten überhaupt ein weit größerer. Pflanzenfette spielten nur eine geringe Rolle. Nicht bloß der Fleischverbrauch ist mit Rücksicht auf die reduzierten Viehbestände sehr zurückgegangen, sondern auch die Beschickung mit Fett ist gegenüber dem Frieden eine wesentlich geringere geworden.

Der wirkliche Bedarf an Mehl und Brot ist aus der Friedenszeit, als sie freie Handelsartikel waren, nicht festzustellen. Man könnte für den heutigen Verbrauch bloß die Ziffern der Rayonierung als Grundlage heranziehen, wonach bekanntlich für etwa zwei Millionen Menschen je ein Laib Brot per Woche und ¼ Kilogramm Mehl ausgegeben werden. In Friedenszeiten war der Bedarf an Mehl und Gebäck schätzungsweise wohl um das Vierfache höher.

Ein großer Teil der Lebensmittelzufuhren ist übrigens auch schon im Frieden von den marktamtlichen Vormerkungen nicht erfaßt worden, da sehr viel Mehl, Gemüse und Obst im freien Handel außerhalb der Märkte hereinkam und teilweise schon vom Bahnhofe weg weiterbefördert wurde. Es gab ja weder Anmeldezwang noch Konstribierung. Südfrüchte, wie Orangen und Zitronen sind seither ganz von den Märkten verschwunden. Pilze gab es heuer sehr viele, im vorigen Jahr wegen der Trockenheit waren sie eine Seltenheit. Auch Kartoffeln waren in Friedenszeiten ein freier Handelsartikel, der ebenso wie Obst vielfach und in großen Mengen direkt eingekauft wurde.

Trotz der im Frieden ansehnlichen Eigenproduktion an Vieh haben wir bekanntlich noch große Mengen importiert. Schafe, Gänse, Hühner, Hasen sind in großen Quantitäten eingeführt worden.

Zum Schluß wären auch die Getränke zu erwähnen. Der Bierverbrauch, der einen starken Ernährungsfaktor darstellte, ist stark zurückgegangen und zum Teil durch erheblich gesteigerten Weinkonsum ersetzt worden. Dies bedingte wieder ein Ansteigen der Weinpreise, und nun wendete sich der Konsum dem Obstwein und Obstmost als Weinersatz zu, der gegenwärtig erhöhte Bedeutung erlangt hat.

Der Magen der Millionenstadt Wien stellt also riesige Anforderungen. Diese Anforderungen nach Möglichkeit befriedigen zu helfen, wird Aufgabe der neugeschaffenen, mit den Ernährungsvorsorgen betrauten Stellen sein. Hoffentlich gelingt ihnen in vollem Maße, was sie anstreben, damit sich der Uebergang zu der Friedenswirtschaft für die Stadt und ihre Bevölkerung ohne Schwierigkeiten vollziehe.

Fremdenblatt
27./X. 1918

193

Etwas für die Hausfrau.

Echtes Paradeiskraut. Das Häuptelkraut wird geschnitten, eingesalzen, ausgedrückt und in Wasser mit Salz und etwas Paprika weichgekocht. Nun macht man eine dicke Paradeissauce und gibt das weiche Kraut ohne Wasser dazu; wenn nötig, mit dem Krautwasser vergießen, etwas Zucker oder Essig beigeben. Bei dem knappen Fleischquantum, welches uns zur Verfügung steht, und bei der Minderwertigkeit desselben empfiehlt es sich, das aus der Suppe genommene Fleisch mit dem Kraut fertig zu dünsten und auch mit demselben anzurichten, es bleibt auf diese Weise saftiger.

Vegetarisches Gullasch. Eine gute Gullaschsauce aus geröstetem Zwiebel — mit oder ohne Fett — Paprika, einem Stückchen Brot, Salz bereiten und gut verkochen. Die gekochten Bohnen — am besten eignen sich dazu die bunten — werden in die Sauce gegeben, gut kochen gelassen, bis es Farbe und Aussehen eines Gullasch angenommen hat. Ist die Speise zu dünn, staubt man mit Mehl nach, im anderen Falle vergießt man mit dem Bohnenwasser. Ein ganz kleines Stückchen Fleisch als Gullasch mitgekocht verbessert ungemein.

Gullaschsuppe. Von der Fleischportion kocht man Suppe. Wenn das Fleisch fast weich ist, schneidet man das weniger schöne weg. Man macht sich nun aus geschnittenem, fein gehacktem Zwiebel, Salz, Paprika usw. eine gute Gullaschsauce, gibt das Fleisch hinein sowie einige rohe, geschälte, klein würfelig geschnittene Kartoffeln; mit Suppe, Würfelwasser o. dgl. aufgießen, soviel Flüssigkeit, als man eben Suppe braucht, und kochen, bis die Erdäpfel weich sind. Die Suppe ersetzt einen Fleischgang und ist eine praktische Einteilung, um einmal mehr mittags etwas „Fleischähnliches" zu Tisch zu geben. Eine andere gute Verwendung von minderwertigem Fleisch und zugleich von praktischer „Verlängerung" des Quantums bietet der Fleischstrudel.

Poljansky. Einen ganz einfachen Strudelteig ohne Ei anmachen, ihn rasten lassen. Fleischreste oder das kleine Quantum roh — es können auch mehrere Gattungen und Wurst gemischt sein, mit Zwiebel anlaufen, Salz, Pfeffer dazu, den Strudel ausziehen, das Fleisch verteilen, etwas Fett darüber spritzen, Bröfel darauf streuen, einrollen, in Stücke schneiden und in gesalzenem Wasser rasch abkochen oder im ganzen licht backen; auch im ganzen in einer Servietie locker eingebunden und gekocht ist er sehr gut. Eine Sauce, Salat oder Gemüse gehört als Beilage dazu.

Rotkraut mit Weinkraut konserviert. Die Krauthäupel werden zusammen gehobelt, mit Salz vermischt. Ein irdenes Gefäß oder ein kleines Fäßchen oder ein großes Glas mit den großen Blättern belegen, mit Essig bespritzen und das Kraut fest einstampfen. Obenauf wieder Salz geben, dann ein reines Tuch, auf dieses einen passenden Deckel; diesen beschwert man damit die sich bildende Flüssigkeit drüber steht und behandelt sie weiter wie Sauerkraut, d. h. Deckel und Tuch müssen von Zeit zu Zeit gereinigt und wieder das Kraut frisch beschwert werden.

Schwammbeuschel. Schwämme putzen, mit etwas Wasser zusetzen und dünsten, dann faschiert man sie mit der Beigabe von ein paar gekochten Kartoffeln. Ist die Masse dünn, macht man mit gehackten Zwiebeln eine leichte — auch fettlose — Einbrenn, gibt die Schwämme hinein, röstet sie bissel auf, gießt das Schwämmewasser so viel nötig zu, würzt nach Geschmack und Belieb mit Pfeffer, Paprika, Petersilie, kocht das Ganze auf und richtet es heiß an. Es muß wie Beuschel aussehen, um die Aehnlichkeit zu vergrößern, kann auch ein Tropfen Essig beigemengt werden.

Schwammerl-Schnitzeln. Die fast weich gekochten Schwämme hat man mit ein paar gekochten Erdäpfeln und ein paar Löffel gekochten Gerstel — von allen Ingredienzen genügen Reste — durch die Fleischmaschine gedreht. Auch wenn möglich ein Stückchen Fleisch oder Wurst. Nun macht man mit Salz, Gewürz, etwas Eiklar, eventuell etwas Mehl, ein Haschee, formt sich Schnitzel und bratet sie auf der Eisenpfanne in etwas Fett gut aus. Sehr geschmackvoll werden sie, wenn man vorher ins Fett etwas gehackte Zwiebel anlaufen läßt und entweder sie dann in die Masse gibt oder nur das Fett zum braten nimmt, wo sie dann auch den Geschmack annehmen.

Kartoffel-Schöpsernes. Ein schönes Stück Fleisch im ganzen mit Grünzeug und Wasser wie zur Suppe ans Feuer bringen. Salz natürlich beigeben. Wenn es weich ist, einen Teil der Suppe abgießen und als Suppe verwenden. Das Fleisch wird in kleinere Stücke geschnitten, kommt wieder in die Suppe zurück, sowie ziemlich viel geschälte geschnittene Erdäpfel. Man kocht alles zusammen, bis die Kartoffeln weich und die Suppe verkocht ist und richtet das Ganze auf sehr heißer Schüssel an. Statt der Erdäpfel passen auch Nudeln oder Makkaroni zum Einkochen in die Suppe. Wer das Fleisch pikant liebt, hacke zwei Häringe nach dem Waschen und Ausnehmen sehr fein und rühre sie unter das Fleisch oder hacke es mit Petersilie und streue dies über das angerichtete Fleisch.

Apfelstrudel. Zu einem halben Kilogramm Mehl rechnet man 1 Kilogramm gekochte passierte Erdäpfel, 1 Ei, 1 Löffel Fett, 1 Löffel Zucker, Prise Salz, 2 Dekagramm aufgelöste Germ. Den Teig wie gewöhnlich gehen lassen, dann am bemehlten Brett auswalken, mit der gleichen Fülle wie zum gewöhnlichen Apfelstrudel bestreuen, schneckenförmig einrollen, nochmals gehen lassen, nicht zu heiß und zu lange backen. Kann auch mit gedünstetem Kraut als Krautstrudel, oder mit Mohn-, Nuß- oder Marmeladefülle zubereitet sein.

Faschiertes Schöpsernes. Das Fleisch waschen, faschieren, dann mit etwas geweichtem Brot, Zwiebel, Knoblauch ein zweitesmal durch die Maschine treiben, dann Salz, Pfeffer, eventuell ein Ei und etwas Bröfel hinein; Zwiebel mit Schöpsenfett anlaufen lassen, Paprika, ein Stückchen Brot, Salz, mit Wasser und einem Suppenwürfel darin aufgießen, gut verkochen. Aus dem Fleisch Kugeln formen, sie in die Gulyasbrühe nebeneinander legen, zugedeckt fertig dünsten, vorsichtig umdrehen; wenn sie fertig sind, auf eine heiße Schüssel, den Saft darüber passieren und mit Erdäpfel, Nockerln u. dgl. garnieren. Sid. R.....g.

Die Zeit
27./X. 1918

194

Deutschösterreichs Ernährung.

Vorschläge zur Beseitigung der drohenden Lebensmittelkrise.

Direktor Albert Geßmann jun. erstattete den von der konstituierenden Nationalversammlung eingesetzten Ernährungsdirektoren Vorschläge zur Beseitigung der drohenden Lebensmittelkrise.

In dem Elaborat Geßmanns werden die aus den slawischen Gebieten, aus Ungarn und aus dem Deutschen Reiche zu gewärtigenden Lebensmittelzufuhren skeptisch beurteilt, und es wird darauf hingewiesen, daß wir sofort trachten müssen, uns so gut als möglich selbst zu helfen. Geßmann vergleicht unsere Zustände mit jenen, die in Rußland vor drei Vierteljahren herrschten, wo die Bauern das Geld thesaurierten und sich dann weigerten, ihre Vorräte gegen Geld abzugeben, das sie in enormen Mengen besaßen. Geßmann ist der Meinung, daß solche Zustände auch uns bevorstehen, wenn nicht rasch und energisch eingeschritten wird.

„Bei dem heutigen System des Requirierens," so führte Geßmann aus, „können wir nicht erhalten, was wir in der nächsten Zeit brauchen, am allerwenigsten so rasch, als wir es benötigen. Dagegen wird der Bauer, was er an Getreide und Lebensmitteln entbehren kann, in die Stadt liefern, wenn ihm für seine Erzeugnisse das geboten wird, was er selbst gegenwärtig dringend braucht: Druschkohle, Benzin für den landwirtschaftlichen Motor, landwirtschaftliche Maschinen, die notwendigen Handgeräte, Petroleum, Geschirre für die Milchwirtschaft und Viehfütterung, Kleider usw. Könnten wir ihm das zur Verfügung stellen, so würden wir in den nächsten Wochen — und nur über diese heißt es vor allem hinwegkommen — gewiß große Anlieferungen von Lebensmitteln zu erwarten haben. Für die nächsten Wochen und Monate müssen wir — selbstverständlich bei Fortbestand unseres Geldsystems — in diesem Belang die alte Naturalwirtschaft einschalten. So wie in uralten Zeiten der Landmann sein Getreide, sein Vieh auf den Markt brachte und sich dagegen Spaten, Haue, Sense und Axt eintauschte, so muß es auch jetzt geschehen. Wir müssen für diese Aktion für kurze Zeit eine Abänderung unseres Güterverkehrssystems eintreten lassen. Unsere Zentralen sollen — gründlich umgestaltet — zur Durchführung dieser großen Aktion bestehen bleiben. Sie allein genügen nicht. Zur Durchführung der Aktion sind jene Männer notwendig, denen der Bauer noch traut, die er als die Tüchtigsten anerkannt und durch die Wahl zu seinen Abgeordneten bestellt hat. Diese Männer müssen sich mit ihren Organisationen in den Dienst der Aktion stellen.

In erster Linie muß festgestellt werden, welche Tauschobjekte notwendig sind und zur Verfügung stehen. Es wäre also sofort im Wege der berufenen industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Organisationen (Handelskammern, industrielle Verbände, Gewerbegenossenschaften usw.) zu erheben, welche für den Bauernstand geeigneten Tauschobjekte sofort greifbar sind. So sehr wir auch durch die jahrelange Kriegswirtschaft von allem entblößt erscheinen, so gibt es doch noch eine Unsumme von Gegenständen, die vorhanden sind und als Tauschobjekte für den Bauer in Betracht kommen.

Außerdem gibt es aber noch zwei Kategorien wichtigster, allerwichtigster Tauschobjekte: einerseits die Demobilisierungsgüter, andererseits die Gegenstände aus den Haushalten der vermögenden Städter. In die Kategorie der ersteren Güter gehören Fuhrwerke, Geschirre, von denen heute bei der Verminderung des militärischen Pferdestandes Zehntausende in den Magazinen unbenützt liegen, Pflüge, Eggen, Motoren, Nägel, Draht (für Weidezäune), Krampen, Schaufeln, Spaten, Aexte, Plachen, Baumaterialien, Ketten, forst- und waldwirtschaftliche Geräte usw. Die Liste ist eine schier endlose, und es handelt sich hierbei durchweg um Gegenstände, die für den Bauern gerade in dem gegenwärtigen Zeitpunkt höchst erwünschte Hilfsmittel seiner Wirtschaftsführung darstellen. Zur anderen Kategorie gehören jene Vorräte, wie Kleider, Wäsche, Haushaltungs- und Einrichtungsgegenstände, die in den Schränken und auf den Dachböden der Wohnungen der wohlhabenden Städter aufgestapelt und von ihnen nur zum Teil unbedingt benötigt werden."

Neue Freie Presse
28/X. 1918

195

Die deutsche Regierung für Ernährungsaushilfe an Deutschösterreich.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 28. Oktober.

Wie Ihr Korrespondent erfährt, hat das Kriegskabinett gestern die Ernährungsbeihilfe für Deutschösterreich grundsätzlich genehmigt. In diesem Sinne ist den Abgeordneten Friedmann und Baron Pantz ein amtlicher Bescheid zugegangen. Die Verhandlungen über die praktische Durchführung der Ernährungsbeihilfe werden heute von den beiderseitigen Regierungsvertretern gepflogen und abgeschlossen werden und es sind auch einige von den österreichischen Abgeordneten noch in Berlin geblieben, um diese Verhandlungen zu führen.

Gestern abend veranstaltete der Abgeordnete Freiherr v. Richthofen, der Führer des linken Flügels der nationalliberalen Partei, einen Empfang zu Ehren der deutschösterreichischen Abgeordneten, dem mehrere deutsche Parlamentarier und eine Anzahl Mitglieder der Regierung beiwohnten.

Die Zeit
28/X. 1918

196

(Das Unterrichtshonorar für Musik — in Naturalien.) Vom Oesterreichischen Musikpädagogischen Reichsverband wird heute folgende bemerkenswerte Mitteilung versendet:

„Gezwungen durch die maßlose, fortwährend steigende Teuerung auf allen Gebieten, haben der Oesterreichische Musikpädagogische Reichsverband, der Verein der Musiklehrerinnen in Wien und das Gremium der Inhaber konzessionierter Musikschulen beschlossen, die Honorarsätze für den Musikunterricht neuerlich um 30 Prozent, zusammen also um 60 Prozent, zu erhöhen. Die genannten Vereinigungen stellen es den Unterrichtsnehmern übrigens anheim, das vereinbarte Honorar dem Lehrer ganz oder teilweise in Naturalien zu verabfolgen und erklären, daß ein solcher Vorgang bei den gegebenen Verhältnissen keineswegs als standeswidrig betrachtet werden kann."

Der Neue Abend
28/X. 1918

198

Die Lebensmittelnot.

Die einzige Hilfe: Waffenstillstand und amerikanische Getreidelieferungen.

Vor einigen Tagen hieß es noch, daß Wien höchstens bis zum 7. November versorgt sei, jetzt wird erzählt, daß wir noch den November hindurch mit unseren Vorräten und mit den Zuschüben, welche die Stadt Wien erwarten darf, auskommen werden. Man wird mit den Tschechen und Polen verhandeln und überdies wird gemeldet, daß auch das Deutsche Reich uns beispringen wolle.

Wir können nicht genug eindringlich davor warnen, die Bevölkerung durch solche Nachrichten irreführen zu wollen. Es ist richtig, daß Tschechen, Polen und die Deutschen uns helfen werden. Aber was wird dadurch erreicht? Die Tschechen sagen, daß sie bei sehr viel gutem Willen wohl einiges für die Stadt Wien abgeben könnten, aber sie verweisen darauf, daß die tschechischen Bauern nicht nur das deutsche Österreich, sondern auch die tschechischen Städte boykottieren und daß Prag und Brünn nicht mehr besser daran seien als Wien. Und selbst wenn Deutschland sich noch so anstrengt, die Ungarn uns Zuschübe senden und auch die Tschechen tun, was sie können, so sind damit doch immer nur Aushilfen für kurze Zeit gewonnen. Angenommen, daß wir bis Ende November, ja selbst bis Ende Dezember, ja sogar bis Ende Jänner das Auslangen finden, was kommt aber dann?

Es gibt nur eine Hilfe und die müssen wir unverrückbar im Auge behalten: der Waffenstillstand mit sofort einsetzenden Lebensmittellieferungen durch Wilson. Österreich-Ungarn hat sich aus eigenen Mitteln in keinem der vier Kriegsjahre ernähren können. Das ist in diesem Wirtschaftsjahre noch weniger der Fall als früher. Bisher hatten wir Zuschübe aus Rumänien und der Ukraine. Die sind aber jetzt ganz und gar unsicher geworden und das Deutsche Reich kann uns nicht aushalten. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als einen Waffenstillstand zu erlangen und durchzusetzen, daß amerikanische Getreideschiffe für uns Nahrung bringen. Deutschösterreich allein würde eine ausländische Zufuhr von 500.000 Tonnen Getreide gleich 50.000 Waggons brauchen. Davon könnten die deutschen Nichtselbstversorger ernährt werden und eine Kleinigkeit bliebe noch für Aushilfen an das nichtdeutsche Österreich übrig.

Amtsblatt der Stadt Wien
29./X. 1918

1199

Beschluß: Die Einsetzung eines dreißiggliedrigen Ausschusses zur Behandlung aller Ernährungsfragen der Gemeinde Wien und Sicherstellung einer ständigen Verbindung mit dem Ernährungs-Ausschusse der deutschen Nationalversammlung wird genehmigt.

Neues Wiener Tagblatt Abend
29./X. 1918

2000

Lieferung von Lebensmitteln aus Berlin.

Wie wir erfahren, ist heute vormittag von kompetenter Stelle aus Berlin ein Telegramm bei der Wiener Regierung eingelangt, worin bezüglich der **Lieferung von Lebensmitteln** beruhigende Zusicherungen gemacht werden.

* * *

Auf der Rückreise von Berlin begab sich ein Teil der dorthin entsandten [illegible] der deutschen Nationalversammlung, und zwar die Abg. **Fink**, **Schreiter**, Dr. v. **Langenhan** und **Stumpf**, nach Dresden, wo sie bei dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern und dem Unterrichtsminister vorsprachen. Die Verhandlungen galten vor allem **Verkehrsfragen** zwischen **Sachsen** und **Deutschböhmen**. Die deutschösterreichischen Vertreter erhielten überall Unterstützung zugesagt und empfingen den Eindruck, daß man **Deutschösterreich** im **Königreich Sachsen** das **weitestgehende Entgegenkommen** beweisen werde.

Neues Wiener Tagblatt
29./X. 1918

201

Die Lebensmittelausfuhr aus Galizien.

Von polnischer Seite wird uns anläßlich der in Galizien der Lebensmittelausfuhr bereiteten Schwierigkeiten geschrieben:

„Seit sechs Tagen gibt es in Krakau, wie es schon in den Monaten Jänner und Februar wochenlang der Fall war, kein Brot mehr. Die Lebensmittelzufuhren nach allen galizischen Städten, besonders aber in Westgalizien, sind ins Stocken geraten, im Westen sind hauptsächlich ausgedehnte Ueberschwemmungen schuld daran, im Osten aber tatsächlich Mangel, verursacht durch den vollständigen Ausfall der Ernte von ausgedehnten Landesstrecken. Von 1,200,000 Hektar der östlichsten Bezirke sind nicht weniger als 800,000 unbestellt geblieben, und zwar hauptsächlich auf großem und mittlerem Grundbesitz, die bekanntlich die einzigen sind, die für den Handel produzieren. Warum diese ausgedehnten Strecken, die bei ihrer Wiederbesetzung durch unsere und die deutschen Truppen im vergangenen Jahre unter Frucht gefunden wurden, unbebaut geblieben sind, hat mannigfache Gründe, deren Erörterung viel zu weit führen würde. So viel steht fest, daß Westgalizien in normalen Zeiten Lebensmittel aus Ostgalizien bezogen hat, jetzt aber seit Monaten das ganze Land zu versorgen hätte. Der Selbsterhaltungstrieb hat die Landes- und andere Behörden veranlaßt, aufs schärfste darauf zu achten, daß über die schweren militärischen Requisitionen hinaus dem Lande wenigstens zeitweilig seine eigenen Hilfsmittel nicht geschmälert werden. Eine andre Praxis in dieser Hinsicht kann mit dem Augenblick eintreten, da durch ausgedehntere Beurlaubungen und Beistellung von militärischen Hilfskräften wenigstens die Einbringung der Kartoffelernte ermöglicht würde. Heute steht die Sache so, daß Hunderttausende von Meterzentnern bei der feuchten Witterung in Gefahr des Verfaulens geraten, weil es keine Arbeiter zum Kartoffelgraben gibt. Außer den Requisitionen lastet seit langer Zeit auf dem Lande ein Rucksackverkehr, durch den geradezu ungeheure Lebensmittelmengen auf allen Bahnstrecken nach Ungarn, Niederösterreich und Deutschland gebracht werden.

Alle diese Umstände sollten bei den jetzigen Beschwerden über das Versagen Galiziens bei der Lebensmittelversorgung Wiens billigerweise mitberücksichtigt werden."

Gegenüber diesen Ausführungen muß man doch sagen, daß in einem Lande, wo durch den Rucksackverkehr „geradezu ungeheure Lebensmittelmengen" verschleppt werden können, auch Lebensmittel in ungeheuren Mengen vorhanden sein müssen.

Seefische kommen wieder an.

Nach längerer Pause hat der Fischfang in der Nordsee wieder begonnen, und es sind bereits größere Zufuhren von Seefischen nach Wien unterwegs. Gestern sind zwei Waggons frische Seefische angekommen, ein Waggon mit geräucherten Bücklingen soll morgen eintreffen, und für die kommenden Tage sind mit Wahrscheinlichkeit starke Zufuhren von frischen und konservierten Seefischen zu erwarten, da die Zentraleinkaufsgesellschaft Auftrag gegeben hat, so viel Seefische wie nur möglich zu kaufen.

Die Preise der Seefische sind ein wenig billiger geworden. Die Zentraleinkaufsgesellschaft will Seefische verschiedenster Arten nach Wien bringen und hat auch die kleinen Schollen, die früher nicht nach Wien gebracht wurden, weil sie hier keinen Absatz fanden, diesmal wegen der schlechten Ernährungslage nicht ausgeschlossen. Seefische sind nahrhaft und sättigend. Den Bewohnern Wiens munden sie wegen ihres scharfen Geruches nicht sonderlich, aber die Verhältnisse gestatten es uns gegenwärtig nicht, wählerisch zu sein, und dies gilt auch den kleinen Schollen gegenüber. Ein großer Vorzug der Seefische ist es, daß sie einfach gesotten, ohne jede Fettverwendung genossen werden können.

Von morgen an werden Seefische bei allen Fischhändlern und in größeren Mengen bei der Fischerei „Nordsee" zu haben sein. m. h.

Hamburger Fremdenblatt
29/X 1918.

29/10
202

Krieg und Wirtschaft.

Der Bauernverein des Nordens über unsere Volksernährung.

Aus Rendsburg schreibt unser cl.-Vertreter unterm 25. Oktober:

Der Bauernverein des Nordens hielt in der hiesigen Stadthalle eine außerordentliche Generalversammlung unter dem Vorsitz des Domänenpächters Koch-Mandberg ab. Folgende Anträge, die den zuständigen Stellen unterbreitet werden sollen, fanden einstimmig Annahme:

1. Der Bauernverein des Nordens erklärt im Interesse einer ausreichenden Kartoffelversorgung des Volkes die Vermehrung der Kartoffellandbaufläche in Schleswig-Holstein auf mindestens 10 Prozent der Acker- und Gartenländereien mit dem Ziel der Produktionssteigerung von einer Tonne (10 Doppel-Zentner) auf den Kopf der Bevölkerung als die wichtigste Grundlage der Volksernährung.

2. Der B. d. N. erklärt im Interesse einer ausreichenden Brotversorgung des Volkes eine Vermehrung der Kornanbaufläche für möglich und notwendig.

3. Der B. d. N. erklärt die Förderung der Schweinezucht auf der Grundlage der Anträge 1. und 2. im Interesse unserer Fett- und Fleischversorgung für 1919 und später für dringend notwendig und möglich.

4. Der B. d. N. erklärt, daß eine Erleichterung des Kornaustausches zwischen den Kommunalverbänden zu einer besseren rationellen Ausnutzung der Kulturfläche führt.

5 Der B. d. N. erklärt die Einsetzung sachverständiger Abnahme- und Aufbewahrungskommissionen zwecks Verhinderung des Massenverderbs landwirtschaftlicher Erzeugnisse für dringend notwendig.

6. Der B. d. N. erklärt die Notwendigkeit einer Vertretung der Magerviehzeuger bzw. der Viehzüchter der Geestwirtschaften neben der Vertretung der Magerviehverbraucher bzw. der Weidewirtschaften der Marschen in der Provinzialfleischstelle.

7. Der B. d. N. erklärt im Interesse der Nutzviehzeugung und damit auch im Interesse eines Hauptpunktes unserer Volksernährung, daß eine Festsetzung von Höchstpreisen für Nutzvieh im Sinne der Nutzviehverbraucher Süd- und Mitteldeutschlands zu einer Verminderung der Aufzucht von Nutz- und Milchvieh führen wird.

8. Der B. d. N. erklärt die Förderung der Schafzucht für eine dringende Notwendigkeit der Gegenwart. In erster Linie sind Bockhalterstationen einzurichten und Schafzuchtvereine zu gründen.

9. Der B. d. N. erklärt, daß mit dem ausgegebenen Karbid bzw. Petroleum eine sachgemäße Arbeit in der Landwirtschaft nicht möglich und eine Mehrausgabe dringend notwendig ist. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausgabe unter Berücksichtigung des Umfanges der Wirtschaftsbetriebe erfolgen muß.

10. Der B. d. N. erklärt im Interesse der Erhaltung der heimischen Pferdezucht die Zuweisung einer genügenden Haferration an die Hengsthalter für dringend notwendig.

Reichspost
30./X. 1918

Verbot der Gräberbeleuchtung. Gemäß Ministerialverordnung ist jede Art der Beleuchtung von Gräbern und Grüften auf Friedhöfen bei Strafe verboten.

Fremdenblatt
30./X. 1918

Die Lebensmittelsendungen aus Ungarn.

Gegenüber von wiederholten Nachrichten, wonach die ungarische Regierung die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich verboten hätte, erfährt die „Ungarische Post" von zuständiger Stelle, daß diese Nachrichten unwahr sind. Ein solches Verbot ist nicht erlassen worden, vielmehr kommen die ungarischen Behörden ihrer vertragsmäßigen Pflicht Oesterreich gegenüber im vollen Maße nach. Täglich werden die vertragsmäßig gesicherten Mengen von Getreide und Mehl nach Oesterreich und an die Front abgesendet. Ebenso unwahr seien die Nachrichten, wonach Oesterreich die Kohlensendungen nach Ungarn eingestellt hätte. Bis zu den letzten Tagen sind die Kohlensendungen aus Oesterreich regelmäßig eingetroffen. Was das Verbot der Ausfuhr von Grünzeug, Gemüse und Obst in das Ausland betrifft, so wird im ungarischen Ernährungsamte erklärt, daß lediglich der momentane Waggonmangel dazu zwingt, die Ausgabe der für die Ausfuhr dieser Lebensmittel benötigten Transportscheine einstweilen einzustellen. Diese Maßregel bleibe jedoch voraussichtlich nur noch einige Tage in Kraft und werde dann aufgehoben.

Die Bevölkerung wird zufrieden sein, wenn diese Feststellungen von den Tatsachen erhärtet werden. Wir hören die Botschaft, allein es fehlt uns der Glaube. Schlimme Erfahrungen haben uns mißtrauisch gemacht.

Die Brotversorgung Wiens.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Vor einigen Tagen war in der Zeitung gemeldet worden, daß angesichts der geringen Mehlvorräte eine Kürzung der Brotquote zu befürchten wäre. Obgleich bisher eine amtliche Verfügung der Kürzung nicht erfolgte und die Absicht auch amtlich bestritten wurde, scheint die Wirklichkeit den Beschlüssen vorauszueilen. Denn in unserem Bezirke, in Währing, beginnt bereits in einigen Bäckereien das Brot auszugehen. Man wird zwar vertröstet, daß am Freitag den Bäckern Mehl geliefert wird, aber vor den Läden beginnen wieder Ansammlungen sich zu bilden und viele erhalten tatsächlich kein Brot. Wir fragen nun an, ob es sich hierbei um Willkürakte der einzelnen Bäcker handelt oder ob die Mehlvorräte tatsächlich schon knapp geworden sind und warum in diesem Falle nicht eine allgemeine Kürzung eingeführt wird, anstatt daß einige Bürger ohne Brot dastehen.

Sitzung der niederösterreichischen Landtags-Abgeordneten.

Gestern nachmittags fand im niederösterreichischen Landhause eine Vollsitzung der niederösterreichischen Landtags-Abgeordneten aus der Kurie der Städte, Märkte und Industrialorte sowie aus den Landgemeinden statt. Es wurde beschlossen, an den Sitzen sämtlicher Bezirkshauptmannschaften von Niederösterreich noch im Laufe dieser Woche Bürgermeistertage abzuhalten, um die landwirtschaftstreibende Bevölkerung mit allem Ernste darauf zu verpflichten, sofort alles zu unternehmen, um einer Ernährungskatastrophe in Wien und in den niederösterreichischen Industrieorten vorzubeugen.

Arbeiterzeitung
30./X. 1918

Die Ernährungsfragen.

Die Lebensmittelmärkte. In der Großmarkthalle war gestern das zur Verfügung stehende Rindfleisch wieder außerordentlich knapp und auch Schaffleisch war in kleineren Mengen vorhanden als sonst. Dagegen war das Angebot an Seefischen, die nach längerer Unterbrechung wieder eingelangt sind, ein ziemlich reichliches. Mit einer besseren Versorgung mit Seefischen dürfte jetzt überhaupt wieder zu rechnen sein, da sich die „Nordsee" bemüht, ständig größere Mengen davon auf den Wiener Markt zu bringen. Sowohl größere Zufuhren von frischen Seefischen wie solche von konservierten Fischen sind unterwegs, so daß eine bessere Marktversorgung damit in Aussicht steht. Die reichlichere Beschickung hat auch bereits bewirkt, daß Seefische etwas billiger verkauft werden. Auf den Grünwarenmärkten stehen noch immer die reichlichen Zufuhren an Weißkraut im Vordergrund. Gestern gab es davon aus Böhmen und Ungarn Riesenmengen. Die Krauternte ist heuer außerordentlich gut geraten und in der Znaimer Gegend ist, wie uns von dort berichtet wird, der Ertrag ein solcher, daß die Landwirte nicht wissen, was sie damit beginnen sollen. Große Mengen davon werden einfach auf den Mist geworfen, da sich die Marktverschickung für die Erzeuger als zu wenig rentabel erweist und auch das Einschneiden zur Konservierung mit Rücksicht auf das Kriegsende nicht mehr die Hoffnung auf allzu hohe Preise aufkommen läßt. Die Obstversorgung will sich nicht bessern und die Aufhebung der Höchstpreise scheint das Wunder der besseren Marktversorgung nicht zu bewirken. Einige Waggons ungarischer Aepfel waren alles, was gestern an Obst vorhanden war. Der Marktpreis für ein Kilogramm betrug 3·80 Kronen, außerhalb des Marktes werden aber auch schon ganz minderwertige Aepfel das Kilogramm zu 9 bis 10 Kronen verkauft. Dieser Preis scheint vorläufig der einzige Erfolg der Freigabe des Verkehrs mit Obst zu sein.

Neue Freie Presse
30./X. 1918

Die deutschen Ernährungsaushilfen für Deutschösterreich.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 29. Oktober.

Von maßgebender Stelle wird Ihrem Korrespondenten auf eine die österreichisch-ungarische Note an Wilson betreffende Frage erklärt: „Wir haben die Bildung eines Deutschösterreich mit Freude begrüßt. Wir werden Deutschösterreich, soweit es unsere eigenen Mittel gestatten, in seinen Ernährungsschwierigkeiten für die nächste Zeit zu Hilfe kommen und wir hoffen, daß sich zwischen Deutschland und Deutschösterreich die freundschaftlichsten Beziehungen herausbilden werden.

Zusage einer Nahrungsaushilfe für Wien durch den ungarischen Nationalrat.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 29. Oktober.

Der ungarische Nationalrat wendet sich in einer Proklamation an den deutschösterreichischen Nationalrat und führt darin unter anderm aus: Da die ungarische Demokratie die bisherige ungarische Regierung und ihr System, das, ohne anderen Völkern helfen zu können, unsere eigene Nation dem Hungertode aussetzte, hinweggefegt hat, wird der ungarische Nationalrat Verfügungen treffen, sobald die Verhältnisse es ermöglichen, in erster Reihe den Einwohnern der Stadt Wien mit Lebensmitteln auszuhelfen und solche dann, sofern die ungarische Nation sie entbehren kann, dem deutschösterreichischen Volke zur Verfügung zu stellen. In Verbindung damit drückt der ungarische Nationalrat die Hoffnung aus, der deutschösterreichische Nationalrat werde dafür die dem deutschösterreichischen Volke entbehrlichen Industrieerzeugnisse für das ungarische Volk überlassen, denn dieses leidet daran den größten Mangel.

Fremdenblatt Abendbl.
30./X. 1918

Die Ernährungsaushilfe aus Deutschland.

K. **München**, 29. Oktober. Amtlich wird verlautbart: Der österreichische Reichsratsabgeordnete Jodok Fink, Mitglied des Landesausschusses und Präsident des Landeskulturrates von Vorarlberg, zugleich einer der drei Präsidenten des Deutschösterreichischen Nationalrates und der österreichische Reichsratsabgeordnete Dr. Franz Stumpf, die in den letzten Tagen in Berlin und Dresden wegen der Ernährungsschwierigkeiten der Deutschösterreicher vorstellig waren, haben sich am 28. Oktober nachmittags auch hier im Staatsministerium des Inneren eingefunden.

Die Unsicherheit der nächsten Zukunft und die Knappheit der Lebensmittel im eigenen Lande machen es trotz aller Bereitwilligkeit leider untunlich, den Wünschen auf Zuweisung von Getreide und Kartoffeln zu entsprechen, obwohl zugestanden werden muß, daß die Entbehrungen, unter denen die Deutschösterreicher in ihrer Heimat leiden, ungleich größer als unsere Ernährungsnöte sind. Es wurde aber den Herren, die die Unmöglichkeit sofortiger Hilfeleistung sehr wohl einsehen, die Zusicherung gegeben, daß alles versucht werden soll, ihnen Hilfe zu bringen.

Neue Freie Presse

30./X. 1918

208

Unmöglichkeit sofortiger Nahrungsaushilfe aus Bayern.

München, 29. Oktober.

Amtlich wird verlautbart: Der österreichische Reichsratsabgeordnete Jodok Fink, Mitglied des Landesausschusses und Präsident des Landeskulturrates von Vorarlberg, zugleich einer der drei Präsidenten des deutschen Nationalrates, und der österreichische Reichsratsabgeordnete Dr. Franz Stumpf, die in den letzten Tagen in Berlin und Dresden wegen der Ernährungsschwierigkeiten der Deutschösterreicher vorstellig waren, haben sich am 28. d. nachmittags auch hier im Staatsministerium des Innern eingefunden.

Die Unsicherheit der nächsten Zukunft und die Knappheit der Lebensmittel im eigenen Lande machen es trotz aller Bereitwilligkeit leider untunlich, den Wünschen auf Zuweisung von Getreide und Kartoffeln zu entsprechen, obwohl zugestanden werden muß, daß die Entbehrungen, unter denen die Deutschösterreicher in ihrer Heimat leiden, ungleich größer als unsere Ernährungsnöte sind. Es wurde aber den Herren, die die Unmöglichkeit sofortiger Hilfeleistung sehr wohl einsehen, die Zusicherung gegeben, daß alles versucht werden soll, ihnen Hilfe zu bringen.

Reichspost Abendl
31./X. 1918

a
31
210

Tschechische Hilfe für Wien und Deutschösterreich?

Der Generalstabschef des Wiener Militärkommandos Oberst Primavesi ist gestern beim Bevollmächtigten des tschechoslovakischen Staates Tusar erschienen, um ihm darzulegen, daß die Approvisionierung der in Wien garnisonierenden Truppen in Frage gestellt sei, falls die Sperrung der böhmischen Bahnlinien weiterhin andauern sollte. Tusar erwiderte, daß das Eisenbahnressort vom tschecho-slovakischen Nationalausschuß noch nicht verwaltet wird. Die diesbezüglichen Verhandlungen seien aber dem Abschluß nahe und dann werde es möglich sein, mehr als 2000 Waggons Lebensmittel, die für Deutschösterreich bestimmt sind, sofort abzutransportieren.

Neue Freie Presse Abendbl
31./X. 1918

211

Die deutschen Lebensmittelzufuhren nach Oesterreich.

Wien, 31. Oktober.

Wie verlautet, sind in Deutschland 1000 Waggons mit Lebensmitteln für Deutschösterreich zusammengestellt worden und ihr Abtransport hat bereits begonnen. Auf diese Weise soll, solange die Verhandlungen mit Ungarn und mit dem czechischen Nationalrat noch zu keinem Ergebnis geführt haben, eine Erleichterung in der Versorgung der deutschösterreichischen Gebiete herbeigeführt werden.

Arbeiterzeitung
1./IX. 1918

Warum geht es uns so schlecht?

Der Herbst, mit dem wir in das fünfte Kriegsjahr eintreten, bringt weit größere Schwierigkeiten als jeder vorangegangene. Nicht ohne Sorge sieht man, daß wir in das neue Wirtschaftsjahr ganz ohne Vorräte eintreten, daß jeder Halm und jede Frucht, kaum daß sie reif geworden, schon erwartet und schon verzehrt ist, und daß die reichlicher als sonst geratene Ernte unsere Bedrängnis nicht mildert. Keines der Kriegsjahre war ein gutes Erntejahr, aber unter allen ist diese Ernte die beste. Wir haben an Grünfutter sicherlich mehr gefechst als in einem der traurigen Jahre seit 1914, die Brotfrucht ist mittel geraten, Obst und Gemüse zufriedenstellend. Man hätte also eine beträchtliche Erleichterung erwarten müssen, aber diese ist ausgeblieben, und man fragt sich erstaunt, was die Ursache dieses Versagens ist.

Unsere Ernährungsnot hat nur zum geringen Teil die Natur verschuldet. Sie ist vor allem eine Verfassungs- und Verwaltungsnot. Die Bischöfe haben heute einen gemeinsamen Hirtenbrief erlassen, worin sie über Volksernährung reden und worin sie meinen: „Gott hat das Seine getan und uns eine genügende Ernte geschenkt, aber der Egoismus der einen und die Pflichtvergessenheit der anderen zwingt uns zur Not. Keine noch so gut gemeinten Gesetze vermögen gegen die menschliche Habgier ausreichend zu schützen; wenn die staatliche Ordnung nicht im Gewissen der Bürger fundiert ist, dann besitzt sie kein genügendes Fundament." Daran ist einiges wahr, aber es ist die ganze Wahrheit nicht. Zunächst hat Gott, von dem behauptet wird, daß er dieses Jahr das Seinige getan habe, es so gefügt, daß Oesterreich schon lange nicht genug Getreide baut und Vieh gewinnt, auf Ungarn angewiesen ist. Aus diesem Grunde haben die Ausgleichsverträge zwischen Oesterreich und Ungarn beide Staatsgebiete zu einer Wirtschafts- und Verkehrsgemeinschaft gemacht und diese Gemeinschaft hat selbst in den schlechtesten Erntejahren für beide Teile zusammen genug erzeugt. Wir schulden es unseren Verfassungszuständen, daß Oesterreich bei Kriegsausbruch ohne Parlament und also ohne Macht war, um sein Recht von Ungarn zu beanspruchen, wir schulden es der sogenannten ungarischen Verfassung, daß dort die Junkerkaste trotz parlamentarischer Formen absolut herrscht und diese Herrschaft rücksichtslos zur Aushungerung und Ausbeutung Oesterreichs benützen konnte. Und auch heute, wo noch die Verhandlungen mit Ungarn laufen und noch niemand weiß, ob und in welchem Maße Ungarn uns gegenüber seine Pflicht tun wird, auch heute sind die Verfassungszustände die Quelle aller unserer Unsicherheit in der Volksernährung. Wir können vom eigenen Lande nicht leben, der Zuschuß von Ungarn ist noch ungewiß und ungewiß ist selbst, ob die ungarische Regierung, bei den besten Absichten, ihren Grundherren gegenüber die Macht besitzt, das einzutreiben, was sie uns zugesagt hat! Wir müssen mit der ungarischen Regierung in Ernährungsfragen verhandeln wie mit einer fremden Macht: Beide Regierungen stehen auf dem Standpunkt der Kompensation und tauschen Gut gegen Gut in der Weise wie wilde Völker an ihren Grenzen. Das ist die Verfassung, die zwei Völker verbindet, welche miteinander und füreinander auf den Schlachtfeldern zu sterben bestimmt sind! Das alles liegt nicht im Bereich des Gewissens der einzelnen Bürger, das liegt in den positiven staatlichen Einrichtungen, unter denen wir leben.

Der Zustand unserer Volksernährung entspringt weiter unserer inneren Verwaltungsnot. Fast alle Staaten, die kriegführenden und die neutralen, haben den Ernährungsdienst so eingerichtet, daß er Macht, Ansehen und Unabhängigkeit besitzt, die meisten haben ihn über alle anderen Dienstzweige erhöht. Wir haben das nicht getan. Auf dem Boden der Volksernährung tummeln sich in anarchischem Durcheinander alle erdenklichen Einflüsse. Die Sonderinteressen der Agrarier, die Sonderinteressen der Industrie, gewerbepolitische Spielereien und angebliche Mittelstandsrettung durchkreuzen den Ernährungsdienst nach allen Richtungen. So geht es in dem zentralen Ernährungsamt, so in den Ländern und Bezirken, so in den autonomen Gemeinden. Das Ernährungsamt ist seit seinem Bestand das Opfer des Ernährungsdilettantismus wechselnder Ministerpräsidenten gewesen, die aus dem Ackerbauministerium hervorgingen. Welche Verheerung hat die Wohlfahrtsaktion des Grafen Clam-Martinic in unseren Viehständen und in der Regelung der Fleischversorgung hervorgerufen! Wie tiefe Schäden hat der Ministerpräsident Seidler durch seine Koketterie mit dem freien Handel verursacht! Das nicht allein! Tausendfältige Einwirkungen durch Hintertüren haben die Maßnahmen des Amtes durchkreuzt. Wohltätigkeitsspielereien hochgestellter Damen haben die Kriegsküchenvorschriften auf den Kopf gestellt, und Herrenhauscomités, die sich um das notleidende Erzgebirge bemühen zu müssen glaubten, haben erst recht den Dienst in dem Gebiet, das sie beglückten, desorganisiert. In den Statthaltereien fanden die provinziellen Sonderinteressen wie immer eine bequeme Freistatt, und bis zur Stunde ist die Prager und die Lemberger Statthalterei noch nicht in den regelmäßigen Dienst eingefügt. Die Bezirkshauptleute haben drei Jahre gebraucht, bis sie ihre Eigenmächtigkeit preisgaben. Zu ihrer Ehre muß gesagt werden, daß sich viele den Dienst sehr angelegen sein ließen und sich Mühe gaben, die Bevölkerung in ihrem Bezirk zu versorgen. Aber auch damit nimmt es allmählich ein Ende. Es ist uns kein Fall bekannt, daß ein Bezirkshauptmann suspendiert wurde, weil er im Ernährungsdienst lässig war; aber jeder Bezirkshauptmann kennt den Fall jenes Amtsleiters, der suspendiert wurde, weil er die Aufbringung mit Eifer betrieb, einer gräflichen Schloßherrin, die mit den geistlichen Herren ihres Gebiets eine Nebenregierung im Bezirk aufgerichtet hatte, unangenehm wurde und die gesetzlichen Vorschriften wie die Ernährungsaufgaben höher stellte als gesellschaftliche Rücksichten. Solche Erfahrungen kühlen den Eifer ab. Die autonomen Gemeinden haben zu neunundneunzig Hunderteilen statt Ernährungsspießbürgerliche Interessenpolitik betrieben. Man nehme nur den Wiener Magistrat, der bis zur Stunde die Zentralschlachtung in Wien aus Rücksichten auf das ehrsame Fleischergewerbe hintertrieben hat. Unsere Lebensnot ist eben Verwaltungsnot!

Es ist etwas Wahres daran, daß die Gesetze ohnmächtig sind, wenn sie nicht im Gewissen der Bürger verankert sind. Und wahr ist es, daß Oesterreich unter der Gesetzlosigkeit seiner Bürger leidet und durch sie mit dem schwersten Verhängnis bedroht ist. Aber die Frage ist darauf, woher diese Gesetzlosigkeit stammt. Halte ein jeder Rundfrage bei seinen nächsten Bekannten! Wie viele gibt es unter ihnen, die durch ein, zwei oder drei Jahre sich bemühten, die Vorschriften einzuhalten, die das Hamstern und den Uebergenuß beinahe als eine Ehrlosigkeit empfunden haben! Mit der Zeit sind dieser immer weniger geworden, denn das Opfer, das sie freiwillig brachten, das Opfer der Gesetzlichkeit, war sichtlich umsonst. Der Gesetzlose behielt recht und der Gesetzestreue wurde der lächerliche Narr des Gesetzes. Die Ansteckung aber ging von oben aus. Denn vor allem muß der Staat seine eigenen Gesetze selbst ernst nehmen, dann aber müssen diejenigen, die dem Staate vorstehen und in ihm voranstehen, die Gesetze befolgen. Mit den Ernährungsvorschriften steht es nicht anders als mit den Staatsgesetzen. Wenn Regierungen beschworene Verfassungsgesetze zurechtdrehen und nach Bedarf zur Seite schieben, so büßen sie die Autorität ein, an das gesetzliche Gewissen der Bürger zu appellieren. Wenn die obersten Schichten eines Reiches in Wohlleben verharren, wenn die adeligen und nichtadeligen Selbstversorger ihre reichlichen Haushaltungen aufrecht erhalten, wenn die große Bourgeoisie sich in nichts Abbruch tut, ihre Frauen und Töchter mit den sichtbaren Zeichen überreicher Kriegsgewinne behängt, wenn der Luxus der großen Restaurants bis ins fünfte Kriegsjahr fortgeführt wird: wie soll dann der bürgerliche Mittelstand dazu verhalten werden, sich Entbehrungen aufzuerlegen, die seine bewunderten Vorbilder nicht kennen? Vielleicht schaffen die Hirtenbriefe wenigstens auf diesem Gebiet einiges Gute. Vielleicht werden wenigstens die kirchlichen Liegenschaften in Hinkunft tadellos abstellen und die kirchlichen Mensen sich in Kriegsküchen verwandeln, um den übrigen Großen des Landes ein ermunterndes Beispiel zu geben.

Die Gesetzlosigkeit eines ganzen Volkes ist niemals dessen Schuld. Man hat an dem Beispiel Deutschlands gesehen, daß ein Volk vermöge guter Gesetze sein Dasein fristen kann. Aber von den Gesetzen allein kann man nicht leben, wenn sie nicht durchgeführt werden. Der Ernährungsdienst war bei uns immer eine volle Verheißung und nur ein geringer Bruchteil Erfüllung. Seit der Staatsbürger weiß, daß das, was der Ernährungsdienst ihm bringt, daß also das Gesetz ihn nicht sättigt, ist er gezwungen, sich neben dem Gesetz mindestens ergänzend zu versorgen. Und so ist der Mangel der Verwaltung mitschuldig an der Verwüstung unseres politischen Gewissens. Erst dieser Zustand der Gesetzlosigkeit und der Verwaltungsschwäche hat der Habsucht der besitzenden Klassen Raum geschaffen. Wir erinnern uns daran, wie der erste Höchstpreis für Kartoffeln festgesetzt wurde. Es war noch zur Zeit vor dem Ernährungsamt, wo das Ministerium des Innern einen klug gestaffelten Kartoffelpreis für das ganze Staatsgebiet festsetzte. Da benützten die böhmischen Agrarier beider Nationen ihren Einfluß bei der Statthalterei, um einen Aufschlag von vier Kronen zu erlangen. Man gab nach. Seit jenem ersten Nachgeben war kein Halt mehr. Jedesmal, wenn die Staatsverwaltung auf Grund eingehender Studien gerechte Höchstpreise festgesetzt hatte, erhob sich die Gier der Interessenten dagegen. Erzeuger und Händler hielten zurück und die Staatsgewalt gab nach. In jenen Anfängen steckt der Keim des Uebels. Hätte man damals den Mut gehabt, zu widerstehen, die zurückgehaltenen Vorräte sofort zu beschlagnahmen und ein Exempel zu schaffen, dann hätte der Egoismus des Besitzes an den Widerstand glauben müssen und wir wären nicht auf die schiefe Ebene geraten, auf der unsere Volkswirtschaft dem Abgrund zueilt. Wären die Lebensmittelpreise, was bei der Abschließung unseres ganzen Wirtschaftsgebiets sehr wohl möglich war, stabil gehalten worden, dann stünde es auch um unsere Valuta anders. Nun aber gibt es kein Halten mehr, ein Warenpreis treibt den anderen, die Preise treiben die Löhne, die Löhne wirken zurück auf die Preise. Wir halten so weit, daß Böhmens Agrarier für einen Meterzentner Kraut das Hundertfache des Friedenspreises fordern! Wie soll unter diesen Umständen eine Volkswirtschaft, wie das nackte Leben des Volkes bestehen?

Die letzte Quelle unseres Elends ist — natürlich von dem Krieg und seinen notwendigen Begleiterscheinungen abgesehen — unsere Verfassungs- und Verwaltungsnot. Wir nähern uns dem Winter und die Sorgen um die Kohlen bestürmen uns. Warum haben wir nicht genug Kohlen? Ganz anders als in jedem anderen Staate ist bei uns die zivile und die militärische Verwaltung geschieden. Unsere Militärverwaltung schwebt verfassungsmäßig über den beiden Staaten Oesterreich und Ungarn, die Verfassung selbst entfremdet sie der inneren Verwaltung und der heimischen Volkswirtschaft. Das Heer zieht Staatsbürger, Eisenbahnen, Wagen und Bespannung in seinen Dienst nach seinen eigenen Bedürfnissen. Die notwendige Rücksicht auf die Volkswirtschaft ist in anderen Staaten durch die Einheit der Staatsverwaltung verbürgt. Nicht so bei uns. Im Berg- und Hüttenbetrieb Oesterreichs waren im Frieden fünfeinhalbhunderttausend Menschen beschäftigt. Fehlt es an Kohlen, dann müssen eben diese Menschen auch im Kriege da sein, wenn es not tut, noch um hunderttausend mehr. Denn ohne Kohlen keine Volkswirtschaft, kein Verkehr und kein Krieg! Diese einfache Wahrheit galt für uns bis zum Sommer des letzten Jahres nicht, und in welchem Umfang sie sich schon heute durchgesetzt hat, weiß niemand. Die unteilbare Einheit der Staatsgewalt ist bei uns zerlegt, zerlegt in Oesterreich und Ungarn, zerlegt in Militär- und Zivilgewalt, zerlegt in staatliche und autonome Verwaltung, zerlegt in die Sonderverwaltungen der Kronländer. Und so zerbricht und zermürbt sich jede Tat, jeder klare Wille, jeder Vorsatz. Wir können die ungeheuren Aufgaben, die der Krieg stellt, mit den Mitteln unserer überlieferten Staatsordnung nicht bewältigen. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß gute Absichten, fromme Wünsche und feierliche Ermunterungen das Uebel heilen, das in der gesamten Verfassung unserer gesamten öffentlichen Einrichtungen liegt.

Rezepte der Saison.

(Röster) aus Marillen, Pflaumen, Birnen, kann in einem ganz ausgezeichneten, raschen und einfachen Verfahren hergestellt werden; jedoch verwende man bei dieser Art der Konservierung nur ausgewähltes, schönes Obst. Das gewaschene Obst wird entkernt, faschiert, mit einer Kochsalzdosis 10 bis 20 Minuten gekocht und kochend in keimfreigemachte Gläser gefüllt, sofort verbunden und eine halbe Stunde im Dunste gekocht. Nach 2 Tagen 15 bis 20 Minuten nachsterilisieren.

(Kürbismarmelade) mit wenig Zucker. Die Kürbisse werden gewaschen, durchschnitten (die Kerne entfernen!), mit der Schale faschiert; in einer Schüssel wird der Brei mit Kochsalz vermengt, ferner auf 1 Kg. Kürbisse 10 bis 15 Deka Zucker, Ingwerpulver, Nelkenpulver, Zitronensäure oder gutem Obstessig vermischt und drei Stunden bedeckt stehen gelassen. Man kocht den Brei so lange, bis er dickflockig vom Löffel fällt.

(Kürbiskerne als Mandelersatz.) Ausgereifte Kürbiskerne werden an der Luft getrocknet, vor Gebrauch in kaltes Wasser gelegt, wenn aufgequollen, an der Keimseite geöffnet und wie Mandeln, Haselnüsse oder Nüsse zum Bestreuen oder zur Bereitung von Mehlspeisen verwendet. Haben keine Bleisäure und werden nicht ranzig.

(Kürbis als Rosinenersatz.) Ein halbes Kilogramm Kürbisfleisch wird in sehr kleine, rosinenartige Stückchen geschnitten, mit etwas Zitronenessenz gespritzt und klein wenig Ingwerpulver darübergestreut, durchgerüttelt, einige Stunden abliegen gelassen, im Eigensaft glasig gedünstet und abgetropft auf einem Sieb bis zum nächsten Tag übertrocknet. 1 Löffel Staubzucker wird am Feuer hell gebräunt, mit 1 Eßlöffel Wasser verkocht, die Kürbisstückchen darin durchgeschüttelt, die Stückchen auf eine mit etwas Fett bepinselte emaillierte Backpfanne gestreut und in der Röhre oder an der Sonne kandiert. In Kartons, Säckchen u. dgl. aufbewahren.

(Kürbiskompott mit wenig Zucker.) Das Kürbisfleisch in schöne Stücke schneiden, in einer Schüssel mit Obstessig spritzen, Ingwerpulver, Nelkenpulver, Kochsalz darüberstreuen und vermischt 3 Stunden stehen lassen. Die Kürbisstückchen mit Wasser bedeckt, je ein Kilogramm 15 Deka Staubzucker beigefügt, so lange kochen lassen, bis sie glasig sind. (Schaum, der sich bilden sollte, nicht entfernen!) Man füllt nun heiß in die Gläser, gießt die Flüssigkeit darüber, verbindet und kocht eine halbe Stunde im Dunste. Nach drei Tagen noch einmal eine Viertelstunde nachsterilisieren.

(Obstmus aus Dörrobst.) Rationelle Kriegskonservierung. Aus allen Gattungen Dörrobst lassen sich im Winter vorzügliche Marmeladen, Gelees bereiten und es hat diese Art der Zubereitung den großen Vorteil, daß wir auch im Winter nicht viel Zucker dazufügen müssen, da ja das Dörrobst bekanntlich genügend Eigensüße besitzt. Bereitung: Das rein gewaschene Dörrobst wird am Vortage mit Wasser gut überdeckt aufgequollen. Am nächsten Tag wird es entkernt, faschiert, mit beliebigen Gewürzen und etwas Zucker 10 Minuten verkocht, oder angekocht in die Kochkiste gestellt. Man findet nach 1 bis 2 Stunden eine vorzügliche Marmelade vor, die Konsistenz wird nach Geschmack, Bedarf und Notwendigkeit gemacht.

(Verwendung der Aepfel und ihrer Schalen.) [Auch Schalen vieler anderer Obstgattungen lassen sich ausnützen.] Daß die Ausnützung des Apfels und seiner Schale in unserer hygienischen Ernährungsform keine kleine Rolle spielt, weiß wohl jede intelligente Hausfrau, aber nicht allgemein bekannt ist ihr die vielseitige Verwendungsart dieser köstlichen Obstsorte. Als wollte diese paradiesische „Lockfrucht Evas" einerseits uns armen „Erdentöchtern" im elenden irdischen Dasein doch noch zuguterletzt edle, wertvolle, uns versöhnende Dienste leisten, anderseits uns den „Sündenfall" unserer „Ureltern" charaktervoll an ihrem Naturwerte plausibel machen. Das Apfelfleisch kennen wir roh genossen, gedünstet, als frisches Kompott, Püree, Dunstobst, Marmelade, Säfte, Gelees, Wein 2c. Weniger bekannt sind die Apfelgemüsearten, Schnitzel, Suppen, Soßen, Puffer, Flammeris, Schnees. Besondere Mehlspeisen lassen sich aus gedörrten Aepfeln herstellen: Apfelflocken, Grütze, Mehl (Germteig!). Speziell aber die Apfelschalen geben gedörrt und zu Grieß gemahlen gute Kuchen.

(Obstsäfte ohne Zucker.) Beliebige Gattung von Obst mit Schalen und Kernen (sauber gewaschen) zerstampft 5 Minuten kochen lassen. Ueber einen Tag zugedeckt stehen lassen. Durch einen feinen Obstseicher den Saft abfließen lassen, dann nur aufkochen lassen und noch siedend in Flaschen, Gläser oder Krüge 2c. füllen, verschließen oder verbinden und eine halbe Stunde im Dunste kochen. Nach 3 bis 4 Tagen 20 Minuten nachkochen.

(Obst in Honig oder in Sirup.) Gewaschenes Obst wird mit einer Nadel öfter durchstochen, in einem sauberen Gefäß bedeckt in der Röhre erhitzt. Noch heiß in Gläser gedrückt. Auf 1 Liter Wasser kommt anderthalb Löffel Honig oder Sirup, 2 Gewürznelken, Pfefferkern, groß, Ingwer, läßt 3 Minuten kochen und gießt erkaltet über das heiße Obst. Verschlossen, wird das Obst 20 Minuten langsam im Dunste gekocht. Nach 3 Tagen 15 Minuten.

Melanie Zack.

(Gedörrte Zwetschken mit Schale.) Die Zwetschken werden über Dampf gestellt und gedünstet, dann auf Darren zum Trocknen gegeben.

(Senfzwetschken.) Man verwendet zu 5 Kilogramm Zwetschken anderthalb Liter Essig, 1 halbes Kilogramm Zucker, einige Nelken, 1 Stück ganzen Zimt und 1 Viertelkilogramm Senfkörner, welch letztere in einen Organtinsack eingeschlagen werden. Nun wird der Essig mit dem Zucker und den Gewürzen aufgekocht. Es kommt ein Teil der Zwetschken hinein, wird einmal aufwallen gelassen und dann in einen großen Topf gegeben. Bis alle Zwetschken einmal aufgekocht sind, wird der kochende Essig darübergegossen. Nach acht Tagen wird der Essig abgeschüttet, noch einmal aufgekocht, über die Zwetschken gegossen und der Topf mit dem Senfbeutel bedeckt. Dann wird der Topf gut verbunden und an kühlem Orte aufbewahrt.

(Karottengulasch.) Karotten werden geschnitten und mit den feingehackten grünen Blättchen in Fett gedünstet. Man staubt mit Paprika, mengt einige würflig geschnittene Erdäpfel und feingeschnittene angeröstete Zwiebel hinein und staubt das Ganze mit Mehl. Es ist gut, wenn man etwas saure Milch zusetzen kann.

(Kohlauflauf.) Mengenverhältnis: 1 Kg. Kohl, 1 Viertelkilogramm Graupen, 8 Dekagramm Fett, 1 Ei, Salz und Pfeffer. Der Kohl wird gekocht und durch die Fleischmaschine getrieben. Graupen werden weichgekocht. Das Fett wird abgetrieben, das Ei kommt dazu, Graupen und Kohl, Salz und Pfeffer. Das Ganze kommt in eine ausgeschmierte Pfanne und wird im Rohr gebacken.

(Gefüllter Kohlkopf.) Man nimmt von einem Kohlkopf die äußersten Blätter und brüht sie mit Salzwasser ab. Beliebige Schwämme werden geschnitten und mit etwas Zwiebel gedünstet. Nun füllt man die Kohlblätter mit den Schwämmen, rollt sie zusammen und gibt die Rollen in eine mit Fett ausgestrichene Pfanne. Man bestreicht sie mit Fett und läßt sie dünsten.

(Haferkohl.) Kohl wird klein geschnitten, abgebrüht und gekocht, in eine Pfanne wird etwas Zwiebel gegeben, diese braun geröstet, der Kohl kommt dazu, etwas Wasser, in welchem man einen Suppenwürfel aufgelöst hat, etwas Haferflocken oder Hafferreis, und wird so lange gekocht, bis alles weich ist.

(Erdäpfelsauce mit weißen Rüben.) 1 Kilo dick geschälte weiße Rüben werden geviertelt, in messerrückendicke Scheiben geschnitten und in Salzwasser weichgekocht. Gleichzeitig kocht man ein halbes Kilogramm geschälte Kartoffeln weich, gießt das Wasser ab, salzt und passiert sie. Wenn möglich, rührt man 1 Viertelliter saure Milch darunter, gibt feingehackte Zwiebel, Muskatnuß und ein Stückchen Zwiebel hinein und stellt die Sauce warm. Wenn die Rüben weich sind, gießt man sie ab und gibt sie in die Sauce.

(Fisolen mit Paradeis.) Trockene Fisolen werden über Nacht in Wasser gewelcht oder frische geputzt und geschnitten. Man kocht sie in Salzwasser und gießt dieses ab, wenn die Fisolen weich sind. Nun verrührt man sie mit aufgelöstem Paradeismark oder frischen passierten Paradeis. Mehl, Zucker und Essig nach Bedarf. Nun wird die Speise gut verkocht und nach Geschmack gewürzt.

(Gebackene Graupen.) Kohl wird gekocht, fein gewiegt und auf ein Sieb zum Abtropfen gegeben. Nun macht man einen Abtrieb von 1 Deka Fett und 2 Dottern, in den man den Kohl, eine Handvoll Graupen, den Schnee der 2 Klar, Salz und etwas Backpulver einrührt. Man füllt den Teig in eine gut geschmierte flache Schüssel und läßt ihn im Rohre backen.

Marianne Stern. [Verlag M. Stern.]

Fremdenblatt 8. IX. 1918

Arbeiterzeitung
12/IX. 1918

K. k. Slibowitz.

An die offene Preistreiberei, die wir an allen Straßenecken treffen und die kaum noch Erstaunen hervorrufen kann, haben wir uns ja leider gewöhnt. Was man uns in dieser Hinsicht zu bieten wagt, sei es durch Agrarier oder durch staatliche Zentralen, Ministerien oder Aemter, wir ertragen immer den neuen Preis, weil es an Abwehrmitteln gebricht. Dabei übersehen wir zumeist, wie sehr wir heute die Opfer einer versteckten Preistreiberei sind, die vielfach auf amtliche Stellen zurückgeht. Da man uns das Brot staatlich verteuert, wie sollte man zurückschrecken vor der Verteuerung des Schnapses? Die meisten Menschen sind ja heute beinahe Abstinenten geworden und nur sehr wenige können dem Alkoholgenuß frönen, denn der Schnaps ist teuer und Bier und Wein haben einfach Kriegsgewinnerpreise. Nun wollte man der Bevölkerung helfen und ihr wenigstens ein billigeres Getränk verschaffen, nämlich Slibowitz. Der Anlaß war folgender: Es wurde im Frühjahr, um die Ausfuhr nach der Ukraine um jeden Preis zu heben, eine neue Gesellschaft gegründet, die Svega, Spirituosen-Einkaufs- und Verwertungsgesellschaft, die die Ware in Bosnien übernehmen und nach der Ukraine ausführen sollte. Um nun auch dem inländischen Konsum Slibowitz zu sichern, hat man sich auf Verlangen der Konsumentenorganisationen bereit erklärt, eine bestimmte Menge der bosnischen Zufuhr den heimischen Händlern und davon dreißig Prozent den Konsumentenorganisationen vorzubehalten und billiger abzugeben.

Die neue Gesellschaft, die ebenso wie die meisten Zentralen aus Vertretern der Interessenten, hier des Spirituosen- und Liqueurgroßhandels besteht, hat wohl auch einen bürgerlichen Konsumentenvertreter in ihrem Präsidium, aber nur einen, der allein die Interessen der konsumierenden Bevölkerung zu wahren hat. Die Svega übernimmt die Ware in Bosnien von der bosnischen Regierung und bringt sie nach Oesterreich, wo der Slibowitz verdünnt und dem Konsum zugeführt werden soll. Sie hat das Monopol und jede andere Einfuhr aus Bosnien und Ungarn ist verboten. Der Preis für Slibowitz, der nur noch in den ersten Delikatessenhandlungen der Stadt zu finden war, betrug bei der Gründung der Svega 35 bis 40 Kronen und auch die ungarische Ware wurde mit diesem Preis gehandelt. Man mußte nun annehmen, wenn die Svega neue Preise festsetzt, werde sie den Preis herabdrücken und wir werden endlich zu billiger Ware kommen. Der Uebernahmspreis für die Ware beträgt 14 bis 15 Kronen für den Liter. Es wurde deshalb von den Konsumentenorganisationen ein Preis von 20 Kronen für den Liter vorgeschlagen, wodurch wir zu einem Detailpreis von 25 Kronen gekommen wären. Das Amt für Volksernährung war auch bereit, die Forderungen der Konsumentenvertreter zu unterstützen und den Preis

diese fehlt unseren kriegswirtschaftlichen Organisationen die sachliche und persönliche Grundlage und wenn eine solche Organisation dann noch dazu verwendet wird, unkontrolliert den Interessen einer unfähigen und willenlosen, vor allem aber ziellosen Finanzverwaltung zu dienen, dann muß daraus jenes Gemisch von Bürokratismus und Fiskalismus werden, zu dem heute die meisten Zentralen geworden sind. Wir müssen sie haben, denn wir hätten ohne die Zentralen und die staatliche Bewirtschaftung nicht einmal so elend leben können, wie wir es durch vier Jahre konnten. Aber wir hätten reichlicher und billiger zu leben, wenn wir schon jene Träger der öffentlichen Gemeinwirtschaft hätten, die uns fehlen. Eine moderne Gemeindeverwaltung, die auf dem gleichen und direkten Wahlrecht ruht, und eine große, leistungsfähige genossenschaftliche Organisation der Produzenten und der Konsumenten hätten uns manche Zentrale erspart. England hat das eine, Deutschland das andere, aber in Oesterreich haben wir von beiden nur Ansätze und wenn wir auch auf genossenschaftlichem Gebiete vielfach Außerordentliches geleistet haben — man denke an die Lebensmittelverbände, an einzelne große Beamtenorganisationen, die nun erst ihre volle Entwicklung gefunden haben —, so sind unsere Genossenschaften doch noch nicht stark genug, um die Träger einer so großen und machtvollen Organisation zu sein, wie es eine staatliche Bewirtschaftung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel sein müßte.

Tägliche Rundschau

13./IX.1918

46 13

Berliner Ernährungsfragen.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Stadtverordnetenvorsteher Michelet eröffnete die Sitzung um 5½ Uhr.

Der zur Beratung stehende Antrag des Stadtv. Barkowski (Soz.) und Genossen betr. die Ernährung der Berliner Bevölkerung, wurde im Einverständnis mit den Antragstellern mit dem Antrag der Stadv. Barenthin (U. Soz.) und Genossen betr. die Herabsetzung der Höchstpreise für die notwendigen Lebensmittel verbunden. Hierzu lag ein Antrag vor, beide Anträge der für die Ernährungsfragen eingesetzten gemischten Deputation zu überweisen.

Der Antrag Barkowski und Genossen hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Stellen mit größter Energie darauf hinzuwirken, daß durch die fortgesetzten Einschränkungen der Brot-, Kartoffel und Fleischrationen die genügende Ernährung der Berliner Bevölkerung nicht vollkommen in Frage gestellt und mindestens ein vollwertiger Ersatz in anderen Lebensmitteln uneingeschränkt gewährt wird."

In der Begründung des ersten Antrages wies Stadtv. Coblenzer (Soz.) darauf hin, daß die Ernährungsverhältnisse der Berliner Bevölkerung augenblicklich auf einem Punkt angelangt seien, der als äußerst bedenklich bezeichnet werden müsse. Die Herabsetzung der Brotmenge werde insbesondere dadurch um so fühlbarer, da das Brot außerordentlich minderwertig geworden ist. Die Bevölkerung erhält doch tatsächlich ein minderwertiges und weniger Brot, welches außerdem auch noch teurer geworden ist. Die Kartoffelkrisis ist ja nun überwunden, aber die Kartoffeln seien nicht imstande, das Ernährungsmanko zu decken. Da nun auch noch fleischlose Wochen eingeführt worden sind, die Fleischration selbst ebenfalls gekürzt ist, so sei ein Zustand eingetreten, der unhaltbar ist, da die Bevölkerung nicht mehr weiß, wie sie sich ernähren soll. Jedenfalls ist die gegenwärtige Ernährung absolut unzureichend, und die Berliner Bevölkerung wird immer mehr dem Schleichhandel entgegengetrieben.

Stadtv. Hintze (U. Soz.): Die Hoffnung, daß mit der neuen Ernte eine Besserung eintreten werde, sei gründlich getäuscht worden, die Mehl- und Brotpreise seien höher geworden, und es müsse unter allen Umständen eine Herabsetzung des Kartoffelpreises auf 10 Pf. verlangt werden. Geradezu unglaublich sei es aber, daß von den städtischen Kartoffeln 90 bis 100 000 Ztr.

total verfaulen konnten.

(Hört, hört!) Was der Magistrat in bezug auf die Milchpreise verfügt habe, sei nur eine Verschleierung, es sollte der Milchpreis, so wie er sich stellt, festgehalten werden und nicht anscheinend ermäßigt, dafür aber ein Zuschlag auf den Butterpreis erhoben werden. Dem Magistrat sei der Vorwurf nicht zu ersparen, daß er nicht schon längst die Lebensmitteldeputation in Anspruch genommen habe.

Oberbürgermeister Dr. Wermuth:

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Anträge der Nahrungsmitteldeputation überwiesen werden sollen. Dort wird Gelegenheit sein, eine Reihe von Einzelheiten zu besprechen. Ich möchte aber den Vorwurf des Vorredners zurückweisen, daß der Magistrat nicht die Lebensmitteldeputation schon längst zusammenberufen hat. Das ist äußerlich richtig, aber wenn damit gemeint sein sollte, daß wir nicht genügend Fühlung mit der Bevölkerung unterhalten, so ist dies ganz falsch. Wir verkehren namentlich auch mit der Arbeiterbevölkerung in so intensiver Weise, wie dies irgendwo in einer Gemeinde geschieht. Jeden Sonnabend halten wir in vielstündigen Sitzungen Besprechungen mit den Vertretern der Arbeiterkreise ab, in welchen bis aufs kleinste alle Fragen behandelt werden. Aber man darf doch nicht vergessen, daß die uns bedrückenden Nahrungsmittelfragen groß berlinische sind und zahllose Sitzungen mit den Magistraten und Gemeindevertretern Groß-Berlins abgehalten werden, und niemand wird behaupten können, daß man es an der genügenden Intensität und der notwendigen Fühlung mit der arbeitenden Bevölkerung fehlen lasse. Der Antrag Barkowski u. Gen. trägt noch die Anzeichen der Uebergangszeit an sich. Wir stehen aber an der Schwelle des neuen Erntejahres, und dieses verspricht nach verschiedenen Richtungen hin Gutes. Ueber dem neuen Jahre steht eine befriedigende, teilweise gute Mittelernte, die uns befähigen wird, den Ernährungszustand der Bevölkerung aufrecht zu erhalten und zu verbessern. Auf die allgemeinen Bemerkungen gehe ich hier nicht näher ein. Es trifft nicht zu, daß die Sterblichkeit im letzten Jahre zugenommen hat; sie hat im letzten Jahre abgenommen im Vergleich zu den entsprechenden Monaten des Vorjahres, mit Ausnahme der zwei Wochen, in denen durch die spanische Grippe eine erhöhte Sterblichkeit zu verzeichnen war. Jetzt aber ist sie weit unter den Prozentsatz des Vorjahres gesunken. Bei der Hoffnung auf das neue Jahr stellen wir in Rechnung nur die eigene Kraft; die Zufuhr aus dem Auslande, die sich allmählich zu entwickeln beginnt, würde nur eine Zubuße zu den inländischen Beständen sein.

Was das Brot betrifft,

so war es recht bedauerlich, daß nicht die alte Mehlkopfmenge von 220 Gramm nicht sofort vom 19. August ab wieder hergestellt werden konnte, namentlich da die Selbstversorger bereits in ihre frühere Ration wieder eingesetzt sind und damit das platte Land wieder erheblich besser gestellt ist, als die Städte. Mit aller Bestimmtheit können wir annehmen, daß wir vom 1. Oktober ab wieder auf 1950 Gramm in der Woche kommen werden. Damit hoffen wir, daß die Nährmittel den alten Stand wieder erreichen werden. Wenn der Vorredner gesagt hat, daß Berlin ungünstiger gestellt ist, als andere Städte, so werden wir gern in der Deputation in eine nähere Untersuchung eintreten. Aber man muß solche Behauptungen mit Vorsicht aufnehmen, denn die Systeme in den verschiedenen Städten beruhen auf ganz besonderen Grundlagen. Man darf nicht ohne weiteres aus einer Ziffer, die man aus einer Stadt gehört hat, entscheidende Schlüsse ziehen. Die Brotpreise, die wir neuerdings haben, haben wir ohne städtischen Einfluß erhalten und entsprechen den festgesetzten Mehlpreisen.

Bei dem Fleischgenuß

hat die Notwendigkeit, den Viehstapel zu stärken, recht schmerzliche Einschränkungen auferlegt. Aber das die fleischlosen Wochen sich zu einer periodisch dauernden Einrichtung auswachsen werden, glauben wir nicht erwarten zu dürfen. Der Oberbürgermeister wendet sich sodann gegen die Berechtigung des Einspruches, der sich namentlich aus Bayern gegen die angebliche Besserstellung Groß-Berlins in bezug auf die Fleischration erhoben hat und weist darauf hin, daß Groß-Berlin mit viel größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hat als solche Städte, die ihre Wurzeln in dem umgebenden platten Lande haben. Nicht Bevorzugung ist es, was Berlin verlangt, sondern eine abwägende Gerechtigkeit. (Sehr richtig!) Bezüglich der Kartoffeln liege zurzeit kein Grund vor, zu erklären, daß die Portion von 7 Pfund pro Woche unter keinen Umständen überschritten werden könnte; wir hoffen vielmehr, daß nach genauer Kenntnis des Ernteausfalles die Kopfmenge so hoch wie möglich festgesetzt werden wird.

Sodann tritt der Oberbürgermeister den Vorwürfen entgegen, die

wegen der verfaulten Kartoffeln

erhoben worden sind und weist insbesondere darauf hin, daß der Landwirt in der Lage sei, sich bestimmte Sorten auszusuchen, deren Haltbarkeit er genau kennt, der Magistrat aber in so großen Mengen nehmen muß, was geliefert wird. Die erhobene Bemängelung sei durchaus unrichtig, und wenn man gegen die Ansammlung von so großen Reserven ankämpfe, so schneide man der städtischen Kriegswirtschaft den Lebensnerv ab. Der Magistrat beabsichtige auch dieses Jahr eine größere, noch größere Reserve als voriges Jahr, zurückzulegen. Staat und Gemeinde seien dafür verantwortlich, daß auch diesmal der Winterbedarf an Kartoffeln vor Eintritt des Frostes eingeführt wird. Bei der Butter ist die Aufgabe, die gegenwärtige Portion mit aller Zähigkeit festzuhalten, und wenn möglich zu erhöhen. Es sollte dies möglich sein. Auf das Verhältnis des Milch- und Butterpreises will ich hier nicht näher eingehen. Ich will aber unumwunden erklären, daß wir — ohne Verschleierung — einen Teil der Erhöhung des Milchpreises auf den Butterpreis geworfen haben, in der Erwägung, daß Milch ein wichtiges Nahrungsmittel für die heranwachsende Generation ist. Der Milchimport, der Anfang Juni bis auf 359 000 Liter pro Tag gestiegen war, ist schon ganz beträchtlich gesunken, auf 250 000 Liter. Wir haben sehr unter dem Umschlag der Witterung gelitten. Bei der großen Hitze sind an einem Tage allein 110 000 Liter sauer angekommen; selbst bei der gegenwärtigen kühlen Witterung sind noch 60 000 Liter pro Tag sauer geworden. Dank eines jetzt erfundenen Entsäuerungsverfahrens ist es möglich, einen großen Teil als Süßmilch wieder in den Handel zu bringen. Die Fettstelle hat schon die entsprechenden Einrichtungen getroffen. Während die Obsternte recht mangelhaft ist, ist bei dem Gemüse eine weitgehende Besserung eingetreten. Im Vorjahre sind in der gleichen Zeit 2417 Eisenbahnwagen Gemüse hierher gebracht worden, während in diesem Jahre bis jetzt schon die Summe von 5501 Eisenbahnwagen eingeführt sind, teils infolge der guten Ernte, teils infolge der großen Abschlüsse; davon sind allein 4479 vom Magistrat und 1021 von der Gemüsestelle. Auch die Zufuhr von den Rieselfeldern hat sich in gleicher Weise entwickelt. Auffallenderweise macht sich nun eine rückläufige Bewegung bezüglich der Zwangswirtschaft geltend. Wer unserem gegenwärtigen System abhold ist, will zum wenigsten bei Frühgemüse und Frühobst die öffentliche Bewirtschaftung im kommenden Jahre ganz beseitigen, ebenso bezüglich der Fische und Eier. Die Abschaffung des staatlichen Zwanges würde aber zu unerträglichen Zuständen führen. Die sich zeigenden Mängel können nicht beseitigt werden durch Abschaffung, sondern durch Ausbau und Vervollkommnung des jetzigen Systems. Wir kämpfen seit Kriegsbeginn dagegen, daß die Steigerung der Preise zu einer Haupttriebfeder im Wirtschaftsleben wird; die Kriegszeit soll dem Produzenten einen reichen und kräftigen Nutzen gewähren, aber nicht einen unverhältnismäßigen Gewinn. Es ist außer Zweifel, daß der Druck der Kriegswirtschaft gerade von dem deutschen Volke je länger je mehr als lästig empfunden wird; aber er ist eben die Folge des Krieges, der uns aufgezwungen ist und das Volk wird ihn ertragen müssen. Der Magistrat wird sich nach wie vor in der vorderen Reihe derjenigen befinden, die den Druck gleichmäßig auf alle Schultern zu legen bestissen sind. (Beifall.)

An der Erörterung nehmen noch die Stadtv. Dove, Heilmann, Leid teil.

Die Anträge gehen an die gemischte Lebensmitteldeputation.

Stadtv. Loeser (L.) berichtete namens des Ausschusses über die Neuregelung des Gemeindebeschlusses über die Gewährung von Ruhegeld usw. für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen. Nach Ablehnung eines Abänderungsantrages der U. Soz. wurde der Ausschlußantrag angenommen.

Der Antrag Barenthin u. Gen. (U. Soz.) betr. die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter wurde einer gemischten Deputation überwiesen.

Nach Erledigung der weiteren Tagesordnung fragt R.-A. Cohn (U. Soz.) an, weshalb ein von den unabhängigen Sozialdemokraten

eingebrachter Friedensantrag

nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei.

Vorsteher Michelet erklärt, daß es sich dabei um eine politische Angelegenheit des Reiches handle, deren Erörterung nicht zur Zuständigkeit der Versammlung in Gemäßheit der Städteordnung gehöre. Eine weitere Erörterung zur Geschäftsordnung, die Stadtv. Dr. Cohn wünscht, läßt der Vorsteher nicht zu.

Der öffentlichen Sitzung folgt eine geheime.

Tägliche Rundschau
17. IX. 1918

65

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holle.

Nicht ganz — denn das wird, glaube ich, nie eintreten — aber doch beinahe hoffe ich, heute mit der Beantwortung der mir vorliegenden Fragebriefe zu Ende zu kommen, damit ich in der nächsten Woche weitere erbetene Vorschriften für fleischlose Wochen bringen und endlich auch die Verwertungsmöglichkeiten verschiedener, in diesem sonnenarmen Sommer nicht gereifter Früchte geben kann. Darum will ich mich mit meinen Antworten recht sputen und kurz fassen.

A. G. in Nikolassee und noch eine Anzahl anderer Leserinnen aus verschiedenen Orten des Deutschen Reiches melden mir „Schimmelbildung" in fest verschlossenen Gläsern. Wenn man aber den Deckel dieser anscheinend fest verschlossenen Gläser energisch aufzuheben sucht, wird man ihn in diesen Fällen in der Hand haben; ein wirklich luftdichter Verschluß war also nicht vorhanden. Wo aber der Deckel noch fest sitzt, braucht man nur noch kurze Zeit das Glas unter Obacht zu nehmen, bald wird man dasselbe auch bei ihm finden. Entdeckt man die geringe Schimmelbildung frühzeitig genug, so daß noch keine Erweichung, also Zersetzung von Obst oder Gemüse stattgefunden hat, so kann man den Inhalt nach Entfernung des Schimmels entweder in einem frischen Glas mit neuem Verschluß durch Sterilisation von 40 Minuten etwa wetter haltbar machen, muß aber solche Gläser ständig unter Aufsicht haben oder den Inhalt verbrauchen. Mit Gelatineringen verschlossene Gläser sind nach von mir gemachten Versuchen sehr empfindlich gegen feuchte Luft in den Aufbewahrungsräumen; ganz allmählich erweicht sich dann die Masse, und der sich zeigende Schimmel ist das erste Warnungszeichen, daß die Ringe schon an irgendeiner Stelle nicht mehr intakt sind. Kellerräume sind deswegen in den allerseltensten Fällen trocken genug zur Aufbewahrung solcher Gläser. Mammuthaut und Tutopulver haben die empfindlichen Eigenschaften gegen Luftfeuchtigkeit nicht gezeigt. Uebrigens möchte ich bei dieser Gelegenheit bemerken, daß sich mir, und wie ich aus verschiedenen Briefen ersehe, auch anderen Leserinnen, das Verfahren trefflich bewährt hat, einen noch vorhandenen, wenn auch schadhaften Gummiring zwischen je zwei Mammutringe zu legen, von den Gläsern hat sich bei mir kein Schimmel gezeigt, sie haben sich auch nicht geöffnet. Ich möchte aber auch bemerken, daß dieser nasse Sommer so ungünstig wie nur möglich fürs Haltbarmachen ist, denn die Gemüse und Früchte erhalten wir an sich schon in einem fürs Haltbarmachen ungünstigen Zustande, und unsere Aufbewahrungsräume, deren Wände ständig feucht sind, bilden auch nicht die nötige Vorbedingung für Haltbarkeit, daher in diesem Jahre die Unzahl von Briefe mit Klagen über schlecht haltbare Konserven; man darf deshalb nicht ungerechterweise den verschiedenen Verschlüssen die Schuld geben.

Eine Großmutter aus Berlin kann Rotkraut ganz wie Weißkraut zu Sauerkraut einmachen, das Verfahren dafür dürfte ihr wohl bekannt sein, aber Rotkohl läßt sich außerdem noch auf folgende Weise frisch erhalten; bis in den Juni des folgenden Jahres hinein habe ich ihn im Keller tadellos erhalten, er sieht köstlich frisch rot aus, schmeckt ausgezeichnet und kocht sich gut weich. Man schneidet Rotkohl fein, überbrüht ihn mit kochendem Wasser und läßt ihn darin 2 Stunden stehen. Dann wird der Kohl fest ausgedrückt, mit Salz durchstreut und damit bis zum folgenden Tage stehen gelassen. Man drückt den Kohl dann wieder fest aus und darauf in eine Steingutkruke. Eine Mischung von halb Weinessig, halb Wasser mit etwas Zuckerzusatz wird kochend über den Kohl gegossen, den man nach dem Erkalten mit sauberen Leinenläppchen bedeckt und mit Pergamentpapier zubindet. Der Kohl muß von der Flüssigkeit ganz bedeckt sein.

*

Frau A. B. in Posen muß ich mitteilen, daß Mammutringe eine zweimalige Sterilisation nicht vertragen, also neue Ringe bei der zweiten Sterilisation erfordern; ein Nachsterilisieren der Gemüse halte ich in diesem Jahr ganz besonders für unbedingt notwendig. Was die „gute" Erfahrung mit den „roten" Kriegsgummiringen angeht, so glaube ich sie gern, es handelt sich bei Ihnen um Rexgläser, die einen übergreifenden Deckel haben; bei diesen kommt der Gummiring nicht mit dem Inhalt des Glases so leicht in Berührung wie bei den Weck- und ähnlichen Gläsern.

Frau E. S. in F. kann die eingekochten Kirschen aus den Weckgläsern heraus in Steintöpfchen legen, wenn sie die Kirschen aufgekocht, jedes Kilogramm mit einer aufgelösten Cozettablette sofort in kochend heißem Zustande vermischt und dann die Steintöpfchen sofort verbindet.

Frau L. W., Charlottenburg, würde ich raten, den Kirschsaft umzufüllen, nachdem er kurz aufgekocht wurde, dann auf jedes Liter eine aufgelöste Cozettablette zu geben und heiß in Flaschen zu verschließen. Der Saft wird sich dann halten; Saft von Süßkirschen ist übrigens niemals so haltbar wie der aus Sauerkirschen.

Frau E. B., Debisfelde, muß das Oel aus der Ukraine mit einer halben rohen Kartoffel, einem halben rohen Zwieback und einer kleinen Brotkruste ausglühen und diese Dinge hineinkun, wenn das in flacher Pfanne erhitzte Oel weißen Rauch zeigt; danach wird der unangenehme Nebengeschmack verschwunden sein.

H. G. O., Rittm. in einem Ulanen-Reg. Champignonextrakt bereitet man auf folgende Arten: Zur ersten Vorschrift nimmt man große, vollkommen ausgewachsene, nur bei trockenem Wetter gesammelte Champignons. Sie werden weder geputzt noch gewaschen, nur von sandigen und wurmstichigen Stellen befreit und dann in Stücke gebrochen, nicht geschnitten. Auf 5 Liter Champignonstücke rechnet man 200 Gr. Salz, durchstreut mit diesem Salz die Pilzstücke, gibt sie in einen irdenen Topf, deckt ihn zu und läßt ihn drei Tage stehen, währenddem die Pilze dreimal täglich mit einem Holzlöffel umgerührt werden. Dann stellt man den Topf mit dem Pilzinhalt eine halbe Stunde in einen gelind warmen Ofen, seiht, ohne die Pilze zu drücken, den Saft durch ein grobes Tuch und kocht ihn 15 Minuten, gibt einige Nelken, Pfefferkörner und etwas Ingwer dazu und kocht dann die Flüssigkeit bis zur Hälfte ein. Sie wird durch ein Sieb geseiht, nach dem Auskühlen in kleine Flaschen gefüllt, die man verkorkt und versiegelt. Von kleinen, noch nicht völlig ausgewachsenen und bei feuchtem Wetter gepflückten Champignons hält sich der Extrakt nicht.

Frau M., Neumünster, kann die Milch auf die von ihr angegebene Art ruhig sterilisieren; sie hat sich bei mir monatelang gehalten — bis sie verbraucht war. Ihre Mitteilung, wie Sie den Kriegsgummiringen den fatalen Geruch nahmen, erscheint mir sehr beachtenswert, ich lasse diese Mitteilung deshalb hier folgen: Man bereitet aus Wasser und übermangansaurem Kali eine rote Lösung, legt die Kriegsgummiringe einige Stunden vor dem Gebrauch hinein, spült sie danach gut ab und trocknet sie, bevor man sie auf das zu verschließende Glas legt. Gewiß machen manche „Rundschau"-Leserinnen gern den einfachen Versuch.

*

Fräulein E. B., Potsdam. Die weithalsigen Flaschen mit Patentverschluß können zur Haltbarmachung auch von Gemüsen benutzt werden. Man schließt sie nach der Hälfte der Kochzeit, welche die gleiche wie für andere Gläser ist. Gemüse muß man zweimal sterilisieren. Auch Ziegenmilch kann man natürlich in den Flaschen sterilisieren. Ich weiß bei Ihrer zweiten Frage: wie bewahrt man rote Rüben für den Winter auf? nicht recht, ob Sie ein „Frischaufbewahren" oder eine Haltbarmachung durch Einkochen meinen. Sollen rote Rüben frisch aufbewahrt werden, schneidet man das Laub bis auf ein halbfingerlanges Stielende ab und schlägt die roten Rüben reihenweise in ein Sandbeet im Keller ein, man muß des öfteren nachsehen, damit etwaige faulende Rüben rechtzeitig entfernt werden. — Will man rote Rüben einmachen, so kocht man sie in Wasser gar, zieht sie ab und schneidet sie in Scheiben, die man, mit einigen Kümmelkörnern durchstreut, in Steinguttöpfe oder Gläser schichtet. Weinessig verdünnt man mit Wasser, gibt etwas Zucker daran, kocht ihn auf, rührt etwas Salicyl durch und schüttet den Essig kochend heiß auf die roten Rüben, die damit bedeckt sein müssen. Sie werden mit Pergamentpapier zugebunden.

Was das Trocknen von Gemüsen und Kräutern angeht, so verweise ich auf meine nächste Plauderei, die alles Wissenswerte davon bringen wird, da außer Ihnen noch eine ganze Reihe Anfragen danach vorliegen.

Frau E. B., Charlottenburg, tut gut, ihren kostbaren Schatz an Rindertalg noch einmal umzuschmelzen. Der in Stücke zerteilte Talg wird mit etwas Milch in einer passenden flachen Pfanne gut durchgebraten und dann wieder in kleine Steingutgefäße zum Erstarren gefüllt. Ich denke, daß der lästige Geschmack dann verschwinden wird.

Frau Dr. P. in Tempelberg kann aus schlecht gewordenem Wein sehr guten Weinessig bereiten. Man gießt dazu in einen großen Steintopf oder ein sauberes kleines Weinfaß ⅓ Liter Weinessig, hängt ein nußgroßes, mit etwas Salz vermischtes und in ein Leinenstückchen gebundenes Stück Sauerteig hinein und gießt nun ⅓ Liter etwas erwärmten Wein zu, alle zwei Tage fügt man von neuem ⅓ Liter erwärmten Wein bei, bis das Gefäß voll ist. Dann nimmt man den Sauerteig heraus und läßt den Essig an warmem Orte acht bis zehn Tage stehen, um ihn danach auf Flaschen zu füllen, die man, gut verkorkt, kühl lagert.

*

Frau J. M., Berlin W., kann sich über den ihr reichlich zur Verfügung stehenden Mais grieß sehr freuen, zumal in dieser Zeit, da wir anderen armen Hausmütter den Mangel an mehlhaltigen Nahrungsmitteln so bitter empfinden. Maisgrieß läßt sich auch zu den verschiedensten guten Gerichten verwenden, von denen ich hier nur einige wenige geben kann; eine ganze Reihe von Verwendungsmöglichkeiten bringt aber mein Kochbuch, das soeben unter dem Titel „Davidis — Holle, Kriegskochbuch" in 8. Auflage bei Velhagen u. Klasing, Bielefeld, erschienen ist. Der Maisgrieß wird am besten einige Stunden vor dem Gebrauch in Wasser eingeweicht und dieses Wasser abgegossen; durch dieses Verfahren verliert er den ihm anhaftenden, leicht bitteren Geschmack. Gebackene Maisgrießspeise. Zwei Tassen voll vorgeweichten Maisgrieß quillt man langsam in vier Tassen Wasser mit etwas Salz dick aus, rührt nun etwa 20 Gr. Fett und 1 Teelöffel Appels Suppenwürze darunter und läßt ihn in einer flachen, vorher mit kaltem Wasser umgespülten Form erkalten. Dann wird der Maisgrieß gestürzt und in Scheiben geschnitten, auf eine feuerfeste Platte geschüttet, mit geriebenem Magerkäse und gröblich gehackten Zwiebeln bestreut, mit einem dicken Tomatenbrei überhüllt und in mäßig heißem Ofen 30 Minuten gebacken. Man gibt eine braune Tunke zu der Maisgrießspeise. Maisgrießschnitten mit Obst. Der vorgeweichte Maisgrieß muß in halb Milch, halb Wasser mit etwas Salz, Zucker und Zimt dick ausquellen, auf einer kalt abgespülten Platte erkalten und in Stücke geschnitten werden. Sie werden in etwas Fett lichtbraun gebraten, mit Zucker bestreut und mit beliebigem geschmorten Obst zu Tisch gegeben. Man kann den Zucker auch fehlen lassen und die Maisgrießschnitten dann zu Kohlgemüse oder Spinat geben. Maisgrießapfelgrütze. Zwei Tassen vorgeweichten Maisgrieß läßt man in ¾ Liter Wasser mit etwas Salz und Zucker dick ausquellen. Man schmort 500 Gr. Apfelstückchen in Zuckersaft weich und mischt sie unter den Maisgrießbrei, den man mit Zucker und Zimt bestreut, anrichtet. Wer es hat, kann warme Milch dazu geben. Man kann den Maisgrießbrei auch schichtweise mit feingeschnittenen, mit Zucker vermischten rohen Aepfel- und Birnenscheiben in eine vorgerichtete Backform füllen und im Ofen lichtbraun backen. Diese Speise bestreut man beim Auftragen mit Zimtzucker.

Frau M. W., Stelle bei Hannover, die mich — wer beschreibt mein Erstaunen — immerfort mit Fräulein Holle anredet, muß also meine Plaudereien sehr oberflächlich (Verzeihung!) lesen, sonst müßte sie wirklich wissen, daß ich Frau Holle bin, sie würde dann auch gelesen haben, daß sich der Gipsverschluß, wie auch der aus Wasserglas und Schlemmkreide, leicht löst, wenn das Glas oder die Flasche einige Zeit in Salzwasser gestellt wird. Ich aber kann wirklich nicht wissen, wie es zugeht, daß einige Gläser mit Früchten Schimmel zeigen oder zu gären beginnen, etwas dürfte allemal beim Einmachen versehen sein, der Verschluß nicht völlig luftdicht, der Aufbewahrungsort nicht einwandfrei, vielleicht aber auch die eingemachten Sachen nicht frisch und ohne schlechte Stellen gewesen sein; auch nicht völlig trockene und saubere Gläser können Schuld tragen. Gärungserscheinungen bei Gemüsen, nun gar bei Bohnen, können nur in den Bohnen selbst zu suchen sein, höchstwahrscheinlich sind sie auf falsch — hier also auf frisch gedüngtem Boden gewachsen. Jedenfalls ist es ein Ding der Unmöglichkeit, aus der Ferne zu sagen, wie es zugeht, daß sich irgendein Obst und Gemüse nicht hält. Ich bitte also meine liebwerten Rundschaufreundinnen, mir solche Fragen — ich habe deren 37 auf meinem Schreibtisch liegen!! — zu ersparen und sich selbst genau zu fragen, woran es liegen kann. Vor allem müssen alle Hausfrauen jetzt alles beim Einmachen selbst machen, auch das Säubern der Gläser und Vorrichten der Gemüse; keine fremde Hilfskraft ist zuverlässig genug, dazu unter den jetzigen veränderten Kriegsverhältnissen. Ich bin überzeugt, viele trübe Erfahrungen mit den eingemachten Dingen würden nicht eintreten, wenn nur die Hausfrau allein das Einmachen übernimmt.

*

Frau A. O. in Celle. Wer das Kriegsmehl durchsiebt, kann das zurückbleibende Schrot am besten zum Einkrusten von Formen, zum Panieren von Fisch und Bratlingen verwenden. Dicken tut das Schrot fast gar nicht, benutzt man es zu Suppen, so muß man noch etwas Kartoffelmehl, Grieß oder ähnliches zur Bindung zusetzen; dasselbe gilt bei der Bereitung eines Auflaufs von Kartoffeln und Schrotmehl, der recht gut schmeckt. Dazu reibt man 200 Gr. kalte, recht mehlige Kartoffeln und mischt sie mit 1 Ei, 50 Gr. Mehl oder Kartoffelmehl, 100 Gr. Schrot, etwas Mandelextrakt, Salz und 100 Gr. Zucker. Man mischt ein Backpulver unter den Teig und füllt ihn über geschmorte Apfelstücke in eine Auflaufform, in der man den Auflauf langsam eine Stunde bäckt. Empfehlenswert ist auch ein Kleingebäck aus Schrot. Dazu mischt man 250 Gr. Schrot mit 125 Gr. Zucker, 1 Ei, etwas Vanillezucker, wenig Milch und ½ Paket Backpulver. Von der Masse setzt man kleine Plätzchen auf ein eingefettetes Backblech und bäckt die kleinen Küchlein bei mäßiger Hitze. Sie haben ein makronenartiges Aussehen und einen diesen ähnlichen Geschmack.

Frau Vg. in Charlottenburg. Aus dem entbitterten Wickenmehl kann man den folgenden Kriegskuchen am besten bereiten. 500 Gr. entbittertes Wickenmehl vermischt man mit 1½ Päckchen Backpulver, gibt 3 Eßlöffel Magermilch, ¼ Liter Sirup, 1 Teelöffel Zimt und etwas Zucker dazu und rührt davon einen glatten, ziemlich steifen Teig. Er wird in eine vorgerichtete glatte Form gefüllt und muß langsam bei sehr mäßiger Hitze garbacken. — Das käufliche Gelatinepulver macht die Speisen steifer als die Gelatine, man rechnet auf 1 Liter Flüssigkeit etwa 20 Gr. Genau läßt sich aber die Menge nicht angeben, da dieses Gelatinepulver sehr verschiedenartig in seiner Güte und Beschaffenheit ist, man macht nicht immer gute Erfahrungen mit ihm.

Frau Gutsbesitzer W. in Sch. Warum sollte sich wohl nicht der in Bierflaschen sterilisierte Himbeersaft verschicken lassen, vorausgesetzt, daß die Flaschen gut verschlossen und verpackt werden. Am besten bindet man über den Korken erst einen Watteflausch und dann ein altes Läppchen, das den Flaschenhals mit einhüllt. Hat man leere Strohhülsen, so steckt man die Flaschen hinein, sonst wickelt man sie doppelt in Zeitungspapier. Dann packt man sie reihenweise in eine Kiste, die ganz mit Holzwolle oder dergleichen ausgelegt ist und auch zwischen die einzelnen Flaschen Holzwolle, so daß keine Flasche die andere berührt. Alle Lücken müssen fest ausgestopft werden, so daß die Flaschen sich nicht rühren können. Auf weiteste Entfernung, von der Nordsee bis ins Elsaß an die französische Grenze habe ich gefüllte Flaschen schon auf die angegebene Weise versandt, die völlig unversehrt angekommen sind.

G. H. Berlin. Mohrrübenmus kann sehr gut mit benzoesaurem Natron haltbar gemacht werden, ich habe es im vorigen Jahre dazu mit Erfolg verwandt. Dagegen habe ich für Salzgemüse, auch Salzgurken, ein neues Mittel erprobt: „Dura", das sich mir dafür besonders bewährt hat. Dies Einmachemittel „Dura" ist von der Marga-Gesellschaft, Berlin-Tempelhof, Dorfstraße 23, zu beziehen.

Frau Dr. G. F., Frohnau, bezieht Mammutringe von der Firma Paul Westphal, Hamburg, Hammerbroot 15, hätte Frau Gertrud aber meine Plaudereien genau gelesen, hätte sie die Bezugsquelle auch gelesen, sich die vergeblichen verschiedenen Wege in wer weiß wieviele Geschäfte sparen können und mir die Antwort.

Frau Pastor H. in Brieg, die so zerknirscht ist, weil sie die Mammuthaut hat, die Gebrauchsanweisung aber verloren, muß ich doch wohl in der großen Not helfen und ihr mitteilen, daß man die Mammuthaut erst rasch durch heißes, dann sofort durch kaltes Wasser zieht, sie über die mit einem Rand versehenen Gläser — nicht zu straff, sonst platzt die Haut bei der Sterilisation! —, aber unter dem Rande sehr fest bindet, und die Gläser dann wie gewöhnlich sterilisiert. Man tut übrigens nach meiner Erfahrung gut, bei Gemüsen die Mammuthaut doppelt zu nehmen.

*

Eine Lausitzer Hausfrau kann Rüböl in Steingutflaschen am besten gut verkorkt an kühlem Orte aufbewahren, das Rüböl bleibt so den ganzen Winter gut. Einwecken würde ich es nicht, ich habe auch noch keinerlei Erfahrung mit dem Einwecken von Oel, und ich rate niemals etwas an, was ich nicht vorher erprobte. Wo man Gelatine noch kaufen kann, weiß ich Ihnen nicht zu sagen; alle Kaufleute erhalten ja zeitweise eine geringe Menge von Gelatine zugewiesen. Sie müssen bei Ihrem Kaufmann des öfteren nachfragen. Aber die Gelatine aus Friedenszeiten — das muß ich Ihnen gleich sagen — ist es nicht, was wir bekommen, damit müssen wir uns eben abfinden. Die Gelatinepulver sind mir noch weniger sympatisch als die Kriegsgelatine.

Frau Pfarrer B. in Teltow. Wenn man Milch sterilisieren will, muß man diese am besten erst unter Rühren 20 Minuten kochen, sofort möglichst stark und rasch abkühlen, dann in die Flaschen füllen und 45 Minuten bei 100° Celsius sterilisieren. Bei mir hat sich diese Milch ein halbes Jahr unverändert gut gehalten. Ob sie noch länger haltbar ist, weiß ich nicht, denn nach der angegebenen Zeit war mein kleiner Vorrat aufgebraucht.

Frau J. K. Berlin-Schöneberg. Leider kann ich Ihnen keine tröstliche Auskunft über Ei-Ersatz geben, denn dieser Ersatz ist meist gefärbtes, mit Triebkraft versehenes Kartoffelmehl, also nun und nimmer regelrechter Ersatz für Ei. Die Färbung täuscht uns nur die Eifarbe vor, und die Triebkraft soll die Lockerung der Masse, welche das Eiweiß sonst bewirkte, hervorrufen. Woher sollen die Fabrikanten aber auch wohl die Ersatzstoffe nehmen, die Eier ersetzen können? Wir dürfen von ihnen nichts Unmögliches verlangen, aber verlangen dürften wir Hausfrauen meines Erachtens, daß die Hersteller uns durch die Namengebung ihrer Erzeugnisse nicht in die Irre führen; das müßte die Reichsstelle für Ersatzmittel doch zu verhindern haben.

Fertig bin ich zwar noch lange nicht, aber Schluß muß ich heute machen, sonst reicht in der „Rundschau" der Platz nicht.

Neue Freie Presse
21. IX. 1918

Das neue Wirtschaftsabkommen mit der Ukraine.

Wien, 20. September.

Heute liegen aus Kiew die Details des neuen Wirtschaftsabkommens mit der Ukraine vor, das für die beiderseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen von großer Wichtigkeit ist. Die bemerkenswertesten Bestimmungen des sehr umfangreichen, zehn Anlagen enthaltenden Vertrages sind die folgenden:

Das Uebereinkommen läuft bis zum 30. Juni 1919 und tritt sofort in Kraft. Die vereinbarten Mengen beziehen sich auf die Zeit vom 1. August 1918 bis 30. Juni 1919. Im Mai 1919 sollen neue Verhandlungen eröffnet werden. Die Mittelmächte haben sich über das ukrainische Wirtschaftsabkommen mit Bulgarien und der Türkei verständigt und werden auch diese Staaten aus den Bezügen befriedigen. Die deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftszentrale in Kiew bleibt mit allen ihr verliehenen Rechten aus dem früheren Vertrage in Kraft. Beim ukrainischen Ministerium für Handel und Industrie wird ein aus Vertretern der ukrainischen Regierung, der Mittelmächte, des ukrainischen Handels, der dortigen Industrie und Verbraucher und der in der Ukraine tätigen Wirtschaftsstellen der Mittelmächte gebildeter Ausschuß für den auswärtigen Handel errichtet.

Die Getreidebezüge.

Unter Getreide sind Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Hirse, Buchweizen, Erbsen, Bohnen, Mais und Linsen sowie die daraus gewonnenen Erzeugnisse, Mehl, Graupen und Kleie zu verstehen. Die ländliche ukrainische Bevölkerung versorgt sich mit Getreide und Oelsaaten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Dagegen sollen die für die Versorgung der in der Ukraine befindlichen Truppen der Mittelmächte, der ukrainischen Städte, Industriegebiet und Eisenbahnangestellten erforderlichen Mengen und die Exportüberschüsse ausschließlich durch das Staatsgetreidebureau aufgebracht werden. Die Aufteilung der aufgebrachten Quantitäten erfolgt in der Art, daß 65 Teile für den ukrainischen Bedarf einschließlich der in der Ukraine stehenden Truppen der Mittelmächte und 35 Teile für den Export der Mittelmächte bestimmt sind. Die Exportmengen sind den Wirtschaftszentralen oder ihren Beauftragten zu übergeben. Das Staatsgetreidebureau hat bis 1. Dezember 1918 den Mittelmächten mindestens 40 Millionen Pud (1 Pud ist 16·375 Kilogramm) und bis 15. Juni 1919 insgesamt (also unter Einschluß der 40 Millionen Pud) 75 Millionen Pud Getreide zu liefern. Gelingt dies dem Staatsgetreidebureau nicht, können die Mittelmächte Ersatzlieferungen in Zucker fordern. Da sich der Getreidepreis durchschnittlich auf maximal 2 K. 40 H. per Kilogramm stellt, das Quantum von 75 Millionen Pud 12·2 Millionen Meterzentner ausmacht, hätten die Mittelmächte über drei Milliarden zu zahlen, von denen etwa die Hälfte auf die Monarchie entfällt. Die Aufteilungsmengen zwischen Oesterreich und Ungarn bleiben einer Regelung zwischen beiden Reichshälften vorbehalten. Die Grundpreise für das Getreide sind die zurzeit in der Ukraine geltenden Höchstpreise, die bis 30. Juni 1919 nur im beiderseitigen Einverständnisse abgeändert werden dürfen. Sämereien können frei eingekauft und ausgeführt werden. Alle aus den Verträgen entstandenen Streitigkeiten werden durch ein dreiköpfiges Schiedsgericht in Kiew geschlichtet. Der Höchstpreis für Weizen wird für eine Tonne bis 1. Dezember 1918 mit 960 Rubel, vom 1. Dezember 1918 bis 15. Mai 1919 mit 720 Rubel und von da ab mit 640 Rubel festgesetzt.

Die anderen Lebensmittel.

An Rindern hat die Ukraine den Mittelmächten 11 Millionen Pud, an Schafen 300.000 Stück, an Geflügel bis 2 Millionen Stück, an Speck, Butter und Käse bis 460.000 Pud, an Fleisch, Konserven, Wurst- und Fleischwaren monatlich bis zu 200.000 Pud, an Eiern bis zu 2500 Wagen, an Spiritus bis zu 20 Prozent der Erzeugung der Brennperiode 1918/19 zu liefern. Kartoffeln, Gemüse, Obst und die durch ihre Bearbeitung hergestellten Waren, Gemüse- und Obstkonserven, Dörrgemüse, Dörrobst und Honig werden dem freien Einkauf und der freien Ausfuhr überlassen. Bei dem Marmeladeexport wird der verwendete Zucker auf das Kontingent eingerechnet. Von dem Rinderkontingent werden 6 Millionen Pud durch das ukrainische Ernährungsministerium geliefert, 5 Millionen Pud nach Möglichkeit von den Mittelmächten im Einvernehmen mit dem ukrainischen Ernährungsministerium angekauft. Die Lieferung erfolgt in Partien von 300 Stück. Weniger als 300 Stück dürfen nur im Einvernehmen, weniger als 200 Stück überhaupt nicht geliefert werden. Das Mindestgewicht eines Rindes hat 15 Pud zu betragen; der Preis ist bei mehr als 15 bis 20 Pud 25 Rubel per Pud, von 20 bis 25 Pud Gewicht 30 Rubel, bei über 25 Pud 35 Rubel. Von den 300.000 Stück Schafen liefert 160.000 das ukrainische Ernährungsministerium; die Wirtschaftszentralen sind berechtigt, sich an dessen Aufbringungsarbeiten zu beteiligen; 140.000 Stück werden von den Mittelmächten im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung angekauft. Die Geflügellieferung erstreckt sich auf 1 Million Stück Gänse und 1 Million Stück anderes Geflügel, beide lebend oder geschlachtet. Die Mittelmächte verpflichten sich im Dezember 1918, Januar und Februar 1919 keine Butter und keinen Käse (Gesamtkontingent beider Artikel: 60.000 Pud) auszuführen. Hinsichtlich der Eier wird bestimmt, daß die 2500 Wagen je 100 bis 110 Kisten, jede Kiste 1440 Stück enthält. Der Eiereinkauf erfolgt im freien Markt. Bis 30. Juni 1919 liefert die Ukraine den Mittelmächten 2½ Millionen Pud Sandzucker und wenn die Jahreserzeugung 22 Millionen Pud übersteigt, 33⅓ Prozent des Ueberschusses in Sandzucker. Bis 1. April teilt die ukrainische Regierung die Höhe der verfügbaren Zuckermengen mit. Als Ersatz für Minderlieferungen an Getreide können für je 8 Pud Getreide 1 Pud Zucker angefordert werden. Die Ersatzlieferung in Zucker darf insgesamt 3 Millionen Pud nicht übersteigen. Die Mittelmächte sind berechtigt, die Lieferung einer Zuckermenge zu fordern, die den achten Teil des Getreidequantums beträgt, um welches die Getreidelieferungen bis 1. Dezember 1918 hinter 40 Millionen Pud zurückbleiben. Der Zuckerpreis entspricht dem Inlandpreis, darf aber keinesfalls mehr als 100 Rubel per Pud netto für die fix gekauften 2½ Millionen Pud, nicht mehr als 110 Rubel für die Ersatzlieferung und nicht mehr als 120 Rubel für die Optionslieferung betragen. Die ukrainische Regierung hat die aus dem früheren Vertrage noch rückständigen Zuckerlieferungen nach den Bedingungen des neuen Uebereinkommens nachzutragen. Nach Rußland dürfen die Mittelmächte den Zucker nur im Kompensationswege und nach vorheriger Rücksprache mit der ukrainischen Regierung ausführen. Soweit die ukrainische Regierung ihren Lieferungsverpflichtungen für Ersatzzucker bei Minderlieferungen von Getreide nicht nachkommen sollte, können die Mittelmächte bis zu einem Fünftel der ukrainischen Produktion 40prozentigen gereinigten Alkohol im Höchstbetrage von 20 Millionen Liter, und zwar im Verhältnis von 6 Eimern Alkohol zu 10 Pud Getreide zu dem festgesetzten Monopoleinkaufspreise anfordern.

Die Rohstofflieferungen.

Die Mittelmächte sind berechtigt, bis zum 1. Juli 1919 aus der Ukraine 11.200 Wagen Spezialhölzer (Birke, Esche, Eiche) auszuführen. Ausgeschlossen ist der Export von Bau-, Brennholz, Grubenholz und Schwellen. Der Flachsstroherport ist freigegeben. An Hanf erhalten die Mittelmächte ein Kontingent von 750.000 Pud. Nach Beendigung der diesjährigen Ernte wird dann neuerlich verhandelt. Baumwolle aus privatem Besitz kann nur auf Grund besonderer Verhandlungen fallweise freigegeben werden. Hadern und Lumpen, Wolle und gemischte Lumpen mit mindestens 50 Prozent Wolle sind zur Ausfuhr frei. Sortierte Leinen-, Baumwoll- und Hanfmateriallumpen sind erst vom 1. Dezember 1919 exportfrei. Bei Wolle wird durch gemeinsame Kommissionen fallweise entschieden, ob einzelne Partien für den Export freigegeben werden. Eine allgemein freie Wollausfuhr wird nicht bewilligt. Hanffabrikate sind ausfuhrfrei. Für Hanfsäcke ist um eine spezielle Exportbewilligung nachzusuchen.

Die Erzlieferungen.

Die ukrainische Regierung gibt den Export von 37½ Millionen Pud Eisenerz und 3 Millionen Pud Manganeisenerz frei. Eine Erhöhung wird eventuell weiteren Verhandlungen vorbehalten. Von den von den Mittelmächten im freien Handel erworbenen Metallen sind 30 Prozent für den Export frei, 30 Prozent erhalten die Mittelmächte für diejenigen Sparmetalle, die in den von ihnen gelieferten Maschinen enthalten sind, 40 Pro-

Die Zeit 22./IX. 1918

Wiener Ernährungsverhältnisse.

Vom Regierungsrat Prof. Adolf Fr. Heß.

Wenig erfreulich sind die Bilder, die die derzeitigen Ernährungsverhältnisse bieten. Trotz der vielen, tief in das normale Wirtschaftsleben einschneidenden Eingriffe seitens der verschiedenen zur Aufrechterhaltung der Verpflegung der Bevölkerung geschaffenen Verwaltungsstellen herrscht bezüglich der allernotwendigsten Nahrungsmittel drückender Mangel. Keine Bevölkerungsschicht mag unter den herrschenden Verhältnissen der Hilfe des Schleichhandels entraten. Seiner wucherischen Hilfe bedienen sich alle Kreise. Dazu kommt, daß unser mehr als unbefriedigendes Verhältnis rücksichtlich der Nahrungsmittelversorgung zu Ungarn, die auffallend schlechte Erfassung der Ernte in einzelnen zisleithanischen Landesteilen, die Absperrungen in den verschiedenen Bezirkshauptmannschaften usw. natürlich ebensowenig dazu beigetragen haben, das Vertrauen in die wirtschaftliche Tüchtigkeit unserer Behörden zu heben, wie die nie verstummenden Nachrichten über unverantwortliches Verderben von Nahrungsmitteln und die Machtlosigkeit der Behörden gegenüber den trotz erzielter Rekordernten geradezu unerhörten Preistreibereien in den unentbehrlichsten Lebensmitteln, insbesondere in Gemüsen und Obst, die doch in erster Linie dazu hätten dienen sollen, unsere Lebensführung einigermaßen zu erleichtern.

Unter diesen ungünstigen Verpflegsverhältnissen und der Hand in Hand mit ihnen gehenden maßlosen Teuerung aller Nahrungsmittel haben alle Städtebewohner, vornehmlich aber die Bewohner der Großstadt Wien, zu leiden. Am härtesten und allerempfindlichsten werden diejenigen Bewohner Wiens getroffen, die auf die Gasthausverpflegung angewiesen sind. Und dies ist kein geringer Prozentsatz unserer städtischen Bevölkerung. Noch vor kurzem schätzte man die Zahl der ständigen Gasthausbesucher in Wien auf ungefähr 400.000 Personen. Für die Hauswirtschaften wurde durch Einrichtung und Belieferung von Lebensmittelabgabestellen nach Tunlichkeit vorgesorgt. Gemeinschafts- und Kriegsküchen sorgen, soweit ihre Aufnahmsfähigkeit reicht, für weitere 200.000 bis 300.000 Personen. Nur für die auf den Gasthausbesuch Angewiesenen wurde keinerlei wirksame Vorsorge getroffen.

Lange Zeit noch nach Kriegsbeginn haben nun die Wiener Gastwirte, mit wenigen Ausnahmen — und in welchem Stande gäbe es keine solchen — ihrer Aufgabe als Verpfleger eines so beträchtlichen Bevölkerungsteiles in anerkennenswerter Weise entsprochen. Seit dem zweiten Kriegsjahr jedoch fingen die Speisenpreise merklich zu steigen an, und jetzt haben sie bereits eine schier schwindelerregende Höhe erreicht, über die von allen, die nicht gerade Kriegsgewinner sind, mit Recht geklagt wird. Aber trotz dieser hohen Preise sind seit Kriegsbeginn mehr als 30 Prozent der Wiener Gastwirte zugrunde gegangen oder sie haben ihre Geschäfte sperren müssen, um wenigstens noch die letzten Trümmer einer vordem ansehnlichen Habe zu retten. Daß es daneben auch einige Gastwirte gibt, denen es gelungen ist, insbesondere durch Verwertung ihrer großen Wein- und anderen Vorräte, ein großes Stück Geld zu verdienen, ändert nur wenig an der Gesamtlage. Alle Welt kennt die Erschwernisse, unter denen die Gastwirte heute arbeiten, kennt die hohen Nahrungsmittelpreise und weiß, wie sehr die Hauptverdienstquelle der Gastwirte, der Getränkekonsum, zurückging.

Nichtsdestoweniger hat sich die allgemeine Meinung vielfach gegen die Gastwirte gewendet, denen nicht nur die Schuld an den erdrückenden Speisenpreisen, sondern auch an der mit dem Gasthausbesuch in Verbindung stehenden Doppelversorgung vorgeworfen wird. Ueberzeugend weist die Vorstehung der Wiener Gastwirtegenossenschaft in verschiedenen ihrer Berichte und Eingaben darauf hin, daß sowohl die hohen Speisenpreise wie die Doppelversorgung, die übrigens in umfangreichem Maße auch außerhalb der Gasthausversorgung besteht, nicht durch ihre Mitglieder, sondern vielmehr durch die Mängel in der Organisation unserer Lebensmittelversorgung verursacht werden. Entgegen allen Gegenvorstellungen und Ansuchen der Gastwirte hat man bei stets steigendem Lebensmittelmangel die Wirte von der entsprechenden Belieferung der zur Speisenbereitung nötigen Rohmaterialien ausgeschlossen, wodurch sie auf Gnade und Ungnade den Lebensmittelwucherern ausgeliefert wurden. Durch die nicht ausreichende Lebensmittelproduktion, durch die eigentümliche Wirkung, die die Festsetzung von Höchstpreisen für Nahrungsmittel auf den Marktverkehr auslöste, ferner auch durch die außermarktliche Versorgung aller von den Zentralen direkt belieferten Organisationen einschließlich der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen wurden die Lebensmittelmärkte von Zufuhren entblößt und die Gastwirte gezwungen, wollten sie nicht einfach zusperren und ihr investiertes Kapital verlieren, sich Waren um jeden Preis zu verschaffen. Das mußte natürlich dazu führen, daß die Warenpreise von Tag zu Tag nur noch weiter in die Höhe getrieben wurden.

Die bedauernswerten Opfer dieser unhaltbaren Zustände sind aber weniger die Gastwirte selbst als vielmehr die Hunderttausende, die auf den Gasthausbesuch angewiesen sind, und die in die Kriegs- und Gemeinschaftsküchen schon deshalb nicht gehen können, weil diese Institutionen nicht in der Lage sind, sie alle aufzunehmen. Ihre Zahl aber nimmt tagtäglich zu, da immer mehr Angehörige des Mittelstandes notgedrungen ihre Hauswirtschaften auflösen müssen oder zeitweilig unbedingt auf das Gasthaus angewiesen werden. Gestaltet sich doch die Lebensmittelbeschaffung immer schwieriger und unsicherer, und wird doch die Erhaltung der hauswirtschaftlichen Hilfskräfte immer kostspieliger. Zu alledem sinkt aber noch die Zahl dieser Hilfskräfte durch ihren Abfluß an Fabriken, in die Bureaus und in die verschiedenen Heeresdienste so rapid, daß bereits Tausende von Wiener Familien ohne alle hauswirtschaftliche Kräfte dastehen. Wohl wissend, daß ich mich mit meiner Ansicht im Gegensatz zur Meinung vieler Vertreter der herrschenden Richtung befinde, kann ich doch nur neuerdings wiederholen, daß ich es für bedauerlich und verfehlt halte, daß man während der Kriegszeit die Gastwirte nicht intensiver zur Volksverpflegung herangezogen hat. Sehr vieles könnte besser sein. Man hätte die Gastwirte zu fixen Preisen beliefern sollen und ihnen daraufhin entsprechendes Maß und Verkaufspreis vorschreiben können. Ob sich dies noch jetzt nachholen läßt, entzieht sich meiner Beurteilung. Wie ich aber höre, will man in Berlin — dort steht die Sache nicht besser als bei uns — derartiges demnächst versuchen.

Es würde den Rahmen dieser Ausführungen weit überschreiten, alle Einzelheiten anzuführen, die die Bildung der so überhohen Preise im Wirtsgewerbe veranlaßt haben oder bedingen. Ich habe auch weder die Absicht noch das Mandat, als Anwalt der Gastwirte aufzutreten. Aber die Allgemeinheit und besonders die 400.000 Gasthausbesucher haben ein berechtigtes Interesse, wenigstens beiläufig zu erfahren, wodurch eigentlich die sie so sehr bedrückende abnorme Preisbildung im Wirtsgewerbe gegenüber der früheren Zeit veranlaßt wird. Es seien deshalb die wesentlichsten Momente hervorgehoben:

1. Selbst große Gastwirtschaften erhalten wöchentlich (die Woche zu acht und nicht zu sieben Tagen gerechnet) für den Bedarf ihrer Gäste nur zehn Kilogramm Mehl zum Höchstpreise ausgefolgt, eine Me[illegible] die kaum hinreicht, um das Gemüse [illegible]brennen. Alles übrige Mehl für die Her[illegible]ng der Suppen, Einlagen, Saucen, Beilag[illegible] und Mehlspeisen müssen sie sich im Schleich[illegible]el zu 10 Kronen, 15, ja sogar bis 24 Kronen und noch mehr beschaffen.

2. Weder das den Gastwirtschaften zugewiesene Einheitsfleisch, noch auch das Extremfleisch reichen aus, deren Bedarf zu decken, so daß also wieder der Schleichhandel mit seinen hohen Preisen aushelfen muß. Selbst für kleinere Wirte sind „vorderes Fleisch" und „Innereien" kaum erhältlich; diese billigeren Fleischarten sind wie aus dem Verkehr verschwunden. Das „vordere" wird vielfach für „hinteres Fleisch" geliefert, und oft muß das teure Bratenfleisch zu Verwendungszwecken herangezogen werden, wo billiges Fleisch die gleichen Dienste täte.

3. Gastwirte können, um den Bedarf für ihre Gäste, ihren eigenen und den ihres Personals zu decken, sich nicht wegen all der verschiedenen Nahrungsmittel anstellen oder Scharen ihrer Bediensteten anstellen schicken (der einzelne Ansteller erhält ja nur zu geringe Mengen). Die Gastwirte sind daher, um die von ihnen benötigten Waren zu erhalten, gezwungen, reichlichste Kriegstrinkgelder zu gewähren oder wieder zum teuren Schleichhandel Zuflucht zu nehmen.

4. Wiewohl Gastwirte Großeinkäufer und Wiederverkäufer sind, sind sie gegenüber Kleineinkäufern (Privaten) vielfach im Nachteil. So zum Beispiel gleich beim Fleischeinkauf im großen, wo sie außer der obligaten Zuwage auch die im Fleisch eingewachsenen großen Knochen, die beim Kleinverschleiß wegfallen, mit zum Fleischpreis bezahlen müssen. Dadurch stellt sich für den Gastwirt bei einem Höchstpreis von 25 Kronen für ein Kilogramm Extrembratenfleisch derzeit ein Kilogramm Rostbratenfleisch, ausgelöst, auf volle 63 Kronen 21 Heller, ein Kilogramm Rostbeef auf 55 Kronen 70 Heller, ein Kilogramm Lungenbraten auf 60 Kronen 66 Heller; ein Kilogramm Kruspelspitz oder dicker Spitz bei einem Höchstpreis von 20 Kronen für hinteres Extremfleisch auf 29 Kronen 54 Heller usw. Dasselbe Fleischstück (Kruspelspitz oder dicker Spitz) vom Einheitsfleich stellt sich bei einem Höchstpreis von 8 Kronen 40 Heller ausgelöst auf 16 Kronen 82 Heller usw. Da dürften denn auch dem Nichteingeweihten die Preisansätze auf den Speisekarten erklärlicher erscheinen. Diese hohen Fleischpreise können aber nicht wundernehmen, wenn man bedenkt, daß der Schlachtgewinn bei einer Kuh oder einem Ochsen, die als Extremfleisch verkauft werden, selbst bei dem derzeitigen höchsten Viehpreis 1000 bis 4000 Kronen beträgt, ein Gewinn, der freilich wohl zum Teil dazu dienen dürfte, die Abgabe von billigem Wohlfahrtsfleisch an Minderbemittelte zu ermöglichen.

Geht man nun nicht etwa von der kaum eines Gegenbeweises bedürfenden irrigen Ansicht aus, daß die Gasthäuser nur zur Verpflegung der Reichen dienen, oder daß sie jetzt und auch späterhin durch Gemeinschaftsküchen und ähnliche Einrichtungen ersetzt werden können, so müssen im Interesse der auf den Gasthausbesuch angewiesenen Hunderttausende die derzeit herrschenden Uebelstände abgeschafft werden, denn es geht nicht an, einen wichtigen und großen Bevölkerungsteil derart in der Bedrängnis zu lassen, beziehungsweise zu benachteiligen.

Die Not, die uns schon so oft erfinderisch machte, wird uns hoffentlich auch Wege finden lassen, die für minder gut oder gar nicht Versorgte aufreizende Doppelversorgung in Gasthäusern, Gemeinschaftsküchen, Ausspeiseanstalten und Nahrungsmittelabgabestellen durch Einführung eines entsprechenden Kartensystems abzustellen oder sie wenigstens auf ein Mindestmaß zu beschränken. Sie wird uns auch, so wollen wir zuversichtlich hoffen, eine strammere und erfolgreichere Organisation der Lebensmittelaufbringung und -verteilung lehren. Sie wird uns zwingen, auch eine besser durchdachte und vermehrte Lebensmittelproduktion als unerläßliche Kriegsfürsorge ins Auge zu fassen, Verteilung und Produktion durch eine machtvolle Hand einverständlich zu regeln und unter allmählicher Heranziehung des legitimen Handels alles in normale Verhältnisse überzuleiten. Sie wird uns nötigen, unser Verhältnis zu Ungarn entsprechender zu regeln und in einzelnen Teilen unseres eigenen Landes besser Ordnung zu machen. Dann können wir hoffen, daß die Stunden der Entbehrungen, die wir jetzt durchleben, uns wenigstens künftighin zum Nutzen und zum Fortschritt gereichen werden.

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 25. September.

Kriegswirtschaftliche Kommission.

(Die „Oezeg".)

Die Kriegswirtschaftliche Kommission hat gestern über die Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft beraten. Aus den Erklärungen, die der Präsident der „Oezeg" Sektionschef Dr. Brosche abgab, erhellt, wie ungünstig Oesterreich auch da im Vergleich zu Ungarn behandelt ist und in welch hohem Maße das Ernährungselend Oesterreichs auf diese schon geradezu System gewordene Vorzugsstellung Ungarns zurückzuführen ist. Ungarn partizipiert schon zu fünf Zwölfteln an den Einfuhren der „Oezeg", wo überdies gar nicht unterschieden wird, ob Ungarn Bedarf nach der betreffenden Ware hat. Da dieser vielfach fehlt, ergibt sich dann reichlicher Anlaß zu einem für Ungarn profitablen, aber für Oesterreich verlustreichen Schleichhandel.

Im nachstehenden lassen wir zunächst den schon im Abendblatte begonnenen Bericht über die Ausführungen des Regierungskommissärs der „Oezeg" Sektionsrates v. Horak folgen:

Regierungskommissär v. Horak führte u. a. noch aus: Die Verfügung über die Reserven ist nur nach den Weisungen des Volksernährungsamtes zulässig. Die Buchführung steht unter ständiger Kontrolle. Er zollt den Vertretungen und Exposituren, die nicht lediglich mit der Aufbringung und Erfassung der Waren sowie deren Abtransport betraut sind, sondern auch den verschiedenen Regierungsverhandlungen als sachkundige Beiräte mit günstigem Erfolge beigezogen werden, Anerkennung.

In materieller Hinsicht obliegt der „Oezeg" die Aufbringung der Waren in den neutralen Ländern, die Devisenbeschaffung, der Verkehr mit den besetzten Gebieten und in gewisser Hinsicht die Verteilung der erfaßten Waren im Inlande, die unter Heranziehung der Aprovisionierungsstellen in den einzelnen Ländern und unter weitgehender Berücksichtigung des legitimen Handels vollzogen wurde. Von einer gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel konnte von vorneherein nicht die Rede sein, da die erfaßten Mengen trotz aller Bemühungen viel zu gering sind und die „Oezeg" einen großen Prozentsatz der von ihr erfaßten wichtigen Lebensmittel der Heeresverwaltung zur Verfügung stellen muß und auch Ungarn an den Importen partizipiert, ohne Rücksicht darauf, ob nach einer Einfuhr in Ungarn Bedarf besteht oder nicht.

In Besprechung der Tätigkeit der „Oezeg" in den okkupierten Gebieten hebt er die Wirksamkeit der Exposituren in Polen und Serbien rühmend hervor. Was die Tätigkeit der „Oezeg" im Auslande betrifft, so hat sich ihre Vertretung in Berlin eine so hervorragende Stellung geschaffen, daß sie als Rats- und Hilfsorgan für alle österreichischen Interessenten angesehen werden kann. Die Spesen der Gesellschaft haben im ersten Geschäftsjahre ein halbes Prozent des Umsatzes betragen.

Präsident der „Oezeg" Dr. Brosche möchte zunächst feststellen, daß vom ersten Moment des Bestandes der „Miles" eine Kontrolle des Ministeriums des Innern eingeführt war und auf ausdrückliches Verlangen der Funktionäre der „Miles" eine Preisbindung tatsächlich stattfand. Wenn von vorneherein eine weitgehende Gewinnbeschränkung im Vertrage zwischen „Miles" und Ministerium des Innern gegeben war, so handelte es sich in erster Linie darum, die Funktionäre der Gesellschaft nicht dem Verdacht auszusetzen, aus dem Unternehmen überhaupt einen Gewinn ziehen zu wollen, sondern in dem Augenblicke, wo die Monopolstellung der „Miles" immer klarer zum Ausdrucke kam, der Regierung selbst den Antrag gestellt, die bestehende Organisation zu übernehmen oder in ein gemeinnütziges Unternehmen umzuwandeln, bei dem von vorneherein jede Erzielung eines Gewinnes ausgeschlossen ist. Die Regierung hat sich für den letzteren Weg entschieden und diesem Umstande ist die Umwandlung der „Miles" in die „Oezeg" zuzuschreiben. Redner weist auf die Schwierigkeiten hin, denen die „Oezeg" bei ihrer Betätigung begegnet. Die ersprießliche Tätigkeit der Gesellschaft werde in erster Linie dadurch behindert, daß ein großer Teil der Importe, nämlich 5/12, an Ungarn abgegeben werden mußte, ohne Rücksicht darauf, ob dort im Gegensatz zu Oesterreich kein Mangel in dem betreffenden Artikel besteht, ob die betreffende Ware in Ungarn erzeugt wird und etwa in Ueberfluß vorhanden ist oder nicht. Die Folge dieses Uebereinkommens der beiden Regierungen war, daß in einer Reihe von wichtigen Volksnahrungsmitteln in Ungarn Ueberfluß herrschte, der im Wege des Schleichhandels seinen Abfluß nach Oesterreich fand, zu Preisen, die zum Schaden der österreichischen Konsumenten einen bedeutenden Gewinn an den betreffenden Waren in Ungarn zurückließen. Die „Oezeg" konnte diesen Vorgang, der in der letzten Zeit allerdings einigermaßen gemildert wurde, nur lebhaft bedauern, es standen ihr aber keine Mittel zu Gebote, um gegen die getroffenen Vereinbarungen der Regierungen aufzutreten. Redner macht weiters auf die Schwierigkeiten der Devisenbeschaffung aufmerksam und bemerkt, auf eine ersprießliche Wirksamkeit der „Oezeg" habe auch der Umstand hindernd eingewirkt, daß die Quotenverteilung zwischen Oesterreich und Deutschland bei gemeinsamer Beschaffung von Waren eine für Oesterreich ungünstige war. Die Einkäufe in den besetzten Gebieten begegneten mitunter insofern großen Schwierigkeiten, als bei manchen militärischen Stellen nicht volles Verständnis für die Approvisionierung der Zivilbevölkerung vorhanden war. Auch politische Stimmungen in den besetzten Gebieten beeinträchtigten die Tätigkeit der „Oezeg" in mancher Beziehung.

Gewiß sind bei der Gebarung der „Oezeg" hie und da, aber sicherlich in äußerst seltenen Fällen, Fehler unterlaufen, die bei dem ungeheuren Umfange der Geschäfte der Gesellschaft unvermeidlich sind. Redner kommt auf die gegen die „Oezeg" erhobenen Angriffe zu sprechen und glaubt, diese seien in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerung in ihrer Not irgend ein Objekt suchte, das sie verantwortlich zu machen und dem sie die Schuld an den traurigen Ernährungsverhältnissen zuzuschieben bestrebt war. Diese Angriffe wurden mitverschuldet von Organen, die für die Ernährung verantwortlich sind und diese Verantwortung auf die „Oezeg" abzuwälzen geneigt schienen. Sie beruhen ferner auf Einflüssen jener Personen, denen durch die Tätigkeit der „Oezeg" ihr unsauberes Handwerk gelegt wurde und die verhindert waren, jene preistreiberischen Manipulationen weiter fortzusetzen, die ihnen reiche Gewinne versprochen hätten. Die Angriffe wegen einer angeblich unrichtigen Warenverteilung müsse er höflich, aber ganz entschieden zurückweisen, denn das Amt für Volksernährung hat die Verteilung der Waren zu bestimmen und erst auf Grund der Weisungen dieser Stelle vollzieht die „Oezeg" durch ihre Organisation manipulativ die Verteilung. Er gibt der Ansicht Ausdruck, daß selbst diejenigen, die die zentrale Bewirtschaftung perhorreszieren und im freien Handel das Allheilmittel aller Uebel erblicken, anerkennen müssen, daß die Gründung und der Bestand der „Oezeg" eine Sache unabweislicher Notwendigkeit war und durch die Verhältnisse unbedingt geboten erscheint. Es war nicht möglich, den freien Handel aufrecht zu erhalten, wo Deutschland seine Durchfuhrverbote erlassen und seine Z. E. G. gründete, es war auch unmöglich, einer unabsehbaren Schar von Händlern die auswärtigen Märkte zu überlassen, auf denen einem außerordentlich geringen Angebote von Lebensmitteln ein ins Ungemessene gehendes Verlangen nach solchen gegenübergestanden wäre. Damit wäre einer Preistreiberei auf den verschiedenen Märkten Vorschub geleistet worden, durch die Importe zu uns überhaupt unmöglich geworden wären oder hier Preise gezeitigt hätten, die das jetzige Niveau um ein Vielfaches hätten überschreiten müssen.

Wenn auch die „Oezeg" für die nächste Zeit, jedenfalls aber auf Kriegsdauer ihre Wirksamkeit wird unbedingt aufrecht erhalten müssen, so wird sie doch das Schicksal der übrigen Zentralen zu teilen haben, wenn der Friede kommt und normalen Verhältnissen wieder zugestrebt wird. Gewiß muß die „Oezeg" nicht in ihrer gegenwärtigen Form aufrechtbleiben. Ihre Funktionäre haben der Regierung wiederholt die Uebernahme der „Oezeg" durch den Staat empfohlen. Die bezüglichen Verhandlungen sind bereits weit gediehen und dürfte eine solche Uebernahme auch stattfinden, wobei allerdings geltend gemacht wird, daß sich diese auf die Finanzierung des Unternehmens erstrecken wird, während der übrige Apparat der „Oezeg", ihre Wirksamkeit und ihre Funktion unverändert aufrechterhalten werden muß. Die „Oezeg" hält es für ihre Pflicht, schon heute die Uebergangswirtschaft vorzubereiten. Sie hält es für notwendig, die Handelskreise schon jetzt heranzuziehen und die Einkäufe im Auslande statt durch eigene Angestellte durch Syndikate von befugten und legitimen Händlern, die sie zu organisieren unternommen hat, durchzuführen. Durch die Gründung dieser Syndikate wird ein Doppeltes erreicht, erstens gewinnen die Einkäufe im Auslande dadurch, daß sie von branchenkundigen Männern besorgt werden, andererseits finden die Handelskreise, die berufen sein werden, mit den neutralen Ländern und den besetzten Gebieten wieder enge Handelsbeziehungen zu pflegen, Gelegenheit, dort Fühlung zu nehmen und Geschäftsverbindungen anzuknüpfen. Die „Oezeg" glaubt durch die Gründung dieser Syndikate nicht nur ihre eigene Wirksamkeit, sondern auch allgemein wirtschaftliche Interessen zu fördern.

Sektionsrat Dr. Rudolf v. Horrak verweist gegenüber den Ausführungen des Präsidenten Dr. Brosche darauf, daß sich seine Ausführungen über das ursprüngliche Fehlen einer Beschränkung bei Erstellung der Verkaufspreise nur auf ein ganz kurzes Zwischenstadium von wenigen Tagen beziehen.

Auf verschiedene Fragen des Vorsitzenden Seitz hinsichtlich des Kompensationsverkehres erteilt Verwaltungsrat Lemberger nähere Auskünfte. Gegen Zahlung allein Waren aus dem Auslande beziehen zu können, sei vollkommen ausgeschlossen. Eine Vermehrung der für Kompensationszwecke uns zur Verfügung stehenden Artikel, als die in ausschlaggebendem Maße jetzt eigentlich nur Zucker und Petroleum figurieren, wäre äußerst wünschenswert. Im Verkehre mit der Ukraine habe ursprünglich die Absicht bestanden, ausschließlich Getreide einzuführen. Diese Einfuhr habe aber die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt, während die „Oezeg" in den von ihr bewirtschafteten Artikeln nicht nur relativ, sondern auch absolut wesentlich mehr aus der Ukraine habe beschaffen können. Es würde sich daher empfehlen, wenn die „Oezeg" auf die Aufbringung von Industrialien als Kompensationsware für den Austauschverkehr mit der Ukraine auch maßgebenden Einfluß üben könnte. Er beantwortet weiters Fragen des Vorsitzenden betreffs der Devisenbeschaffung und bemerkt hiebei unter anderem, daß es der „Oezeg" wiederholt gelungen sei, sehr beträchtliche und glückliche Devisentransaktionen durchzuführen und auch viele Millionen österreichischer Kriegsanleihe im Auslande zu placieren. Zu Klagen über Schwierigkeiten seitens der Devisenzentrale, bezw. der im Finanzministerium tagenden Kommission, welche die Einfuhren zu gestatten berufen sei, liege kein Grund vor. Für Südfrüchte sei allerdings in Oesterreich in letzter Zeit eine Einfuhrbewilligung nicht erteilt worden, während sie der ungarischen Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft seitens des ungarischen Finanzministeriums bewilligt wurde, so daß Ungarn beträchtliche Mengen Feigen einführt, die dann zum Teil zu erhöhten Preisen auf den österreichischen Markt kommen.

Vorsitzender Seitz hebt als eigentümlichen Umstand hervor, daß von den durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsam im neutralen Ausland eingekauften Artikeln, von denen der auf die Monarchie entfallende Anteil zwischen Oesterreich und Ungarn nach dem Schlüssel 7:5 zur Aufteilung gelange, Ungarn diesen Schlüssel auch bei solchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Anspruch nehme, die es offenkundig nicht brauche.

Abg. Friedmann erinnert an die Mißstimmung, die durch die Verbindung der auf Bankkredit angewiesenen Zentralen mit Bankinstituten im allgemeinen hervorgerufen worden sei. Er fragt, ob die Verzichtleistung der Funktionäre auf jeden Gewinn sich auch auf eine juristische Person beziehe, die unter den Gesellschaftern der „Miles" fungierte, das Unternehmen Alois Schweiger u. Komp. Die „Miles" sei eine Gründung der Kreditanstalt gewesen, die „Imperg" (Import- und Exportgesellschaft) sei eine Gründung der Kreditanstalt, der Bodenkreditanstalt und Anglobank einerseits und der ungarischen Banken anderseits. Wenn eine Bank mit einer Zentrale in so inniger Verbindung stehe, so könne der Verdacht leicht aufkommen, daß ein derartiges Bankinstitut indirekt Gewinne erzielte, während solche Gewinne in der Zentrale selbst nicht zum Vorschein kommen. Er wünscht die Vorlage des Vertrages der „Miles" mit der Kreditanstalt, der „Miles" mit dem Ministerium des Innern und, wenn ein solcher bestehe, der „Oezeg" mit der „Miles" sowie das Uebereinkommen der „Miles", wofern ein solches bestehe, mit der Rohstoff-Einkaufs- und Verwertungsgesellschaft. Er fragt endlich, ob ein Vertrag zwischen der „Oezeg" und der Kreditanstalt bestehe, ob und welche Tantiemen die Gesellschafter der „Miles" bezogen haben, ob die Rohstoff-Einkaufs- und Verwertungsgesellschaft von der „Miles"

regeln. Die Gründung der „Miles" hätte vielleicht besser aus Staatsmitteln erfolgen können. Eine Geneigtheit hiezu war aber nirgends vorhanden. In dieser Not wurde das Uebereinkommen abgeschlossen.

Sektionsrat v. Horrak gibt Aufklärungen über die Vorgangsweise bei der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen.

Abg. Dr. Jerzabek führt aus, die „Oezeg" habe in der Erfüllung der Aufgabe, einen regelrechten Import von Bedarfsartikeln aus dem Auslande zu bewerkstelligen, nur sehr wenige Erfolge aufzuweisen. Den Einkauf besorge lediglich die deutsche Zentraleinkaufsgesellschaft und wir Oesterreicher haben nichts zu tun gehabt, als regelmäßig für die richtige Beistellung von Kompensationen zu sorgen. Aber auch in dieser Hinsicht war der Einfluß Ungarns mitbestimmend und die Militärverwaltung entscheidend. Das Eiergeschäft der „Miles" war es, welches den Anstoß dazu gab, daß die Erbitterung der Bevölkerung über die „Miles" so lebhaft zum Ausdruck kam.

Hofrat Dr. Mattheusche macht Mitteilungen über die Durchführung der Kontrolle bei der „Miles" und bei der „Oezeg".

Abg. Dr. Diamand wirft die Frage auf, ob nicht durch eine Reduktion des Konsums der Militärverwaltung sowie der Abgabe von Petroleum oder Rohölderivaten an Deutschland eine bessere Versorgung Oesterreichs mit diesem wichtigen Bedarfsartikel und Austauschwert herbeigeführt werden könnte.

Verwaltungsrat Pilzer nimmt einige Richtigstellungen gegenüber den Ausführungen des Abg. Dr. Jerzabek vor. Ein Mangel an Kapital habe sich für die „Oezeg" nicht in einem einzigen Falle ergeben. Die Oesterreichische Creditanstalt habe sich an die begrenzte Summe von 50 Millionen nicht gehalten, sondern jeweils diejenige Summe zur Verfügung gestellt, die zur Erfassung notwendiger Artikel im Auslande gebraucht wurde. Zeitweise sei ein Kredit von 250 bis 270 Millionen in Anspruch genommen werden. So sei es möglich geworden, alles, was Deutschland erfaßt hat, schlüsselmäßig auch für Oesterreich zu erreichen. Die Delegierten der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft haben sich als die ersten unter allen Staaten nach der Ukraine begeben. Es sei der „Oezeg" gelungen, in den von der Gesellschaft bewirtschafteten Artikeln bis zum 31. August einen Import von 340 Millionen Kronen durchzuführen.

Vorsitzender Seitz bezeichnet es als sonderbar, daß die Creditanstalt sich an den Geschäften der „Oezeg" engagiert habe, aus denen sie eventuell schwere Verluste befürchten mußte, ohne durch irgendwelche Kompensationen gedeckt zu sein, und wünscht Aufklärungen hierüber.

Präsident der „Oezeg" Dr. Brosche bemerkt dazu, daß die Creditanstalt ursprünglich weder den Riesenumfang des Geschäftes noch den Umfang des Kredits gekannt habe, den sie später zu erteilen bemüßigt gewesen sei. Ihr Risiko werde einerseits durch die Fünf-Millionen-Garantie und durch die von der „Miles" übernommenen Reserven gedeckt. Daß die Creditanstalt von dem Geschäft nicht begeistert gewesen sei, gehe aus ihren wiederholten Anträgen auf Verstaatlichung des Unternehmens hervor. Erst jüngst, am 29. Mai 1918, hat das Kreditinstitut der „Oezeg" dieses Ersuchen um Verstaatlichung der „Oezeg" wiederholt, seither schweben darüber Verhandlungen.

Hofrat Mathensche führt aus, die Creditanstalt habe eine Verstaatlichung angeregt. Im Ministerium sei diese Anregung erwogen worden, doch habe man befürchtet, daß eine solche Verstaatlichung und die damit verbundene Kontrolle des Finanzministeriums die Elastizität, die kommerzielle Tätigkeit des Unternehmens behindern werde. Der gegenwärtige Vertrag stelle sich als ein Kompromiß zwischen den Interessen des Staates und der Bank dar.

Genossenschaftsvorsteher Vieröckl gibt einen Ueberblick über die Vorgänge auf dem Schweinemarkt. Die Regierungsvorlage, betreffend den Höchstpreis für Schweinefleisch und Fettprodukte, habe zur Folge gehabt, daß Ungarn überhaupt keine Schweine mehr schickte. Infolgedessen sahen sich die Wiener Fleischselcher genötigt, nach Budapest zu fahren und dort Schweine zu höheren Preisen zu kaufen. Dafür wurden sie bestraft, indem man ihnen den Schweinebezug aus Ungarn gänzlich unterband und der „Oezeg" das alleinige Recht gegeben hat, Schweine in Ungarn zu kaufen, zu schlachten und Fleisch und Fett an die Fleischselcher abzugeben.

Verwaltungsrat Pilzer erklärt, die „Miles" habe vom Tage ihrer Gründung an mit den Einkäufen von Fettstoffen eingesetzt. Die Aufbringung von Fettstoffen habe sich immer schwieriger gestaltet. In der zweiten Hälfte 1917 wurde die österreichische Vieh- und Fleischverkehrsgesellschaft mit der Durchführung der Aufbringung von Schweinen und Fettproduiten betraut. Aber auch sie steht den Verhältnissen in Ungarn machtlos gegenüber. Es besteht eben in Ungarn nicht die Neigung, Fettstoffe an Oesterreich abzugeben.

Vorsteher des Reichsverbandes österreichischer Sauerkrauterzeuger Kaperl verweist auf die im vorigen Jahre notwendige Einfuhr von holländischem Sauerkraut. Die Fachleute haben konstatiert, daß das holländische Sauerkraut in Pilsen und Taus richtig behandelt wurde und daß es sich keineswegs um große Massen verdorbener Waren gehandelt habe.

Experte Kommerzialrat Kainz führt aus, der Kolonialwarenhandel sei durch die Gründung der „Oezeg" am meisten betroffen, ja von diesem Augenblick an eigentlich ausgeschaltet worden. Die Schaffung einer Importorganisation war aber notwendig. Von den Leitern der „Oezeg" sei großzügig gearbeitet worden. Worüber wirklich Beschwerde zu führen ist, das ist die Verteilung, die allerdings nicht von der „Oezeg" selbständig, sondern nach den Weisungen des Ernährungsamtes vorgenommen wird. Daß es Artikel gibt, welche durch Monate kaum fünf Prozent der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, daß von manchen Artikeln, die dem nichtorganisierten Teile der Bevölkerung durch den freien Handel zugehen sollten, dieser mehr als 50 Prozent darstellende Teil der Bevölkerung geradezu prinzipiell ausgeschlossen bleibt, ist ein um so größeres Unrecht, als die Kompensationsartikel, durch welche die Einfuhr dieser Waren erlangt wird, wie Petroleum, Zucker, Holz, Kohle, doch der Gesamtheit entzogen werden.

Experte Handelskammerrat Pabst konstatiert, bei der Durchführung der freiwilligen Rayonierungen, bei Zucker, Kaffee, Brot, habe sich klar gezeigt, daß gut die Hälfte der Bevölkerung beim freien Detailhandel sich habe rayonieren lassen, also zu den nichtorganisierten Konsumenten gehöre. Danach hätte sich auch für die von der „Oezeg" bewirtschafteten Waren der Aufteilungsschlüssel richten müssen. Das ist aber nicht geschehen. Der vom Ernährungsamt festgelegte Schlüssel bedeute eine außerordentliche Härte gegenüber der nichtorganisierten Bevölkerung und den mit ihr in Beziehung stehenden kleinen Geschäftsleuten. Bei den rationierten Waren wie Zucker oder Butter geht die Verteilung klaglos bis zur letzten Hand. Bei Käse, Kondensmilch, Fischkonserven, Salami u. dgl. aber erfolgt die Verteilung nach einem förmlichen Rangsklassenschema. Die oberste Rangsklasse bilden die Angestellten der Zentralen selbst, dann folgen die ministeriellen Lebensmittelverteilungsstellen, jene der Banken und Aemter, die Kriegsleistungsbetriebe, die Kriegsküchen und öffentlichen Anstalten, die Konsumvereine und zum Schlusse bleiben die Gemeinden

Neue Freie P

Kriegswirtschaftliche Kommission.

In Fortsetzung der Verhandlung über die „Oezeg" erklärt Verwaltungsrat Lemberger, daß weder die „Oezeg" noch die Creditanstalt in kaufmännischer Hinsicht irgendeine Inzerenz auf das Geschäft selbst gehabt habe, noch die Möglichkeit oder die Absicht, an diesen Geschäften irgend etwas zu verdienen. Ebenso sei niemals im Zusammenhang mit irgendwelchen Kompensationen der „Miles" oder „Oezeg" ein Exportgeschäft seitens der Creditanstalt oder einer ihr assilierten Unternehmungen durchgeführt worden.

Sektionschef Ritter v. Simonelli teilt mit, das Ministerium des Innern machte bald nach Ausbruch des Krieges die Wahrnehmung, daß zwar auch ehrliche, aber auch sehr verdächtige Elemente sich an die verschiedenen Körperschaften heranmachten, um ihre Mitwirkung bei der Beschaffung der nötigen Lebensmittel zu offerieren. Das ging auf die Dauer nicht, und deswegen wurde die legitimierte Einkaufsstelle im Ministerium des Innern gegründet. In weiterer Folge wurde an die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung geschritten, welche im steten Einvernehmen mit der Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin vorzugehen hatte, um einerseits die übermäßige Steigerung der Preise infolge der Konkurrenz zu verhüten, anderseits der Gefahr zu steuern, daß die ausländischen Regierungen im Interesse der einheimischen Bevölkerung mit Ausfuhrverboten vorgehen. Aus diesem Verhältnisse ergab sich die Notwendigkeit, auch den Export zu

Ostdeutsche Rundschau
3./X. 1918
107

Ernährungsfragen.

Unser ganzes Wirtschaftsleben steht im Zeichen einer sinnlosen Schuldenmacherei. Die österreichische Staatsschuld, die vor dem Kriege 13 Milliarden betrug, ist auf 86 Milliarden angewachsen und es beträgt die Steigerung mithin 661 v. H. Der Banknotenumlauf, der vor dem Krieg 2,1 Milliarden betrug, ist auf 25 Milliarden angewachsen, während die Goldbestände von 1,2 Milliarden auf 270 Millionen zurückgegangen sind. Die metallische Deckung unserer Banknoten, die vor Ausbruch des Krieges 59,6 v. H. betrug, ist auf 1,1 v. H. gesunken. Tausend Arbeiter arbeiten in der Banknotendruckerei täglich in zwei Schichten und monatlich steigt der Banknotenumlauf um 456 Millionen Kronen. Die Folge davon ist die seinesgleichen suchende Entwertung unseres Geldes und die dadurch entstandene riesige Verteuerung aller Bedarfsgegenstände. Diese Teuerung aber wächst täglich und stündlich, weil man die Staatsausgaben weiter durch die Banknotenpresse befriedigt und zu einer Zeit, wo nur die radikalste Vermögensabgabe eine Besserung bringen könnte, sich mit der Schaumweinsteuer und anderen Bagatellsachen befaßt. So ist denn der Meter Seide, der vor dem Kriege 70 Kreuzer kostete, auf 196 K. gestiegen, ein Seidenkleid ist in Wien unter 1150 K. nicht mehr zu haben, ein Paar Schuhe, deren Friedenspreis 8 bis 10 Gulden betrug, um 300 K. nicht aufzutreiben. Ja, nach der „Arbeiterzeitung" kosten in Wien ein Paar Damenstrümpfe bereits 72 K., ein Herrenhemd 175 K. und eine Bluse 400 bis 500 K. Ebenso wie der Städter die für seinen Haushalt notwendigen Bedarfsartikel nicht bekommt, erhält der Bauer weder landwirtschaftliche Maschinen, noch Pflugbestandteile, weder Kunstdünger, noch sonstige landwirtschaftliche Bedarfsartikel und es hat sich, insbesondere hervorgerufen durch den riesigen Arbeitermangel ein nennenswerter Produktionsrückgang geltend gemacht. Die Anbauflächen sind bei Weizen um 12,9, bei Korn um 14,6, bei Gerste um 12,3, bei Hafer um 18,1 und bei Kartoffel um 14,3 hinsichtlich der inneröſterreichischen, vom Kriege nicht beschädigten Kronländer zurückgegangen. Der Rückgang in den Erntemengen aber beträgt infolge der schlechteren Bodenbearbeitung und des Kunstdüngermangels bei Getreide in Mähren 35,7 v. H., hinsichtlich der kriegsfreien Kronländer 41,5 v. H. und hinsichtlich der im Reichsrate vertretenen Kronländer 47,3 v. H.

Daß wir in Oesterreich so schlecht stehen, ist darauf zurückzuführen, daß wir während des Krieges von Galizien und auch von Ungarn wenig und nichts erhalten haben. Hat doch Galizien 37 v. H. unserer Weizen- und 48,5 v. H. unserer Hülsenfruchtproduktion hervorgebracht und haben wir doch in Friedenszeiten im fünfjährigen Durchschnitt von Ungarn 16.5 Millionen Zentner Weizen und Korn erhalten. Galizien hat uns, wie gesagt, nichts geliefert und liefert uns auch jetzt nichts. Im Gegenteil, wir müssen von Mähren für den galizischen Anbau Staatsgetreide zur Verfügung stellen. Und nach der Rede des ungarischen Ernährungsministers Windischgrätz im ungarischen Abgeordnetenhaus am 6. August 1918, hat Ungarn im Verlaufe des Krieges (also in vier Jahren) der österreichischen Reichshälfte 7 Millionen Zentner Getreide zur Verfügung gestellt, also in vier Jahren kaum die Hälfte von dem, was ansonsten jährlich geliefert wurde.

Daß wir in Oesterreich auch in Friedenszeiten nicht ausgereicht haben beweist die Tatsache, daß die Karstländer nur 37 Kilo Getreide auf den Kopf der Bevölkerung produzierten und daß die Gesamtproduktion (einschließlich Saatgut und Futterbedarf) in Oesterreich 148 Kilo, in Oesterreich ohne Galizien 139 Kilo, in der Monarchie 194 Kilo, in Ungarn 253 Kilo und in Deutschland 248 Kilo auf den Kopf der Bevölkerung beträgt. Auch an Kartoffel wurden in Oesterreich ohne Galizien in den letzten Friedensjahren nur 335 Kilo auf den Kopf der Bevölkerung geerntet, gegen 628 Kilo in Deutschland.

Trotzdem wäre mit gewissen Einschränkungen auch bei der gegenwärtigen verminderten Produktion eine gleichmäßige Versorgung der Gesamtbevölkerung möglich. Einen diesbezüglichen Vorschlag habe ich bereits im Mai in dem Artikel: „Die Versorgung der Bevölkerung bei der Kriegsproduktion" erstattet, in dem ausgeführt wurde, daß zur Deckung des Selbstversorgerbedarfes von 400 Gramm und des Nichtselbstversorgerbedarfes von 250 Gramm täglich eine Getreidemenge von zirka 20 Millionen Zentner erforderlich ist, wovon 18 Millionen aus der Produktion Inneröſterreichs aufgebracht werden können, wenn vom Hektar Weizen- und Gerstenfeld 8 Meterzentner, vom Hektar Roggen- und Maisfeld 6 Meterzentner im Durchschnitt für die Volksernährung verlangt wird, wobei die Produzenten ihren Selbstversorgerbedarf von den angeforderten Mengen zurückhalten könnten. Und die 2 Millionen Zentner, die fehlen, würden wir doch von Ungarn, Rumänien und der Ukraine, eingedenk der geschlossenen Brotfriedensverträge erhalten. Auch bei Kartoffel könnte der ganzjährige Bedarf der Bevölkerung gedeckt werden und wären hierzu vom Hektar Ackerland 40 Meterzentner erforderlich, während die Durchschnittsernte ja 60 bis 70 Meterzentner beträgt. Auch könnte der Stadtbevölkerung bestimmt ein Viertel Liter Milch täglich und 6 Deka Butter wöchentlich zur Verfügung gestellt werden, wenn von jeder Kuh jährlich 900 Liter aufgefordert würden. Leider ist man bei uns in Oesterreich auf das vorgeschlagene System der Kontingentierung, beziehungsweise der Vorschreibung von Mindestlieferungen nicht eingegangen und läßt alles bei der alten Wurstelei. So kommt es dann, daß Brünn in einer Woche statt 3800 Kilo nur 800 Kilo Butter erhält und daß von ganz Mähren nur 5504 Kilo zur Einlieferung kommen, wovon der deutsche Teil des Mährisch-Trübauer Bezirkes allein 995 Kilo oder ein Sechstel der Gesamtmenge liefert, trotzdem dieses Gebiet nur ein Sechzigstel der Gemeinden Mährens und ein Vierzigstel der Kühe des Landes besitzt.

Daß unsere jetzige schlechte Versorgung hauptsächlich auf das passive Verhalten der tschechischen Gebiete zurückzuführen ist, erscheint als zahlenmäßig bewiesene Tatsache außer Frage.

Auch unsere Preispolitik hat gänzlich versagt. Man hat einen Kranz laufen gelassen und einen Freiherrn v. Thavonat, welcher der Stadtgemeinde Wien zu einem Zeitpunkte Zuckerrübe um 30 K. verkaufte, als der Höchstpreis 4 K. betrug, gerichtlich freigesprochen und damit der Moral einen Todesstoß versetzt. Nun ist die K.-G.-V. den Preistreibern gefolgt, indem sie inländisches Getreide, das ihr 58 K. 80 H. kostet, in Form von Mehl mit 106 K. 55 H. weiter verkauft. Dem Zwischenhandel hat man entsprechende Zugeständnisse gemacht und es hat erst kürzlich ein Fachmann ausgerechnet, daß von den 156 Hellern, welche ein Laib Brot kostet, nur 57,8 H. der Landwirt für das Getreide erhält. Auch bei Kartoffel erhält der Landwirt 20 H., die K.-G.-V. 5,5 H. und die Stadtgemeinden, beziehungsweise Detailverschleißer 10,5 H.

Während in Deutschland 7 Pfund Kartoffel pro Woche ausgegeben werden, erhält man bei uns alle heilige Zeit ein halbes oder einen Kilo pro Person und muß sich darum stundenlang anstellen. In Brünn soll nun sogar der Kartoffelverkauf auf den Schlachthof verlegt werden, was bei unserem schlechten Stadtbahnverkehr eine neuerliche empfindliche Belastung der Konsumenten bedeutet. Im Vorjahre wurde das direkte Eindecken beim Landwirt mit der Statthaltereiverordnung vom 30. September bewilligt. Im Vorjahre wurde die Verlautbarung als zu spät bezeichnet. Viele Städter konnten sich nicht mehr eindecken und hatten dann einen kartoffellosen Winter. Heuer ist die Kartoffelernte gut, die Kartoffel aber werden weniger haltbar sein. Ich habe im Ernährungsamt vorgeschlagen, einen Teil der Kartoffel zu trocknen, Kartoffelwalzmehl daraus herzustellen, weil wir bei der laxen Bewirtschaftung unserer Getreideernte im Februar auf reines Maisbrot angewiesen sein werden. Man ist dem Plan gewogen, behauptet aber keine Kohle zu haben. Wenn man nun durch Bezugsscheine und Entzug der Kartoffelkarten den Städtern das Eindecken ermöglicht, so werden dieselben gute Kartoffel erhalten und für beste Aufbewahrung Sorge tragen, während wenn die Gemeinden das Einlagern besorgen, ein Großteil der Kartoffelernte verfaulen wird. Aus diesem Grunde sollten für jene Städter, denen Verbindungen fehlen, die Stadtgemeinden die Sicherstellung des Winterbedarfes besorgen und den Haushaltungen, welche die Kartoffel einlagern können, im Oktober und November den ganzen Winter, eventuell den Jahresbedarf zuführen. Dann werden den Städtern wenigstens Kartoffel zur Verfügung stehen und sie werden vor der größten Not bewahrt sein.

Genossenschaftsinstruktor Franz Hilmer, Brünn.

Ostdeutsche Rundschau

6/X. 1918

117

Volkswirtschaft.

Wien, 5. Oktober.

Die tschechische Aushungerung.

Am 27. Oktober v. J. hielt Abt Helmer seine denkwürdige Herrenhausrede, in der er die von deutscher Seite lang geahnte Ungleichmäßigkeit in der Ablieferung zwischen der deutschen und der tschechischen Landwirtschaft zahlenmäßig nachwies. Es sei hier nur darauf verwiesen, daß nach seinen Angaben bei Roggen die deutschen Bezirke 4,95 Meterzentner, die tschechischen dagegen nur 2,87 Meterzentner abgeliefert haben. Diese Helmerschen Zahlen als Grundlage nehmend, habe ich Mitte November vorigen Jahres in dem Aufsatze „Eine Abrechnung mit den Staatsrechtlern" berechnet, daß, wenn Tschechischböhmen nur so viel geliefert hätte als Deutschböhmen, seine Ablieferung um 597.170 Meterzentner Roggen mehr hätte betragen müssen, mit welcher Menge die Unversorgten des Landes Mähren volle sechseinviertel Monate ausgekommen wären. Da aber Tschechischböhmen die fruchtbare Ebene besitzt, kann man die mögliche Leistungsfähigkeit um ein Drittel höher einschätzen und es hätte unter diesen Gesichtspunkten die zu wenig abgelieferte Menge für den Jahresbedarf der Unversorgten Mährens gereicht, beziehungsweise es wäre Wien damit 7,5 Monate ausgekommen. Anschließend an diese Berechnung habe ich dann einige Ausblicke auf die mährischen Verhältnisse gemacht und hier insbesondere darauf verwiesen, daß von der deutschen Landwirtschaft ein Drittel der aufgebrachten Getreidemenge zur Ablieferung gekommen ist, während die deutsche Bevölkerung nach der österreichischen Statistik vom Jahre 1910 nur 27,6 v. H. beträgt und die Landwirtschaft bestimmt nur 20 v. H. ausmachen wird, weil bekanntlich der größte Teil der deutschen Bevölkerung in den Städten wohnt und Industrie und Handel angehört.

Eingehendere zahlenmäßige Mitteilungen habe ich damals hinsichtlich der Fettversorgung gemacht und darauf hingewiesen, daß Deutschmähren, das infolge der größeren Frischmilchlieferungen von Südmähren nach Wien nach den Vorschreibungen der k. k. Statthalterei, beziehungsweise der Bezirkshauptmannschaften, nur 21 v. H. zu liefern hat, von Anfang April bis Ende September 47 v. H. der Gesamtmenge zur Abstellung brachte. Ich habe darauf hingewiesen, daß in der ersten Zeit einzelne tschechische Bezirke, wie Walachisch-Meseritsch und Wsetin, nur 1,5 v. H. der aufgebrachten Menge abstellten, während beispielsweise zur selben Zeit der deutsche Teil des Bezirkes Sternberg 120 v. H. der Vorschreibung ablieferte. Daß nicht die Vorschreibung an diesen Verhältnissen schuld war, geht daraus hervor, daß in derselben Zeit, in welcher der deutsche Teil des Bezirkes Mährisch-Trübau 115 v. H. ablieferte, der tschechische Teil es nur auf 25 v. H. brachte. Ich habe damals wörtlich gesagt: „Würde Tschechischmähren seine Lieferungsverpflichtung so ernst nehmen wie Deutschmähren, dann hätte Tschechischmähren bis 30. September (1917) statt 178.408 Kilo Butter nicht weniger als 598.135 Kilo aufgebracht und dann wären statt 337.574 Kilo — 747.301 Kilo für die öffentliche Approvisionierung zur Verfügung gestanden; es hätte also die Fettkarte mit der doppelten Menge eingelöst werden können."

Ich wurde wegen dieser freimütigen Behandlung der tatsächlichen Verhältnisse von den tschechischen Blättern nicht wenig in den Kot gezerrt. Eine tatsächliche Widerlegung der Zahlen hat jedoch nicht stattgefunden. Lediglich der tschechische Landesmolkereiverein hat am 8. Dezember einen Landesmolkereitag abgehalten, der sich wohl auch mit Fachfragen, größtenteils aber — wie aus dem „Moravsky Venkov" hervorging — mit den von mir veröffentlichten Zahlen über die Ablieferungsverhältnisse befaßte. Präsident Sontag teilte dabei nach der wörtlichen Uebersetzung des „Venkov" mit: „Im ganzen wurden 354.377 Kilo (in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1917) abgeliefert, wovon auf die Tschechen 55,55 v. H., auf die Deutschen 44,5 v. H. entfallen." Er hat damit meine Ausführungen glänzend gerechtfertigt, denn die Differenz meiner und seiner Angaben beträgt hinsichtlich der deutschen Lieferungen 2,55 v. H., und es spielt absolut keine Rolle, ob die Deutschen nun um 23,45 v. H. oder um 26 v. H. der Gesamtmenge mehr geliefert haben als sie liefern sollten. Interessant dabei ist jedenfalls wieder, daß die tschechische Organisation die genauen Zahlen zur Verfügung gestellt erhielt, die den deutschen Kreisen verwehrt blieben.

Meine Behauptungen über die geringen Ablieferungen des tschechischen Grundbesitzes wurden von einer Reihe von deutschen Abgeordneten auch der k. k. Statthalterei zur Kenntnis gebracht. Damals wurde darauf erwidert, daß die tschechischen Bezirke mehr Selbstversorger aufweisen, mehr Kleingrundbesitz haben und infolgedessen weniger Getreide an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt abliefern können. Ich habe daraufhin in unserem ersten Fachblatte, der „Wiener landwirtschaftlichen Zeitung", mich mit den mährischen Grundbesitzverhältnissen befaßt und dort unter anderem ausgeführt, daß nach der Arbeit des tschechischen Landesrates Dr. Franz Rohacek über die Grundsteuervorschreibung in Mähren von der Gesamtsteuervorschreibung auf den Großgrundbesitz 22 v. H. entfallen, während hinsichtlich der deutschen Steuervorschreibung auf den Großgrundbesitz 16,8 v. H., hinsichtlich der tschechischen aber auf den Großgrundbesitz 23,7 v. H. kommen. Von der dem gesamten Großgrundbesitz Mährens vorgeschriebenen Steuer entfallen auf den im deutschen Wirtschaftsgebiete gelegenen Großgrundbesitz 19,2 v. H., auf den im tschechischen Wirtschaftsgebiet gelegenen 80,8 v. H. Ich habe auch nach dem „Neuesten Schematismus der Herrschaften, Güter und Zuckerfabriken in Mähren und Schlesien" die Ackerfläche des Großgrundbesitzes nach dem deutschen und dem tschechischen Wirtschaftsgebiete zusammengestellt und habe gefunden, daß auf den im deutschen Sprachgebiet gelegenen Großgrundbesitz nur 15,2 v. H. der Gesamtackerfläche des Großgrundbesitzes in Mähren entfallen. Daß diese Arbeit, die in der Nummer der „Wiener landwirtschaftlichen Zeitung" vom 30. Jänner 1918 erschien, unwiderlegt blieb, zeigt, daß sie jeder Kritik standzuhalten vermag.

Wertvolle Aufschlüsse zur Frage der tschechischen Lieferungen gibt die am 12. Mai 1918 erfolgte Antwort der Regierung auf die Anfrage des Herrenhausmitgliedes Grafen Schönborn in der Herrenhaussitzung vom 29. Oktober 1917. Die 34 Seiten betragende Antwort birgt eine Fülle von Zahlenmaterial und läßt uns einen genauen Einblick in die in Betracht kommenden Verhältnisse tun. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß die Hektarerträge Böhmens, wie folgt, angegeben wurden:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	in Meterzentnern			
tschechische Bezirke . . .	14·5	12·3	16·9	13·6
deutsche Bezirke	10·3	7·9	13·3	11·3

Abgeliefert wurden nach dieser amtlichen Zusammenstellung in Böhmen

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
	in Meterzentnern			
von den deutschen Bezirken	7·3	6·3	10·5	6·5
„ „ tschechischen „	4·8	2·7	7·6	5·0

Es hat also das deutsche Randgebirge für den Hektar Ackerfläche um 30 bis 50 v. H. mehr abgeliefert als die fruchtbare tschechische Tiefebene, die Kornkammer Oesterreichs.

Hinsichtlich Mährens habe ich in dem Aufsatze „Die Versorgung der Bevölkerung bei der Kriegsproduktion" darauf verwiesen, daß einzelne Gebiete nicht das geleistet haben, was man von ihnen verlangen konnte, und habe unter Anführung der Anbaufläche und der Ablieferung hinsichtlich einzelner Bezirke die Lieferung für den Hektar berechnet. Der Landesdurchschnitt hinsichtlich aller Lieferungen, der bei Weizen 3,99 Meterzentner, bei Korn 1,98 Mtzr., bei Gerste 5,88 Mtzr., bei Hafer 370 Mtzr. und bei Kartoffel 8,05 Mtzr. beträgt, ist an und für sich schon niedig. Interessant ist nun, daß der deutsche Bezirk Nikolsburg, der ständig unter Trockenheit leidet, mit 8,20 Meterzentner Weizen an erster Stelle steht, während die tschechischen Hanuabezirke Proßnitz und Littau nur 2,85 Mtzr., beziehungsweise 1,84 Mtzr. lieferten. Im Mährisch-Schönberger Bezirk hat das deutsche Gebiet 8,07 Mtzr., das tschechische Gebiet 2,85 Mtzr. Weizen für den Hektar Ackerfläche abgeliefert. Bei Roggen brachte es der Bezirk Proßnitz nur auf 1,34 Mtzr., der Bezirk Littau sogar nur auf 0,96 Mtzr., und vom Bezirk Sternberg wurden hinsichtlich des deutschen Teiles 4,24 Mtzr., hinsichtlich des tschechischen Teiles 2,26 Meterzentner abgeliefert. Selbst bei Gerste, der typischen Frucht des Rübenbodens, steht der deutsche Bezirk Nikolsburg mit 10,49 Mtzr. an erster Stelle und es folgt dann erst Proßnitz, worauf gleich der vorwiegend deutsche Bezirk Sternberg, der auch bei Weizen mit 7,97 Mtzr. ziemlich hoch oben steht, mit einer Gerstenlieferung von 8,46 Mtzr.

Nun ist die Gegenüberstellung auf Grund der Ablieferungen für den Heklar noch immer nicht einwandfrei. Ich habe deswegen in der „Oesterreichischen Agrarzeitung" vom 22. Juni 1918 für jeden einzelnen Bezirk den Ertrag auf Grund der Anbaufläche und der Ernteschätzung an Brotfrucht berechnet, von dieser Zahl den Selbstversorgerbedarf mit 144 Kilo jährlich und die Lieferungen an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt in Abzug gebracht und so festgestellt, was die einzelnen Bezirke zu viel oder zu wenig zur Ablieferung gebracht haben. Dabei konnte ich feststellen, daß die deutschen Bezirke Bärn, Mährisch-Schönberg und Sternberg um 828 Mtzr., 3522 Mtzr. und 877 Mtztr. mehr geliefert haben als sie rechnungsmäßig liefern sollten, während beispielsweise die tschechischen Bezirke Littau, Proßnitz und Prerau mit 13.595 Mtztr., 5266 Mtzr. und 1223 Mtzr. im Rückstande geblieben sind. Dabei grenzen die genannten Bezirke aneinander und es wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechend berücksichtigt, wie überhaupt der Umstand, daß die Arbeit in einem ersten Fachblatt und keiner provinziellen Hetzpresse enthalten war, zeigt, daß es sich bei diesem Vergleiche um eine Arbeit handelte, der jede nationale Triebfeder fern lag.

Will man die Verhältnisse richtig beurteilen, so muß man sich vergegenwärtigen, daß in demselben Wirtschaftsjahre, in welchem die Tschechen 1,744.000 Mtzr. Getreide abgeliefert haben, die Deutschen auf 839.400 Mtzr. kamen. Selbst wenn man nach der österreichischen Statistik die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen einschließlich der Taglöhner und der Familienmitglieder zum Vergleiche heranzieht, wird man finden, daß von 662.989 zur Berufsklasse A (Land- und Forstwirtschaft) gehörenden Berufstätigkeiten nur 141.280 oder 21,3 v. H. deutscher Zunge sind. Ueber die Bodenverteilung steht uns leider keine Statistik zur Verfügung. Sie wird aber ähnliche Zahlen geben. Auf keinen Fall erscheint es gerechtfertigt, daß von den 18.760 Kilo Butter, die in zwei aufeinanderfolgenden Juniwochen in Mähren aufgebracht wurden, nur 10.032 Kilo oder 53,5 v. H. vom tschechischen Gebiet stammen, mithin das deutsche statt 21 v. H. bis 46,5 v. H. aufgebracht hat oder daß in einer Septemberwoche, in welcher 5504 Kilo aufgebracht wurden, vom deutschen Gebiet 2937 Kilo, das sind 53,37 v. H. zur Abstellung kamen. Oder daß in zwei aufeinanderfolgenden Septemberwochen, in denen 800 Kilo und 1200 Kilo an die Landeshauptstadt Brünn geliefert wurden, von diesen 2000 Kilo — 1245 Kilo von deutschen Molkereien stammen. Oder daß endlich an der oben erwähnten 5504 Kilo Wochenmenge die deutschen Gemeinden des Bezirkes Mährisch-Trübau mit 995 Kilo oder einem Sechstel der Gesamtmenge beteiligt sind, obwohl es sich nur um 55 Gemeinden handelt, während Mähren 3028 Gemeinden zählt.

Es ist leider Tatsache, daß die Ernteschätzungen in den tschechischen Bezirken ein äußerst klägliches Bild ergeben haben und es wurden Fälle bekannt, wo tschechische Gemeinden nur einen Ernteertrag von 1 Mtzr. für den Hektar angaben. Infolgedessen gehen auch die provisorischen Kontingente von ganz falschen Voraussetzungen aus und die Tschechen wissen wohl, was sie bezwecken, wenn sie die Landwirte auffordern, nur die provisorischen Kontingente abzuliefern. Die Regierung aber tritt den tschechischen Plänen wieder nur mit der in Oesterreich üblichen Energielosigkeit entgegen und spricht in der amtlichen Erklärung über eine unzulässige Gründung nur davon, daß mehrere Tagesblätter die Nachricht brachten, daß in Mähren an der Schaffung einer Organisation gearbeitet werde, die aus Erzeugern und Verbrauchern zu bestehen hätte. Daß diese Organisation nur in tschechischen Kreisen geplant ist, darüber erfährt man aus dieser amtlichen Erklärung kein Wörtchen, wie auch der tschechische Wirtschaftsrat nicht erwähnt wird, obwohl man weiß, daß zwischen seinen satzungsmäßigen Zielen und der wirklichen Arbeit ein gewaltiger Unterschied besteht. Beinahe muß man dem österreichischen Richter recht geben, der in unserem gemäßigsten Tagesblatt, der „Reichspost", vom 17. v. M. schreibt: „Der Olmützer Beschluß läßt sich kriminalistisch in eine ganze Musterkarte strafbarer Handlungen auflösen"... Man wird dem Staatsanwalt aus Olmütz aus vollem Herzen beipflichten, wenn er die Anklage erhöbe, um dem Gericht die Möglichkeit zu einer exemplarischen Strafe zu bieten. Wird er das tun? Wird er das tun dürfen? Da muß allerdings noch die Vorfrage gelöst werden, ob auf dem Gebiete der künftigen tschecho-slowakischen Republik die österreichischen Gesetze noch Geltung haben. Fast möchte man es bezweifeln.... Wenn so ein unbeeinflußbarer Richter schreibt, dann muß wahrlich die Zeit zum Einschreiten schon gekommen sein.

Nun besagt eine Notiz vom 26. v. M. allerdings, daß das Amt für Volksernährung die politischen Landesbehörden beauftragt hat, die Ergebnisse der Getreideaufbringung allwöchentlich in der Tagespresse zu veröffentlichen. Das heißt wieder ein scheinbares Zugeständnis machen. Denn die Konferenz der deutschmährischen Abgeordneten hat die monatliche Veröffentlichung der Aufbringungsergebnisse nach Bezirken und Nationen getrennt verlangt, und zwar hinsichtlich aller staatlich bewirtschafteter landwirtschaftlicher Produkte. Bei Getreide wurde dabei auch gleichzeitig die Veröffentliung der Anbauflächen gefordert, damit die Lieferung für den Heklar berechnet werden kann. Dabei müssen selbstverständlich zur Beruhigung der deutschen Oeffentlichkeit **zuerst die Aufbringungsergebisse des Jahres 1917—1918 und dann diejenigen des Jahres 1918—1919 von der Ernte bis September veröffentlicht werden,** weil die deutsche ländliche Bevölkerung gleich nach der Ernte fast allen Ueberschuß abgeliefert hat und spätere Ausweise wertlos werden, wenn man die bisherigen Leistungen nicht berücksichtigt. Neben dieser Hauptforderung wurde von den deutschmährischen Abgeordneten auch ein Verbot der nationalen Wirtschaftsräte und der Nationalsteuer gefordert und ein Wechsel in der Leitung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt verlangt, da die jetzige tschechische Leitung den Deutschen jeden Einblick in die Geschäftsgebarung derselben verwehrt, während die tschechischen Blätter das ihnen zusagende Material veröffentlichen, das die deutschen Blätter dann mit Quellenangabe nachdrucken können. Die Regierung muß sich endlich klar werden, daß auch die Geduld der deutschen Kreise einmal ein Ende hat und sie wird wissen, daß die Versammlung der deutschen Abgeordneten am 18. v. M. die Organisation der Selbsthilfe verlangt hat, wenn den berechtigten Forderungen des deutschen Volkes nicht vollends entsprochen wird. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es nur eine Wahl gibt: **Zusammenbruch oder Umkehr.**

Genossenschaftsinstruktor Franz Hilmer, Brünn.

Arbeiterzeitung

Ukrainische Aus- und Einfuhr.

(Von unserem Kriegsberichterstatter Hugo Schulz.)

Kriegspressequartier, Anfang Oktober.

Wir haben augenblicklich andere Sorgen als die ukrainischen und sowohl unsere Hoffnungen als auch unsere Befürchtungen bewegen sich auf Geleisen, die weitab liegen von der Bahnlinie Lemberg—Kiew. Man kann nur mit halbem Ohre hinhören, wenn jetzt jemand zu erzählen anhebt, wie er es in der Ukraine gefunden hat, und ich bin daher als Erzähler in der mißlichen Lage, die Aufmerksamkeit, die jetzt eine magnetische Kraft nach dem Westen zieht, für Dinge in Anspruch zu nehmen, die am entgegengesetzten Pol unseres Schicksalsdramas liegen. Ich muß aber meine Pflicht erfüllen, denn noch ist das, was auf dem fettscholligen Boden der sarmatischen Ebene vorgeht, für uns lebenswichtig, und noch werden wir geraume Zeit mit den leidigen ukrainischen Zufuhren, die manche für etwas bloß Sagenhaftes halten, rechnen müssen. Als ich meine jüngste Reise in die Ukraine antrat, standen diese Zufuhren noch im Vordergrund des Interesses und viele ängstliche Erörterungen knüpften sich an sie. Allerlei Gerüchte waren aus dem Osten herübergedrungen und wer ihnen Gehör schenkte, sah die Dinge recht schwarz an. Es hieß, daß unsere Truppen dort einen schweren Stand haben und gewissermaßen auf einem Vulkan stehen, daß es Aufstände und wilde Kämpfe gebe, Attentate und Morde am hellichten Tage, dazu noch einen unzerbrechlichen passiven Widerstand der Menschen und der Dinge, an dem schließlich doch alles scheitere. „Etwas wird wohl daran sein," dachte ich, als ich bei Podwoloczyska die Grenze überschritt, und ich war dann wirklich sehr erstaunt, allenthalben bis weit hinüber ins Donezgebiet Zustände vorzufinden, die ein wesentlich anderes, bei weitem günstigeres Bild ergaben. Gewiß, unsere Truppen haben einen schweren Stand, denn sie müssen einen harten Dienst verrichten. Einen Friedensdienst zwar und, wenn man von den kleinen Scharmützeln mit Räuberbanden absieht, die gelegentlich noch vorkommen, ohne Blutvergießen, aber überaus anstrengend. Viele Wachen, weiträumige Märsche in Hitze und Staub, Transport- und Ladearbeiten, schließlich auch noch die emsige Besorgung des Heimpaketabschubes, der den damit befaßten Soldaten schwere und nur mit spärlichen Ruhepausen gewürzte Arbeit aufbürdet. Auch den Büros der Generalstäbler bleibt nichts geschenkt und der Sprung aus dem „Operativen" mitten hinein in ein vielmaschiges Geflecht von verwaltungstechnischen, staatsrechtlichen, volkswirtschaftlichen oder handelspolitischen Aufgaben hat manchen in eine Lage gebracht, die ihn veranlassen könnte, zu erwägen, ob er nicht lieber im Frieden den Säbel abschnallen und ein Lehramt an einer Konsularakademie oder Exporthochschule anstreben solle. Der Oberkommandierende selbst, General der Infanterie Alfred Kraus, bisher einer der gewiegtesten und nach seinen Erfolgen auch zuverlässigsten Fachleute für Strategie, hat den Clausewitz für einige Zeit zugeklappt und leitet unter Zuziehung eines Stabes von Experten den Verteidigungskampf der österreichischen Valuta. Der eigentliche Wirtschaftsstäbler aber, der aus Rumänien bekannte Generalmajor v. Sendler, den man nach seinem Temperament und nach seiner impulsiven Art für alles eher halten möchte denn für einen nüchternen Geschäftsführer, hat sich in einen Großkaufmann verwandelt und dazu noch in einen Bankdirektor und einen Industriekapitän — das alles, wie die Beteiligten mir versichern, ohne die geringste bürokratische Bedenklichkeit und Beengtheit. Heute will ich mich darauf beschränken, darzulegen, wie unsere Besatzungstruppen mit dem Wirtschaftlichen fertig zu werden suchen.

Man spricht bei uns über die Lebensmitteleinfuhr aus der Ukraine sehr skeptisch und insofern mit Recht, als die Menge des vom ukrainischen Nahrungsmittelrat in Kiew — dem „Unrat", wie ihn unsere Kommandostellen, die Anfangsbuchstaben zusammenfassend, scherzhaft nennen — für die Ausfuhr aufgebrachten Getreides weit hinter dem zurückbleibt, was man sich anfangs erträumte. Indessen darf man die Bedeutung der Ukraine für unsere Ernährung doch nicht unterschätzen und es stünde noch schlimmer um sie, wenn die Einfuhr nicht in den Stunden der bittersten Not ausgeholfen hätte. Schon der gewissermaßen auf einem Nebengeleise laufende Heimpaketabschub liefert sehr beträchtliche Mengen, die ins Gewicht fallen. Diese aus den Vorratskasernen bestrittenen Einzelsendungen der Soldaten vollziehen sich außerhalb des zwischen uns und dem Deutschen Reiche vereinbarten Aufteilungsprogramms und gehen nicht nach dem „Schlüssel". Es herrscht da zwischen den deutschen und den österreichischen Soldaten ein löblicher Wetteifer und der österreichische Wirtschaftsstab hat organisatorische Vorkehrungen getroffen, die es ermöglichen, daß die Gesamtmenge unserer Heimpaketsendung hinter der deutschen nicht zurückbleibt. Der General v. Sendler läßt es sich besonders angelegen sein, den Hauptstrom der Heimpaketsendungen in Notstandsgebiete, zumal nach Nordböhmen, zu leiten, und zwar so, daß die dort einlangenden Kistchen nicht an Privatleute gelangen, sondern der gesamten armen Bevölkerung zugute kommen. Es herrscht nur Mangel an Holz zur Herstellung der vielen Tausende Kistchen, die nötig sind, und es wäre gut, wenn das Hinterland durch ausgiebige Holzsendungen den Abschubstellen ihre Aufgabe erleichterte.

Die Schwierigkeiten bei der Aufbringung des Getreides haben in der Ukraine keine anderen Ursachen als bei uns daheim. Der ukrainische Bauer, der übrigens so wie anderwärts mit Geld gesättigt ist, will die Konjunktur genau so bis aufs äußerste ausnützen wie jeder andere Bauer. Man mußte ihm Waren ins Haus bringen, um seine Getreidevorräte aus dem Versteck zu locken, aber die Wareneinfuhr läßt eben noch viel zu wünschen übrig und gerät überdies allzuleicht in die Hände der Schleichhändler. Die Militärverwaltung bemüht sich mit Eifer, den Wünschen der Bauern entgegenzukommen, und wartet die Einfuhr gar nicht erst ab, sondern hat, wo es möglich war, auch an Ort und Stelle verlassene Werkstätten in Betrieb genommen, um Bauernware zu erzeugen. Bei Cherson sah ich eine große Maschinenfabrik, die während der Bolschewikizeit von ihren Besitzern geschlossen wurde und nun von österreichischen Soldaten, gemeinsam mit russischen Arbeitern, betrieben wird. Sie liefert bereits wöchentlich 400 Pflugscharen und etliche Dutzend Maschinenpflüge. Wie die Dinge liegen, ist es natürlich nicht zu vermeiden, daß gelegentlich in den Dörfern requiriert werden muß, aber die Requisitionen geschehen im Auftrag und unter Ueberwachung ukrainischer Behörden. Man darf nicht übersehen, daß die ukrainische Bevölkerung selbst ein Interesse daran hat, die Getreidevorräte der Produzenten voll zu erfassen, denn die Städter und zumal die Arbeiter befinden sich dort in derselben Lage wie bei uns. Die besitzlosen Massen der Bevölkerungen von Odessa, Cherson, Jekaterinoslaw, Charkow, Mariupol und unzähliger Kleinstädte würden genau so verhungern wie bei uns, wenn es keinen Lieferungszwang für die Getreideproduzenten gäbe und wenn sie lediglich auf den freien Handel angewiesen wären, wie denn tatsächlich einmal in Odessa ohne kräftiges Einschreiten der Militärbehörden gegen die Wucherinteressenten buchstäbliche Hungersnot ausgebrochen wäre. Ein typisches Bild der Zustände, die einreißen würden, wenn man den ukrainischen Landwirt seine Konjunktur voll ausnützen ließe, bot bis vor kurzem die Lage in den Kohlenrevieren des Donezgebietes. Dort mußten die Arbeiter massenhaft abwandern, die Zurückbleibenden aber verweigerten trotz der gesteigerten Löhne jegliche Arbeit, weil sie dem Verhungern preisgegeben waren, während sie dabei ringsum im weiten Lande den Ausblick auf lachende Fluren hatten und auf Bauerngehöfte, die in Milch und Butter schwammen. Wer in ein solches Bauernanwesen trat, konnte als Gast einen mächtigen Topf Milch, dazu noch einen zehn Pfund schweren Laib Brot und eine Speckseite vorgesetzt bekommen, nur ein „Burschuis" aber war in der Lage, etwas von diesen Schätzen für Geld zu erstehen. Das hat sich nun geändert und die Wirkung davon ist, daß die reichen Kohlengebiete im Donez nun nutzbar zu werden beginnen. In den von den österreichischen Truppen besetzten Revieren gewinnt man nun wieder 42 Prozent der Friedensförderung, in den deutschen etwas weniger. Die Militärbehörden sind der Ansicht, daß sich die Aufbringung des Getreides noch viel ergiebiger gestalten könnte, wenn man in den Maßnahmen etwas stetiger wäre. Sowohl die gütliche Methode des Getreideeinkaufes verspricht Erfolg, wenn man Geduld hat und die Dinge ausreifen läßt, als auch die schärfere Methode der Requisition. Schädlich ist nur das unter dem Einfluß wechselnder politischer Auffassungen und auch wohl unter dem Einfluß der Ungeduld erfolgende Hin- und Herschwanken. Am deutlichsten erweist sich das beim Vieheinkauf, bei dem alles tadellos von statten geht, weil er derselben Körperschaft übertragen wurde, die schon seit Beginn des Krieges die Viehlieferungen der Ukraine besorgt.

Wie steht es nun aber mit der Wareneinfuhr? Ein Odessaer Witzblatt brachte kürzlich ein Titelbild, worauf man auf der einen Seite einen vollbeladenen Zug sah, der aus der Ukraine herausfährt, auf der anderen Seite ein Flugzeug, das ihm entgegenkommt und zwei Hutschachteln am Steuer hängen hat. Dieser Witz entspricht in keiner Weise den Tatsachen, vielmehr hat, wie die statistischen Ausweise ergeben, die Einfuhr der Ausfuhr Tonne für Tonne die Wage gehalten. Allerdings bleibt die österreichisch-ungarische Einfuhr hinter der deutschen weit zurück, und daran trägt wohl die Eigenart unserer Kaufleute in erster Linie die Schuld. Vor allem sind sie zu bequem, vielleicht auch zu ängstlich, selbst in die Ukraine zu kommen, obgleich sie dort genau so sicher reisen können wie ihre deutschen Kollegen. Sie ziehen es vielfach vor, Waren nach Podwoloczyska gelangen zu lassen, wo sich ihrer dann der Schleichhandel bemächtigt, um sie mächtig verteuert an den Verbraucher zu bringen, der dann die Gegenstände zu den ortsüblichen schwindelhaften Preisen erstehen muß und dabei nicht einmal erkennt, daß sie Einfuhrartikel sind. Der General v. Sendler hat jetzt, so gut es ging, die Sache selbst in die Hand genommen und in allen größeren Städten der drei Gouvernements militärische Warenhäuser errichtet, die täglich von den Käufern förmlich bestürmt werden. Man erkennt aber auch dort, wie schwer aus unseren Kaufleuten, die nur verdienen, aber nichts riskieren wollen, was Ordentliches herauszubringen ist. Während gerade die kostbarsten und schönsten Dinge in den russischen Großstädten, in denen sich das Kriegsgewinnertum noch aufdringlicher breit macht als bei uns, auf den sichersten Absatz rechnen könnten, sendet man Waggons voll öder Ramschware, die ja auch gekauft wird, weil nichts anderes da ist, die aber keineswegs geeignet ist, die Leistungsfähigkeit unserer Industrie oder unseres Kunstgewerbes ins rechte Licht zu setzen.

Neues Wiener Tagblatt
11/X. 1918

1130

Die Approvisionierung im Kriege.

Zubußen für Kinder unter zwei Jahren.

Es wird uns gemeldet:

„Die Sorge um die Ernährung der Kinder zartesten Alters bedrückt nicht nur die Mütter der Kleinen, sie ist auch eine Angelegenheit der Gesamtheit. Kaiserin Zita nahm auf ihren Besuchen in Kriegsküchen und bei Ausspeisungen wiederholt die Einwirkung der mangelhaften Ernährung auf die Kleinsten der Stadtkinder wahr und drang mit besonderem Nachdrucke darauf, daß ehestens ausreichende Nahrung beschafft werden müsse. Ueber das Fortschreiten dieser Aktion mußte der Ernährungsminister Bericht erstatten und wurde nach mannigfachen Beratungen mit dem Ministerium für Volksgesundheit, hervorragenden Aerzten und den Vertretern der Nahrungsmittelindustrie eine Lösung der Frage dahin gefunden, daß in nächster Zeit bereits eine Kleinkindermehlkarte zur Ausgabe gelangen wird, auf Grund deren für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre allwöchentlich je 200 Gramm feiner ausgemahlenes Weizenmehl und 125 Gramm Weizengrieß oder Haferflocken, je nach Verfügbarkeit, verteilt werden. Durch die Zuweisung der Kleinkindermehlkarte entfällt die Brotkarte nicht.

Daß die Kleinkinderernährung nicht auf künstliche Nährpräparate aufgebaut wird, sondern in erster Linie auf Weizenmehl und Weizengrieß, beruht auf den Anträgen des Ministeriums für Volksgesundheit, das hiebei von medizinischer Seite unterstützt wurde. Die künstlichen Nährmittel, für die das Amt für Volksernährung Getreide und Malz zur Verfügung stellt, sollen eine Zubuße für kranke Kinder bilden. 25 Prozent dieser Nährmittel werden für die bemittelten Klassen in den freien Handel gelangen, den Rest müssen die Fabriken unter Ausschaltung des verteuernden Zwischenhandels entsprechend dem Bedarfe an die Landesstellen abgeben, die diese Nährmittel durch die in ganz Oesterreich bestehenden und vorzüglich bewährten Mutterberatungs- und Säuglingsfürsorgestellen verteilen lassen werden.

Die Kleinkindermehlkarte gelangt ausschließlich für Kinder der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung zur Verteilung; die Zahl der Kinder wurde bei Berechnung des Erfordernisses mit etwa 600,000 angenommen. Die Deckung des Bedarfes an Getreide wurde von der Ministerialkommission für die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt bereits verfügt.

(Die Fürsorge für Kinder zartesten Alters wird sicherlich allgemeiner Billigung begegnen, trotz des Umstandes, daß infolge der beängstigenden Knappheit an Nahrungsmitteln besondere Zuwendungen auf einer Seite Schmälerungen auf einer andern Seite unvermeidlich bedingen. Hoffentlich haben die verantwortlichen Stellen sich die Ueberzeugung verschafft, daß die vorhandenen Nahrungsmittel noch ausreichen, um die mitgeteilten Zuwendungen an Kinder nicht bloß zu beschließen, sondern auch durchzuführen. Dies vorausgesetzt, wird man die Aktion nur loben können. m. h.)

Minister Dr. Paul über aktuelle Ernährungsfragen.

Die Tagung des Ernährungsrates wurde durch eine Ansprache des Präsidenten Dr. Grafen Larisch-Moennich eröffnet, in der er auf die großen Schwierigkeiten verwies, mit welchen die Ernährung am Ende des abgelaufenen Wirtschaftsjahres zu kämpfen hatte und die nur dank der Opferwilligkeit der Bevölkerung überwunden werden konnte. Es sei notwendig, daß die Regierung auf dem Wege von Verhandlungen für die notwendigen auswärtigen Zuschübe sorge.

Hierauf ergriff der Leiter des Amtes für Volksernährung Minister Paul das Wort: Was die Verhältnisse im neuen Wirtschaftsjahre anlange, so habe die Frühdruschaktion im allgemeinen ein günstiges Ergebnis gezeitigt und in den meisten Kronländern größere Ablieferungen als in der gleichen Zeit des Vorjahres bewirkt. Nichtsdestoweniger könne derzeit so lange nicht an die Ausgabe der vollen Mehlquote gedacht werden, als nicht die Deckung des Abganges aus der inländischen Ernte durch auswärtige Zuschübe vollständig gesichert erscheine.

Auf Rumänien und die Ukraine könne derzeit nicht mit Sicherheit gerechnet werden. Ungarn habe aus seinem Frühdrusch in den Monaten August und September Oesterreich einige tausend Wagen Mehl zur Verfügung gestellt. Die Hauptverhandlungen mit Ungarn auf Lieferung von Getreide für das ganze Wirtschaftsjahr seien jedoch noch nicht abgeschlossen; Ungarn habe hiebei den Wunsch ausgesprochen, daß es für die von ihm zu liefernden Lebensmittel, insbesondere Getreide, Vieh und Fett, von Oesterreich Industrieartikel erhalte. Selbstverständlich sei Oesterreich bereit, auch weiterhin die benötigten Industrieartikel zu liefern; diese Möglichkeit unterliege jedoch durch den Rückgang der eigenen Produktion begreiflichen Beschränkungen, um so mehr als unsre Bevölkerung selbst an Kohle und Petroleum kaum erträglichen Mangel leide. Der Minister erörtert die immer zunehmenden Schwierigkeiten der staatlichen Aufbringung, die Wirkungen, welche eine Reihe von Nebenaktionen auf die Aufbringungsergebnisse habe, und den fortwährend steigenden Schleichhandel. Wenn der Minister auch zugebe, daß die Bevölkerung durch die geringe Lebensmittelzuweisung dazu gedrängt werde, sich außerhalb der staatlichen Versorgung Nahrungsmittel zu beschaffen, so müsse der Staat doch darauf dringen, daß er die Ernte in die Hände bekomme. Nehme ihm die Bevölkerung diese Möglichkeit und verschwinde die Ernte im Schleichhandel zugunsten einzelner, so könne eben der Staat zureichende Rationen nicht ausgeben. Der Minister macht dann Mitteilung von den besonderen Maßnahmen für die Ernährung der kleinen Kinder und bespricht in ausführlicher Weise die Kartoffelbewirtschaftung. Des weiteren berührt er die zunehmenden Schwierigkeiten in der Fleischversorgung, die das Amt zur Einführung eines dritten fleischlosen Tages und zur Erwägung der Anordnung fleischloser Wochen gezwungen hätten. Allerdings stehe er auf dem Standpunkt, daß fleischlose Wochen solange nicht eingeführt werden, als nicht Zubußen an andern Nahrungsmitteln gegeben werden können.

Was die Versorgung mit Zucker anlange, die bisher mit Rücksicht auf den Rückgang der Produktion zwar im beschränkten Umfang, doch immerhin befriedigend vor sich gegangen sei, so begegne auch diese im neuen Wirtschaftsjahre zunehmenden Schwierigkeiten. Zwar verspreche die Rübenernte ein weit besseres Ergebnis als im Vorjahre, infolge der bisher ungenügenden Kohlenversorgung sei jedoch Gefahr vorhanden, daß die Rübe nicht vollständig aufgearbeitet werden könne. Jedenfalls vermöge man die Raffinade derzeit nicht sicherzustellen, so daß dem Konsum bis auf weiteres nur Rohzucker zur Verfügung stehen werde. Der Minister verwies noch darauf, daß die Mittelstandsaktion in den einzelnen Kronländern bereits durchgeführt sei, indem die verfügbaren Geldmittel den in Betracht kommenden Organisationen überwiesen worden wären. In den übrigen Kronländern stehe die Flüssigmachung der Geldbeträge unmittelbar bevor. Anschließend bemerkte der Minister, daß die Versorgungslage schwierig zu werden drohe, wenn die ungarischen Zuschübe nicht bald einsetzen. Die größte Schwierigkeit bilde jedoch der fast geschlossene Widerstand der Bevölkerung gegen die Anordnungen des Amtes. Das Gefühl des Verbotenen sei leider verlorengegangen, so daß die bestausgedachten Maßregeln auf dem Papier blieben. Lasse auch die politische Entwicklung der letzten Tage einen baldigen Frieden erhoffen, so sei damit noch keine Erleichterung der Versorgung zu gewärtigen. Die Behebung der derzeitigen Ernährungsschwierigkeiten werde nicht mit wünschenswerter Raschheit vor sich gehen können. Um so mehr müßten alle an den Maßnahmen mitwirken, die eine Verbesserung der Lage zum Zwecke hätten. Dazu bedürfe es aber der unterschiedlosen Unterstützung aller Kreise der Bevölkerung.

* * *

Der Economist.

Die wirtschaftliche Bedeutung der besetzten Gebiete.

Wien, 11. Oktober.

Das in der Antwortnote Wilsons enthaltene Verlangen nach Räumung der besetzten Gebiete ist, ganz abgesehen vom militärischen Standpunkte, in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutungsvoll. Ein Teil der besetzten Gebiete hat dazu beigetragen, unsere Ernährungsschwierigkeiten zu mildern. Polen und Serbien haben größere Mengen von Vieh, Schweinen, Schweinefleisch und Fettprodukten geliefert. Diese Gebiete waren aber auch als Lieferanten von Geflügel, Eiern, Butter und anderen wichtigen Lebensmitteln von Wichtigkeit.

Die Lieferung von Lebensmitteln aus Venetien kam für das Hinterland nur in geringerem Maße in Betracht. Die wichtigste Aufgabe Venetiens war, die dort stehenden Truppen mit den erforderlichen Lebensmitteln zu versorgen und dadurch eine Entlastung des Hinterlandes herbeizuführen. Dieser Aufgabe dürfte Venetien dank aller getroffenen Maßregeln ziemlich gerecht geworden sein. Auch dieser Ausfall würde eine Verschlechterung der Lebensmittelversorgung mit sich bringen. Es wäre daher natürlich, daß an eine Räumung dieser Gebiete nur dann gedacht werden kann, wenn für den Entgang an Nahrungsmittelquellen ein entsprechender, die Ernährung der Bevölkerung sicherstellender Ersatz geboten werden würde. Diese Forderung ist so selbstverständlich und mit jedem Friedensgedanken so innig verbunden, daß man in der Annahme nicht fehl gehen wird, auch Wilson habe sich bei Aufwerfung der Räumungsfrage mit ihr vertraut gemacht. Einfache Räumung der besetzten Gebiete ohne hinreichende Sicherung von Nahrungsmittelzuschüben an Oesterreich würde eine Verlängerung der schweren Schäden bedeuten, denen gerade durch die Vermittlung des Friedens im Interesse der notleidenden Menschheit ein Ende gemacht werden soll.

Die Ukraine kann nicht als besetztes Gebiet im eigentlichen Sinne aufgefaßt werden. Gegen eine Räumung dürften die gegenwärtigen leitenden Kreise in der Ukraine selbst großen Widerstand erheben, da mit dem Abziehen der deutschen und österreichischen Truppen vollständige Anarchie und Zustände wie in Großrußland einreißen würden. Gegenwärtig gilt in Rußland die Ukraine als sicherstes und geordnetstes Gebiet und täglich ergießt sich ein Strom von Flüchtlingen aus den anderen Teilen Rußlands dorthin. In der Versorgung in den einzelnen Nahrungsmitteln würde sich bei Räumung Rumäniens und der Ukraine folgende Aenderung ergeben:

1. Getreide: Oesterreich allein vermag seinen Getreidebedarf nur zum Teile zu decken. Wieviel vom Abgange Ungarn liefern kann, ist derzeit noch ungewiß; die Verhandlungen laufen fort. Das Uebrige müßte aus den besetzten Gebieten geliefert werden. Die Mißernte Rumäniens läßt Edelgetreide überhaupt nicht und Mais nur im Ausmaße von höchstens zwei Millionen Meterzentner erwarten, wovon Oesterreich die Hälfte erhielte. Im Kiewer Vertrage vom 10. September l. J. ist eine Lieferung an die Zentralmächte von etwa 105 Millionen Pud in Aussicht genommen, was über 17 Millionen Meterzentner ausmachen würde. Hievon bekam Oesterreich (nach anderen Abzügen) etwa 8 Millionen Meterzentner. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß dieses Quantum aufgebracht würde. Die ukrainische Regierung hat zwar bis 1. Dezember 1918 die Lieferung von 40 Millionen Pud (etwa 6½ Millionen Meterzentner) und bis 15. Juni 1919 im ganzen mindestens 75 Millionen Pud (etwa 12½ Millionen Meterzentner) garantiert; die für den September vorgesehene Aufbringungsmenge ist jedoch nur zum geringen Teile faktisch geliefert worden. Immerhin dürfte, wenn die Verhältnisse in der Ukraine sich konsolidieren sollten und die Besetzung aufrecht bleibt, ein Zuschuß von einigen Millionen Meterzentnern Getreide für die Zentralmächte zu erwarten sein. Da sich die politische Entwicklung in der Ukraine nicht vorhersagen läßt, hat jede Schätzung weite Fehlergrenzen.

2. Fett: Im Wirtschaftsabkommen mit der Ukraine vom 10. September 1918 gibt die ukrainische Regierung den Mittelmächten das Recht, 400.000 Pud Speck (660 Waggons) und 60.000 Pud Butter und Käse (100 Waggons) auszuführen. Rumänien hat im vorigen Jahre an Oesterreich 71.511 Stück Schweine geliefert und ferner eine Kleinigkeit (11 Waggons) Schmalz und Speck. Dazu kommen verschiedene ölhältige Samen, wie Raps, Sonnenblumensamen, Maiskeime und sonstige Oelsaaten.

3. Vieh und Fleisch: Im Vertrage mit der Ukraine haben die Mittelmächte das Recht, 11 Millionen Pud Lebendrinder, also nicht ganz 2 Millionen Meterzentner (20.000 Waggons) bis 30. Juni, das ist also in zehn Monaten, aus der Ukraine auszuführen, wovon 10.000 Waggons durch das ukrainische Ernährungsministerium geliefert werden sollen. Dies würde also eine Monatsmenge von insgesamt 2000 Waggons an Rindern bedeuten. Wie viel davon tatsächlich kommen wird, kann ebensowenig wie bei Getreide gesagt werden.

4. Eier: Nach dem Ukrainevertrag sind wir berechtigt, 2500 Waggons Eier nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn zusammen einzuführen, wovon Oesterreich 40 Prozent erhalten würde. Es wäre zu hoffen, daß — wenn konsolidierte Verhältnisse einkehren — die Aufbringung im Frühjahre zufriedenstellend ausfallen wird. Jedenfalls scheint der ukrainische Eierhandel willfährig zu sein. Es ist übrigens zu bedenken, daß vor dem Kriege Oesterreich allein an 7000 Waggons Eier jährlich aus dem südlichen Rußland bezogen hat.

5. Hülsenfrüchte und Kartoffel: Die Ernte in Hülsenfrüchten läßt sich bisher nicht übersehen, es ist jedoch gesagt worden, daß wir gerade an diesen Früchten besonderen Mangel haben werden. Hier wird der

Neue Freie Presse
15./X. 1918

Die wirtschaftliche Arbeit Oesterreich-Ungarns in den besetzten Gebieten.

Wien, 14. Oktober.

Oesterreich-Ungarn hat in den besetzten Gebieten, die nun geräumt werden sollen, während des Krieges eine große Kulturarbeit verrichtet, die bei der Frage des Ersatzes hoffentlich die gebührende Würdigung finden wird. In Serbien war die Lage beim Einmarsche unserer Truppen eine trostlose. Der Verwaltungsapparat hatte vollkommen ausgesetzt, die Organe der Staatsbank waren geflohen, Handel und Verkehr hatten aufgehört, bedeutende wirtschaftliche Werte waren zerstört und Infektionskrankheiten, speziell das Flecktieber, wüteten im Lande. Zur Zeit der Okkupation waren allein auf dem Friedhofe in Valjevo 45.000 an Flecktieber Verstorbene beerdigt. Es begann sofort eine große Kulturarbeit der Heeresverwaltung, deren Leistungen dauernde Anerkennung verdienen. Zunächst trachteten die Militärbehörden mit allen Mitteln, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Im Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1916 umfaßte die Getreideanbaufläche Altserbiens 959.284 Hektar, im Jahre 1916 832.345 Hektar. Im Herbst 1917 waren 32½ Prozent der anbaufähigen Fläche mit Wintersaat bestellt, der Rest blieb für Oelfrüchte, Hafer und Mais. Die Anbaufläche dürfte für die Jahre 1917 und 1918 um ein Drittel größer sein als für 1916. Während 1914 155.107 Hektar Getreide angebaut waren, betrug die Saatfläche für 1917 169.109 Hektar. Außerdem wurden 3000 Hektar für den Anbau von Zuckerrüben und eine größere Zahl Parzellen für Oelfrüchte und Baumwollzucht reserviert. Der Weizenertrag stellte sich 1914 auf 1,177.810 Meterzentner, 1917 auf 1,308.670 Meterzentner. Im ganzen dürfte sich die Gesamtproduktion Serbiens unter der Heeresverwaltung um zehn Prozent gesteigert haben. Nach Befriedigung des Landesbedarfes wurden Ueberschüsse an Naturalien, hauptsächlich an Weizen und an Produkten aus der Verarbeitung des Pflaumenertrages der Ernte 1917 zur Deckung des Heeresbedarfes herangezogen und dem Hinterlande zugeführt. Begreiflicherweise war eine sehr starke Verringerung an Vieh eingetreten, doch wurde die Viehhaltung bald auf einen Stand gebracht, der nicht nur die Entnahme bedeutender Mengen für Armee und Hinterland gestattete, sondern auch dem mit der Förderung der Landwirtschaft anwachsenden Bedarf an Zugkräften gerecht wurde. Auch für die Verwertung der landwirtschaftlichen Produktion wurde Sorge getragen, Molkereien, Geflügelfarmen und Schweinemastanstalten errichtet. Zur Exploitierung der Bodenschätze mineralischen Ursprunges wurden Seilbahnen und Bahnanschlüsse gebaut und Förderanlagen errichtet. Serbische Waldungen sind durch Erweiterung des Wegenetzes und durch Waldbahnen erschlossen, Schnittmaterialien aller Art dem Verbrauche zugeführt, Gerbstoffe und Rohharz gewonnen worden. Auch der Kultur der Brennessel wurde Aufmerksamkeit zugewendet. Bestehende Industrien wurden durch die Militärverwaltung weitergeführt, durch den Krieg zerstörte zum Teil reorganisiert und neue Industrien geschaffen. Insbesondere sind eine Tabakfabrik sowie eine Seidenfabrik in Belgrad, Bierbrauereien, Faßfabriken und Marmeladefabriken mit einer Kapazität von 500 Wagen jährlich zu erwähnen.

Eine sehr bedeutende Arbeit hat die Militärverwaltung durch den Aufbau von Kommunikationen, des Telephons und Telegraphen geleistet. Insbesondere im westlichen Serbien sind Eisenbahnverbindungen geschaffen, bestehende Straßen ausgebaut und neue hinzugefügt worden. Besonders seien erwähnt der Bau der Schleppbahn Paija-Babe zur Bleierzförderung, der Anschluß des serbischen Schmalspurnetzes mittels Trajekts bei Zabres über die Save an das ungarische Eisenbahnnetz, der Ausbau des nordwestlichen Schmalspurnetzes Serbiens durch Fortsetzung des Bahnbaues Lajkovac-Cacak, der der Vollendung entgegengeht, der Bau der Kohlenschleppbahn Donja-Gorejabnica-Prelfina im Anschluß an die Bahn Lajkovac-Cacak sowie die Ausgestaltungsarbeiten auf der Orientbahnlinie Belgrad-Velika-Plana. Im besetzten Gebiet Serbiens wurden bisher Telegraphen- und Telephonleitungen mit einer Gesamtdrahtlänge von 14.000 Kilometer gebaut, 40 Morsestationen und 9 Hughesstationen in Betrieb gesetzt, 92 Telephonumschalter und rund 1200 Telephonapparate aufmontiert. Ferner wurde das Postnetz ausgebaut und der Privatpostverkehr aufgenommen. Abgesehen von dieser wirtschaftlichen Kulturarbeit ist auch dem Schulwesen, der Armen- und Krankenpflege und der Kinderfürsorge Aufmerksamkeit zugewendet und eine musterzültige sanitäre Organisation geschaffen worden, deren Abschluß ein modernes Epidemiegesetz bildete.

Albanien ist ein Land staatlicher und wirtschaftlicher Urform, woraus sich von selbst die enormen Schwierigkeiten der Kulturarbeit der Heeresverwaltung ergeben. Dazu kam, daß in jedem Jahre vom Juni bis November die darauf bezüglichen Aktionen infolge der Malaria wesentlich eingeschränkt werden mußten. Für die Versorgung der Truppen und in weiterer Folge der Zivilbevölkerung war alles vom Grund auf neu zu schaffen. Der militärische Kommandant und seine Mitarbeiter mußten in ihrer Person die gesamten staatlichen Funktionen vereinigen, Helfer und Berater der mißtrauischen Bevölkerung werden, aus primitiven Werkstätten leistungsfähige Anlagen machen, sie bauen und betreiben, Rohprodukte kaufen, verarbeiten und absetzen, Schulen gründen usw. Daß das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen wurde geht daraus hervor, daß im Jahre 1916 die alte, zäh festgehaltene Sitte der Blutrache in die Hände des kommandierenden Generals abgeschworen wurde und seitdem nicht ein einziger Fall dieser Art mehr vorkam, was allein als eine große Kulturtat zu werten ist. Eine Hauptschwierigkeit bildete im Lande der Mangel an Verkehrsmitteln. Die alte Römerstraße, die Via Egnatia, die von Durazzo zum Ochridasee führte, war gänzlich verfallen und nur für die landesüblichen Tragtiere passierbar. Heute durchzieht ein Straßennetz für Autobenützung die Hauptteile der wirtschaftlich erschlossenen Gebiete Albaniens, Motorfeld-, Lokomotivfeld- und Seilbahnen ermöglichen einen direkten Transport von Menschen und Gütern. Besonders erwähnt sei die Durchführung der Verbindung Medua-Skutari und Medua-Durazzo mit Feld- und Seilbahn; von Durazzo südlich bis zur Front zieht sich ein Netz von Motorfeldbahnen, an das alle größeren Orte Mittelalbaniens angeschlossen wurden. Für den Telegraphen- und Telephonverkehr sind 3500 Kilometer Draht, 26 Morse-, 12 Hughesstationen, 21 Telephonumschalter und rund 250 Telephonapparate eingebaut worden. Die großen landwirtschaftlichen Besitzungen Essad Paschas wurden als Musterwirtschaften bearbeitet, der Tabakbau durch Anlage von 5 Musterplantagen gefördert, Seidenzucht und Baumwollanlagen teils neu organisiert, teils gehoben. Ferner wurde Mitte 1916 in Skutari die Unterrichtslandesdirektion errichtet, der drei Bezirksdirektionen unterstehen, ein Organisationsplan für das Schulwesen ausgearbeitet, ein Lehrplan nach österreichischem Muster ausgegeben, die allgemeine Schulpflicht und die Konskription der schulpflichtigen Kinder angeordnet. Ein Sanitätswesen gab es vor dem Einzuge unserer Truppen in Albanien nicht und die Reformen auf diesem Gebiet, speziell die vielen Ambulatorien für die malariakranke Bevölkerung und die Assanierung von Ortschaften, sind ein dauerndes Verdienst der Heeresverwaltung.

In Montenegro wurde trotz des Mangels an Arbeitskräften erzielt, daß im ersten Jahre der Okkupation fast die gleiche Bodenfläche für Getreide angebaut wurde, wie 1912. Wo ehedem das Saumtier mühselig seinen Weg gesucht hatte, ziehen jetzt Autostraßen und Fahrwege, spinnen sich die Netze der Seilbahn über die Gebirgsketten. Das bis zur Okkupation 858 Kilometer umfassende Straßennetz wurde bis Anfang 1917 um 126 Kilometer erweitert, wozu noch zahlreiche wichtige Verkehrswege, insbesondere die Verbindung mit Kolasin und in Neumontenegro hinzukamen. An Seilbahnen wurden die Strecken Cattaro-Cetinje über den Lovcen fertiggestellt. Eine Feldbahnlinie ist von Podgoritza bis Plavnica gelegt worden. Vor der Besetzung war das Telegraphen- und Telephonnetz 970 Kilometer, heute umfaßt es 3500 Kilometer mit 28 Morse-, 2 Hughes-Stationen, 24 Telephonschaltern und 200 Telephonapparaten. Zur Ausbeute des Skutarisees wurde eine Fischereianstalt angelegt, die den Fang an Massenfischen (1916 eine Million Kilogramm) konserviert und der Truppenversorgung zugeführt. Zur Exploitierung der Holzschätze wurden im Hochwald Sägewerke angelegt. Dem Schulwesen ist eine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet, eine Ausgabe von Lehrbüchern veranstaltet, die Armenfürsorge organisiert worden. Militärsanitätsanstalten traten an die Stelle der fehlenden Zivilspitäler, die Blatternimpfung wurde durchgeführt und der Bevölkerung Arzneien und Verbandstoffen zur Verfügung gestellt. Das Land, das zahlreiche Naturschönheiten besitzt, ist durch die Kulturarbeit der Militärverwaltung der Kenntnis Westeuropas näher gebracht worden. Die Aufwendungen in den besetzten Gebieten fallen auch finanziell ins Gewicht. Bei der Räumung dieser Gebiete ist es daher begreiflich, wenn die Frage des Ersatzes aufgeworfen wird.

Neues Pester Journal 150

20./X. 1918

wahren. Der Tag des Friedens ist nicht mehr fern und würde durch Versuche gewaltsamer Erhebungen nur hinausgeschoben werden.

Der neue Kurs in Deutschland.

Die Verfassungsänderungen.

Berlin, 19. Oktober. Auf der Tagesordnung des am Dienstag zusammentretenden Reichstages stehen die vom Bundesrat beschlossenen und bereits gemeldeten Verfassungsänderungen.

Unteilbarkeit der östlichen Provinzen Preußens.

Berlin, 19. Oktober. Die „Vossische Zeitung" veröffentlicht eine Korrespondenzmeldung, wonach die Landtagsparteien mit Ausnahme der Polen und der Sozialdemokraten eine gemeinsame Erklärung im Plenum des Abgeordnetenhauses vorbereiten, welche die Unteilbarkeit der östlichen Provinzen Preußens in feierlicher Form verkünden sollen.

Die Amnestie.

Berlin, 18. Oktober. Ueber die Wirkungen des Amnestie-Erlasses heißt es in der „Nordd. Allg. Ztg.", daß allein in Preußen bisher schon 190 Personen, die zu Zuchthaus-, Gefängnis- und Festungsstrafen verurteilt waren, im Wege der Begnadigung in Freiheit gesetzt worden sind.

Lokal-Anzeiger.

Ernährung und Versorgung.

Nagyvárader Brief.

Der Stand des Handels. — Die Approvisionierungsverhältnisse. — Billiges Fleisch. — Die Beamtenküche. — Lebensmittelzuschüsse für Hochzeitsleute.

Nagyvárad, 18. Oktober.

Das „Royal", der „Schwarze Adler" und der „Lloyd" gelten als die Friedensbörsen der Getreidemakler, Viehagenten, Marktbesucher und anderer Geschäftsleute. Hier wurden die Schlüsse auf die Lieferungen des reichen Ertrages des nahen Hajdukenlandes abgemacht. Es waren die Stätten, wo der Reichtum der Nagyvárader Handelspatrizier begründet wurde. Gold strömte aus den Exportgegenden zurück, wurde festgehalten und zum Fortbau des Wohlstandes verwendet. Der Staat in seiner Allmächtigkeit hat da einen gründlichen Kehraus bereitet. Er ist zum obersten Handelsherrn geworden, der alle Waren krampfhaft in seiner Hand hält und den Verkehr leitet. Der emsige, biedere und schaffende Handel hat sich zurückziehen müssen und allerlei Glücksritter, Preistreiber, Schmuggler und Warenverheimlicher haben sich der Börsen bemächtigt. Die Marmortische sind voll gekritzelt mit geheimnisvollen Zeichen und Zahlenreihen, als wären sie Generalstabskarten der Ueberrumpelung der Staatswirtschaft. An ihnen sitzen in allen möglichen Stellungen geheimnisvoll tuschelnde, scheu dreinblickende Menschen oder gierige, laut schreiende. Zu allen Tageszeiten erhält man seinen Milchkaffee und der Kellner zwinkert mit dem Auge und flüstert, daß auch etwas Bohnenkaffee dem Gebräu zugesetzt ist. Ein Stück Zuckergebäck wird dazu bestellt, das zwei Kronen kostet, allerdings recht mürb durch Butterzusatz und übersüß. Man steckt eine Zigarette an, die der Kellner für fünfzig Heller abgibt, und hüllt sich in eine Friedenszeitstimmung, aus der einem nur der Zahlkellner aufscheucht, der Kriegsphantasiepreise für alles Genossene fordert.

*

In dem begrenzten Rahmen der Provinzstadt überblickt man rasch die Verwüstungen, die die Kriegswirtschaft an dem bestehenden Wirtschaftsgefüge angerichtet hat. Die kleinen Leute wurden in ihrem Erwerbsleben stark beeinträchtigt, die mächtigen Händler, vereint mit dem Finanzkapital, wuchsen als Exekutivorgane des Staates noch mehr in die Höhe. Dieser neue Entwicklungsprozeß stellt die moderne jungkapitalistische Tendenz mit ihrem Endziele der Vertrustung aller Handels- und Industriezweige dar. Die Wirtschaftsform, in der sich Handel und Finanzkapital verbünden, haben den Schwachen auf das Nebengeleise des Handels von „hinten herum" geschoben. Auf dem geraden, aber verrammelten Wege des Erwerbslebens konnte er sich nicht fortbewegen, so mußte er einbiegen und auf jede mögliche Weise sein Brot zu verdienen. Wahr ist es aber, daß die günstige Kriegskonjunktur, das Stei-

er erfolgten Lieferungen kann die Pflaumenrale die aufgelaufenen Frachtspesen aufrechnen.

Vom österreichischen Eiermarkt.

Der Stand der Einfuhr.

Aus Wien wird uns berichtet: Die Versor- mit Eiern in Oesterreich ist eine sehr schlechte. aus Galizien und Polen nach Wien ngt, zählt wenig und die besseren Partien wer- für später ins Kühlhaus gestellt. Aus der aina kommt wohl etwas mehr Ware, aber t von so geringer Qualität, daß man darauf t verzichten könnte. Bis zur neuen Produktion man schon durchhalten, aber die Frage drängt auf, wie die kommenden Verhältnisse sich gestal- werden. Oesterreich ist auf große Eierbezüge an- iesen und hat bekanntlich mit der Ukraina einen rungsvertrag bis 30. Juni 1919 geschlossen. diesem Vertrage wurden 2500 Waggons Eier mmt, welche an Deutschland, Oesterreich und arn zu liefern sind. Bei der politischen Neuord- g, die jetzt im Zuge ist, fragt es sich, ob die ina diesen Vertrag wird einhalten können und en. Allerdings hat die Ukraina zurzeit nur die- einzigen Ausfuhrweg und ist auch auf dessen ustrieerzeugnisse angewiesen. Aber auch die hrungsfrage spielt da eine wichtige Rolle Wenn es gelingt, wonach gestrebt wird, den ien Eiereinkauf durchzusetzen und den n legitimen Handel in seine früheren Rechte ein- tzen, dann wird die Sache in günstigem Sinne alle Beteiligten sich ordnen, denn schon heute t man sich gegenseitig näher zu kommen. Mit Einkaufszentralen dürfte sich die Sache kaum chführen lassen, denn da können auch politische gen leicht in Betracht kommen.

e Fleisch- und Fettversorgung Deutschlands.

Günstige Aussichten für die Friedenszeit.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Für die hste Schlachtviehaufbringungsperiode vom 1. No- ber bis zum 31. Januar 1919 werden mit Rück- t auf die Weihnachtszeit nur drei eischlose Wochen festgesetzt werden, die gegen- rtige Fleischversorgung weist vier solcher Wochen f. Im Zusammenhang hiermit sei darauf hinge- esen, daß ein wesentlicher Grund für die Einfüh- g der fleischlosen Wochen in den zahlreichen Ge- nschlachtungen zu suchen ist. Ohne diese würden r die fleischlosen Wochen überhaupt nicht nötig ben. Trotz der besseren Zuweisung von Kartoffeln d Brot machte sich der Fleischmangel in den breiten völkerungsschichten sehr unangenehm fühlbar, da ch Seefische sehr knapp geworden sind. Unsere scherei ist isoliert und seit langem auf Inlands- ge in den Ostseebuchten angewiesen. Dänemark t vor mehr als einem Jahre ein Ausfuhrverbot r gesalzene, geräucherte und getrocknete Fische er- ssen, frische Fische bedürfen zur Ausfuhr besonderer laubnis, über welche England mit zu entscheiden t. Aehnlich verhält es sich mit Holland, Schwe- n und Norwegen, deren Fänge durch die uen Minensperren außerordentlich bedroht sind. an hofft aber, daß der baldige Friede eine waltige Aenderung in kürzester Zeit bringen wird, nn in den vier Kriegsjahren hat der Fischreich- m in den nördlichen Meeresgebieten ungeheuer genommen.

Neue Freie Presse
20./X. 1918

152

Die schwierige Ernährungslage Wiens in den kommenden Monaten.

Ein dreißiggliedriger Ernährungsausschuß in Verbindung mit dem deutschen Nationalrat.

Wien, 19. Oktober.

Wir haben im heutigen Abendblatte auf die gesteigerten Schwierigkeiten der Versorgung Wiens mit Lebensmitteln hingewiesen, die aus der bereits im Zuge befindlichen Bildung der österreichischen Bundesstaaten resultieren. Der Bürgermeister von Wien hat sich pflichtgemäß mit dem Ernährungsminister ins Einvernehmen gesetzt, um mit ihm die Ernährungslage Wiens in den nächsten Monaten eingehend zu besprechen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Ernährungslage durchaus nicht die günstigste ist und daß auch Ankäufe an Lebensmitteln, die im Laufe der letzten Monate durch die Gemeinde erfolgt sind, daran nur wenig zu ändern vermögen. Die Aussprache des Bürgermeisters mit dem Minister Dr. Paul hat Dr. Weisskirchner bewogen, noch heute abend die Obmänner der Gemeinderatsparteien in einer außerordentlichen Sitzung von den Ergebnissen jener Konferenz zu verständigen. Schon in der nächsten Gemeinderatssitzung wird ein dreißiggliederiger Ernährungsausschuß gewählt werden, der Angehörige aller Parteien umfassen soll, und dieser Ausschuß wird die Pflicht haben, sich unverweilt mit dem Ernährungsausschuß des deutschen Nationalrates ins Einvernehmen zu setzen.

Ueber die Aktion des Bürgermeisters wird nachstehendes Communiqué ausgegeben:

Im Volksernährungsamte erschienen heute Bürgermeister Dr. Weisskirchner mit den drei Vizebürgermeistern; Minister Paul empfing das Gemeinderatspräsidium in Gegenwart des Sektionschefs Dr. Loewenfeld-Ruß. In einer mehr als zweistündigen Konferenz wurde die Ernährungslage im Hinblick auf die außenpolitischen und innerpolitischen Verhältnisse eingehend erörtert. Mit Rücksicht auf das Ergebnis dieser Unterredung hielt sich der Bürgermeister verpflichtet, noch für heute abend 6 Uhr die Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

In dieser Konferenz berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner eingehend über die Vorsprache des Gemeinderatspräsidiums beim Ernährungsminister. An den Bericht knüpfte sich eine das ganze Gebiet der hiesigen Ernährungslage umfassende Aussprache, an welcher sich sämtliche Mitglieder der Obmännerkonferenz beteiligten. Schließlich wurden mit Stimmeneinhelligkeit folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Obmännerkonferenz konstituiert sich heute als provisorischer Ernährungsausschuß der Stadt Wien und richtet unter eingehender Darstellung der Lage an den am Montag zusammentretenden deutschen Nationalrat die Bitte, sich in erster Linie mit der Ernährungsfrage zu befassen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, in der nächsten Gemeinderatssitzung den Antrag auf Wahl eines dreißiggliedrigen, aus allen Parteien bestehenden Ernährungsausschusses zu stellen, bei welcher Gelegenheit sich die Mitglieder der Obmännerkonferenz der Wahl in diesen Ausschuß zu unterziehen haben. Der gewählte Ernährungsausschuß wird beauftragt, unverweilt die Verbindung mit dem Ernährungsausschusse des deutschen Nationalrates in die Wege zu leiten.

Dem Gemeinderate ist über die Wärmestubenaktion zu berichten und ein gemeinderätlicher Ausschuß zu wählen, der die erforderlichen Maßnahmen durchführt.

Die Ernährung in den nächsten Wochen.

Von einer unterrichteten Persönlichkeit.

Wien, 19. Oktober.

In einer vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung des Ernährungsrates wurde die Ernährungslage eingehend dargestellt. Bekanntlich sind Niederösterreich, mit Ausnahme von Wien, Oberösterreich, die Sudetenländer und Galizien in der Lage, sich auf Grund ihrer Getreideernte während des größten Teiles des Jahres selbst zu erhalten. Die Aufbringung ist dort heuer um 600.000 Meterzentner besser gewesen als in der gleichen Vorjahrsperiode. Steiermark, Kärnten und Tirol können sich teilweise, aber nicht genügend versorgen. Dann kommen die Gebiete, die nichts aufzubringen vermögen und auf den Zuschub angewiesen sind, also vor allem Wien, die südlichen Kronländer Istrien, Dalmatien, Görz sowie Triest. Der Mehlbedarf dieser Zuschubgebiete und der früher erwähnten Länder, die sich nur teilweise versorgen können, beträgt 100 Wagen täglich. Im Vorjahre hatte man bis zu der Zeit, in welcher der ungarische Mais greifbar war, große Getreidesendungen aus Rumänien. Heuer hat Rumänien eine Mißernte und die Zuschübe aus der Ukraine mußten, ganz abgesehen davon, daß sie infolge der Schwierigkeiten ungleich geringer sind, als den Vereinbarungen entspricht, an Deutschland abgegeben werden, das der Monarchie gegen die Verpflichtung der späteren Rückerstattung früher Aushilfen gewährt hat. Eine Erleichterung der jetzigen Ernährungslage würde eintreten, wenn aus Böhmen und Mähren größere Bezüge kämen; die politische Neugestaltung hat jedoch zu einer Absperrung dieser Länder geführt. Es bleibt dann noch ein Faktor: Ungarn. In den Monaten August und September hat Ungarn mehrere hunderttausend Meterzentner Weizen und Mehl geliefert. Diese Aushilfe hat jedoch bis auf ein geringfügiges Quantum von einigen Waggons Mehl, die Ungarn noch senden will, aufgehört, und das Trennungsprogramm jenseits der Leitha dürfte die Neigung, nach Oesterreich größere Mengen Getreide und Mehl zu schicken, gewiß nicht verstärken. Aus den neutralen Ländern ist infolge des Druckes der Entente auf irgendwelche nennenswerte Zuschübe auch nicht zu rechnen. Nieder- und Oberösterreich können selbstverständlich für Wien und die südlichen Länder allein nicht aufkommen und so gestaltet sich die Ernährungssituation schwierig, wobei am meisten die deutschösterreichischen Gebiete getroffen sind.

Ebensowenig erfreulich ist die Versorgung mit Kartoffeln, bei welcher Wien und die deutschösterreichischen Länder in erster Linie von Böhmen, Mähren und Galizien abhängig sind, welche sich nun abschließen zu wollen scheinen. Die Frostperiode und die Einschränkungen des Verkehres müssen natürlich die Sachlage weiter erschweren.

Während noch vor einem Jahre im Monat 20 bis 30 Wagen Butter für den allgemeinen Verkehr aufgebracht wurden, sind die Mengen jetzt minimal. Das gleiche gilt vom Schweinefett. Auch die Aufbringung des Rindstalges für die Kriegsmargarinerzeugung nimmt ab. Das Maisöl muß aus Ungarn bezogen werden; bei den Weintrestern und Rüböl-saaten ist auch die Aufbringungsmöglichkeit geringer. Eine gewisse Zeit kamen aus Russisch-Polen Schweine, Schweinefett und Speck; diese Einfuhren haben aber ständig abgenommen. Aus Holland und den nordischen Staaten wurden eine Zeitlang Butter, Schweinefett, aus der Ukraine Speck, Oel und Oelsaaten bezogen. Die ukrainischen Importe sind nicht mehr nennenswert und die Zufuhren aus den neutralen Ländern haben infolge der Weisungen der Entente aufgehört. Ungarn ist bis in das letzte Jahr seiner Verpflichtung zur Fettlieferung so ziemlich nachgekommen. Bis Ende Dezember 1917 hat es monatlich 12.000 Schweine und 90 Wagen Fett geliefert. Im Jahre 1918 hat es diese Sendungen fortwährend eingeschränkt und schließlich ist das offizielle Kontingent auf 8000 Schweine und 30 Wagen Fett per Monat gesunken. Seit dem Spätfrühjahre haben diese Lieferungen ganz aufgehört.

Man steht also vor geringen Aufbringungen von Nahrungsmitteln im Inlande, einem Rückgang der Einfuhr aus den besetzten Gebieten, einer minimalen Einfuhr aus der Ukraine und einer ablehnenden Haltung Böhmens, Mährens und Ungarns. Um die letzte Fettquote für Wien von 4 Dekagramm per Kopf und Woche und von 6 Dekagramm für die Arbeiter der großen Kriegsbetriebe in und außer Wien zu decken, ist ein Wochenbedarf von mehr als 22 Wagen Fett nötig, die sich je zu Hälfte auf Wien und auf die Kriegsbetriebe verteilen. Die Provinz war mit einigen Ausnahmsfällen, in denen Aushilfe geleistet wurde, auf die eigene Aufbringung angewiesen. Diese ist jetzt so gesunken, daß auf dem flachen Lande das Fettkontingent höchstens noch 1 Dekagramm per Woche und Kopf beträgt. Bis zum 20. Oktober war es gelungen, wenigstens die erwähnten 22 Waggons aufzubringen, indem noch die letzten verfügbaren Einfuhren aus dem Auslande, die geringen Belieferungen aus Ungarn und die inländische Margarinerzeugung, welch letztere ungefähr 10 bis 11 Wagen wöchentlich beistellen kann, herangezogen wurden. Da aber vielfach die Kohle für die Betriebe zur Margarinerzeugung nicht aufzubringen war und dieselben auch für die Heeresverwaltung in Anspruch genommen waren, wurden diese Reserven aufgezehrt und es ist die Kürzung der Fettquote um effektiv 50 Prozent erfolgt.

Die Bevölkerung ist jetzt bei einer Mehlquote von einem Viertelkilo per Woche, einer Fettquote von 2 Deka, einem Rindfleischquantum von einem Achtelkilo angelangt. Milch und Butter sind Seltenheiten geworden und auch die Zuckerproduktion ist infolge der Kohlenmisere keine ausreichende. Die Lage ist daher schwierig und es besteht nur noch die Hoffnung, daß Ungarn in richtiger politischer Einsicht Nahrungsmittel nach Oesterreich sendet, damit nicht beide Staaten unter wirtschaftlichen und sozialen Zwangsverhältnissen vor die Friedenskonferenz kommen. Ebenso müßten Böhmen und Mähren ihre Absperrungspolitik aufgeben. Der von der Nationalversammlung der Deutschen zu wählende Ausschuß wird, wie man annimmt, mit den czechischen Vertretern Böhmens und Mährens sofort Verhandlungen wegen der Erleichterung der Ernährung führen.

Drohende Einstellung des Nahrungsmittel- und Güteraustausches zwischen Oesterreich und Ungarn.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 19. Oktober.

Zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung bestand bekanntlich die Vereinbarung, daß gegenüber den von Ungarn an Oesterreich gelieferten und zu liefernden Lebensmitteln Oesterreich gewisse Mengen von Kohle und sonstige Industrieartikel abzugeben hatte. Die Kohlenlieferungen Oesterreichs an Ungarn haben seit zwei Tagen vollständig aufgehört. Aus geographischen Gründen war auch ein Austausch von Petroleum zwischen Oesterreich und Ungarn vereinbart, indem Oesterreich nach gewissen, den österreichischen Produktionsstellen näher gelegenen ungarischen Gebieten österreichisches Petroleum lieferte und umgekehrt. Die österreichischen Petroleumlieferungen an Ungarn wurden gleichfalls eingestellt.

Sollte die Einstellung der Kohlen- und Petroleumlieferungen eine dauernde sein, so beabsichtigt die ungarische Regierung, die Getreidelieferungen an Oesterreich gleichfalls einzustellen.

National-Zeitung. 20/10.1918.

Rationierung u. Notstandsaktion im November.

Die für den Monat November bestimmten **Rationsmarken für Reis, Zucker, Teigwaren, Hafer- und Gerstenprodukte,** die **Brot-, Käse-, Fett- und Milchkarten,** sowie die **Notstandsmarken** für den **Bezug von Milch, Brot und Petroleum** werden im Markenbureau des Kriegsfürsorgeamtes (Schifflände 3) ausgegeben:

Montag, den 21. Oktober, für die Inhaber von Berechtigungsausweisen mit den Anfangsbuchstaben **H** und **J.**

Dienstag, den 22. Oktober, für die Inhaber von Berechtigungsausweisen mit den Anfangsbuchstaben **K** und **L.**

Mittwoch, den 23. Oktober, für die Inhaber von Berechtigungsausweisen mit dem Anfangsbuchstaben **M**

Donnerstag, den 24. Oktober, für die Inhaber von Berechtigungsausweisen mit den Anfangsbuchstaben **N** bis **R**

Freitag, den 25. Oktober, für die Inhaber von Berechtigungsausweisen mit den Anfangsbuchstaben **S u. Sch**

Samstag, den 26. Oktober, für die Inhaber von Berechtigungsausweisen mit den Anfangsbuchstaben **St** bis **V**

Montag, den 28. Oktober, für die Inhaber von Berechtigungsausweisen mit den Anfangsbuchstaben **W** bis **Z**

Dienstag, den 29. Oktober, für die Inhaber von Berechtigungsausweisen mit den Anfangsbuchstaben **A, C, D, E**

Mittwoch, den 30. Oktober, für die Inhaber von Berechtigungsausweisen mit dem Anfangsbuchstaben **B**

Donnerstag, den 31. Oktober, für die Inhaber von Berechtigungsausweisen mit den Anfangsbuchstaben **F** und **G**

Das Publikum wird ersucht, sich **an obige Einteilung zu halten.** Das Personal ist berechtigt, bei **Nichtbeachtung** die **Markenausgabe zu verweigern.** Wohnungsänderungen und Aenderungen im Familienbestande sind im Lokal, Schifflände No. 2, anzumelden. Die Personen, deren Berechtigungsausweis gegen Gebühr beim Markenbureau deponiert ist, erhalten die Karten und Marken durch die Post zugesandt. Die Ausgabe im Bureau erfolgt nach dem 31. Oktober an die Bezugsberechtigten, die keine Gelegenheit hatten, die Marken und Karten an dem für sie festgesetzten Bezugstage abzuholen.

Die Personen, welche die Karten und Marken beim Markenbureau abholen, haben darauf zu achten, dass ihnen am Schalter die richtige Zahl Marken und Karten abgegeben wird. **Nachträgliche Reklamationen werden nicht berücksichtigt. Verlorene Brotkarten und Rationsmarken werden nicht ersetzt,** die Fettkarten gemäß den erlassenen eidg. Vorschriften nur bei besonderen Verhältnissen.

Die Zuckerration beträgt 500 Gramm, die Reisration ebenfalls 500 Gramm und die Teigwarenration 300 Gramm für jeden Einwohner des Kantons, für die Monate November und Dezember wird eine Ration von 200 gr Hafer- und Gerstenprodukte abgegeben.

Die **Stämme der Brot- und Fettkarten** pro Oktober sind, mit der Unterschrift und der Adresse des betreffenden Karteninhabers versehen, **bis spätestens 5. November im Markenbureau** oder **auf einem Polizeiposten abzugeben.**

Milchrationierung. Mit dem 1. November tritt eine neue Milchrationierung ein. Die kantonale Michkarte wird durch die eidgenössische Milchkarte ersetzt, dagegen bleiben die kantonalen Bestimmungen über den Kundenzwang bestehen. Die Abgabe von Milch (Trinkmilch, Kondensmilch, Trockenmilch) an Verbraucher darf von diesem Zeitpunkte an nur noch gegen entsprechende Abschnitte der eidgenössischen Milchkarte erfolgen. Magere Milchsorten (Magermilch, Kondensmagermilch u.s.w.) können in doppelter Menge bezogen werden. Eine Normalbüchse kondensierter Vollmilch wird gleich einem Liter Frischmilch gerechnet.

Den Milchlieferanten hat der Milchbezüger anfangs des Monats die ganze Milchkarte ungetrennt abzugeben; dafür ist der Milchlieferant verpflichtet, seinen Kunden während des ganzen Monats die festgesetzte Milchration zu verabfolgen.

Den Milchbezügern, welche Anspruch auf verbilligte Milch haben, wird die eidgenössische Milchkarte **mit Rabattschein** abgegeben, der den eidgen. und kantonalen Beitrag repräsentiert und vom Milchlieferanten an Zahlungsstatt anzunehmen ist. Den Milchlieferanten werden die Verbilligungsbeiträge nur rückvergütet, wenn sie mit den Rabattscheinen die entsprechende Zahl Rationsmarken abliefern. Sie sind verpflichtet, über Milchempfang und Milchabgabe genau Buch zu führen und ihren Umsatz dem kantonalen Milchamt monatlich bis spätestens den 5. des folgenden Monats auf vorgeschriebenem Formular nachzuweisen.

Die vom Milchlieferanten eingezogenen Rabattscheine sind vom Milchkäufer zu unterschreiben und vom Milchverkäufer abzustempeln. Der letztere darf gegen diese Scheine nur Milch, aber kein Bargeld verabfolgen.

Jeder Konsument darf die Milch wie bisher nur von **einem** Milchlieferanten beziehen; ein Wechsel des Milchlieferanten ist nur auf wohlbegründetes, schriftliches Gesuch an das kantonale Milchamt, in den Landgemeinden an die Gemeindemilchämter hin gestattet.

Im Monat November darf gemäss Vorschrift des eidgenössischen Milchamtes keine Frischmilch zur gewerblichen Verwendung (Schokoladefabrikation, Confiserie, Kaffeehallen, Bäckerei, Metzgerei) abgegeben werden. Die Abgabe von Milch in Getränkeform (Milch, Milchkaffee, Milchschokolade, Tee mit Milch) in Gastwirtschaften, Kostgebereien und ähnlichen Anstalten darf nur gegen Karte erfolgen. Für Speisebereitung wird den Gastwirtschaften vom kantonalen Milchamt oder Gemeindemilchämtern ein Quantum sog. Gewerbemilch bewilligt, das höchstens 25 % der gegen Kartenabschnitte bezogenen Milchmenge beträgt. Einstweilen kommt aber nur Kondensmilch in Frage.

Die Ausgabe der eidgenössischen Milchkarten erfolgt durch das Markenbureau des Kriegsfürsorgeamtes (Schifflände), für die Bewohner der Landgemeinden durch die Gemeindemilchämter, auf Grund des kantonalen Berechtigungsausweises zum Bezug der Rationsmarken, der bei der nächsten Markenausgabe durch einen neuen Ausweis ersetzt wird. Die bisherige kantonale Milchkarte verliert am 1. November d. J. ihre Gültigkeit und ist dem Markenbureau zurückzugeben.

Zum Bezug der **eidgenössischen Milchkarte mit Rabattschein** sind nur solche Konsumenten berechtigt, die im Kanton ständig Wohnsitz haben, und Konsummilch für ihren Haushalt kaufen müssen oder als ständige Pensionäre am gleichen Ort wenigstens ihr Frühstück einnehmen; ferner sind zum Bezug verbilligter Milch berechtigt, gemeinnützige Anstalten (Spitäler, Waisenhäuser, Heime, Krippen, Säuglingsheime, Fürsorgeeinrichtungen u. s. w.), die Milch zu den Selbstkosten abgeben. Vom Bezug verbilligter Milch sind ausgeschlossen, alle Selbstversorger. Wir verweisen auf die unverändert geltenden Bestimmungen über die Leistung von Beiträgen zur allgemeinen Verbilligung der Konsummilch, die früher schon publiziert worden sind.

Die Benützer der Notstandsaktion erhalten besondere Karten, ebenfalls mit Rabattschein.

Der Beitrag zur allgemeinen Verbilligung der Milch beläuft sich wie bisher auf 7 Rappen per Liter, bei den Benützern der Notstandsaktion auf 18 Rappen per Liter. Demnach besitzt der Rabattschein der gewöhnlichen Milchkarte pro November einen Wert von Fr. 1.05 und der Notstands-Milchkarte von Fr. 1.95. Die Vergütung in diesem Betrage findet statt, auch wenn das den November-Milchkarten entsprechende Milchquantum nicht geliefert werden kann.

Nach Art. 19 der Verfügung des eidgenössischen Ernährungsamtes vom 2. Oktober d. J. haben Anspruch auf 1 Liter Milch Kinder bis zum vollendeten 5. Jahre; auf 1½ Karten: Kinder bis zum vollendeten 15. Jahre, Kranke nach ärztlichem Zeugnis, Personen über 60 Jahre; auf eine Karte alle gesunden erwachsenen Personen, soweit sie nicht Selbstversorger sind.

Da für unsern Kanton eine Zusicherung der eidgenössischen Behörden für eine Ration von 5 dl trotz der Neuregelung nicht gegeben werden kann, so machen wir jetzt schon darauf aufmerksam, dass voraussichtlich eine geringere Ration festgesetzt werden muss. Sie wird wie bisher auf Grund der Milchzufuhren festgesetzt werden. Die Milchlieferanten sind in diesem Falle verpflichtet, die Milch wie bisher auf Grund der Rationenzahl an ihre Kundschaft gleichmässig zu verteilen und jedem Kunden auf Verlangen wenigstens das Quantum zu liefern, das der Grösse der jeweiligen Tagesration und der Zahl der zum Bezug berechtigten Rationen entspricht. Es ist den Milchlieferanten untersagt, Milch an Personen und Betriebe abzugeben, die ihnen nicht vom kantonalen Milchamt oder den Gemeindemilchämtern zur Milchabgabe zugewiesen worden sind.

Um den **Notstandsberechtigten den Bezug von Kartoffeln** zu erleichtern, wird gemäss Beschluss des Regierungsrates an alle Notstandsberechtigten, auch an die diejenigen, die bloss zum Bezug von Milch notstandsberechtigt sind, **ein Beitrag von 4 Rappen pro Kilo** verabfolgt in Form von Notstandsmarken, die von Montag, den 21. Oktober an im Markenbureau des Kriegsfürsorgeamtes zur Ausgabe gelangen. Die Bezüger sind dabei nicht an die für die Ausgabe der übrigen Marken geltenden Tage gebunden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass der unbefugte Bezug und eine vorschriftswidrige Verwendung von Rationsmarken, sowie von Brot-, Fett-, Käse- u. Milchkarten, ebenso die Unterlassung der Abmeldung nicht mehr bezugsberechtigter Personen und die Abgabe von rationierten Lebensmitteln ohne Rationsmarken bestraft werden. Wir weisen besonders darauf hin, dass Butter auch an die Bezüger von Magermilch nur noch gegen Butterkartenabschnitte abgegeben werden darf. Die Rationsmarken und Notstandsmarken dürfen weder verschenkt noch verkauft werden und die mit den Notstandsmarken bezogenen Waren dürfen nur in der eigenen Haushaltung Verwendung finden. Gegen Rationsmarken des Monats November dürfen im laufendem Monat keine Waren abgegeben werden. Auch dürfen im Monat November keine Rationsmarken oder Brot- und Fettkartenabschnitte von Karten verflossener Monate mehr angenommen werden.

Bei Zuwiderhandlung erfolgt Ueberweisung der Fehlbaren an die zuständigen Gerichte, ausserdem eventuell Einstellung jeder Zuteilung von Waren an die fehlbaren Verkäufer.

Die Ausgaben der Marken und Karten erfolgt in den Landgemeinden durch die Gemeindekanzleien, in Riehen:

Montag,	den 28. Okt.	für die Nummern 1— 250,
Dienstag,	den 29. Okt.	für die Nummern 251— 500,
Mittwoch,	den 30. Okt.	für die Nummern 501— 750,
Donnerstag,	den 31. Okt.	für die Nummern 751—1000.

BASEL, den 18. Oktober 1918. 17/59

Kriegsfürsorgeamt.

Neues Wiener T

Die Approvisionierung im Kriege.

Wiens Ernährung bedroht.

Die furchtbare Gefahr, welche in Folge der jähen Umgestaltung der politischen Verhältnisse der Approvisionierung Wiens erwachsen ist, hat die als provisorischer Ernährungsausschuß konstituierte Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates veranlaßt, an den Deutschen Nationalrat folgende Petition zu richten:

„Nach dem kaiserlichen Manifest vom 16. d., welches die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat ankündigt, sollen zwar bis zur Vollendung dieser Umgestaltung die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht bleiben, tatsächlich aber ist die Zentralregierung bereits jetzt außerstande, wirksame Anordnungen zu treffen. Und da anderseits die auf dem Selbstbestimmungsrechte der einzelnen Volksstämme beruhenden nationalen Staaten noch nicht entstanden sind und keinerlei Regierungsgewalt besitzen, ist augenblicklich eine Desorganisation eingetreten, die zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt und insbesondere auf dem Gebiete der Volksernährung verhängnisvoll zu werden droht.

Am schwersten betroffen wird durch diesen anarchischen Zustand die bisherige Reichshauptstadt Wien, deren Lebensmittelversorgung durch Niederösterreich allein nicht sichergestellt werden kann und daher auf Zuschübe aus den übrigen Kronländern und aus Ungarn angewiesen ist. Diese Zuschübe drohen nun während des staatsrechtlichen Umgestaltungsprozesses der Monarchie ins Stocken zu geraten, und da alle Bemühungen der Wiener Gemeindevertretung um eine Sicherung gegen die Zufälligkeiten des Krieges durch Anlegung größerer Vorräte erfolglos geblieben sind, steht die Zweimillionenstadt, falls jener Zustand staatlicher Ohnmacht auch nur einige Wochen anhält, vor der entsetzlichen Gefahr einer Hungersnot. **Mehl und Kartoffeln sind nur mehr für ganz kurze Zeit vorhanden, ebenso Futtermittel für die in der Großstadt unentbehrlichen Frächterpferde, Fett und Fleisch mangelt fast gänzlich und die Kohlen- und Petroleumvorräte sind so gering, daß die Belieferung der Haushalte nur mehr in völlig unzulänglichem Ausmaß möglich ist.**

In dieser furchtbaren Lage wendet sich die Wiener Gemeindevertretung an den Deutschen Nationalrat mit der dringenden Bitte um rascheste Hilfe. Der Deutsche Nationalrat möge es als seine erste und dringendste Aufgabe erkennen, die Stadt Wien von einer Ernährungskatastrophe samt ihren unabsehbaren Folgewirkungen für das deutsche Oesterreich und für das ganze Reich zu bewahren! Die Bevölkerung der Zweimillionenstadt, die in diesem Kriege schon so schwere Entbehrungen ertragen mußte, erwartet, daß durch einsichtsvolle Entschließungen des Deutschen Nationalrates wenigstens das Aeußerste von ihr abgewendet wird."

Obmännerkonferenz.

Gestern um 8 Uhr abends versammelten sich unter Vorsitz des Bürgermeisters und in Anwesenheit der drei Vizebürgermeister die Obmänner des Wiener Gemeinderates, um mit Rücksicht auf die heute erfolgte Konstituierung des Ernährungsausschusses in der provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs über die Forderung zu beraten, welche im Interesse der Versorgung der Wiener Bevölkerung an diesen Ausschuß zu stellen sind. In eingehender Beratung wurden die Ansprüche der Wiener Bevölkerung auf Brotfrucht, Kartoffeln, Fett, Zucker, Fleisch und Salz festgelegt und von den anwesenden Mitgliedern des neuen Ausschusses, den Abgeordneten Dr. **Mataja** und **Neumann**, zur Kenntnis genommen. Bürgermeister Dr. **Weiskirchner** wird übrigens selbst Gelegenheit haben, in der morgen um 2 Uhr stattfindenden Sitzung dieses Ausschusses, zu der er eingeladen wurde, die Approvisionierungsinteressen der Stadt Wien zu vertreten.

Neue Hindernisse in den ungarischen Zufuhren.

Die Voraussetzungen für die Approvisionierung Wiens gestalten sich immer ungünstiger. Die zunehmende Unsicherheit der Aufbringungsverhältnisse in den besetzten Gebieten und der Widerstand, dem die Ausfuhr in Böhmen und Galizien begegnet, verwiesen uns in höherem Maße auf die ungarischen Zuschübe, so daß gegenwärtig Wiens Versorgung mit Getreide-, Fleisch, Gemüse und Obst zu einem großen Teil von Ungarn abhängt. Unter diesen Umständen ist der Beschluß des ungarischen Ministerrates, der uns in nachstehendem Telegramm gemeldet wird, für Wien ein harter Schlag, denn der Beschluß ist ersichtlich von der Absicht eingegeben, die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich zu erschweren. Das Telegramm lautet: „Ernährungsminister Prinz **Windischgrätz** hat dem Ministerrat zwei Vorschläge unterbreitet, die dahin gehen, daß zur Kontrolle der richtigen Zuwendung der für die Armee gelieferten Lebensmittel eine eigene Ueberwachungskommission eingesetzt werde, ferner daß eine ständige Berichterstattung an den Reichstag über die an Oesterreich zu liefernden Nahrungsmittel erfolge. Beide Vorschläge wurden vom Ministerrat angenommen unter gleichzeitiger Beschlußfassung, **daß in Hinkunft Lebensmittel nur unter Zustimmung und auf Grund eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses nach Oesterreich abgeliefert werden können.**"

Es wird künftig für jede Sendung von Nahrungsmitteln nach Oesterreich die Zustimmung des ungarischen Abgeordnetenhauses eingeholt werden müssen, und wenn das Haus andre Angelegenheiten dringlicher finden sollte als die Versorgung Oesterreichs mit Lebensmitteln, so werden wir eben mittlerweile mit hungrigen Mägen auf die Entscheidung warten müssen, ohne noch zu wissen, ob sie günstig ausfallen wird. Die Stimmung, aus der der Beschluß des Ministerrates geboren wurde, ist für Oesterreich nicht günstig gewesen. Das sieht man schon aus dem ersten Teil, welcher nur dem ungerechtfertigten Verdacht entsprungen zu sein scheint, daß von den für die Armee gelieferten Lebensmitteln ein Teil für die österreichische Zivilbevölkerung verwendet wurde. In Oesterreich ist man nie darauf ausgegangen, die Versorgung der Armee zu schmälern, und die Bevölkerung des Hinterlandes, so wenig sie auch hat und hatte, hat dieses Wenige noch mit den Urlaubern willig geteilt.

Augenblicklich ist Wien arg in der Klemme und tritt vor Ungarn geradezu als demütiger Bittsteller hin, aber die Zeiten ändern sich. Es ist kaum übertrieben, wenn man hofft, daß die Verhandlungen mit der Entente in wenigen Monaten so weit gediehen sein werden, daß infolge ausgiebiger militärischer Sicherheiten die Aufrechterhaltung der Blockade überflüssig geworden sein wird. Dann werden die Ueberschußländer — und dies gilt nicht bloß für Ungarn — vergeblich einen Käufer suchen, der ihre Ueberschüsse so teuer bezahlt, wie wir sie zu bezahlen bereit sind. Wir verlangen nicht, daß Ungarn und ebenso Böhmen und Galizien sich entblößen sollen, aber daß sie uns ihre Ueberschüsse vorenthalten wollen, das ist nicht bloß eine Feindseligkeit uns gegenüber, sondern verstößt auch gegen ihre eigenen Interessen und trifft überdies mit den deutschen Bewohnern Wiens gleichzeitig die zahlreichen Ungarn, Tschechen und Polen, die hier leben.

m. h.

eitung. 1918 29. Oktober

Die Berliner Rieselgüter.

Unterredung mit Güterdirektor Dr. Ruths.

Neben ihrer ersten und wichtigsten Aufgabe, für die gesundheitliche Reinigung der Weltstadt zu sorgen, dienen die Berliner Rieselgüter auch der Ernährung Groß-Berlins. Oft genug ist geschildert worden, welche gewaltige Mengen Nahrungsmittel von den Rieselgütern in die Stadt Berlin wandern. Auch im Kriege tragen sie dazu bei, daß die Berliner Bevölkerung durchhalten kann. Daß sie aber in noch weit höherem Maße bei der Ernährung Berlins von ausschlaggebender Bedeutung sein können, daran läßt sich kaum zweifeln, und unsere städtische Verwaltung ist bemüht, den Betrieb und die Einrichtungen auf den Rieselgütern für diesen Zweck immer mehr zu vervollkommnen. Der neue städtische Güterdirektor Dr. Ruths hatte die Liebenswürdigkeit, sich über einiges von diesen Plänen mit mir zu unterhalten. Er führte ungefähr folgendes aus:

Soweit als möglich, wird das Pachtland für die Gemüsebauern erweitert werden. Schon sind 12 000 Hektar als Gemüseland eingerichtet, der Bedarf Berlins an Gemüse ist während des Krieges außerordentlich gestiegen. Das Vorurteil, das hier und da noch gegen das Rieselgemüse herrschte, ist geschwunden. Die Verwaltung will auch durch Zusatz besonderer Düngemittel versuchen, das Rieselgemüse zu verbessern. Das Uebermaß der Stickstoffmengen in den Abwässern wirkt zu einseitig auf die Entwicklung und Haltbarkeit der Rieselgemüse, aber durch Zusätze von anderen Düngemitteln lassen sich leicht erwünschte Abweichungen erlangen. Mit der Vermehrung des Gemüsebaues wird auch eine Vermehrung der Arbeitskräfte einhergehen. Die Abwässer bedingen eine reiche Unkrautbildung, die bekämpft werden muß. Neue Arbeitshäuser zur Unterbringung von 300 Arbeitern sollen bald errichtet werden. Um der Reichshauptstadt zu jeder Jahreszeit das nötige Gemüse liefern zu können, will man Kohlscheunen errichten, in denen das Gemüse lagern kann. Daneben besteht ja auch noch die städtische Trockungsanlage, die aber nur für leicht verderbliches Gemüse bestimmt ist. Durch Nachrieseln, wobei man das Drainwasser benutzt, will man die Ertragfähigkeit des Gemüselandes erhöhen und sich gleichzeitig von der Witterung unabhängig machen. In Buch sind schon derartige Versuche mit Erfolg gemacht worden. Vorläufig fehlen freilich die nötigen Maschinen und Röhren. Der Bedarf Berlins an Gemüse wird bei 1,7 Millionen Einwohnern ungefähr 3 000 000 Zentner sein. Um diese zu gewinnen, genügt, da zweimal geerntet wird, eine Fläche von 15 000 Morgen.

Mit dem Anbau von Kartoffeln hat man gute Erfahrungen gemacht. In den acht Administrationen haben wir rund 5000 Morgen Kartoffeläcker, die insgesamt ungefähr 400 000 Zentner Kartoffeln geben. Auch hier soll der Ertrag gesteigert werden, vor allem durch passende Sortenauswahl. Schon durch die richtige Staudenauslese lassen sich die Erträge wesentlich erhöhen. Freilich sind wir hier, soweit es sich um Naturland handelt, vom Himmel abhängig. 8000 Morgen sind mit Winter-, 4000 Morgen mit Sommergetreide bestellt. Schon jetzt ist der Durchschnittsertrag auf dem Morgen 6—8 Zentner. Auch hier wird durch passende Sortenauswahl sich eine Steigerung erreichen lassen. An den Anbau von Hanf, mit dem auch vor längerer Zeit ganz gute Erfahrungen gemacht, und der für Oel- und Fasergewinnung in Frage kommt, wird man ebenfalls gehen.

Die Viehhaltung soll trotz der schwierigen Verhältnisse keineswegs weiter eingeschränkt werden. Früher war, so weit das Halten von Rindvieh in Betracht kam, die reine Abmelkwirtschaft vorherrschend. Bei den außerordentlich hohen Preisen ist es der Stadt aber unmöglich, Milchkühe anzukaufen. Sie würde bei jeder Milchkuh 1500—1800 M. zusetzen. Unter diesen Umständen würde die Milchgewinnung mit großen Verlusten verknüpft sein. Man will selber Milchkühe aufzüchten; ein besonderes Milchkontrollbüro stellt fest, welche Kühe die ergiebigsten an Milch sind, und deren Kälber sollen zur Aufzucht kommen. Auch für Pferdeersatz will man sorgen. Vor allem wird man

Neues Wien

Das Ernährungsproblem im Lichte Deutschösterreichs.

Von Dr. Wilhelm Freiherrn v. Alter.

1. Verwaltungspolitische Fragen.

Das große Drama des Weltkrieges nähert sich seinem Ende. Das alte Gefüge unsres Staatswesens ist ins Wanken geraten. Wenige Wochen, ja Tage haben genügt, um alle Voraussetzungen, alle Vorarbeiten, alle seit Jahr und Tag ausgehegten Programme für die Einrichtung der Wirtschaft der kommenden Friedensperiode über den Haufen zu werfen.

Von Grund aus müssen wir umdenken, eine schwierige Arbeit, zumal, da wir das Ende der Bewegung nicht kennen. Wir können nur ahnen, in welcher Richtung die Entwicklung sich vollziehen wird. Vom Einheitsstaat zu einer Mehrheit von Gebilden, für deren territoriale, politische und wirtschaftliche Gestaltung nationale Momente maßgebend sein werden.

Das ist auch der Weg, den das Manifest vom 16. Oktober d. J. weist. Schon nach der Entwicklung unsrer Verwaltung in der Vergangenheit ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auf dem Gebiete der Landeskultur die Selbständigkeit der nationalen Einzelstaaten zur vollen Geltung kommen wird.

Damit müssen aber auch die bisher wenigstens de jure gemeinsam geregelten Fragen der Volksernährung in den selbständigen Wirkungskreis der Einzelstaaten fallen. Die Fragen der Landeskultur und somit jene der Erzeugung der Nahrungsmittel lassen sich von Fragen der Volksernährung nicht loslösen.

Wollen wir aufrichtig sein, so müssen wir zugestehen, daß in diesem Belange das kaiserliche Manifest einen Zustand sanktioniert, der de facto heute schon besteht und sich in der letzten Zeit immer mehr herausgebildet hat.

Der Ausgleich zwischen jenen Gebieten des Einheitsstaates, die Ueberschüsse produzieren, und jenen, die nicht einmal die behördlich festgesetzten Existenzminima aufbrachten, gestaltete sich zumal in der letzten Zeit immer schleppender und schwieriger.

Wohl bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen und damit auch die im Interesse der Volksernährung geschaffenen aufrecht, allein ihr Einfluß und ihre Macht werden heute noch beschränkter sein als vor der Erlassung des Manifestes. Wir müssen damit rechnen, daß das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Einzelstaaten auf diesem Gebiete de facto zuerst in Wirksamkeit treten wird.

Die Ernährungsfrage ist heute überall das schwierigste Verwaltungsproblem, ja vielfach sogar ein Angelpunkt der inneren und der äußeren Politik. Ruhe und Ordnung wird sich dort am leichtesten aufrechterhalten und der Uebergang zu einer normalen Friedenswirtschaft wird sich dort am leichtesten bewerkstelligen lassen, wo es gelingt, die Magenfrage in halbwegs befriedigender Weise zu lösen.

Damit erwächst den Nationalräten eine ganz ungeheuerliche Last.

Die Sorge um die Gestaltung der Zukunft wird vermehrt durch die Sorge um die Gestaltung des täglichen Lebens, um die Gewährleistung der Ernährung.

Der Nationalrat Deutschösterreichs, eines Gebietes, das auf Zuführen aus andern Teilen der Monarchie angewiesen ist, hat daher schon bei seinen ersten Schritten auf die Ernährungsfrage Bedacht genommen und muß selbst mit den Vertretern der in Bildung begriffenen Einzelstaaten in Verhandlungen wegen der Approvisionierung Deutschösterreichs eintreten.

Der deutsche Nationalrat wird weiter zu der Frage Stellung nehmen müssen, ob und inwieweit die bestehenden Vorschriften für den Ernährungsdienst und dessen Einrichtungen den veränderten Verhältnissen angepaßt sind. Was für das ganze Gebiet gut und zweckmäßig gewesen sein mag, muß deshalb noch nicht für die einzelnen Teile passen. Für Deutschösterreich kann man das Gegenteil mit Sicherheit annehmen. Für ein auf Zuführen angewiesenes Gebiet lassen sich auf die Dauer jene Normen nicht aufrechterhalten, die eine Erschwerung der Einfuhren und des Verkehres mit Lebensmitteln beinhalten.

Man darf bei der Neuregelung der Dinge auch nicht außer Betracht lassen, daß die Grundlagen unsrer ganzen Ernährungsvorschriften und des Ernährungsdienstes zu einer Zeit geschaffen wurden, in der man über die mögliche Dauer des Krieges ganz falscher Ansicht war. Später, als die Ereignisse schon die Unrichtigkeit dieser Auffassung lehrten, wäre es ohne schwere Erschütterungen nicht möglich gewesen, den einmal eingeschlagenen Weg zu verlassen. Wir dürfen aber nicht weiterhin die mathematisch gerechteste Aufteilung der vorhandenen Vorräte für die wichtigste Aufgabe halten. Wir müssen uns vielmehr beizeiten daran erinnern, daß nur die Vorsorgen für die Hebung der Bodenerträge eine grundlegende Aenderung erzielen können.

Alle die Produktion hindernden Normen, die in der vergangenen Wirtschaftsepoche in dem Bestreben, über augenblickliche Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, zwangsweise in Praxis umgesetzt wurden, müssen aus dem Wirtschaftsleben baldigst verschwinden.

Wenn auch die Tatsache, daß der Mensch im allgemeinen ein besserer Nährstoffverwerter ist als das Vieh, unbestreitbar ist, so war es doch produktionspolitisch ein grober Fehler, auf dieses physiologische Axiom gestützt, in die landwirtschaftliche Produktion so tief eingreifende Verfütterungsverbote zu erlassen. Die augenblickliche Hilfe für die Ernährung der Menschen, die in den Fütterungsersparnissen lag, hat sich bitter gerächt, weil man sich zur Zeit der Erlassung der Verbote nicht jene Folgen vergegenwärtigte, die sich für die weitere Produktion an Bodenfeilchen durch die Verringerung der Bespannungen und der Düngergewinnung ergeben mußten. Wir müssen uns, wollen wir die Ernährungsverhältnisse grundlegend bessern, überhaupt vergegenwärtigen, daß Boden, Klima und alle andern das Wachstum der Pflanzen und die Aufzucht des Viehes bedingenden Verhältnisse sowie die Einrichtungen und Bedürfnisse der einzelnen Betriebe derartige Verschiedenheiten aufweisen, daß alle generalisierenden Vorschriften mehr Unheil stiften müssen, als sie Nutzen bringen können.

Wirft man auch nur einen flüchtigen Blick auf die Landkarte der deutschen Siedlungsgebiete, so müssen die leicht wahrnehmbaren großen Verschiedenheiten dieses Gebietes zu der Erkenntnis führen, daß für Deutschösterreich die Erlangung der möglichsten individuellen Freiheit für die landwirtschaftliche Betriebsführung eine zwingende Voraussetzung für die Besserung der Produktion bildet.

Auch jene Normen, die den Verkehr mit Bodenprodukten regeln, bedürfen einer eingehenden Revision.

Ohne Schaden für die Gesamtheit wird man auf die Dauer nicht der Erkenntnis entsagen dürfen, daß auch der Staat den Markt nur mit Ware und nicht mit Verordnungen beherrschen kann. Die Erfahrungen, die wir mit dem herrschenden System machten, sind nicht die besten. Die Tatsache, daß es trotz aller Bemühungen, trotz aller im Laufe der Zeit gesammelten Erfahrungen immer schlechter wurde, nötigt zu dem Schlusse, daß das System und nicht bloß seine Handhabung verfehlt ist.

Man hat den Staat vor eine unmögliche Aufgabe gestellt. Kein Staats- und kein Verwaltungskörper der Welt ist in der Lage, alle Einzelwirtschaften dauernd unter Kontrolle zu halten; er müßte jeden seiner Bürger zum Polizisten machen.

Man mag über den freien Handel denken, wie man will, man mag ihn selbst für ein Uebel halten. Die Tatsache, daß er sich trotz aller Anfeindungen vom Anfange wirtschaftlicher Beziehungen unter den Menschen durch Jahrtausende erhalten hat, beweist, daß er zum mindesten ein notwendiges Uebel ist. Deshalb hätte man ihn vielleicht besser nie unterbinden sollen, man darf ihn aber ungestraft gewiß nicht dauernd aus dem Wirtschaftsleben ausschalten.

Daß Angebot und Nachfrage die wichtigsten preisbildenden Faktoren sind, ist ein Fundamentalsatz, der jedem Schüler als einer der ersten in der Volkswirtschaftslehre beigebracht wird. Der Weltkrieg hat uns zum großen Leidwesen aller gelehrt, daß dieser Grundsatz sich trotz gegenteiliger staatlicher Vorschriften Geltung zu verschaffen weiß.